

Bohle, Rosemarie

## **DAKITS e.V. - Dachverband Freier Kindertageseinrichtungen. Eine Chronik der Entstehung und Entwicklung seit 1991 [Dach über'm Kopf]**

Kassel : kassel university press 2018, 324 S.



Quellenangabe/ Reference:

Bohle, Rosemarie: DAKITS e.V. - Dachverband Freier Kindertageseinrichtungen. Eine Chronik der Entstehung und Entwicklung seit 1991 [Dach über'm Kopf]. Kassel : kassel university press 2018, 324 S. - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-326334 - DOI: 10.25656/01:32633; 10.19211/KUP9783737605731

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-326334>

<https://doi.org/10.25656/01:32633>

in Kooperation mit / in cooperation with:



<http://kup.uni-kassel.de>

### **Nutzungsbedingungen**

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### **Terms of use**

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

### **Kontakt / Contact:**

peDOCS  
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation  
Informationszentrum (IZ) Bildung  
E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)  
Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

# Dach über'm Kopf

DAKITS-DACHVERBAND FREIER KINDERTAGESEINRICHTUNGEN e.V.



DAKITS-Chronik seit 1991

ROSEMARIE BOHLE

kassel  
university



press

*„Die Aufgabe der Umgebung ist es nicht,  
das Kind zu formen, sondern ihm zu erlauben,  
sich zu offenbaren.“* MARIA MONTESSORI





**DACHVERBAND FREIER KINDERTAGESEINRICHTUNGEN E.V.**

---

**EINE CHRONIK**  
DER ENTSTEHUNG UND ENTWICKLUNG  
*seit 1991*

**ROSEMARIE BOHLE**



Motzstraße 4 | 34117 Kassel  
0561 719378 | [info@dakits.de](mailto:info@dakits.de) | [www.dakits.de](http://www.dakits.de)



<i>Vorwort</i> .....	4
Einleitende Skizzierung der Dokumentation .....	6
<b>Teil 1</b> <i>Die Wirklichkeit der Familien und Kinderbetreuung in der BRD</i>	
zur Zeit der Gründung von DAKITS e.V. mit aktuell. Vergleichszahlen .....	10
Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit – nichts als Appelle? .....	12
Familienstand .....	15
Kleinkindbetreuung Anfang der 90er Jahre .....	17
Versorgungsgrad öffentlicher/familienergänzender Kinderbetreuung .....	22
<b>Teil 2</b> <i>Situation der Kindertagesbetreuung in der Stadt Kassel</i>	
vor und während der Gründungszeit von DAKITS e.V. ....	28
Bundesmodell Tagesmütter in Kassel .....	30
Situation der Plätze in Kindertagesstätten .....	34
Gescheiterte Umsetzung des Kindertagesstättenprogramms .....	40
<b>Teil 3</b> <i>Kindertagesbetreuung in Selbsthilfe</i> .....	42
Elterninitiativen in Kassel .....	44
Die Fachkräfte und Eltern in Kasseler Elterninitiativen .....	53
Arbeitsorganisation und Qualitätsentwicklung in Kasseler Elterninitiativen im Jahre 2003 – Ergebnisse einer Befragung .....	57
Selbstorganisierte Kindertagesstätten in der theoretischen Wahrnehmung in den 90er Jahren – ein Beispiel .....	60
Rechtliche Bestimmungen Anfang der 90er Jahre .....	64
Elterninitiativen in der öffentlichen Wahrnehmung – noch gefragt? .....	65
Immer noch starkes Engagement? .....	72
<b>Teil 4</b> <i>20 Jahre DAKITS e. V.</i> .....	74
Vorbemerkungen .....	76
Der Beginn: das „Koordinationsbüro für Kinderarbeit freier Träger“ .....	79
Die ersten Verhandlungen über Betriebskostenzuschüsse .....	85
Die Geburtsstunde von DAKITS e.V. ....	89
DAKITS e.V. wird gebraucht .....	92
Die Auseinandersetzung um Gleichbehandlung aller freien Träger .....	95

Die Suche nach „Verbündeten“ .....	100
Städtisches Kindertagesstättenprogramm:	
Ein Slalomlauf im kommunalpolitischen Feld .....	107
„Orte für Kinder“ .....	116
Endlich Verträge für die freien Träger? .....	118
DAKITS e.V. wendet Konkurs ab.....	122
Zwischenstand: Tätigkeitsbericht von DAKITS e.V .....	125
Die Verträge für die freien Träger sind da .....	129
Horte für Kinder – ein neues Thema kommt um die	
Jahrtausendwende in das kommunale Blickfeld.....	133
Verhandlungsmarathon über die Fortsetzung des Vertrages.....	148
Finanzierung und Ausbau der Plätze für unter Dreijährige .....	152
Spardiktat – Kündigung der Verträge gefährdet Ausbau der	
U3-Betreuungsplätze .....	159
Bildung im Kindergarten – DAKITS e.V. als Pionier .....	164
Thematische Schwerpunkte und Arbeitsfelder von DAKITS e.V. –	
eine weitere Zwischenbilanz.....	169
Krise und Reorganisation von DAKITS e.V.....	173
Fortsetzung der Verhandlungen über neue Verträge.....	204
Fördermöglichkeiten für die Kindertagesstätten aus verschiedenen	
Länder- und Bundesprogrammen.....	216
Die „neue Arbeit“ von DAKITS e.V. ....	228
Themen von DAKITS e.V.:.....	236
• Der Hessische Bildungs- u. Erziehungsplan .....	236
• Das Bundeskinderschutzgesetz.....	245
• Neue Anforderungen an Konzeptions- u. Qualitätsentwicklung....	253
Bedeutung der Horte in der Grundschulkinderbetreuung.....	261
Initiativen von DAKITS e.V. in der trägerübergreifenden	
und überregionalen Arbeit .....	271
Nach der Reorganisation .....	278
Erneuter Wechsel mit neuem Vorstand – zurück zu den Wurzeln? .....	295
<i>Anhang</i> .....	304
Satzung DAKITS e.V. 2014 .....	305
Mitgliedseinrichtungen 2015 .....	311
Literatur.....	315

## Vorwort

Dass es in der Geschichte von Organisationen Zäsuren gibt, ist nicht ungewöhnlich. Dass sie aber zum Anlass genommen werden, auf vergangene Entwicklungen zurückzublicken und sie in einer Chronik festzuhalten, ist nicht selbstverständlich. DAKITS e.V., der Dachverband freier Kindertageseinrichtungen in Kassel, hat diese Chance genutzt, sich nach dem Ausscheiden einiger langjährig tätigen Personen aus dem Vorstand 2014 seiner ursprünglichen Ideen und Aufgaben und der bisherigen Geschichte zu vergewissern – einer Geschichte des engagierten Kampfes um eine Anerkennung und angemessene Förderung von Elterninitiativen und anderen kleinen freien nichtkirchlichen Trägern von Kindertagesstätten. Die über 20-jährige Geschichte von DAKITS beginnt an einem Punkt, an dem Elterninitiativen „vor sich hin krebsten“, keine öffentliche Anerkennung und, wenn überhaupt, nur eine geringe öffentliche finanzielle Förderung erhielten. An dem eine Betreuung von unter dreijährigen Kindern noch ein öffentliches Tabuthema war, das mit persönlicher oder sozialer Not assoziiert wurde. Und an dem auf gesellschaftlicher Ebene ein einschneidender Wechsel anstand: der vom Jugendwohlfahrtsgesetz zum neuen Kinder- und Jugendhilfegesetz. In der Chronik geht es aber auch um die Würdigung von einzelnen Personen, deren persönliches und professionelles Engagement DAKITS geprägt haben.

Die vorliegende Dokumentation kann keinen Anspruch auf eine objektive Darstellung der Geschichte von DAKITS erheben. Sie ist deren Rekonstruktion aus vorgefundenen Materialien (Dokumenten, Protokollen, Info-Briefen, Presseerklärungen, Korrespondenzen, Rechenschaftsberichten usw.), die z. T. lückenhaft sind. Sie zieht zahlreiche Zeitungsartikel heran, vor allem aus der in Kassel verbreiteten HNA (Hessisch-Niedersächsische Allgemeine) und unveröffentlichte Dokumente aus städtischen Ämtern und Gremien. Sie stützt sich zudem auf Interviews mit einzelnen Personen, die die Geschichte von DAKITS mit gestaltet haben und mit Fachkräften aus Mitgliedseinrichtungen.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Mit folgenden Personen wurden Interviews geführt: Regine Bogedale (ehemals DAKITS-Fachberaterin), Harold Becker (ehemaliger Regionalgeschäftsführer des DPWW Hessen), Ralf Bialke (ehemals DAKITS-Vorstandsmitglied und Geschäftsführer der Kleinen Stromer), Mario Höbel (Vorstandsmitglied von DAKITS und Geschäftsführer der Freien Schule (Kind und Kegel), Kai Boeddinghaus (ehemaliges DAKITS-Vorstandsmitglied und Vorstand von Rasselbande e.V., Reinhold Jäger (ehemaliges DAKITS-Vorstandsmitglied und ehemaliger Geschäftsführer der Waldorfschule), Antje Proetel (DAKITS-Geschäftsführerin und -Fachberaterin), Marita Engel (DAKITS-Fachberaterin). Weiterhin wurden zwei Gruppeninterviews durchgeführt mit Fachkräften aus den Mitgliedseinrichtungen: I: Harald Seifert-Sossalla (Kindergarten der Jean-Paul-Schule), Petra Schwarz (Rappelkiste), Ilona Dippel-Schmidt (Orte für Kinder), Manfred Stronczyk (Rasselbande), Gabriela Persch (Die kleinen Knirpse), Norbert Simon (Kinderladen Drachengarten)

II.: Christiane Schwarz (Verein für Montessori-Pädagogik), Friederike Wagner (Kleine Knilche), Markus Grüniger

Sie alle schildern, wie sie den Dachverband erlebt und gestaltet haben. Die vorliegende Dokumentation kann nicht nur wegen der selektiven Unterlagen und Materialien keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Nicht berücksichtigt werden konnte auch etwa die Sicht der Eltern, sofern sie nicht bei DAKITS, sondern nur in den Einrichtungen mitgearbeitet haben. Zudem konnte die Geschichte all der Mitgliedseinrichtungen nicht aufgenommen werden. Ihr engagiertes Dasein als ungewöhnliche 'Orte für Kinder' blitzt lediglich – außer im Kapitel über „Kindertagesbetreuung in Selbsthilfe“ immer mal wieder im Laufe der Dokumentation auf, sicher zu wenig, wenn man diese „Basisbewegungen“ in ihrer Vielfalt und unterschiedlichen Weiterentwicklungen beschreiben wollte. Aber in dieser Chronik geht es vor allem um den Dachverband – der sich zur Aufgabe gemacht hat, die kleinen Träger zu beraten und zu vertreten, immer im Hinblick auf Fragen wie: Was brauchen die ehrenamtlich geführten Einrichtungen? Wie kommen sie mit neuen Anforderungen zurecht, die sich aus neuen gesetzlichen Regelungen ergeben, aus komplexen Verwaltungsanforderungen, aus neuen Themen usw. Wie kann eine im Verhältnis zu anderen Trägern von Kindertagesstätten gerechte finanzielle Förderung erreicht werden? So vermittelt die Dokumentation einen Eindruck von den „Mühen der Ebenen“ (Brecht).

All denjenigen, die die Arbeit an dieser Dokumentation begleitet haben, allen voran Antje Proetel, sei gedankt für die Unterstützung. Auch all denen, die nach Dokumenten und alten Ordnern gesucht haben und sie für die Chronik zur Verfügung gestellt haben. Und nicht zuletzt all den InterviewpartnerInnen, die offen und vertrauensvoll über ihre Arbeit in den Einrichtungen und bei DAKITS berichtet haben – sie machen immer noch den lebendigen Teil dieser Dokumentation aus.



## Einleitende Skizzierung der Dokumentation

Zuallererst ist die Geschichte von DAKITS eine Geschichte der handelnden Personen, ihrer Leidenschaft für das Projekt, ihres Engagements für eine angemessene, gerechte und verbindliche Finanzierung der Kitas von Elterninitiativen, ihres Einsatzes für eine Kinderbetreuung, in der Eltern und ErzieherInnen ihre Standards in selbstorganisierten und selbstverwalteten Gruppen realisieren.

### Die großen Bereiche und deren Wandel:

#### **Wandel der pädagogischen Überzeugungen und Konzepte**

Bindungstheorien, reformpädagogische und andere Konzepte, Wandel der Legitimation „öffentlicher“ Kleinkinderziehung, Pädagogisierung der frühen Kindheit, Bildungsanspruch in frühkindlicher Erziehung usw.

#### **Bundes- und landesrechtliche Bestimmungen, Hessische Landesprogramme und Anforderungen, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen**

vom Jugendwohlfahrtsgesetz zum SGB VIII/KJHG, Reform des Kindergartengesetzes, Rechtsansprüche auf Betreuung, Erziehungsgeld, MVO, Offensive für Kinderbetreuung, Knirps, Bambini, Hessischer Erziehungs- und Bildungsplan, ABMs, 1-€-Jobs, Situation der ErzieherInnen

#### **Kommunale Rahmenbedingungen und Umsetzungen gesetzlicher Vorgaben**

Modellprojekt „Tagesmütter“, städt. Investitionskostenzuschussprogramm, Regelfinanzierungen, Kindertagesstättenprogramm, Sparverfügungen, usw.

Kita Kita

Kita

Kita

Kita

**DAKITS** e.V.  
Dachverband freier Kindertageseinrichtungen

Der Dachverband freier Kindertageseinrichtungen im Wandel der Zeit



---

Ihr Wirken steht allerdings immer in einem gesellschaftlichen Kontext, der Möglichkeiten bietet und Grenzen setzt. Es findet auf einer zeitgeschichtlichen Folie statt, deren Gesetze und Verläufe sie nicht bestimmt haben, die sie aufnehmen, ausgestalten und weiterentwickeln müssen. Dieser Horizont und diese Folie soll nur skizziert werden. Sie schärfen und erweitern den Blick auf die Geschichte von DAKITS und deren Bedeutung.

### **Wandel der Lebens- und Arbeitsformen**

*Gleichberechtigung der Frauen, Berufstätigkeit der Frauen, Familienformen und Generationenverhältnis, „Verinselung“ der Kindheit, Ehe- und Partnerschaftsverständnis, Scheidungshäufigkeit, Freizeitverhalten, usw.*

Kita

Kita

### **Wandel der politischen Überzeugungen und des ehrenamtlichen Engagements**

*Nachwirkungen der 68er Bewegung, Kinderläden, Projektarbeit, Krabbelgruppenbewegung, Selbstverwaltungs- und basisdemokratische Bewegungen, Freiwilligenarbeit usw.*

In dieser Dokumentation geht es vor allem um die konkrete Geschichte von DAKITS. Deshalb werden diese Bereiche nur in Exkursen gestreift, um ein Verständnis der zeitgeschichtlichen Folie zum Zeitpunkt der Gründung von DAKITS und dem Vorläufer, dem Koordinationsbüro für Kinderarbeit freier Träger e.V. (1991), anzuregen. Besonders geeignet sind hier die Familien- und Jugendberichte, die in bestimmten Zeitabständen von der Bundesregierung herausgegeben werden. Da sie von Sachverständigenkommissionen verfasst werden, können sie als Seismograph der Wahrnehmung des Themas Familie und Jugend in einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen begriffen werden. Auf dieser Grundlage werden Empfehlungen an die Politik abgeleitet und formuliert, die als mehr oder weniger handlungsanleitend aufgegriffen werden.<sup>2</sup>

So konstatiert der Bericht noch 1994 unmissverständlich: „Familien und Kinder haben keine Lobby, sie dürfen bestenfalls in Zeiten der Prosperität auf Berücksichtigung hoffen.“<sup>3</sup> Und wer gehofft hat, dass dieser

<sup>2</sup> Einige statistische Daten aus der Gründungszeit von DAKITS werden mit aktuellen Daten konfrontiert, um eine zahlenmäßige Entwicklung wenigstens anzudeuten

<sup>3</sup> 5. Familienbericht. Drucksache 12/7560. hrsg. vom Bundes-

---

Bericht Auskunft etwa über selbstorganisierte Kleinkinderbetreuung gibt, der wird enttäuscht. Zwar erwähnt er, dass sich in den letzten Jahren vor 1991 „aufgrund von Elterninitiativen, Eltern- (bzw. Mütter-)Kind-Gruppen und in Mütter- und Familienzentren unterschiedliche Formen der Kinderbetreuung in Selbsthilfe entwickelt“ haben.<sup>4</sup> Er bedauert, dass es keinen Überblick über den Umfang dieser Betreuungsleistungen gibt. „Mit ein Grund dafür ist, dass die öffentliche Förderung solcher Kinderbetreuungsmaßnahmen noch weitgehend ungeklärt ist und meist auf örtlichen Entscheidungen beruht.“<sup>5</sup>

In einem weiteren Exkurs werden Besonderheiten von Selbsthilfeeinrichtungen skizziert. Gerzer-Sass/Pettinger kommen zu dem Schluss, so viel sei zusammenfassend schon gesagt, dass Selbsthilfemaßnahmen „gesellschaftliche Seismografen“ sind: „Sie signalisieren als erste sich wandelnde Problemlagen und neu entstehende Bedürfnisse von Individuen oder Familien.“<sup>6</sup>

Die kommunalen Rahmenbedingungen zum Gründungszeitpunkt werden in einem weiteren Exkurs, der die Situation in Kassel streift, beleuchtet. Die weiteren Entwicklungen werden jeweils im Fortgang der Geschichte von DAKITS aufgegriffen.

---

ministerium für Familie und Senioren, 1994, S. 271

4 a.a.O., S. 189. „Elterninitiativ-Kitas (...) sind Tageseinrichtungen für Kinder, die sich in der Trägerschaft eines gemeinnützigen Elternvereins befinden, in dem die Eltern der Kinder, die die Einrichtung besuchen, Mitglieder sind. Manche bestehen schon seit Anfang der 1970er-Jahre.“ (Wilma Aden-Grossmann, Der Kindergarten; Geschichte – Entwicklung – Konzepte, Weinheim und Basel 2011, S. 153)

5 ebd. Im Familienbericht finden wir auch keinen Hinweis auf ein Modellprojekt der damaligen Bundesministerin Süßmuth aus dem Jahre 1987, „Familien helfen Familien“. Das Modellprojekt reagierte auf die Tatsache, dass ehemals funktionierende primäre Netzwerke von Familien wie Nachbarschaft, Verwandtschaft, Dorfgemeinschaften usw. nicht mehr vorhanden sind. Dadurch entstehen Versorgungslücken etwa bei der Kinderbetreuung, Pflege etc. Professionelle Dienste können den neu entstandenen Bedarf nicht vollständig abdecken, auch stellen sie eine finanzielle Herausforderung dar. Freie Initiativen und Projekte von Selbsthilfe versuchen, diese Lücke zu füllen. Siehe A. Gerzer-Sass/R. Pettinger, Kinderbetreuung in Selbsthilfe, in: I. Becker-Textor/M. Textor (Hrsg.): Handbuch der Kinder- und Jugendbetreuung, Neuwied, Kriftel, Berlin, 1993, S. 119-145

6 A. Gerzer-Sass/R. Pettinger, a.a.O., S. 121



## 1991 Koordinationsbüro 1993 Gründung von DAKITS

### Projektgruppen, AGs, Fachtage, Projekte und Fortbildungsreihen

- AG Konzeptionsentwicklung für U3-Betreuung
- Netzwerk Kinderschutzfachkräfte
- Wohin nach der Schule?
- Krisenmanagement: „Fit für die Zukunft“
- Reorganisationsgruppe
- Erzieherinnentreffen, ab 2010 AK pädagogische Fachkräfte
- Trägerübergreifende Treffen und AGs
- Hort-Treffen
- AK Leiten-Führen-Organisieren
- AG KiTa-Steuerung und Planung
- trägerübergreifende AG Qualität
- AK Männer in Kitas
- AK Vertrag
- Fachtag „Wer sich bewegt, kommt voran“
- Babywatching
- BEP
- Qualitätsentwicklung
- Qualitätszirkel „Selbstverpflichtung in Fortbildungen“

### Aufgaben

- Gründungsberatung
- Fachberatung in Bezug auf Konzeptionen, finanzielle, institutionelle und pädagogische Fragen
- Vernetzung der Mitgliedseinrichtungen
- Organisation von Seminaren, Fortbildungsveranstaltungen und Diskussionsrunden
- Organisation von Projektgruppen und Arbeitskreisen zum Erfahrungsaustausch
- Interessensvertretung in Finanzierungsverhandlungen mit kommunalen Behörden und in verschiedenen Gremien
- Info-Briefe mit aktuellsten Entwicklungen und Informationen
- Vermittlung von Betreuungsplätzen
- Anlaufstelle für Qualitätssicherung in Kitas
- Wahrnehmung des Schutzauftrags nach § 8a SGB VIII
- Begleitung der Organisationsentwicklung der Einrichtungen durch Coaching

### Teilnahme an/ Mitglied in

- übergeordneten Dachverbänden und Gremien (LAG, BAGE, DPWW usw.)
- Mitwirkung an Rahmenkonzepten
- Netzwerk
- Kinderschutzfachkräfte
- AG FachberaterInnen

### Aktionen

- **Sommer 1992:** Protestaktion während der Dokumenta zu Kürzungen der ABM-Zuschüsse
- **September 1992:** Teilnahme an einer SPD-Podiumsveranstaltung: „Kinderbetreuung - eine öffentliche Aufgabe?“
- **1993:** Beteiligung des Dachverbandes am Weltkindertag am 20.09.1993
- **20.01.1994:** Protestaktion im Rathaus
- **09.10.1995:** Protestaktion im Rathaus mit Luftballons und Flugblättern für vertraglich abgesicherte Finanzierungen
- **2006:** „Frühstücksbesuch“, erfolgreiche „Bündnisse“ gegen Sparmaßnahmen (MVO)
- Aktionstag am **20.9.08** auf dem Friedrichsplatz
- Jour-fixe - Veranstaltungen
- Kita-Messen

01

DAKITS CHRONIK | TEIL 1

# DIE WIRKLICHKEIT DER FAMILIEN UND KINDERBETREUUNG

IN DER BRD ZUR ZEIT DER GRÜNDUNG VON DAKITS E.V.

»Familien und Kinder haben keine Lobby,  
sie dürfen bestenfalls in Zeiten der Prosperität  
auf Berücksichtigung hoffen.« 5. Familienbericht, S. 271



# DIE WIRKLICHKEIT DER FAMILIEN UND KINDERBETREUUNG IN DER BRD ZUR ZEIT DER GRÜNDUNG VON DAKITS E.V.<sup>7</sup>

mit aktuellen Vergleichszahlen

## *Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit – nichts als Appelle?*

1994 erscheint der 5. Familienbericht der Bundesregierung mit dem Titel: „Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens.“<sup>8</sup> mit Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission aus dem Jahre 1993. Wie alle Familienberichte kann man ihn als Seismograph der Wahrnehmung von Fragen rund um das Thema Familie in einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen begreifen, der u.a. statistische Fakten darstellt sowie eine ideologische Verortung von Familien- und anderen Lebensformen enthält. Auf dieser Grundlage werden Empfehlungen an die Politik abgeleitet, die als mehr oder weniger handlungsanleitend aufgegriffen werden. Dass sich zu diesem Zeitpunkt die Ökonomisierung vieler Lebensbereiche bereits durchgesetzt hat, zeigt die Wortwahl: Kinder sind ein Humanvermögen.

Die Bundesregierung konstatiert in ihrer Stellungnahme zu dem Bericht der Sachverständigenkommission ein Familienverständnis, „das sich an der Lebenswirklichkeit mit unterschiedlichen Familienformen orientiert. Sie begreift Familie als eine dynamische Form menschlichen Zusammenlebens, die Veränderungen unterliegt und von den kulturellen Vorstellungen und Werthaltungen ebenso geprägt ist wie von den sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten einer Gesellschaft.“<sup>9</sup> Und weiter heißt es: „Die Bundesregierung sieht im Rahmen von Artikel 6 Grundgesetz ihre Aufgabe darin, mit ihrer Familienpolitik die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Familien ihr Leben nach ihren eigenen Vorstellungen gestalten können. (...) Allerdings sieht die Bundesregierung ebenso wie der Familienbericht eine besondere Verpflichtung, diejenigen Lebensformen zu schützen und zu fördern, die nicht nur für die Beteiligten selbst, sondern auch für die Gesellschaft wichtige und notwendige Leistungen erbringen.“<sup>10</sup>

<sup>7</sup> Dieses Kapitel beruht ausschließlich auf dem 8. Jugendbericht (hrsg. 1990 mit Zahlen bis 1987) und dem 5. Familienbericht der Bundesregierung, Drucksache 12/7260, hrsg. vom Bundesministerium für Familie und Senioren, 1994  
<sup>8</sup> a.a.O.

<sup>9</sup> a.a.O., S. IV

<sup>10</sup> ebd.

Die Bundesregierung greift den Wandel der familialen Lebensformen auf, ebenso die veränderten Lebensentwürfe von Frauen, die sich nicht mehr „auf die Rolle als Ehefrau und Mutter“ festlegen lassen, sondern „eine vom Ehemann unabhängige eigene Lebensplanung verfolgt, zu der selbstverständlich die Erwerbstätigkeit gehörte.“<sup>11</sup> Die Autoren konstatieren jedoch auch die Tatsache, dass eine Vereinbarkeit von Familie mit Ausbildung oder Beruf oft an der sozialen Wirklichkeit scheitert – an nicht ausreichend flexiblen Arbeitszeitmodellen, am Rollenverhalten von Männern und an unzureichenden Betreuungsmöglichkeiten für Kinder.

In Bezug auf das zunehmend wichtiger werdende „Humankapital“ einer Gesellschaft erinnern sie aber daran, dass „Lern- und Leistungsbereitschaft, Arbeitsmotivation und Zuverlässigkeit, Bereitschaft zu Teamarbeit und Eigenverantwortung (.) wesentlich in der Familie vermittelt (werden).“<sup>12</sup> Damit seien aber die Familien allein gelassen. Auch der 8. Jugendbericht gibt schon 1990 zu bedenken, „ob nicht Kommunen, aber auch die entsprechenden Industrien und, soweit zuständig, die Länder und der Bund hier gefordert sind, neue Modelle zu entwickeln, die die unterschiedlichen Zeitstrukturen von Schule, Arbeit und Familie in angemessener Weise aufeinander beziehen.“<sup>13</sup>

Eine Folge sei im massiven Geburtenrückgang zu sehen, der sich nicht nur an der Anzahl der Kinder in den Familien festmachen lässt, sondern auch an der Kinderlosigkeit von Frauen, die nicht bereit seien, „um des Kinderhabens willen auf Dauer auf Erwerbstätigkeit zu verzichten.“<sup>14</sup> „Daher ist es unerlässlich, die Rahmenbedingungen unserer Gesellschaft so zu gestalten, dass auch für Frauen die Option ‚Ausbildung und Beruf‘ mit der Option ‚Kind‘ vereinbar wird.“<sup>15</sup>

Die Abnahme der Kinderzahl kann eine „Verinselung“ der Kindheit mit sich bringen.<sup>16</sup> Daher habe der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz und die gesetzliche Verpflichtung zum Ausbau der anderen Formen der Tagesbetreuung (§ 24 SGB VIII) eine große Bedeutung.<sup>17</sup> „Diese Einrichtungen werden nicht nur zur

---

11 ebd.

12 a.a.O., S. V

13 8. Jugendbericht, hrsg. vom Bundesministerium für Jugend, Frauen, Familie und Gesundheit, Bonn 1990, Drucksache 11/6576, S. 41, im Folgenden 8. JB

14 5. FB, a.a.O., S. VI

15 5. FB, a.a.O., S. VII

16 ebd.

17 siehe Kap. VIII 5. FB

Beaufsichtigung der Kinder gebraucht, sondern auch dafür, um Kindern Begegnungsräume mit Gleichaltrigen zu bieten und somit einen Teil der kindlichen Sozialisation zu sichern.“<sup>18</sup> Die Stellungnahme nimmt schließlich ein Problem vorweg, mit dem sich viele Kommunen konfrontiert sehen: „Die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz darf jedoch nicht zu Lasten des erforderlichen Ausbaus von Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 und über 6 Jahren sowie von Ganztagsplätzen gehen.“<sup>19</sup>

Die Bundesregierung unterstreicht, dass sie bereits gesetzliche Maßnahmen zur besseren Vereinbarung von Familie und Beruf ergriffen habe. Dazu gehört die Einführung des Erziehungsgeldes (ohne dass ein Arbeitsverhältnis vorausgesetzt wird) im Jahre 1986 und deren Neufassung ab Januar 1992, in dem der Bezug von Erziehungsgeld von 18 Monaten auf 2 Jahre verlängert wird. Die Möglichkeit des Erziehungsurlaubs besteht danach für drei Jahre.<sup>20</sup>

Im Zentrum des 5. Familienberichts der Sachverständigenkommission steht denn auch „die Darstellung der Leistungen der Familien für die Erhaltung und Sicherung des Humanvermögens der Gesellschaft.“<sup>21</sup> In vielen Bereichen werde diese Leistung aber nicht anerkannt. Die Elternverantwortung werde privatisiert. Eltern verzichten aber zunehmend auf andere Lebensmöglichkeiten und sind oft im Nachteil gegenüber Kinderlosen. „Eine dauerhafte Restabilisierung der familialen Verhältnisse wird sich nur auf der Basis einer institutionell ermöglichten Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit für beide Geschlechter und einer deutlich stärkeren Einbeziehung der Männer in die Aufgaben der privaten Lebensführung erreichen lassen.“<sup>22</sup>

Diese „strukturelle Rücksichtslosigkeit“ führe dazu, dass Menschen immer weniger in Familienformen „investieren“, die Folgen seien eine abnehmende

---

18 a.a.O., S. VII, 1996 wird dieser Rechtsanspruch im neuen KIFöG festgeschrieben.

19 a.a.O., S. XIV

20 a.a.O., S. XVII. Der Begriff des ErziehungsURLAUBS wird erst im Jahre 2001 durch den Begriff der Elternzeit ersetzt. Weiterhin nennt die Bundesregierung:

- Entwurf zur Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern (1994)
- Förderung der Teilzeitarbeit im Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung (1994)
- Verbesserung der Wiedereingliederung von Frauen ins Erwerbsleben mit dem Schwangeren- und Familienhilfegesetz (1992)
- neues Wiedereingliederungsprogramm 1994, in dem auch Frauen aus den neuen Bundesländern einbezogen sind
- Mit dem Modell „Neue Wege zur Arbeitsplatzbeschaffung“ (ohne Jahrgangabe) hat die Bundesregierung das Modellvorhaben „Hilfen für Alleinerziehende Frauen in Problemsituationen,“ ausgeschrieben.
- Modell „Höherqualifizierung weiblicher Führungskräfte“ und „Qualifizierung arbeitsloser Akademikerinnen“ (a.a.O., S. XIX)

21 a.a.O., S. 20

22 a.a.O., S. 22f

Heiratsquote, die zunehmende Scheidungsquote und eine abnehmende Kinderzahl. „Die Zukunft der Familie wird sich daran entscheiden, inwieweit es gelingt, die kulturellen Motive und ökonomischen Bedingungen für eine verbreitete Stabilisierung dauerhafter Partnerschaftsbeziehungen auf der Basis einer Gleichberechtigung der Geschlechter zu schaffen und die Folgen der Übernahme von Elternverantwortung durch entsprechende arbeitsmarkt- und sozialpolitische Maßnahmen günstiger zu gestalten.“<sup>23</sup>

Dass solche Maßnahmen als gesellschaftliche Strukturpolitik gestaltet werden müssten und nicht (nur) Aufgabe einzelner Ressorts sein dürften, ist eine der Empfehlungen der Kommission – eine Empfehlung, die bis heute nicht eingelöst wurde. Die Kommission stellt fest, dass „in der Konkurrenz um politische Prioritäten (.) die Familienpolitik in der Bundesrepublik stets einen nachrangigen Platz eingenommen (hat).“<sup>24</sup> „Familien und Kinder haben keine Lobby, sie dürfen bestenfalls in Zeiten der Prosperität auf Berücksichtigung hoffen.“<sup>25</sup>

Seit zwei Jahrzehnten werden die Ziele der Vereinbarkeit von Familientätigkeit und Erwerbstätigkeit intensiv erörtert. Schon 1980 befasste sich der Wissenschaftliche Beirat für Familienfragen mit diesem Themenkomplex.

1984 nahm er erneut dazu Stellung.<sup>26</sup> Die Ziele sind weitgehend anerkannt. Dennoch seien sie noch weitgehend unerfüllt geblieben, besonders im Bereich der Wirtschaft.

## *Familienstand*

Die Zahl der Eheschließungen nimmt in den alten und den neuen Bundesländern seit 1950 „wellenförmig, aber stetig ab.“<sup>27</sup> Nichteheliche Formen des Zusammenlebens haben stark zugenommen.<sup>28</sup> In den alten Bundesländern hat sich Schätzungen zufolge deren Zahl von 1972 bis 1988 versechsfacht auf 820.000, wobei der Anteil der Lebensgemeinschaften mit Kindern eher abgenommen hat. 1991 lebten in Deutschland schon mehr als 2,7 Mio. Menschen in nichtehelichen Lebensgemeinschaften.<sup>29</sup> Der Anteil der nichtehelich geborenen Kinder betrug

<sup>23</sup> a.a.O., S. 32f

<sup>24</sup> a.a.O., S. 271

<sup>25</sup> ebd.

<sup>26</sup> a.a.O., S. 279

<sup>27</sup> a.a.O., S. 47

<sup>28</sup> a.a.O., S. 50. Die Zahl lässt sich nur schätzen, da der Mikrozensus eine direkte Frage nach nichtehelichen Gemeinschaften nicht zulässt.

<sup>29</sup> a.a.O., S. 51

1990 10,5 %.<sup>30</sup> 1990 wurden in Deutschland von 100 Ehen 29 wieder geschieden.<sup>31</sup> In absoluten Zahlen ausgedrückt waren es 154.786. Davon waren 118.340 minderjährige Kinder betroffen.<sup>32</sup>

*Nach einem bisherigen Höchststand von 213.975 Scheidungen im Jahre 2003 mit 170.256 betroffenen minderjährigen Kindern ist die Zahl der Scheidungen im Jahre 2014 auf 166.199 Scheidungen mit 134.803 betroffenen minderjährigen Kindern wieder zurückgegangen.*

Statistisches Bundesamt: Tabelle „Ehescheidungen und betroffene minderjährige Kinder“ ([www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Ehescheidungen/Tabellen/EhescheidungenKinder.html](http://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Ehescheidungen/Tabellen/EhescheidungenKinder.html))

Hieraus geht noch nicht hervor, wie viele der betroffenen Kinder nach der Scheidung langfristig bei nur einem Elternteil aufwachsen – und damit bei Berufstätigkeit des Elternteils auf eine außerfamiliäre Betreuung angewiesen sind. 11,4 % oder etwa jedes 9. minderjährige Kind wächst zum Zeitpunkt der Gründung des Koordinationsbüros, dem Vorläufer von DAKITS, bei nur einem Elternteil auf.<sup>33</sup> Als entscheidend für die soziale Erfahrung gilt weiterhin die Tatsache, dass 1991 gut 31 % aller Kinder als Einzelkind aufwachsen, knapp 45 % mit einem Geschwister, gut 16 % mit zwei und nur noch gut 7 % mit drei Geschwistern.<sup>34</sup>

Von den unter 25-jährigen Müttern mit Kindern unter 18 Jahren waren 1991 mehr als ein Viertel, nämlich 26,5 % alleinerziehend, von den 25- bis unter 65-Jährigen noch ca. 13 %.<sup>35</sup> Mehr als ein Viertel erziehen dabei zwei und mehr Kinder.<sup>36</sup> In absoluten Zahlen bedeutet das, dass ca. 2,2 Mio. Alleinerziehende mit ledigen Kindern zusammen mit den 35,3 Mio. Privathaushalten in Deutschland, die eine „normale Kernfamilie“ bilden, „gemeinsam die typischen Familienhaushalte

30 a.a.O., S. 55, Tabelle II/12

31 a.a.O., S. 53, Tabelle II/11.

32 Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Statistik der rechtskräftigen Beschlüsse in Eheauflösungssachen (Scheidungsstatistik), Fachserie 1, Reihe 1.4, Wiesbaden 2013, S. 14.

33 Vgl. 5. Familienbericht. a.a.O., S. 55, Tabelle II/13.

34 a.a.O., S. 56, Tabelle II/15

35 a.a.O., S. 56, Tabelle II/14

36 a.a.O., S. 57, Tabelle II/16

(bilden), welche die wichtigste Zielgruppe für die Familienpolitik sind.“<sup>37</sup>

Dass gleichzeitig in nur noch 1 % der Privathaushalte drei Generationen zusammenleben, ist auch für die Kinderbetreuung von Bedeutung.

**2014** lebten von 12,9 Mio. 2,3 Mio. Kinder unter 18 Jahren bei nur einem Elternteil. Das sind ca. 17,7 % oder etwa jedes 6. Kind.

(Vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 3 „Bevölkerung und Erwerbstätigkeit“)

**2014** waren von 13 Millionen Minderjährigen 26 % Einzelkinder, das sind 5 % weniger als 1991. Immer noch ist die Zwei-Kind-Familie am häufigsten: Knapp die Hälfte (47 %) der Kinder lebte 2014 mit einem Geschwisterkind. Jedes vierte Kind hatte zwei oder mehr Geschwister.

**2014** waren 20 % der 8,1 Mio. (oder 1,6 Mio.) in Deutschland lebenden Familien mit mindestens einem minderjährigen Kind Familien von Alleinerziehenden. (1996 waren es noch 14 %). Der Anteil der alleinerziehenden Mütter an allen Alleinerziehenden war 89 %.

Vgl. [www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen](http://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen)

## Kleinkindbetreuung Anfang der 90er Jahre

Dass bessere Bedingungen für eine Fremdbetreuung von Klein- und Kleinstkindern und damit eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen erst auf massiven Druck geschaffen wurden, zeigt auch die Initiierung des Bundesmodellprojekts „Tagesmütter“ durch das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit im Jahre 1974. Nachdem 1973 in der Zeitschrift „Brigitte“ ein Bericht über das schwedische Tagesmütter-Modell erschien, formierten sich über 50 Initiativgruppen, die über Presse, Öffentlichkeit und Politik ein reges Interesse an ihrem Anliegen mobilisierten. Das BMJFG entwickelte zusammen mit den Bundesländern und dem Deutschen Jugendinstitut München (DJI) Rahmenbedingungen für dieses Programm. Die Auswertung wurde dem DJI übertragen.<sup>38</sup> An 11 Orten in 5 Bundesländern, darunter auch Kassel (s. Kapitel „Kindertagesbetreuung

<sup>37</sup> a.a.O., S. 58

<sup>38</sup> „Modellprojekt Tagesmütter“, ein Bericht auf der Seite des DJI ([www.dji.de](http://www.dji.de)) (die schriftliche Version der Auswertung ist leider vergriffen, wie hier gesagt wird).

in Kassel“), „sorgten 235 Tagesmütter für rund 400 Pflegekinder bis zu drei Jahren, gegen offizielle Entlohnung aus öffentlichen Mitteln (320 Mark für ein Kind, 525 für zwei, 630 für drei Kinder) und gegen mannigfaltigen Protest.“<sup>39</sup> „Kinderärzte und Psychiater befürchteten ‚Deprivationsschäden und Entwicklungsbehinderungen durch Mutterentbehrung, durch Trennungsschocks, Trennungängste und tägliche Milieuwechsel‘ – unbegründet, wie es schien. Die Befürchtungen, so beispielsweise die Heidelberger Psychologen Gabriele Deutsch-Hell und Carsten P. Malchow, seien ‚durch die Erfahrungen der Betroffenen widerlegt.“<sup>40</sup> Das DJI plädierte deshalb für eine verstärkte öffentliche Anerkennung und Unterstützung.

Anders sah es in der ehemaligen DDR aus: Dort war die Versorgung mit Tageskrippen zum Ende hin fast flächendeckend. Krippenerziehung und mütterliche Erwerbstätigkeit galten als selbstverständlich und war kostengünstig. Dennoch vertraten auch aus der ehemaligen DDR 1991 „knapp die Hälfte der Frauen (46 %) (.) die Meinung, dass Kleinkinder unter der Berufstätigkeit von Müttern leiden.“<sup>41</sup>

In der BRD gilt auch Anfang der 90er Jahre Kindererziehung immer noch als eine private Aufgabe, wie der Sachverständigenbericht feststellt. „Verursachend hierfür wirkte die öffentliche Ablehnung der Erwerbstätigkeit von Müttern, vor allem im Säuglings- und Kleinkinderalter, und die von einer Gruppe von Kinderärzten geführte Diskussion seit den 70er Jahren gegen jede Art von ‚Fremdbetreuung‘ in den ersten Lebensjahren (vgl. zusammenfassend Sommerkorn 1988<sup>42</sup>). Inzwischen haben sehr viele Forschungsergebnisse gezeigt, daß Erwerbstätigkeit der Mutter per se nichts über Risiken – ebenso nichts über Chancen – für den Sozialisationsprozeß ihres Kindes aussagt; gleiches gilt im Hinblick auf Mütter als Ganztags-Hausfrauen.“<sup>43</sup>

---

39 „Günstiger Verlauf“, ein Bericht über das Dreijährige Modellprojekt Tagesmütter, im SPIEGEL 51/1978, digitale Ausgabe

40 Ebd. Weitere Informationen über die Auswertungen siehe in diesem Artikel. Auch im Abschlussbericht des DJI heißt es: „Die qualifizierte Familientagespflege (...) ist in ihrer Erziehungsleistung für Säuglinge und Kleinkinder der Erziehung durch die eigene Mutter gleichwertig. Sie verdient deshalb verstärkt öffentliche Anerkennung und Unterstützung. Die im Modellprojekt betreuten Kinder zeigten in der sozial-emotionalen Entwicklung (...) und in der Intelligenzentwicklung keine Nachteile gegenüber vergleichbaren, von der eigenen Mutter betreuten Kindern. In einem speziellen Bereich erwiesen sie sich sogar als überlegen: Die Tagespflegekinder waren weniger sozial gehemmt und weniger ängstlich.“ (aus dem Abschlussbericht, www.dji.de, a.a.O.)

41 5. Familienbericht, a.a.O., S. 179

42 Diese Literaturangabe bezieht sich auf: Sommerkorn, I.N.: Die erwerbstätige Mutter in der Bundesrepublik: Einstellungs- und Problemveränderungen, in: Nave-Herz, R. (Hrsg.): Wandel und Kontinuität in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1988, S. 115-144

43 a.a.O., S. 76. Am 30.10.1991 veröffentlicht die HNA einen kleinen Artikel über Krippenkinder, in dem das Ergebnis einer Auswertung von „400 internationalen Forschungsarbeiten aus den vergangenen zwölf Jahren über Krippenkinder“ vorgestellt wird. Demnach sind Krippenkinder „anfälliger für Krankheiten als Jungen und Mädchen, die ihre ersten drei Lebensjahre in der Familie verbringen.“ Sie seien im „Vergleich zu Gleichaltrigen, die in der Familie groß werden, weniger aufmerksam, weniger fröhlich und weniger selbständig.“

Anstelle der pauschalen Befürwortung oder Ablehnung tritt darin die Frage nach der Qualität von Betreuung in den Vordergrund.

Nach Ende des Erziehungsurlaubs treten Engpässe in der Betreuung auf, denn öffentliche Einrichtungen, die unter Dreijährige betreuen, sind immer noch rar, wie der Bericht konstatiert.<sup>44</sup> Dennoch ist die Erwerbstätigkeit von Müttern mit unter 6-jährigen Kindern in den letzten Jahrzehnten stark gestiegen, weit stärker als die Zunahme der Kleinkind-Betreuungsplätze. 1991 waren demnach insgesamt 51 % der Frauen in den alten und 68 % in den neuen Bundesländern erwerbstätig. Bei den Frauen ohne Kinder waren es 55 % bzw. 69 %, bei Frauen mit Kindern unter 15 Jahren 43 % bzw. 70 %. Auch bei Frauen mit Kindern unter 6 Jahren zeigt sich noch ein großer Unterschied in den jeweiligen Bundesländern: Während die Zahl

**2014 sind 47,2 % der weiblichen und 56 % der männlichen Bevölkerung erwerbstätig.**

(vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie S. 34) 2013 sind 61 % der Mütter und 84 % der Väter mit mindestens einem minderjährigen Kind aktiv erwerbstätig.

*„Bei Müttern mit Kleinstkindern ist der Unterschied zwischen der Erwerbstätigenquote besonders hoch: 36 % im Osten und 30 % im Westen. Eine Ursache für die höhere Erwerbsbeteiligung der Mütter von Kleinkindern im Osten dürfte in der besseren Ausstattung mit Krippen beziehungsweise Ganztagsbetreuungsplätzen im Osten Deutschlands liegen. So lag nach aktuellsten Daten die Betreuungsquote für Kinder unter drei Jahren im März 2014 in den westdeutschen Bundesländern bei durchschnittlich 27,4 %; im Osten war sie mit 52,0 % nahezu doppelt so hoch. Die Ost-West-Unterschiede in den Betreuungsquoten spiegeln sich auch bei der Betrachtung des Betreuungsumfangs wider: Während im März 2013 im Westen die Ganztagsbetreuungsquote bei 10,4 % aller Kinder in dieser Altersgruppe lag, war im Osten mehr als jedes dritte Kind (37,3 %) unter drei Jahren in Ganztagsbetreuung. Die Ganztagsbetreuungsquote war damit im Osten fast viermal so hoch wie im Westen.“*

Dipl.-Volkswirt (FH) Matthias Keller, Dipl.-Verwaltungswissenschaftler Thomas Haustein: Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ergebnisse des Mikrozensus 2013. S. 736 f ([www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik](http://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik))

Siehe "Studie: "Häufiger krank". HNA vom 30.10.1991

44 Sommerkorn. I.N. a.a.O., S. 76

**2013** arbeiten insgesamt 70 % der erwerbstätigen Mütter im Alter von 15 bis 64 Jahren auf Teilzeitbasis, bei den Vätern waren es hingegen lediglich 6 %.

Die höchste Teilzeitquote hatten Mütter im Westen mit rund 80 % bei Kindern im Kindergartenalter. Im Osten Deutschlands war die Teilzeitquote bei Müttern mit Kindern im Krippenalter bis unter 3 Jahren mit 54 % am höchsten. (a.a.O., S. 738)

in den alten Bundesländern 36 % betrug, waren es in den neuen 59 %.<sup>45</sup>

Wie behelfen sich die Mütter Anfang der 90er Jahre? Aus einer repräsentativen Untersuchung über die Form der Betreuung von Kleinkindern kann man entnehmen, dass, auch wenn öffentliche Betreuungsinstitutionen in Anspruch genommen werden, Anfang der 90er Jahre „jedes dritte null- bis dreijährige Kind und mehr als die Hälfte der drei- bis sechsjährigen Kinder auf drei und mehr Betreuungsformen täglich angewiesen waren.“<sup>46</sup>

„Für die öffentliche und fachpolitische Diskussion bedeutet dies, dass wir endgültig Abschied nehmen müssen von der versimplifizierenden Alternative Familie (gemeint ist die Mutter) versus Institution. Solche Vereinfachungen haben keine Grundlagen in der gesellschaftlichen Realität. Angemessene Lösungen der Betreuungsproblematik sollen Bezug nehmen auf die Vielfalt gegebener Betreuungsinstanzen und die Vielfalt der Lebensbedingungen von Kindern und ihren Eltern.“<sup>47</sup>

Aber auch für nicht erwerbstätige Mütter stellt sich das Problem aufgrund fehlender nachbarschafts- oder anderer Spielgruppen, ihre Kinder mit anderen zusammenzubringen. Erst Anfang der 90er Jahre entstehen vermehrt Mütter- oder Familienzentren.

Bereits 1980 hat der wissenschaftliche Beirat des BMJFG in seinem Gutachten „Familien mit Kleinkindern“, „beachtliche Defizite an familienergänzenden Betreuungseinrichtungen, nicht zuletzt an Kindertagesstätten“ registriert.<sup>48</sup> Er empfahl die Einführung von Erziehungsgeld, das „die Entscheidung für die Erzie-

<sup>45</sup> a.a.O., S. 152

<sup>46</sup> a.a.O., S. 77. Der Bericht bezieht sich hier auf: W. Tietze: Zur Betreuungssituation von Kindern im Vorschulalter in der Bundesrepublik Deutschland. Westfälische Wilhelms-Universität. Münster (hektografiert) 1990

<sup>47</sup> W. Tietze, a.a.O., S. 10

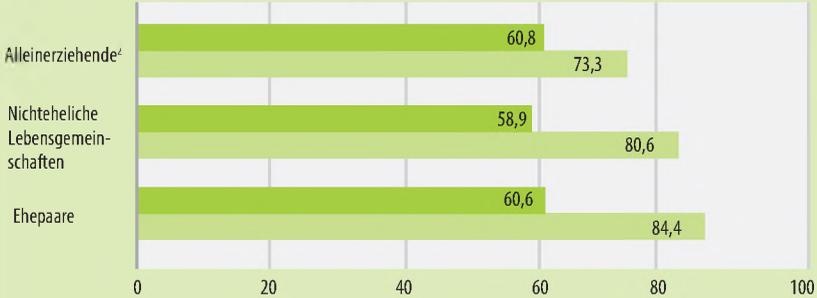
<sup>48</sup> S. FB a.a.O., S. 177

## Anteil der Vollzeit-Erwerbstätigen

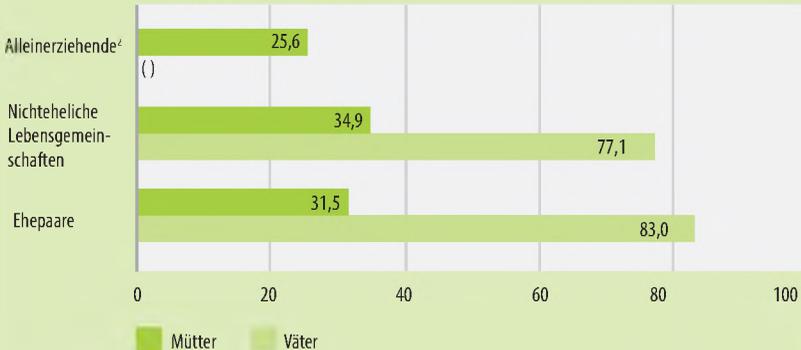
Schaubild 7

### Aktiv erwerbstätige Mütter<sup>1</sup> und Väter mit minderjährigen Kindern im Jahre 2013 (in %)

mit jüngstem Kind unter 18 Jahren



mit jüngstem Kind unter 3 Jahren



Ergebnisse des Mikrozensus: Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

<sup>1</sup> Anzahl der aktiven erwerbstätigen (ohne vorübergehend Beurlaubte, zum Beispiel wegen Mutterschutz, Elternzeit) an der Bevölkerung.

<sup>2</sup> Elternteile im erwerbsfähigen Alter.

hung und die persönliche Betreuung von Kindern in ihren Familien erleichtere. Zugleich plädierte er für einen zielstrebigem Ausbau familienergänzender Betreuungseinrichtungen<sup>49</sup>, um die Voraussetzungen für eine Entscheidungsfreiheit zu schaffen. Viele große Unternehmen (Bayer AG, Deutsche Bank AG, Schering AG) haben bis zu diesem Zeitpunkt Kinderbetreuung für den Nachwuchs ihrer MitarbeiterInnen eingerichtet oder sponsern Kindergartenplätze.

49 ebd.

## Versorgungsgrad öffentlicher beziehungsweise familien-ergänzender Kinderbetreuung

„Lediglich der Kindergarten hat sich seit der Zeit der Bildungsreform als wichtiger, von der Mehrheit der Kinder besuchter Sozialisationsort etablieren können.“<sup>50</sup> Die Tabellen<sup>51</sup> zeigen, welche länderspezifischen großen Unterschiede Anfang der 90-er Jahre im Versorgungsgrad insbesondere zwischen den alten und den neuen Bundesländern sowie den Städten herrschen.

Daneben gibt es Plätze in der Kindertagespflege. 1986 gab es rd. 25.700 anerkannte Pflegestellen. Zusätzlich dürfte es eine ca. gleich große Zahl an nicht anerkannten Stellen geben, so dass man „bei den unter drei Jahre alten Kindern insgesamt von einer Versorgungsquote von 4-5 % ausgehen kann.“<sup>52</sup> „Das Ausmaß der Unterversorgung in diesem Bereich wird besonders deutlich, wenn man diesem

### Versorgungsquoten bei Krippen-, Kindergarten- und Hortplätzen 1990. alte Bundesländer

Bundesland	Krippen			Kindergärten			Hort		
	Plätze insgesamt	Anzahl der Kinder von 1 bis 3 Jahren	Versorgungsquote (in %)	Plätze insgesamt	Anzahl der Kinder von 3 bis 6 Jahren	Versorgungsquote (in %)	Plätze insgesamt	Anzahl der Kinder von 6 bis 10 Jahren	Versorgungsquote (in %)
Baden Württemberg	3.881	231.131	1.7	335.688	323.027	103.9	11.859	415.652	2.8
Bayern	3.414	260.967	1.3	262.457	364.777	72.0	21.454	479.131	4.5
Berlin (West)	11.764	43.722	26.9	38.838	59.869	64.9	22.542	76.894	29.3
Bremen	390	13.069	3.0	11.962	17.894	66.8	3.499	23.162	15.1
Hamburg	4.699	31.322	15.0	21.391	41.903	51.1	10.441	53.400	19.6
Hessen	3.333	121.511	2.7	152.741	169.774	90.0	16.012	223.482	7.2
Nieder- sachsen	3.960	160.902	2.5	133.422	227.240	58.7	9.280	296.952	3.1
Nordrhein- Westfalen	5.115	388.529	1.3	406.024	546.610	74.3	25.245	698.024	3.6
Rheinland-Pfalz	696	83.763	0.8	116.837	119.836	97.5	3.683	156.583	2.4
Saarland	259	22.130	1.2	30.438	32.144	94.7	814	41.927	1.9
Schleswig-Holstein	642	57.014	1.1	42.229	78.041	54.1	3.960	100.669	3.9

Deutsches Jugendinstitut 1993

<sup>50</sup> a.a.O., S. 189

<sup>51</sup> 5. Familienbericht. a.a.O., S. 190. Der Versorgungsgrad in Kassel liegt allerdings unter dem in Hessen, er beträgt 1990 an Kindergartenplätzen 72 %, siehe Exkurs über die Situation in Kassel in dieser Dokumentation

<sup>52</sup> 5. Familienbericht. a.a.O., S. 189

**Versorgungsquoten bei Krippen-, Kindergarten- und Hortplätzen 1989, neue Bundesländer**

Bundesland	Krippen			Kindergärten			Hort		
	Plätze insgesamt	Anzahl der Kinder von 1 bis 3 Jahren	Versorgungsquote (in %)	Plätze insgesamt	Anzahl der Kinder von 3 bis 6 Jahren	Versorgungsquote (in %)	Plätze insgesamt	Anzahl der Kinder von 6 bis 10 Jahren	Versorgungsquote (in %)
Berlin (Ost)	32.424	53.607	<b>60,5</b>	78.505	64.611	<b>121,5</b>	63.237	73.100	<b>86,5</b>
Brandenburg	61.730	106.355	<b>58,0</b>	151.813	136.203	<b>111,5</b>	139.501	160.643	<b>86,8</b>
Mecklenburg Vorpommern	52.176	69.964	<b>58,0</b>	123.889	112.346	<b>110,3</b>	155.851	132.226	<b>117,9</b>
Sachsen-Anhalt	63.297	110.919	<b>57,1</b>	157.930	137.900	<b>114,5</b>	113.276	162.430	<b>69,7</b>
Sachsen	69.489	171.428	<b>52,2</b>	244.017	215.470	<b>113,2</b>	222.690	259.147	<b>85,9</b>
Thüringen	54.087	93.986	<b>57,5</b>	132.266	119.373	<b>110,8</b>	124.266	142.734	<b>87,1</b>
Neue Bundesländer insgesamt 1990	353.203	626.259	<b>56,4</b>	888.420	785.903	<b>113,0</b>	818.821	930.280	<b>88,0</b>
Alte Bundesländer insgesamt 1990	38.153	1.414.000	<b>2,7</b>	1.552.027	1.961.115	<b>78,3</b>	128.780	2.565.876	<b>5,0</b>

Deutsches Jugendinstitut 1993

Anteil z.B. die Erwerbstätigenquote der Mütter mit Kindern unter drei Jahren gegenüberstellt, die rund 37 % beträgt.<sup>53</sup>

Der Bericht erwähnt, dass sich in den letzten Jahren vor 1991 „aufgrund von Elterninitiativen, Eltern- (bzw. Mütter-)Kind-Gruppen und in Mütter- und Familienzentren unterschiedliche Formen der Kinderbetreuung in Selbsthilfe entwickelt“ haben.<sup>54</sup> Er bedauert, dass es keinen Überblick über den Umfang dieser Betreuungsleistungen gibt. „Mit ein Grund dafür ist, daß die öffentliche Förderung solcher Kinderbetreuungsmaßnahmen noch weitgehend ungeklärt ist und meist auf örtlichen Entscheidungen beruht.“<sup>55</sup>

Angesichts des Rückgangs eines „naturwüchsigen Geflechts vielfacher Nachbarschafts- und Verwandtschaftsbeziehungen“, der gewachsenen Mobilität von

<sup>53</sup> ebd. Diese Zahlen beziehen sich allerdings auf 1992

<sup>54</sup> a.a.O., S. 189

<sup>55</sup> ebd., vgl. auch A. Gerzer-Sass/R. Pettinger: Kinderbetreuung in Selbsthilfe. in: Handbuch der Kinder- und Jugendbetreuung. hrsg. von I. Becker-Textor und M. Textor. Neuwied, Krieffel. Berlin 1993

Familien, der „geringer gewordenen Stabilität traditioneller Familienstrukturen“ und des Wandels des Geschlechterrollenverständnisses sehen es die Sachverständigen als „dringend erforderlich“ an, „daß Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik die familienergänzende Betreuung von Kindern ausbauen und für ein angemessenes Angebot für Kinder aller Altersstufen sorgen.“<sup>56</sup>

Inzwischen komme es zu einem Abbau der Plätze in den neuen Ländern aufgrund der gesunkenen Kinderzahlen und der massiven Erwerbslosigkeit von Frauen. Das erschwere besonders die Situation von alleinerziehenden Müttern, die 1993 in den neuen Bundesländern einen Anteil an allen Eltern mit minderjährigen Kindern von 21,5 % haben (alte Bundesländer: 13,8 %). Im Westen, so die Forderung des Sachverständigenberichts, muss das unzureichende Angebot erweitert werden.

Der Sachverständigenrat plädiert neben dem Ausbau von institutionellen Betreuungseinrichtungen für die Schaffung von „multifunktionalen“ Nachbarschafts- und Stadtteilzentren, auch in Weiterentwicklung von Mütterzentren, in denen Menschen zur Selbsthilfe angeregt werden.<sup>57</sup> Sie seien eine „wichtige Ergänzung der institutionellen Kinderbetreuung. Durch sie entsteht für die Kinder ein größerer sozialer Lernraum, in dem oft auch geschwisterähnliche Beziehungen entwickelt werden. Die Kinder haben dabei auch einen größeren Freiraum, um unabhängig von pädagogischen Angeboten und Interventionen zu handeln.“<sup>58</sup>

Mit dieser Empfehlung mag die Kommission auch auf einen „zeitgeschichtlichen Wandel“ in der Kindererziehung antworten: An Mütter wird der Anspruch der Förderung des Kleinkindes gestellt (Schwimmen, Gymnastik, Malkurse usw.) „Durch die zunehmende Pädagogisierung und die damit verbundene Institutionalisierung der Kindheit wurden ferner die Mütter nicht nur zu ‚Transporteurinnen‘ ihrer Kinder, die sie von einer ‚Insel‘ zur anderen bringen (man spricht von der ‚Verinselung der Kindheit‘), sondern sie haben auch die Probleme der Zeitorganisation ihrer Kinder zu lösen.“ Die moderne Zeitökonomie mit ihrer Regelmäßigkeit, Vorplanung und Zeitökonomie dringt bereits seit Ende der 60er Jahre in das Leben von Kleinkindern ein.<sup>59</sup> Und der 8. Jugendbericht weist auf einen weiteren Prozess hin: „Es besteht immer weniger Möglichkeit, den Nach-

---

56 a.a.o.; S. 189

57 a.a.O., S. 195

58 a.a.O., S. 196

59 5. Familienbericht, a.a.O., S. 77

mittag frei von institutionellen Vorgaben zu gestalten und am Leben der Erwachsenen teilzunehmen, so daß diese Entwicklung auch als ein zunehmender Ausgrenzungsprozeß von Kindern aus der Welt der Erwachsenen und aus generationsübergreifenden Lebenszusammenhängen begriffen werden kann.“<sup>60</sup>

Auf die Probleme der Verinselung ist von Erziehungswissenschaftlerinnen mehrfach hingewiesen worden. Ganzheitliche Erfahrungen von Kindern werden ersetzt durch unterschiedliche Aktivitäten und Akteure, die nicht miteinander in Beziehung stehen. Welche Auswirkungen das auf die Persönlichkeitsstruktur und die Sozialcharaktere hat, ist noch nicht untersucht.

Die Betreuung unter Dreijähriger wird im Familienbericht nicht mehr gesondert erwähnt. Es werden lediglich an einer Stelle in Bezug auf den Abbau von

### Kinder in Tageseinrichtungen 2015

01.03.2015	unter 3 Jahre	3-6 Jahre	6 bis unter 11 Jahre	1 bis unter 14 Jahre
Baden-Württemberg	68.909	266.753	68.470	2.298
Bayern	85.707	301.781	129.422	2.763
Berlin	44.568	91.990	10.025	0
Brandenburg	29.462	59.029	75.964	3.117
Bremen	3.865	14.629	5.835	129
Hamburg	20.945	43.411	9.444	277
Hessen	40.468	148.526	58.873	996
Mecklenburg-Vorpommern	17.431	37.855	43.580	501
Niedersachsen	43.894	182.931	57.948	991
Nordrhein-Westfalen	84.831	418.526	61.683	421
Rheinland-Pfalz	28.393	95.961	23.752	503
Saarland	5.557	20.700	6.620	107
Sachsen	46.867	101.434	137.435	2.548
Sachsen-Anhalt	29.216	49.504	59.535	1.502
Schleswig-Holstein	16.670	64.133	23.180	356
Thüringen	26.856	51.053	11.644	12
Deutschland	593.639	1.948.216	783.410	16.521

Statistisches Bundesamt 2016. [www-genesis.destatis.de/genesis](http://www-genesis.destatis.de/genesis)

Defiziten die „fehlenden Betreuungseinrichtungen auf Zeit“ erwähnt.<sup>61</sup> Die Bedeutung dieses Themas wird erst im neuen Jahrtausend erkannt und politisch aufgegriffen. Im Jahr 2008 wird das Gesetz zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege (Kinderförderungsgesetz/KiföG) verabschiedet, das ab 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab Vollendung des 1. Lebensjahres begründet.

*„Unabhängig von dem Ziel, bis zum 1. August 2013 für 780.000 der unter Dreijährigen ein Betreuungsangebot zur Verfügung zu stellen, wurde im Rahmen des im Jahr 2008 verabschiedeten Kinderförderungsgesetzes (KiföG) ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab Vollendung des 1. Lebensjahres vereinbart. Ein weiteres Ziel des KiföG ist es, neben der Betreuung der Kinder in Kindertageseinrichtungen die Kindertagespflege zu stärken. 30 % der neu zu schaffenden Plätze für Kinder unter 3 Jahren sollen durch eine Tagesmutter oder einen Tagesvater bereitgestellt werden.“*

(Statistisches Bundesamts, „Kindertagesbetreuung in Deutschland 2012“, Wiesbaden 2012)

---

61 5. Familienbericht. a.a.O., S. 274

***In der Einleitung des Berichts des Statistisches Bundesamts „Kindertagesbetreuung in Deutschland 2012“ heißt es:***

*„Lange Zeit war die Debatte auf die Betreuung von Kindern ab 3 Jahren bis zum Schuleintritt beschränkt. Nachdem der Rechtsanspruch für Kinder ab 3 Jahren eingeführt wurde, rückte mit dem Gesetz zum bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder (TAG) im Jahr 2004, spätestens aber mit dem sogenannten Krippengipfel im Jahr 2007, die Betreuung von Kindern unter 3 Jahren in den Fokus. Auf dem Krippengipfel von Bund, Ländern und Kommunen im Jahr 2007 wurde vereinbart, bis zum Beginn des Kindergartenjahres 2013/2014 bundesweit für 35 % der Kinder unter 3 Jahren ein Angebot zur Kindertagesbetreuung in einer Einrichtung oder durch eine Tagesmutter beziehungsweise einen Tagesvater zu schaffen. Die damalige Planungsgröße wurde auf 750.000 Plätze für unter Dreijährige beziffert. Mittlerweile wird der Bedarf sogar auf rund 780.000 Plätze für unter dreijährige Kinder geschätzt, was einer Betreuungsquote von rund 39 % bundesweit entspräche. Bei regional unterschiedlich hohem Bedarf kann es zu deutlichen Abweichungen kommen.“ Die Zahl der Kinder unter 3 Jahren in Kindertagesbetreuung ist zum 1. März 2015 gegenüber dem Vorjahr um rund 32.600 auf insgesamt gut 693.300 Kinder gestiegen. Der Anstieg fiel damit weniger stark aus als in den Vorjahren (2014: + 64.500). Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) anhand der Ergebnisse zur Statistik der Kindertagesbetreuung weiter mitteilt, lag die Betreuungsquote am Stichtag bundesweit bei 32,9 %.*

*Die Betreuungsquote betrug im März 2015 in den westdeutschen Bundesländern durchschnittlich 28,2 %. In Ostdeutschland (einschließlich Berlin) lag sie bei 51,9 %. Von den westdeutschen Flächenländern hatten Schleswig-Holstein mit 31,4 % und Rheinland-Pfalz mit 30,6 % die höchsten Betreuungsquoten, die niedrigste hatte Nordrhein-Westfalen (25,8 %). In Sachsen-Anhalt gab es bundesweit die höchste Betreuungsquote (57,9 %).*

(Pressemitteilung Nr. 368 vom 01.10.2015 von destatis/Statistisches Bundesamt. /www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2015/10/PD15\_368\_225.html)

02

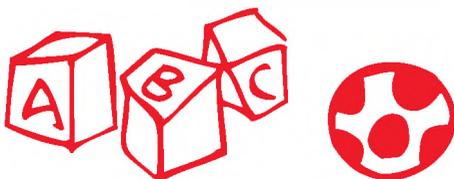
DAKITS CHRONIK | TEIL 2

# SITUATION DER KINDERTAGES- BETREUUNG IN DER STADT KASSEL

VOR UND WÄHREND DER GRÜNDUNGSZEIT VON DAKITS E.V.

„Die Erziehung des Kindes während seiner frühkindlichen Entwicklung vollzieht sich vorrangig in der eigenen Familie.“

Stadträtin Schmarsow, 19&S



## SITUATION DER KINDERTAGESBETREUUNG IN KASSEL VOR UND WÄHREND DER GRÜNDUNGSZEIT VON DAKITS E.V.

Das 1991 in Kraft getretene SGB VIII, besser bekannt als KJHG (Kinder- und Jugendhilfe-Gesetz), das das bis dahin geltende Jugendwohlfahrtsgesetz aus dem Jahre 1961 ablöste, stellte die verantwortlichen städtischen Mitarbeiter vor die Aufgabe, deren Umsetzung im kommunalen Bereich auch für den Bereich der Kindertagesbetreuung zu gestalten.

Seit 1990 galt bereits das neue Hessische Kindergartengesetz, das das Kindergartengesetz aus dem Jahre 1974 ablöste. Und um vorzugreifen: ab 1996 wird ein Rechtsanspruch für jedes Kind ab 3 Jahren bis zum Schuleintritt auf einen Kindergartenplatz begründet, es dauert aber noch bis zum Jahr 2008, in dem das Kinderförderungsgesetz den Anspruch auf einen Kitaplatz ab dem 1. Lebensjahr festschreibt. Im Oktober 1990 legt Hartmut Schulz, der damalige Leiter des Jugendamtes, „Materialien zur Tagesbetreuung für Kasseler Kleinkinder“ vor. Sie sollen für die kommunal- und jugendhilfepolitisch Tätigen Informationen, Beiträge und neue rechtliche Regelungen zusammentragen, „die eine Weiterentwicklung der bisherigen Kasseler Praxis erlauben.“<sup>62</sup>

Im September 1989 hatte die Verwaltung des Jugendamtes den städtischen Körperschaften den „Bericht zur quantitativen Kindertagesstättensituation in Kassel“ vorgelegt, so Schulz im Vorwort. „In Zusammenarbeit und mit Hilfe der freien Kindertagesstättenträger ist die Stadt Kassel bemüht, die Platzsituation in den Kindergärten spürbar zu verbessern.“

### *Bundesmodell Tagesmütter in Kassel*

In den Materialien finden wir zunächst den Bericht von Bernd Ziegler über 15 Jahre Tagespflege für Kinder unter 3 Jahren in Kassel, die 1975 mit der Beteiligung am Bundesmodell „Tagesmütter“ startete.<sup>63</sup> Es wird damit erstmals ein familiäres Betreuungsangebot für Kinder unter 3 Jahren aufgebaut. Die Tagespflege durch Tagesmütter 1990 innerhalb des Angebots zur Betreuung von Kindern unter 3 Jahren ist dadurch zahlenmäßig am bedeutsamsten.

<sup>62</sup> Materialien Tagesbetreuung für Kasseler Kleinkinder. Kassel, Jugendamt der Stadt Kassel, Okt. 1990, im Vorwort  
<sup>63</sup> a.a.O., S. 1 (siehe auch weitere Informationen im Exkurs über die Situation der Familien in der BRD)

Es geht hier um einen Zeitraum, in dem es noch keineswegs selbstverständlich war, Kinder unter 3 Jahren in eine „Fremdbetreuung“ zu geben. Denn noch befürworteten pädagogische Überzeugung und politische Haltung das Aufwachsen von unter Dreijährigen zuhause - was in den allermeisten Fällen bedeutete: bei der Mutter.<sup>64</sup> Erst allmählich werden ideologische und praktische Zugeständnisse an ein verändertes Lebensmodell gemacht, in dem der Frau bzw. Mutter das Recht auf eine Berufstätigkeit zugestanden wird und dem Kind die Erfahrung einer Betreuung außerhalb der Herkunftsfamilie.<sup>65</sup>

Nach Auslaufen des Bundesmodells 1978 wird die Tagespflege in das Regelanbot der städtischen Jugendhilfe aufgenommen, seit 1985 schließlich als allgemeines Angebot für berufstätige oder in Ausbildung/Studium befindende Mütter bzw. Eltern. Hierbei kommt es „nicht mehr auf erzieherische Defizite oder Versagen der Eltern an. Grundvoraussetzung für die Finanzierung ist aber die materielle Bedürftigkeit der Eltern“<sup>66</sup> Noch 1985 bezieht sich die Begründung zum Regelanbot keinesfalls auf ein verändertes Verständnis von Betreuung unter Dreijähriger, sondern auf fehlende bundesgesetzliche Regelungen, die es einem Elternteil erlauben könnten, zuhause zu bleiben.<sup>67</sup>

Immerhin konstatiert Stadträtin Schmarsow 1985, „daß Eltern aus persönlichen und wirtschaftlichen Gründen erwerbstätig sein wollen und müssen; (und) daß es ein Bedürfnis und legitimes Recht – auch beider Elternteile – ist, Ausbildungs- und Studienplätze zu realisieren.“<sup>68</sup> So müsse man ein Angebot an Tagesbetreuungs-

64 So etwa der Deutsche Städtetag, der noch 1991 darauf hinweist, dass seine Grundsätze zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen „nicht dahin mißverstanden werden (sollten), dass einer beruflichen Tätigkeit der Vorrang vor Aufgaben in der Familie, dass der Fremdbetreuung von Kindern der Vorrang vor der Erziehung der Kinder in der eigenen Familie eingeräumt werden sollen. Die gesamte Diskussion um die Vereinbarkeit von Beruf und Erziehung“ sollte vielmehr deutlicher als bisher auch hervorheben, wie sinnbringend und persönlichkeitsbereichernd es sein kann, Kinder selbst zu erziehen und die Faszination ihrer Entwicklung selbst zu erleben.“ Deutscher Städtetag, Grundsätze zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen, März 1991, als Anhang im Bericht zur quantitativen Kindertagesstättensituation in Kassel, Mai 1991, S. 2. Und weiter heißt es: „Die Bereitstellung solcher Betreuungsmöglichkeiten außerhalb der eigenen Familie wird von manchen immer noch als pädagogisch grundsätzlich nicht vertretbar, als soziale Notlösung begriffen, die nur greifen darf, wenn bei den Kindern erzieherische Defizite festgestellt werden oder zu befürchten sind.“

65 Siehe die Aussagen im 5. Familienbericht (1994) im Exkurs über die Situation von Familien zum Zeitpunkt der Gründung von DAKITS e.V.

66 Materialien Tagesbetreuung für Kasseler Kleinkinder, a.a.O., S. 1

67 „Die Erziehung des Kindes während seiner frühkindlichen Entwicklung vollzieht sich vorrangig in der eigenen Familie. Dazu sind gezielte familienunterstützende Hilfen erforderlich, u.a. solche, die es einem Elternteil ermöglichen, für einige Zeit die volle Erwerbstätigkeit zu unterbrechen. Nach dem Mutterschutzgesetz, dem Mutterschutzurlaubsgesetz und dem Unterhaltsvorschußgesetz sind weitere bundesgesetzgeberische Initiativen, die den o.a. Erziehungsanspruch in der frühkindlichen Entwicklungsphase einlösen könnten, leider ausgeblieben.“ Neue Konzeption „Kinder in Tagespflege“, Vorlage von Stadträtin Schmarsow Nr. 172/85 vom 7. Mai 1985, S. 4, in a.a.O., S. 4 68 ebd.

plätzen für Kinder vorrangig im Alter von 0 bis 3 Jahren bereitstellen. Damit solle zudem auch „ein stark vorhandener ‚grauer Markt‘ abgebaut werden“.<sup>69</sup>

Die Tagespflege in Kassel wird 1985 um die „Gruppenbetreuung von Kleinkindern (.) (Einrichtungen mit krippen- und krabbelstubenähnlichem Charakter)“<sup>70</sup> erweitert.<sup>71</sup> 1985 gibt es laut Bericht von Stadträtin Schmarsow 20 Plätze in 2 Krabbelstuben für „Krabbelkinder“ im Alter von 2-3 Jahren. Die Tagesstätte Mönchebergstraße stellt 38 Krippen- und Krabbelstubenplätze für die Bediensteten der Städtischen Kliniken bereit.

In jüngster Zeit - und damit wären wir am Gründungszeitpunkt von DAKITS e.V. bzw. seines Vorläufers, des Koordinationsbüros, angekommen – haben sich 7 Elterninitiativen gebildet, stellt der Bericht weiterhin fest, die ca. 30 Plätze für Kinder unter 3 Jahren anbieten. „Diese Betreuungsmöglichkeiten müssen vom Jugendamt bzw. Landesjugendamt als Tagespflegestellen oder Einrichtungen anerkannt werden.“<sup>72</sup>

Auf welche städtischen Bedingungen stößt das Koordinationsbüro? 1985 war in der Stadtverwaltung Kassel eine Fachkraft für 95 Kinder im Alter von 0 bis 3 Jahren in Tagespflege zuständig.<sup>73</sup> Aufgaben dieser Fachkraft bestanden in der Werbung von Tagespflegestellen und deren Anerkennung im Rahmen der Pflegestellenaufsicht, Antragsbearbeitung, Vermittlung in Pflegestellen, Beratung, Fortbildung und Durchführung von Gruppenveranstaltungen! 1990 stellt die Stadt Kassel für die Tagespflege und mit Dauerpflege verbundenen Aufgaben immerhin 6,5 Planstellen zur Verfügung.<sup>74</sup>

Die Tagespflegestelle erhält für die ganztägige Betreuung eines Kindes bis zum 3. Lebensjahr ein monatliches Pflegegeld von 588,00 DM (1985: 449,00 DM, im Modellprojekt ca. 10 Jahre zuvor 320,00 DM); ab dem 4. Lebensjahr beträgt das Pflegegeld 536,00 DM. „Das Pflegegeld setzt sich aus einem Grundbetrag und einem Erziehungsbetrag i. H. v. 150,00 DM (1985: 100,00 DM, R.B.) zusammen. Mit dem Grundbetrag sind die Bedürfnisse des Kindes hinsichtlich des notwendigen Lebensunterhalts für den Betreuungszeitraum, zuzüglich anteiliger Unter-

---

69 ebd.

70 15 Jahre Tagespflege in Kassel, a.a.O., S. 1

71 Rechtsgrundlage für die Erziehung von Säuglingen und Kleinkindern: § 5 Abs. 1, Nr. 3 i.V.m. § 6 Abs. 1 JWG, familienergänzende Maßnahme: § 27 JWG

72 Neue Konzeption Kinder in Tagespflege, a.a.O., S. 5

73 ebd.

74 15 Jahre Tagespflege in Kassel, a.a.O., S. 2

kunftskosten, abgegolten.<sup>75</sup> Eltern müssen im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit zu den Kosten beitragen. 1985 zahlt das Jugendamt für die Betreuung von Kindern von 0 bis 3 Jahren in Einrichtungen mit krippen- und krabbelstubenähnlichem Charakter ein monatliches Betreuungsentgelt bis zur Höhe des Pflegegeldes für Kinder in Tagespflege dieser Altersgruppe – allerdings nur bei finanzieller Bedürftigkeit der Eltern. Diese Regelung wird noch lange beibehalten, wie wir in einem Interview mit einem damals betroffenen Vater erfahren. „Wir mussten immer auf diesen Gruppenmix schauen. In der Gesamtkalkulation mussten wir also immer schauen, dass wir so und so viele ‚Jugendamtskinder‘, so haben wir die immer genannt, hatten, damit wir rechnerisch hinkamen.“<sup>76</sup> Denn während der normale Unterstützungssatz für Kinder ab dem 3. Lebensjahr zu diesem Zeitpunkt 1.100 DM pro Platz und Jahr betrug, konnte man für die „Jugendhilfekinder“ den vollen Betreuungssatz der Tagespflege in Rechnung stellen.<sup>77</sup>

Nicht alle Gruppen, die aus Elterninitiativen entstanden sind, nahmen diese Art der Finanzierung in Anspruch. Es mag an deren „antiinstitutionellem“ Charakter gelegen haben, d.h. dass sie sich bewusst einer Aufsicht durch das Landesjugendamt und den damit verbundenen Auflagen entzogen.<sup>78</sup> Auch gab es Diskussionen, ob man mit Kinderbetreuung Geld verdienen dürfe, ob man Professionalisierung der Kinderbetreuung und Pädagogik zusammen denken sollte. Es ging dabei auch um die Autonomie versus Abhängigkeit durch staatliche Finanzierung.

Als Fortbildungsmaßnahme für den Bereich der Tagespflege bietet die Stadt Kassel 1990 zwei bis drei Wochenenden im Jahr inkl. Kinderbetreuung an. Dafür stehen 1990 Haushaltsmittel von 25.000 DM zur Verfügung.

75 vgl. 15 Jahre Tagespflege in Kassel, a.a.O. und Neue Konzeption „Kinder in Tagespflege“, a.a.O. 1990 gab die Stadt Kassel ca. 1,2 Mio. DM für die Betreuung von Kindern in Tagespflege aus. Dass eine ganztägige Betreuungsarbeit mit 150,00 DM Erziehungsbetrag „entlohnt“ wird, wirft ein Licht auf die Wertigkeit von Kindererziehung.

76 Kai Boeddinghaus im Interview am 31.07.2015

77 Aus einer Aufstellung des Jugendamtes über die „kleinen freien Träger und Initiativgruppen mit einem Kindergarten-, Hort- bzw. Krabbelgruppenplatzangebot“ vom Juli 1990 geht hervor, dass nicht alle kleinen freien Träger einen städtischen Zuschuss erhielten.

78 Im „Merkblatt für Einrichtungen, die durch Elterninitiative entstanden sind und der Aufsicht durch das Landesjugendamt unterstehen“ heißt es: „I. Um Einrichtungen im Sinne des § 78 JWG handelt es sich, wenn mehr als 5 Kinder betreut werden und die Betreuung mehr als zweimal wöchentlich erfolgt.“

- Eltern-Kind-Gruppen sind von der Aufsicht ausgenommen, sofern
- alle Eltern an der Erziehungsarbeit teilnehmen und
- keine fremde Bezugsperson mit der Erziehungsarbeit betraut ist“

Es folgen die Nennung von Raum- und Personalanforderungen und Anforderungen an ärztliche Betreuung.

Neue Konzeption „Kinder in Tagespflege“ a.a.O., S. 9

## *Situation der Plätze in Kindertagesstätten in Kassel*

Über die quantitative Situation der Kindertagesstätten in Kassel gibt ein Bericht aus dem Jahre 1989 Auskunft. Danach stieg die Zahl der in Tagespflege befindlichen unter Dreijährigen, deren Betreuungskosten die Stadt Kassel anteilig übernahm, von 30 Kindern im Jahre 1975 auf 375 im Jahre 1990.<sup>79</sup> 1989 bestand ein Betreuungsangebot für ca. 7 % dieser Altersgruppe.

In einem weiteren Bericht der Stadt Kassel vom Mai 1991 wird für 1990 die Zahl der Tagespflegestellen Ende 1990 mit 350 angegeben. Dazu kamen ca. 100 Kinder in Gruppenbetreuung „bei den sogenannten kleinen Trägern (Elterninitiativen)“<sup>80</sup> und 48 Krippen- und Krabbelstubenplätze in städtischen Einrichtungen. Rein rechnerisch bedeutet das ein Versorgungsgrad von ca. 9 % der Altersgruppe (bei 5.599 Kindern). „Das ist sicher nicht ausreichend.“<sup>81</sup>

Für den Elementarbereich von 3 Jahren bis zur Einschulung hatte sich die Zahl der Einrichtungen inzwischen auf 68 erhöht, davon 27 in städtischer Trägerschaft (wovon 3 auch Krabbelstuben- bzw. Krippenplätze anboten), 19 Einrichtungen der evangelischen Kirche, 8 der katholischen Kirche und 14 Einrichtungen sonstiger verschiedener freier Träger.<sup>82</sup> „Die Angebotsvielfalt wird durch die Gewährung städtischer Zuschüsse erhalten und gesichert“, heißt es weiter. Dass die Einrichtungen unterschiedlich bezuschusst wurden, wird hier nicht gesagt. Diese Tatsache aber war lange Zeit wesentliches Thema in den Verhandlungen der kleinen freien nichtkirchlichen Träger mit der Stadt.

„Im Hortbereich dominieren die städtischen Einrichtungen mit 24 der insgesamt 30 Horte eindeutig“, dazu kamen 4 Horte in Trägerschaft der evangelischen Kirche, 1 beim Waldorfindergarten und 1 beim Deutschen Kinderschutzbund.<sup>83</sup> Die bestehende Versorgungsquote von Hortplätzen betrug 1990 ca. 12 % für 6- bis unter 10-Jährige.<sup>84</sup> 1990 standen 5.096 3- bis 6-jährigen Kindern 3.671 Kindergartenplätze zur Verfügung. Es entsprach einem Bedarfsdeckungsbedarf von 72 % – der Anspruch auf einen Kindergartenplatz für jedes Kind aus dieser Altersgruppe, wie er seit 1990 im KJHG formuliert ist, war noch lange nicht erfüllt. Bereits 1991

---

79 15 Jahre Tagespflege in Kassel, a.a.O., S. 1

80 Kasseler Kindertagesstättenprogramm. Eckpunkte, Projekte und Vorhaben, Pädagogische Zielsetzungen, Jugendamt Kassel, Dez. 1991, S. 4. In diesem Programm wird detailliert aufgelistet, welche der städtischen Kitas zusätzliche Gruppen bzw. Plätze schaffen könnten.

81 Bericht zur quantitativen Kindertagesstättensituation in Kassel, Kassel Stadt Jugendamt, Mai 1991, S. 4

82 15 Jahre Tagespflege in Kassel, a.a.O., S. 13

83 Der Hort der Freien Schule, die 1991 offiziell als 6-jährige Grundschule anerkannt wurde, wird hier nicht mitgezählt.

84 Kasseler Kindertagesstättenprogramm, a.a.O., S. 5

stellt der Bericht also fest: Die „kleinräumlichen Einzeluntersuchungen kommen zu dem Ergebnis, dass 1.025 Kindergartenplätze in Kassel fehlen.“<sup>85</sup> Der Bericht spricht weiter davon, dass „der Nachfragetrend wieder stärker zu Ganztagsplätzen (36 % der gesamten Plätze) und zu flexibleren Öffnungszeiten“ gehe.<sup>86</sup>

Was hat die Stadt Kassel tatsächlich unternommen, um diese Lücke zu schließen? Im Kasseler Kindertagesstättenprogramm vom Dezember 1991 werden „ausschließlich neue Vorhaben und Projekte zur Schaffung zusätzlicher Plätze in der Tagesbetreuung von Kindern“<sup>87</sup> beschrieben. Es enthält keine Aussagen zur Sicherung von vorhandenen Plätzen, wie bei einer Anhörung kritisiert wurde. Solche Fragen „müssen im Rahmen der vertraglichen Vereinbarungen mit den Trägern der freien Jugendhilfe bzw. in einem Sanierungsprogramm geregelt werden.“<sup>88</sup>

Zunächst wird klargestellt, dass das Programm allein durch städtische Mittel nicht zu verwirklichen sein werde. „Weitere Schritte der Landesregierung müssten folgen, um den Bedarf abzudecken.“<sup>89</sup> Tatsächlich will die erste grüne hessische Ministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Iris Blaul, „bis Ende des Jahres (1991, R.B.) ein Sofortprogramm für Kinderbetreuung in Gang bringen, durch das auch kleine Elterninitiativen, wie Kinderläden, von Land und Kommunen finanziell gefördert werden. Sie hofft dafür in diesem Jahr eine Million Mark bereitstellen zu können.“<sup>90</sup>

Dass solche Entscheidungen zum Spielball parteipolitischer Profilierungen und Machtkämpfe werden können, zeigt die prompte Reaktion des familienpolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion, Weiß, auf diese Ankündigung. „Weiß warnte davor, die bewährten Träger der Kindergartenbetreuung – Kirchen und gemeinnützige Wohlfahrtsverbände – finanziell auszutrocknen und stattdessen Gelder in grüne Sponti-Kinderläden zu stecken. Die CDU werde nicht zusehen, wenn SPD und Grüne versuchen sollten, das bewährte Kindergarten-gesetz zu kippen oder den bewährten Trägern Mittel fortzunehmen, was die

85 a.a.O., S. 32

86 a.a.O., S. 33

87 a.a.O., S. 3

88 ebd.

89 a.a.O., S. 1. Dass der Magistrat die freien Träger, „in erster Linie die beiden großen Kirchen“ aufruft, „in ihrem Verantwortungsbereich ebenfalls alle Möglichkeiten zu nutzen, um zusätzliche Kindertagesstättenplätze zur Verfügung zu stellen“, gibt vielleicht schon einen Hinweis auf das Verhältnis der Stadt zu den kleinen nicht-kirchlichen freien Trägern.

90 „Bisher keine Probleme wegen sachlicher Zuständigkeiten“, HNA vom 24.4.1991. Tatsächlich sieht der Nachtragshaushalt der hessischen Landesregierung für das 1. Halbjahr 1991 eine Investitionsförderung für Träger kommunaler Einrichtungen in Höhe von 1,5 Mio DM vor. Vgl. „Notstand in den Kitas“, HNA vom 23.5.1991

Gefahr der Schließung von Kindergärten heraufbeschwören würde, sagte Weiß.<sup>91</sup>

Aus Interviews und Zeitungsartikeln wissen wir, dass die damalige Kasseler Stadträtin Schmarsow den kleinen freien Trägern positiv gegenüberstand. Dennoch kann sie nicht verhindern, dass ihnen bei dem Versuch, neue Plätze zu schaffen, enorme bürokratische und finanzielle Hürden auferlegt werden. Ein Beispiel mag der Kindergarten Kunterbunt sein, dem Ende 1990 durch das Landesjugendamt eine Vergrößerung der Räume auferlegt wurde. Eine Nachmittagsgruppe wurde geschlossen. „Seitdem bemüht sich der Verein, diese Auflagen zu erfüllen. Und gerät immer tiefer in den bürokratischen Irrgarten. Die Erweiterung kann der Verein nicht aus eigener Tasche bezahlen, aber es gibt ja ein Förderprogramm der Hessischen Landesregierung, wie das Jugendamt den Kunterbunt-Leuten im November des Jahres 1991 mitteilt.“<sup>92</sup> „Also beginnt der Verein mit der Anbauplanung“, heißt es weiter in dem Artikel, „ein weiterer Gruppenraum, ein Mehrzweckraum, eine größere Küche (...). Der Architekt ist ein Vater. Eigenleistung und ehrenamtliche Arbeit sind ein wesentlicher Bestandteil bei 'Kunterbunt'.“<sup>93</sup> Wir erfahren dann, dass die hessischen Fördermittel nur gezahlt werden, wenn die Mietzeit mindestens 25 Jahre beträgt. Verhandlungen ergeben, dass eine Verlängerung des auf 10 Jahre befristeten Mietvertrags nicht möglich sei. Stattdessen kommt ein Kaufangebot.

Was es bedeutet, dass sich eine solche Elterninitiative mit einem ehrenamtlichen Vorstand, der die finanzielle Haftung übernehmen muss, zum Kauf eines solchen Objekts entschließt, kann man aus den Interviews erahnen. Dennoch sprechen sich die Kunterbunt-Mitglieder im April 1993 für einen Kauf aus. Er könnte einen Anbau und 46 weitere dringend benötigte neue Plätze schaffen. Neben den Landesfördermitteln müssten sich „die übrigen 600.000 Mark (...) Stadt und Kindergarten teilen. '300.000 Mark – so billig käme die Stadt nie wieder an knapp 50 Kindergartenplätze', erklären Geiger und Persch (vom Vereinsvorstand, R.B.). 'Wir bemühen uns dem Kindergarten Kunterbunt zu helfen', erklärte Dezernentin Schmarsow auf Anfrage. Doch eine städtische Finanzierungsbeteiligung sei eher unwahrscheinlich.“<sup>94</sup>

---

91 „CDU: Befriedigt nur grüne Klientel“, HNA vom 25.04.1991

92 „Kinder als Opfer der Bürokratie?“, HNA vom 07.07.1993

93 Ebd.

94 Ebd. Ein Jahr später erfahren wir, dass die Finanzierung des Bauvorhabens gesichert sei - wie, das wird in dem Artikel nicht gesagt. Dass sehr viel Eigenleistung der Eltern gefordert wird, bleibt deutlich. Und dass „obwohl der Kindergarten erweitert wird, (...) ihm der Verlust einer Betreuerinnenstelle (droht). Und es heißt schließlich in Bezug auf diese Stelle, die eine integrative Gruppe betrifft: „Vom Sozialamt und vom Landeswohlfahrtsamt wurden bis

Zwei Jahre zuvor wurde im Kindertagesstättenprogramm der Stadt Kassel in den Eckpunkten festgehalten: „Ziel des Programms ist es, für jedes Kind im Kindergartenalter, für das von den Eltern ein Platz gewünscht wird, einen Kindergartenplatz bereitzustellen, sowie die Versorgungssituation für Kinder im Krabbel- und Hort-Gruppenalter quantitativ zu verbessern und dabei auf die veränderten Lebenslagen von Kindern und Eltern mit entsprechenden Angeboten wie z.B. die Einrichtung von 'Familiengruppen' in verschiedenen Kindertagesstätten einzugehen.“<sup>95</sup>

Familiengruppen sind Gruppen mit 15 Plätzen und einer Altersmischung von 0 bis 6 bzw. 0 bis 12 Jahren. Mit der Einrichtung solcher Gruppen reagiert das Jugendamt auf die veränderten Lebenswelten von Kindern und Eltern. Die Verwaltung wird aufgefordert, bei der Einrichtung von Familiengruppen Vorschläge zu einer angemessenen Erhöhung und Differenzierung der Entgelte vorzulegen – unter Beibehaltung der bisherigen sozialen Staffelung.

„Zur Erfüllung des Programmzieles wird die Verwaltung beauftragt, in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit den freien Trägern der Jugendhilfe zusätzlich nach realisierungsfähigen Projekten zur Einrichtung neuer Kindergartengruppen zu suchen.“<sup>96</sup> Auch wird das Programm zur Schaffung von Plätzen für behinderte Kinder in Regeleinrichtungen fortgesetzt.

Bemerkenswert ist der Hinweis, dass mit den freien Kindertagesstättenträgern zu vereinbaren ist, dass die städtischen Entgelte bei deren Entgelten nicht unterschritten wird. M.a.W., Eltern, die ihre Kinder in einer selbstorganisierten Kindertagesstätte betreuen lassen, müssen mindestens so viel bezahlen, wie sie für einen städtischen Platz bezahlen würden. Schon in dieser Forderung kommt eine Unkenntnis der Situation der kleinen selbstorganisierten Träger zum Ausdruck. Denn die Eltern, die ihr Kind in einer solchen Gruppe betreuen, zahlen neben ihrem persönlichen Engagement in den meisten Fällen weit mehr als 150 DM – die Höhe des Entgelts für eine Betreuung in städtischen Kindergärten.

Am 31.12.1990 gab es in Kassel 3.655 Kindergartenplätze für ca. 5.100 Kinder von 3-6 Jahren (davon 1.573 städtische und 2.082 Plätze freier Träger). Für die städtischen Plätze brachte die Stadt 1990 rd. 16,8 Mio. DM für laufende Kosten auf, die freien Kita-Träger erhielten Zuschussmittel für Betriebskosten von 2,6 Mio.

---

jetzt keine Zuschüsse zugesichert.“ Siehe „Mehr Platz für Kunterbunt-Kinder“, HNA vom 05.07.1994

95 Kasseler Kindertagesstättenprogramm, a.a.O., S. 3

96 a.a.O., S. 2

DM.<sup>97</sup> Dabei betrug das Betreuungsentgelt für die Eltern im Jahr 1990 150,00 DM pro Monat für einen Ganztagsplatz und 125,00 DM für eine Teilzeitbetreuung – was 20,5 % der Platzkosten von 670,00 DM ausmacht.

Das Kindertagesstättenprogramm begründet schließlich seine Anstrengungen mit der Veränderung gesellschaftlicher und familiärer Verhältnisse. „Der hohe Bedarf an Kindertagesstättenplätzen ist neben den gestiegenen Kinderzahlen auf eine veränderte Akzeptanz der Kindertagesstätte zurückzuführen, denn die Lebenssituation von Familien und Kindern hat sich gravierend verändert.“<sup>98</sup> Das wird durch den 8. Jugendbericht der Bundesregierung bestätigt. Jedes 3. Kind wächst lt. 8. Jugendbericht ohne Geschwister auf. 1988 hatten nach den Ergebnissen des Mikrozensus 44 % aller Familien Kinder, davon 50 % 1 Kind, 36 % 2 und 11 % 3, 3 % 4 oder mehr Kinder.<sup>99</sup>

„Der Anteil der alleinerziehenden Mütter und Väter ist beständig gestiegen und betrug 1987 in Kassel 4.900 Personen. Ein Drittel hiervon bezog Sozialhilfe.“<sup>100</sup> Dabei lag lt. Jugendamt die Scheidungsquote in Kassel höher als die im 8. Jugendbericht (hrsg. 1990) angegebene durchschnittliche Bundesquote von 33 %.<sup>101</sup>

Veränderungen im Lebensentwurf und Selbstverständnis von Frauen, die Instabilität der Ehe, die Abnahme verwandtschaftlicher Unterstützungssysteme und die Isolation von Familien werden als wichtigste Faktoren der veränderten Lebenswelt genannt. Dabei wächst die Gefahr der emotionalen und psychischen Überforderung. Gleichzeitig ist der Stellenwert des Kindes und seiner Erziehung gewachsen. Kinder stehen im Spannungsfeld Familie-Arbeitswelt-Ehe, familiäre Umstrukturierungsprozesse werden von Unsicherheiten in der Erziehung begleitet.

---

97 a.a.O., S. 4. Rein rechnerisch hätte dann also ein städtischer Platz 10.680 DM gekostet, während der Zuschuss für die Plätze freier Träger pro Platz 1.248 DM betrug. Tatsächlich wird in den Interviews immer wieder betont, dass es zum Gründungszeitpunkt der Koordinationstelle pro Platz und Jahr 1.100 DM gegeben habe. Bleibt also die Frage, wie die freien, allen voran die kleinen freien Träger - die gleichen Platzkosten vorausgesetzt - die Differenz von 8040,00 DM zu dem Zuschuss von 1.100,00 DM beglichen haben - wenn nicht - außer kirchliche Zuschussmittel bei kirchlichen Träger oder Verbandsmittel bei der AWO - durch Eigenarbeit der Eltern und Gehaltsverzicht von Erzieherinnen.

98 a.a.O., S. 21. Gab es 1983 noch rd. 1500 Kinder pro Jahrgang, wuchs diese Zahl 1990 auf 1.900 Kinder pro Jahrgang an.

99 a.a.O., S. 21; mit Verweis auf die Empfehlungen des Landesjugendamt Hessen vom 12.11.1990.

100 a.a.O., S. 21; mit Verweis auf die Dokumentation zur Lebenssituation von Kindern in Kassel unter Berücksichtigung sozialer Benachteiligung

101 a.a.O., S. 22. Im 8. Jugendbericht (mit Zahlen bis 1987) findet sich die Angabe einer solchen Quote allerdings nicht! (vgl. 8. JB., a.a.O., S. 41f) Im 5. Familienbericht der Bundesregierung wird 1991 von einer Scheidungsquote von 29 % ausgegangen, vgl. diese Dokumentation, Exkurs über die Situation der Familien in der BRD

Auch erleben Kinder wichtige Arbeits- und Lebensfelder nicht mehr. Es besteht ein Mangel an kindgerechten Wohnungen und Spielflächen im Wohnumfeld.<sup>102</sup> „Durch den familialen und gesellschaftlichen Wandel können die Grundbedürfnisse der Kinder in den Familien zunehmend weniger befriedigt werden. Kinder brauchen den Kontakt zu anderen Kindern und erweiterte soziale Bezüge über die Kleinfamilie hinaus ebenso wie Erlebnis-, Erfahrungs- und Bewegungsräume - und dies nicht erst ab dem dritten Lebensjahr.“<sup>103</sup>

Das ergibt einen klaren Auftrag an die Jugendhilfeträger. Denn § 79,24 KJHG verlangt, dass auch für 0- bis 3-Jährige zu prüfen ist, welche Angebote und Einrichtungen geschaffen werden müssen. „Frauen können bei der Familienplanung ihre Entscheidung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nur dann verantwortlich treffen, wenn Tagesbetreuungsmöglichkeiten nicht nur für die Kindergartenzeit vorhanden sind. Der Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten für Kinder von 0 bis 3 Jahren und für Kinder im Schulalter ist unter Berücksichtigung der Lebenswirklichkeit von Familien, Frauen und Kindern auch in Kassel zwingend.“<sup>104</sup>

Die vorhandenen Krabbelgruppen reichen nicht aus. Zudem erschwert die starre Altersgrenze (vom vollendeten 2. Lebensjahr bis zu 3 Jahren) die mangelnde Auslastung der wenigen vorhandenen Plätze.<sup>105</sup> Das Programm plädiert aufgrund des veränderten Aufwachsens von Kindern für altersgemischte Familiengruppen. „Tagesstätten bekommen zunehmend die Funktion, die Orte zu werden, wo Kinder andere Kinder treffen und wo Erfahrungen Raum gegeben werden muss, die sich früheren Generationen außerhalb der Aufsicht von Erwachsenen in der Geschwistergruppe, in der Nachbarschaft, auf der Straße erschlossen. Der Bildung von Gruppen mit erweiterter Altersspanne ist dabei wachsende Bedeutung beizumessen.“<sup>106</sup>

---

102 ebd.

103 ebd. Hier hat sich die Position in Bezug auf eine außerfamiliäre Betreuung offenbar gewandelt.

104 a.a.O., S. 23. Immer noch gilt dieses Problem nur für Frauen. Für Männer wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nach wie vor vorausgesetzt.

105 a.a.O., S. 24

106 ebd. mit Verweis auf Empfehlungen des Landesjugendamtes Hessen vom 12.11.1990

## *Gescheiterte Umsetzung des Kindertagesstätten-Programms in Kassel*

Festzuhalten ist, dass es längst nicht nur um eine Quantität der Plätze ging. Im April 1991 hatte auf Initiative des Elternbeirats von selbstorganisierten Kitas eine Aktion im Bürgersaal stattgefunden, an der 400 Kinder, Eltern und Fachkräfte auf erhebliche Ausstattungsmängel in den Kindergärten hingewiesen hatten (s.u.). Im Mai lädt auch der Gesamtelternbeirat der städtischen Kitas zu einem Diskussionsabend ein, an dem SPD- und Grünen-VertreterInnen teilnehmen. „Notstand in Kassels Kindertagesstätten“, titelt die HNA. „Gegenwärtig fehlen rund 1.000 Betreuungsplätze, gibt es bauliche sowie räumliche Unzulänglichkeiten, müssen sich nicht selten 20 Kinder weniger als 40 Quadratmeter teilen – Mängel, die eine siebenseitige Liste des Elternbeirats füllen. Alarmierende Zustände auch im personellen Bereich der Kitas. Schlechte Arbeitsbedingungen lassen den Krankenstand in die Höhe schnellen. Fast täglich werden daher Gruppen geschlossen und die Kinder kurzerhand nach Hause geschickt. Nachdem laut Magistratsbeschluss auch noch die Kita-Küchen kalt bleiben und die Kinder ‘fremdverpflegt’ werden sollen (...)“<sup>107</sup>

Auf diesem Diskussionsabend wird zudem die „oft unflexible und zögerliche Bürokratie“ kritisiert. „Während OB Wolfram Bremeier zugesagt habe, Kindergartenplätze überall dort einzurichten, wo geeignete Räume vorhanden seien, sehe es in Wirklichkeit ganz anders aus. So berichtete eine Mutter aus Oberzwehren, dass ihre Elterninitiative wochenlang auf eine Überprüfung der vorgeschlagenen Räumlichkeiten habe warten müssen.“ Der „Schwarze Peter“ werde zwischen Stadt, Land und Bund hin- und hergeschoben.“<sup>108</sup>

Ca. 1 ½ Jahre nach Veröffentlichung des Kindertagesstättenprogramms muss Stadträtin Schmarsow am Heiligabend 1993 eingestehen, dass die Stadt „von der Entwicklung überrollt“ wurde.<sup>109</sup> In einer Pressekonferenz zieht sie eine Zwischenbilanz in Bezug auf das städtische Kitaprogramm: „Statt 1.000 werden nach Schätzung des Jugendamtes 1920 zusätzliche Kindergartenplätze bis 1996 benötigt.“ In den letzten drei Jahren seien 618 neue Plätze geschaffen worden. Es gebe „heute genügend Initiativen, die gefördert werden könnten. Vor allem die kleinen freien Träger, lobte Schmarsow, seien ‘kreativ und schnell’“.

---

107 „Notstand in den Kitas“, HNA vom 23.05.1991. Um die „Fertiggerichte in den Kitas“ tobt dann tatsächlich eine jahrelange Auseinandersetzung, wenn man den entsprechenden HNA-Artikel folgt.

108 Ebd.

109 „Stadt, von Entwicklung überrollt“, HNA vom 24.12.1993.

Die Schaffung von 1.000 Plätzen „könnte laut Schmarsow erreicht werden, 'wenn wir nicht vor der Finanzwand stehen würden.'“<sup>110</sup>

Und 3 ½ Jahre nach Erscheinen des Kindertagesstättenprogramms der Stadt Kassel erfahren wir bei einem HNA-Lesertreff im Juni 1995, dass die Stadt Kassel immer noch nicht genügend Kita-Plätze geschaffen habe. Dass der damalige Oberbürgermeister Lewandowski sich vorstellen kann, „dass die Regelgruppenstärke von 20 Kindern 'vorübergehend, ganz behutsam aufgestockt' werden, auf bis zu 25 Kindern“, löst unter den anwesenden 250 Teilnehmenden eine „kollektive Empörung“ aus.<sup>111</sup> „Der Rechtsanspruch dürfe keinesfalls zu einer Verschlechterung des bestehenden Standards führen“, heißt es weiter. Während Stadträtin Schmarsow sich gegen eine Aufstockung der Gruppen ausspricht, versucht Lewandowski „mehrfach klar zu machen“, dass es nicht möglich sei, „das Stadthaltenhotel nicht zu bauen, die Tiefgarage II aufzuschieben, das Geld für den neuen Kessel im Müllkraftwerk in die Kindergärten umzuschichten ...“<sup>112</sup>

Dieser Lesertreff bleibt nicht unkommentiert. Wieweit aber die Pläne zur Erweiterung von Krabbel-, Kindergarten- und Hortplätzen realisiert werden, werden wir anhand der Auseinandersetzungen von DAKITS e.V. mit der Stadt verfolgen.



110 Ebd. Wohl hatte die Stadt Kassel für 1993 und 1994 insgesamt 8,8 Mio DM vom Land für den Ausbau von 200 neuen und den Erhalt von 100 Plätzen erhalten. „Dabei, so der Stadtverordnetenbeschluss, soll die Stadt kleinen Trägern, die über keine eigenen Einnahmequellen außer den Betreuungsentgelten verfügen, die benötigten ergänzenden Finanzmittel zur Verfügung stellen“. Siehe „Millionen für Kindergarten-Plätze“ HNA vom 30.07.1993.

111 „Es muß mehr Geld für Kinder her“. HNA vom 7.6.1995

112 ebd.

03

DAKITS CHRONIK | TEIL 3

# KINDERTAGESBETREUUNG

## IN SELBSTHILFE

„Für die politischen Kreise, SPD und CDU, war eine solche Betreuung unmoralisch, das kam immer wieder in den damaligen Diskussionen und Kämpfen um Zuschüsse. Das war „nicht salonfähig“.

„Eltern hielten durch, organisierten Tag und Nacht“.



## KINDERTAGESBETREUUNG IN SELBSTHILFE

### *Elterninitiativen in Kassel*

Der 5. Familienbericht von 1994 hatte erwähnt, dass sich in den letzten Jahren vor 1991 „aufgrund von Elterninitiativen, Eltern- (bzw. Mütter-)Kind-Gruppen und in Mütter- und Familienzentren unterschiedliche Formen der Kinderbetreuung in Selbsthilfe entwickelt“ haben.<sup>113</sup> Er hatte aber auch bedauert, dass es keinen Überblick über den Umfang dieser Betreuungsleistungen gibt. „Mit ein Grund dafür ist, dass die öffentliche Förderung solcher Kinderbetreuungsmaßnahmen noch weitgehend ungeklärt ist und meist auf örtlichen Entscheidungen beruht.“<sup>114</sup>

In der HNA wird fast 20 Jahre später im November 2013 anlässlich des 20-jährigen Bestehens von DAKITS e.V. konstatiert: „Was damals als exotisch galt, ist heute Normalität.“ Gemeint war die Gründung von selbstorganisierten Kitas, die z.T. schon lange vor der Gründung von DAKITS stattgefunden hatte, oft aus einer Notsituation heraus: „Viele Arbeitgeber seien nicht bereit gewesen, den Arbeitsplatz junger Mütter freizuhalten, bis diese zurückkehren konnten“, so Antje Proetel, Geschäftsführerin von DAKITS e.V., in der HNA. „Aus dieser Situation heraus hätten sich Eltern zusammengetan, um selbst eine Betreuung zu organisieren. Neue Konzepte wurden ausprobiert, die Eltern erhielten Mitspracherechte bei der Kita-Betreuung.“<sup>115</sup>

Im Jahr der Gründung von DAKITS e.V. erscheint 1993 in der Frankfurter Rundschau ein ausführlicher Artikel über selbstorganisierte Tagesstätten: „Wo Eltern den Kindern helfen, Ideen umzusetzen.“<sup>116</sup> Er berichtet über die Situation in Hessen, wo es bereits 450 solcher Tagesstätten gebe – ein Siebtel aller Angebote. Besonders hervorgehoben wird die Situation in Kassel.

„Oase“<sup>117</sup> nannten junge Kasseler Eltern vor mehr als zehn Jahren ihre Krabbelgruppe. Der Name – wengleich anders gemeint – charakterisierte die Situation treffend: Das Projekt war damals so etwas wie eine Insel in der Wüste. Denn selbstorganisierte Kindergruppen waren rar.“ Und so wird DAKITS e.V. als der noch

113 5. Familienbericht, a.a.O., S. 189

114 ebd., vgl. auch A. Gerzer-Sass/R. Pettinger: Kinderbetreuung in Selbsthilfe. in: Handbuch der Kinder- und Jugendbetreuung, hrsg. von I. Becker-Textor und M. Textor, Neuwied, Kriftel, Berlin 1993

115 HNA vom 27.11.2013

116 „Wo Eltern den Kindern helfen. Ideen umzusetzen“. Frankfurter Rundschau vom 22.06.1993

117 Es gab und gibt in Kassel zwei Kitas mit diesem Namen, eine Krabbelgruppe und eine Kita. Hier ist die Krabbelgruppe in der Motzstraße gemeint.

junge Dachverband der rund 30 kleinen freien Kindertageseinrichtungen in Kassel eingeführt, für den die Diplompädagogin Regine Bogedale arbeite. „Er will so etwas wie eine Lobby der kleinen Trägervereine sein.“ Der Artikel erläutert, dass der sprunghafte Anstieg der Neugründungen auch darauf zurückzuführen sei, dass der Bedarf an Betreuungsplätzen viel größer sei als das Angebot. „Noch viel schwieriger aber gestaltet sich die Suche nach Angeboten für Jungen und Mädchen unter drei und über sechs. Krippen in öffentlicher Trägerschaft sind annähernd so schwer zu finden wie Nadeln im Heuhaufen. Mehr als die Hälfte aller Einrichtungen für die Kleinen sind in der Hand von Elterninitiativen – doch auch das ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.“<sup>118</sup>

Schon 1991 hatte Regine Bogedale im Jahr der Gründung der Koordinationsstelle für Kinderarbeit freier Träger e.V. in einer Pressemitteilung den besonderen Charakter von Elterninitiativen beschrieben: „Eltern, die die Betreuung ihres Kindes durch die Gründung und/oder die Mitarbeit in einer Elterninitiative selbst in die Hand nehmen, tun dies in der Regel aus pädagogischen und sozialen Gründen. Die innovative Kraft dieser Betreuungsform im Hinblick auf ihre Möglichkeiten, eine pädagogische Arbeit zu leisten, die sowohl den Bedürfnissen und Interessen der Kinder, als auch denen der Erwachsenen stärker entgegenkommt als in großen Einrichtungen, wird mittlerweile auch von der Fachöffentlichkeit bestätigt:

Die Überschaubarkeit der Einrichtungen, die intensive Zusammenarbeit der Eltern miteinander, die Zusammenarbeit von Eltern und Betreuungspersonal, ein dem Entwicklungsstand der Kinder und der Gruppengröße angemessener Betreuungsschlüssel sind die Voraussetzungen für die Entwicklung und Erprobung neuer sozialer Kommunikations- und Problemlösungsformen, die veränderte soziale Bedingungen in den Familien und der Lebenswelt von Kindern und Erwachsenen notwendig gemacht haben. Selbstorganisierte Einrichtungen sind familiärer als große traditionelle Institutionen. Sie bieten stärkere Möglichkeiten der gegenseitigen Hilfe in Krisensituationen, schaffen Freundschaften und neue soziale Netze. Sie schaffen Plätze für den wachsenden Bedarf an Betreuung von unter dreijährigen Kindern, sorgen für flexiblere Öffnungszeiten, auf die v.a. berufstätige Frauen und die wachsende Zahl alleinerziehender Elternteile angewiesen sind.

---

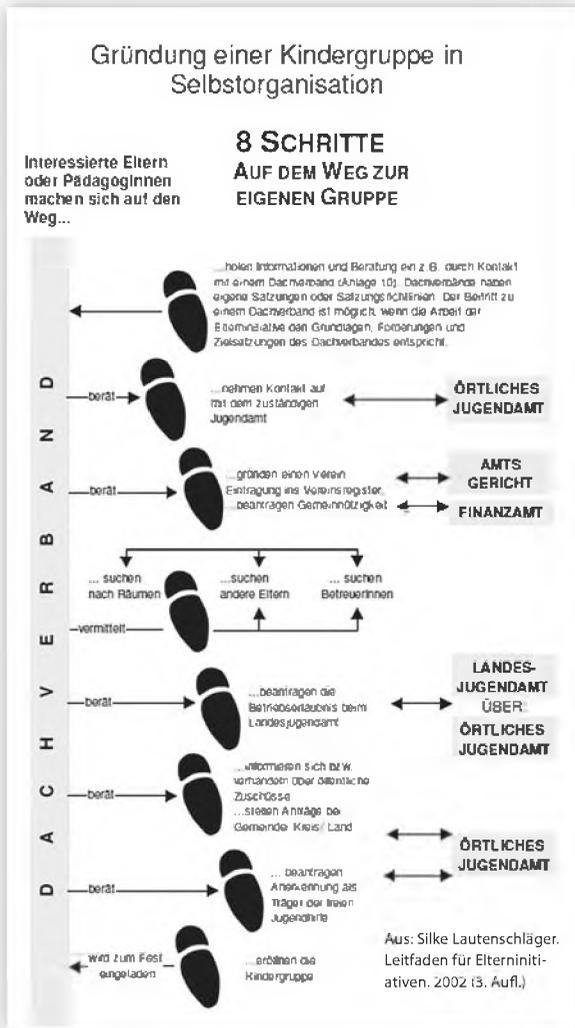
118 Ebd.

Elterninitiativen schaffen auf vergleichsweise unbürokratischem Weg neue Plätze, decken einen Teil des allgemeinen Versorgungsbedarfs ab und sorgen mit für Trägervielfalt und Wahlfreiheit.<sup>119</sup>

Nicht immer stand also eine Versorgungslücke oder andere Notsituationen bei der Gründung von selbstorganisierten Kitas im Vordergrund. Das bestätigen

auch viele Aussagen aus den Interviews mit Fachkräften aus den Kitas in den Jahren 2014/15.

Zunächst werden da pädagogische Auffassungen genannt, die die Eltern und Fachkräfte in städtischen oder anderen Kinderbetreuungseinrichtungen nicht verwirklichen konnten. Aber auch politische Haltungen, die sich aus den Endmoränen der 68er- und der Kinderladen-Bewegung speisten: Selbstbestimmung, freie Entfaltung der Persönlichkeit, Alternativen zu Erziehungsmethoden, die sich an Gehorsam und der Einübung in Fremdbestimmung orientieren, Mitgestaltung der Betreuungsbedingungen. Eine große Rolle spielte auch die Tatsache,



119 Presseinformation von Regine Bogedale vom 16.12.1991

dass Elterninitiativen, die bereits die Betreuung ihrer unter dreijährigen organisiert hatten, die Kindergruppe nicht auseinanderreißen wollten und deshalb eine Fortführung der Betreuung beschlossen. Und schließlich hat auch ein spezifisches Charakteristikum der Kasseler Universität, das Projektstudium, die Gründung von selbstorganisierter „antiinstitutioneller“ Kinderbetreuung ermöglicht.

“Also wir waren vier Eltern mit vier Kindern im gleichen Alter. Wir haben reihum betreut, freitags war frei. Das haben wir eine Weile gemacht, wir wohnten damals im 4. Stock, da habe ich vier Wänste hochgeschleppt, da war ich fertig wie ‘n Mützchen. Dann gab es eine fünfte Mutter, die hatte ein leeres Zimmer in ihrer Wohnung. Das Zimmer haben wir angemietet, haben das immer noch reihum gemacht, aber dort. Und irgendwann haben wir gesagt, die werden ja auch größer, dann machen wir es richtig. Dann haben wir einen brachliegenden Verein übernommen. Ja und damals gab es ja noch dieses große Instrument ABM. Wir waren dann 10 Kinder, haben einen Raum gesucht, wir haben ein bisschen improvisiert, irgendwie ging’s. Wir haben damals für einen der vier Väter eine ABM-Stelle gemacht, aus der eine feste Stelle geworden ist, der arbeitet heute noch dort. Und wenn man eine ABM-Stelle in eine feste Stelle umwandelt, haste plötzlich ein Problem. Und da haben wir gesagt, wer finanziert eigentlich Kinderbetreuung? Das war der Einstieg in die Verhandlungen. Ob wir das schon als DAKITS gemacht haben oder als Vertreter der kleinen freien Träger, das weiß ich nicht mehr.”<sup>120</sup>

Dieser Auszug aus einem Interview mit Kai Boeddinghaus ist wohl exemplarisch für die Situation von Elterninitiativen Ende der 80er Jahre, die sich z.T. schon in einem sehr frühen Stadium bildeten. So ist etwa eine Gruppe aus einem Geburtsvorbereitungskurs entstanden. Die Kinder wurden zweimal die Woche in Privatwohnungen betreut.

Andere Gruppen wurden explizit auf dem Hintergrund eines speziellen pädagogischen Verständnisses gegründet: „Bei uns waren Eltern mit den Kindergärten so unzufrieden, dass sie eine eigene Gruppe gründen wollten nach dem Vorbild von Neill Summerhill, berichtet Norbert Simon vom Kinderladen Drachengarten. „Ganz bewusst an die Kinderladenbewegung anschließen. Kinder nicht bespaßen und bespielen, sondern die Kinder sollten sich frei entfalten können, Partizipation in allen Bereichen des Lebens einüben. Es wurde gekocht, die Kinder haben bei allem abgestimmt: ob wir in den Wald gehen, was wir kochen usw. Es war ein

---

120 Interview mit Kai Boeddinghaus am 31.07.2015

Impuls aus der 68er Bewegung. Die Frauen wollten sich politisch einmischen und ihre Kinder sollten auch eine andere Betreuung bekommen.“<sup>121</sup>

Und Christiane Schwarz wollte vor 26 Jahren für ihre Kinder einen Montessori-Kindergarten gründen und bat Freunde, „das mit mir zusammen zu machen. (...) Mein Wunsch war und ist immer noch, dass die Kinder in ihre Kraft kommen. Die Kinder haben eine Kreativität und eine Kraft in sich und brauchen oft eine Selbstwertstärkung. Ich habe während meines Studiums die Montessori-Pädagogik kennengelernt. Es hat mich fasziniert, dass nicht jedes Kind das Gleiche tun muss, sondern alle was anderes tun können. Und da ich hier in Kassel das nicht vorfand, entstand das halt. Damals gab es auch noch nicht diese Zuschüsse, das mussten wir ohne Zuschüsse anfangen.“<sup>122</sup> Sie gründet in den folgenden Jahren Kindergärten, eine Schule und eine Theaterschule. Über einen 1994 eröffneten Montessori-Kindergarten, dessen Umbau von einem Architekten-Vater eines Kindes kostenlos geplant wurde, erfahren wir dann in einem Artikel in der HNA: „In einer der altersspezifischen Entwicklung angemessenen ‘Anregungsumwelt’ können die Kinder nach dem ‘Prinzip der freien Wahl’ sich Dinge aussuchen, mit denen sie sich beschäftigen wollen. Wesentlich ist, dass die Kinder sich selbst Aufgaben stellen, und so ein positives Verhältnis zu verschiedenen Tätigkeiten entwickeln.“<sup>123</sup> Die Elterninitiativen haben lt. pädagogischer Fachkräfte, „auch mit der Reformuni zu tun, die damals hier gegründet wurde. Dabei wurde das revolutionäre Potenzial aufs Land geschwappt. Kassel ist Provinzstadt und hat mit der Reformuni Impulse gesetzt“.<sup>124</sup>

Auch Harold Becker, Regionalgeschäftsführer des DPWV Kassel, erinnert sich im Interview, dass es bei der Betreuung von unter Dreijährigen nicht immer um ökonomische Notwendigkeiten ging: „Bei den Elterninitiativen waren Mütter, die größere Unabhängigkeit wollten, nicht drei Jahre absolute Gebundenheit über das Kind wollten. Die haben sich gefragt, was mache ich hier eigentlich? Ich versuche als zu Haus gebliebene Mutter dem Kind soziale Kontakte zu bieten und organisier dann was, alle Mütter organisieren immer irgendwas und wieso geben wir sie nicht dahin, damit sie schon viel früher soziale Kontakte haben können.“<sup>125</sup>

Das Bedürfnis einer basisdemokratischen Organisation der Kita wird in dem

---

121 Norbert Simon im Interview mit pädagogischen Fachkräften am 22. Mai 2015

122 Christiane Schwarz im Interview

123 „Kindergarten soll im Mai eröffnen“, HNA vom 08.03.1994

124 Interview mit pädagogischen Fachkräften am 22. Mai 2015

125 Harold Becker im Interview am 14.11.2014

anfangs erwähnten Artikel hervorgehoben. „Hier setzten sich die Eltern alle zwei Wochen für mehrere Stunden zusammen, um zum Beispiel über die Anschaffung neuen Spielzeugs, vor allem aber über pädagogische Fragen zu beraten.“<sup>126</sup> Und weiter heißt es: „Dass sie selbst stärker beteiligt seien, wirke einer ‘Verinselung’ der Familien entgegen, so sagt eine Kasseler Mutter.“<sup>127</sup> Allerdings sehen sich Darmstädter Pädagogen „zunehmend mit dem Wunsch der Mütter und Väter konfrontiert, einen Teil der pädagogischen Verantwortung abzugeben: So manche fühlen sich überfordert, wenn sie neben ihrem Vollzeitjob sich noch in der Kindertagesstätte engagieren sollen.“<sup>128</sup>

Seit Anfang Oktober gibt es in neuem, freier Kindergruppen-Gruppe: Die „Knirpse“. Die Räume an der Landgraf-Karl-Straße 40 sind mit Elternhilfe umgestaltet worden; jetzt betreuen dort zwei Erzieherinnen zehn Kinder.  
(Foto: Koch)



KINDERGARTENINITIATIVE

## Der lange Weg der kleinen Knirpse

Das bestätigt auch Gabriela Persch von den „Kleinen Knirpsen“ im Interview, „dass die Fachkräfte in den Vorstand gegangen sind, auch weil immer mehr Eltern

<sup>126</sup> „Wo Eltern den Kindern helfen. Ideen umzusetzen“. a.a.O.

<sup>127</sup> Ebd.

<sup>128</sup> Ebd.

dazu kamen, dann die Fluktuation, und schließlich hatten Eltern immer weniger Zeit.<sup>129</sup>

Am Beispiel der Elterninitiative „Kleine Knirpse“ können wir aber gut nachvollziehen, welch großes Engagement von den Eltern bei der Gründung einer solchen Gruppe abverlangt wurde. Nach „zähen Verhandlungen und viel Eigenarbeit“ wurde die Gruppe für Anderthalb- bis Sechsjährige im Oktober 1993 eröffnet. Auch hier stand wieder im Vordergrund, dass es „für Kinder bis vier Jahre fast nichts“ gibt.<sup>130</sup> „Hohe Hürden für Leute, die sich mit so was noch nicht befasst hatten“, sagt Monika Hohmann vom Elternvorstand. „Denn bevor die inzwischen zehn ‘Knirpse’ in die 50-Quadratmeter-Wohnung einziehen konnten, in der sie nun täglich zwischen acht bis halb drei von zwei Erzieherinnen betreut werden können, war ein Berg Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen.“ Ob es Gespräche mit dem Bauamt waren, Antragstellung aus dem Sofortprogramm an die Stadt, Umbaugespräche mit dem Architekten, Abschließen von Versicherungen, Abnahme durch Veterinär-, Jugend- und Gesundheitsamt und Feuerwehr: „die Eltern hielten durch, organisierten Tag und Nacht. ‘Was wir nicht selbst machen, macht keiner’, das ist die Devise bei den ‘Knirpsen’ wie in allen freien Gruppen. Zu viel Arbeit dafür, dass man bloß einen Platz fürs Kind suchte? Es lohnt sich trotzdem, meint Monika Hohmann. ‘Man schafft für die Kinder Lebensraum, den man nach eigenen Fähigkeiten gestaltet.’“<sup>131</sup>

Wenn man bedenkt, dass Kinder in der Regel nur zwei bis vier Jahre in einer solchen Einrichtung bleiben, dann versteht man die Fluktuation der Eltern in diesen Vereinen, die als Problem in den Interviews mehrmals zur Sprache kommt. „Es gab ständig wechselnde Verantwortungen durch wechselnde Eltern, die durch die begrenzte Verweildauer der Kinder bedingt war. Das hat sich auf DAKITS übertragen. Es war schwer, verbindliche Strukturen zu entwickeln. Nachts um zwei haben die Eltern aufgehört, weil die Eltern am nächsten Tag arbeiten mussten. Dann haben wir noch auf dem Nachhauseweg bis vier Uhr im Auto weiter diskutiert. Es ging um die Art und Weise, wer was macht und wie man mit Kindern umgeht. Viel Aufbauarbeit, wer zieht sich da raus, wie sieht fortschrittliche Pädagogik aus?“<sup>132</sup>

---

129 Gabriela Persch von den „Kleinen Knirpsen“ im Gruppeninterview am 22. Mai 2015

130 „Der lange Weg der kleinen Knirpse“, HNA vom 11.11.1993

131 Ebd.

132 Harald Seifert-Sossalla im Gruppeninterview

Auch andere Gruppen bestätigen diese Praxis, alle zwei Wochen einen Elternabend bis tief in die Nacht durchzuhalten. „Essen! Stundenlang haben wir über die Ernährung gesprochen. Die Eltern haben ja auch gekocht. Gefühlt haben wir immer übers Essen geredet. Dann wurde sich wieder beschwert.“<sup>133</sup> „Bei uns auch. Aber es gab dann doch einen Neuanfang. Konzeption - das war ein Thema, letztendlich haben wir erst 2009 unsere Konzeption fertig gehabt. Wer schreibt sie, da war ein Gerangel. Dass wir das als Erzieher schreiben, das ging in unserer Vorstellung schon mal gar nicht. Ich erinnere noch einen Elternabend, da haben wir zwei Leitsätze formuliert und dann ging es drei Stunden darum, wie wir uns nennen. Erzieher war dann nichts: wohin ziehen, Betreuer: geht auch nicht, das kann jeder.“<sup>134</sup> Wir hatten schon gehört, dass es in Kassel das Tagesmütterprojekt für die Betreuung für unter Dreijährige gab, zunächst nur für „Bedürftige“, später dann geöffnet für berufstätige oder studierende Eltern. Auch wenige Plätze für unter Dreijährige wurden in städtischen Kindergärten vorgehalten<sup>135</sup>, kleine Gruppen konnten dort aber nicht untergebracht werden. Denn darüber war man sich meist einig: die Kinder sollten – auch im Kindergartenalter – zusammenbleiben.

„Ohne die Chance, in dieser Kindergruppe unterzukommen, hätten wir uns nach einer Tagesmutter umsehen müssen“, sagt Udo Ohm, Vorsitzender der als Verein organisierten Krabbelgruppe „Rote Rüben“<sup>136</sup>. „Keine ideale Lösung“, fügt er hinzu. „Kinder sollten nicht für sich allein, sondern gemeinsam in einer Kleingruppe unter Gleichaltrigen aufwachsen.“ Auch diese Gruppe ist aus „der Notwendigkeit, während der täglichen Arbeitszeit für die Betreuung ihrer Zöglinge Sorge zu tragen“, entstanden. Und so fand man sich „zu dieser ‚pädagogischen Ideallösung‘ zusammen.“<sup>137</sup> Selbst wenn diese Lösung „ein Haufen zusätzlicher Arbeit“ bedeutet, die Bewältigung von organisatorischen Problemen, Verpflichtung für eine regelmäßige Verköstigung der Kinder, Besprechungen, Finanzierungsfragen – „wir haben das im Interesse unserer Kinder bewußt in Kauf genommen.“<sup>138</sup>

„Die Gruppe entstand vor ca. 35 Jahren als Krabbelgruppe als Alternative zum Tagesmüttermodell“, erzählt Friederike Wagner, die seit ca. 30 Jahren bei den

133 Stefanie Bredemeier im Gruppeninterview

134 Markus Grüniger von Nora e.V. im Gruppeninterview

135 Für 2-3-Jährige gab es lt. Bericht der Stadträtin Schmarsow 1985 20 Plätze in Kassel plus 38 Plätze für Kinder von Bediensteten der Städtischen Kliniken, siehe Neue Konzeption Kinder in Tagespflege, a.a.O., S. 5. Hier wird auch erwähnt, dass sich 7 Elterninitiativen gebildet haben, die ca. 30 Plätze für Kinder unter 3 Jahren anbieten

136 „Rote Rüben wachsen gemeinsam“, HNA vom 10.09.1991

137 Ebd.

138 Ebd. Auf einer Liste des städtischen Jugendamtes vom Juli 1990 ist bei den Roten Rüben vermerkt:

„Keine städtische Förderung“, d.h. sie bekommen nicht einmal den damals üblichen Betriebskostenzuschuss von 1.100 DM pro Jahr und Kind.

„Kleinen Knilchen“ in Kassel-Wehlheiden arbeitet. Wir haben dann, weil es dafür keine Zuschüsse gab, Kindergartenkinder dazu genommen. Es war der Wunsch nach professioneller Betreuung und nicht von einer Tagesmutter. Die Eltern haben diesen Tagesmüttersatz bezahlt, das war schon eine teure Geschichte.“<sup>139</sup>

Die Kita „Nora“ entstand als studentisches Projekt – eine Besonderheit des Sozialwesen-Studiengangs an der Kasseler Gesamthochschule/Universität, berichtet Markus Grüniger, informeller Leiter der Tagesgruppe Nora e.V. „Professor Hilde Kipp hatte ein Seminar über antiinstitutionelle Erziehung gemacht. Es ging eigentlich los mit einer Raumbesetzung. Das Projekt war zu Ende und da haben die Eltern gesagt, wir bleiben jetzt hier und haben den Raum besetzt, in dem jetzt der Asta ist. Das wurde geduldet, es war bis vor drei Jahren nur eine Duldung. Die ersten drei Jahre hat Hilde Kipp das Projekt betreut, da gab es auch noch keine Erzieher.“<sup>140</sup>

Ein weiteres studentisches Projekt war die im Artikel der FR erwähnte Krabbelgruppe Oase in der Motzstraße<sup>141</sup>, über die Stefanie Bredemeier als Einrichtungsleitung im Interview berichtet. „Studentische Eltern hatten sich zusammengeschlossen, es wurde von Professor Rolf Schwendter betreut. Letztes Jahr hatte die Oase 30-jähriges Bestehen, es war aber schon vorher ein studentisches Projekt. (...) Wir sind eine reine Krabbelgruppe, damals schon bewusst gewesen, obwohl es keine Gelder gab. Aber wir wollten diese Altersspanne nicht, irgendjemand wird untergehen, wir hätten das personell nicht so hingekriegt. (...) Es war erst ein studentisches Projekt, dort konnten viele ihr BPS (Berufspraktikum innerhalb des Projektstudiums, R.B.) absolvieren. Dann gab's da eine Mutter, die sagte, das geht nicht, dass da immer so viele kommen und die Kinder keine verlässliche Bezugsperson haben. Wir hatten dann noch ganz lange studentische Kräfte, aber nicht mehr so viele. Dann wurde es irgendwann auch Elterninitiative, die den Vorstand immer noch macht, aber man bekommt da auch die Veränderungen mit, das meiste macht die Leitung. Ich bin nicht nur pädagogische, sondern auch organisatorische Leitung, und mache ganz viel. Ich habe sogar manchmal die Sorge, dass diese Trägerschaft wegbricht, da die Kinder nur zwei Jahre bleiben und die Eltern nicht mehr so durchschauen, was alles so nötig ist. Bis sie sich eingearbeitet haben.“

---

139 Friederike Wagner von den „Kleinen Knilchen“ im Gruppeninterview mit pädagogischen Fachkräften der Elterninitiativen am 26.5.2015.

140 Markus Grüniger im Gruppeninterview mit pädagogischen Fachkräften der Elterninitiativen am 26.5.2015  
141 „Wo Eltern den Kindern helfen, Ideen umzusetzen“, Frankfurter Rundschau vom 22.06.1993

Hier wird schon ein Problem angedeutet, mit denen sich nicht nur viele Elterninitiativen in den folgenden Jahren beschäftigen müssen, sondern auch der Dachverband DAKITS e.V.

Auf der Internetseite des Kindergartens am Lindenhof finden wir ein weiteres Gründungsmotiv, das so ganz entfernt von denen der bislang aufgeführten Elterninitiativen ist: „Beim Spaziergang im Spätsommer 1986 im Baunataler Stadtpark haben zwei Familien eine Idee: 'Wir brauchen für unsere Kinder Alternativen zu den bestehenden Kindergarten-Einrichtungen!' Über Winter reift die Idee zu einem festen Vorhaben, einen Kindergarten zu gründen, der Gottes Wort als Grundlage hat und in dem die Kinder Gott praktisch im Alltag erleben können. Auch bei anderen Eltern findet diese Idee Zustimmung und Unterstützung.“<sup>142</sup> Auch hier packen die Eltern mit an: „Entsprechende bauliche Maßnahmen, wie Sanitäreinrichtungen und kindgerechte Räume wurden durch Vereins- und Elternarbeit durchgeführt. In diesen Zeiten der gemeinsamen praktischen Arbeit entstanden sehr enge Bindungen der Eltern an den Kindergarten und ein sehr intensiver Kontakt untereinander.“<sup>143</sup>

## *Die Fachkräfte und Eltern in Kasseler Elterninitiativen*

*„Es steht und fällt mit den Pädagogen.“*

Wenn wir zunächst die Arbeitsbedingungen der Fachkräfte betrachten, so erstaunt es nicht zu hören, dass es eine Regelarbeitszeit erst später gab. „Wir haben ja auch nicht viel bezahlt bekommen, kein Gehalt. Wir waren z.T. ABM-Kräfte. Wenn was da war, haben die Eltern zusammengelegt und uns bezahlt. Wir haben damals gesagt, wir müssen pro Kind 400 DM nehmen, das war damals ein Haufen Geld. Da sind einige ausgestiegen, weil sie's nicht finanziert bekommen haben.“

Noch heute staunen die Fachkräfte, die zum Interview gekommen sind, über die tarifliche Bezahlung von Erzieherinnen in anderen öffentlichen Kindertages-

---

142 [www.kiga-lindenhof.de/index.php/ueber-uns](http://www.kiga-lindenhof.de/index.php/ueber-uns)

143 [www.kiga-lindenhof.de/index.php/ueber-uns](http://www.kiga-lindenhof.de/index.php/ueber-uns). Es geht bei diesen und noch folgenden Arbeiten um „einige hundert Stunden Arbeitszeit in Eigenleistung“.

stätten. In Bezug auf einen Streik im Jahre 2015 heißt es: „Ich war erstaunt, was in der Zeitung stand, was Erzieher bekommen. Das können wir gar nicht. (Alle stimmen zu).“ „Wenn wir aber nicht weit unter Tarif bezahlt würden, dann müsste eine Kollegin auf einer dreiviertel Stelle gehen, das ginge nicht.“ Der Stellenschlüssel und die Rahmenvereinbarungen garantieren keine tarifliche Bezahlung: „Nein, Antje Proetel hat es ja in der Zeitung klargestellt, dass das für freie Träger nicht gilt. Ich war ja selbst erstaunt, um was die kämpfen. Davon sind wir ganz weit weg.“

Eine andere Fachkraft gibt allerdings zu bedenken: „Das ist unterschiedlich, früher wurden wir in Anlehnung an irgendwas bezahlt, zwei meiner Kolleginnen werden auch nach TVöD bezahlt, darum wurde gefightet, ich werde noch mal anders bezahlt, weil ich länger da bin. Es gibt auch viele freie Träger, die schon nach TVöD zahlen.“ Und der Mitarbeiter aus der Kindertageseinrichtung Nora e.V. fügt hinzu: „Ich habe mich bei dem Streik damit beschäftigt. Also bei mir wären es 900 Euro brutto Unterschied in dieser Stufe, mit den Forderungen wären es 1.300 Euro Unterschied.“

Wie gestaltete sich das Verhältnis zwischen Fachkräften und Eltern? Thomas Freiling führte während seiner Vorstandsmitgliedschaft bei DAKITS e.V. im Rahmen seiner Doktorarbeit eine Befragung unter den Kasseler Elterninitiativen durch, die sich u.a. mit dieser Frage auseinandersetzte. In seiner Kurzauswertung stellt er fest, dass der größte Teil der Erzieherinnen und der Eltern die Zusammenarbeit zwischen Fachkräften und Eltern als erfolgreich bewerten.<sup>144</sup>

Wenn Konflikte entstehen, „wird intuitiv vorgegangen“, wie Freiling festgestellt hat, nur von einem knappen Viertel der Befragten wird bestätigt, dass es bewährte Verfahren oder Regeln zur Konfliktentschärfung gibt. Sachliche Auseinandersetzungen überwiegen demnach, Lösungen werden auf der inhaltlichen Ebene angestrebt. Offene Auseinandersetzungen über Meinungsverschiedenheiten werden jedenfalls von den Befragten nicht gesehen.<sup>145</sup> Wenn wir uns an die Aussagen in den Interviews über die nächtelangen Diskussionen etwa über das richtige Essen für die Kinder erinnern, so unterscheidet sich die Situation in den Elterninitiativen mehr als 10 Jahre später offenbar doch signifikant.

Im Interview mit den Fachkräften im Jahre 2015 erfahren wir aber, dass es zwar Differenzen in den Auffassungen gab, aber wenige in der Entscheidungskompe-

---

144 Thomas Freiling: Kurzauswertung für die Eltern und ErzieherInnen in den Kasseler Elterninitiativen, 2003. Siehe auch seine Doktorarbeit mit dem Titel „Qualitätsentwicklung in selbstorganisierenden Systemen – Ein Beitrag zur Entwicklung der Organisationsqualität in Kinderbetreuungseinrichtungen (Elterninitiativen)“, Kassel 2003 145 Ebd.

tenz. „Ich würde eher sagen, wir waren als Fachkräfte integriert ins Ganze. Da gab's keinen Unterschied z.B. im Stimmrecht, das war basisdemokratisch. Das war in den meisten Einrichtungen zu dieser Zeit.“

Während es in der einen Kindertagesstätte auf inhaltlicher Ebene eine intensive Zusammenarbeit gab, hielten sich in einer anderen Kita die Eltern in Bezug auf den Kontakt zu DAKITS e.V. zurück. „Wir haben ganz viel Konzeptionsentwicklung gemacht. Da wurden die Eltern stark integriert. Da wurde geguckt, wer sind wir, was ist unser Geist. Das zu entwickeln und zu verschriftlichen, da haben wir Stunden zugebracht.“ „Unsere (studentische, R.B.) Elternschaft hatte damals eigentlich nie was zu tun. Ich war mal mit dem Vorstand bei DAKITS, aber bei der Hälfte der Mitgliederversammlungen war ich allein. Ich bin eher das Bindeglied.“

„Bei uns ist das nach wie vor so, dass der Vorstand sehr viel macht. Ich bin zwar Ansprechpartnerin, aber die Anträge usw. macht der Vorstand. Seit 3 Jahren ist unser Vorstand nicht mehr nur für ein Jahr, es bleiben dann von den Vier zwei im Vorstand und dann kommen die nächsten. das hat sich bewährt. Der Vorstand macht auch den Elternabend. Das ist viel Verwaltung, Finanzen, da ist eine Mutter, die das seit sechs, sieben Jahren, weil sie sich immer noch den Knilchen sehr verbunden fühlt.“

Immer wieder gibt es Eltern, die für Teilbereiche der Organisation einer Kita das nötige Wissen bereitstellen: „Wir haben auch tolle Eltern, die wollen auch was machen, aber ich habe den Eindruck, die schaffen's gar nicht mehr. Das ist inzwischen so komplex. Die Anträge mache ich mittlerweile, wir haben unsere Finanzen ausgegliedert bei einem ehemaligen Vater, der das eine ganze Zeit ehrenamtlich gemacht hat und jetzt kriegt er einen kleinen Obolus, der macht das toll. Wir haben viele Elternämter, um die sich auch gekümmert wird. Also Elternabende, wo irgendwelche Reparaturen besprochen werden, aber es wird nicht mehr in riesigem Umfang gemacht, ist auch nicht so der Bedarf. Früher war der Vorstand der Träger, der hat die Elternabende gemacht, heute fragen sie, was wird gemacht, was müssen wir besprechen? Das hat sich geändert, nicht, weil die Eltern doof sind, sondern weil sie auch ganz klar an ihre Grenzen kommen.“ „Ja, auch wo jetzt das neue KiFöG kam, wer hat denn da von uns durchgeblickt? Wir hatten Gott sei Dank grade eine Richterin im Vorstand, die Gesetze lesen konnte. Mein neuer Vorstand sind Ärzte, die sind auch nicht blöd. Aber es ist so nötig, es zu verstehen. Und da gibt es wenig, die sich da so engagieren, dass sie sich rein fuchsen, obwohl sie wollen.“

„Der Vorstand macht viel, so interne Sachen. Probleme mit Eltern z.B., also die Organisation der Elterninitiative an sich. Da gibt's viele Sachen, die wären vor Jahren nicht gegangen. Wir haben so ein Arbeitsstundenbuch, da stehen Pflichtarbeitsstunden der Eltern drin. Ich soll das jetzt kontrollieren. Früher hätte ich gedacht, ich kann doch nicht die Eltern kontrollieren. Die sehen das ja auch nicht als Kontrolle. Irgendjemand muss es ja machen. Es ist ein Verhältnis auf Augenhöhe. Die organisieren mal ein Zeltwochenende oder ein Frauenwochenende, Städterundfahrt, die Väter nehme ich immer mit beim Vatertag.“

„Ich glaube, so funktionieren Elterninitiativen, wo die Leitung viel übernimmt, das bringt Ruhe rein, das entlastet. Das ist bei uns auch so. Problematisch wird es, wenn die Leitung wechselt, ich werde nächstes Jahr aufhören. Wie gibt man das Wissen weiter, und im Vorstand, wie macht man das mit dem Team und da ist es problematisch mit Elterninitiativen.“ „Früher fing der Vorstand auch immer bei null an, jetzt bleiben eben zwei noch drin, wenn neue Vorstandsmitglieder kommen. Der Vorstand hat ewig viel zu tun. Der Vorstand muss sich nicht am Großputz beteiligen, also alle Eltern haben Pflichtarbeitsstunden. Aber die Ämter waren noch obendrauf. Die sind jetzt mit in den Arbeitsstunden. Für Alleinerziehende 20 Stunden pro Jahr pro Kind und für Eltern 25 pro Jahr. Der Vorstand macht natürlich viel mehr, er muss in den nächsten Jahren gar nichts mehr machen. Das macht das alles nach außen transparent, weil es dokumentiert wird.“

Im Bereich der pädagogischen Kompetenz haben die Fachkräfte inzwischen ein größeres Gewicht bekommen: „Als ich ganz jung angefangen habe, da war ja jeder aus der Elternschaft kompetent und hat mitgeredet über die Erziehung. Da wurde jedes Kind durchgekaut. Da haben sich die Eltern teilweise in die Haare gekriegt auf Elternabenden. Das hat sich geändert, jetzt sagen sie: ihr seid das pädagogische Fachpersonal, die Kompetenzen liegen bei Euch.“ „Das kann ich für uns auch unterstreichen. Am Anfang sollte es ja bewusst nicht fachlich sein, aber da wurden viele Erzieher verschlissen, die Eltern hatten die Kompetenzen und die mussten tun, was die gesagt haben.“

Angesichts der Veränderungen, die in den Kindertagesstätten festgestellt werden, entsteht die Frage: „Wie binden wir Eltern an uns? Wenn sie z.B. nicht mehr kochen und putzen mussten, wenn es nicht mehr dieses partizipative Modell gibt, in dem man jede Woche zusammenkommt, um über die Gruppe zu diskutieren. Heute will niemand mehr dieses große Engagement, heute ist die Kita eine Dienstleistung. Aber welches Konzept steht denn dann dahinter? Da ist noch viel Arbeit zu leisten.“

## *Arbeitsorganisation und Qualitätsentwicklung in Kasseler Elterninitiativen im Jahre 2003 – Ergebnisse einer Befragung*

Von August bis Dezember 2002 führte DAKITS e.V. und das Institut für Arbeitswissenschaft der Universität Kassel (durch Thomas Freiling, der zu diesem Zeitpunkt im Vorstand von DAKITS e.V. ist) eine Befragung von 17 Kasseler selbstorganisierten Einrichtungen durch, um etwas über „Erfahrungen, Sichtweisen und Einstellungen rund um das Thema Arbeitsorganisation und Qualitätsentwicklung in ihrer Elterninitiative zu erfassen.“<sup>146</sup> Ziel der Befragung war „einerseits die konkrete Entwicklung von Unterstützungsangeboten, (...) aber andererseits auch die Ableitung von Gestaltungsempfehlungen zur Verbesserung innerer Organisationsprozesse.“<sup>147</sup>

In 17 Einrichtungen wurden 498 Erhebungsbögen an die Eltern und 76 Bögen an das Fachpersonal ausgeteilt. Der Rücklauf bei den Eltern betrug 32,5 %, bei den Fachkräften 45,5 %. Mehr als 10 Jahre nach Gründung des Koordinationsbüros antworten Eltern auf die Frage nach den Motiven, weshalb sie ihr Kind speziell in einer Elterninitiative betreuen lassen:

- Rückmeldung über soziales Verhalten des Kindes (90 %)
- die Betreuungsqualität (87 %)
- der günstige Betreuungsschlüssel (86 %)
- das vielseitige pädagogische Angebot (84 %)
- kleine Betreuungsgruppen (83 %)
- Transparenz des Betreuungsalltags für die Eltern (81 %)
- die engagierte Mitarbeit des Fachpersonals (79 %)
- die gute Kooperation zwischen Fachpersonal und Eltern (76 %)

<sup>146</sup> Thomas Freiling: Kurzauswertung für die Eltern und ErzieherInnen in den Kasseler Elterninitiativen. a.a.O.

<sup>147</sup> Ebd. Alle folgenden Zitate stammen aus dieser Kurzdarstellung.

In einem Vergleich ausgewählter Motive von Eltern und dem Fachpersonal ergeben sich Übereinstimmungen, aber auch Unterschiede: Das freiwillige Engagement von Eltern ist unterschiedlich ausgeprägt. Während 5 % zu diesem Zeitpunkt keinerlei ehrenamtliche Aufgaben übernehmen, engagieren sich 38 % in geringem Maße, nämlich bis zu 5 Stunden im Monat, weitere 37 % sind mit 5 bis 10 Stunden monatlich in die Elterninitiative eingebunden und knapp ein Viertel sind durchschnittlich über 10 Stunden engagiert (wobei das Engagement bis zu 35 Stunden betragen kann). In diese Zeiten sind keine Anwesenheitszeiten bei Elternabenden mit einbezogen. Es zeigte sich, dass nur eine kleine Gruppe von hoch Engagierten die Kernaufgaben der Elterninitiative übernommen hat und den „Betrieb am Laufen hält“. Nur etwa die Hälfte aller Eltern übernehmen die Aufgaben gern. Die Engagementbereitschaft hängt von verschiedenen Faktoren ab:

- „Frauen engagieren sich stärker als Männer
- Je höher die berufliche Belastung der Eltern ist, desto weniger können sie sich zeitlich engagieren
- Je länger die Eltern Mitglied in einer Elterninitiative sind, desto geringer engagieren sie sich
- Das Alter der Kinder hat dagegen keinen deutlichen Einfluss auf das Engagement.“

Nach Anreizen befragt, würden vor allem organisatorische Anreize das Engagement fördern: eine klare Aufgabenbeschreibung, eine klare Verantwortungsregel und ein vordefinierter Zeitrahmen der auszuführenden Tätigkeiten.

In Bezug auf Entscheidungsstrukturen sind fast alle Fachkräfte der Meinung, dass es in den Einrichtungen fair zugeht, aber nur drei Viertel der Eltern schließen sich dieser Meinung an. Dennoch werden alle Entscheidungsprozesse als insgesamt zufriedenstellend beurteilt, lediglich knapp ein Viertel aller Befragten empfinden die gründlichen Entscheidungsprozesse als basisdemokratisches Element als zu lang.

Bei den Entscheidungsstrukturen ist ein Trend in Richtung Delegation erkennbar. Einzelne geben an, dass wesentliche Entscheidungen an den Vorstand und/oder an das Team delegiert werden. Generell fungieren aber als gemeinsames Entscheidungsgremium die Mitgliederversammlung oder die Elternabende. Das bedeutet, dass einzelne Eltern nur zum Teil in ihren Aufgabenbereichen selbst-

ständig entscheiden. Für das Fachpersonal und die Eltern gilt in Bezug auf die Bewältigung von Aufgaben ein höherer Autonomiegrad.

In Bezug auf die Kooperation zwischen Fachkräften und Eltern bewerten 80 % der Erzieherinnen die Zusammenarbeit als weitgehend erfolgreich, die Kooperation untereinander erleben die Fachkräfte zu 93 % als weitgehend oder sehr erfolgreich. Die Zusammenarbeit der Eltern untereinander wird von den 65 % der Eltern als durchschnittlich gut bewertet, die Kooperation mit dem Fachpersonal bewerten 88 % der Eltern als erfolgreich. Mehr als die Hälfte des Fachpersonals stellt einen Verbesserungsbedarf des Einarbeitungsprozesses von neuen Eltern in Ämter und Aufgaben fest. Nur ein Drittel der Eltern bewertet die Organisation bei der Übergabe von Ämtern und Aufgaben als erfolgreich. Das bezieht sich vor allem auf den Prozess der Einarbeitung von Nachfolgern durch die Amtsvorgänger, der in der Regel eigenverantwortlich von den jeweiligen Personen gestaltet werden muss.

Die Hälfte des Fachpersonals hat seit seines Beschäftigungsbeginns an durchschnittlich fünf Weiterbildungsveranstaltungen teilgenommen, die sich auf Pädagogik/Psychologie, Kommunikation, Selbsterfahrung, Konfliktbewältigung und Entscheidungsfindung bezogen. An Weiterbildungsmaßnahmen für Eltern wurde bislang nicht gedacht. Sie müssen sich die erforderlichen Fachkenntnisse durch Selbsteignung bzw. betreute Aneignung verschaffen. Durch die Fluktuation der Eltern müssen Aufgaben immer wieder neu verteilt werden, Informationen mit hohem Aufwand ausgetauscht und weitergegeben werden. Die „Implementierung eines Übergabe- bzw. Einarbeitungsprozesses“ könnte diesen Aufwand reduzieren.

Wichtig ist dabei die Mehrfachbesetzung von wissensintensiven Ämtern in der Vorstandsarbeit, so dass beim Weggang eines Elternteils ein anderes bleibt und das Wissen weitergeben kann. In manchen Elterninitiativen wird deshalb immer nur ein Vorstandsmitglied ausgetauscht. Der überwiegende Teil der Eltern gibt allerdings an, dass sie allein arbeiten und nur ein Drittel in einem Team, das dann aus durchschnittlich drei Personen besteht.

Wie viele Stunden müssen pro Elterninitiative an ehrenamtlicher Arbeit geleistet werden? Pro Monat und Einrichtung sind das durchschnittlich 144 Stunden, pro Jahr 1724 Stunden. Das würde in etwa einer vollen bezahlten Stelle entsprechen. Bezogen auf 15 Plätze leisten die Eltern dann im Durchschnitt 9,5 Stunden pro Platz. Zusätzliche Kapazitäten für einmalige Situationen bzw. Aktionen (Arbeitseinsätze, Renovierungen) sind darin noch nicht enthalten.

In der Zusammenfassung der Studie werden als Anhaltspunkte für eine Verbesserung in der Gestaltung genannt:

- „Einarbeitung neuer Eltern,
- Gestaltung der Wissensweitergabe,
- notwendige Verteilung von Tätigkeiten auf eine breitere Masse von Eltern innerhalb einer Einrichtung (Entlastung einzelner Eltern),
- Bündelung von Tätigkeitsbereichen (z.B. Öffentlichkeitsarbeit, Reinigung, Verpflegung) z.B. zwischen einzelnen Einrichtungen,
- Kooperation zwischen den Eltern,
- Öffentlichkeitsarbeit (Konzeption, Außendarstellung).“

### *Selbstorganisierte Kindertagesstätten in der theoretischen Wahrnehmung in den 90er Jahren – ein Beispiel*

Annemarie Gerzer-Sass und Rudolf Pettinger bestätigen viele Aussagen aus den Interviews in ihrer Studie über Elterninitiativen. Sie nennen bei der Gründung von Eltern-Kind-Initiativen als Gründe neben fehlender Angebote von Betreuungen auch die Realisierung von Vorstellungen und Wünschen von Eltern:

- qualitativ bessere Betreuung und Erziehungsprogramm wie z.B.
- altersübergreifende Erziehung
- Einbeziehung von behinderten Kindern
- eine günstigere Betreuer-Kind-Relation
- verstärkte Eltern-Mitwirkung, Übernahme von Verantwortung als Träger
- basisdemokratische Orientierung der Gruppen
- Fachkräfte müssen die Eltern(vorstellungen) mit einbeziehen<sup>148</sup>

Als Nachteile zählen sie auf:

- es existieren keine vorgegebenen stabilen Organisations- und Entscheidungsstrukturen

---

<sup>148</sup> Gerzer-Sass/Pettinger. Kinderbetreuung in Selbsthilfe. in: I. Becker-Textor/M. Textor (Hrg.): Handbuch der Kinder- und Jugendbetreuung. Neuwied. Kriftel. Berlin. 1993. S. 131

- personenbezogenes Handeln, spontanes Handeln, langwierige Diskussionen bis hin zur Handlungsunfähigkeit
- von Fachkräften wird ein Mehr an Engagement verlangt und die diskursive Auseinandersetzung mit den Eltern<sup>149</sup>

Die „Anforderungen an die Kommunikationsbereitschaft und Diskussionsfähigkeit der Mitglieder kommen tendenziell der Sozialisation und den Erfahrungen von Angehörigen der sozialen Mittelschicht und besonders von Akademikern entgegen. So überrascht nicht, dass diese sozialen Gruppen in Initiativen häufig überrepräsentiert sind und das sozial-kulturelle Klima von Initiativen bestimmen.“<sup>150</sup>

Andererseits stelle aber gerade das einen „wichtigen Schutz gegenüber den Verwaltungen dar“.<sup>151</sup> Die Autoren sind nicht die Einzigen, die die Entwicklung der Elterninitiativen u.a. als Folge der Kinderläden sehen, die Ende der 60er Jahre entstanden. Die 1967 von der Tochter Alexander Mitcherlichs, Monika Seifert, gegründete „Kinderschule“ gilt als der bundesweit erste „repressionsfreie Kindergarten“.<sup>152</sup> Die Auffassung der „Selbstregulierung“ der kindlichen Bedürfnisse und ihrer Lernprozesse geht später in Bildungsreformen ein. Das stellen auch Gerzer-Sass und Pettinger fest. Bedeutender als die unmittelbare Wirkung der Kinderläden „sind ihre mittelbaren Auswirkungen auf die bildungspolitischen Reformen der Vorschulerziehung in den 70er Jahren.“<sup>153</sup> Sie hat:

- „für die Probleme der Autoritätsansprüche Erwachsener, von Eltern und Erziehern, in der Erziehung sensibilisiert“ und damit eine Bildungsreform beeinflusst
- der Idee der Selbsthilfe von Eltern und Familien eine beträchtliche Ausweitung verschafft.
- Die Selbsthilfegruppen „folgten zwar nicht den ideologisch-politischen Zielsetzungen der studentischen Kinderladenbewegung, spiegeln

149 Ebd.

150 Ebd. Wilma Aden-Grossmann kommt bestätigt diese Aussagen. Zwar lägen die Wurzeln der Elterninitiativen in der antiautoritären Erziehungsbewegung Ende der 60er Jahre, den Kinderläden, „aber die ursprünglichen Konzepte wurden im Laufe der Jahrzehnte weiter entwickelt und verändert. Nach wie vor jedoch gehört die Mehrheit der Eltern (...) der Mittelschicht an und verfügt über einen höheren Bildungsabschluss als der Durchschnitt der Bevölkerung, wie Freiling (2003) feststellte.“ (W. Aden-Grossmann, a.a.O., S. 155)

151 A.a.O., S. 132

152 W. Aden-Grossmann, a.a.O., S. 143

153 Gerzer-Sass/Pettinger, a.a.O., S. 129

aber die derzeitigen Bedürfnisse und Wünsche von Familien mit Kindern und die Suche nach ihrer Lösung wider.“<sup>154</sup>

Aden-Grossman nennt neben der Veränderung des Verhältnisses von Erwachsenem und Kind die Einflüsse auf „den Bereich des sozialen Lernens, die Einbeziehung der Umwelt in die Pädagogik des Kindergartens, eine flexiblere Handhabung der Zeitstruktur und z.T. auch der Sexualerziehung.“<sup>155</sup>

Selbsthilfeangebote als Ergänzung zur öffentlichen Erziehung sind nicht neu. Im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts entstanden ohne öffentlichen Auftrag oder Unterstützung Kinderbetreuungseinrichtungen für Kinder aus armen Familien, die sog. Kleinkinderschulen. Gegründet von Vertretern des Adels, des gehobenen Bürgertums und der Kirche, sollten sie die Kinder „vor frühen negativen Einflüssen bewahren und zur sittlichen, zivilisatorischen und religiösen Besserung“ beitragen.<sup>156</sup>

Allerdings wurden die Einrichtungen von den Initiatoren nicht für sich selbst gegründet, sondern für andere. Gerzer-Sass/Pettinger kommen zu dem Schluss, dass Selbsthilfemaßnahmen „gesellschaftliche Seismografen“ sind: „Sie signalisieren als erste sich wandelnde Problemlagen und neu entstehende Bedürfnisse von Individuen oder Familien.“<sup>157</sup>

Im 19. Jahrhundert waren Selbsthilfeangebote eine Reaktion auf die Industrialisierung, heute, wie wir bereits im Exkurs über die Familiensituation in der BRD gesehen haben, auf demografisch-familienstrukturelle<sup>158</sup> Wandlungsprozesse und solche des sozialen Nahraums.

Aden-Grossmann hebt noch die Innovationsfähigkeit und die Bereitschaft, Neues zu erproben, von Elterninitiativen hervor, die möglicherweise durch den häufigen Wechsel der Eltern-Vorstände, die jeweils neue Ideen einbringen, begünstigt sei. Als Beispiel nennt sie die Integration behinderter Kinder, die lange vor den Regeleinrichtungen in einer Reihe von Elterninitiativen praktiziert worden sei.<sup>159</sup>

Selbsthilfeeinrichtungen und professionellen Dienstleistungen liegen unterschiedliche Menschenbilder zugrunde, wie Gerzer-Sass und Pettinger feststellen:

---

154 A.a.O., S. 130

155 W. Aden-Grossmann, a.a.O., S. 153

156 Gerzer-Sass/Pettinger, a.a.O., S. 121

157 Ebd.

158 Rückgang der Geschwistergrößen, Zunahme von allein erziehenden Elternteilen, Wiederverheiratung von Eltern, Rollenveränderungen von Frauen/Müttern, Erwerbstätigkeit von Frauen/Müttern (vgl. a.a.O., S. 125 f)

159 Aden-Grossmann, a.a.O., S. 155

Während die einen von „aktiven, kompetent und eigenverantwortlich handelnden Eltern“ ausgehen und das Demokratieprinzip auch auf das Verhältnis zu den Fachkräften anwenden, gibt es in den Regeleinrichtungen ein hierarchisches Gefälle: die Erziehungskompetenz der Eltern wird auf den privaten, häuslichen Bereich bezogen, gegenüber den Fachkräften sind sie aber die Laien.<sup>160</sup>

In Selbsthilfegruppen versuchen die Beteiligten eine Einheit der Lebenswelten herzustellen, in den Regeleinrichtungen erfolge eine „Parzellierung“ der Lebenswelten der Kinder zwischen Familie und Einrichtung.<sup>161</sup> Aber auch da, wo öffentliche Förderungsbedingungen die Selbsthilfegruppen zur Anpassung an professionelle Standards zwingen, zeige sich der „Selbsthilfe- oder Initiativencharakter (...) dann vor allem in der internen Struktur der Einrichtungen, den Handlungsmöglichkeiten und der Einbeziehung der Eltern, dem Umgang von Fachkräften und Eltern.“<sup>162</sup> Aden-Grossmann macht klar, dass Einbeziehung der Eltern nicht nur eine Frage der Mitbestimmung ist, sondern auch eine des praktischen Engagements. „Nach den Erfahrungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes arbeiten Eltern im Vorstand von Elterninitiativen im Durchschnitt fünf bis zehn Stunden jede Woche ehrenamtlich für 'ihre' Einrichtung.“<sup>163</sup> Dass daneben auch noch der praktische Einsatz in der Kita selbst hinzukommt, war in den Interviews mit den Fachkräften aus Kasseler Elterninitiativen deutlich gemacht worden.

Eine weitere Wirkung sehen Gerzer-Sass und Pettinger in der Kompetenzentwicklung der Kinder. Eine der wenigen vorliegenden Auswertungen etwa von Kinderladen-Erziehung komme zu dem Schluss:

- Kinder zeigen eine „hohe Spielkompetenz, reiche Kreativität und hohe Phantasietätigkeit; dies ging einher mit einer 'guten Fähigkeit im Erfassen und Verbalisieren sozialer Situationen.“  
Die Kinder „wiesen eine hohe Kommunikationskompetenz und Ich-Stärke auf.“
- Sie fürchteten sich nicht vor Autoritäten, zu denen sie eine „partnerschaftlich-vertrauensvolle Beziehung aufnahmen.“<sup>164</sup>

160 Gerzer-Sass/Pettinger, a.a.O., S. 123

161 Ebd.

162 A.a.O., S. 124

163 Aden-Grossmann, a.a.O., S. 154

164 A.a.O., S. 129. Gerzer-Sass/Pettinger beziehen sich hier auf eine Studie von L. von Werder: Was kommt nach den Kinderläden? Berlin, Wagenbach 1977.

Für unter dreijährige Kinder kommt eine Auswertung von 400 Studien über Krippenkinder zu einem anderen Schluss. Am 30.10.1991 veröffentlicht die HNA einen Artikel, in dem das Ergebnis einer Auswertung von „400 internationalen Forschungsarbeiten aus den vergangenen zwölf Jahren über Krippenkinder“ vorgestellt wird. Demnach sind Krippenkinder „anfälliger für Krankheiten als Jungen und Mädchen, die ihre ersten drei Lebensjahre in der Familie verbringen.“ Sie seien im „Vergleich zu Gleichaltrigen, die in der Familie groß werden, weniger aufmerksam, weniger fröhlich und weniger selbstständig.“<sup>165</sup> Man erfährt hier allerdings nichts über die Art der Krippen.

### *Rechtliche Grundlagen Anfang der 90er Jahre*

„Soweit Selbsthilfeeinrichtungen Kindertagesstätten oder Horte etc. betreiben, die eine Betriebserlaubnis durch den öffentlichen Jugendhilfeträger erhalten (§ 45 KJHG) und die Anerkennung nach § 75 KJHG besitzen, ist die Förderung dem Grundsatz nach anerkannt. Die praktische Bezuschussung ist Gegenstand einer Vereinbarung mit den öffentlichen Jugendhilfeträgern (§ 77 KJHG). Demgegenüber ist (Anfang der 90er Jahre, R.B.) die Förderung von Kinderbetreuungsmaßnahmen im Rahmen von Eltern-Kind-Gruppen (...) weitgehend ungeklärt. Die Förderung beruht meist auf örtlichen Entscheidungen, die Grundlagen der Förderung sind nicht einheitlich.“<sup>166</sup>

Exemplarisch sei eine Anfrage des Sozialistischen Kinderladens an das Bezirks-Jugendamt in Berlin im Jahre 1970, also mehr als 20 Jahre vor Gründung von DAKITS e.V. und noch im Geltungszeitraum des JWG, angeführt, da sie durchaus verallgemeinerbar ist. Der ausführliche Antrag wurde mit Zustimmung des Jugendhilfeausschusses im Juli 1970 folgendermaßen beantwortet: „Eine Betreuung von Kindern durch ihre Eltern in eigens dafür angemieteten Räumen bedarf in Ihrem Fall keiner Pflegeerlaubnis. Diese Rechtsauffassung wird auch durch den Senator für Jugend und Sport (...) vertreten, wonach derartige Einrichtungen auch nicht der Heimaufsicht nach § 79 JWG unterliegen (...). Ein Rechtsanspruch auf finanzielle Unterstützung Ihrer Eltern-Kind-Gruppe besteht nicht. (...) Derartige Leistungen sieht das JWG nicht vor.“<sup>167</sup>

---

<sup>165</sup> „Studie: „Häufiger krank“, HNA vom 30.10.1991

<sup>166</sup> A.a.O., S. 126.

<sup>167</sup> Zitiert bei Aden-Grossmann, a.a.O., S. 152

Das 1991 in Kraft getretene KJHG erwähnt bei einzelnen Leistungen auch ausdrücklich die selbstorganisierte Tagesbetreuung von Kindern (§ 25) und die allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie (§ 16). Sie kann, wie Gerzer-Sass und Pettinger betonen, „auch von Selbst- und Nachbarschaftshilfen und Zusammenschlüssen von Eltern erbracht werden.“<sup>168</sup> Sie konstatieren, dass Erfahrungen über die Handhabung zu diesem Zeitpunkt, also Anfang der 90er Jahre, noch nicht vorliegen. Landesrechtliche Regelungen stehen noch aus, eine „Abwehrhaltung“ gegenüber dem Leistungskanon des KJHG sei verbreitet. Hier also setzt die Geschichte von DAKITS e.V. ein: die mühevoll ausgestaltete Durchsetzung von Rechtsansprüchen, der Kampf um verbindliche Regelfinanzierungen und um die Gleichbehandlung mit anderen Trägern der Jugendhilfe.

### *Elterninitiativen in der öffentlichen Wahrnehmung – immer noch gefragt?*

„In Deutschland gibt es über 7.500 Elterninitiativen, in denen mehr als 200.000 Kinder betreut werden. Orte, an denen Eltern und ErzieherInnen selbstbestimmt das Leben mit den Kindern gestalten.“<sup>169</sup> Diesen Satz kann man 2016 auf der Startseite des Internetauftritts der Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiative e.V. lesen.

Aden-Grossmann beklagt in ihrem Kapitel über Elterninitiativen, dass es keine Statistik über die Anzahl von Elterninitiativen-Kitas und deren Plätze gibt. Sie führt aber Angaben von Dachverbänden an, die 2009 folgende Zahlen genannt haben:

- „Dem Paritätischen Wohlfahrtsverband gehören über 1.120 Tageseinrichtungen für Kinder, getragen von Elterninitiativen und anderen Trägern selbst organisierter sozialer Arbeit, mit fast 43.000 Plätzen für Kinder von 3 Monaten bis 14 Jahren an.
- Der Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen e.V. gehören sogar 8.500 Elterninitiativen an. Deren Einrichtungen bieten ca. 150.000 Betreuungsplätze an.

Im Bundesverband der Natur- und Waldkindergärten e.V. sind mehr als 300 Waldkindergärten von Elterninitiativen mit schätzungsweise 6.000 Betreuungsplätzen Mitglied.“<sup>170</sup>

168 Ebd.

169 <http://www.bage.de>, 2016

170 W. Aden-Grossmann, a.a.O., S. 154. Warum sich die Aussagen (2016) auf der Internetseite von BAGE e.V. und die

Und auf der Internetseite von BAGE e.V. heißt es weiter: „Elterninitiativen reagieren flexibel und initiativ auf veränderte gesellschaftliche Verhältnisse und bringen alternative Betreuungskonzepte in die öffentliche Diskussion. Sie treten für ein qualitativ gutes Betreuungsangebot für Kinder im Alter von 0 bis 12 Jahren ein. Sie verstehen sich als alternativer Trägerbereich in der Kinderbetreuungslandschaft. Elterninitiativen ergänzen das sozialstaatliche Betreuungsangebot.“<sup>171</sup> Es sind Sätze, die offenbar während der letzten 20 Jahre immer eine Gültigkeit gehabt haben. So hatte etwa das Hessische Familienministeriums unter der Leitung von Silke Lautenschläger auf diese Form der Selbstorganisation reagiert: Es veröffentlichte 2002 einen „Leitfaden für Elterninitiativen“, in dem neben Rahmenbedingungen und Kontaktadressen praktische und nützliche Tipps zur Gründung, Finanzierung und Betrieb einer selbstorganisierten Kindergruppe zu finden sind. 2010 erscheint dieser Ratgeber bereits in vierter Auflage, d.h. das Bedürfnis nach Kindertagesgruppen, die von Elterninitiativen gegründet werden, ist immer noch aktuell. Silke Lautenschläger will mit diesem Leitfaden die Initiativen „ermutigen, diesen Weg weiterzugehen.“<sup>172</sup>

2002 hatte Lautenschläger geschrieben: „Im Spektrum der Möglichkeiten von Kinderbetreuung hat sich das Angebot der kleinen, von Elterninitiativen selbst organisierten Kindergruppen zum „dritten Weg“ neben kommunalen und kirchlichen Angeboten entwickelt. Diese Gruppen sind in der Lage, flexibel auf die Bedürfnisse von Eltern und Kindern einzugehen, weil sie überschaubar sind und kurzfristig ohne großen bürokratischen Aufwand wohnortnahe Einrichtungen aufbauen. Derzeit gibt es in Hessen ca. 20.000 Plätze in selbstorganisierten Krabbelstuben/Krippen, Kinderläden/Kindergärten, altersgemischten Einrichtungen und Schülerläden/Horten. Diese Betreuungsplätze werden von mindestens 700 Vereinen in Hessen vorgehalten, die teilweise Träger von mehreren Einrichtungen sind.“

Drei Jahrzehnte nach den ersten Anfängen haben sich Krabbelstuben, Kinderläden und Schülerläden in Hessen professionalisiert und etabliert. (...) Der Ausbau des Angebotes in selbstorganisierten Kindergruppen wäre aber undenkbar ohne das immense Engagement von Eltern, die sich – meist neben ihrem Beruf

---

von Aden-Grossmann (2009) zitierten Angaben so unterscheiden, kann hier nicht aufgeklärt werden, da die Quelle der Zahlen nicht genannt werden.

171 (<http://bage.de/menue/elterninitiativen/eltern-brauchen-elterninitiativen>), 2016

172 Hessisches Sozialministerium, Ressort für Familie, Gesundheit, Frauen, Soziales und Arbeit (Silke Lautenschläger), Leitfaden für Elterninitiativen, 2002 (3. Auflage). Hierin bezieht sie sich auf ein Förderprogramm aus dem Jahre 2001

– mit bewundernswertem Schwung in das Abenteuer Gründung stürzen, um für ihre Kinder eine 'eigene' Kindergruppe aufzubauen. Den meisten gelingt ihr Vorhaben, einige wenige scheitern leider noch immer an ideologischen Vorbehalten, sozialpolitischen Hindernissen oder finanziellen Grenzen. Diese Hürden durch Überzeugungsarbeit aus dem Weg zu räumen, wird auch in den kommenden Jahren eine wichtige Aufgabe sein. Viele engagierte Eltern haben in der Zwischenzeit den oft steinigen Weg zur Gründung einer Kindergruppe für die eigenen Kinder erfolgreich beschritten. Junge Eltern, die neu in diese Aufgabe hineinwachsen, haben bei dem Gedanken an die Gründung oft Zweifel, ob sie das überhaupt schaffen können. Es ist aber ermutigend zu sehen, wie viele Gruppen schon lange erfolgreich arbeiten.“<sup>173</sup> 2009 beschäftigt sich das Schwerpunktthema des Rundbriefs der Landesarbeitsgemeinschaft Freie Kinderarbeit Hessen e.V. mit der Bedeutung von Elterninitiativen für die Krippenentwicklung. Und ein Jahr später berichtet Antje Proetel im DAKITS-Info-Brief über die Hauptinhalte eines Vortrags beim Fachtag der Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiative E.V. im November 2009 in Hannover:

- Elterninitiativen waren Vorreiter bei der Betreuung von Krippenkindern. Es ging immer auch um eine bessere Betreuung.
- Die Krabbelstufenpädagogik hat sich auf die heutigen Konzepte in Krippen positiv ausgewirkt.
- Elterninitiativen haben dazu beigetragen, dass Kleinkindbetreuung gesellschaftlich toleriert wird.
- Freie Träger betreiben schon lange, was jetzt als neues Konzept propagiert wird: die Einbeziehung der Eltern in die Arbeit und die Altersmischung in Kindergartengruppen.

Durch die Hektik des Ausbaus gebe es keine speziell auf die kleinen Initiativen gerichtete Förderung. Sie werden eher durch die vorhandenen Programme benachteiligt. Deshalb wurde die Forderung an die politisch Verantwortlichen gestellt, dass die Instrumente verändert werden müssen und auch auf die Elterninitiativen passen.<sup>174</sup>

Genau das greift auch der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband auf. Denn so sehr die Elterninitiativen auch immer wieder gelobt werden, so wenig scheint

---

173 Ebd.

174 Infobrief vom April 2010

deren spezifische Eigenheiten bei der rechtlichen und finanziellen Veränderungen auf gesellschaftlicher Ebene berücksichtigt zu werden. Der DPWV veröffentlicht 2011 eine Broschüre über Elterninitiativen, die die Absicht hat, die selbstorganisierten Initiativen zu unterstützen, denn „die kleineren Organisationseinheiten und die ehrenamtliche Struktur stellen eine besondere Herausforderung dar für das Aufrechterhalten eines nachhaltigen Angebots. Die Rahmenbedingungen für Kindertageseinrichtungen unterliegen ständiger Anpassung an gesellschaftliche, fachliche und rechtliche Veränderungen – die besondere Situation von kleinen Trägern gerät dabei leider zunehmend aus dem Blick. Gerade in den letzten Jahren und insbesondere in den westdeutschen Bundesländern sind gravierende Veränderungen zu beobachten, die vielfach die Arbeit von Elterninitiativen und Elternvereinen erheblich erschweren. Hier muss dringend gegengesteuert werden.“<sup>175</sup>

Und er fährt fort: „Ungeachtet der Belastungen, denen moderne Familien ausgesetzt sind, ist im Bereich der Elterninitiativen zu beobachten, dass es eine Zunahme von behördlichen Regelungen und qualitativen Anforderungen gibt, die der Bereitschaft zur Übernahme einer ehrenamtlichen Verantwortung zuwiderläuft.“<sup>176</sup>

- Die Elterninitiativen geraten zunehmend „durch die Frage nach der Wirtschaftlichkeit und Effizienz kleiner Trägereinheiten“<sup>177</sup> unter Druck. „Kleine Träger eignen sich kaum für Rationalisierungsmaßnahmen (Standardisierung und Vereinheitlichung von Arbeitsprozessen, zentrale Übernahme von Verwaltungs- und Organisationsprozessen etc.).“<sup>178</sup> Außerdem werden sie durch pauschalisierte Finanzierungssysteme benachteiligt, da sie Personalkosten über verschiedene Beschäftigte nicht ausgleichen können.
- Auch bleibt immer der Druck, das ehrenamtliche Engagement der Eltern zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit sicherzustellen. Denn Eltern stehen in der Regel nur für die Zeit zur Verfügung, in der ihr Kind die Einrichtung besucht. „Es ergibt sich das Problem der Übergabe der Amtsgeschäfte an neue Vorstandsmitglieder. Wenn es nicht gelingt, diese Auf-

---

175 Deutscher Paritätischer Gesamtverband, Elterninitiativen und Elternvereine als kleine Träger von Kindertageseinrichtungen, 2011. Im DPWV sind zu diesem Zeitpunkt 4.500 Kindertageseinrichtungen organisiert, 27 % davon, also 1215, sind Elterninitiativen oder Elternvereine.

176 A.a.O., S. 16

177 A.a.O., S. 14

178 A.a.O., S. 15

gabe gut und umfassend, belastbar und ausreichend praxisnah zu bewältigen, ergeben sich hieraus in der Folge eine Reihe von Problemen.“<sup>179</sup>

- Eltern müssen ein für sie passendes Qualitätsmanagement installieren. „Parallel muss durch die Unterstützung von Elterninitiativen mit geeigneten Angeboten im Bereich der Betriebsorganisation und bei betriebswirtschaftlichen Aufgabenstellungen Entlastung organisiert werden sowie mit weiteren geeigneten Maßnahmen (Bildungsveranstaltungen für neue Vorstände etc.) den Vorständen das erforderliche Betriebswissen vermittelt werden.“<sup>180</sup>

„Am Beispiel der Elterninitiativen im Bereich der Kindertagesbetreuung wird deutlich, welche hohe Bedeutung diese Form der Selbsthilfe, Freiwilligkeit und bürgerschaftlichen Engagements in unserer Gesellschaft nach wie vor hat. Trotz demographischer Entwicklung und sinkenden Kinderzahlen stieg der Anteil der Elterninitiativen an den Tageseinrichtungen von rund 6 % 1994 auf 9 % 2008.“<sup>181</sup>

Der DPWV formuliert im Folgenden seine Forderung an die politisch Verantwortlichen. Dass diese Forderungen im Jahre 2011 immer noch gestellt werden müssen, zeigt die Notwendigkeit einer (Lobby-)Arbeit von Dachverbänden wie DAKITS e.V.

„Auch wenn der Wille von Eltern zur Mitgestaltung der außerfamiliären Kinderbetreuung nach wie vor besteht, können sie nicht fortlaufend die gleiche Eigenleistung erbringen, wie zur Gründerzeit der Elterninitiativen und Elternvereine. Der Erhalt kleiner Träger wird daher zukünftig zunehmend von einer angemessenen Finanzierung abhängig sein – oder diese werden bedauerlicherweise in der Trägerlandschaft deutlich an Bedeutung verlieren.“<sup>182</sup> „Der Paritätische dringt daher darauf, durch geeignete Rahmenbedingungen dafür Sorge zu tragen, dass kleine Träger auch in Zukunft die Chance haben, selbstverantwortete Leistungen für Kinder anzubieten. (...)

Hierzu sind aus Sicht des Paritätischen folgende Maßnahmen notwendig:

1. Elterninitiativen und Elternvereine als kleine Träger von Kindertageseinrichtungen brauchen einen Gründungszuschuss für den Aufbau und die Inbetriebnahme ihrer Einrichtung. Daher sind die Ausführungen im § 25

179 Ebd.

180 Ebd.

181 Ebd. Er zitiert hier: BMFSFJ (Hrsg.): Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin Juni 2009

182 A.a.O., S. 19

SGB VIII so zu konkretisieren, dass hieraus verbindliche Aufträge für Länder und Kommunen zur finanziellen und organisatorischen Unterstützung kleiner Träger ableitbar sind.

2. Kleine Träger brauchen eine verlässliche Finanzierung, die das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement der Eltern in der Betreuung und Bildung ihrer Kinder anerkennt und zugleich den professionellen Fortbestand der Organisation sichert. Hierzu sind entsprechende Finanzierungsmodelle in Kooperation zwischen allen Beteiligten zu entwickeln. (...)
3. Elterninitiativen und Elternvereine als kleine Träger von Kindertageseinrichtungen müssen in ihrer Finanzierung die ehrenamtlichen Leistungen der Eltern flächendeckend geltend machen können. Damit wird ehrenamtliches Engagement direkt als geldwerter Vorteil anerkannt und ein erstrebenswerter Beitrag zur finanziellen Absicherung des Trägers geleistet. (...)
4. Elterninitiativen und Elternvereine als kleine Träger von Kindertageseinrichtungen müssen in den Finanzierungsregelungen der Länder und Kommunen besondere Berücksichtigung finden. Dies betrifft insbesondere atypische Förderbedarfe beziehungsweise höhere Finanzpauschalen im Bereich Leitung und Verwaltung aufgrund der kleineren Betriebseinheiten.
5. Elterninitiativen und Elternvereine als kleine Träger von Kindertageseinrichtungen brauchen aufgrund ihrer besonderen Struktur und des bürgerschaftlichen Engagements gezielte Unterstützung im Bereich der Gründung, Organisations- und der Konzeptentwicklung. (...).<sup>183</sup>

Der DPWW zählt noch einmal die „besonderen Stärken von Elterninitiativen und Elternvereinen als kleine Träger von Kindertageseinrichtungen in einer pluralen Bürgergesellschaft“ auf:

- „die Sicherung von Vielfalt,
- die Förderung bürgerschaftlichen Engagements,
- eine Stärkung demokratischer Elemente,
- eine hohe Flexibilität in der Anpassung an gesellschaftliche Veränderungen und damit einhergehenden Wandlungen in den Bedarfen von Familien sowie
- die konsequente Orientierung am Gemeinwohl.“<sup>184</sup>

---

183 A.a.O., S. 20 f

184 Deutscher Paritätischer Gesamtverband, Elterninitiativen und Elternvereine als kleine Träger von

2015 erfahren wir aus einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), dass der wesentlichste Aspekt von Elterninitiativen, die Mitbestimmung der Eltern, auch für andere Eltern eine wichtige Bedeutung hat.<sup>185</sup> Hier werden Eltern in kommunalen Kindertageseinrichtungen gefragt. Das Jugendhilfeportal schreibt 2016 dazu:

„Am zufriedensten sind die Eltern demnach mit dem Tagesablauf in den Kitas, am unzufriedensten mit den Möglichkeiten der Mitentscheidung sowie den Kosten.“ „Je stärker die Eltern in Entscheidungen eingebunden werden, desto zufriedener sind sie mit der Kita“, sagt C. Katharina Spieß, Leiterin der Abteilung Bildung und Familie. Dabei geht es beispielsweise um die Mitsprache bei der pädagogischen Konzeption oder bei den Öffnungszeiten.“<sup>186</sup>

Allerdings scheint sich die Haltung der Eltern gegenüber den inhaltlichen Konzepten der Kitas gegenüber den Anfängen stark gewandelt haben. Schon 1999 schreibt der damalige Pädagogische Leiter der Frankfurter „Kinderschule“, dem ersten „repressionsfreien“ Kindergarten: „Da in unserer Gesellschaft die Entwicklung immer mehr in Richtung Leistung, wirtschaftlicher Absicherung und Single-Dasein geht, ist die Idee vom Kinder-Kollektiv nicht mehr aktuell. Schwerpunkt der Elternwünsche ist eher die individuelle Förderung der Kinder. (...) Das zieht natürlich Veränderungen der Kinderschule mit sich.“<sup>187</sup>

Die heutige Elterngeneration (2004, R.B.) seien die „Alltagspragmatiker“, schreibt Karen Silvester in einer Untersuchung einer Münchner Elterninitiativ-Kita, die sich mit den Erwartungen und Motivationen der Eltern über vier Jahrzehnte hinweg beschäftigt. „Die vierte Eltern-Generation erwartet nicht mehr, dass Eltern-Kind-Initiativen gesellschaftliche Impulse geben oder gar zur Keimzelle gesellschaftlicher Umbrüche würden. (...) Die Eltern der Generation 'Alltagspragmatiker' erwarten lediglich, dass ihre Initiative den Kindern ein demokratisches Grundverständnis vermittelt und einen gemeinschaftlichen Freiheitsgedanken kultiviert.“<sup>188</sup>

---

Kindertageseinrichtungen, 2011, S. 7

185 C. Katharina Spieß, Pia Schober, Georg Camehl und Juliane Stahl, „Höhere Qualität und geringere Kosten von Kindertageseinrichtungen – zufriedener Eltern?“, DIW Wochenbericht, 46 / 2015, S. 1105-1113. Die Studie stützt sich auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), der Stichprobe „Familien in Deutschland“ aus den Jahren 2012 und 2013 und einer Zusatzbefragung zu beiden Studien.

186 (<https://www.jugendhilfeportal.de/indertagesbetreuung/artikel/je-mehr-mitspracherecht-eltern-haben-desto-zufriedener-sind-sie-mit-den-kitas/>), 2016

187 Jochen Helling, Verein Sozialpädagogische Praxis e.V., 30 Jahre Freie Kinderschule, Frankfurt a.M., 1999, zitiert in Aden-Grossmann, a.a.O., S. 156

188 Karen Silvester, Die besseren Eltern? Oder – Die Entdeckung der Kinderläden. Eltern-Kind-Initiativen im zeitgeschichtlichen Vergleich 1967-2004. Dissertation der Katholischen Universität Eichstätt 2009,

## *Immer noch starkes Engagement?*

2005 erscheint in der HNA ein Artikel über Umbaumaßnahmen im Garten der Kindergruppe „Die Kurzen e.V.“. Er schildert anschaulich, wie sehr sich Eltern bei diesem Umbau engagiert haben. „Thiemo Glomb, Kasseler Architekt, dessen Sohn die Kindergruppe besucht, plante und organisierte die Arbeiten. Hauseigentümer Volker Mohr stimmte dem Umbau zu, und da die Eltern der Kindergruppenkinder mit viel Engagement bei der Sache waren und auch Eigenmittel des Vereins zur Verfügung standen, konnte man beim Jugendamt der Stadt die Hälfte der Investitionssumme beantragen - mit Erfolg. Der Ortsbeirat spendete ebenfalls, sodass jetzt neues Sandspielzeug zur Verfügung steht.“<sup>189</sup>

Auch 2015 betonen die Erzieherinnen im Interview, dass sich die Elterninitiativen in der Selbsteinschätzung immer noch durch ein anderes pädagogisches Klima und ein höheres Engagement auszeichnen. „Es ist immer noch eine andere Zusammenarbeit als in den städtischen Kindergärten, wir haben immer noch ein offenes Ohr.“ „Ich erwarte auch von meinen Mitarbeiterinnen mehr, was das Engagement angeht.“ „Man muss ein gewisses Herzblut mitbringen, wenn man bei uns arbeiten will, es geht nicht nur um Dienst nach Vorschrift. Da müssen wir z.B. mal den Flur fegen.“ „Der Krankenstand in öffentlichen Einrichtungen ist höher.“ „Wir haben einen höheren Grad an Selbstbestimmung und Sinnhaftigkeit in der Arbeit.“ „Wir arbeiten in einer flachen Hierarchie. Das funktioniert nicht immer, aber mindestens genau so gut wie die staatlich verordnete Hierarchie. Es gibt immer noch verstärkt eine kollegiale Leitung.“

Die veränderte Familiensituation wirkt sich ebenfalls auf die Gruppenzusammensetzung aus. „Mit den Geschwistern hat es sich verändert. Es gibt wieder mehr Geschwister. Wir haben mehr Kinder mit Migrationshintergrund, das ist spannend.“ Das wird auch von Markus Grüniger von Nora e.V. bestätigt. „Der Trend zum Zweit- und Drittkind ist momentan im Kommen, wir haben momentan 11 Geschwisterkinder von Geschwistern, die jetzt 12 oder 13 sind. Die kommen auch weiterhin zu uns. Wir waren jetzt grade mit 60 Kindern auf einem Eselshof, da waren auch 13-jährige Kinder mit dabei. Pädagogisch ist uns das Familiäre wichtig, wir machen das Alltagsleben gemeinsam, ein bisschen Kinderladenwurzeln ist noch vorhanden.“

Während in der einen Gruppe der Anteil der Alleinerziehenden doppelt so hoch ist wie vor 20 Jahren, konstatiert eine andere Gruppe: „Bei uns ist das nicht so.

---

<http://www.opus-bayern.de/ku-eichstaett/volltexte/2009/66>; zitiert in Aden-Grossmann, a.a.O., S. 156  
189 „Neuer Glanz im Hinterhof“, HNA vom 24.10.2005

Sie schrecken ja auch zurück vor dem Eigenanteil, den die Eltern leisten müssen: Kochdienst, Putzdienst usw.“

Selbstverständlich haben sich auch die Bildungsanforderungen an Kindertagesstättenkinder auf den Alltag in den Kitas ausgewirkt. „Es gibt durchaus einen Wochenplan. Es gibt viele Projektangebote inzwischen: Kochen, Kinderbauernhof, Werkgruppe, Aquariumgruppe, Schwimmen, musikalische Frühförderung. Jetzt haben wir gesagt, es reicht, als eine Mutter auch noch Englischlernen einführen wollte.“

Die zunehmenden Anforderungen an Kindertagesstätten erfordern eine Kompetenzerweiterung nicht nur auf pädagogischer Ebene, sondern auch auf der der Verwaltung, die ehrenamtlich von Eltern übernommen wird. Deshalb müssen sich die Elterninitiativen Gedanken darüber machen, wie das erworbene Wissen auf den nächsten Vorstand weitergegeben werden kann.

Boeddinghaus beschreibt, dass es in vielen ursprünglich linken Projekten Metamorphosen gibt. Er erzählt von der Entwicklung der Freien Schule. Im Jahr des Umzugs in die Kaserne und des Umbaus habe man den Eltern der Schüler und Kindergartenkinder viel Arbeit (Eigenleistung) „aufgedonnert“, „und das war nicht wenig“. Wer das nicht konnte oder wollte, musste zahlen. „Wir haben aber versäumt, wir hätten festlegen müssen, wer von den Eltern für eine konzeptionelle Entwicklung verantwortlich gewesen wäre. Wie verändert uns das eigentlich als Gruppe, als Gemeinschaft, als Verein, wenn wir von einer Bruchhütte in einen ‚Luxusbau‘ ziehen. Und das hat uns enorm verändert.“

Boeddinghaus erinnert sich: „Unsere Rasselbande ist entstanden aus 5 Kernerlern. Als wir für ein Jahr ein Haus bekommen haben, hatten wir noch keine Anschlusslösung. Da haben Fredo und ich in einer großen Runde im Garten vorgeschlagen, die Kaserne zu nehmen, ein Investitionsvolumen von 2 Mio. Da sah man an den Blicken, dass das vielen Angst gemacht hat. (...) Es gab auch eine Veränderung, da waren inzwischen auch Eltern, die ihre Kinder nur abgeben wollten. Als wir dann in der Marbachshöhe waren, da haben wir darüber geredet, ob Fredo oder XY 3 Mark mehr bekommen könnten. Da hat man dann auch mal gehört, und das war neu, ne, wir haben kein Geld, wir sind ein kleiner freier Träger. Diese Veränderungen, diese Metamorphosen wahrzunehmen und damit umzugehen, ist menschlich und gesellschaftlich extrem schwierig und selten erfolgreich.“

DAKITS e.V.

Dachverband freier Kindertageseinrichtungen

04

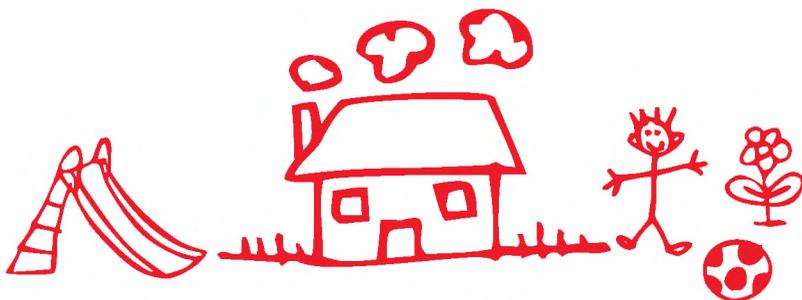
DAKITS CHRONIK | TEIL 4

## 20 JAHRE DAKITS E.V.

DACHVERBAND FREIER KINDERTAGESEINRICHTUNGEN E. V.

„DAKITS hat für uns freien Träger gekämpft, uns einen Platz zu verschaffen in der Stadt. Das war ja von der Stadt nicht gewollt und die U3-Betreuung schon mal gar nicht.“

aus einem Interview mit pädagogischen Fachkräften



## 20 JAHRE DAKITS E.V.

### Vorbemerkungen

Als am 20. Januar 1994 zweihundert kleine Kinder, Eltern und ErzieherInnen mit einem bunten Treiben das Kasseler Rathaus bevölkern, staunen die Rathausmitarbeiter nicht schlecht. Denn diese Aktion hat keineswegs einen spielerischen Anlass: es ist eine Protestaktion von Kitas in freier nicht-kirchlicher Trägerschaft, die meisten von ihnen Elterninitiativen. Mit dieser Aktion wollen sie mit Luftballons, Konfetti, Kinderliedern und Transparenten auf ihre Forderungen aufmerksam machen. Sie fordern eine finanzielle Gleichbehandlung mit anderen Trägern, d.h. eine bessere Betriebskostenregelung, damit die Plätze der freien kleinen Träger für Eltern nicht zum „unerschwinglichen Luxusartikel“ werden.<sup>190</sup>

Sturm auf das Rathaus: Rund 200 Kinder und Eltern machten gestern auf die Forderungen der freien nichtkirchlichen Träger von Kindertageseinrichtungen aufmerksam und – wie dieser Knirps – ihre Kritik an der Ungleichbehandlung deutlich. (Foto: Lantelmé)



KINDERBETREUUNG

HNA 21.01.1994

# „Gleiches Recht für alle“

<sup>190</sup> 190 Pressemitteilung von DAKITS | Regine Bogedale vom 06.01.1994. Siehe auch Artikel in der HNA vom 21.01.1994

Manch einer mag vielleicht an eine Aktion einige Jahre zuvor erinnert werden, in der aufgebracht Eltern der Kita „Rasselbande“ vier Tage lang mit einem nervigen Klongklong durch die Rathausflure zogen, um gegen die Rücknahme einer Finanzierungszusage zu protestieren. Vier Tage wurden Löffel auf Töpfe geschlagen, bis das Geld bewilligt wurde.<sup>191</sup>

Und wenn wir noch weiter zurückgehen, in die Zeit kurz vor der Gründung des Koordinationsbüros, dann stoßen wir auf eine Aktion der Gesamtelternbeiräte der Kindertagesstätten, des Mütterzentrums und anderer Elterninitiativen ebenfalls im Rathaus. Sie hatten eingeladen, einen „Pseudo-Kindergarten“ im Bürgersaal zu eröffnen, in dem die Kinder, die keinen Platz in einer Kita bekommen hatten, „probeschlafen“ konnten. Sie machten damit auf mehr als 1000 fehlende Kindergartenplätze aufmerksam. Und auf weitere unhaltbare Zustände: „Mehr als 20 Jahre alte Pritschen für den Mittagsschlaf, matschig-pappiges Fertigessen, undichte Dächer. All diese Mängel hatten die Veranstalter der spektakulären Aktion, die mit einer Demonstration von rund 400 betroffenen Kindern und Eltern endete, in einer eindrucksvollen Ausstellung dokumentiert.“<sup>192</sup>

Es sind nur drei von einigen kreativen Aktionen der Elternschaft und ErzieherInnen von Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft, den sog. Elterninitiativen, die Anfang der 90er Jahre in Kassel begannen, sich vor allem mit DAKITS e.V. Gehör zu verschaffen. Was sie noch vor sich hatten, waren mühsame Verhandlungen mit der Stadt: über eine angemessene Bezuschussung ihrer Betreuungsleistungen, über eine Gleichbehandlung mit anderen größeren Trägern, eine Verbindlichkeit in den Zusagen und über die verlässliche Finanzierung ihres Dachverbandes DAKITS e.V.

Die Überschrift eines Artikels aus der HNA bringt ein Thema auf den Punkt, das sich über viele Jahre durchziehen wird: „Kindergärten beklagen Geldmangel!“<sup>193</sup> Es ist die Geschichte von mühevollen Verhandlungen, Protesten, Warten, Einsprüchen, Enttäuschungen, Teilerfolgen, in der nicht nur der Dachverband DAKITS e.V. am Konkurs vorbeisclittert, sondern auch einige Mitgliedsorganisationen.

Die Chronik von DAKITS e.V. ist gerade in den ersten Jahren ein Lehrstück über den Willen, in ungeheurer Kleinarbeit auf kommunalpolitische Entscheidungen Einfluss zu nehmen für eine angemessene Bezuschussung von Kitas in freier

<sup>191</sup> Vgl. Interview mit Kai Boeddinghaus, damaliges Vorstandsmitglied der Kita „Rasselbande“

<sup>192</sup> „Merkzettel“ für Bremeier“, HNA vom 18.4.1991

<sup>193</sup> HNA vom 3.12.94

nicht-kirchlicher Trägerschaft. Und das auf vielen Ebenen: der der politischen Parteien (viele Briefe gingen an die Fraktionen, an Landtags- und BundestagskandidatInnen), der Entscheidungsträger (StadträtInnen, Kämmerer, AmtsleiterInnen), in Gremien (Jugendhilfeausschuss u.a.) und der Öffentlichkeitsarbeit (Pressemitteilungen, Schreiben an Rundfunk und Fernsehen).

Sie ist auch ein Lehrstück über ein zähes Ringen und das Pochen auf die Umsetzung von gesetzlichen Vorgaben in kommunales Handeln, in das immer wieder etwa der Kämmerer oder das Regierungspräsidium restriktiv eingreift. Förderprogramme auf verschiedenen Körperschaftsebenen – Landesebene, Kommune, Sparaufgaben vom Regierungspräsidium usw. geben Einblick in ein Dickicht, in dem man einen langen Atem haben musste, um eine angemessene Finanzierung einer wichtigen Aufgabe zu erreichen: der Betreuung von Kindern in Tagesstätten und Horten, nicht nur für Kinder ab 3 Jahren, sondern auch für diejenigen, deren Betreuung lange gar nicht finanziert wurde: für die unter dreijährigen Kinder. Dass dabei die Elterninitiativen wie schon in vielen anderen Aspekten Vorreiter einer Entwicklung waren, wird auch hier wieder deutlich.

Doch das war nicht die einzige Aufgabe des Dachverbandes. Genauso wichtig war die Arbeit nach innen: die Vernetzung der einzelnen Mitgliedsorganisationen, ihre fachliche Beratung, das Anbieten von Arbeitsgruppen, in denen sich Eltern und/oder Fachkräfte fachliche Unterstützung und gegenseitigen Austausch holten; Hilfe bei der Konzeptionsentwicklung und Gründungsberatung, Vermittlungs- und Anlaufstelle für die sich wandelnden professionellen Anforderungen an die Kitas (vom Hessischen Bildungsplan etwa oder von Qualitätsentwicklungsmaßnahmen). Neben all dem war DAKITS e.V. eine Vermittlungsstelle für Eltern, die einen Betreuungsplatz für ihr Kind suchten.

Allen voran hatte die 17 Jahre lang einzige Hauptamtliche von DAKITS e.V., Regine Bogedale, diesen langen Atem, sie war es vor allem, die die Forderungen, Proteste, Anmahnungen usw. formulierte und vortrug, die all die oben beschriebenen Aufgaben organisierte oder selbst anbot. Sie hat als Einzelkämpferin mit kompetenter und engagierter Unterstützung gerade in den Anfängen von verschiedenen engagierten VorstandskollegInnen nicht nur den Grundstein von dem gelegt, was DAKITS e.V. heute ausmacht, sondern DAKITS insgesamt geprägt.<sup>194</sup>

---

<sup>194</sup> Im Zuge der Chronik werden nicht alle Namen von Vorstandsmitgliedern genannt. Das Nennen von Namen hat nichts mit deren Bedeutung zu tun, sondern mit Dokumenten, die während der Recherche vorlagen und auf denen diese Namen auftauchten.

Die Geschichte von DAKITS e.V. zeigt uns aber auch das zeitraubende Engagement von Eltern und ErzieherInnen für die Anerkennung einer „kollektiven“ und „antiinstitutionellen“ Erziehung,<sup>195</sup> eine Erziehung, in der Kindern Raum für Selbstbestimmung und Partizipation gegeben werden sollte, in der sich Eltern einmischten, die Verwaltung ihrer Kitas übernahmen und nächtelang über die richtige Erziehung und Ernährung ihrer Kinder diskutierten und stritten. Neue Plätze wurden von ihnen in einer Situation in Kassel geschaffen, in der es einen großen Mangel an Kita-Plätzen gab, für über Dreijährige, erst recht aber für unter dreijährige Kinder.

Wie in vielen basisdemokratischen Initiativen, unterlagen auch die Elterninitiativen und DAKITS e.V. einer Veränderung. In deren Prozess begegnen wir Überforderungen, Verwerfungen, Lösungen. Am vorläufigen Ende des Zeitraums dieser Chronik steht ein Schritt wieder in Richtung der Werte und Überzeugungen, die die Gruppen anfänglich getragen und die für DAKITS e.V. handlungsweisend waren. Entwickelt hat sich eine Verstetigung von Strukturen in einer Professionalisierung, die eine notwendige Interessensvertretung der kleinen freien Träger effektiv ermöglicht und die durch eine zuverlässige fachliche Beratung sowie Informationsbeschaffung und -weitergabe die kleinen Kitas unterstützt.

### *Der Beginn: das „Koordinationsbüro für Kinderarbeit freier Träger“*

*„Am spannendsten war es, als ich noch alles aus der Perspektive einer berufstätigen Mutter erlebt habe.“*

Regine Bogedale

„Zu DAKITS ist man gegangen, weil man eine Interessensvertretung brauchte. Vorher hat jede Einrichtung einzeln für sich verhandelt mit der Stadt, die Verträge usw., am Anfang haben wir unseren Kindergarten gegründet und wussten nicht, ob wir überhaupt Geld bekommen. Wir haben gehofft, dass das einfach so durchkommt. Wir hatten ja enorme Kämpfe wegen Betriebskosten usw.“<sup>196</sup> „Nein, Verhandlungen mit der Stadt in dem Sinne gab es vorher nicht, man hat mal geguckt, wen man so ansprechen kann.“<sup>197</sup> „Bisher versuchte jede Initiative für sich, irgendwie an zu-

<sup>195</sup> So entstand etwa die Kindergruppe Nora, als studentisches Projekt, d.h. im Zuge der Reformuniversität Kassel wuchsen auch solche Projekte

<sup>196</sup> Ilona Dipple-Schmidt von „Orte für Kinder“ im Interview mit pädagogischen Fachkräften am 22. Mai 2015

<sup>197</sup> Stefanie Bredemeier im Interview mit pädagogischen Fachkräften am 26. Mai 2015



sätzliche Finanzmittel heranzukommen. Im Koordinationsbüro sehen die Gruppen jetzt eine gemeinsame Vertretung, die auch dafür sorgen soll, dass der § 25 des neuen Kinder- und Jugendhilfegesetzes realisiert wird“, kann man in der HNA ein viertel Jahr nach Gründung des Koordinationsbüros lesen.<sup>198</sup>

Schon früh bestand Konsens darüber, dass es zeitraubend und unproduktiv

ist, als jeweils einzelner kleiner Verein Verhandlungen über eine Finanzierung der Kinderbetreuung mit der Stadt zu führen. Harold Becker, der Regionalmanager des DPWW in Kassel bis 2015, erinnert sich im Interview: „Die Idee, dass diese vielen Elterninitiativen eine Koordination brauchen oder besser eine Lobby, das haben die Elterninitiativen schon viel früher gespürt. Das weiß ich vom Erzählen damals.“<sup>199</sup>

Er berichtet weiter, dass schon vor 1991 zweimal eine ABM-Stelle für diesen Zweck bei Elterninitiativen angesiedelt wurden. „Die sollten unter anderem inhaltlich genau diese Koordinationsaufgaben übernehmen, aber das ist in beiden Fällen nicht gelungen, sie sind vom Tagesbetrieb der Einrichtungen aufgelesen worden. (...) Deshalb wurde deutlich, dass die Stelle bei einem neutralen Dritten angebunden werden müsste, der keine eigenen Interessen einbringen würde. Ich habe mich darauf eingelassen, weil eine Vielzahl der Elterninitiativen ja bereits Mitglied im DPWW war. Die Koordinationsaufgaben konnte die Kasseler Regionalgeschäftsstelle des Paritätischen selber aus Kapazitätsgründen nicht leisten.“<sup>200</sup> Regine Bodedale erinnert sich: „Es gab vor der Gründung koordinierende informelle Kontakte zwischen den Gruppen, das wollte man auf verbindliche

198 „Hilfe vor allem beim Kampf ums Geld“. HNA vom 19.12.1991

199 Interview mit Harold Becker am 14.11.2014

200 Ebd.

Füße stellen.“<sup>201</sup> Aus einem dieser informellen Zusammenschlüsse aus 14 Elterninitiativen von Krabbelgruppen war 1990 eine Presseerklärung hervorgegangen, die hier ausführlich zitiert wird, weil sie zum einen deutlich macht, welche zukunftsweisenden Forderungen gestellt wurden und zum anderen, wie lange man (nicht nur) in Kassel auf deren Realisierung warten musste. In der Pressemitteilung wird beschrieben, dass diese Gruppen ca. 130 Plätze für die Betreuung von unter dreijährigen Kindern zur Verfügung stellen. In allen Einrichtungen gebe es lange Wartelisten, die zeigen, dass der Betreuungsbedarf durch das Kasseler Tagesmüttermodell nicht abgedeckt werden könne. Und weiter heißt es: „Um die zukünftige Arbeit der Krabbelgruppen in Kassel zu sichern, fordern wir:

- Die Anerkennung der Krabbelgruppen als öffentliche pädagogische Einrichtung sowie eine reguläre finanzielle Unterstützung durch die Stadt Kassel in Form von Zuschüssen zu den laufenden Betriebskosten.
- Die Schaffung einer Koordinationstelle, deren Aufgabe darin besteht, den genauen Bedarf an Plätzen zu ermitteln, interessierte Eltern zu informieren und freie Plätze in den jeweiligen Einrichtungen nach speziellen Gesichtspunkten zu ermitteln. Außerdem sollte eine Springkraft für Urlaubs- und Krankheitsfälle zur Verfügung gestellt werden.
- In Anlehnung an das Kindergartengesetz soll eine landesweite gesetzliche Grundlage für die pädagogische Versorgung der Kinder unter 3 Jahren geschaffen werden.“<sup>202</sup>

Harold Becker ist bereit, eine ABM-Stelle als Koordinierungsstelle für die kleinen freien nicht-kirchlichen Träger von Kitas beim DPWV anzusiedeln. Der DPWV übernimmt im ersten ABM-Jahr die Restkostenfinanzierung, im zweiten Jahr wird ein Zuschuss von 19.000 Mark mit der Stadt ausgehandelt.<sup>203</sup>

So findet im September 1991 die Gründungsversammlung des „Koordinationsbüros für Kinderarbeit freier Träger e.V.“ beim DPWV in der Motzstraße 4 in Kassel statt. „Ich erinnere mich, dass es das Konzept für ein Koordinationsbüro gab und die Idee, das als Plattform für eine Interessensvertretung zu nutzen. Es war ja

201 Interview mit Regine Bogedale am 12.8.2014

202 „Zur Situation von Krabbelgruppen (Betreuung von Kindern im Vorkindergartenalter) in Kassel“, Pressemitteilung von Vertreter/-innen der Initiative der Erzieher/-innen Vorstände aller Krabbelgruppen in Kassel vom 20.06.1990

203 Vgl. Presseinformation von Regine Bogedale vom Koordinationsbüro für Kinderarbeit freier Träger vom 16.12.1991

damals klar, dass wir eine Interessensvertretung brauchten, andererseits war klar, dass man dafür von der Stadt kein Geld bekam. Also haben wir ein Koordinationsbüro offiziell für das Fachliche gegründet und alles, was mit Interessensvertretung zu tun hatte, war selbstverständlich ehrenamtlich.“<sup>204</sup> Und Regine Bogedale, die die Koordinationsstelle übernehmen wird, weiß noch: „Die Mitglieder des Vereins waren Eltern und Erzieherinnen aus den Kitas: die Kurzen, die Rotznasen, die Rasselbande, Oase, Buntstift, es waren 7 Mitglieder.“<sup>205</sup>



Die Pädagogin Regine Bogedale, die Supervision studiert hat und deren Kind ebenfalls in der „Oase“ betreut wird, wird gebeten, die Stelle der Koordinatorin und Fachberaterin als ABM-Stelle zu übernehmen. Sie willigt ein. Von Anfang an steigt sie nicht nur temporeich und kämpferisch in die Verhandlungen mit der Stadt um Betriebskostenzuschüsse ein. Sie legt zudem großen Wert darauf, ihre Arbeit in Bezug auf die Mitgliedsorganisationen transparent zu machen, sie gibt wichtige Fachinformationen weiter und bietet mit dem Gedanken an eine gute inhaltliche Vernetzung Arbeitskreise für Fachkräfte, aber auch für Eltern an.

Neben unzähligen Pressemitteilungen wird ein Instrument der Rundbrief, der zum ersten Mal im Januar 1992 erscheint. „Damals war es so, dass nur wenig finanzielle Ressourcen zur Verfügung standen. Die Mitgliedsbeiträge waren sehr niedrig, ich habe den Rundbrief auf einer Schreibmaschine getippt, kopiert und verschickt.“<sup>206</sup> Hieraus und aus all den folgenden Rundbriefen erfahren die Mitgliedsorganisationen das Wesentliche der Arbeit des Koordinationsbüros, dem späteren Dachverband DAKITS e.V., Neuigkeiten aus einzelnen Mitgliedseinrich-

<sup>204</sup> Interview mit Kai Boeddinghaus aus dem Vorstand der Kita Rasselbande, a.a.O.

<sup>205</sup> Ebd. Ihrer Einschätzung nach gab es damals 10-12 selbstorganisierte Gruppen in Kassel.

<sup>206</sup> Interview mit Regine Bogedale

tungen, Infos über Veranstaltungen, die DAKITS e.V. oder andere Organisationen anboten.

Ein „Koordinationsausschuss“, der aus sechs VertreterInnen der Einrichtungen und Regine Bogedale besteht, trifft sich in regelmäßigen zwei- bis dreiwöchigen Abständen. „In erster Linie geht es um die Betriebskostenzuschüsse bzw. die erforderlichen Schritte im Hinblick auf unsere Einflussnahme auf Öffentlichkeit und kommunale Politik, mit dem Ziel, eine Erhöhung der BKZ für Kindergartenkinder und eine Einführung von BKZ für unter dreijährige Kinder zu erreichen.“<sup>207</sup>

Damit ist gleich zu Beginn der Rahmen und das Ziel der Arbeit abgesteckt. Dass eine finanzielle Förderung der Elterninitiativen dringend nötig war, dass deren Arbeit auch auf diesem Wege anerkannt würde, war zu diesem Zeitpunkt unbestritten. Dass bis zur Erreichung dieses Ziels aber viele Jahre und mühevollere Verhandlungen mit Rückschlägen und Fortschritten nötig sein würden, ahnte zu diesem Zeitpunkt noch niemand. Der erste Schritt war gemacht, die Überzeugungen und das Engagement, das schon zur Gründung von Elterninitiativen geführt hatte, tragen noch lange Zeit diese Auseinandersetzungen.

Die Bereitschaft der zuständigen leitenden MitarbeiterInnen des Jugendamtes und des Magistrats zu solchen Gesprächen scheint ebenfalls von Beginn an vorhanden gewesen zu sein. „Fakt ist, sie haben uns akzeptiert, und zwar hochrangig, die haben uns ernst genommen.“<sup>208</sup> In einem ersten Gespräch am 6. Dezember 1991 werden sie allerdings „auf die noch ausstehenden landesrechtlichen Bestimmungen zum Kinder- und Jugendhilfegesetz hingewiesen, auf deren Grundlage (...) erst konkrete Schritte denkbar sind. Hier wurden die Grenzen einer effektiveren Zusammenarbeit deutlich, denn bis zur endgültigen Absegnung zu den Ausführungsgesetzen können noch Jahre vergehen. Solange können wir natürlich nicht warten.“<sup>209</sup>

Nicht nur, dass sich die Stadt noch nicht mit den Forderungen des Koordinationsbüros befassen kann, auch die bis dahin 100 % ige Förderung von ABM-Stellen wird durch die Forderung eines Eigenanteils der Träger abgelöst - eine finanzielle Belastung, die nur schwer tragbar ist.

So wird erst einmal auf die verschlechterte ABM-Situation mit ungewöhn-

207 Rundbrief Januar 1992, S. 2

208 Interview mit Kai Boeddinghaus. Auch für die Antragstellung einzelner Maßnahmen für die betreuten Kinder findet er ein offenes Ohr: „Man hatte damals mit Leuten zu tun innerhalb der Verwaltung, die uns sozusagen gegen den Apparat unterstützt haben.“

209 Rundbrief Januar 1992, S. 2

lichen Protestmitteln reagiert: Auf der ersten gemeinsamen Aktion 1992 mit anderen freien Träger und dem DPWV auf dem Königsplatz während der Documenta 9 geben sie ihrem Unmut über das Ende der vollständigen Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in einem großen Kreis von künstlerisch gestalteten Plattformen einen Ausdruck. „Da haben wir als freie Träger gegen den großen Angriff des Arbeitsamtes auf die ABM-Struktur protestiert. Das war so eine Kampagne: 'Wir verpulvern die Restmittel!'. Da gab es nicht mehr die 100 %-Förderung, da war ein Trägeranteil nötig. (...) Wir sahen also das Abendland bedroht. Da haben wir eine Protestaktion vor dem Staatstheater gemacht, da war DAKITS noch nicht gegründet.“<sup>210</sup>

*Wir sehen aus den Rundbriefen, dass die inhaltliche Arbeit mit den Gruppen von Anfang ein großer Bereich des künftigen Dachverbandes ist. Im ersten Rundbrief stellt das Koordinationsbüro zwei Fortbildungseminare vor, die es in Zusammenarbeit mit der LAG Freie Kinderarbeit in Frankfurt anbietet.*

- **„Arbeitsplatz in der Krabbelgruppe, im Kinderladen, im Schülerladen“**, „ein Seminar für alle Neuen im Kinderladengeschäft und solche, die es werden wollen.“
- **„Konzeption – alle haben eine, keiner schreibt sie auf“**, „ein Seminar zur Aufarbeitung, Weiterführung und Diskussion des konzeptionellen Selbstverständnisses in der freien Kinderarbeit.“ Rundbrief Januar 1992

Eine Demonstration vor dem Kasseler Rathaus, an der rund 70 Projekte und Vereine teilnahmen, hatte schon im Mai deutlich gemacht, dass mit dem „Kahlschlag bei ABM-Stellen“ nun die „Krücke bei den Einbeinigen weggerissen“ werde, wie Harold Becker zitiert wird.<sup>211</sup> Es war eine Aktion einer Koalition sozialer und kultureller Einrichtungen und Projekte im Raum Kassel unter dem Motto „Jetzt reicht's“, die von Harold Becker vom DPWV organisiert wurde und der auch DAKITS angehörte.

<sup>210</sup> Harold Becker im Interview am 14.11.2014

<sup>211</sup> „Gegen Kahlschlag bei ABM-Stellen“. HNA vom 12.05.1992

## Die ersten Verhandlungen über Betriebskostenzuschüsse

*„Da hat sich jeder völlig aufgerissen.  
Wir haben uns nächtelang den Kopf zermürbt.“*

Kai Boeddinghaus

Aus einem Papier des Jugendamtes aus dem Jahre 1992 geht hervor, dass der jährliche Zuschuss für nichtkirchliche Träger – so sie denn einen bekommen haben – bis zu diesem Zeitpunkt 1.100 DM für einen Ganztagsplatz, d.h. für eine mehr als 6-stündige Betreuung, und 785 DM für einen Halbtagsplatz betrug.<sup>212</sup> Die Finanzierung von Plätzen für unter Dreijährige war gänzlich ungeklärt. Mütter zahlten z.B. den Satz, der für eine Tagesmutter üblich war, an die Kita.<sup>213</sup> Unter Dreijährige, deren studentische oder berufstätige Mütter bzw. Väter einen Anspruch auf finanzielle Unterstützung aus dem Tagespflegeprogramm der Stadt Kassel hatten, waren in den Kitas aufgrund der verbindlichen Finanzierung willkommen. „Mir fällt wieder ein, dass es unterschiedliche Zuschüsse gab für die Betreuung. Das eine war der Zuschuss 1.100 Mark pro Platz und Kind für Ü3. Dann gab es eine Kostenübernahme für Leute, die ihren Beitrag nicht bezahlen konnten – studentische Eltern usw. Da war es so, dass die Kostenübernahme für U3 deutlich höher war als für die Ü3. Insofern spielten die U3 bei uns doch eine Rolle. Denn wenn wir Eltern mit solch einem Anspruch hatten, dann haben wir der Stadt diesen monatlichen Satz von 583 DM in Rechnung gestellt und von den anderen eben den normalen Satz. Insofern mussten wir auf diesen Gruppenmix schauen. In der Gesamtkalkulation mussten wir also immer schauen, dass wir so und so viel ‘Jugendamtskinder’, so haben wir die immer genannt, hatten, damit wir rechnerisch hinkamen. (...) Fakt ist, dass wir in unserem Gruppenmix mindestens drei, vier Jugendamtskinder hatten, damit wir über die Runden kamen.“<sup>214</sup>

212 Jugendamt der Stadt Kassel: Vorschlag zur Neuberechnung des Zuschusses für die nicht-kirchlichen freien Träger von Kindertagesstätten, 18.05.1992, S. 4 (unveröffentlicht) Später erfahren wir, dass die fiskalische Berücksichtigung der freien Träger zu diesem Zeitpunkt durchaus unterschiedlich und damit in den Augen des Koordinationsbüros ungerecht war. Es löste Ende 1993 eine Kampagne für eine Gleichbehandlung aus, über die noch ausführlich berichtet wird.

Ob 1992 tatsächlich alle kleinen freien Träger den Zuschuss von 1 100 DM erhalten, ist nicht belegt. Aus einer Aufstellung des Jugendamtes über die „kleinen freien Träger und Initiativgruppen mit einem Kindergarten-, Hort- bzw. Krabbelgruppenplatzangebot“ vom Juli 1990 geht hervor, dass es zu dem Zeitpunkt noch nicht der Fall war.

213 Der Pflegesatz betrug 1990 588 DM, 1992 611 DM. „Eltern müssen im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit zu den Kosten beitragen“, heißt es in: 15 Jahre Tagespflege in Kassel, a.a.O., S. 2

214 Kai Boeddinghaus von der Kita Rasselbande im Interview. Erst im Jahre 2005 gibt es einen Betriebskostenzuschuss von 2000 € für U3-Kinder.

Wir erfahren aus der HNA exemplarisch von der Elterninitiative „Regenbogen“: „Trotz Bezuschussung durch Land und Stadt beträgt der Elternbeitrag monatlich 300 Mark, bei unter dreijährigen Kindern wegen der geringeren Förderung sogar 400 Mark. Plus 70 Mark Essensgeld. Auf Dauer ist ein Beitrag in dieser Höhe für die meisten Eltern nicht tragbar. Kleine Träger sind auf eine Ausweitung der Unterstützung durch die öffentliche Hand angewiesen,“ verweist die Leiterin der Einrichtung, Ulrike Kropf, auf die finanzielle Problematik.<sup>215</sup>

Für das erste Gespräch mit dem Jugendamt im Mai 1992 liegen ein Entwurf für eine Neuberechnung von Betriebskostenzuschüssen sowie ein Stufenplan für deren jährliche Erhöhung vom Jugendamt vor. Hierin werden die Kosten für einen Kitaplatz für über Dreijährige analog zu den städtischen und kirchlichen Trägern ermittelt.

Der Entwurf kommt zu dem Ergebnis von 8.266,00 DM Kosten pro Platz und Jahr für einen Ganztagsplatz und 6.199,00 DM für einen Halbtagsplatz. Der Trägeranteil von 33 % wird hier für die „Elternmitwirkung“ abgesetzt. Zusätzlich zu dieser Mitwirkung wird ein monatlicher Elternbeitrag von 150 DM angerechnet. Abzüglich des 33 %igen Träger- bzw. Elternanteils, der Elternentgelte, einem Beitrag aus Bundesmitteln aufgrund des Kindergartengesetzes und einem Beitrag aus der Landesförderung bleiben ungedeckte Kosten von 3.114,00 DM für einen Ganztagsplatz und 2.510,00 DM für einen Halbtagsplatz.<sup>216</sup>

Die Vorlage dieser für alle transparente Berechnung von realen Kosten ist ein großer Schritt für die kleinen freien Träger. Doch er begründet keineswegs einen Anspruch auf die Zahlung der vollen Restkosten, wie der Entwurf ausführt: „In Anbetracht des erheblichen Finanzbedarfes wird von hier vorgeschlagen, die Betriebskostenzuschüsse für die kleinen freien nichtkirchlichen Träger stufenweise zu erhöhen.“<sup>217</sup> Im Entwurf wird vorgeschlagen, den Zuschuss von 1.557,00 DM (50 % des anerkannten Bedarfs) im Jahre 1993 über 2.550,00 DM (75 %) im Jahre 1994 auf 3.114,00 DM (100 %) im Jahre 1995 zu erhöhen.<sup>218</sup> Und der Entwurf betont es noch einmal: „Diese Regelungen bzw. Vorschläge beziehen sich nur auf Kindergartenkinder. Hier liegt ja auch der Schwerpunkt des Kasseler Kindertagesstättenprogramms. Hinsichtlich der Krabbelgruppen steht eine Landesregelung noch aus.“<sup>219</sup>

---

215 „Ein ‚Regenbogen‘ von Elternhand“, HNA vom 06.10.1992

216 Vorschlag zur Neuberechnung, a.a.O., S. 3

217 A.a.O., S. 4

218 Ebd.

219 A.a.O., S. 4f.

In dem Gespräch wird „als gemeinsam vertretenes Anliegen der VerhandlungsteilnehmerInnen“ die „Notwendigkeit der prinzipiellen Einbeziehung der unter dreijährigen Kinder und Hortkinder“ betont. Denn die Finanzierung der Plätze, die nun durch das Hessische Sofortprogramm in diesem Altersbereich entstehen, kann „langfristig nur durch geregelte kommunale Zuschüsse zu sichern“ sein.<sup>220</sup> Faktisch wird es dazu aber keinen Vorschlag geben.

Nach dem Gespräch arbeitet das Jugendamt offenbar einen weiteren Entwurf aus, zu dem Regine Bogedale in einem Brief an das Jugendamt Stellung nimmt: „Ein Anteil von über 30% der Betriebskosten für die Träger (Eltern), wie es der überarbeitete Vorschlag vorsieht, ist natürlich in keiner Weise vertretbar und darf so nicht festgeschrieben werden. Dies würde weit hinter die frühere Drittelregelung für freie Träger zurückfallen, bei der es sich darüber hinaus um Träger mit eigenen Einnahmen oder Vermögen handelt. Das Ziel eines Stufenplans muss der Tatsache Rechnung tragen, dass Elterninitiativen finanzschwache Träger ohne andere Einnahmen außer den Elternbeiträgen sind. Ein Trägeranteil von 33 % zusätzlich zu den Elternbeiträgen würde die Benachteiligung der kleinen freien Träger festschreiben und einer langfristig angestrebten Gleichbehandlung zuwiderlaufen.“<sup>221</sup>

Die endgültige Fassung der Neuregelung der Zuschüsse liegt nicht vor. Wir können aber aus einer Pressemitteilung des Koordinationsbüros vom 15. Dezember 1992<sup>222</sup> entnehmen, dass statt einer 3-stufigen nun eine 5-stufige Erhöhung der Zuschüsse für Kinder ab 3 Jahren vereinbart ist. Das Koordinationsbüro nimmt das Verhandlungsergebnis „mit einem lachenden und einem weinenden Auge zur Kenntnis“. Denn in den letzten Jahren sind die „rund 30 Einrichtungen mit einem Angebot von ca. 600 Plätzen für alle Altersstufen (...) aufgrund drastischer Erhöhungen ihrer Betriebskosten (Lohn- und Mietkostensteigerungen, ABM-Kürzungen) an den Rand des finanziellen Konkurses geraten.“ Die Arbeit konnte nur durch „ein immer höheres Maß an unentgeltlicher Elternarbeit und überhöhte Elternbeiträge aufrechterhalten werden.“<sup>223</sup>

Dass manche Elterninitiativen äußerst kreativ in der Beschaffung von Mitteln waren, beschreibt Kai Boeddinghaus von der Rasselbande. „Wir haben da

220 Protokoll des Gesprächs über die Erhöhung von Betriebskostenzuschüssen für kleine Träger und Elterninitiativen am 26.05.1992 im Rathaus der Stadt Kassel von R. Bogedale vom Koordinationsbüro, S. 1

221 Brief von Regine Bogedale vom Koordinationsbüro am 12.06.1992 an Herrn Strutwolf vom Jugendamt.

222 Pressemitteilung des Koordinationsbüros für Kinderarbeit Freier Träger zur Neuregelung des städtischen Betriebskostenzuschussverfahrens an Elterninitiativen und kleine freie Träger vom 15.12.1992, S. 1

223 Ebd.

getrickst und gemogelt, um das finanzieren zu können. War ja für einen guten Zweck. Für mehr Personal, eine gute Betreuung, mehr Luft, Wasser, Sand oder was auch immer. Da waren wir völlig skrupellos. Wenn wir eine Möglichkeit gesehen haben, was an Land zu ziehen, dann haben wir das gemacht. Sei es, dass wir bettelnd durch die Stadt gezogen sind, ich erinnere mich, dass wir uns bei Kimm den Sand für unseren Sandkasten zusammengebettelt haben, und beim Anhängerleih gequengelt haben, ob wir ihn billiger oder umsonst kriegen, oder auch bei ABM-Anträgen ausgesprochen kreativ waren. Da hat sich jeder völlig aufgerissen. Wir haben uns nächtelang den Kopf zermürbt.“

Manche Firmen spenden allerdings auch freiwillig. Als der Firmenleiter der Baustoff-Recyclingfirma Baureka von der Not des Kinderhauses Oberzwehren hört, entschließt er sich zu einer Spende von 50 Kubikmetern Mutterboden, mit denen ein Spielhügel im Garten entstehen konnte. In das Kinderhaus war fünf Mal eingebrochen worden, „es wurden nicht nur Gegenstände entwendet, sondern auch der Kühlschrank leergeräumt und Feuer gelegt“, erfahren wir aus der HNA.<sup>224</sup> Keine Versicherung nahm das Kinderhaus mehr auf und so floss alles Geld in die Beseitigung der Schäden. Auch damit hatten also Elterninitiativen zu kämpfen.

Kehren wir zu den Verhandlungen zurück. Ein Artikel in der HNA, der die Betriebskosten der kleinen freien Träger als „Kita-Defizite“ betitelt, klärt über diesen ersten Vertrag auf: „Damit wolle man dem enormen Nachholbedarf Rechnung tragen. Ausdrücklich begrüßt werde seitens der Stadt die wachsende Zahl der sogenannten kleinen freien Träger, hauptsächlich Elterninitiativen, die mit rund 600 Plätzen einen wichtigen Beitrag zur Grundversorgung mit Kindergartenplätzen der Stadt leisten und mit ihrem innovativen Potential auch qualitativ das Angebot bereicherten, betonte Schmarsov.“<sup>225</sup> Regine Bogedale hätte sich eine schnellere Erreichung des Ziels einer hundertprozentigen Restkostenfinanzierung gewünscht. Es sei auch „nicht gelungen, die Plätze für die unter Dreijährigen in die städtische Förderung mitaufzunehmen.“

Die erste Stufe tritt 1993 in Kraft, sie sieht einen jährlichen Zuschuss von 1.800 DM für einen Ganztagsplatz vor. Dass damit ein „zehnjähriger Stillstand bei 1.100 DM“, der gerade mal 13 % der Betriebskosten ausmachte, keine wirkliche Entlastung des Nachholbedarfs ist, wird erwähnt. Dennoch wird mit „der nun vorgesehenen stufenweisen Erhöhung der städtischen Betriebskostenzuschüsse

---

224 „Spende für gebeutelte Kindertagesstätte“, HNA vom 06.08.1996

225 „Stadt übernimmt Kita-Defizite“, HNA vom 21.12.92

(.) für einen Teil der Einrichtungen die finanzielle Basis ihrer zukünftigen Arbeit wieder kalkulierbar.“ Am Ende dieses Zeitraum soll 1997 die volle (hundertprozentige) Restkostenabdeckung von 51 % der anfallenden Betriebskosten als städtischer Zuschuss zur Verfügung stehen. „Das ist nie erreicht worden“, kommentiert Harold Becker. Ist also doch noch keine Ruhe eingekehrt in die Verhandlungen?

## *Die Geburtsstunde von DAKITS e.V.*

Die zeitraubende Arbeit des Koordinationsbüros konnte bislang nur auf der Grundlage der ABM-Stelle von Regine Bogedale geleistet werden, die mit einem engagierten ehrenamtlichen Vorstand die Verhandlungen vorbereitete und durchführte. Im zweiten Jahr der ABM-Förderung musste eine Fortführung dieser Stelle geklärt werden. Denn eine Förderung eines weiteren Jahres war nur unter der Bedingung einer Übernahmeerklärung des Trägers möglich. „Das war nie vorgesehen beim Paritätischen. Deshalb lief im 2. ABM-Jahr die Vorbereitung der DAKITS-Gründung. Dass ein e.V. gegründet wird, der sozusagen Rechtsnachfolger dieser ABM-Stelle ist. So wurde mit dem Arbeitsamt besprochen, o.k., es gibt ein 3. Jahr, auch wenn der neue Anstellungsträger jetzt DAKITS e.V. heißt, und so musste DAKITS diese Übernahmeerklärung unterschreiben.“<sup>226</sup>

Dass die Arbeit des Koordinationsbüros nun als Dachverband (ebenfalls mit der Rechtsform eines gemeinnützigen Vereins), der nun Träger des Koordinationsbüros wird, fortgeführt werden sollte, scheint manche Einrichtungen zu verunsichern. Es ist offenbar ein Schritt in eine größere Verbindlichkeit nicht nur der Arbeit des Dachverbandes selbst, sondern auch der Mitwirkung in einem ehrenamtlichen Vorstand. Weil beim ersten Gründungstreffen noch ein „großer Informationsbedarf“ über das Ausmaß künftiger Mitwirkung deutlich wird, wird die Gründung mit Vorstandswahl auf einen neuen Termin verlegt, auf den 19. Mai 1993.<sup>227</sup> „Auf der Gründungsversammlung traten 22 Personen, stellvertretend für ihre Einrichtungen, dem Verband bei.“<sup>228</sup> Es war die Geburtsstunde von DAKITS

<sup>226</sup> Harold Becker im Interview

<sup>227</sup> Die HNA berichtet am 27.5.1993 über die Gründung. In dem Artikel „Freie Träger gründen Dachverband“ wird auf den „Existenzkampf“ der „selbstorganisierten Kindeinrichtungen“ hingewiesen und auf deren Forderungen, die sich u.a. auf eine finanzielle Absicherung des Koordinationsbüros und Betriebskostenzuschüsse für die Betreuung von unter dreijährigen Kindern beziehen.

<sup>228</sup> Rundbrief vom Juni 1993.

e.V. In den Vorstand wurden 5 Personen gewählt: Ute Buchauer (Krabbelgruppe Oase), Matthias Eule (Buntstift), Oliver Strube (Kita Oase), Dr. Thomas Jungblut (Rote Rüben) und Anne Janz (Hort Oase).

Vier Monate später wird auf der Mitgliederversammlung die Genehmigung der Beitragsordnung und eine Satzungsänderung, die aufgrund einer Beanstandung des Finanzamtes nötig wurde, zur Abstimmung vorgelegt.<sup>229</sup> Die Finanzierung der ABM-Stelle von Regine Bogedale war damit ein weiteres Jahr gesichert, der Vorstand von DAKITS e.V. unterschrieb eine Übernahmeerklärung, ohne wirklich zu wissen, auf welcher finanzieller Basis die Stelle zu finanzieren sei. „Die Frage entstand, woher bekommt DAKITS denn das Geld, wenn die ABM-Förderung ausläuft? Da liefen dann parallel die Verhandlungen mit der Stadt Kassel.“<sup>230</sup>

Das KJHG gibt für Regine Bogedale und den Vorstand von DAKITS e.V. mit der im § 25 formulierten Unterstützungsempfehlung von Müttern, Vätern und anderen Erziehungsberechtigten, die die Förderung von Kindern selbst organisieren wollen, den entscheidenden Anstoß, um mit dem Jugendamt der Stadt Kassel über eine städtische Förderung eines Beratungsangebots für kleine Träger zu verhandeln.

**§ 25 Unterstützung selbstorganisierter Förderung von Kindern**

*Mütter, Väter und andere Erziehungsberechtigte, die die Förderung von Kindern selbst organisieren wollen, sollen beraten und unterstützt werden.*

Auch sieht § 24 Abs. 4 KJHG eine Beratungspflicht von Jugendämtern vor, die auch delegiert werden kann.

<sup>229</sup> Die erste Satzung ist in den Unterlagen nicht mehr enthalten. Siehe aber die Satzung vom 06.06.2000 im Anhang

<sup>230</sup> Harold Becker im Interview

## **§ 24 Inanspruchnahme von Tageseinrichtungen und Kindertagespflege**

(1) Ein Kind hat vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt Anspruch auf den Besuch einer Tageseinrichtung. Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben darauf hinzuwirken, dass für diese Altersgruppe ein bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagsplätzen oder ergänzend Förderung in Kindertagespflege zur Verfügung steht.

(2) Für Kinder im Alter unter drei Jahren und im schulpflichtigen Alter ist ein bedarfsgerechtes Angebot an Plätzen in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege vorzuhalten.

(3) Für Kinder im Alter unter drei Jahren sind mindestens Plätze in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege vorzuhalten, wenn

1. die Erziehungsberechtigten oder, falls das Kind nur mit einem Erziehungsberechtigten zusammenlebt, diese Person einer Erwerbstätigkeit nachgehen oder eine Erwerbstätigkeit aufnehmen, sich in einer beruflichen Bildungsmaßnahme, in der Schulausbildung oder Hochschulausbildung befinden oder an Maßnahmen zur Eingliederung in Arbeit im Sinne des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt teilnehmen oder

2. ohne diese Leistung eine ihrem Wohl entsprechende Förderung nicht gewährleistet ist; die §§ 27 bis 34 bleiben unberührt. Der Umfang der täglichen Betreuungszeit richtet sich nach dem individuellen Bedarf im Hinblick auf die in Satz 1 genannten Kriterien.

(4) Die Jugendämter oder die von ihnen beauftragten Stellen sind verpflichtet, Eltern oder Elternteile, die Leistungen nach Absatz 1 oder 2 in Anspruch nehmen wollen, über das Platzangebot im örtlichen Einzugsbereich und die pädagogische Konzeption der Einrichtungen zu informieren und sie bei der Auswahl zu beraten. Landesrecht kann bestimmen, dass Eltern das Jugendamt oder die beauftragte Stelle innerhalb einer bestimmten Frist vor der beabsichtigten Inanspruchnahme der Leistung in Kenntnis setzen.

(5) Geeignete Tagespflegepersonen im Sinne von § 23 Abs. 3 können auch vermittelt werden, wenn die Voraussetzungen nach Absatz 3 nicht vorliegen. In diesem Fall besteht die Pflicht zur Gewährung einer laufenden Geldleistung nach § 23 Abs. 1 nicht; Aufwendungen nach § 23 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 können erstattet werden.

(6) Weitergehendes Landesrecht bleibt unberührt.

„Es steht aber nicht darin, wie die Eltern beraten werden müssen. Normalerweise hat das die Stadt Kassel an die AWO gegeben oder hat das an irgendeinen Mitarbeiter verwiesen, der hat dann ein neues Türschild bekommen. Da ist natürlich der Bock zum Gärtner gemacht, wenn der Kostenträger gleichzeitig die Fachberatung und die Lobbyarbeit machen soll. Das geht natürlich nicht. Anne Janz als damalige Grüne-Abgeordnete hat diesen Bereich schwerpunktmäßig bearbeitet und sichergestellt, dass die Stadt Kassel die Kosten für die freien Träger übernimmt. Am Anfang muss es noch ein Zuwendungsvertrag gewesen sein, aber das wurde dann ganz schnell in einen Leistungsvertrag umgewandelt, weil es klar war, dass diese Stelle subsidiär im Auftrag der Stadt Kassel arbeitet.“<sup>231</sup> Regine Bogedale fügt hinzu: „Wir haben uns auf das Subsidiaritätsprinzip berufen, dass die freien Träger mindestens so berücksichtigt werden müssen wie die öffentlichen Träger.“<sup>232</sup>

Der Nachteil an dieser Regelung ist, dass DAKITS e.V. nur Einrichtungen aus der Stadt beraten darf. „Das ist bis heute so: wenn da irgendwas auftaucht mit dem Landkreis, dann halten alle den Atem an, weil die städtischen Gelder nur städtischen Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen dürfen!“<sup>233</sup>

## *DAKITS e.V. wird gebraucht*

*„Das waren die drei Säulen: Finanzierung, Gründungsberatung, aber auch Vernetzung.“*

Regine Bogedale

Wie wir schon aus den Anfängen gesehen haben, gibt es noch eine vierte Säule: die inhaltlich-pädagogische Arbeit mit den Fachkräften und deren Beratung und Fortbildung. Vor allem anderen aber überzeugte in den Anfangsjahren das Kämpfen um einen gerechten Betriebskostenzuschuss die damaligen Fachkräfte. „Für mich war DAKITS Regine, sie hat für uns freien Träger darum gekämpft, uns einen Platz zu verschaffen in der Stadt. Das war ja von der Stadt nicht gewollt und die U3-Betreuung schon mal gar nicht. Regine hat für uns gefightet.“ „Ja,

---

231 Ebd.

232 Regine Bogedale im Interview. Eine Beratung für Initiativen, die neue Gruppen für eine Kinderbetreuung schaffen wollten, war möglicherweise auch im Zuge des Hessischen Sofortprogramms für Kinderbetreuung, das 1991 in Kraft trat, für die Stadt Kassel angesagt. Diese Beratungsleistungen konnte sie nun an DAKITS übertragen.

233 Ebd.



es war nicht so einfach wie heute, sie musste noch überall Türen einrennen. Hartnäckig.“ „(Einstimmig) DAKITS kämpft für uns, das war der Eindruck. Heute ist es ja einfacher, aber damals war das nicht so.“ „Ich bin ihr auch richtig dankbar. Sie ist stetig nach vorne geschritten und hat sich nicht gescheut, auch mal intensiver aufzutreten.“ „Und immer wieder, immer wieder unsere Belange hochgehalten:

es gibt aber diese kleinen Gruppen, es gibt aber die freien Träger.“<sup>234</sup>

Das sind nur einige Stimmen aus den Interviews mit Fachkräften aus den Mitgliedseinrichtungen. Und auch da, wo ein Träger mehrere Einrichtung hatte, wie etwa der Verein für Montessori-Pädagogik, ist die Dankbarkeit zu spüren: „Für mich als Träger war es sehr wichtig und ich war sehr froh, dass jemand diesen politischen Bereich übernimmt und ich mich um die Pädagogik kümmern konnte. Dass jemand die Verhandlungen geführt hat und Wege geebnet hat für die wirtschaftlichen Voraussetzungen. Diesen Schritt hätte ich schon von meinem Typus her nicht allein gemacht.“<sup>235</sup>

„Auch war der Erzieberschlüssel ganz anders. Da war DAKITS auch ganz wichtig. Als wir angingen, war der Erzieberschlüssel 1 oder 1,5, wenn überhaupt, ein Erzieher und ein Praktikant.“<sup>236</sup> „Da hat sie auch unsere Qualität hochgehalten, dass wir als Elterninitiativen Qualität anbieten, die so nicht da ist.“<sup>237</sup>

Den Freiraum, den die pädagogischen Kräfte dadurch bekamen, können sie nun verstärkt für die inhaltliche Arbeit und den Austausch mit anderen Fachkräften nutzen. „Die Erziebertreffen waren für mich ganz wichtig, dieser Austausch untereinander über Fragen, die aufgetaucht waren so bei jedem. Dass man nicht

<sup>234</sup> Interview mit Fachkräften aus den Mitgliedseinrichtungen am 26.5.2015

<sup>235</sup> Christiane Schwarz vom Verein für Montessoripädagogik im Gruppeninterview

<sup>236</sup> Christiane Schwarz, a.a.O.

<sup>237</sup> Stefanie Bredemeier, a.a.O.

so auf seiner kleinen Insel blieb.<sup>236</sup> „Wir haben ganz viel Konzeptionsentwicklung gemacht. Da wurden die Eltern stark integriert. Da wurde geguckt, wer sind wir, was ist unser Geist. Das zu entwickeln und zu verschriftlichen, da haben wir Stunden zugebracht.“<sup>239</sup> Aus den Erzieherinnentreffen entwickeln sich die Fortbildungen und die Qualifizierungsarbeit, wie Regine Bogedale erzählt. Sie selbst bietet in der Anfangszeit als Pädagogin Fortbildungen an in Bezug auf unter Dreijährige: Bindungstheorie, aber auch Konzeptionsarbeit, später Themen zum Hessischen Bildungsplan, den es seit 2007 gibt.<sup>240</sup> „Heute heißt das, es auf den Weg

*Neben all der Lobbyarbeit und den Auseinandersetzungen auf finanzieller Ebene unterstützt DAKITS e.V. auch die Verständigung über drängende Themen, die von Mitgliedsgruppen an sie herangetragen werden.*

- Einladung zum Diskurs über **„Die Zusammenarbeit von Eltern und ErzieherInnen in Elterninitiativen - Frust und Lust“** am Donnerstag, 28.10.1993 um 20.00 Uhr in der Motzstr. 4. Referentin ist Gundula von Ramdohr. Sie ist Dipl. Supervisorin mit Erfahrung in der Organisationsberatung.“
- **„Rund ums Geld - Finanzierung von selbstorganisierten Kindertageseinrichtungen.“**
- Inzwischen hat sich ein **regelmäßiges Treffen von Erzieherinnen und Bezugspersonen entwickelt**, bei dem es bei Bedarf auch eine Kinderbetreuung gibt.
- Seminare: **Finanzierung und Verwaltung selbstorganisierter Kindertageseinrichtungen** (Fortsetzung und Wiederholung)
- Themenarbeit: **Umgang mit kindlicher Sexualität/Sexualerziehung im Vorschulalter** (mit einer Mitarbeiterin von Pro Familia)

<sup>236</sup> Friederike Wagner von den Kleinen Knilchen im Gruppeninterview

<sup>239</sup> Stefanie Bredemeier von der Oase e.V. im Gruppeninterview

<sup>240</sup> Bildung von Anfang an. Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von 0 bis 10 Jahren in Hessen. hrsg. vom Hessischen Sozialministerium und vom Hessischen Kultusministerium. Leitung des Projektes: Prof. Dr.Dr. W.E.Fthenakis

zu bringen, aber es nicht mehr selbst zu machen.“<sup>241</sup> „Ich war dann viel abends unterwegs, bin zu Elternabenden gegangen, obwohl ich ein kleines Kind hatte. DAKITS hat das möglich gemacht, ich habe einen Babysitter von DAKITS bezahlt bekommen, weil die Beteiligten oft nur abends konnten. Das war ungefähr zwei bis drei Mal in der Woche. Die Konzeptionsarbeit haben wir teilweise auch an Wochenenden gemacht.“<sup>242</sup>

Zugleich wird schon in den ersten Jahren deutlich, dass von Seiten der Fachkräfte und der Eltern wenig Kapazität bleibt, aktiv im Vorstand von DAKITS e.V. mitzuarbeiten. Deshalb wird auf der Mitgliederversammlung am 24.03.94 beschlossen, aus Mangel an KandidatInnen für einen neu zu wählenden Vorstand „die Vereinssatzung dahingehend zu ändern, dass nur noch drei Vorstandsmitglieder benötigt werden.“ Die Satzungsänderung wird angenommen. Es werden dann aber noch einmal vier Personen einstimmig in den Vorstand gewählt: Ruth Fürsch, Ute Wienkamp, Kai Boeddinghaus, Nikolaus Weitzel

### *Die Auseinandersetzung um Gleichbehandlung aller freien Träger*

Wie DAKITS e.V. in den nächsten Monaten nach der Vereinbarung des Stufenmodells davon erfährt, dass die Stadt Kassel für andere freie Träger keinen Trägeranteil anrechnet und eine volle Restkostenabdeckung übernimmt, ist nicht mehr rekonstruierbar. Fakt ist, dass es einen Vertrag aus dem Jahre 1992 mit dem AWO Kreisverband Kassel Stadt gab, der eine volle Restkostenabdeckung vorsah. Auch die kirchlichen Träger hatten eigene Verträge mit der Stadt. „Die kirchlichen Träger bekamen eine größere Unterstützung als diese kleinen sich nicht meldenden und immer ihr Bestes gebenden Elterninitiativen ohne Stimme. Die Kirche hat damals 60 % bekommen und die hatten nicht dieses Stufenmodell. Aber da war auch klar, dass sie über Kirchensteuermittel verfügen, daraus sollten die das bezahlen. Sind ja keine schlechten Überlegungen, aber in dieser Konsequenz und Umsetzung geht das einfach nicht!“<sup>243</sup>

<sup>241</sup> Regine Bogedale im Interview

<sup>242</sup> Ebd. Zu einem späteren Zeitpunkt lernen Markus Grüniger von Nora e.V. und Norbert Simon vom Kinderladen Drachengarten DAKITS über den Kronberger Kreis kennen (s.u.).

<sup>243</sup> Harold Becker im Interview. DAKITS e.V. schreibt daraufhin offenbar Briefe an die Fraktionen im Rathaus. In einem Antwortbrief beteuert der damalige Oberbürgermeisterkandidat und MdL Georg Lewandowski vom 29. Juni 1993: „Zum Konzept der CDU wird es auch weiterhin gehören, kleine Träger finanziell so abzusichern, dass eine Gleichstellung mit den kommunalen und kirchlichen Einrichtungen erzielt wird. Altersübergreifende Gruppen (Familiengruppen) gehören zu einem neuen Konzept, das unsere Zustimmung findet.“ Ob dieses Bekenntnis praktische Folgen haben wird, werden wir sehen.

Im September 1993 nimmt Regine Bogedale einen Brief an die Stadträtin Frau Schmarsow mit zu einem gemeinsamen Gespräch, in dem sie um eine Wiederaufnahme von Gesprächen bezüglich des ausgehandelten Stufenmodells und um eine andere Verfahrensregel bittet. Darin schreibt sie:

„In den Gesprächen mit Ihnen, der Kämmerei und den Mitarbeitern des Jugendamtes wurde uns glaubhaft gemacht, dass die Vereinbarung auf der Basis des Gleichheitsgrundsatzes nach § 75,5 KJHG getroffen wurde. Nur vor diesem Hintergrund war es für uns möglich, auf die angestrebte, dringend erforderliche Restkostenabdeckung für die Plätze der genannten Einrichtungen zu verzichten und einen nicht zufriedenstellenden Kompromiss zu akzeptieren. Wir wissen heute, dass gleichzeitig zu unseren Gesprächen Vereinbarungen mit anderen freien Trägern getroffen wurden, die zu dem Ergebnis einer adäquaten Bezuschussungsregelung, sprich Restkostenabdeckung für die betreffenden Träger geführt haben.“ Die im Brief formulierten Forderungen von DAKITS e.V. betreffen eine Aktualisierung der Basisdaten und Veränderungen von Eckwerten, u.a. neue Modalitäten zur Einbeziehung der unter dreijährigen Kinder und die „sofortige Übernahme der ermittelten ungedeckten Restkosten.“<sup>244</sup>

Zwei Wochen später antwortet Stadträtin Schmarsow in einem kurzen Brief, dass sie in dem Gespräch „die sachlich-fachliche Berechtigung Ihrer Wünsche im Grundsatz anerkannt“ habe. Allerdings habe der Stadtkämmerer Dr. Barthel zwischenzeitlich deutlich gemacht, dass er „vor dem Hintergrund des vor gut einem Jahr vereinbarten Strukturmodells zur Bezuschussung der kleinen freien Träger keine Notwendigkeit (sieht), jetzt erneut über Zuschußmodalitäten zu verhandeln; angesichts der defizitären Haushaltslage der Stadt Kassel sieht er auch keine Möglichkeit, höhere Zuschüsse anzuvisieren.“<sup>245</sup>

Der HNA-Artikel „DAKITS: Existenzbedrohung an der Tagesordnung“ vom 27.09.1993 macht die Ungleichbehandlung schließlich öffentlich. „Der Verband rechnet vor, dass ein Kindergartenplatz bei ihnen rund 8244 Mark im Jahr koste. Davon zahle die Stadt 1810 Mark. Abzüglich der Landesmittel und der an städtischen Maßstäben gemessenen Elternbeiträgen (...) verbleiben 3834 Mark, die die Eltern aufbringen müssten.“ Das Anliegen von DAKITS stoße bei StR Schmarsow auf Verständnis, widerspreche doch die unterschiedliche Behandlung von großen und kleinen freien Trägern dem KJHG. Man habe einen fiktiven Elternbeitrag

---

244 Brief von DAKITS e.V. an das Jugendamt z.Hd. Frau Schmarsow vom 15.09.1993

245 Brief der Jugenddezernentin Frau Schmarsow an DAKITS e.V. vom 28. September 1993

einbezogen, den die Eltern als Gegenwert in vielen Einrichtungen durch Putzen, Kochen, Verwaltungsaufgaben usw. erbringen würden. „Inzwischen, so gesteht Schmarsow zu, hat sich die Situation geändert: Die Eltern suchten in erster Linie einen Platz und hätten gar nicht die Zeit für regelmäßige Mitarbeit.“<sup>246</sup> Allerdings stünden diesem Verständnis die leeren Kassen der Stadt Kassel gegenüber.

In der gleichen Ausgabe wird in der HNA darüber berichtet, dass Hessens Kommunen seit Juni 1993 aufgrund eines neuen Landesgesetzes die Entgelte für die Betreuung in Kindertagesstätten nach dem Einkommen der Eltern staffeln dürfen. Eine Erhöhung des Regelentgeltes von 150 DM für einen Ganztagsplatz und 125 DM für einen Halbtagsplatz habe es seit 1986/87 nicht gegeben. Wohl aber habe es durch Zuschüsse vom Jugendamt ab einem Nettofamilieneinkommen unter 2.400 DM eine soziale Staffelung gegeben. „Zur Zeit, so Schmarsow, zahlen 45 Prozent der Eltern städtischer Einrichtungen das Regelentgelt, 15 Prozent zahlen abgestufte Beträge und bei 40 Prozent der Eltern zahlt das Jugendamt, da sie die Grenze von 1500 Mark Familieneinkommen unterschreiten.“<sup>247</sup> Nun gehe es darum, von denen, die weit über einem Einkommen von 2.400 DM liegen, auch höhere Entgelte zu bekommen. „Dass viele Eltern in Kassel längst sehr viel mehr ausgeben müssen für die Betreuung ihrer Kinder, zeigt ein Blick auf die kleinen freien Träger (...). Sie müssen längst Beiträge zwischen 200 und 300 Mark nehmen, Krabbelgruppen, die es in städtischen Einrichtungen kaum gibt, sind noch viel teurer.“<sup>248</sup>

Schon drei Tage später greift die HNA das Thema erneut auf: „Städtische Förderung in der Kritik“. Sie kritisiert, dass die Stadt Kassel die ungedeckten Restkosten einer AWO-Kita in der Nordstadt voll übernehme und zitiert Kai Boeddinghaus. „Da die AWO als freier Träger über keinerlei Eigenmittel verfügt, ist die Restkostenabdeckung durch die Stadt erforderlich, heißt es dort. ‘Das trifft doch für uns genauso zu’, sagt Boeddinghaus. (...) Von Gleichbehandlung könne da wohl keine Rede sein.“ Man habe dringend einen Träger für eine Kita in der Nordstadt gesucht, wird die Dezernentin Frau Schmarsow zitiert, außer der AWO habe sich niemand gefunden. „Deshalb sei man der AWO auch entgegengekommen.“

Um den Druck auf erneute Verhandlungen zu erhöhen, geht DAKITS abermals an die Öffentlichkeit. Knapp einen Monat später erscheint in der HNA der Artikel: „Kindergärten fordern mehr Geld“. Darin wird Regine Bogedale noch einmal

246 „DAKITS: „Existenzbedrohung an der Tagesordnung“, HNA vom 27.09.1993

247 „Kinderbetreuung kostet mehr Geld“, HNA vom 27.9.1993

248 Ebd. Die Erhöhung wird in den städtischen Kitas nach den Sommerferien 1994 durchgesetzt (s.u.). in den kirchlichen Kindertagesstätten wird der Elternbeitrag schon zum Jahresbeginn erhoben.



## AUF DIE KITAPLÄTZE , FERTIG , LOS !!!

**Aktionstag von Elterninitiativen/freien nichtkirchlichen Trägern von Kindertagesstätten am 20.01.1994 im Rathaus**

**TROTZ HAUSHALTSKRISE : Wir brauchen eine neue Vereinbarung mit der Stadt über höhere Betriebskostenzuschüsse**

Leere (Wahl)-versprechungen haben wir nun genug und schlechte Kompromisse helfen uns auch nicht weiter.

Unser Angebot von ca. 600 Plätzen im Kindergarten und Hortbereich muß erhalten bleiben, die Voraussetzungen für zusätzliche Plätze geschaffen werden.

Wer bei den Kitaplätzen spart, gefährdet die Zukunft von Kindern und Familien. Für jedes Kind muß heute ein Kita-und Hortplatz zur Verfügung stehen. Ein bedarfsdeckendes, abgesichertes Kinderbetreuungsangebot ist der Schlüssel für die Gleichberechtigung von Frauen.

Auf fachlicher Ebene (Jugendamt,Dezernentin) gibt es inzwischen Einigkeit, ein Konzept liegt vor.

Jetzt sind die PolitikerInnen gefragt: Raus aus den Schlupflöchern, Bekennen Sie sich zu Ihren Aussagen zum Kitaprogramm!! Die politischen Parteien. CDU, SPD , FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN müssen dem Kämmerer eine klare Vorgabe machen.

- Für den Erhalt der Kitaplätze freier nichtkirchlicher Träger durch die sofortige Umsetzung einer verbesserten Bezuschussungsregelung
- Gegen die Schlechterstellung freier nichtkirchlicher Träger durch hohe Trägeranteile (überhöhte Elternbeiträge plus Elternarbeit)
- Für ein bedarfsdeckendes, abgesichertes Angebot an Kinderbetreuungsplätzen in unserer Stadt.

V.i.S.d.P.  
DAKITS.e.V.  
Mozzstr.4 34117Kassel



dahingehend zitiert, dass das Angebot von rund 600 Betreuungsplätzen ohne eine deutliche Erhöhung der Betriebskostenzuschüsse nicht zu halten sei. „Inzwischen müssten in den betroffenen Gruppen 70 Prozent der Gesamtkosten durch erhöhte Elternbeiträge und unbezahlte Elternarbeit erbracht werden. Damit ist das Ende der Fahnenstange für die betroffenen Eltern längst erreicht.“<sup>249</sup>

Ende November lädt DAKITS e.V. seine Mitgliedseinrichtungen zu einem Treffen ein, auf dem das weitere Vorgehen bei den Verhandlungen mit der Stadt besprochen werden soll. Denn inzwischen haben Gespräche ergeben, dass das Jugendamt in Erwägung zieht, den für das nächste Jahr vorgesehenen Etat für Betriebskostenzuschüsse an kleine freie Träger nach Kriterien der Bedürftigkeit zu verteilen und damit den Stufenplan auszuhebeln. „Also, die Einrichtungen, die glaubhaft machen können, dass es ihnen besonders schlecht geht, bekommen etwas mehr, aber auf Kosten derer, die irgendwie über die Runden kommen.“<sup>250</sup>

In einer weiteren Sitzung des Jugendamtes wird dieser Kurs wieder zurückgefahren: „Die geplante Erhöhung (2. Stufe: 2105 DM) gilt in jedem Fall für alle Kindergartenplätze. Der Restkostenermittlungsbogen dient lediglich als Überblick darüber, wie hoch die Defizite der Einrichtungen wirklich sind, für die Stadt als Orientierung.“<sup>251</sup>

Auf diesem Treffen wird beschlossen, dass „die reale Situation der Vereine nicht offengelegt wird, solange dies nicht mit der Zusage seitens der Stadt verbunden ist, die realen Restkosten zu übernehmen.“<sup>252</sup> Die Einrichtungen werden aufgefordert, den jährlichen Erhebungsbogen an das Jugendamt zurückzuschicken und den Restkostenermittlungsbogen unausgefüllt zu lassen. Gleichzeitig beschließen die Einrichtungen den anfangs erwähnten Aktionstag im Rathaus, um den Forderungen von DAKITS e.V. Nachdruck zu verleihen.

Er wird am 20. Januar 1994 stattfinden. Es sind vier Tage, bevor der Antrag der GRÜNEN über eine erneute Aufnahme von Verhandlungen mit DAKITS e.V. zur Abstimmung in der StaVo vorgelegt wird. „Es ist aber auch darüber hinaus mal wieder an der Zeit, mit lebendigen Formen auf die grundlegenden Interessen von

249 „Kindergärten fordern mehr Geld“, HNA vom 27.10.1993

250 Einladung von DAKITS e.V. an die Einrichtungen im November 1993

251 DAKITS-Rundbrief vom Dezember 1993. Dass die höheren Eigenkosten auch mal zynisch kommentiert wurden, lässt eine Aussage von Regine Bogedale im Interview erahnen: „Man hatte entsprechend höhere Beiträge, höher als in den städtischen Einrichtungen. Es gab eine Beitragsautonomie, Herr Strutwolf sagte dann immer in den Verhandlungen, es war schon immer etwas teurer, einen besonderen Geschmack zu haben“.

252 Infoblatt von DAKITS an die Einrichtungen vom 1.12.1993

Eltern und Kindern in dieser Stadt aufmerksam zu machen. Immer noch fehlen weit über 1.000 Kindergartenplätze in Kassel.“<sup>253</sup>

Wie wir anfangs gelesen haben, kommen zu diesem Aktionstag 200 Eltern, ErzieherInnen und Kinder. Sie verteilen sich in den Gängen des Rathauses, die Kinder malen auf einer großen ausgerollten Papierrolle, lassen Luftballons steigen und spielen mit mitgebrachten Materialien. Der Kita-Alltag wird im Rathaus vorgeführt.

Natürlich nimmt die Presse Notiz von einer solch ungewöhnlichen Aktion. „Sturm auf das Rathaus“ und „Riesenrabatt im Rathaus“ heißt es in der HNA vom 21.1.1994: „Zusätzlich zum Engagement (...) der Eltern (...) seien finanzielle Belastungen von 450 DM im Monat für einen Kindergartenplatz keine Seltenheit. Zum Vergleich: Ein Ganztagsplatz in einer städtischen Kita kostet 150 Mark. Die kleinen freien Träger fühlen sich außerdem gegenüber den anderen kleinen Trägern wie AWO und Internationaler Bund für Sozialarbeit benachteiligt. Bei diesen übernimmt die Stadt die Restkosten. Unterstützung erhalten sie dabei von der Rathausfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die 'gleiches Recht für alle' fordern. 'In Kassel darf es keine Kinderbetreuungsplätze erster und dritter Klasse geben', sagte Anne Janz, kinderpolitische Sprecherin von den GRÜNEN.“<sup>254</sup>

### *Die Suche nach „Verbündeten“*

„Ich musste mir ja am Anfang erst mal Verbündete suchen. Ich saß da allein im Büro, hatte eine Schreibmaschine, hatte zwei Aktenordner und einen Auftrag, einmal für Geld zu sorgen und dann neue Gruppen zu beraten.“<sup>255</sup>

Regine Bogedale bekommt nicht nur von Vorstandsmitgliedern in den Anfängen viel Unterstützung: Im Interview betont sie die Rolle von Harald Seifert-Sossalla, dem damaligen Geschäftsführer der Jean-Paul-Schule. „Er hat viel dazu beigetragen. Er war damals schon im Jugendhilfeausschuss als freier Träger. Mit ihm zusammen haben wir als Koordinationsmodell ein Stufenmodell erarbeitet für die freien nicht-kirchlichen Träger, also nicht nur für die klassischen Elterninitiativen, sondern auch für die Jean-Paul-Schule, den Verein für Montessori-Pädagogik, den Waldorfindergarten, sie alle wurden damals nicht angemessen öffentlich bezuschusst.“ Ein weiterer Mitstreiter wird genannt: Weil sich Regine Bogedale

---

253 Rundbrief Dez. 1993

254 HNA vom 21.9.1994: „Gleiches Recht für alle“

255 Regine Bogedale im Interview

betriebswirtschaftlich „nicht so fit“ einschätzte, „war in der Regel noch jemand aus einer Einrichtung dabei, z.B. Mario Höbel von der Freien Schule.“ Und ein weiteres aktives Vorstandsmitglied wird immer wieder erwähnt: „Bevor wir trägerübergreifend verhandelt haben, gab es heiße Diskussionen im Jugendhilfeausschuss. Der Herr Boeddinghaus hat uns stark vertreten und mit Frau Schmarsow gerungen. Er war Vorsitzender des Vereins Rasselbande.“

Außerhalb des eigenen Dachverbandes sucht Regine Bogedale den Kontakt zu übergreifenden Gremien. „Im DPWW gab es interessante Gremien und fitte Referenten, dort habe ich viel Unterstützung bekommen und habe viel gelernt. (...) Die Gremienarbeit des DPWW war wichtig, die Ausschüsse, die sich auch in die Politik gemischt haben. Dann haben Landesverbände, also die LAG freie Kinderarbeit, eine wichtige Rolle gespielt.“<sup>256</sup> „Da war die Zusammenarbeit mit den Frauen in der LAG Freie Kinderarbeit Frankfurt wichtig, die Nina Lukassen-Kreck und Petra Bernhard, die haben in der Frankfurter Szene Konzeptionsarbeit gemacht. Von denen habe ich mir das abgeguckt. Sie haben 1992 ein schönes Seminar in Kassel gemacht mit dem Thema: Alle haben eine Konzeption, keiner schreibt sie auf.“

*„Die **LAG Freie Kinderarbeit Hessen e.V.** ist ein landesweiter Dach- und Fachverband für Kindertageseinrichtungen in frei gemeinnütziger Trägerschaft. Sie wurde 1984 von Frankfurter Trägervereinen gegründet mit der Absicht, ein Dach und eine Beratungsstelle für selbst organisierte Kindertageseinrichtungen in ganz Hessen zu schaffen.*

*Das Angebot der LAG richtet sich an alle Beteiligten aus Kindertageseinrichtungen, an gründungswillige Eltern bzw. PädagogInnen, an Trägervereine und regionale Zusammenschlüsse.*

**Heute basiert das breite Aufgabenspektrum der LAG auf vier Säulen:**

1. Beratung und Information
2. Fortbildung und Qualifizierung
3. Lobbyarbeit und Interessenvertretung
4. Vernetzung und Koordination

Internetseite der LAG: [www.laghessen.de](http://www.laghessen.de)

<sup>256</sup> Ebd.

Neben solch inhaltlicher Unterstützung holt DAKITS für Fortbildungen, die auch Regine Bogedale als Pädagogin selbst anbietet, immer wieder FachreferentInnen aus entsprechenden Organisationen und Bereichen (siehe Themen).

Und Harold Becker erinnert sich: „Anne Janz von den GRÜNEN war eine enge Kooperationspartnerin bei allen jugendhilfeplanerischen Aktivitäten des DPWW für mich in ihrer Rolle als Mitglied im Jugendhilfeausschuss. Und die Kindertagesbetreuung ist ja eins der großen Felder im Jugendhilfeausschuss, neben erzieherischen Hilfen und den offenen Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit. In diesem Zusammenhang haben wir DAKITS einen beratenden Sitz im Jugendhilfeausschuss verschafft. DAKITS ist nicht stimmberechtigt, hat aber Rederecht

**Der Jugendhilfeausschuss** (siehe § 71 KJHG) hat ein Beschlussrecht in allen grundsätzlichen Angelegenheiten der Jugendhilfe, das Handeln der Jugendamtsverwaltung, die mit den laufenden Geschäften befasst ist, ist an seine Beschlüsse gebunden. Diese Zweigliedrigkeit der Behörde „sollte gerade im Jugendamt eine echte Demokratie verwirklichen und die Mitverantwortung für die Erziehung der Jugend den Bürgern übertragen, die durch freie Mitarbeit am Gemeinwohl Gemeinsinn bewiesen haben.“

Begründung des Gesetzentwurfes durch die Bundesregierung;  
BT-Drs. I/3641 – zitiert in Wikipedia

Sie ist ferner „Ausdruck des Gebots der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von öffentlicher und freier Jugendhilfe. Sie ist gleichzeitig ein Zeichen dafür, dass die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe zu einem erheblichen Teil dem personellen und materiellen Einsatz der freien Jugendhilfe zu verdanken sind. Diese traditionelle Zurückhaltung des Staates für die Wohlfahrt findet ihre Begründung in der Subsidiarität.“ Wikipedia

Dem kommunalen Verfassungsorgan des Jugendhilfeausschusses gehören Mitglieder der Vertretungskörperschaft des öffentlichen Trägers an und „Frauen und Männer, die von den anerkannten Freien Trägern der Jugendhilfe und der Jugendverbände vorgeschlagen werden. Auf die Vertretungskörperschaften des öffentlichen Trägers entfallen 3/5 der Stimmen, auf die Vertreter der freien Träger 2/5 der Stimmen. Die Besetzung von Jugend- und Landesjugendhilfeausschüssen ist Ländersache.“

und kann seine Position dort einbringen. Da gibt es eine Fülle von beratenden Mitgliedern. Das Gericht schickt jemanden, die Gewerkschaften, der Ausländerbeirat, das Jobcenter, die Schulen, die kirchlichen Träger. Und da wurde klar, die kleinen freien Träger brauchen auch eine Unterstützung: die AWO bekam 100 %, die Kirchen 60 %, die kleinen freien Träger so gut wie gar nichts. Die städtischen Kitas konnten auf alle Ämter zurückgreifen und sich das so organisieren. Und die einen sitzen im Jugendhilfeausschuss und die anderen nicht, also gehören die dann auch damit rein.“<sup>257</sup>

Kai Boeddinghaus macht im Interview noch auf ein anderes städtisches Gremium aufmerksam, das durch das KJHG vorgegeben ist: „Wir waren damals sehr präsent im Jugendhilfeausschuss. Und dann gibt eine Bestimmung im Jugendhilfegesetz, nach der die Stadt die Träger regelmäßig zu einer Versammlung einladen muss. Damals war das ein höchst präsenten Gremium, in dem wir der Stadt gehörig auf den Wecker gegangen sind. Wenn diese Versammlung lebt, dann ist

### **SGB VIII § 78 Arbeitsgemeinschaften**

*Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen die Bildung von Arbeitsgemeinschaften anstreben, in denen neben ihnen die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe sowie die Träger geförderter Maßnahmen vertreten sind. In den Arbeitsgemeinschaften soll darauf hingewirkt werden, dass die geplanten Maßnahmen aufeinander abgestimmt werden und sich gegenseitig ergänzen.*

das für die Stadt die Hölle, weil da die Träger ihre Interessen einbringen können. Wir haben damals regelmäßig dort gesessen. Es ging hoch her. Da gab es dann die Kontakte, vorher haben wir uns als kleine Träger nicht drum gekümmert.“<sup>258</sup>

In den bei der Recherche gefundenen Dokumenten finden wir ferner zahlreiche Briefe an Personen aus dem Bereich der Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern, aber auch Musterbriefe, die einzelne Einrichtungen an Ortsbeiratsvorsitzende, Stadtverordnete, Landtagsabgeordnete und BundestagskandidatInnen verschiedener Fraktionen schicken konnten bzw. sollten. Sie wurden genutzt, um weitere Finanzierungsquellen, diverse Landes- und Bundesprogramme in Bezug

<sup>257</sup> Harold Becker im Interview

<sup>258</sup> Kai Boeddinghaus im Interview

auf Kinderbetreuungseinrichtungen als Unterstützungsmöglichkeiten auszuloten und heranzuziehen.

Viele Briefe beziehen sich auf das in diesem Zeitraum aufgelegte „Hessische Sofortprogramm Kinderbetreuung“, auch gedacht als Unterstützung von kleinen freien Trägern in der Schaffung von Betreuungsplätzen für unter Dreijährige, wie die Ministerin Blaul erörtert hatte. „Schon die vorläufigen Richtlinien zu dem Programm haben jedoch bei den meisten Elterninitiativen alle Hoffnungen im Keim erstickt“, schreibt Bogedale in der Stadtzeitung. „Lediglich solche Einrichtungen, die nach dem 30. Juni 1991 Plätze geschaffen haben, sollen durch das Programm gefördert werden. Die Vorläufer auf diesem Gebiet, Elterninitiativen, die seit Jahren um den Preis überhöhter Elternbeiträge und an Selbstaussbeutung grenzender Eigenleistung ihren eigenen und einen Teil des allgemeinen Versorgungsbedarfs an Kinderbetreuung in Kassel abdecken, gehen leer aus.“<sup>259</sup> Sie beklagt weiterhin die mangelnde Unterstützung bei der Suche nach angemessenen Räumlichkeiten und die Tatsache, dass Eltern in Vorleistung treten müssten, ohne dass es eine Garantie für die Erstattung der Gelder gebe.

Eine der Mitgliedseinrichtungen hatte 1991 einen Zuschuss als Gründungshilfe aus diesem Programm erhalten, für 1992 stehen aber nur Gelder für Erweiterungsinvestitionen und die Schaffung neuer Plätze sowie für Einrichtungen in der Gründungsphase bereit, nicht aber für deren Regelfinanzierung. So heißt es in einem der Musterbriefe von DAKITS an „die Landtagsabgeordneten der Fraktionen“: „Gefördert durch das Hessische Sofortprogramm Kinderbetreuung sind in diesem und im letzten Jahr weit über 200 neue Betreuungsplätze bei freien, nichtkirchlichen Trägern, vor allem durch Elterninitiativen entstanden, deren Fortbestand auf der Basis der gegenwärtigen städtischen Bezuschussungsregel gefährdet ist. Dieser unhaltbare Zustand ist u. E. unvereinbar mit der Intention und dem Ziel des Hessischen Sofortprogramms Kinderbetreuung. Daher bitten wir Sie: Bitte setzen Sie sich mit allen Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für die finanzielle Absicherung unserer Kindergruppe und der Einrichtungen aller freien nichtkirchlichen Träger ein. Unterstützen Sie unsere Forderung an den Magistrat der Stadt Kassel, einer neuen Betriebskostenregelung zuzustimmen, die den Erhalt und den Ausbau unseres Betreuungsangebotes garantiert.“

---

<sup>259</sup> Regine Bogedale: Sofortprogramm für Elterninitiativen, in der Stadtzeitung vom Januar 1992

Treten Sie dafür ein, daß trotz Haushaltskrise, der Ausbau eines bedarfsgerechten Angebots an Kindertagesstätten weitergeführt werden kann.“<sup>260</sup>

„Die Höhe der Elternbeiträge und der Anteil unbezahlter Elternarbeit haben die Zumutbarkeitsgrenze seit langem erreicht. Hinzu kommt nun, daß ABM-Mittel zunehmend eingeschränkt werden und möglicherweise in Zukunft gar nicht mehr zur Verfügung stehen. Auf dieser unsicheren Basis ist der Erhalt unserer Einrichtung gefährdet. Vor dem Hintergrund von immer noch weit über 1.000 fehlenden Kitaplätzen in Kassel bitten wir Sie daher: Setzen Sie sich mit allen Ihren zur Verfügung stehenden Mitteln für die finanzielle Absicherung unserer Kindergruppe und anderer freier nichtkirchlicher Träger in unserem Stadtteil ein.“<sup>261</sup>

Wir hatten gesehen, dass es auf der kommunalpolitischen Ebene einen wertvollen Verbündeten gab: Die GRÜNEN hatten im November 1993 einen Antrag eingereicht, über den auf der Haushaltsabstimmung im Januar 1994 abgestimmt werden sollte. Offenbar gab es dazu inzwischen einen Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der aber nicht mehr in den Unterlagen enthalten ist. In mehreren kämpferisch formulierten Briefen von Kai Boeddinghaus, der als Vorsitzender der Rasselbande im Januar noch vor der Abstimmung an verschiedene Mitglieder der CDU- und SPD-Fraktionen schreibt, kann man entnehmen, dass der Änderungsantrag „substantielle Veränderungen“ enthält, „die den Bestrebungen zur Gleichbehandlung unter den nichtkirchlichen Trägern zuwiderlaufen.“<sup>262</sup> Die GRÜNEN fordern unterdessen, dass das KiTa-Programm aus der Haushaltskonsolidierung herausgenommen werden müsse.<sup>263</sup>

Aus einem Brief von DAKITS an die Mitgliedseinrichtungen erfahren wir schließlich: „Am Montag, den 24.01.94 wurde dann, nicht unbeeinflusst von unserem Wirbel, ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion verabschiedet. Dieser fordert den Magistrat dazu auf, eine neue Vereinbarung über Betriebskostenzuschüsse für Elterninitiativen/freie nichtkirchliche Träger zu treffen, die berücksichtigen soll, daß Eltern und Träger in der Regel die gleichen Personen sind.“ Der Änderungsantrag gibt nur kurze Zeit Anlass zur Hoffnung. Mit der schlechten Haushaltslage der Stadt Kassel begrün-

<sup>260</sup> Musterbrief von DAKITS für die Mitgliedseinrichtungen, die an „die Landtagsabgeordneten der Fraktionen“ gerichtet werden sollten.

<sup>261</sup> Ebd. Bei solchen Aktionen nutzt DAKITS die Vielfalt und Anzahl der einzelnen Mitgliedseinrichtungen, die jeweils individuell solche Schreiben abschicken sollten. Wie viele Einrichtungen sich tatsächlich beteiligten und wie die Resonanz war, ist nicht mehr nachvollziehbar.

<sup>262</sup> Brief an den Oberbürgermeister der Stadt Kassel Georg Lewandowski vom 10.01.94

<sup>263</sup> „500 Kitaplätze durch Sparpläne in Gefahr“, HNA vom 5.1.1994.

det der Stadtkämmerer Dr. Barthel eine Blockadehaltung, die offenbar nicht aufgelöst werden kann.

Den handelnden Personen von DAKITS e.V. wird klar, dass diese Situation nur geändert werden kann, wenn auch andere freie Träger mit ihnen an einem Strang ziehen. Doch welches Interesse könnten sie haben? Wir wissen aus den Interviews, dass es „am Anfang noch Konkurrenz gab. Die freien Träger wurden ja kritisch beäugt, denn die ursprünglichen Gruppen haben z.B. gesagt, dass sie ihre Wurzeln in der Kinderladenbewegung haben. Das hat sich dann etwas verwässert. Aber da gab's auch mal den Spruch ‚Lieber kreatives Chaos als die Diktatur der grauen Mäuse! Wir haben dann aber später alle an einem Strang gezogen.“<sup>264</sup> Und während die kirchlichen Träger „ihren offiziellen Betreuungsschlüssel“ hatten, „wollten die Initiativen einen besonderen Betreuungsschlüssel, nicht nur Fachkräfte, sondern auch Elterndienste, Praktikanten, Zivis, freiwilliges soziales Jahr usw. Weil man sagte, dass Kinder mehr brauchen. So waren mindestens drei Erwachsene in einer Gruppe.“<sup>265</sup> Diese Unterschiede verändern sich später auf dem Weg zu einem gemeinsamen Auftreten in den Verhandlungen mit der Stadt, wie sich Regine Bogedale erinnert.

„Die AWO hatte schon einen Vertrag, der ganz gut war, die anderen Träger noch nicht. Die trägerübergreifende Zusammenarbeit war spannend, es wurde deutlich, dass es gemeinsame Interessen gab, keine Interessensgegensätze. Als ich bei DAKITS aufgehört habe (2008/9, R.B.), gab es ein gutes nachvollziehbares und transparentes Finanzierungsmodell der Betriebskostenzuschüsse trägerübergreifend. Man musste das natürlich auch weiterhin jährlich nachweisen, wie man die Gelder verwendet hat.“<sup>266</sup>

Auf dem Weg zu gemeinsamen trägerübergreifenden Verhandlungen werden weiterhin Unterstützer im kommunalpolitischen Feld gesucht, wird die Öffentlichkeit informiert, es wird aber auch eine fachliche Arbeit vorangetrieben, die die Existenz von DAKITS für die kleinen Einrichtungen immer wichtiger werden lässt.

Eine weitere Aktion ist bekannt, in der einzelne ErzieherInnen und Eltern einen Fragebogen an LandtagskandidatInnen mit einem Begleitschreiben schicken. Darin geht es wiederum um die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz und um die Schaffung von Betreuungsplätzen für unter dreijährige.

---

264 Regine Bogedale im Interview

265 Ebd.

266 Ebd.

„Sie kandidieren für einen Sitz als Landtagsabgeordnete(r) Ihrer Partei für den neu zu wählenden Hess. Landtag am 14. Februar 1995“, heißt es in dem Schreiben der Eltern. „Damit wir wissen, wie Sie als Landtagsabgeordnete/r Ihrer Partei unsere Interessen im neuen Hess. Landtag vertreten werden, bitten wir Sie, unseren Fragebogen ausgefüllt zurückzusenden. Da Familien-, Kinder- und Jugendpolitik für uns ein ganz besonderes Gewicht haben, müssen wir wissen, ob Sie in Ihrer Zielsetzung als Abgeordnete/r unsere Interessen im neuen Landtag vertreten werden.“<sup>267</sup> Wie der Rücklauf war, ist nicht dokumentiert.

### *Städtisches Kindertagesstättenprogramm: Ein Slalomlauf im kommunalpolitischen Feld*

In welcher unterschiedlicher Weise die Kitas noch 1994 in Kassel bezuschusst werden, belegt eine Antwort auf eine Anfrage der Fraktion „Bündnis 90/DIE GRÜNEN“ zur Situation der Kinderbetreuung in Kassel vom November 1993, die im März 1994 mit aktualisierten Zahlen beantwortet wird. Demnach stellt im Kindergartenbereich für die Tagesbetreuung die Stadt Kassel 1.847 Plätze bereit, die evangelischen Einrichtungen 1.135 Plätze, die katholischen Einrichtungen 591 Plätze und die übrigen freien Träger 700 Plätze. In der Summe sind es 4.273 Plätze.<sup>268</sup> Der Platzbedarf bei einer „angenommenen Volldeckung bei 90 % von 3 Jahrgängen“ beträgt allerdings 5.180 Plätze, das bedeutet einen Fehlbestand von 907 Plätzen.<sup>269</sup>

Für unter Dreijährige besteht das „Bedarfsdeckungsziel lt. Vorlage des Bundesministeriums für Frauen und Jugend vom 05.05.1992 (angenommener Mittelwert = 20 % für alle Kinder von 0 - 3 Jahren)“ 1.160 Plätze. Der Platzbestand weist aber nur 560 Plätze aus, davon entfallen 430 Plätze auf die Tagespflege durch Tagesmütter, 20 Plätze in städtischen Kitas und 110 Plätze bei freien Trägern. Hier beträgt der Fehlbestand also 600 Plätze.<sup>270</sup>

Interessant sind die Angaben über die Kosten für einen Kindergartenplatz pro Jahr bei den verschiedenen Trägern, die sich (jeweils ohne kalkulatorische Kosten)

267 Undatiertes Begleitschreiben als Musterbrief, der Musterbrief für die ErzieherInnen ist ähnlich formuliert.

268 Dokument von -IV/-/ 51 - : Beantwortung der Anfrage der Fraktion „Die Grünen“-Vorlage-Nr. 103 0013 0000 5000 vom 12.11.1993 am 30.03.1994

269 Ebd.

270 Ebd. Im Hortbereich, der für die freien Träger zu dem Zeitpunkt noch nicht ausdrücklich verhandelt wird (es gibt dort 78 Plätze), fehlen 499 Plätze.

auf 1992/1993 beziehen: Demnach kostet ein Platz bei den evangelischen Einrichtungen ca. 8.300 DM, bei den katholischen 5.700 DM, bei den anderen freien Trägern und Elterninitiativen zwischen 4.000 und 9.000 DM.<sup>271</sup> Die Kosten bei der AWO seien „noch nicht bekannt“. Ein Platz in städtischen Einrichtungen kostet ca. 8.100 ohne und 9.055 DM mit kalkulatorischen Kosten.<sup>272</sup>

Die Antwort auf die Höhe der Bezuschussung durch die Stadt Kassel erstaunt zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr. Hier erfahren wir, dass die kirchlichen Träger „50 % Restkostenabdeckung auf der Grundlage der vorgelegten Finanzierungen (Einnahmen/Ausgaben)“ erhalten.<sup>273</sup> Das sind im Durchschnitt pro Platz und Jahr rd. 2.438 DM, „zuzüglich pauschal 300.000 DM zur Erreichung einer 55 % igen Restkostenabdeckung bei den Kirchen.“<sup>274</sup>

Die Platzkostenzuschüsse an die übrigen freien Träger und Initiativen beruhen, das wissen wir inzwischen schon, auf der „Grundlage einer in 1992 vereinbarten Verfahrensregelung“, die „für die Jahre 1993 bis 1997 stufenweise Zuschusserhöhungen bis 100 % der ungedeckten Betriebskosten vorsieht.“<sup>275</sup> Das bedeutet für einen Ganztagsplatz 1.811 DM und für einen Halbtagsplatz 1.359 DM, der fortgeschriebene Haushaltsansatz sei „pauschal um 150.000 DM aufgestockt worden.“<sup>276</sup> Diese Aufstockung wird allerdings kurz darauf wieder zurückgenommen. Auf die Frage der GRÜNEN, ob zu befürchten sei, „dass Träger Plätze schließen müssen, weil die Betriebskostenzuschüsse oder die Restkostenfinanzierung nicht ausreichend“ seien, wird geantwortet: „Diese Befürchtung besteht durchaus; konkrete Fälle sind noch nicht bekannt.“

Im weiteren Verlauf erfahren wir, dass der Haushalt für 1994 zwar verabschiedet, aber durch die Regierungspräsidentin noch nicht genehmigt worden sei.<sup>277</sup> Kämmerer Dr. Barthel macht darauf aufmerksam, dass „bei einer Situation, in der 15 % der Ausgaben nicht gedeckt seien, sondern durch Aufnahme von Krediten finanziert werden müssten,“ er eine „Erhöhung der Kita-Mittel im Nachtragshaushalt“

271 Ebd. „Von den meisten kleinen Trägern liegen keine Platzkostenübersichten vor, da sich die Bezuschussung nicht nach den Gesamtausgaben, sondern nach den belegten Plätzen (...) richtet.“

272 A.a.O., S. 3 f

273 A.a.O., S. 3

274 A.a.O., S. 5 Eine „volle Restkostenabdeckung auf der Grundlage des städt. Standards im Personal- und Sachkostenbereich“ erhalten die AWO, das Jugendsozialwerk das Kurhessische Diakonissenhaus, die Oase e.V. [vermutlich die Kita Oase, R.B.] und das Fröbelseminar. „Weitere Sonderregelungen gab es für das Frauenhaus und gibt es für den Verein Volkswohl, Buntstift e.V. und die Kita Mönchebergstraße/Städtische Kliniken“.

275 A.a.O., S. 4

276 A.a.O., S. 6 Ob sich die für die anderen Träger genannten Zahlen auf einen Halbtags- oder Ganztagsplatz beziehen, wird nicht gesagt.

277 Protokoll der Sitzung von Erwin Liedke vom Jugendamt der Stadt Kassel

halt für 1994 für nicht genehmigungsfähig“ halte. Da bereits eine Deckungslücke von 700.000 DM für die beschlossenen Haushaltsansätze für Kitas bestehe, müsse nun das Rechtsamt prüfen, welchen verpflichtenden Charakter einzelne Regelungen über Zuschüsse hätten. Es könne aber jetzt schon eindeutig gesagt werden, dass neue Plätze „auf gar keinen Fall bezuschusst werden“ können.<sup>278</sup> „Es ging damals los mit Neugründungen, es gab Geld vom Land Hessen aus dem ‚Hessischen Sofortprogramm Kinderbetreuung‘. Da sind in Kassel ca. 10 - 20 neue altersgemischte Gruppen entstanden.“<sup>279</sup> Nun stehen diese Gruppen ohne eine weitere Finanzierung da.

Fassen wir also zusammen: Stadträtin Schmarsow unterstützt die Forderungen von DAKITS e.V. von der Sache her. Stadtkämmerer Dr. Barthel blockiert jede Änderung mit dem Hinweis auf die Haushaltslage der Stadt Kassel und den Zwang zur Haushaltskonsolidierung. Die Stadtverordnetenversammlung verabschiedet 1994 einen Haushalt mit einer Deckungslücke von ca. 650.000 DM. Sie stellt außerdem in Aussicht, weitere 150.000 DM für die Kitas in einem Nachtragshaushalt bereit zu stellen, die ebenfalls nicht gedeckt sind. Stadträtin Schmarsow „erklärt öffentlich, sie rechne mit einer Lösung all dieser Probleme im Rahmen eines Nachtragshaushalts“<sup>280</sup> „der Stadtkämmerer erklärt öffentlich auf derselben Veranstaltung, dies werde nicht geschehen, damit dürfe niemand rechnen.“<sup>281</sup> Gleichzeitig erfährt DAKITS „informell“, „daß wir demnächst für neu geschaffene Plätze schriftlich unseren Verzicht auf Betriebskostenzuschüsse erklären sollen“ und dass solche Einrichtungen „möglicherweise nicht mit der Genehmigung solcher Plätze durch das Landesjugendamt rechnen können, da die Wirtschaftlichkeitsprüfung dies nicht zulasse.“<sup>282</sup> In so vielen entgegenlaufenden Handlungs- und Entscheidungsstrategien auf kommunaler und landespolitischer Ebene geht die Wirkung von Förderprogrammen wie etwa das Hessische Sofortprogramm schon mal schnell verloren.

Damit ist das Kindertagesstättenprogramm, das 1990 aufgelegt wurde und mindestens 1.000 neue Plätze schaffen sollte, de facto gestorben, heißt es denn auch in

---

278 Ebd.

279 Regine Bogedale im Interview

280 Brief von Kai Boeddinghaus an Christa Rudolph, a.a.O., S. 2

281 Ebd. In der Auseinandersetzung über den Nachtragshaushalt wird von der Regierungspräsidentin deutlich gemacht, dass Zuschüsse nur bei rechtlichen Verpflichtungen auszahlbar seien. Siehe „Hoffnung für freie Träger“, HNA vom 16.06.1994

282 Ebd.

der HNA am 21.04.1994.<sup>283</sup> „Noch im Herbst hatte das Jugendamt in stolzer Zwischenbilanz 618 neue Plätze vermeldet, nun reicht das Geld hinten und vorne nicht; mit Stadt- und Landesmitteln können zwar neue Plätze eingerichtet, aber nicht weiter unterhalten, alte schon lange kaum ausreichend unterstützt werden.“<sup>284</sup> Gruppen, die ihren Betrieb nun aufnehmen wollen, rate Kämmerer Dr. Barthel ab, wenn sie nicht durch zuverlässige dritte Quellen abgesichert seien. „Er habe keine Lust, sich durch ‚wachsweiche Politikermeinungen‘ dazu bringen zu lassen, falsche Hoffnungen zu wecken.“ Auf einen Nachtragshaushalt zu hoffen, sei nicht anzuraten.

Erinnern wir uns: Bundesweit hatten im Herbst 1993 angesichts des erstmals im KJHG begründeten Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz für über Dreijährige die westdeutschen Kommunen einen Hilfeschrei losgelassen: „Die meisten westdeutschen Kommunen sind nicht in der Lage, den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz bis 1996 zu erfüllen. Sie bemühen sich um einen Aufschub. Insgesamt fehlten 600.000 Kindergartenplätze und 40.000 Fachkräfte. Die Kosten für die Kindergartenplätze: 21 Milliarden Mark.“<sup>285</sup>

Im gleichen Jahr gesteht auch Stadträtin Schmarsow am Heiligabend, dass die Stadt von der „Entwicklung überrollt“ worden sei.<sup>286</sup> In einer Pressekonferenz zieht sie eine Zwischenbilanz in Bezug auf das städtische Kitaprogramm: „Statt 1.000 werden nach Schätzung des Jugendamtes 1920 zusätzliche Kindergartenplätze bis 1996 benötigt.“ In den letzten drei Jahren seien 618 neue Plätze geschaffen worden. Es gebe „heute genügend Initiativen, die gefördert werden könnten. Vor allem die kleinen freien Träger, lobte Schmarsow, seien ‚kreativ und schnell‘“ Die Schaffung von 1.000 Plätzen „könnte laut Schmarsow erreicht werden, wenn wir nicht vor der Finanzwand stehen würden.“ Deshalb seien neue Modelle in der Finanzierung gefragt, wie etwa das der Kita „Kleine Stromer“, die von EAM-MitarbeiterInnen ins Leben gerufen wurde.

---

283 „Wir stehen jetzt in der Kreide“, HNA vom 21.04.1994

284 Ebd.

285 „Anspruch auf Kindergartenplatz nicht bezahlbar“, HNA vom 03.10.1993. Ebenfalls im Herbst 1993 meldet die HNA, dass der Staatssekretär Alexander Müller vom Hessischen Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit einen Bewilligungsbescheid über „exakt 4 381 500 Mark“ unterzeichnet habe. Allerdings ist das Geld schon ‚verteilt‘: für den Neubau der städtischen Kindertagesstätte Landaustraße, für Maßnahmen des Gesamtverbandes der evangelischen Kirchengemeinden sowie für die Vereine Krabbelkiste, Kunterbunt und Kleine Stromer. Alle anderen kleinen freien Träger gehen leer aus. Dennoch begrüßte Müller „insbesondere die Initiativen der Elternvereine, kleine und flexible Betreuungseinrichtungen zu schaffen und bedarfsgerecht zu erweitern. Das Land sei auf solche Initiativen angewiesen und werde daher die vielfältigen Initiativen weiter fördern.“ Siehe „Finanzspritze vom Land“, HNA vom 09.09.1993. Das mag in den Ohren mancher Elterninitiativen wie Hohn geklungen habe, dass sie das Land unterstützen und nicht umgekehrt.

286 „Stadt, von Entwicklung überrollt“, HNA vom 24.12.1993.

„Der Energiekonzern hat sich an den Investitionskosten beteiligt und stellt auch die Räume zur Verfügung.“<sup>287</sup>

Dass hier von „überrollt werden“ gesprochen wird, mutet merkwürdig an. Hatte der damalige Oberbürgermeister Bremeier nicht schon Ende 1992 in aller Klarheit zugeben müssen, dass man „bis 1995 mehr Kinder zwischen drei und sechs Jahren zu versorgen habe, als ursprünglich errechnet.“<sup>288</sup> Und das KJHG war bereits 1991 in Kraft getreten, in dem bis 1996 ein Kindergartenplatz für alle über Dreijährigen als Rechtsanspruch geschaffen wird. Und man wusste auch, dass ein Jahr nach Inkrafttreten des KJHG in Hessen für jedes vierte Kind ein Kindergartenplatz fehlte. „Für gut 218 000 Kinder im Vorschulalter habe es 165 000 Plätze gegeben, berichtete das Statistische Landesamt (...).“<sup>289</sup> Und drei Monate früher hatte die HNA schon festgestellt: „Viele Kinder bleiben vor der Tür.“<sup>290</sup> Konkret bedeutete das: „Nach den Sommerferien fehlen in Kassel Betreuungsplätze für annähernd 1.000 Kinder.“<sup>291</sup> Bis Ende 1995 stünden 1.000 neue Plätze zur Verfügung, hatte Schmarsow im gleichen Artikel erklärt. Vier Monate später also ist dieses Ziel bereits „gestorben“.

Wer geglaubt hätte, dass DAKITS und die Einrichtungen in einer solchen Situation aufgeben, der hatte sich getäuscht. Die Vorstandsmitglieder von DAKITS, Ute Wienkamp und Kai Boeddinghaus, schreiben Briefe an die verschiedenen VertreterInnen der Rathausfraktionen, an das Jugendamt und an Magistratsmitglieder. Immer wieder stellen sie die Situation in ihrer Widersprüchlichkeit und Orientierungslosigkeit dar und fordern eine Stellungnahme. „In der Zeit war es so, dass wir insgesamt eine gute Presse hatten, Unterstützung auch von den Fraktionen hatten, die GRÜNEN sowieso, CDU auch sehr stark, bei der SPD, na, wenn die an der Macht sind, schielen sie nach rechts und links und dabei können sie schlecht geradeaus gehen.“<sup>292</sup>

Inzwischen wurde an einer anderen Finanzierungsschraube gedreht: die Erhöhung von Elterngeldern für einen Platz in städtischen Kitagebühren sei

287 Ebd. Wohl hatte die Stadt Kassel für 1993 und 1994 insgesamt 8,8 Mio DM vom Land für den Ausbau von 200 neuen und den Erhalt von 100 Plätzen erhalten. „Dabei, so der Stadtverordnetenbeschluss, soll die Stadt kleinen Trägern, die über keine eigenen Einnahmequellen außer den Betreuungsentgelten verfügen, die benötigten ergänzenden Finanzmittel zur Verfügung stellen.“ Siehe „Millionen für Kindergarten-Plätze“, HNA vom 30.07.1993.

288 „Realität überflügelt die Pläne“, HNA vom 26.11.1992

289 „Für jedes vierte Kind fehlt Platz“, HNA vom 19.11.1993

290 „Viele Kinder bleiben vor der Tür“, HNA vom 18.08.1993

291 Ebd.

292 Kai Boeddinghaus im Interview. 1994 werden die im Stufenplan vereinbarten Beträge an die kleinen freien Träger ausgezahlt.

„unstrittig“ und würde nach den Sommerferien 1994 durchgesetzt. Mitglieder des Jugendhilfeausschusses hatten diese Erhöhung beschlossen, wobei die konkrete Regelung der Staffelung den Mitgliedern „Kopfzerbrechen“ bereitere.<sup>293</sup> Die Berechnung der Beiträge, die künftig zwischen 60 und 400 DM liegen würden, solle auf der Basis des Bundeserziehungsgeldes erfolgen. Doch war weder klar, wer die Einstufung in Beitragsgruppen vornehmen solle noch wie eheähnliche Verhältnisse berücksichtigt oder Belastungen durch Unterhaltszahlungen an Kinder aus anderen Partnerschaften angerechnet würden.

Die Haltung der SPD ist in dieser Frage unstrittig. Der SPD-Fraktionsgeschäftsführer Uwe Frankenberger erklärt, dass seit sieben Jahren keine Erhöhung der Kitagebühren gegeben habe und dass die „Umsetzung des Kindertagesstättenprogramms (.) nicht zum Nulltarif geschehen (könne).“<sup>294</sup>

Die Beitragserhöhung sei nicht alles, heißt es in einem weiteren Artikel in der HNA am gleichen Tag. Um die Stadt spürbar zu entlasten, solle die Gruppenstärke von 20 auf 22 Kinder angehoben werden, „allerdings nur in den Einrichtungen, wo es möglich ist“<sup>295</sup> Das sei in 50 der 98 städtischen Gruppen machbar. Oberbürgermeister Lewandowski „betont, bei diesem Vorhaben vor allem an die Frauen zu denken. Die könnten nämlich, so heißt es, wieder in das Erwerbsleben eingegliedert werden, da ihnen die Sorge um die Betreuung ihrer Kinder abgenommen werden“<sup>296</sup>.

Man wundert sich nicht nur über die Sprachregelung, dass Frauen „eingegliedert“ werden, sondern auch über die dreiste Verdrehung des Sachverhalts, dass eine Verschlechterung der Qualität von Kinderbetreuung zu einem Vorteil für Frauen umgedeutet werden. So findet Lewandowskis Haltung auch keine Zustimmung bei Stadträtin Schmarsow, die den niedrigen Personalschlüssel in den städtischen Kitas dagegen hält: pro Gruppe gibt es 1,37 Betreuerinnen, darin seien schon Springerkräfte enthalten. „Faktisch betreut eine Erzieherin – zum Teil mit Unterstützung einer Praktikantin – 20 Kinder in einer Gruppe. ‚Aus pädagogischen Gesichtspunkten ist das die obere Grenze,‘ sagte Schmarsow“<sup>297</sup> Immerhin stimmt auch der Jugendhilfeausschuss mehrheitlich dafür, dass die alte Gruppenstärke beibehalten werden müsse.

---

293 „Künftig Beiträge bis zu 400 DM?“, HNA vom 4.3.1994

294 „Erhöhung überfällig“, HNA vom 25.03.1994

295 „OB: Einsparung durch Aufstockung“, HNA vom 4.3.1994

296 Ebd.

297 Ebd.



„Wohin mit dem Nachwuchs in den Semesterferien? Ah Sommer wollen sich Studierende, die Betreuungszuschüsse über die Tagespflegemodell erhalten, in der „vorlesungsfreien Zeit“ selbst um ihre Kinder kümmern.“ (Foto: Koc)

#### KINDERBETREUUNG

## Kein Geld in den Semesterferien

Zeitgleich muss sich DAKITS mit einem neuen Konflikt auseinandersetzen: Auf der Suche nach weiteren Einsparungsmöglichkeiten<sup>298</sup> sollen im Bereich der Kindertagespflege die Zuschüsse für studentische Eltern in der vorlesungsfreien Zeit gestrichen werden. Das bedeutet für die Kitas, die nur mit diesen Geldern die Plätze unter Dreijähriger finanzieren, einen Einnahmeverlust von 50 %, der nicht aufzufangen ist. „Krabbelgruppen, die einen großen Teil Kinder von Studierenden betreuen, stehen vor dem Ruin.“<sup>299</sup>

<sup>298</sup> Wie die HNA berichtet, will die Stadt mit diesen Kürzungen 53 600 DM jährlich einsparen. Dazu kommen noch „die übrigen Kürzungen innerhalb der Tagespflege“, die laut Bogedale Konsequenzen für die Krabbelgruppen haben. „Statt des bisher üblichen Satzes von 648 DM pro Kind im Monat zahlt das Jugendamt künftig nur noch den Betrag, den das Land empfiehlt: das sind 598 Mark (Einsparung: 55 000 DM jährlich). 347 000 DM will die Stadt einsparen, indem sie die Plätze für die Tagespflege, die über das Jugendamt finanziert werden, von 300 auf 250 reduziert.“ Siehe „Kein Geld in den Semesterferien“, HNA vom 10.5.1994

<sup>299</sup> Aus einer Presseerklärung von DAKITS vom 28.04.1994

Die Kürzung wird nach Intervention von DAKITS e.V. und des Jugendhilfeausschusses Ende Juli für das laufende Haushaltsjahr 1994 zurückgenommen, wie man aus der HNA erfährt.<sup>300</sup>

Inzwischen sind auch die kirchlichen Träger mit der Forderung einer Erhöhung ihrer Betriebskostenzuschüsse von 50 auf 60 Prozent auf den Plan getreten. In der HNA wird von der „Aussicht auf einheitliche Zuschüsse“ gesprochen. Alois Zumbrägel von der CDU zufolge „wolle der Magistrat ‚versuchen, eine einheitliche Bezuschussung aller Kita-Träger zu erreichen‘. Auf zwei Jahre festgelegte Verträge sollen den Trägern darüber hinaus Raum und Sicherheit zum Planen geben. (...) Auch wenn wir überall streichen müssen, bei den Kita-Mitteln mit Sicherheit nicht“, so Zumbrägel.“<sup>301</sup>

„Geschehen ist bis heute nichts.“ Diesen definitiven Satz stellt Kai Boeddinghaus hinter eine Aufzählung von Verhandlungen, Nachverhandlungen und Kompromissen in einem Brief an den Hessischen Rundfunk im Oktober 1994. Die Beratung und Verabschiedung des Nachtragshaushaltes 1994 und die Einbringung des Haushaltsentwurfes für 1995 stehen kurz bevor, mit einem Sendebeitrag im Hessischen Fernsehen hofft er, dass „noch etwas passiert“.<sup>302</sup>

Sie werden enttäuscht. „Die von der Stadtverordnetenversammlung Anfang dieses Jahres beschlossene und von DAKITS geforderte Erhöhung der städtischen Betriebskostenzuschüsse für Elterninitiativen und andere kleine freie Träger von Kindergartenplätzen wird es de facto nicht geben. Diese Hiobsbotschaft verkündete Jugenddezernentin Christiane Schmarow (...) in der vergangenen Woche.“<sup>303</sup> Im gleichen Artikel wird die Absichtserklärung des CDU-Stadtverordneten Zumbrägel zitiert: „Für 95 werden wir eine Festbetragslösung anstreben. Die Institutionen sollen einen verlässlichen Betrag bekommen, der an einheitlichen Kriterien festgemacht wird.“<sup>304</sup> Dass eine gerechtere Verteilung Proteste von den Einrichtungen hervorrufen werde, die bisher zu 100 % gefördert werden, müsse man hinnehmen.<sup>305</sup>

---

300 „Oberbürgermeister Georg Lewandowski (hat) eine Verfügung unterschrieben, mit der die städtischen Mittel im laufenden Haushaltsjahr auch während der vorlesungsfreien Zeiten sichergestellt sind.“ Siehe „Geld für Betreuung von Kleinkindern“, HNA vom 27.07.1994

301 „Aussicht auf einheitliche Zuschüsse“, HNA vom 19.10.1994

302 Brief von Kai Boeddinghaus an den Hessischen Rundfunk/Studio Kassel/Herrn Braun vom 08.10.1994

303 „Kindergärten beklagen Geldmangel“, HNA vom 03.12.1994

304 Ebd.

305 „Kindergärten beklagen Geldmangel“, HNA vom 3.12.94

Im DAKITS-Infobrief aus dem Februar 1995 wird die „nervenaufreibende Fortsetzungsgeschichte“ zusammengefasst: Die Forderungen von DAKITS haben „lediglich zur Abwendung einer Verschlechterung geführt.“ „Unser 1992 vereinbarter Stufenplan besitzt Gültigkeit, solange keine neue Vereinbarung in Kraft getreten ist. Für 1995 bedeutet das, dass der Zuschuss für einen Kitaplatz 70 % seiner Restkosten beträgt, die auf der Basis einer durchschnittlichen Gesamtkostenberechnung ermittelt werden. (1994 = 50%) (...) Bei der Berechnung des Zuschusses für 1994 wurde der alte Gesamtkostenbetrag von 8.266,- zugrunde gelegt, der Trägeranteil wurde von 17 % auf 13 % gesenkt, die dadurch entstandene Verbesserung jedoch fast vollständig durch die Erhöhung der Elternbeiträge von früher 150,- mtl. auf jetzt 200,- mtl. ausgeglichen. Die von Frau Schmarsow angekündigte ‚Strukturelle Verbesserung‘ war so letzten Endes unter dem Strich eine Nullrunde.“<sup>306</sup>

Im März 1995 erklärt Stadträtin Schmarsow in der HNA „dass 1.300 Plätze selbst dann nicht aus dem ‚Boden gestampft‘ werden können, wenn das ‚Geld da wäre‘. Schmarsow hofft daher auf eine Stufenregelung, die die kommunalen Verbände vorgeschlagen haben. Danach sollen '96 zunächst alle Fünfjährigen eine Platzgarantie bekommen, '97 alle Vierjährigen und '98 alle Dreijährigen.“<sup>307</sup> Ein Jahr später greift Schmarsow auf ihre alte Sprachregelung wieder zurück. „Ab dem 1. Januar 1999 muss ein Kind einen Platz bekommen, sobald es drei Jahre alt geworden ist. Mit der Entscheidung, den Rechtsanspruch ohne Stichtagsregelung umzusetzen, seien die Kommunen, so Schmarsow, vom Bund ‚total überrollt‘ und allein gelassen worden.“<sup>308</sup>

Die Stadt sucht händeringend nach Einsparmaßnahmen, „mit denen möglichst viele zusätzliche Kita-Plätze geschaffen werden können“.<sup>309</sup> Dazu gehörte, wie wir bereits beim Lesertreff erfahren hatten, die Gruppenstärke auf 25 Kinder zu erhöhen. Diesen Vorschlag wie auch einen weiteren – Hort- in Kindergartenplätze umzuwandeln – lehnt der Jugendhilfeausschuss ab. Insgesamt wären damit 572 Plätze mehr geschaffen. Anne Janz von Bündnis 90/DIE GRÜNEN „erklärte, man dürfe diese beiden Punkte nicht kampflös aufgeben.“ Hätte man bereits früher auf Freie Träger gesetzt, seien die 500 Plätze jetzt schon da.<sup>310</sup>

306 DAKITS-Infobrief vom Juli 1995

307 „Müssen uns heftig anstrengen“, HNA vom 08.03.1995

308 „Schmarsow: Würden total überrollt“, HNA vom 20.3.1996

309 „Anne Janz: Dürfen nicht kampflös aufgeben“, HNA vom 22.03.1996

310 Ebd.

Wie zu erwarten, erntet dieser Vorschlag vehementen Protest von Seiten der Fachkräfte und Eltern.<sup>311</sup> Bleibt noch die Frage: Hat es die Stadt Kassel geschafft, bis zum 1. Januar 1996 den Rechtsanspruch auf einen Platz für jedes Kind ab drei Jahren zu erfüllen? Stolz erklärt Stadträtin Schmarsow im Juli: „Den Rechtsanspruch werden wir bis zum 1. August ohne Probleme erfüllen können.“<sup>312</sup> Ohne Probleme? Man habe 280 Plätze „kurzfristig durch Ersatzangebote wie Mini-Clubs und die Einrichtung neuer Gruppen in bestehenden Einrichtungen geschaffen“<sup>313</sup>, z.B. durch die Umwandlung von Personal- in Gruppenräume. Hortgruppen seien nicht, wie beabsichtigt, in Kindergartenplätze umgewandelt worden.

Im gleichen Artikel folgt die Hiobsbotschaft, dass man im folgenden Jahr den Anspruch zum 1. Stichtag im Februar nicht erfüllen könne, denn zu diesem Termin fehlen 1.119 Plätze. Bleibt also wieder nur ein Appell: „Schmarsow appelliert daher an die Mütter und Väter – trotz zweier Stichtage im nächsten Jahr–, ihren Nachwuchs weiterhin erst zu Beginn des neuen Kindergartenjahres im August anzumelden. Dies sei sowohl aus organisatorischen als auch aus pädagogischen Gründen sinnvoller.“<sup>314</sup>

### *„Orte für Kinder“*

Erinnern wir uns in dieser „nervenaufreibenden Fortsetzungsgeschichte“ zwischendurch an das, worum es geht: um eine Kinderbetreuung, die es Eltern ermöglicht, unterschiedlichen Berufen nachzugehen, die Kindern mit unterschiedlichen Bedürfnissen Räume und Zuwendung gibt, die verlässlich bereitgestellt und angemessen finanziert wird.

Ein solcher Ort wird auf eine Initiative von Ruth Fürsch, Mutter eines der Kinder und Vorstandsmitglied bei DAKITS e.V., 1995 gegründet: „Orte für Kinder“, Tür an Tür zum Kasseler Mütterzentrum. Ob eine alleinerziehende selbstständige Mutter von zwei Kindern eine ganztägige Betreuung in Anspruch nehmen muss, ob Musiker-Eltern zu ungewöhnlichen Probenzeiten ihre Kinder gut betreut wissen möchten, alle können die Betreuung ihrer Kinder „nach familiärem Bedarf“ buchen.

---

311 Zu diesem Zeitpunkt gibt es 938 Hortplätze in Kassel, das ist eine 13 %ige Versorgungsquote. Damit stehe Kassel im Vergleich zu anderen westlichen Großstädten ziemlich weit vorn, wie Schmarsow in einem Interview mit der HNA betonte. (Vgl. „Das ist eine Frage des politischen Willens“, HNA vom 07.08.1996)

312 „Platz für alle Dreijährigen“, HNA vom 30.07.1996

313 Ebd.

314 Ebd.



Die Kinder von zweieinhalb bis neun Jahren genießen die große, altersgemischte Tischrunde. In der neuen Kasseler Kita „Orte für Kinder“ arbeiten Erzieherinnen (Sandra Petrowitz, r.) und Mütter zusammen.

(Foto: Koch)  
HNA 26.02.1995

„Unsere Kita verwirklicht in Kassel erstmalig ein ganz besonderes Betreuungskonzept: Die Betreuungszeit der Kinder ist flexibel und orientiert sich stärker als dies in anderen Einrichtungen der Fall ist, an den Bedürfnissen der Eltern. Neben den traditionellen 4- oder 8-Stunden Betreuungszeiten sind auch kürzere oder längere Zeiträume zu vereinbaren, in denen die Kinder sich in unserer Kita aufhalten. Es ist auch möglich, die Kinder nur für einzelne Tage, oder auch vorübergehend, z.B. für die Dauer einer Fortbildung oder bei Krankheit der Betreuungsperson, bei uns anzumelden“, schreibt Ilona Dippel-Schmidt im DAKITS-Rundbrief vom Februar 1995.

Auch die HNA berichtet ausführlich über diese Kita: „Die flexiblen Zeiten verstehen sich als Antwort auf die wachsende Zahl Alleinerziehender und als Angebot für Mütter, die sich Raum für Beruf, Studium oder Freizeit schaffen wollen. Dass ein Bedarf da ist, zeigt die Anmeldeliste von mittlerweile 50 Namen.“<sup>315</sup> In diesem „in Nordhessen einzigartigen Projekt“ bekommen „Hortkinder (.) Mittagessen, Hausaufgabenhilfe und Spielangebote, werden auch zum Spielplatz begleitet. Sie

<sup>315</sup> „Gebucht wird nach Familienbedarf“. HNA vom 26.02.1995

dürfen ihre Freunde mit in die Kita bringen und ihre Kameraden nach Absprache mit den Eltern besuchen. Kurz: Die Kinder sollen wie in einer ‚richtigen‘ Familie miteinander leben und auch bei Haushalts- und Gartenarbeit mit einbezogen werden. Die neue Kita will ein stabiler Lebensort für Kinder und Erwachsene sein.“ Es werden weitere Ideen für ein solches Zusammenleben geschildert. Dafür aber fehle das Geld. Selbst die Kita-Leiterin Christel Mevenkamp arbeite ehrenamtlich, ebenso viele engagierte Mütter. „Wir wollen für unsere Arbeit vernünftig bezahlt werden und sozial abgesichert sein“, fordern die Frauen. 15 Kindergartenplätze werden von Stadt und Land bezuschusst: „Durch die flexiblen Betreuungszeiten haben wir in Wirklichkeit 35 Kinder.“ Das Betreuungsangebot falle gesetzlich aus dem Rahmen.

Im September 1996 entsteht eine weitere Elterninitiative: der Verein „Wilde Kerle“, der von „drei Müttern im Freibad mit einer guten Idee“ seinen Ausgangspunkt nahm. Der Kindergarten kann 15 Kinder aufnehmen, darunter steht ein Integrationsplatz für ein behindertes Kind zur Verfügung. Schon zur Eröffnung gibt es eine lange Warteliste.<sup>316</sup>

## Endlich Verträge für die freien Träger?

*„Wir sind es leid, alle Jahre wieder für die Zukunft unserer Kinder betteln zu müssen.“*

Eltern in der HNA vom 10.10.1995



Das Podium (von links): Kai Boedinghaus (Vorstand des Dachverbands der Freien Kindertageseinrichtungen, Dakits), Oberbürgermeister Georg Lenschowski, Moderatorin und HNA-Redakteurin Petra Wettkauer-Pohl, Jutta Kothe (Gesamtelternrat der städtischen Kitas), Jugenddezernentin Christine Schnarsow und Stephan Heinisch vom Gesamtverband der Evangelischen Landeskirche.

<sup>316</sup> Vgl. „Platz für ‚Wilde Kerle‘“, HNA vom 20.09.1996

Kehren wir zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen zurück. Die Zeit drängt, am 1. Januar 1996 gilt der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Dreijährige, „an dem auch die Stadt festhalten will. Wer keinen Platz kriegt, kann ihn dann bei der Kommune einklagen.“<sup>317</sup> Zu diesem Zeitpunkt fehlen in Kassel noch über 1.300 Plätze. Um diese Situation mit interessierten Lesern zu diskutieren, lädt die HNA am 6. Juni 1995 zu einem Lesertreff ein, bei dem Personen auf dem Podium sitzen werden, die bereits bekannte Akteure in den vergangenen Auseinandersetzungen waren (siehe Bildunterschrift).

Folgt man der HNA, so kamen die „etwa 250 Zuhörer im Saal des Philipp-Scheidemann-Hauses schnell zur Sache.“<sup>318</sup> Es fehlten nicht die „Zwischenrufe, zynisches Gelächter, heftige Gesten und viele Wortbeiträge“. Unterschiedliche Positionen wurden wieder deutlich und blieben bis zum Schluss unvereinbar: Lewandowskis Vorschlag, „daß die Regelgruppenstärke von 20 Kindern ‚vorübergehend, ganz behutsam aufgestockt‘ werden, auf bis zu 25 Kindern“, löste eine „kollektive Empörung aus“. „Es geht dabei noch nicht einmal um Luxuserhaltung, es geht um den Erhalt der minimalen Standards. Und im Rathaus ist kein Mensch bereit, dafür Geld abzuwickeln“, so Elternvertreterin Jutta Kothe.“ Dass das Geld nicht so einfach von „Prestigeobjekten“ abgezogen werden könne, „versuchte Oberbürgermeister Lewandowski (...) mehrfach klar zu machen. Es sei nicht möglich, das Stadthallenhotel nicht zu bauen, die Tiefgarage II aufzuschieben, das Geld für den neuen Kessel im Müllheizkraftwerk in die Kindergärten umzuschichten.“<sup>319</sup>

DAKITS e.V lässt nicht locker. Im Oktober demonstrieren die kleinen freien Träger vor Beginn einer Stadtverordnetenversammlung. „An bunten Ballonen überreichten Eltern und Kinder den Stadtverordneten Flugblätter mit ihren Forderungen. Mit besonderem Nachdruck verwiesen sie darauf, daß eine vertragliche Absicherung ihrer Finanzen dringend nötig sei.“<sup>320</sup>

Kai Boeddinghaus findet Sponsoren für eine Anzeige, die noch einmal unübersehbar auf die Kasseler Situation aufmerksam macht. „Wir haben eine drittel farbige Seite in der HNA geschaltet, dafür habe ich Sponsoren besorgt, richtig auffällig, weil wir der Stadt so richtig auf die Füße treten wollten. Sie war von den einzelnen Trägern und Sponsoren unterschrieben.“<sup>321</sup>

317 „Elternvertreter fordern: In Kinder investieren“, HNA vom 01.06.1995

318 „Es muss mehr Geld für Kinder her“, HNA vom 07.06.1995, Foto: Lothar Koch

319 Ebd.

320 „Freie Träger forderten Freigabe“, HNA vom 10.10.1995

321 Kai Boeddinghaus im Interview



denden Charakter haben. In dieser Situation wird den freien Trägern immer deutlicher: Wenn sie trotz Haushaltskonsolidierungen verbindliche Zuschüsse bekommen wollen, müssen sie, wie es in der HNA heißt, auf einen Vertrag pochen. Im November erfahren sie aus der Zeitung, dass es tatsächlich künftig nach dem Willen des Magistrats feste Verträge geben solle, die die jährlichen Verhandlungen ablösen werden.<sup>324</sup> Darin sehen die neuen Regelungen weiterhin unterschiedliche Restkostenerstattungen vor.

Wie zu erwarten, reagieren nicht nur DAKITS e.V., sondern auch die evangelischen und die katholischen Träger auf diese Ankündigung. Sie begrüßen die Tatsache, dass es Verträge geben soll, aber nicht deren Inhalte, „die keineswegs ihren Vorstellungen entsprechen.“<sup>325</sup> Die Empörung ist groß: wer die Hälfte aller Kindertagesstättenplätze in der Stadt stelle, der könne erwarten, in die Diskussionen um die Vertragsentwürfe einbezogen zu werden. Und hier erfahren wir, dass die kirchlichen Träger und DAKITS e.V. zum ersten Mal „trotz unterschiedlicher Konzepte und Voraussetzungen – in ihren Forderungen an die Stadt (...) gemeinsame Sache machen“ wollen.<sup>326</sup> Sie entgegnen dem Vertragsentwurf mit eigenen Forderungen:

- „Vertragliche Regelung der Qualität der Arbeit. Festlegung von Gruppengrößen und Personalschlüsseln, Garantie der organisatorischen Freiheit.
- Keine Festschreibung von Zuschüssen über fünf Jahre, ohne Anpassung an steigende Kosten etc.
- 66 % statt der vorgesehenen 55 % erwarten die kirchlichen Träger als Zuschüsse zu ihren Restkosten.
- Höhere Zuschüsse und vor allem eine Dynamisierung erwarten auch die ‚Kleinen Freien‘.
- Berücksichtigung der Betreuung für Kinder unter drei Jahren.
- Verträge nicht mit jeder einzelnen Elterninitiative, sondern mit ‚DAKITS‘, als dem Dachverband der ‚Kleinen Freien‘“.

Bevor die Vertragsverhandlungen mit den freien Trägern fast ein Jahr später zu einem befriedigenden Abschluss kommen, hat DAKITS e.V. als Institution eine

<sup>324</sup> „Endlich Verträge für die Freien“. HNA vom 24.11.1995

<sup>325</sup> „Verträge ja, aber nicht so“. HNA vom 25.11.1995

<sup>326</sup> Ebd.

Krise zu überstehen. DAKITS, der als Dachverband nicht nur seiner inzwischen 22 Mitgliedseinrichtungen endlich ernst genommen werden will und sich in den Forderungen als solcher positioniert, muss in den folgenden Monaten um seine Existenz fürchten. Erst nach „zähem Ringen und auf öffentlichen Druck wurden die Gelder in den vergangenen beiden Jahren (1994/95, R.B.) nachbewilligt.“<sup>327</sup>

### *DAKITS e.V. wendet Konkurs ab*

*„Ich schäme mich langsam, in einer Stadt zu leben, in der Kinderspielfläche phantasielos gestalteten Abfallhalden und Hundeklos gleichen. Ich schäme mich für eine Stadt, in der Kinder in räumlich heruntergekommenen Schulen auf ihre Zukunft vorbereitet werden sollen, für eine Kommune, die für Flüchtlingswaisen keine Bleibe mehr bieten will, und ich bin wütend, wenn ich sehe, dass in überfüllten Kindergärten unter bezahltes Erziehungspersonal sich um die jüngsten Mitbürger unserer Stadt bemühen muss.“*

Ruth Fürsch für DAKITS e.V. in einem Leserbrief vom 2.2.96 in der HNA

Es wirkt wie ein Schock, dass im Haushalt 1996/97 die städtischen Zuschüsse für das Koordinationsbüro DAKITS nicht mehr enthalten sind. Es handelt sich um 122.500 DM, mit der die Stadt die Fachberatung subsidiär nach § 25 KJHG (s.o.) finanziert hatte. „Im Falle der erforderlichen Kündigung der Mitarbeiterin würde dies den Konkurs des mit keinerlei Eigenmitteln ausgestatteten Dachverbandes bedeuten, erklären Weitzel und Boeddinghaus“<sup>328</sup>, die beiden Vorstandsmitglieder von DAKITS e.V..

DAKITS e.V. beantragt bei Gericht eine einstweilige Verfügung gegen die Stadt, um seinen Konkurs abzuwenden. „Ein Akt blanker Notwehr“, werden Kai Boeddinghaus und Nicolas Weitzel zitiert.<sup>329</sup> Regine Bogedale wird zwar vorsorglich gekündigt, eine Kündigung würde aber erst in nach drei Monaten wirksam. Da DAKITS e.V. nicht in der Lage sei, das Gehalt bis zu diesem Zeitpunkt zu zahlen, müsste der Konkurs angemeldet werden.

DAKITS e.V. sieht in dem Streichen der städtischen Mittel nicht nur eine Verletzung des § 25 KJHG, da die Stadt bislang nicht erklärt habe, wer denn die

---

327 „Anteilige Zuschüsse oder Festbetrag?“, HNA vom 15.03.1996

328 „Kleine freie Kita-Träger befürchten den Konkurs“, HNA vom 27.01.1996

329 „Freie Kitaträger verklagen Stadt“, HNA vom 09.03.1996

Beratungsaufgaben übernehmen wolle. Er sei auch ein Verstoß gegen die Hessische Gemeindeordnung (HGO): Barthel habe die Streichung auf der Grundlage seines eigenen Haushaltsentwurfs getroffen, der ohne parlamentarische Grundlage erfolgt sei. Er hätte durchaus die Möglichkeit gehabt, die Zuschüsse weiter auf Grundlage des § 99 HGO, der als Kann-Bestimmung enthält, „die vorläufige Haushaltsführung an den Maßstäben eines Vorjahres zu orientieren.“<sup>330</sup> „Die geplanten Kürzungen bzw. Streichungen des Etats für das Fachberatungsangebot bei DAKITS e.V. müssen aus den genannten Gründen mit aller Schärfe zurückgewiesen werden.“<sup>331</sup> Sechs Wochen später meldet die HNA, dass der Konkurs durch einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung abgewendet werden konnte.<sup>332</sup> Die städtischen Zuschüsse werden in gekürzter Form eingestellt, Regine Bogedale wird weiter beschäftigt.

Doch die Unsicherheit hält noch an. „Offenbar gehören die 109.000 Mark, die der Verein jährlich bekommt, zur Manövriermasse im städtischen Doppelhaushalt, für dessen zweiten Teil (1999) die Konsolidierungsziele noch nicht erfüllt sind.“<sup>333</sup> Mehr als drei Monate später kann DAKITS e.V. aufatmen. „Die Stadt Kassel hat einem Vertrag zugestimmt, nach dem die Beratungsarbeit des Verbandes für weitere drei Jahre finanziell abgesichert ist.“<sup>334</sup> Der Vertrag wird am 1.1.1998 zwischen der Stadt Kassel und DAKITS e.V. geschlossen. Er lautet:

### **„Vertrag**

über die Durchführung der Fachberatung für die Träger kleiner freier Kindertageseinrichtungen zwischen der Stadt Kassel, vertreten durch den Magistrat – nachfolgend Stadt Kassel“ genannt

und

dem Dachverband Freier Kindertageseinrichtungen e.V., Motzstraße 4, 34117 Kassel, vertreten durch den Vorstand, – nachfolgend „DAKITS e.V.“ genannt.

### **§ 1 Ziel**

- (1) DAKITS e.V. ist Träger eines differenzierten Angebotes an Kinderbetreuungsmöglichkeiten für Kinder aller Altersstufen.
- (2) Dies geschieht im Rahmen der kommunalen Hilfeplanung und in enger

<sup>330</sup> Ebd.

<sup>331</sup> Regine Bogedale, „Stellungnahme für den Erhalt der Fachberatungsstelle bei DAKITS e.V.“, 09.03.1998

<sup>332</sup> „Dachverband hat Konkurs abgewendet“, HNA vom 24.4.1996

<sup>333</sup> Ebd.

<sup>334</sup> „Fachberatung ist jetzt finanziell abgesichert“, HNA vom 22.09.1998

Abstimmung mit der Verwaltung des Jugendamtes der Stadt Kassel durch die Organisation eines sogenannten Koordinationsbüros mit (in Anpassung an die aktuellen Bedingungen) folgenden Aufgaben:

- Gründungsberatung nach den Richtlinien für Kitas, Finanzierbarkeit, Konzeption, Organisation und Verwaltung
- Vermittlung von Kontakten zu Behörden, Institutionen und Dienstleistungsanbietern
- Fachberatung von Eltern, ErzieherInnen, Teams und Gruppen
- Vermittlung von Betreuungsplätzen
- Organisation und Durchführung von Diskussionsreihen, Seminaren und Fortbildungsveranstaltungen
- Vernetzung der Einrichtungen und Organisation von Erfahrungsaustausch

## **§ 2 Aufgaben und Organisation**

(1) DAKITS e.V. erfüllt Aufgaben gemäß KJHG § 72,3 (Sicherstellung von Praxisberatung) und § 25 (Beratung und Unterstützung von Erziehungsberechtigten, die die Förderung von Kindern selbst organisieren).

(2) Hierüber legt DAKITS e.V. jährlich bis zum 31.03. des Folgejahres einen Tätigkeits- und Erfahrungsbericht vor.

(3) DAKITS e.V. setzt zur Durchführung dieser Tätigkeit qualifiziertes Personal ein und unterhält ein Kontaktbüro.

## **§ 3 Finanzierung**

(1) Die Stadt Kassel zahlt einen Zuschuß zur Deckung der Personal- und Sachkosten in Höhe von 109.000 DM (einhundertneuntausend DM). Die Personalkosten sind bis zur Höhe von BAT IV b zuwendungsfähig (1 Stelle).

(2) Der Zuschuß wird im Jahr 2000 den tariflichen Steigerungen des öffentlichen Dienstes entsprechend angepasst.

## **§ 4 Auszahlung und Nachweisung**

(1) Der Zuschuß wird in 12 gleichhohen monatlichen Raten ausgezahlt.

(2) Über die Verwendung der Mittel legt DAKITS e.V. jährlich einen Verwendungsnachweis vor. Vorlagetermin ist der 31.03. des Folgejahres.

## **§ 5 Laufzeit und Kündigung**

(1) Das Vertragsverhältnis beginnt am 01.01.1998 und kann unter Einhaltung einer 6monatigen Kündigungsfrist jeweils zum Ablauf eines Kalenderjahres,

frühestens jedoch zum 31.12.2000, gekündigt werden.

(2) Sollten zwingende Gründe eine Änderung oder Aufhebung des Vertrages erforderlich machen, steht den Vertragspartnern ein außerordentliches Kündigungsrecht zu.

(3) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform.“<sup>335</sup>

### *Zwischenstand: Tätigkeitsbericht von DAKITS e.V.*

An dieser Stelle vergegenwärtigen wir uns noch einmal, welche Funktion DAKITS e.V. bis zu diesem Zeitpunkt hat und welche Aufgaben er übernimmt. In verschiedenen Tätigkeitsberichten aus den ersten Jahren führt Regine Bogedale aus:

„Charakteristische Merkmale kleiner freier Träger und die daraus folgenden Konsequenzen für die Fachberatung:

1. Freie, selbstorganisierte Kitas sind nach wie vor Garanten für innovative Antworten auf einen sich verändernden Bedarf. Sie erproben und praktizieren neue Rahmenbedingungen, z.B. veränderte Öffnungszeiten und neue bedarfsangemessene pädagogische Konzepte, z.B. altersgemischte, bzw. Familiengruppen. Innovative Prozesse sind mit Risiken und Krisen verbunden und bedürfen der *fachlichen Beratung und Begleitung*.
2. Jede Einrichtung verwaltet und organisiert sich selbst. Unter anderem folgt daraus, dass jeweils die Eltern, die ihr Kind in der betreffenden Kindergruppe für einige Jahre betreuen lassen, in dieser Zeit für die Wahrung von Trägerrechten und Trägerpflichten verantwortlich sind. Es findet also ein relativ häufiger Wechsel bei den verantwortlichen Funktionsträgern statt. Dies führt zu einem anhaltenden Bedarf an *Kompetenz- Informations- und Erfahrungsvermittlung*.
3. Aus unter 1. genanntem Punkt resultiert, daß Eltern selbstorganisierter Kitas zugleich Arbeitgeber der Fachkräfte sind. Diese Doppelrolle der Eltern birgt Chancen für eine enge und kreative Zusammenarbeit mit den MitarbeiterInnen, sorgt andererseits aber auch für ein großes

<sup>335</sup> Der Vertrag enthält kein Datum, er ist vom Oberbürgermeister Georg Lewandowski und Stadtrat Volker Schäfer sowie N. Weitzel und A. Schüssler unterschrieben. Es gibt einen späteren Vermerk zum Vertrag vom 14.07.1998, in dem festgehalten ist: „Die Vertragspartner sind sich darüber im klaren, daß die Formulierung lauten müßte: „... Träger eines differenzierten Beratungsangebotes für Kinderbetreuungsmöglichkeiten...“, im Sinne der Ausführungen des § 1,(2).“ Der Vertrag wird am 08.04.2014 ergänzt.

Konfliktpotential. Ein weites, fruchtbares Feld für *die Praxisberatung und Supervision*.

4. Die Organisation und Verwaltung des Kitas kleinerer freier Träger war bisher von Mangelfinanzien aufgrund zu geringer öffentlicher Zuschüsse geprägt. Die Träger bedürfen der Beratung hinsichtlich zusätzlicher Finanzierungsmöglichkeiten und erwarten bezüglich *der Notwendigkeit der finanziellen Besserstellung Vermittlung und Unterstützung*.
5. *Die Zielgruppen des Angebots sind: gründungswillige Zusammenschlüsse von Eltern und ErzieherInnen, Neue Initiativen, Eltern und Funktionsträger, Pädagogische Fachkräfte und einen Betreuungsplatz für ihr Kind suchende Eltern.*<sup>336</sup>

Anschließend werden Beispiele aus der Arbeit des Koordinationsbüros aufgezählt, die in Seminaren und Informationsveranstaltungen, aber auch in Gruppen-, Einzel- und „unzähligen“ Telefongesprächen stattfanden. „Wir gehen in die Einrichtungen und begleiten die Eltern und ErzieherInnen z.B. im Rahmen von Elternabenden bei ihrer Konzeptionserarbeitung. Neue Eltern informieren sich z.B. über die Finanzierungsstruktur, Antragsverfahren, ABM-Maßnahmen oder Arbeit- statt Sozialhilfe-Programme. Die Beratung von einzelnen Einrichtungen und Teams greift z.B. die Probleme in der Zusammenarbeit mit den Eltern auf und hilft Lösungsansätze zu finden. Informations- und Fortbildungsveranstaltungen finden in regelmäßigen Abständen an Nachmittagen mit Kinderbetreuung und an den Abenden statt.“<sup>337</sup>

### **Kita-Organisation und Verwaltung:**

- Hessisches Kindergartengesetz, Vereinsrecht, Finanzierung, Personalverwaltung, Versicherungen, Richtlinien für Kitas, KJHG, Aufsichtspflicht, Arbeitsförderungsgesetz, neue Ausbildungsrichtlinien für ErzieherInnen

**Informationen** zu kitarelevanten kommunal- und landespolitischen Entwicklungen:

- Rechtsanspruch, Kindertagesstättenprogramm der Stadt Kassel, Verhandlungen über Zuschüsse an freie Träger, Verwaltungsvorschriften des Hessischen Ministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit

---

336 Undatierter Tätigkeitsbericht von Regine Bogedale, vermutlich ca. 1997

337 Papier vom 29.01.1996 von Regine Bogedale: Fachberatung und Koordination für Kindertagesstätten (kleinerer freier Träger)

**Pädagogisch-konzeptioneller Bereich:**

Konzeptentwicklung und -fortschreibung, pädagogische Arbeit in altersgemischten Gruppen, Integration von auffälligen Kindern, hyperaktive Kinder, Einzelintegration, kindliche Sexualität, psycho-motorische Entwicklung, Entspannungstechniken für Kinder

**Zielgruppe Pädagogische Fachkräfte / monatliche**

Treffen zu u.a. folgenden Themenbereichen:

- Erfahrungsaustausch über besondere Arbeitsbedingungen, Anleitung von Praktikanten, Konflikte mit Eltern, Umgang mit schwierigen Kindern, Arbeit in Familiengruppen, Fachliteratur
- „Das Koordinationsbüro erfüllt mit dem Angebot für diese Zielgruppe u.a. die in § 72, 3 KJHG geforderte Sicherstellung von Praxisberatung für MitarbeiterInnen von Kindertagesstätten.“

**Gründungsberatung:**

- „Fragen der Vereinsgründung, Möglichkeiten der Förderung durch öffentliche Mittel, Finanzbedarf und -kalkulation, Versicherungsbedarf, konzeptionelle Überlegungen, Beantragung der Betriebserlaubnis.“
- Seit Bestehen des Koordinationsbüros nahmen 14 Träger in der Gründungs- und Erweiterungsphase dieses Angebot in Anspruch.
- Im Dezember 1994 –Zwischenbilanz des städt. Kindertagesprogramms: 189 neue Plätze. Von 10 Trägern, die 129 neue Plätze geschaffen hatten, waren 7 (Elterninitiativen) vom Koordinationsbüro beraten und begleitet worden.

**Zielgruppe Eltern, die einen Betreuungsplatz für ihr Kind suchen:**

- DAKITS ist durch wegweisende Broschüren des Jugendamtes und des Studentenwerks in der Öffentlichkeit bekannt. Das Beratungsangebot bezieht sich sowohl auf freie Plätze als auch auf allgemeine Fragen zur jeweiligen Besonderheit der Einrichtungen.“

**Zusammenarbeit mit anderen Institutionen:**

- „Wir knüpfen Kontakte zu anderen Vereinen und Institutionen, fördern Zusammenarbeit mit den freien Kindertageseinrichtungen und vermitteln bei Bedarf weiterführende Beratungsangebote, z.B. in der Frühförderung, Erziehungsberatung und Frauenförderung. Institutionen, Vereine und Behörden, mit denen wir zusammenarbeiten sind u.a.: Pro Familia,

Frühförderstelle des Vereins zur Förderung der Erziehungshilfe, Ausbildungsstätten, z.B. Fröbelseminar, Landesjugendamt, Arbeitsamt, Jugendamt der Stadt Kassel, Kinderschutzbund.“

**Mitarbeit in Fachgremien und Arbeitsgemeinschaften:**

- „Um unsere Fachberatungsangebote auf dem aktuellen Stand fachlicher und fachpolitischer Diskussionen zu halten und um den besonderen Bedingungen selbstorganisierter Kindertageseinrichtungen und daraus entstehenden sozialpolitischen und fachlichen Forderungen in der Fachöffentlichkeit Ausdruck verleihen zu können, ist die Mitarbeit in Fachgremien und Arbeitsgemeinschaften notwendig. DAKITS ist Mitglied im Jugendhilfeausschuss der Stadt Kassel, arbeitet mit in Fachgremien des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und in der Arbeitsgemeinschaft der hessischen FachberaterInnen.“

Im **Tätigkeitsbericht** vom April 1996 wird weiterhin festgestellt: <sup>338</sup>

- „Rund ein Drittel von durchschnittlich 6 Anfragen pro Tag resultiert wie auch in der Vergangenheit aus dem organisations- und verwaltungstechnischen Bereich und betrifft die u.a. Personalverwaltung, -führung, Versicherungen, vereinsrechtliche Angelegenheiten, Anträge etc. Ein weiterer Teil der Beratungen betreffen die Bereiche Konzeption, Teamarbeit, Einzelfallhilfe, Konflikte. Aus diesen Anfragen entstanden zum Teil längerfristige Prozesse der Zusammenarbeit.“

Cirka 130 Anfragen betrafen die Suche nach einem Platz für ein Kind, ca. 150 Listen mit Anschriften wurden verschickt.

- Rundbriefe (aktuelle regionale und überregionale Entwicklungen)
- monatliche Treffen der ErzieherInnen (fachlicher Austausch)
- Ausarbeitung des Vertrages in AGs mit Eltern u.a., der die städtische Bezuschussung der freien Träger regelt
- Teilnahme an Gesprächen mit Ausbildungsinstitutionen über veränderte Richtlinien und Empfehlungen zur Anleitung von BerufspraktikantInnen
- Gespräche mit MitarbeiterInnen des Jugendamtes, Landesjugend-

---

338 Tätigkeitsbericht des Koordinationsbüros für Kinderarbeit freier Träger/Dachverband Freier Kindertageseinrichtungen DAKITS e.V./Verwendung der städtischen Zuwendung von Januar bis Dezember 1996, S. 1 vom 18.4.1996 (vermutlich von R. Bogedale)

amtes, Arbeitsamtes, Sozialamtes, Frühförderstellen und anderen Institutionen

- Mitarbeit in regionalen und landesweiten Fachgruppen (regionale Treffen nordhessischer FachberaterInnen, Treffen des Zusammenschlusses hessischer Kontakt- und Beratungsstellen der LAG Freie Kinderarbeit)
- Angebot eines gut funktionierenden Systems der Springkraftvermittlung, das zunehmend in Anspruch genommen wird

1998 sind 22 Träger mit 25 Gruppen und 500 Betreuungsplätzen und 80 Fachkräften bei DAKITS e.V. organisiert.

*Organisation und Durchführung von **4 Fortbildungsseminaren**, die sich thematisch an Wünschen von Eltern und Fachkräften orientierten:*

1. *Entspannung im Alltag mit Kindern*
2. *Wertschätzendes Grenzen setzen*
3. *Snoezelen*
4. *Vereinsbuchführung*

## *Die Verträge für die freien Träger sind da*

*„Finanzielle Probleme und die Unsicherheit, ob und in welcher Höhe Zuschüsse von der Stadt zu erwarten sind, waren ständiger Wegbegleiter.“*

HNA vom 5.7.97 über den Kinderladen Fontanestraße

Gehen wir noch einmal zurück zu den städtischen Betriebskostenzuschüssen, deren bindender Charakter immer wieder verhandelt werden musste. Im Herbst 1996 legt die Stadt endlich vertragliche Regelungen vor. „Auf dieser Grundlage können wir beruhigt in die Zukunft blicken und neue Gruppen eröffnen“, sagt Nikolaus Weitzel vom Vorstand“ von DAKITS e.V. Die neuen Verträge werden auch „als Erfolg von Christine Schmarsow gesehen, deren Amtszeit im August 1996

ausgelaufen ist“<sup>339</sup> Die kleinen freien Träger bekommen nun einen Zuschuss von 5.247 DM pro Ganztags- und 3.935 DM pro Halbtagsplatz und Jahr - und damit 90 % der verbleibenden Restkosten. Das ist eine Verdoppelung der im Vorjahr gezahlten Zuschüsse von 2.600 DM.

In der Präambel dieses ersten Vertrages, der allerdings nicht namentlich mit DAKITS e.V. geschlossen wurde, sondern sich an „freie Träger“ richtet, heißt es: „Die Stadt erkennt die Eigenständigkeit der freien Träger bei der Führung ihrer Einrichtungen an.“<sup>340</sup> Der Vertrag bezieht sich ausschließlich auf betreute Kinder, die ihren Erstwohnsitz in Kassel haben. Er hält zudem fest, dass Ganztagsplätze von freien Trägern „nach denselben Kriterien vergeben werden, wie sie die Stadt Kassel für ihre eigenen Einrichtungen anwendet, soweit die innerbetrieblichen Abläufe dies zulassen.“ Das bedeutet z.B., dass Ganztagsplätze nach den Kriterien vergeben werden, die das Jugendamt der Stadt Kassel ausgearbeitet hatte. Danach haben nur solche Eltern das Recht auf einen Ganztagsplatz, bei denen eine Berufstätigkeit oder soziale und/oder pädagogische Gründe vorliegen.<sup>341</sup> Eingruppige Einrichtungen sind von dieser Einschränkung ausgenommen. Sie gilt aber, wie wir weiter unten sehen werden, auch für Horte.

Die Höhe der Platzkostenzuschüsse richtet sich nach einer Modellkostenrechnung, die ab 1998 jährlich nach dem Vorliegen der Verwendungsnachweise überprüft und ggf. angepasst wird. Er wird zudem ab diesem Zeitpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung angepasst. An dieser Stelle wird DAKITS e.V. zum ersten Mal genannt: „DAKITS ist rechtzeitig vor jeder beabsichtigten Änderung bzw. Anpassung der Modellkostenrechnung zu beteiligen.“<sup>342</sup>

In dem Vertrag wird die Beteiligung durch die Elternentgelte festgelegt: sie sollen in ihrer Gesamtheit ein Drittel der berücksichtigungsfähigen Betriebskosten erreichen und die von den kirchlichen Trägern erhobenen Elternentgelte nicht unterschreiten. Die Laufzeit des Vertrages endet am 31.12.2000 und verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn er nicht vorher schriftlich gekündigt wurde.

„Für die Kindergartenplätze der freien nichtkirchlichen Träger ist dieses Verhandlungsergebnis das optimalste, was unter den Bedingungen, die der Stavo-Beschluß vorgegeben hat, zu erreichen war,“ erklärt der Vorstand von DAKITS e.V.

---

339 „Können beruhigt in die Zukunft blicken“, HNA vom 25.09.1996

340 Vertrag über die Förderung von Tagesbetreuungseinrichtungen (Kindertagesstätten) freier Träger durch die Stadt Kassel mit Platzkostenzuschüssen, 08.08.1996

341 „Strutwolf: Gleiche Kriterien für alle“, HNA vom 25.11.1998

342 Ebd.

„Als Erfolg unserer Verhandlungen werten wir vor allem, die nun vertraglich vereinbarte relative flexible Verfügbarkeit des Zuschusses, die im Originalentwurf des Jugendamts nicht vorgesehen war, für eine wirtschaftliche Verwendung der Gelder jedoch unabdingbar ist.“ Unter anderem dürfen nun auch Rücklagen für geplante und begonnene Vorhaben im Folgejahr gebildet werden.<sup>343</sup> Es macht eine bessere Ausstattung der Räume, die Einrichtung von Langzeitarbeitsplätzen und eine Reduzierung der Elternarbeit möglich. Sorgenkinder waren noch die Gruppen, die unter Dreijährige betreuen. „Die Forderungen des Dachverbandes nach Einbeziehung der unter dreijährigen Kinder in ein neues Zuschußmodell wurden nicht berücksichtigt.“<sup>344</sup> „Für die gibt es lediglich Zuschüsse aus der Tagespflege und dies nur für besonders Bedürftige wie Studenten und Alleinerziehende. Nicht abgesichert ist außerdem die Stelle von Regine Bodedale (...). Ihre Stelle wird von der Stadt bezahlt, muß aber jedes Jahr neu bewilligt werden.“<sup>345</sup>

Aber auch unter dieses Kapitel kann zwei Jahre später ein vorläufiger Schlusspunkt gesetzt werden. 1998 wird ein Vertrag zwischen der Stadt Kassel und DAKITS e.V. geschlossen, der die Tätigkeiten und die Finanzierung bis zum Jahre 2000 festschreibt. Danach kann der Vertrag unter Einhaltung einer sechsmonatigen Kündigungsfrist gekündigt werden.

Auf der gesetzlichen Grundlage von § 72,3 KJHG (Sicherstellung von Praxisberatung) und § 25 KJHG (Beratung und Unterstützung von Erziehungsberechtigten, die die Förderung von Kindern selbst organisieren) bekommt DAKITS e.V. einen jährlichen Zuschuss zur Deckung der Personal- und Sachkosten in Höhe von 109.000 DM. Dass er über das Jahr 2000 hinaus Gültigkeit haben soll, kann man dem Passus entnehmen: „Der Zuschuß wird im Jahr 2000 den tariflichen Steigerungen des öffentlichen Dienstes entsprechend angepaßt.“

Wie stark der Vertrag mit den kleinen freien Trägern die Kitas von Elterninitiativen entlastet, können wir am Beispiel des Kinderladens Fontanestraße nachvollziehen, eine der ältesten ihrer Art in Kassel. Seit 27 Jahren waren „finanzielle Probleme und die Unsicherheit, ob und in welcher Höhe Zuschüsse von der Stadt zu erwarten sind, (...) ständiger Wegbegleiter.“<sup>346</sup> Und weiter heißt es: „Gelegentlich reichte es für ein neues Musikinstrument. Vieles blieb provisorisch, nur durch

343 „Verträge für freie nichtkirchliche Kindertagesstättenträger“, Pressemitteilung von DAKITS e.V. vom 10.09.1996

344 Ebd.

345 „Können beruhigt in die Zukunft blicken“, a.a.O.

346 „Endlich auch finanzieller Spielraum“, HNA vom 05.07.1997



*Seit 27 Jahren existiert der Kinderladen Fontanestraße. Als freier Träger leistet der Verein seinen Beitrag dazu, daß der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz umgesetzt werden kann.*  
HNA 5.7.1997 (Foto: Lantelmé)

die tatkräftige Unterstützung von vielen Eltern hat der Kinderladen fast drei Jahrzehnte sein Angebot aufrecht erhalten können.“ Nun sorgen langfristige Pläne für Planungssicherheit, so dass nun zusammen von Handwerkern und mit den Eltern eine grundlegende Renovierung angepackt werden konnte. „Die zur Verfügung gestellten Gelder sind nicht frei verfügbar, sondern gebunden an eine Modellkostenrechnung. In den Verhandlungen ist es aber gelungen, den Rahmen der Modellkostenrechnung für jede einzelne Einrichtung gestaltbar zu machen. Das heißt: Personalkosten, Sachkosten und Verwaltungskosten können wechselseitig in einer gewissen Höhe umgeschichtet werden.“<sup>347</sup>

Im Oktober 1997 erlegt Dr. Barthel allen Dezernaten wieder Sparauflagen auf.<sup>348</sup> Ebenfalls 1997 kündigt das Land Hessen an, Gelder aus dem „Sofortprogramm Kinderbetreuung“ drastisch zu kürzen.<sup>349</sup> Regine Bogedale beruhigt in einem Schreiben die Mitgliedseinrichtungen: Von der Kürzung der nichtinvestiven Mittel sei keine Mitgliedseinrichtung betroffen, „da sich alle für die Mittel aus

<sup>347</sup> Bernhard Kreuzer (Vorstandsmitglied von DAKITS) im Rundbrief Juli/August 1996

<sup>348</sup> „Schmerzhafteste Schritte nicht tabu“. HNA vom 22.10.1997

<sup>349</sup> „Land will Zuschüsse sparen“. HNA vom 02.06.1997

### **1998 baut DAKITS e.V. den Service für die Kitas aus.**

Ab 1. Januar bietet DAKITS e.V. einen Komplettservice an, der den Einrichtungen eine professionelle Buchhaltung abnimmt. Acht der inzwischen 27 Mitgliedseinrichtungen nutzen diese Entlastung. „Eine professionelle Buchhaltung, die sowohl die längerfristige Planung als auch die immer schwieriger zu bearbeitenden Verwendungsnachweise gegenüber der Stadt erleichtert, habe sich als ein Bedürfnis herauskristallisiert, so Weitzel.“

„Neuer Service für die kleinen freien Kita-Träger“. HNA vom 05.06.1998.

Für diese Leistungen wird eine Mitarbeiterin eingestellt. Im Juli 2000 nehmen 15 Einrichtungen das Serviceangebot wahr. Wann genau es wieder eingestellt wurde, war nicht mehr zu recherchieren, 2008 existierte es nicht mehr.

Seit einigen Jahren bietet DAKITS e.V. ein Seminar über „Finanzbuchführung, Jahresabschluss und Verwendungsnachweis“ an, so auch 1998 und 1999.

dem Kindergartengesetz entschieden haben, was für Kindergarten- und altersgemischte Gruppen, jedoch nicht für Krabbel- und Hortgruppen möglich ist. Für die im Rahmen des Sofortprogramms entstandenen Hortplätze bei freien Trägern sind laut einer Information des Jugendamtes die gekürzten Mittel noch ausreichend. (...) Kontraproduktiv und gefährdend wird sie sich jedoch auf den weiteren Ausbau der Betreuungsplätze vor allem im Bereich der unter Dreijährigen und Schulkinder auswirken.“<sup>350</sup>

## *Horte für Kinder – ein neues Thema kommt um die Jahrtausendwende in das kommunale Blickfeld*

*„Der Regierungspräsident hat verfügt, grundsätzlich die Einrichtung neuer Hortgruppen unter dem Aspekt des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz, restriktiv zu handhaben.“*

Helge Ludwig, Jugendamt 1996

<sup>350</sup> Regine Bogedale: Keine Reduzierung der Zuschüsse aus dem hessischen Kindergartengesetz im Zusammenhang mit Kürzungen des Hessischen Sofortprogramms“, vom 06.06.1997.

Im August 2000 schreibt Regine Bogedale an den Jugenddezernenten Ingo Groß einen Brief, in dem sie ihn um eine klärende Stellungnahme zu der „widersprüchlichen Entwicklung“ im Hortbereich bittet.<sup>351</sup> Einerseits sei die Verbesserung der Hortsituation eine der Schwerpunkte des Dezernenten, andererseits werde die Bewilligung neuer Hortplätze, die durch Elterninitiativen entstehen, restriktiv gehandhabt. DAKITS e.V. berät in den letzten zwei Jahren „zunehmend Zusammenschlüsse von Eltern, die für ihre Schulkinder zuverlässige Formen der Betreuung auf den Weg bringen wollen“, bei Gründung und Aufbau neuer Betreuungsangebote. Da in letzter Zeit gehäuft Situationen aufgetreten seien, die auf „unklare Voraussetzungen in Bezug auf die Zustimmung zur Einrichtung neuer Hortangebote sowie die Übernahme von Betriebskosten seitens der Stadt Kassel schließen lassen“, sei eine Klärung notwendig. DAKITS geht bislang bei der Beratung von dem Stadtverordnetenbeschluss vom 15.12.1997 aus, „der besagt, dass die Zustimmung nur dann erfolgen kann, wenn im Einzelfall ein Hortplatzbedarf von mindestens einer Gruppe nach den jeweils geltenden Kriterien für die Inanspruchnahme eines städtischen Platzes besteht.“<sup>352</sup>

Um welche Kriterien geht es? Es muss im jeweiligen Schulbezirk zum einen ein Bedarf nachgewiesen werden, zum anderen muss sichergestellt sein, dass damit keine „Überkapazitäten oder eine Konkurrenz für benachbarte Hortangebote zu erwarten ist“, so der stellvertretende Leiter des Jugendamtes zwei Jahre zuvor an den Vorstand der Vereinigung zur Förderung der Schülerinnen und Schüler der Hupfeldschule Kassel e.V.<sup>353</sup> Einschränkend fügt er hinzu: „Neben der Bedarfssituation müssen die städtischen Gremien bei ihrer Entscheidung über die Förderung neuer Hortgruppen auch die Haushaltslage der Stadt Kassel berücksichtigen.“

Auch wenn ein Platz vorhanden wäre, gelten restriktive Zugangsbedingungen für dessen Inanspruchnahme, die in der „Betreuungs- und Tarifordnung für den Besuch der Kindertagesstätten der Stadt Kassel (BTO) vom 08.06.1998“ festgelegt sind. Sie gelten auch für den Besuch von Horten. Darin heißt es in den Ziffern 1 und 2.2.: „Soweit Plätze vorhanden sind, bietet die Stadt Aufnahmemöglichkeiten ,grundsätzlich bei Ausbildung oder Erwerbstätigkeit der Eltern bzw. Sorgeberech-

---

351 Brief von R. Bogedale an Herrn Ingo Groß, Dezernent für Jugend, vom 07.08.2000

352 Ebd.

353 „Förderung von Kindertagesstätten durch die Stadt“, Brief von Helge Ludwig, Jugendamt, an den Vorstand der Vereinigung zur Förderung der Schülerinnen und Schüler der Hupfeldschule Kassel e.V. vom 05.08.1998.

Das Hortangebot der Elterninitiative an der Hupfeldschule wird erst 5 Jahre nach seiner Gründung, d.h. 1999 durch städtische Betriebskostenzuschüsse abgesichert (s.u.).

tigten oder aus sozialen und pädagogischen Gründen.' Das Vorliegen sozialer und pädagogischer Gründe wird dabei durch den Allgemeinen Sozialen Dienst des Jugendamtes überprüft."<sup>354</sup> Das bedeutet, dass die Förderung eines Hortbesuchs, der aus pädagogischer Überzeugung oder aus Gründen der Erweiterung sozialer Kontakte stattfinden soll, nicht vorgesehen ist, und auch dann nicht, wenn ein Elternteil nicht erwerbstätig ist und die Kinderbetreuung übernehmen könnte. Diese Kriterien „gelten aufgrund der vertraglichen Vereinbarungen über die Platzkostenzuschüsse durch die Stadt Kassel auch für die Einrichtungen der freien Träger“.<sup>355</sup>

Wie scharf diese Regelungen kontrolliert wurden, zeigt uns ein Brief vom Jugendamt an DAKITS e.V. im Juli 1997. Hierin wurde berichtet, dass Eltern, die in städtischen Kitas keinen Ganztagsplatz aufgrund fehlender Kriterien erhielten, diesen aber bei einem freien Träger bekamen. Man habe nichts gegen das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern, befürchte aber eine Wanderungsbewegung, die zu höheren Kosten für die Stadt führen könnten. Das Jugendamt sei berechtigt, die bei einer Anmeldung angegebene Begründung für einen Ganztagsplatz durch einen zuständigen Sozialarbeiter des Allgemeinen Sozialen Dienstes prüfen zu lassen. Sollten sich die Begründungen als unzutreffend herausstellen, werde die Bezuschussung eines solchen Platzes nur für einen Halbtagsplatz erfolgen. Ausnahmen gelten für „eingruppige Einrichtungen, die vom organisatorischen Ablauf her Ganztagsplätze anbieten, (dort) werden BKZ auch für Ganztagsplätze in den Fällen gezahlt, in denen die Zugangsvoraussetzungen nicht vorliegen.“<sup>356</sup>

DAKITS e.V. reagierte auf dieses Schreiben mit Empörung und suchte das Gespräch mit dem Jugendamtsleiter. In einem Info-Rundbrief wurden die Mitgliedseinrichtungen über das Ergebnis informiert. Darin hieß es u.a.: „Eingruppige Einrichtungen erhalten weiterhin bis zum Ende der Laufzeit des Vertrages, also bis Ende 2000, Betriebskostenzuschüsse für Ganztagsplätze, auch wenn Kinder betreut werden, deren Eltern den Kriterien der Städt. BTO (...) nicht entsprechen.“<sup>357</sup> Von den anderen Einrichtungen wurde erwartet, dass sie die Voraussetzungen mit Hilfe eines Anmeldebogens abfragen. Und weiter wurde ausgeführt: „Für Einrichtungen, die mehrgruppig sind, aber aufgrund ihrer besonderen konzeptionellen Ausrichtung keine Halbtagsplätze anbieten können, sollen jeweils indi-

354 Ebd.

355 Jugendamt der Stadt Kassel: Kriterien für die Vergabe von Ganztagsplätzen und Dreivierteltagsplätzen in Kasseler Kindertagesstätten, 15.09.1998.

356 Vermerk des Jugendamtes vom 22.09.1997

357 DAKITS-Info-Rundbrief vom 22.09.1997

viduelle Lösungen gefunden werden. „Und schließlich erfuhren die Einrichtungen, dass in den neuen vertraglichen Abmachungen die Bedingungen derart verändert wurden, „daß die BTO-Kriterien für alle Einrichtungen gelten, egal ob ein- oder mehrgruppig.“<sup>358</sup>

Kehren wir zu Bogedales Brief an Ingo Groß zurück. Auch da, wo die Angebote für Kinder nicht zur Verfügung stehen, werde der Antrag auf Förderung abgelehnt. „Die von dieser Praxis betroffenen Initiativen stehen nun vor dem Rätsel, wie allein mit dem Zuschuss von 10.000 DM des hessischen Kultusministeriums und Elternbeiträgen ein Ganztagsbetreuungsangebot einzurichten und aufrecht zu erhalten ist.“<sup>359</sup>

Im gleichen Jahr berichtet die HNA über die Not von Eltern, die im Stadtteil Wilhelmshöhe und dem neu geschaffenen Wohngebiet Marbachshöhe wohnen – sie brauchen dringend eine Nachmittagsbetreuung für ihre Schulkinder. Wieder einmal schließen sich Eltern zusammen und organisieren eine provisorische Betreuung, die aus Raumnot in einem Saal der Fatima-Kirche bis 14:00 Uhr stattfinden kann bzw. muss. „Für die Betreuung nach 14:00 Uhr hätten sich viele Mütter zusammengetan und Kinderfrauen organisiert. ‚Ein unhaltbarer Zustand‘, wie Euler und andere Eltern sagen.“<sup>360</sup> Auch diese Notmaßnahme ist u.a. eine Folge der veränderten Schulpolitik nach dem Regierungswechsel in Wiesbaden, der auch die festen Öffnungszeiten in der Heideschule zum Opfer fielen.

Wie hatte es in den vergangenen Jahren ausgesehen? Erinnern wir uns: Als im Dezember 1994 der Hort „Orte für Kinder“ gegründet wurde, galt diese Elterninitiative für Nordhessen als einzigartiges Projekt.<sup>361</sup> Ebenfalls 1994 hatte eine engagierte Mutter „nicht locker gelassen“ und ein Betreuungsangebot an der Hupfeldschule durch einen Hort durchgesetzt. Es wurde ein Trägerverein gegründet, der bis zu seinem vierjährigen Bestehen mit der Unterstützung von DAKITS

---

358 Ebd.

359 Brief von Bogedale, a.a.O.

Um welchen Zuschuss handelt es sich hier? „Nach dem politischen Wechsel in Wiesbaden war auch die SPD-Idee von der betreuten Grundschule vom Tisch“, konstatiert die HNA im September 2000. („18 Schulen bieten Betreuung an“, HNA vom 04.09.2000) Der politische Wechsel hatte 1999 stattgefunden und löste die SPD/Grünen-Koalition durch eine CDU/FDP-Koalition ab.

Die neue CDU/FDP-Landesregierung setzt ihr eigenes Modell dagegen: eine 100 %ige Unterrichtsgarantie im Laufe der nächsten Jahre und 10.000 Mark pro Grundschule für Betreuungszwecke.

360 „In Wilhelmshöhe fehlen Plätze“, HNA vom 03.11.2000

361 Mario Höbel sagt im Interview über den Hort der Freien Schule „Kind und Kegel“: „Mein Vorgänger bei der Freien Schule, der Kai Boeddinghaus, war als Vater in der Freien Schule, er war einer der ersten, der eine Bezuschussung der Horte mit verhandelt hat. Bevor er angefangen hat, gab es nicht mal ein Viertel von dem, was es heute gibt an Zuschüssen für die Horte. Das war schon auch mit sein Verdienst.“



Mit lustigen Vorführungen unterhielten die Kinder der Hupfeldschule ihr Publikum beim Tag der offenen Tür. (Foto: Lantelmé)

#### BETREUUNGSANGEBOT

## Nicht locker lassen bringt den Erfolg

e.V. 31 Plätze geschaffen hatte.<sup>362</sup> Aufgrund eines flexiblen Systems konnten 38 Kinder betreut werden. Im Januar 1999, also erst fünf Jahre später, entschließt sich der Magistrat, „das Hortangebot der Elterninitiative an der Hupfeldschule durch Betriebskostenzuschüsse in der Zukunft abzusichern.“<sup>363</sup> DAKITS e.V. begrüßte diese Entscheidung, sie sei „darüber hinaus auch wirtschaftlich sinnvoll, denn der geförderte Platzkostenzuschuss liege deutlich unter den Kosten der Stadt für ihre eigenen Hortplätze.“<sup>364</sup>

Im Juli 1996 gründete eine Elterninitiative aus der Notsituation von fehlenden Plätzen heraus den Verein „Bossebande“, der in Eigenregie einen Hort führte. Nachdem er bei der Raumsuche weder vom Jugendamt noch von der Schulverwaltung unterstützt wurde, mietete er schließlich eine Privatwohnung an, in der für maximal 15 Kinder Platz ist. Betreuungszeit war montags bis freitags von

<sup>362</sup> Vgl. „Nicht locker lassen bringt den Erfolg“, HNA vom 17.11.1998. Der Schulleiter äußert bei seiner Rede einen Wunsch nach Betriebskostenzuschüssen durch die Stadt, die die hohen Beiträge senken könnten.

<sup>363</sup> „Längst überfälliger Ausbau des Angebots“, HNA vom 16.01.1999.

<sup>364</sup> Ebd.

7:30 Uhr bis 15:00 Uhr.<sup>365</sup> Zu diesem Zeitpunkt gab es 938 Hortplätze in Kassel, das war eine 13 %ige Versorgungsquote. Damit stehe Kassel im Vergleich zu anderen westlichen Großstädten ziemlich weit vorn, betonte Stadträtin Schmarsow 1996 in einem Interview mit der HNA.<sup>366</sup>

Ein solches Angebot zu loben, ist eine Sache, eine finanzielle Verantwortung dafür zu übernehmen, eine andere. Mehr als ein Jahr später erhielt der Verein trotz Zusage immer noch kein Geld von der Stadt. Ein größerer Elternkredit und monatliche Elternbeiträge von 350 Mark plus Essensgeld konnten den Konkurs abwenden. „Es könne jedoch kein Geld fließen aufgrund der Haushaltslage der Stadt, auf die auch Jugenddezernent Volker Schäfer auf Anfrage verweist: ‚Ich kann mir das Geld nicht schnitzen‘“<sup>367</sup> Der stellvertretende Jugendamtsleiter Helge Ludewig ergänzte, dass der Regierungspräsident verfügt habe, „grundsätzlich die Einrichtung neuer Hortgruppen unter dem Aspekt des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz, restriktiv zu handhaben.“<sup>368</sup> Der Verein erwog, gegen die Stadt zu klagen, denn sobald der Bedarf an Hortplätzen nachgewiesen sei, darf deren Einrichtung nicht an der Haushaltslage scheitern.<sup>369</sup>

Da sich die Stadt vor allem auf ihr Kindertagesstättenprogramm konzentrierte, in dem die Hortplätze einen marginalen Stellenwert haben, mussten sich Eltern, die eine Betreuung ihrer Kinder über die Unterrichtszeit hinaus benötigten, anders behelfen.<sup>370</sup>

Als 1997 die Freie Schule, der Kindergarten Rasselbande und der Kinderhort der Freien Schule „Kind und Kegel“ auf das ehemalige Gelände der Wittich-Kaserne zog, dankte der Schul- und Jugenddezernent Volker Schäfer bei der Eröffnung „den vielen engagierten Eltern, die über Jahre hinweg für die Einrichtung

---

365 Siehe, „Betreuung für Schulkinder“, HNA vom 29.07.1996

366 Siehe, „Das ist eine Frage des politischen Willens“, HNA vom 07.08.1996. Drei Jahre später führt ein Bericht des Jugendamtes über die Situation von Kindertagesstätten in Kassel insgesamt nur noch 901 Hortplätze auf, davon 635 in städtischen Einrichtungen und 266 bei freien Trägern. Als Soll-Wert werden 959 Plätze genannt. Vgl. Jugendamt Kassel: Informationen – zur Entwicklung von Ganztagsplätzen und Entgeltübernahmen, – Bericht über die Kindertagesstättensituation in Kassel, Kassel, März 1999

367 „Immer noch kein Geld von der Stadt“, HNA vom 10.10.1997

368 Ebd.

369 1990 sicherten die überwiegend städtischen 826 Hortplätze eine 12 %ige Versorgungsquote für unter 12-Jährige. Für eine angestrebte 20 %ige Quote fehlten 489 Plätze. Einem Bericht des Jugendamtes aus dem Jahre 1999 wurden aber bis zu diesem Zeitpunkt nur 75 neue Plätze geschaffen.

370 So etwa der „Verein Betreute Grundschule Mergellstraße e.V.“, der 1996 gegründet wurde, um zusammen mit dem Schulverwaltungsamt ein „verlässliches Betreuungsangebot“ auf die Beine zu stellen. Es handelte sich allerdings nicht um eine „echte Alternative zu einem ‚vollwertigen‘ Hortangebot mit längeren Öffnungszeiten (bis 17 Uhr) und umfangreicher Personalausstattung. Denn das gab der städtische Haushalt nicht her. („Verlässliche Betreuung in der Mergellschule“, HNA vom 09.03.1998)

des Hauses gekämpft hatten und mit ihrem Arbeitseinsatz zu einer erheblichen Kostenreduzierung beitrugen.“<sup>371</sup>

Kai Boeddinghaus erzählt im Interview von diesen Kämpfen: „Die Rasselbande war irgendwann zusammen mit der Freien Schule in die Baracke an der Konrad-Adenauer-Straße gezogen. Sie war so runtergekommen, dass ständig die Gefahr der Schließung von Seiten der Stadt drohte. Das spätere Domizil auf dem alten Kasernengelände war noch nicht bezugsfertig. Daher brauchten wir eine Zwischenlösung. Die sollte in der August-Fricke-Schule gefunden werden, sie stand wegen einer anstehenden Sanierung leer. Dafür hatten wir zunächst eine Zusage der Stadt vom Bauamt hinsichtlich der vorübergehenden Nutzung für ein Jahr und eine Zusage über einen Kostenzuschuss vom Jugendamt. Es gab dafür so einen „Feuerwehrtopf“. Beide Zusagen wurden kurz vor den Sommerferien plötzlich zurückgezogen. Wir mussten aber nach den Sommerferien umgezogen sein.

Daraufhin haben wir von Montag bis Donnerstag jeden Tag klunk klunk gemacht, mit acht, neun Eltern mit Löffeln und Töpfen im Rathaus, im Jugendamt, und haben gefragt, hat sich was geändert? Da habe ich gelernt, dass montags



HNA 17.09.1996

*Bislang hatte die Rasselbande die Räume in der Wittichkaserne nur gemietet. Jetzt will der Verein das Haus gerne zusammen mit dem Kinderhort Kind + Kegel kaufen und sanieren.*

*(Archivfoto: Lantelmé)*

<sup>371</sup> „Neuer Spielraum zum Lernen und Entdecken“. HNA vom 13.10.1997

immer Magistratssitzungen sind, die haben wir dann gesprengt und sind von Ort zu Ort gezogen. Das haben wir gemacht bis Donnerstag. Da hatten wir das Geld und auch das Gebäude.“

Aber mit dem klonk klonk war es nicht getan. Dieses Projekt ist ein anschauliches Beispiel, mit welchen Auflagen, Rechtsvorschriften, Förderbedingungen usw. sich Elterninitiativen auseinandersetzen mussten. Als 1996 die drei Initiativen das Gebäude der Kaserne kauften und komplett sanieren wollten, der Bewilligungsbescheid vom Land Hessen über eine Million Mark vorlag und die Sparkasse einen Kredit über 800.000 Mark zugesagt hatte, musste noch die geforderte Eigenleistung von Seiten der Eltern in Höhe von 200.000 Mark erbracht werden, wenn man denn den Landeszuschuss und den Kredit beanspruchen wollte. Die Vereinsmitglieder schlugen dem Arbeitsamt vor, durch zwei vom Bundesministerium bezahlte ABM-Kräfte die erforderliche Eigenleistung zu ersetzen. „Der Sachbearbeiter beim Arbeitsamt hat uns immer Mut gemacht“, erzählt Kai Böddinghaus, der Vorsitzende beider Vereine“ in der HNA.<sup>372</sup> Dann aber tauchten bei der Behörde Bedenken bei der Bewilligung auf: Die ABM-Stellen könnten Handwerksbetrieben Aufträge streitig machen. „Die Handwerkskammer hatte die notwendige Unbedenklichkeitsbescheinigung für die ABM nicht erteilt. (...) Die ABM werden immer weiter ausgeweitet und von den gemeinnützigen Trägern ausgenutzt, das geht so nicht länger“<sup>373</sup> so der Geschäftsführer der Handwerkskammer. Es gäbe jedoch einen Rettungsanker: „Sie könnten sich auf die Suche nach einem privaten Unternehmer machen, der bereit ist, die Arbeiten mit ABM-Kräften auszuführen.“<sup>374</sup>

Ob die Arbeiten schließlich mit ABM-Kräften durchgeführt wurden, erinnert sich Kai Boeddinghaus nicht mehr. „Ein Teil meiner Erinnerungen sagt ja, ein anderer, ein deutliches nein. Sicher ist, dass die Eltern neben dem normalen Engagement in Schule und Kindergarten (Kochen, Putzen) Baustunden leisten mussten: die Eltern aus dem Kindergarten pro Kind 20 Stunden und die Eltern aus dem Hort pro Kind 40 Stunden in dem Baujahr.“

Im gleichen Jahr, im März 1997, organisiert DAKITS e.V. unter dem Thema „Wohin nach der Schule?“ das erste Treffen, dem noch weitere folgen werden, das sich an die VertreterInnen der „Initiativen im Bereich der Schulkindbetreuung“ richtete und an interessierte Eltern und PädagogInnen.

---

372 „Eltern bangen um ABM-Bewilligung“, HNA vom 17.09.1996

373 Ebd.

374 Ebd.

Auf diesem Treffen informiert DAKITS e.V. über folgende Punkte:

- Den realen Bedarf an Betreuungsplätzen für Schulkinder in den Stadtteilen
- Das bestehende Angebot in öffentlichen Einrichtungen
- Alternative Angebote im Bereich der Schulkindbetreuung
- Finanzielle und organisatorische Hilfen für Elterninitiativen und neue Formen der Schulkindbetreuung
- Gemeinsame Schritte zu dem Ziel: Bedarfsgerechter Ausbau der Betreuungsangebote für Schulkinder als zentrales Anliegen der öffentlichen Jugendhilfe<sup>375</sup>

17 Personen nehmen an diesem Treffen teil. Ein Jahr später thematisiert DAKITS e.V. in der AG nach § 78 KJHG die Situation der Elterninitiativen bzw. freien Träger im Bereich Schulkindbetreuung und fordert das Jugendamt auf, „sich mit dem Erhalt der bestehenden Angebote und dem darüber hinaus gehenden ungedeckten Bedarf im Rahmen der Jugendhilfeplanung zu befassen.“<sup>376</sup> Zur Vorbereitung der Gespräche mit dem Dezernenten und Vertretern des Schulamtes lädt DAKITS e.V. wieder zu einem Treffen ein, das sich schließlich als regelmäßiger Erfahrungsaustausch mit dem Thema „Selbstorganisierte Horte/Schulkindbetreuungseinrichtungen“ etabliert. Die Themenvielfalt umfasst u.a.:

- „Die Zusammenarbeit mit den Lehrkräften der Schulen
- Was brauchen Kinder nach der Schule?
- Die Zusammenarbeit von Fachpersonal und Trägereltern bzw. Vorständen
- Der heimliche Lehrplan an den Schulen
- Vor- und Nachteile der räumlichen Nähe zur Schule“<sup>377</sup>

Das Jugendamt bietet in der Folgezeit einen Workshop an, der sich mit „Tagesbetreuung von Kindern in Kooperation von Jugendhilfe, Schule und Jugendarbeit“ befassen soll.<sup>378</sup> „Alle Beteiligten sind sich darüber im klaren, dass

<sup>375</sup> Einladung von DAKITS e.V.

<sup>376</sup> Brief und Einladung von R. Bogedale an Eltern und ErzieherInnen vom März 1998

<sup>377</sup> Einladung zum ersten Treffen der Fachkräfte, Erzieherinnen, Erzieher, pädagogische MitarbeiterInnen Selbstorganisierter Horte/Schulkindbetreuungseinrichtungen vom 29.10.1999

<sup>378</sup> Einladung zur Vorbereitung eines Workshops „Tagesbetreuung von Kindern in Kooperation von Jugendhilfe, Schule und Jugendarbeit“ von V. Strutwolf, Jugendamt der Stadt Kassel vom 14.05.1998. An diesem Workshop

es ein ähnliches Ausbauprogramm wie es für die Kindergartenplätze in den vergangenen Jahren verbunden mit der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz gegeben habe, für die Betreuungsangebote der Grundschule vermutlich nicht geben werde.“<sup>379</sup> Den Workshop hält Regine Bogedale „für eine Chance, die Aussagen der KoalitionspartnerInnen beim Wort zu nehmen, den wachsenden Bedarf und die, zumindest bei den verschiedenen Initiativen schon längst vorhandenen flexiblen Lösungen aufzuzeigen.“<sup>380</sup> Im Juli lädt DAKITS e.V. deshalb alle interessierten Initiativen ein, sich während des Workshops „einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen“.

Die Situation der Eltern verschärft sich noch durch den vom Land Hessen geplanten Wegfall fester Öffnungszeiten von 8:00 bis 13:00 Uhr an Grundschulen. In einem Brief der Elterninitiative Fuldataalbande, Förderverein der Fuldataalschule e.V. an Ministerpräsident Koch werden die Konsequenzen benannt: „Aufgrund dieser gesellschaftlichen Strukturen und des Wegfallens der festen Öffnungszeiten würden zwangsläufig höhere Kosten zur Betreuung der Kinder anfallen. Sinnvolle staatliche Strukturen würden abgebaut und auf die Eltern abgewälzt.“<sup>381</sup> Auch der Jugenddezernent Ingo Groß schließt sich dieser Kritik an. „Er befürchtet, daß (...) der Druck auf die Stadt wachsen werde, eigene Betreuungsangebote zu schaffen. Die Kommune könne aber weder die festen Öffnungszeiten noch neue Hortangebote finanzieren.“<sup>382</sup>

Die Reaktion von hessischen Landtagsabgeordneten mutet ignorant, wenn nicht gar zynisch an: Das neue Modell der Bezuschussung von Schulträgern mit jeweils bis zu 10.000 Mark für Betreuungsleistungen „begrüßen die Landtagsabgeordneten Eva Kühne-Hörmann und Dr. Walter Lübcke. (...) Die Schulträger könnten sich der Unterstützung von Gemeinden, Vereinen und privaten Trägern bedienen. Die beiden Abgeordneten fordern in einer Pressemitteilung auch die Eltern zur Mitarbeit auf. Eine aktive Bürgerschaft zeichne sich dadurch aus, dass Eltern Aufgaben, die vorher der Staat wahrgenommen habe, selbst in die Hand nähmen.“<sup>383</sup>

---

nehmen 12 Personen aus unterschiedlichen Körperschaften und Ämtern teil.

379 Protokoll der Vorbereitung für eine Workshopveranstaltung „Tagesbetreuung von Kindern in Kooperation von Jugendhilfe, Schule und Jugendarbeit“ am 16.06.1998 von V. Strutwolf

380 Brief an Eltern und ErzieherInnen zur Vorbereitung eines Workshops „Tagesbetreuung von Kindern in Kooperation von Jugendhilfe, Schule und Jugendarbeit“ vom 27.07.1998

381 Brief der Elterninitiative Fuldataalbande, Förderverein der Fuldataalschule e.V. an Ministerpräsidenten Koch am 17.07.1999

382 „Grüne: Angebot der Schulen auf Umfeld abstimmen“, HNA vom 29.10.1999

383 Ebd.

Dass das weiterhin geschieht, zeigt ein Artikel in der HNA. Hier erfahren wir, dass der Hortplatzbedarf besonders in den westlichen Stadtteilen stark angestiegen sei. „Den Trend erklärt sich Groß mit gut oder besser ausgebildeten Frauen in diesem Bezirk.“<sup>384</sup> Hier würden an „drei Schulen Elternvereine gegründet, die mit Hilfe von ABM-Stellen hortähnliche Betreuungen anbieten und von den Eltern dafür Entgelte von 100 bis 200 Mark im Monat verlangen.“ Und eins stellt der Leiter des Jugendamtes klar: „Betreute Grundschule und Hortbetreuung seien zwei verschiedene Paar Schuhe. (...) Kinder würden in Horten qualifizierter von Fachkräften betreut, zumal sie auch Mittagessen bekämen. Dies sei mit 10.000 Mark nicht zu machen.“<sup>385</sup>

Zurück auf Anfang? Es sieht fast so aus, als müsste DAKITS e.V. für die Horte die gleichen Auseinandersetzungen aufnehmen wie fast 10 Jahre zuvor für die Kitas. Im November 2001 schildert Regine Bogedale in einer Presseerklärung, dass „bei den freien Trägern, den Vorständen, Eltern und Fachkräften (...) seit einiger Zeit große Unruhe und Unsicherheit“ herrsche.<sup>386</sup> „Massive Kritik und Ärger in Bezug auf die Informationspolitik und die mangelnde Zusammenarbeit des Jugendamtes mit den freien Trägern wurden laut.“ Bogedale schildert weiter, dass das Jugendamt die freien Träger bislang nicht in die Erarbeitung eines neuen Schulkindbetreuungsmodells einbezogen habe. Und weiter heißt es: „Das wenige, was die Verwaltung bisher bekannt gab, flächendeckende Ausweitung der Betreuungsangebote ohne Ausweitung des städtischen Etats, sowie ein Fachkräfteschlüssel von einer halben Stelle für 28 Kinder nähre die Befürchtungen der Träger: Die zukünftig von der Stadt anerkannten und geförderten Personalstandards in Schulkindbetreuungs-Einrichtungen werden einer an pädagogischen Zielen orientierten Arbeit mit den Kindern ein jähes Ende bereiten. Aufbewahrung statt Betreuung, Erziehung und Bildung wäre die Folgen dieser kurzsichtigen Politik.“<sup>387</sup> Schließlich ruft das Vorstandsmitglied Raimund Jäger die Verwaltung des Jugendamtes dazu auf, Eckpunkte und Planungsschritte des Konzeptes im Detail bekannt zu geben als Basis für weitere Gespräche und Verhandlungen mit den freien Trägern. Im Dezember werden schließlich die Eckpunkte vorgelegt. Darin wird festgehalten, folgt man einem Artikel in der HNA vom April 2002, dass eine

384 „100 neue Hortplätze, aber immer noch hoher Bedarf“, HNA vom 27.03.2001

385 Ebd.

386 Pressemitteilung von DAKITS e.V.: Freie Träger von Hort- und Schulkindbetreuungseinrichtungen befürchten unzureichende zukünftige Förderung durch die Stadt Kassel, vom 26.11.2001

387 Ebd.

Betreuung von Grundschulkindern zwischen 8:45 und 11:30 Uhr über eine Unterrichtsverpflichtung gesichert werden müsse. In den Zeiten davor (ab 7:30 Uhr) und danach (bis 13:30 Uhr) stehen etwa im Vorderen Westen, um dessen Situation es in diesem Artikel geht, drei Kitas in evangelischer Trägerschaft zur Verfügung. „Die Hortbetreuung in den Nachmittagsstunden und in den Ferien können von den vorhandenen Horteinrichtungen abgedeckt werden, heißt es.“<sup>388</sup>

Die bisher angebotenen Betreuungen an der Herkulessschule und der Königstorschule müssen u.a. wegen einer auslaufenden ABM-Stelle bzw. einer „dünnen werdenden Lehrer-Personaldecke entfallen. Die vom Land Hessen bereitgestellten ca. 5.000 Euro seien „ein Tropfen auf einem heißen Stein“, so der Schulleiter der Herkulessschule.“<sup>389</sup>

Auch vom Kinderhort Bossebande, der als Elterninitiative gegründet wurde, kommt Kritik an dem städtischen Konzept der Betreuten Grundschule (BG). Die Kritik bezieht sich u.a. auf die nicht eingehaltene Umsetzung der Unterrichtsgarantie, den Personalschlüssel, der nur eine Verwahrung statt qualifizierter Betreuung ermögliche, eine Trennung von BG und Hort und den gesenkten Betriebskostenzuschuss.

Im April 2002 legt das Jugendamt zusammen mit dem Schulverwaltungsamt eine „Zwischenbilanz über die Entwicklung eines Konzeptes zur Betreuung von Grundschulkindern in 11 Kasseler Grundschulbezirken“ vor. Als „Ausgangslage“ schildert der Bericht die seit Beginn des Schuljahres 2000 geltende Förderung der Landesregierung von jetzt 5.113 € pro Jahr für eine Tagesbetreuung von Grundschulkindern pro Schule. Viele Initiativen seien aufgrund dieser Förderung entstanden, hätten die ersten beiden Jahre mit Hilfe von ABM-Stellen das Betreuungsangebot bewerkstelligen können. Für eine weitere Förderung müsste, wie schon bekannt, eine Übernahmeerklärung durch die Träger erfolgen, die aufgrund der unsicheren finanziellen Situation aber nicht gegeben werden könne. „Es besteht die Gefahr, dass Personal für die Betreuung von ca. 150 Kindern nicht weiterbeschäftigt werden kann.“<sup>390</sup>

---

388 „Forderung nach Aufschub abgelehnt“, HNA vom 04.04.2002

389 Ebd.

390 Jugendamt, Schulverwaltungsamt: „Zwischenbilanz über die Entwicklung eines Konzeptes zur Betreuung von Grundschulkindern in 11 Kasseler Grundschulbezirken“, Kassel Mai 2002, S. 1. In dieser Zwischenbilanz werden vorhandene und gefährdete Hortplätze aller Grundschulen aufgeführt.

In der Zwischenbilanz werden verschiedene Angebotsformen genannt:

- Betreute Grundschule,
- Hort, und
- Kombination beider Formen.<sup>391</sup>

Das dann folgende Berechnungsmodell<sup>392</sup> wird von DAKITS e.V. scharf kritisiert. „Das Jugendamt hat ein Berechnungsmodell für die künftige Finanzierung der Horte freier Träger vorgelegt, das die bisherigen Befürchtungen, im Hinblick auf Qualitätseinbußen, weit übersteigt. Unseres Erachtens, und die Rückmeldung einzelner Träger bestätigt diese Auffassung, können Einrichtungen, die sich an Mindestanforderungen orientieren, von dem geplanten Zuschuss nicht existieren.“<sup>393</sup> In einer Presseerklärung<sup>394</sup> wird auf die kontinuierliche Senkung der Betriebskostenzuschüsse für ein Halbtagsbetreuungsangebot hingewiesen, auf die Erhöhung der Mindeststandards und den Wegfall von Mitteln aus dem hessischen Programm „Offensive für Kinderbetreuung“. Früher seien Horte ein Ganztagsangebot gewesen, heute seien Betreuungsstunden nur noch von 13:00 bis 15:00 bzw. 17:00 Uhr vorgesehen. Geplant sei, Hortplätze nur noch für maximal zwei Jahre zu vergeben und auch nur für Kinder von Eltern, die beide berufstätig seien. Stattdessen werde die Betreute Grundschule (BG) eingeführt, die die bisherigen Hortaufgaben in den Vormittagsstunden abdecken soll. Dies geschehe zu schlechteren Bedingungen: 25 Kinder pro Gruppe (statt 20) und nur mit einer halben Fachkraft besetzt. Das bringe jährlich eine 40 %ige Einsparung. Auch gebe es keinen Plan bei Unterrichtsausfall. Auch könne eine Aufsichtsperson allein in den Schulferien keinen Ausflug mit 20 bzw. 25 Kindern machen.

Im Juni 2004 wird DAKITS ein Vertragsentwurf durch das Jugendamt zugestellt, in dem neue Regelungen aufgeführt werden. Sie betreffen BG-Gruppen und Hortgruppen.

391 Erschwerend komme für die Verwaltung, die die Änderungen kostenneutral umsetzen soll, die Verordnung der Hessischen Landesregierung über die Mindestvoraussetzungen beim Einsatz von Personal in den Kindertagesstätten hinzu, die bis Ende 2002 umgesetzt werden müsse. Hier kämen zusätzliche Kosten auf die Hortträger zu. Die Mindestvoraussetzung für Horte verlangt zum einen 1,5 Fachkräfte pro Gruppe und zum anderen, dass die Gruppenstärke 25 Kinder nicht übersteigen darf.

392 Jugendamt der Stadt Kassel vom 03.05.2002: Berechnung der Betriebskostenzuschüsse für die Grundschulkindbetreuung

393 Einladung von DAKITS am 05.03.2002 zum „Austausch über den Stand der Entwicklung im Schulkindbetreuungsbereich insbesondere über das nun veröffentlichte Finanzierungsmodell für den Hortbereich“

394 DAKITS-Presseerklärung vom 03.05.2002

**Demnach beträgt die Förderung:**

- für eine BG-Gruppe (mindestens 15 Kinder, bis 25 Kinder, 3 Zeitstunden am Vormittag) 13.444,98 €. Es werden grundsätzlich keine Miet- bzw. Objektkostenzuschüsse gewährt.
- Für eine Hort I-Gruppe (von 13:00 bis 15:00 Uhr, 20er Gruppe, 1,5 Fachkräfte): 16.289,90 € zzgl. 4.600 € Mietkosten bzw. 2.560 € Objektkostenzuschuss. BG/Hort I-Gruppe: 29.734,88 €.
- Für eine Hort II-Gruppe (von 13:00 bis 17:00 Uhr, 20er Gruppe, 1,5 Fachkräfte): 24.294,56 € zzgl. Miet- und Objektkostenzuschuss wie oben). BG/Hort II-Gruppe: 37.739,54 €.
- Für eine Hort III-Gruppe (von 13:00 bis 19:00 Uhr, 20er Gruppe, 1,5 Fachkräfte): 34.311,43 € zzgl. Miet- und Objektkostenzuschuss wie oben). BG/Hort III-Gruppe: 47.756,41 €.
- Bei einer Belegung der Hortgruppen von mehr als 20 Plätzen pro Gruppe bis zu maximal 25 Plätzen wird der Zuschuss pro Platz um 1.000 € erhöht.
- Mit den Miet- bzw. Objektkostenzuschüssen sind alle Sanierungs- oder Instandsetzungsmaßnahmen abgedeckt.
- Die Beträge werden ab 1.1.2004 dynamisiert

Die Laufzeit des Vertrags endet am 31.12.2005. Er verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn er nicht vorher gekündigt wurde.

### **Verordnung über Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen für Kinder**

*In Hessen tritt im Juli 2001 eine Verordnung über Mindestvoraussetzungen in Kindertageseinrichtungen in Kraft, die die Richtlinien von 1963 ablösen. Auf ihrer Grundlage wird eine Betriebserlaubnis erteilt. Einzelne Punkte sind u.a.:*

- *Der Mindest-Personalschlüssel für Gruppen in Kindertagesstätten wird auf 1,5 Fachkräfte pro Gruppe angehoben.  
(Fachkräfte werden ausführlich definiert)*
  - *Mit der Leitung einer Kindertageseinrichtung darf nur eine Fachkraft betraut werden*
  - *Die Zahl der angemeldeten Kinder pro Gruppe soll*
    - *in Gruppen mit Kindern bis zum vollendeten 2. Lebensjahr 10 Kinder*
    - *in Gruppen mit Kindern ab dem 2. bis zum vollendeten 3. Lebensjahr 15 Kinder*
    - *Schuleintritt bis zum vollendeten 14. Lebensjahr 25 Kinder*
- nicht überschreiten. Die Teilung des Platzes ist möglich unter der Voraussetzung, dass beide Kinder nicht gleichzeitig anwesend sind.*

*Bei altersübergreifenden Gruppen mit Kindern bis zum 14. Lebensjahr ist die Gruppenstärke individuell festzulegen, soll aber nicht mehr als 20 Kinder betragen.*

## Verhandlungsmarathon über die Fortsetzung des Vertrages

*Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren in alterserweiterten Gruppen werden im Rahmen des neuen Vertrages zum ersten Mal in die reguläre Förderung mit einbezogen.*

Presseerklärung

Die 1996 geschlossenen Verträge zwischen freien Trägern und der Stadt Kassel über Betriebskostenzuschüsse von Kitas laufen Ende 2000 aus. Schon früh nimmt DAKITS e.V. die Verhandlungen um eine Fortsetzung des Vertrages auf. Wie sich herausstellt, bergen diese Verhandlungen abermals großes Konfliktpotenzial.

Einer der strittigen Punkte ist die Tatsache, dass das Jugendamt die bisherigen Modellkostenberechnungen nicht mehr akzeptieren will, da sich die Höhe der Verwendungsnachweise der einzelnen freien Kita-Träger als zu unterschiedlich erwiesen hat.<sup>395</sup> Das Jugendamt schlägt deshalb vor, ab 2001 eine Betriebskostenbezuschung als „Anteilsfinanzierung“ zu wählen, bei der „eine bisherige detaillierte Mittelnachweisung entfallen“ würde. Sie würde eine 10 %ige Kürzung der Zuschüsse bedeuten, der genaue Nachweis der Mittelverwendung würde entfallen. Einrichtungen müssten „sich nicht in die Karten gucken lassen“.<sup>396</sup> Als jährlichen Zuschuss schlägt das Jugendamt 4.800 DM für einen Ganztagsplatz vor, für einen Dreivierteltagsplatz 4.200 DM und 3.600 DM für einen Halbtagsplatz.

Raimund Jäger vom DAKITS-Vorstand erklärt in einer Pressemitteilung die Verhandlungen als gescheitert. Nicht nur sei die zehnprozentige Kürzung der Betriebskostenzuschüsse auf 4.800 DM nicht akzeptabel, auch sei nicht hinzunehmen, „daß die Stadt Kassel Plätze für unter Dreijährige vorhält und finanziert, dies aber den freien Trägern versagt, obwohl gemäß dem hessischen Kindergartengesetz die öffentliche Hand nur dort tätig werden darf, wo kein freier Träger die Aufgabe wahrnimmt (Subsidiaritätsprinzip für Trägervielfalt).“<sup>397</sup>

In einem Brief an den Oberbürgermeister, alle Fraktionen des Stadtparlaments, die Jugendamtsleitung und die Evangelische Kirche legt Jäger noch einmal den Sachverhalt aus der Sicht von DAKITS dar. Ergänzend macht er deutlich, dass im bisherigen Vertrag als Kosten eines Ganztagsplatzes 9.280 DM zugrunde gelegt

<sup>395</sup> Jugendamt der Stadt Kassel: „Bisherige Verhandlungen mit DAKITS e.V. über einen Fortbestand der abgeschlossenen Verträge über die städtische Förderung von Kindertagesbetreuungseinrichtungen“ vom 03.12.1999

<sup>396</sup> „Freie Träger geraten in Gefahr“, HNA vom 17.01.2000

<sup>397</sup> „Vertrag über Betriebskostenzuschüsse ab 2001 für freie Kita-Träger“, DAKITS-Presseerklärung vom 11.01.2000

waren. „Im Erziehungshilfeausschuß gab das Jugendamt an, sie lägen bei 10.267 DM, andererseits argumentiert das Amt, die bisherigen Platzkostenzuschüsse wären um 10 % zu hoch. Diese Schizophrenie ist aus Sicht der DAKITS-VertreterInnen der Hintergrund für das Scheitern der Vertragsverhandlungen.“<sup>398</sup>

In einem Gespräch mit dem Dezernenten Groß wird beschlossen, dass das Jugendamt eine nachvollziehbare Berechnungsgrundlage für den Kürzungsvorschlag erstellt und DAKITS e.V. zukommen lässt. Die in der Folgezeit für alle freien Träger gelieferten Berechnungsgrundlagen werden von DAKITS e.V. aus verschiedenen Gründen einige Male zurückgewiesen und wiederum neu erstellt. Vor allem geht es um die unterschiedlichen Betriebsbedingungen freier kirchlicher Träger und der nichtkirchlichen kleinen Träger. Schließlich kommt es nach vielen Gesprächen und Abstimmungen zu einem Kompromiss, der in einem neuen Vertrag festgehalten wird.

In der Entwurfsfassung vom 03.11.2000 heißt es unter den Fördervoraussetzungen nun: „Gefördert werden Kindertagesstättenplätze, d.h. Plätze für unter Dreijährige, Kindergartenplätze (Plätze für Kinder vom vollendeten dritten Lebensjahr an bis zum Schuleintritt) und Hortplätze (Plätze für Kinder im Grundschulalter).“<sup>399</sup>

Der Kreis der förderungswürdigen Kinder wird auf die eingeschränkt, deren Eltern nachweislich gemeinsam mit wenigstens einem Sorgeberechtigten ihren Erstwohnsitz in Kassel haben. Außerdem soll der Anteil unter Dreijähriger in alterserweiterten Gruppen im Durchschnitt nicht mehr als ein Drittel der tatsächlichen Belegung betragen. Damit ist die Förderung reiner Krabbelgruppen faktisch ausgeschlossen.

Der Platzkostenzuschuss beträgt nun in alterserweiterten Gruppen mit 15-18 Plätzen für einen Ganztagsplatz (mindestens 38 Wochenstunden Betreuungsumfang) 4.800 DM bzw. 2.450 €, für einen Dreivierteltagsplatz (mindestens 30 Stunden) 4.080 DM bzw. 2.090 €, für einen Halbtagsplatz (mindestens 20 Stunden) 3.600 DM bzw. 1.840 €. Die gleichen Zuschüsse sind für eingruppige Kindergärten oder Horteinrichtungen mit 12-18 Plätzen vorgesehen.

Eingruppige Kindergarteneinrichtungen mit mindesten 20 Plätzen sowie zweigruppige mit Kindergarten- und/oder Hortplätzen sowie und/oder Alters-

398 „Vertrag über Betriebskostenzuschüsse ab 2001 für freie Kita-Träger“, Brief von DAKITS an alle Rauthaus-Fraktionen, den OB, das Jugendamt und die Evangelische Kirche, vom 14.01.2000

399 Jugendamt der Stadt Kassel: Vertrag (Entwurf vom 03.11.2000) über die Förderung von Tagesbetreuungseinrichtungen (Kindertagesstätten) freier Träger durch die Stadt Kassel mit Platzkostenzuschüssen bzw. Betriebskostenzuschüssen

erweiterung erhalten 4.300 DM/2.200 € für einen Ganztagsplatz, 3.655 DM/1.870 € für einen Dreivierteltagsplatz und 3.250 DM/1.660 € für einen Halbtagsplatz.

Für drei-, vier- oder fünfgruppige Einrichtungen mit Kindergarten und/oder Hortplätzen sowie eingruppige Einrichtungen mit mindestens 20 Hortplätzen sind für einen Ganztagsplatz 4.500 DM/2.300 € vorgesehen, für einen Dreivierteltagsplatz 3.825 DM/1.960 € und für einen Halbtagsplatz 3.375 DM/1.730 €.

Die Platzkostenzuschüsse werden lt. Vertrag ab Januar 2003 dynamisiert. Anfallende Mietkosten bzw. Kreditkosten im Zusammenhang mit dem Erwerb von Räumen werden pauschal mit 9.000 DM/4.600 € pro Gruppe und Jahr bezuschusst. Befinden sich die Einrichtungsräume im Eigentum des Trägers, sinkt der jährliche Zuschuss auf 5.000 DM/2.360 €. Damit sind sämtliche anfallende Renovierungs-, Sanierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen abgedeckt.

Eingruppige Einrichtungen, die aus Gründen des organisatorischen Ablaufs nur Ganztagsbetreuung anbieten, werden von den Zugangskriterien (BTO der Stadt Kassel) ausgenommen. Im Vertragsentwurf wird weiterhin als Standard für Personalkosten ein Personalschlüssel von 1,5 pädagogischen Fachkräften pro Gruppe mit 20 Kindern angegeben. Die Verwendungsnachweise entfallen, alle Originalbelege müssen aber 5 Jahre in der Einrichtung für eine Prüfung, die sich die Stadt vorbehält, aufbewahrt werden.<sup>400</sup> Die Vertragslaufzeit gilt bis Ende 2005.

In einer Presseerklärung des Jugendamtes Kassel<sup>401</sup> heißt es zusammenfassend: „Mit einem Beschluss hat die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 05.02.2001 dem Abschluss neuer Verträge zwischen der Stadt Kassel und den freien nichtkirchlichen Kindertagesstättenträgern über die Zahlung städtischen Betriebskostenzuschüsse zugestimmt. Von den jetzt vereinbarten Regelungen sind ca. 1.200 der insgesamt ca. 6.000 Plätze in ca. 100 Kindertagesstätten in Kassel betroffen. Mit dem jetzt erzielten Ergebnis wird ein Schlusspunkt unter zweieinhalbjährige intensive Verhandlungen zwischen Stadt Kassel und DAKITS

---

400 Demgegenüber beteuerte das damalige Vorstandsmitglied Raimund Jäger im Interview: „Die Betriebskosten-nachweise waren immer sehr mühsam und grauenhaft lang, das sind sie glaube ich bis heute. Und ich habe dann immer den Vergleich gezogen zur Schule, weil es da ja reicht, wenn ein Kind an einem bestimmten Stichtag einen Vertrag mit der Schule hat. Und darauf hin fließt Geld. Das eine ist Sozialministerium, das andere Kultusministerium, das ist der einzige Unterschied. Das gab's in den Kitas eben nicht, was da an Fragen gestellt wurde: nach Öffnungszeiten, nach Berufstätigkeiten der Eltern, nach was nicht allem. Und betriebswirtschaftlich, wofür man das Geld ausgibt, wie viel man für die Erzieherinnen bezahlt, fürs Haus usw., das war immer sehr lang und für meine Begriffe völlig überflüssig. (...) Das nachhaltig zu vereinfachen, ist mir nicht gelungen.“

401 „Förderung von Kindertagesstätten freier Träger durch die Stadt Kassel“, undatiert. Sie erscheint am 17.02.2001 in der HNA: „Vertrag sichert Zuschüsse für freie Träger bis 2005“

e.V. als Interessensvertretung der ca. 40 in Frage kommenden Einrichtungen gesetzt. Der neue Mustervertrag, der zunächst bis Ende 2005 Gültigkeit besitzen soll, bezieht erstmals die im Rahmen des geförderten Platzbestandes in Kassel bislang nicht berücksichtigten Plätze für unter Dreijährige in alterserweiterten Gruppen in die Förderung mit ein. (...) Die Einbeziehung der rd. 70 in Frage kommenden Plätze für unter Dreijährige wird so möglich, ohne den Gesamtansatz der Betriebskostenzuschüsse auszuweiten.“

Für DAKITS e.V. bleibt der im Stavo-Beschluss formulierte Ausschluss der Förderung von Krippen- und Krabbelgruppen unverständlich und nicht hinnehmbar. Während das Land Hessen durch neue Förderprogramme gerade auch die Entstehung von Krippen- und Krabbelgruppenplätzen fördern wolle, würde den wenigen Krabbelgruppen in Kassel mit diesem Ausschluss die Existenzberechtigung abgesprochen.<sup>402</sup>

DAKITS e.V. thematisiert die Finanzierung reiner Krabbelgruppen immer wieder. Während 70 bis 80 Plätze für unter Dreijährige in 13 altersgemischten Einrichtungen gefördert werden, bekommen reine Krabbelgruppen immer noch keine Zuschüsse. „DAKITS fordert die Aufhebung des Ausschlusses der Förderung von Krabbelgruppenplätzen und zusätzlichen Plätzen für unter Dreijährige. Auch in Kassel muss durch eine realistische Bedarfsplanung und umfassende Förderung der Angebote für Kinder unter drei Jahren der familienpolitischen Bedeutung dieser Betreuungsangebote Rechnung getragen werden“, so Regine Bogedale.<sup>403</sup>

### **2002: Qualitätssicherung in Kindertagesstätten – In-House-Angebot**

*Es geht um die Analyse und Verbesserung von internen (Eingewöhnungszeit, Bring- und Abholpraxis usw.) und externen Prozessen (Öffentliche Präsentation, Kommunikation mit Eltern), pädagogische Ausrichtung, Kompetenzen, Aufgabenverteilung usw.*

<sup>402</sup> Pressemitteilung: „Neuer Vertrag über Platzkostenzuschüsse der Stadt Kassel an freie nichtkirchliche Träger“ vom 16.02.2001

<sup>403</sup> „DAKITS: Krabbelplätze finanziell fördern“. HNA vom 20.06.2002

## *Finanzierung und Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige<sup>404</sup>*

*„Für die CDU begründete Heike Mattern die Ablehnung des Grünen-Antrags durch ihre Fraktion damit, dass Kleinkinder ‚Zuwendung und Liebe in der eigenen Familie‘ bekommen müssten und nicht in Krabbelgruppen.“*

HNA vom 19.06.2002

Die Förderung von Plätzen für unter Dreijährige in altersgemischten Gruppen, die 2001 zum ersten Mal in die reguläre Bezuschussung von Betriebskosten mit einbezogen werden, bezieht sich lt. Stadtverordnetenbeschluss allerdings nur auf die Plätze, die vor 2001 geschaffen wurden. „Dies sind 70 - 80 Plätze in 13 Einrichtungen“, wie Regine Bogedale in einer Pressemitteilung ausführt.<sup>405</sup>

Im Februar 2002 informiert DAKITS e.V. seine Mitgliedseinrichtungen über ein neues Förderprogramm des Landes Hessen, das 2001 startete: „Offensive für Kinderbetreuung“, in der neben Projekten im Bereich der Schulkinderbetreuung insbesondere neue Betreuungsplätze für unter dreijährige Kinder, also auch reine Krabbelgruppen, gefördert werden. Es gilt zunächst bis Dezember 2005. Neben baulichen Vorhaben werden Plätze in Krippen und Krabbelstuben mit einer über 8-stündigen Öffnungszeit mit 500 Euro pro Platz und Jahr gefördert, mit einer mindestens 6-stündigen Öffnungszeit mit 400 Euro und mit weniger als 6 Stunden Öffnungszeit mit 200 Euro.<sup>406</sup> „Die Vergabe wird an die Jugendämter der Städte und Gemeinden delegiert werden, die die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit mit den Trägern von Einrichtungen und Angeboten sowie mit den Eltern abstimmen“, heißt es im Staatsanzeiger für das Land Hessen. Da ein solcher Zuschuss nicht kostendeckend sein kann, erwartet die Landesregierung, dass sich die Gebietskörperschaften „im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit“ an den Kosten beteiligen.<sup>407</sup>

Die hessische Sozialministerin Silke Lautenschläger veröffentlicht 2002 in

404 Dieses Kapitel veranschaulicht sehr drastisch, dass es in gesetzlichen Neuerungen oder Förderprogrammen keinen automatischen „Top-down“-Verlauf der verschiedenen Ebenen von Bund-Länder-Kommunen gibt. Förderprogramme werden aufgelegt, die von den Kommunen nicht unterstützt werden, neue Gesetze (Tagesausbaubetreuungsgesetz) werden erlassen, deren Realisierung an Sparauflagen vom Regierungspräsidium scheitern usw. 405 Pressemitteilung vom 17.01.2002

406 DAKITS Brief an Mitgliedseinrichtungen vom 12.02.2002

407 Im Herbst erreicht die Stadt- und Kreistagsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen ein Brief von deren Sozialpolitikerin Evelin Schönhut-Keil und der parlamentarischen Referentin Bettina Schreiber. „In diesem Jahr stehen insgesamt 9,9 Millionen Euro Landesmittel in der sogenannten „Offensive für Kinderbetreuung“, zur Förderung von Betreuungsangeboten zur Verfügung. Das ist angesichts des bestehenden Bedarfs viel zu wenig und macht deutlich, dass in Hessen konkrete Politik für Kinder und Familien nicht stattfindet“. Brief von E. Schönhut-Keil und Bettina Schreiber vom 26.09.2002

### **„Offensive für Kinder“ – ein Förderprogramm des Landes**

**Hessen 2001** Quelle: Staatsanzeiger für das Land Hessen, 13.08.2001, S. 2891

*Neben den Landesleistungen nach dem Hessischen Kindergartengesetz, die diesen Fach- und Fördergrundsätzen vorgehen, legt das Land ein Förderprogramm auf, das sich insbesondere auf die Schaffung neuer Plätze in Einrichtungen zur Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren und von Schulkindern bezieht sowie auf die Förderung qualifizierten Tagespflegepersonen. Die Vergabe wird an die Jugendämter der Städte und Gemeinden delegiert werden, die die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit mit den Trägern von Einrichtungen und Angeboten sowie mit den Eltern abstimmen.*

*Gefördert werden bauliche Vorhaben (1.500 Euro je Platz, jedoch nicht mehr als 25.000 Euro). Vorrangig wird die Errichtung von Plätzen für Kinder unter drei Jahren und für Schulkindern gefördert.*

*Qualifizierte Tagespflegepersonen erhalten eine Pauschale von 200 Euro pro Halbjahr, insbesondere zur Ermöglichung der Alterssicherung.*

*Krippen mit einer für eine mehr als 8-stündigen durchgehenden Öffnungszeit mit Mittagsverpflegung erhalten 500 Euro pro Platz und Jahr. Bei einer durchgehenden Öffnungszeit von mindestens 6 Stunden einschließlich Mittagsversorgung sind es 400 Euro, bei unter 6 Stunden 200 Euro.*

*Für neu geschaffene Plätze verdoppelt sich die Förderung im ersten Jahr. Für die Förderung eines Integrationsplatzes werden zusätzlich 1.500 Euro pro Jahr veranschlagt.*

*Die Zuwendung für einen Hortplatz mit Mittagsversorgung beträgt 300 Euro pro Platz und Jahr, mindestens zweistündige Teilzeitbetreuungsangebote im Anschluss an ein schulisches Betreuungsangebot werden mit 200 Euro pro Platz und Jahr gefördert.*

*Sonstige Angebote wie Mittagstische für Schüler, sozialpädagogische Schülerhilfen und Spielkreise, Tagesbetreuung in den Ferien und an Samstagen, Platzsharing werden nachrangig mit 50 % der angemessenen Ausgaben gefördert. Ebenso können Modellvorhaben, Beratungsdienste und Vereine mit landesweitem Wirkungskreis mit 50 % der Ausgaben als Projektförderung bedacht werden.*

*Die Gebietskörperschaften sollen sich im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit an den Kosten der Tagesbetreuung von Kindern beteiligen.*

*Dieses Programm tritt am 31. Dezember 2005 außer Kraft. Es wird in der Folgezeit mehrmals neu aufgelegt. „Die Landesregierung setzt das Programm weiter fort und hat hierfür die Haushaltsmittel von 8.180.670 Euro im Jahr 2001, 9.910.000 Euro im Jahr 2002 auf jeweils 10.500.000 Euro in den Jahren 2003 und 2004 aufgestockt. Im Jahr 2005 wurde der Ansatz auf 14.000.000 Euro weiter erhöht,“ heißt es im 4. Familienbericht des Hessischen Sozialministeriums.*

Hessisches Sozialministerium. Vierter Familienbericht. Wiesbaden, Nov. 2005. S. 18

3. Auflage den „Leitfaden für Elterninitiativen. Darin ist ein Schaubild enthalten, das die aktuellen Fördermodalitäten aufzeigt:<sup>408</sup> Hieraus geht hervor, dass „Krabbelstuben“ und Krippen keine Pauschalen durch das Hessische Kindergartengesetz bekommen. Die Offensive für Kinderbetreuung bezuschusst neue geschaffene Plätze im ersten Jahr mit einer doppelten Pauschale.

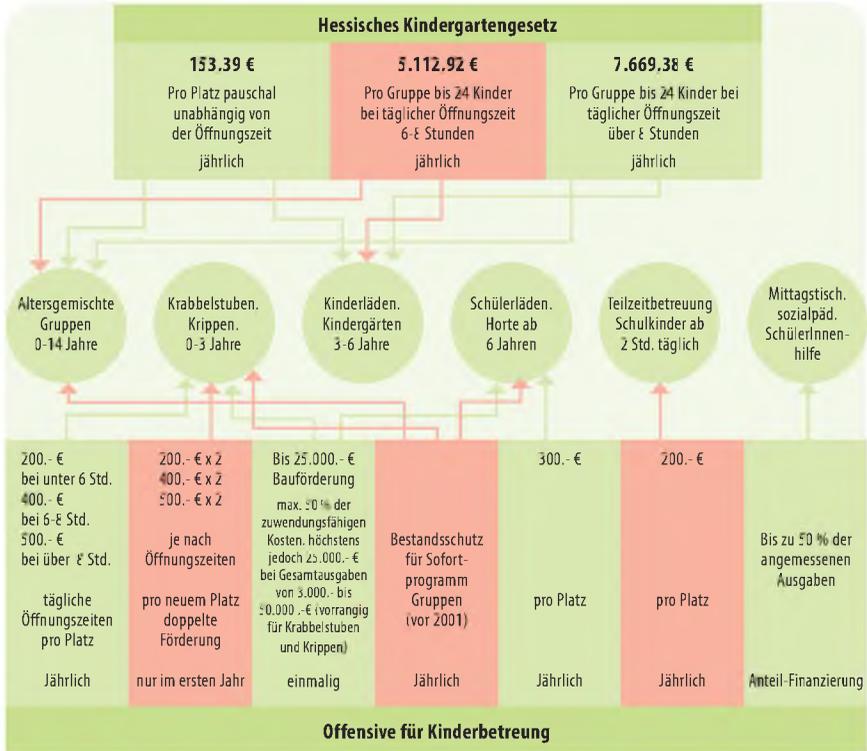
Aber wie sieht es mit der Bereitschaft in Kassel aus, sich „im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit“ an den Kosten zu beteiligen? Im gleichen Jahr lehnt die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel einen Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN ab, „wonach der Magistrat aufgefordert werden sollte, das Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren bei freien Trägern in altersgemischten Gruppen und Krabbelgruppen bedarfsgerecht auszubauen und dafür die Finanzierung sicherzustellen.“<sup>409</sup>

Bürgermeister und Jugenddezernent Groß lehnt den Antrag aus finanziellen Gründen ab, er räumt der Grundschulbetreuung Priorität ein, zudem sieht er im Bereich der Betreuung unter Dreijähriger keinen Bedarf. Die CDU lässt durch Heike Mattern wissen, dass Kleinkinder der Liebe in der eigenen Familie bedürfen, für sie ein Grund, keine weiteren Betreuungsplätze anzubieten bzw. Krabbelgruppen und Krippen zu finanzieren.

„Volkhardt Strutwolf“, so die HNA, „Leiter des Jugendamts Kassel, bestätigt, dass es zurzeit eine Priorität für die Förderung von Betreuungsplätzen von Grundschulkindern gäbe. Fakt sei jedoch auch, dass die Träger der Kindergruppe wußten, dass es keinen Zuschuss für neu eingerichtete Plätze für unter dreijährige

<sup>408</sup> Hessisches Sozialministerium. Ressort für Familie, Gesundheit, Frauen, Soziales und Arbeit (Silke Lautenschläger). Leitfaden für Elterninitiativen. 2002 (3. Auflage)

<sup>409</sup> „Ingo Groß: Priorität hat Grundschulbetreuung“. HNA vom 19.06.2002



Kinder geben würde.,Das Risiko sind sie eingegangen."<sup>410</sup>

Ein Jahr später, 2003, wird dennoch „die finanzielle Absicherung aller Plätze für unter dreijährige Kinder in Kindertageseinrichtungen und die Erarbeitung eines Konzepts zum Ausbau des Betreuungsangebots“ in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.<sup>411</sup> DAKITS e.V. fordert nun die Verwaltung auf, den Beschluss zügig umzusetzen. Schließlich sei im hessischen Programm „Offensive für Kinderbetreuung“ der Ausbau dieser Betreuungsplätze zu einem familienpolitischen Ziel erklärt worden.

Im Protokoll eines Trägertreffens bei DAKITS e.V. wird ergänzt: „In der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU-Fraktion und Bündnis 90/DIE GRÜNEN und den Haushaltsvereinbarungen für 2004/2005 ist ein Etat von 250.000 € für den Ausbau

<sup>410</sup> „Wie lange rappelt es noch in der Kiste?“, HNA vom 16.06.2003. Hier wird auf die Kita „Rappelkiste“ Bezug genommen.

<sup>411</sup> „DAKITS: Warten auf Zuschuss“, HNA vom 27.06.2003

vorgesehen. Im Rahmen von Haushaltsberatungen im neuen Jahr wird es eine Entscheidung darüber geben, ob das Geld zur Verfügung gestellt wird. Die bereits bestehenden Plätze für Kinder unter 3 Jahren, die bisher noch keine Förderung erhalten haben, sollen im neuen Jahr in die Bezuschussung durch die Stadt Kassel einbezogen werden.“<sup>412</sup>

Zunächst soll eine Bedarfsanalyse erstellt werden sowie die Erarbeitung pädagogischer Betreuungskonzepte. Die Stadt Kassel erteilt Prof. Werner Thole von der Universität Kassel den Auftrag, eine differenzierte Bedarfsanalyse über den Bedarf an Betreuungsplätzen für unter Dreijährige zu erstellen. Die Stadt will sich damit auf den Verfassungsauftrag vorbereiten, der die Länder bzw. Kommunen in den nächsten Jahren durch ein Tagesbetreuungsausbaugesetz in die Pflicht nehmen wird.<sup>413</sup>

Der Stadtverordnetenbeschluss vom Juni 2003 ist nicht in dem Sinne bindend, dass nun die Finanzierung von Plätzen für unter Dreijährige gesichert wäre. Im Oktober 2004 kann DAKITS e.V. seine Mitgliedseinrichtungen endlich über eine „Beschlussvorlage zum bedarfsorientierten Ausbau institutioneller, bildungsorientierter Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren“<sup>414</sup> informieren, die in einer der nächsten Magistratssitzungen entschieden werden soll. Fachberaterinnen verschiedener Trägerverbände und DAKITS e.V. waren an der Erarbeitung der Vorlage beteiligt. „Unsere besondere Absicht war es deutlich zu machen, dass wir in den Einrichtungen, in denen Kinder unter drei Jahren betreut werden, konzeptionelle und finanzielle Rahmenbedingungen brauchen, die den besonderen Bedürfnissen der Kinder dieser Altersstufe nach Pflege und Zuwendung gerecht werden.“

Der Beschluss weicht in den Platzkostenzuschüssen nur gering von den bisherigen ab:

- 2.470 € für einen Ganztagsplatz
- 2.108 € für einen Dreivierteltagsplatz
- 1.855 € für einen Halbtagsplatz

412 Protokoll des Trägertreffens am 14.12.2003 bei DAKITS. Die Koalition zwischen GRÜNEN und CDU bestand in Kassel zwischen 2003 und 2005.

413 In dem Referentenentwurf zum TAG wird lt. Thole den Bundesländern auferlegt, ab Inkrafttreten des Tagesbetreuungsausbaugesetzes im Jahre 2005, spätestens jedoch bis 2010, „für Kinder unter drei Jahren und im schulpflichtigen Alter bedarfsgerechte Angebote an Plätzen in Tageseinrichtungen und in Tagespflege vorzuhalten“. Jugendämter oder von ihnen beauftragte Stellen werden verpflichtet, Eltern über das Platzangebot und die pädagogischen Konzepte zu informieren und bei der Auswahl zu beraten.

414 InfoBrief vom 01.10.2004

### **Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG)**

*„Zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung insbesondere für Kinder unter 3 Jahren wurde im Dezember 2004 das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) verabschiedet. Das zum 1. Januar 2005 in Kraft getretene Gesetz sah bis 01.10. 2010 die Schaffung von bundesweit 230.000 zusätzlichen Plätzen in Kindertagesstätten, Krippen oder bei Tagesmüttern vor. Rund 160.000 Plätze davon sollten in Kindertageseinrichtungen, rund 70.000 in der Kindertagespflege entstehen. Der Förderungsauftrag von Tageseinrichtungen zu Erziehung, Bildung und Betreuung wurde durch die Formulierung von Qualitätsmerkmalen stärker konkretisiert und auf die Kindertagespflege ausgedehnt, die sich zu einer gleichrangigen Alternative entwickeln sollte. Fördermaßnahmen und Maßnahmen zur Qualifizierung von Tagespflegepersonen wurden in § 23 beschrieben. Das zum 01.10. 2005 in Kraft getretene „Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe“ (KICK) setzte in § 43 die Erlaubnis zur Kindertagespflege neu fest und führte das TAG weiter aus.“*

Deutscher Bildungsserver. [www.bildungsserver.de/Tagesbetreuungsausbaugesetz-TAG--2692.html](http://www.bildungsserver.de/Tagesbetreuungsausbaugesetz-TAG--2692.html)

Die Mietkostenpauschale bleibt wie bisher. Der Stellenschlüssel von 1,5 Fachkräften pro Gruppe kann zwar in der ersten Ausbauphase nicht angehoben werden, soll aber durch einen pauschalen Zuschlag von 1.000 €/850 €/750 € pro Platz für unter 1 ½-Jährige ergänzt werden. Bis Ende 2005 soll eine Auswertung der Ausbauphase erfolgen.<sup>415</sup>

In seiner Beschlussvorlage beruft sich das Jugendamt auf die Studie von Prof. Werner Thole. Danach sei ein unmittelbarer und aktueller Bedarf von rund 300 Plätzen festgestellt worden. „Vor dem Hintergrund, dass ein bedarfsgerechter Ausbau der Betreuungsplätze bis zum Jahr 2010 gesetzlich bundesweit festgelegt werden soll, stellt diese Untersuchung einen Vorgriff bzw. Einstieg dar, um den Betreuungsbedarf ermitteln zu können.“<sup>416</sup> Da bereits seit 2001 ein „Altbestand“ von rund 70 Plätzen für unter Dreijährige in alterserweiterten Gruppen bezuschusst werde, „sollen neue Plätze ebenfalls mit Zuschüssen in derselben Höhe in die Förderung mit einbezogen werden.“

<sup>415</sup> Vgl. Beschlussvorlage des Jugendamts/Arbeitsgruppe „Betreuung für unter Dreijährige“ vom 09.07.2004  
<sup>416</sup> Ebd.

Thole kommt zum Ergebnis, dass „aktuell gut 50 % der Eltern und Elternteile von unter dreijährigen Kindern bei einem entsprechenden Angebot und bei Erfüllung entsprechender Rahmenbedingungen ihre Kinder ab einem Alter von ungefähr anderthalb Jahren gerne auch außerhalb der Familie bildungsorientiert betreut sähen.“<sup>417</sup> Von 714 Kindern wurde für 185 ein Bedarf genannt, 151 Kinder seien aktuell betreut. In einer abschließenden Bedarfsprognose werden auf der Basis von 50 %igem Betreuungswunsch und den Kinderzahlen vom Dezember 2003 für bis zu Dreieinhalbjährigen ein Bedarf von 1349 Betreuungsplätzen genannt.

Die Studie stellt für die verschiedenen Stadtteile unterschiedliche Betreuungswünsche fest. Dieser Befund korrespondiere mit dem Wunsch von Frauen „mit einer hohen Berufsaspiration“ und Eltern mit „einer klar ausgeprägten, hohen Bildungsorientierung“ und einem „Gefühl für die Bedeutung institutionell gesteuerter sozialer Integrationsprozesse“, während in den anderen Stadtteilen Eltern mit einem Migrationshintergrund aus dem muslimischen Kulturkreis nicht nur gegenwärtig signifikant weniger Betreuungseinrichtungen in Anspruch nehmen, sondern auch in deutlich geringerem Maße einen solchen Wunsch äußerten.<sup>418</sup>

Diesen letzten Punkt spricht auch die AG Betreuungsformen, der Regine Bogedale angehört, in ihrem Vorschlag für eine Beschlussformulierung im Jugendhilfeausschuss an: „Der durch die Studie belegte verhältnismäßig geringe Bedarf an Betreuung für Kinder unter 3 Jahren von Eltern mit Migrationshintergrund verweist auf einen besonderen Aufklärungsbedarf dieser Eltern. Gerade Kindern mit Migrationshintergrund bietet die frühzeitige institutionelle Förderung Chancen, die zur Verhinderung späterer Benachteiligungen u.a. durch frühe Sprachförderung führen kann. Diesem Aufklärungsbedarf muss im Zuge des Ausbaus Rechnung getragen werden.“<sup>419</sup>

Raimund Jäger, der als Vorstandsmitglied von DAKITS e.V. die Verhandlungen über die Finanzierung der Betreuungsplätze für unter Dreijährige maßgeblich begleitete, fasst zusammen: „Das ging damals nur durch Umverteilung der Mittel, d.h., dass andere Einrichtungen, die keine U3-Betreuungsplätze hatten, tenden-

---

417 Prof. Thole, u.a.: „Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern unter drei Jahren in Kassel, U3-Bedarfsfeststellung“ Auswertung, 2004

418 Vgl. Prof. Thole, u.a.O.

419 Protokoll der AG Betreuungsformen der Sitzung vom 21.6.2004 (Teilnehmerinnen: Frau Günther, Frau Hantscher, Frau Deussen, Frau Bogedale)

ziell etwas abgezogen wurde bzw. auf eine Steigerung der Beiträge im Zuge der Dynamisierungen verzichteten. Es gab keine zusätzlichen Mittel.“<sup>420</sup>

## *Spardiktat – Kündigung der Verträge gefährdet Ausbau der U3-Betreuungsplätze*

Parallel zur Diskussion über die angemessene Bezuschussung der Betreuung unter Dreijähriger werden die freien Träger 2004 mit neuen geänderten Verträgen konfrontiert, die ihnen von der Stadt zugeschickt werden. DAKITS e.V. ist über diese Veränderung nicht informiert worden. Nach einem klärenden Gespräch von Regine Bogedale mit dem Jugendamtsleiter kann sie auf der Mitgliederversammlung von DAKITS e.V. berichten, dass die Verträge nun nachverhandelt seien. Zugleich wird protokolliert: „Wir müssen jetzt abwarten, ob die alten Verträge gekündigt werden oder bis Ende 2006 weiterlaufen.“<sup>421</sup> Was war passiert? Während das Land Hessen im Jahre 2001 Mindeststandards fordert, die u.a. für eine Betriebsgenehmigung von Kindertagesstätten erfüllt sein müssen, nimmt die Stadt Kassel Veränderungen zunächst in den städtischen Kitas vor. Sie stehen unter dem Diktum, eine jährliche Einsparung in Höhe von 900.000 € möglich zu machen. Sie sollen auf diese Weise einen Teil der Sparauflagen, die durch den Regierungspräsidenten auferlegt wurden, erfüllen.

Das Protokoll des DAKITS-Trägertreffens vom 14.12.2003 zählt auf:

- Die Gruppengröße wird auf durchschnittlich 23 angehoben
- Pro Gruppe gibt es nur noch einen Leitungsanteil von 0,05 Stellen
- Neue Gruppen werden erst ab 15 Anmeldungen eröffnet
- Frühdienste sollen bis 9.00 Uhr zusammengelegt werden
- Die Essensversorgung soll schrittweise auf Vollcatering umgestellt werden.

„Bisher ist die Kritik an diesen Maßnahmen seitens der Fachkräfte und Eltern der städtischen Einrichtungen eher zurückhaltend. Unklar ist, wie sich die schlechteren Qualitätsstandards auf die zukünftige Bezuschussung der freien nichtkirchlichen Träger auswirken werden.“

<sup>420</sup> Interview mit Raimund Jäger am 14.12.2015

<sup>421</sup> Protokoll der 13. Ordentlichen Mitgliederversammlung von DAKITS e.V. am 15.6.05

Der Extra Tip ergänzt im Februar 2004 noch:

Beitragsstaffelungen für geringer Verdienende sollen bis zu einer Beitragsbemessungsgrenze völlig gestrichen werden

- Die Betreuung bis 13 Uhr will die Stadt nur noch ohne Mittagessen und nur für berufstätige Eltern anbieten
- Früh-, Spät- und Ganztagsbetreuung werden teurer und sollen erst ab sieben Kindern angeboten werden.<sup>422</sup>

Der Gesamtelternbeirat Kasseler Kitas macht im Extra Tip seinem Ärger Luft. Anne Janz, die ehemalige kinderpolitische Sprecherin der GRÜNEN und seit 2003 Jugenddezernentin, „begrüßt den Protest der Eltern. ‚Ich werde hart daran arbeiten, dass ein guter Kompromiss gefunden wird‘, macht sie den Betroffenen Mut, ‚wir müssen hohen Wert auf Kinderbetreuung legen.“<sup>423</sup>

Im März 2004 versammeln sich 250 Eltern, Kinder und Erzieher vor dem Rathaus, um gegen die Sparmaßnahmen zu demonstrieren. Aufgerufen hatten Eltern und die Gewerkschaft ver.di. Im Unterschied zu ihren Äußerungen drei Wochen zuvor hören wir nun von Anne Janz: „Viel geht da nicht mehr“, sagte Jugenddezernentin Anne Janz zu den Eltern und Erzieherinnen, „ich will das nicht schönreden“. Aber es gehe nun mal darum, einen mehrheitsfähigen Beschluss für die Stadtverordnetenversammlung herbeizuführen.“<sup>424</sup> Folge ist, dass die Stadtverordnetenversammlung erneut abstimmen muss.

Im Mai 2005 scheint zumindest die Situation für die Betreuung unter Dreijähriger einen riesigen Schritt vorangekommen zu sein: Der Jugendhilfeausschuss beschließt eine Anhebung der Standards in den Betreuungseinrichtungen für unter Dreijährige, die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem zu. Doch bereits zwei Wochen später legt der scheidende Oberbürgermeister Georg Lewandowski (CDU) Widerspruch gegen den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung ein, der neben der Verbesserung der Qualität in Kassels Kindertagesstätten auch die stufenweise Abschaffung der Kitagebühren enthält. „Ein einmaliger Vorgang in seiner fast zwölfjährigen Amtszeit.“<sup>425</sup> Der Beschluss gefährde das Gemeinwohl, so seine Begründung. Denn die Stadt müsse 14 Millionen Euro jährlich zahlen, wenn

---

422 Siehe „Kassel spart an Kindern 1,8 Mio“, Extra Tip vom 22.02.2004

423 Ebd.

424 „Viel geht da nicht mehr“, HNA vom 10.03.2004

425 „Kita-Beschluss auf der Kippe“, HNA vom 02.06.2005

der Beschluss umgesetzt würde. Das vertrage sich nicht mit der Zurückweisung des Haushalts durch den Regierungspräsidenten aufgrund der Tatsache, dass die hoch verschuldete Stadt noch kein Konsolidierungsprogramm erarbeitet habe.

Tatsächlich plant die Stadt für 2006 einen Stopp des Ausbaus von Plätzen für unter Dreijährige und eine Erhöhung der Kita-Gruppenstärke auf 25 Kinder bei Drei- bis Sechsjährigen, um den Sparauflagen des Regierungspräsidenten gerecht zu werden. Und das, obwohl in den nächsten Jahren ca. 1.300 Plätze für unter Dreijährige benötigt werden, wie die Bedarfsanalyse der Universität für die Stadt Kassel festgestellt hatte. 333 Plätze wurden seit September 2005 bereits geschaffen, allerdings ohne einen finanziellen Ausgleich oder eine Erhöhung des Stellenschlüssels. „Die Erzieherinnen gehen aber ohnehin schon auf dem Zahnfleisch“, wird die Jugenddezernentin Janz in der HNA zitiert.<sup>426</sup>

Die Stadt Kassel findet in der Folgezeit mit dem Regierungspräsidenten einen Kompromiss. Er sieht vor, dass ab August 2006 1,75 Fachkräfte pro altersgemischter Gruppe mit 20 Kindern vorgesehen sind, in denen drei Kinder unter drei Jahren betreut werden. Werden fünf unter Dreijährige in der Gruppe betreut, wird der Stellenschlüssel auf 2 Fachkräfte angehoben.

„Das wird die Stadt mindestens 200.000 Euro kosten.“<sup>427</sup> 2006 und 2007 sind keine weiteren Erhöhungen vorgesehen. Barbara Mohrmann vom DAKITS-Vorstand kritisiert diese Strategie. Das Nein des Regierungspräsidenten sei kein grundsätzliches gewesen, es sei eine Frage der Prioritätensetzung des Magistrats. Während Anne Janz auf zahlreiche Haushaltsverpflichtungen hinweist, betont die DAKITS-Vertreterin: „Eine Erhöhung der Gruppenstärke auf 25 Kinder, auch nur in einigen Kindertagesstätten, sind wir nicht bereit mitzutragen“, sagt Barbara Mohrmann.<sup>428</sup>

Wie schon zwei Jahre zuvor, statten im Januar 2006 300 Kinder, ErzieherInnen und Eltern dem Rathaus wieder einen Besuch ab. DAKITS e.V. fordert die Umsetzung des Stadtverordnetenbeschlusses vom Mai 2005, der einen Stellenschlüssel von 2 Fachkräften pro Gruppe mit 20 Kindern vorsieht. Regine Bogedale schreibt im DAKITS-Infobrief vom Januar 2006, der „Frühstücksbesuch“ im Rathaus habe „auf lebendige und kraftvolle Weise zum Ausdruck gebracht, was uns und die Eltern, Träger und Fachkräfte aller Kindertageseinrichtungen in Kassel bewegt,

426 „Zu wenig Plätze für Kinder“, HNA vom 17.01.2006.

427 Ebd.

428 Ebd.



Frühstück mit Forderungen: 300 Kinder, Eltern und Betreuer der Kindergärten in freier Trägerschaft waren gestern im Rathaus. In einem Gespräch mit Stadträtin Anne Janz und Oberbürgermeister Bertram Hilgen ging es um den Ausbau des Betreuungsangebotes. Zufrieden sei man mit den Ergebnissen, sagte Heline Bløgdale vom Gesamtverband Dakits. Ob die Kinder künftig allein Grund zum Feiern haben werden, entscheiden die Stadtverordneten in der Sitzung im Februar. HNA 19.01.2006 FOTO: KOOP

wir haben eindeutig Stellung bezogen zu den aktuellen kitabezogenen politischen Entscheidungsprozessen und wir haben klare Antworten von der Jugenddezernentin und dem Oberbürgermeister bekommen.“

Demnach werde es „keine strukturelle Anpassung der Personalstandards an die hessischen Mindestanforderungen geben, also keine Erhöhung der Gruppengröße auf 25 in 2007 und den folgenden Jahren.“ „Die Träger, Eltern, Fachkräfte aller Kasseler Kindertageseinrichtungen sind nun aufgerufen, sich im gemeinsamen Interesse mit den politisch Verantwortlichen um eine Konkretisierung und Realisierung der kleinen Schritte zu bemühen. Zu den bereits bestehenden Bündnissen auf der Trägerebene (...) und der Gesamtelternbeiräte (die im Sommer letzten Jahres mit ihrem Brief an den RP den öffentlichen Protest gegen die Sparmaßnahmen eingeleitet haben) ist nun auch ein Bündnis auf der Fachkräfteebene in Gang gesetzt worden.“<sup>429</sup> „Die Fachberaterinnen aller Trägerverbände erarbeiten im Auftrag des JA Qualitätsstandards für Kassels Kindertageseinrichtungen,

429 DAKITS-Infobrief 1/2006. Diese Trägerübergreifende Fachgruppe will auch nach der Verabschiedung des Haushaltes 2006 weiterarbeiten mit dem Ziel, die Politik zu besseren Standards in den Kasseler Kitas positiv zu beeinflussen. Ein Folgetreffen mit OB und Janz ist geplant, wie wir aus dem Infobrief 2/2006 erfahren. Im folgenden Info-Brief wird diese AG „TAG 20:2“ genannt; sie will, dass das Thema „Umsetzung des Stavo-Beschlusses Fachkräfte für 20 Kinder“ auf der politischen Tagesordnung stehen bleibt.“

die zukünftig auf der Basis von freiwilligen Selbstverpflichtungen eingehalten werden sollen.“<sup>430</sup>

„Unser Besuch im Rathaus und das Gespräch mit Anne Janz und Bertram Hilgen haben sich gelohnt“, bilanziert auch Barbara Mohrmann vom DAKITS-Vorstand in der HNA.<sup>431</sup> Der Plan, 2006 den Ausbau der Kita-Plätze für unter Dreijährige zu stoppen, ist allerdings nicht vom Tisch.

Im März teilt DAKITS e.V. seinen Einrichtungen mit: „Die zusätzliche Förderung für Gruppen mit Kindern unter 3 Jahren wird in diesem Jahr anteilig ab dem 1.8.06 gewährt. (...) Gruppen, bei denen bis zum Stichtag 3-4 Kinder unter 3 J. angemeldet waren, erhalten eine zusätzliche Förderung auf der Basis von 1,75 Fachkräften. Gruppen mit mehr als 5 Kindern U3 erhalten die Förderung auf der Basis von 2,0 Fachkräften. (Auf das Jahr bezogen bedeutet das bei 1,75 = 7.409,84 €, bei 2,0: 17.995,32 €). Bis zum 31.7.06 bekommen Einrichtungen, die zum Stichtag 31.12.05 Kinder unter 1 ½ Jahren betreut haben, die bereits im letzten Jahr gewährte zusätzliche Förderung von 1000 € pro Ganztags- und 850 € pro Halbtagsplatz.“<sup>432</sup>

Im September 2006 sind schließlich die Verhandlungen abgeschlossen, wie man aus dem Info-Brief entnehmen kann. „Die Verhandlungen über den aktualisierten Vertrag sind abgeschlossen. Die Haushaltsvorbehaltsklausel ist herausgenommen worden. Die wichtigsten Veränderungen im Vertrag:

- Alle Plätze für U3 (im Rahmen des Kontingents von 333 Plätzen in Kassel) werden ab dem 1.8.06 höher bezuschusst.
- Neu geschaffene für U3 werden zum ersten Mal vertraglich abgesichert.
- Die gesetzliche Verpflichtung des Trägers zur Zusammenarbeit mit der Grundschule, um den Übergang vom Kiga zur Schule konzeptionell zu gestalten, ist konkretisiert worden
- Durch das KICK, genauer den §8a und §72 sind Veränderungen eingetreten, die nun vertraglich geregelt sind.“<sup>433</sup>

Resümierend stellt Regine Bogedale im Interview fest: „Die angemessene Förderung von Gruppen für unter Dreijährige war jahrelang Thema im Jugendhil-

430 Info-Brief vom März 2006

431 „DAKITS: Positive Bilanz nach Rathaus-Aktion“, HNA vom 23.01.2006

432 Info-Brief 3/2006. Allerdings muss DAKITS im Juni konstatieren: „Der Vertrag über Betriebskostenzuschüsse ist immer noch nicht in trockenen Tüchern.“

433 Info-Brief 9/2006.

feausschuss der Stadt Kassel. Wir haben eigentlich vorausgesehen, was dann später kam, inzwischen gibt es einen Rechtsanspruch! Wenn ich das damals gesagt hätte, man brauche einen Rechtsanspruch, dann wäre ich ausgelacht worden!”

Zwar werden ab 2006 Betriebskostenzuschüsse für neu geschaffene U3-Plätze zum ersten Mal vertraglich abgesichert. Doch bis es einen Rechtsanspruch für unter Dreijährige auf einen Kindertagesstättenplatz gibt, vergehen noch einmal 7 Jahre: Das 2008 in Kraft getretene neue KiFÖG begründet diesen Rechtsanspruch ab 2013.

### *Bildung im Kindergarten – DAKITS e.V. als Pionier*

*„Das richtige Maß zu finden, war schon lange in der Diskussion.“*

Regine Bogedale

Gehen wir mit diesem Thema noch einmal ein paar Jahre zurück. Auf die Frage, ob das Thema frühkindliche Bildung ein Thema bei den Elterninitiativen gewesen sei, antwortet Regine Bogedale im Interview: „Wir haben das zunächst nicht so genannt. Eine Pädagogin aus der Krabbelgruppe Oase hätte die Nase darüber gerümpft, obwohl sie ja sowas gemacht haben. Als man das dann aber forderte, ist das sofort ins Gegenteil umgeschlagen. Die Kinder wurden überhäuft mit Bildungsangeboten, musikalische Früherziehung, Malen usw. Früher haben die Erzieherinnen mit Herz und Erfahrung und Verstand das mit den Kindern gemacht. Durch diese Diskussion ist das sehr kritisch in den Initiativen gesehen worden, dass es umkippt zu Leistungsstress. Das richtige Maß zu finden, war schon lange in der Diskussion. Heute steht natürlich in jedem Konzept der Begriff der frühkindlichen Bildung.“

DAKITS e.V. bietet im November 2002 eine Veranstaltung zum Thema „Bildung im Kindergarten“ im Gießhaus der Universität Kassel an. „Wir waren die ersten, die eine solche Veranstaltung öffentlich angeboten haben. Der Oliver Fromm vom Vorstand hatte Kontakt zur Uni, deshalb haben wir die Veranstaltung im Gießhaus gemacht. Maßgeblich durch ihn wurde das eine so erfolgreiche Veranstaltung, es war proppenvoll. Daraus ist – darauf bin ich auch ganz stolz – dieses Gremium entstanden aus trägerübergreifenden FachberaterInnen, das sich einmal im Monat getroffen hat. Wir haben gemerkt, wir haben gemeinsame Interessen. Die finanzielle Ebene gab es vorher schon, da habe ich mit den Geschäftsführern an

einem Tisch gesessen, aber die inhaltlichen Fragen, die Bildungsthemen, die sind erst mit dieser Veranstaltung entstanden. Ein wunderbares Gremium mit dem Ziel, regelmäßig für die pädagogische Öffentlichkeit in Kassel solche Veranstaltungen zu machen. Das haben wir auch ein paar Mal hingekriegt. Die Themen hatten natürlich auch eine hohe emotionale Komponente, allein weil auch Eltern zu den Veranstaltungen kamen, die Eltern als Betroffene mit Kindern da beteiligt waren. Und es ging auch um die politischen Spielräume. Was das angeht, hatten wir eine Pionierrolle. Die anderen sind dann ganz schnell nachgezogen.<sup>434</sup>

Wir laden Sie und Ihre Freundinnen und Freunde herzlich ein.

Referat und Diskussion  
**Bildung im Kindergarten**  
Selbstbildung oder Lernprogramm?

Universität Kassel, Gießhaus, Mönchebergstr. 5, Kassel  
7.11.2002, 19.00 Uhr

**DAKITS e.V.**  
Zachverband  
freier Kindergarteneinrichtungen

**UNI KASSEL  
VERSITÄT**  
Fachgebiet Kommunale Sozialpolitik

**Weltwissen**

**bildung**

Referat und Diskussion  
**Bildung im Kindergarten**  
Selbstbildung oder Lernprogramm?

**Begrüßung**  
Dr. Oliver Fromm, Vorstand Dakits e.V.  
Prof. Dr. Friedrich Ortman, Vizepräsident der Universität Kassel

**Impulsreferate**  
Dipl.-Päd. Holger Dehnert, Institut für frühkindliche Bildung, Köln  
„Bildung beginnt mit der Geburt“  
Prof. Dr. Michael Möller, Universität Kassel, Fachgebiet Kommunale Sozialpolitik  
„PISA und die Konsequenzen für die KiTA-Pädagogik“  
Dr. Mathias Urban, Kronberger Kreis für Qualitätsentwicklung e.V., Wiesbaden  
„Im Kindergarten bildet sich Gesellschaft – Ein Plädoyer für örtliche Qualitätsdialoge“

**Diskussion**

[www.Dakits.de](http://www.Dakits.de)

Die HNA macht einen Tag vorher auf diese Konferenz aufmerksam. Der Bildungsauftrag der Kitas sei selten thematisiert worden.<sup>435</sup> Diesem Thema widme sich jetzt eine Konferenz von DAKITS: „Bildung im Kindergarten“. Unter anderem werde Prof. Michael Möller vom Fachbereich Sozialwesen seine Thesen vorstellen:

<sup>434</sup> Regine Bogedale im Interview

<sup>435</sup> Dieser Satz erstaunt. Denn bereits „1970 hat der Deutsche Bildungsrat im Strukturplan für das Bildungswesen den Kindergarten als unterste Stufe des Bildungswesens bezeichnet und die Anforderungen an die ‚Fachkraft im Elementarbereich‘ formuliert“, wie Aden-Grossmann feststellt. (a.a.O., S. 206) Hier werden schon Gedanken formuliert, die man später etwa in den Bildungs- und Erziehungsplänen der Länder wiederfindet (s.u.). Es war eine Folge der Einsicht in den 60er Jahren, dass es einen „Zusammenhang zwischen vorschulischer Förderung und einem späteren Schulerfolg“ gebe. Der Kindergarten „galt nicht mehr primär als eine soziale Einrichtung für Kinder, deren Mütter berufstätig sein mussten, sondern als eine familienergänzende Bildungseinrichtung, von deren Besuch auch Kinder aus der gebildeten Mittelschicht profitieren konnten.“ (a.a.O., S. 159)

„Erstens solle man nach den Ergebnissen der Pisa-Studie nicht in blinden Aktio- nismus verfallen. Der Wissenschaftler vermisst beispielsweise die Koordination in der Sprachförderung für ausländische Kinder. (...) Zweitens: Seit Friedrich Fröbel, dem Gründervater des Kindergartens, wisse man, dass Kinder einen geschützten Raum für ihre Kindheit bräuchten. Ausschließlich auf Wissensvermittlung gelenkte Pädagogik führe zu Defiziten im Gefühlsbereich, in Kreativität und Fantasie. Drit- tens könne eine soziale Benachteiligung von Kindern in der Regel später nicht mehr ausgeglichen werden. Die Grundlegung hierfür finde in den Kitas statt.“ Sein Fazit: „Erzieher seien zu wenig für den Ausgleich von Bildungs- und Sprachmän- geln bei Kindern vorbereitet. Wir brauchen eine professionelle Pädagogik“.<sup>436</sup>

Lt. HNA kommen rund 200 Besucher zur Konferenz „Bildung im Kindergarten“. Sie berichtet: „Das Kind im Vorschulalter bildet sich selbst und lernt vor allem auf der Basis seiner sinnlichen Wahrnehmung, was durch Spielen, Gestalten und For- schen im Kindergarten unterstützt wird. Holger Dehnert vom Institut für frühkind- liche Bildung (Köln) brachte so jüngste Forschungsergebnisse auf den Punkt.“<sup>437</sup> Grundlegende Reformen forderte Prof. Dr. Möller für die Ausbildung der Erzieherin- nen und eine bessere Ausstattung der Kindertagesstätten. Und Dr. Mathias Urban vom Kronberger Kreis für Qualitätsentwicklung betonte: „Im Kindergarten bildet sich Gesellschaft.“ „Deshalb müsse die öffentliche Verantwortung für das Bildungs- system neu überdacht und eine Reform der Erzieherinnenausbildung in Angriff genommen werden.“<sup>438</sup> Dass diese Veranstaltung 2002 tatsächlich eine Pionier- leistung war, können wir an dem Erscheinen des ersten Bildungs- und Erziehungs- plan für Kinder von 0 bis 10 Jahren in Hessen ermessen. In dessen Vorwort heißt es, daß das Land Hessen „die Initiative zur Optimierung der Lern- und Entwicklungs- prozesse der Kinder von 0 bis 10 Jahren bereits im Jahr 2003 ergriffen“<sup>439</sup> habe. 2005 erscheint zunächst ein Entwurf des Bildungsplans. Er wird an 120 Standor- ten erprobt, um dann nach einer Phase der Überarbeitung 2007 zu erscheinen und im darauf folgenden Jahr in den Kindergärten implementiert zu werden.

---

436 „Wir brauchen eine professionelle Pädagogik“, HNA vom 06.11.2002

437 „Wissenschaftler fordern Reformen in der Ausbildung“, HNA vom 11.11.2002

438 Ebd.

439 Vorwort des Bildungs- und Erziehungsplans für Kinder von 0 bis 10 Jahren in Hessen, „Bildung von Anfang an“, hrsg. vom Hessischen Sozialministerium und Hessischen Kulturministeriums, Mai 2013 (5. Aufl., Erstauflage 2007), S. 7. 2010 folgt die „Handreichung zum Hessischen Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von 0-10 Jahren“: „Kinder in den ersten drei Lebensjahren: Was können sie, was brauchen sie?“, hrsg. v. Hessischen Sozialministerium, Wiesbaden 2010

„Der hessische Bildungsplan hat dann ein sehr differenziertes Bild vom Kind entwickelt. Er war inhaltlich für die DAKITS-Einrichtungen nicht so neu, weil viel an kindgerechter Bildung schon praktiziert wurde. Aber man musste ihn kennen, um zu sehen, was mache ich davon. Z.B. der Begriff Resilienz – der steht im Bildungsplan, als Ziel, Kinder darin zu unterstützen, seelische Widerstandskraft zu entwickeln. Oder z.B. Übergänge zu gestalten, zwischen Kita und Schule, das hat dazu geführt, verbindliche Strategien zu entwickeln.“<sup>440</sup>

Das Thema bleibt in Kassel in den nächsten Jahren aktuell. Immer wieder finden öffentliche Veranstaltungen statt. Im Januar 2005 nimmt Regine Bogedale an einer Podiumsdiskussion im Evangelischen Forum über Bildung im Kindergarten teil, die weiterhin auf reges Interesse stößt, denn trotz strömenden Regens ist der Zuschauerraum „brechend voll“, wie die HNA feststellt.<sup>441</sup> Der Pisaschock war der Anlass für die Bundesländer, fieberhaft an verbindlichen Bildungsplänen zu arbeiten, die in Kindertagesstätten Standard werden sollten. Kritisiert werden auf dieser Veranstaltung aber nach wie vor die Rahmenbedingungen: man brauche mehr Zeit für die Kinder, für Vorbereitungen und Fortbildungen, mehr Personal und kleinere Gruppen. 2008 lädt DAKITS e.V. anlässlich des Weltkindertages die Mitgliedseinrichtungen auf den Friedrichsplatz ein, die Kampagne „Entdecker voraus“ der Liga der Freien Wohlfahrtsverbände zu unterstützen. Die Kampagne thematisiert die mangelnden Rahmenbedingungen für eine Qualitätssicherung in den Kitas, die vom Bildungsplan gefordert wird. „Die Landespolitiker, so die Forderung, sollen dafür sorgen, dass die theoretisch geforderten besseren Rahmenbedingungen für die Arbeit von Kitas und pädagogischen Einrichtungen auch praktisch umgesetzt werden können. Unterstützung fand DAKITS am Samstag nicht nur bei Lokalpolitikern quer durch die politische Landschaft, sondern auch bei Schülerinnen – angehenden Erzieherinnen – der Elisabeth-Knipping-Schule, Eltern und Kindern.“<sup>442</sup>

Einen Monat später fahren ca. 100 Erzieherinnen, Eltern und deren VertreterInnen aus Kassel nach Wiesbaden, um auf einer bundesweiten Kundgebung „auf die Umsetzung des hessischen Erziehungs- und Bildungsplans zu pochen.“<sup>443</sup> Auch hier wird die zentrale Forderung der Kampagne „Entdecker voraus“ lautstark

440 Regine Bogedale im Interview. Mit der neuen Fachberaterin von DAKITS e.V., Marita Engel, wird der BEP ab Ende 2009 noch einmal auf eine besondere Weise in die Kitas hineingetragen. Sie schafft einen Transfer zu den Fachkräften der Mitgliedseinrichtungen, der an dem ansetzt, was sie in der Praxis vorfindet. Ein neuer Blick auf die Kinder und eine neue Haltung zur eigenen Praxis ist das Ergebnis, wie sie im Interview berichtet. (s.u.)

441 „Die Eier legende Wollmilchsau“, HNA vom 20.01.2005

442 „Wünsche, nicht nur am Baum“, HNA vom 22.09.2008

443 „In den Kitas regt sich Protest“, HNA vom 24.10.2008



Groß und Klein gemeinsam: Auf der Bühne am Friedrichsplatz forderten am Samstag Erwachsene und Kinder gleichermaßen lautstark - hier mit einem eigens komponierten Rap-Song - mehr Geld für Kitas und die Ausbildung von Erziehern. Es rappen und schnippen im Vordergrund von links: Moritz, Benke und Leo. Photo: KISS

geäußert: „Mehr Fachkräfte und finanzielle Mittel für die Kindertageseinrichtungen vom Land Hessen und von den Kommunen.“

Während die Bildungspläne Ländersache sind, schaltet sich die Bundesregierung 2008 mit einer Offensive in Bezug auf mangelnde Sprachkompetenzen von Kleinkindern ein: Sozialministerin Lautenschläger plant, zukünftig alle 4-Jährigen in einer Kita einem Kindersprach-Screening (KISS) zu unterziehen.<sup>444</sup> Dabei sollen mangelnder Sprachkompetenz und Sprachauffälligkeiten mit angemessenen Fördermaßnahmen begegnet werden soll. Das Gesundheitsamt soll demnach Schulungen für die Durchführung der Tests für die ErzieherInnen anbieten. Kritisiert wird, dass nicht abgeklärt wurde, ob genügend zeitliche Ressourcen in den Kitas vorhanden sind. Denn falls das nicht der Fall sei, würden Sprachheilbeauftragte über den Förder- und Entwicklungsbedarf von Kindern entscheiden, die sie aus dem täglichen Umgang nicht kennen.<sup>445</sup>

<sup>444</sup> Vgl. Ebd.

<sup>445</sup> Vgl. Info-Brief vom Juni 2008. Was aus dieser Offensive geworden ist, kann man aus den vorliegenden Materialien nicht entnehmen.



Mehr Mittel für Frühziehung: Angehende Erzieherinnen von Kasseler Fachschulen wie Fröbelseminar und Elisabeth-Knipping-Schule protestieren bei einer Kundgebung vor einigen Wochen in Kassel. Heute geht der Protest in Wiesbaden weiter. Archivfoto: Koch

## *Thematische Schwerpunkte und Arbeitsfelder von DAKITS e.V. – eine weitere Zwischenbilanz*

Während sich auf der organisatorischen bzw. Vorstandsebene von DAKITS e.V. ein Umbruch anbahnt, wird neben den zeitraubenden Verhandlungen um angemessene Betriebskostenzuschüsse für die U3-Betreuung die inhaltliche Ebene der Fachberatung fortgeführt. In ihr spiegelt sich nicht nur die ständige Weiterentwicklung der Jugendhilfe auf dem Gebiet der Kinderbetreuung, die DAKITS e.V. als Dachverband aufgreift und an die Mitgliedseinrichtungen weiter vermittelt, sondern auch regionale Entwicklungen, an denen DAKITS e.V. aktiv beteiligt ist. Dazu gehören, wie wir aus Infobriefen erfahren, Fortbildungen und Beratungen zu:

- KJHG, Kindertagesbetreuungsausbaugesetz, Schutzauftrag<sup>446</sup>
- Offensive für Kinderbetreuung<sup>447</sup>
- Hess. Kindergartengesetz und Mindestvoraussetzungen

446 Der Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung ist im Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungsgesetz (KICK) § 8a wie auch der §72a (Persönliche Eignung) am 1.10.05 in Kraft getreten. 2011 lässt sich die neue Fachberaterin Marita Engel als „insoweit erfahrene Fachkraft nach § 8 a“. 2012 auch die Geschäftsführerin Antje Proetel als 2. Kinderschutzfachkraft ausbilden. Beide können bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung hinzugezogen werden (s.u.).

447 Dieses Hessische Förderprogramm wurde 2001 aufgelegt und wird 2005 weitergeführt (s.o.)

- Neue Betreuungs- und Tarifordnung der Stadt Kassel
- Entwurf von Qualitätsstandards für Kasseler Kindertageseinrichtungen
- Trägerübergreifende Arbeitsgruppen zur Entwicklung und Gestaltung des Kitaangebots in Kassel

Ziehen wir an dieser Stelle rund 10 Jahre nach dem oben aufgeführten Tätigkeitsbericht von 1996 eine erneute Zwischenbilanz, so stellen wir große Ähnlichkeiten fest. Nach wie vor ist „der telefonische Info-Service des Dachverbands ein niedrigschwelliges Angebot für Eltern, Vorstände, Fachkräfte der Einrichtungen und für die MitarbeiterInnen kooperierender Fachstellen. (...) Zusätzlich wird der E-Mail Kontakt als unbürokratisches Service-Angebot zunehmend genutzt. (...) Die Anfragen beziehen sich auf das breite Spektrum von Fragestellungen rund um den administrativen und pädagogischen Ablauf in selbstorganisierten Kindertageseinrichtungen von der Aufsichtspflicht über die Personalverwaltung bis öffentliche Zuschüsse.“<sup>448</sup>

Auch die persönlichen Beratungen und Prozessbegleitungen nehmen weiterhin großen Raum ein. Sie werden im Rahmen der Fachberatung in Anspruch genommen von „Einzelpersonen, Teams und Gruppen im Zusammenhang mit internen Veränderungsprozessen, Vorstandswechseln, Konflikten und Krisen, Finanzplanung, konzeptionellen Überlegungen und der qualitativen Weiterentwicklung.“<sup>449</sup>

Im Tätigkeitsbericht werden die umfangreichen Vernetzungs- und Koordinationstätigkeiten geschildert: „Eine grundlegende Aufgabe des Dachverbands ist die Koordination und Vernetzung der selbstorganisierten Kindertageseinrichtungen im Hinblick auf den fachlichen Informationstransfer und die qualitative Weiterentwicklung. Dies geschieht durch regelmäßige Informationsschriften zu fachlichen Themen, Prozessen und Ereignissen auf der kommunalen und überregionalen Ebene, sowie durch die Koordination von Arbeitskreisen und Trägertreffen.“

Und unter dem Punkt „Interessensvertretung“ wird festgehalten: „Im Jahr 2005 wurden Verhandlungen über einen neuen Vertrag über die zukünftige Förderung der freien nichtkirchlichen Träger begonnen. Freiwillige und Vorstand beteiligten sich kontinuierlich und zeitintensiv an der Erarbeitung eines aktualisierten Vertrages, der die u.a. die neugeschaffenen Plätze für Kinder unter 3 Jahren absichern soll.“

---

448 Tätigkeitsbericht 2005

449 Ebd.

Während also 1996 ein Hauptbestandteil der Beratungstätigkeit noch in den „Grundfragen“ lagen, die mit der Gründung und dem Betrieb einer selbstverwalteten Kindertagesstätte verbunden waren bzw. sind, die von Finanzierungsstrukturen, Antragsverfahren über Zusammenarbeit mit Eltern und kommunalen Verwaltungsvorschriften bis zu pädagogischen Fragen reichten, muss sich DAKITS e.V. inzwischen den gesetzlichen Veränderungen und der Finanzierung von weiteren Betreuungsformen wie die der unter dreijährigen Kinder widmen. Auch sind inzwischen trägerübergreifende Aktivitäten und Vernetzung der Mitgliedseinrichtungen zu bewältigen.



**In den Jahren 2002 bis 2006 wurden Fortbildungsveranstaltungen für TrägervertreterInnen und Fachkräften zu den folgenden Themen angeboten:**

- **2-Tagesseminar:** Finanzbuchführung und Jahresabschluss
- **Abendseminar:** Kinesiologie im Kindergarten
- **Infoveranstaltung:** Hessische Mindestverordnungen
- **2-Tagesseminar:** Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen
- **Tagesseminar:** Kommunikation und Zusammenarbeit mit Eltern
- **Abendseminar:** „Betriebliche Altersvorsorge aus Entgeltumwandlung – Vorteile für alle“
- **Info-Abend:** Hartz IV-Zusatzjobs in Kindertageseinrichtungen
- **3-Tages-Fortbildungsseminar:** „Schritte ins Leben“, die pädagogische Arbeit mit Kindern unter 3 Jahren
- **2-Tages-Ersthelfer-Kurs**
- **Info-Abend:** „Arbeitsrecht für selbstorganisierte Kindertageseinrichtungen“ von DAKITS zum Übergang vom BAT zum TVÖD
- **Konzeptionsentwicklung, monatliche Treffen:** Referentin Regine Bogedale
- **Erzieherinnentreffen ab 2006 bei DAKITS:**
  - Quint – Qualitätsentwicklungsprogramm für Integrationsplätze, Städtische Betreuungs- und Tarifordnung,
  - Nase, Bauch, Po – eine bundesweite Initiative zum Thema: Sexualerziehung und Körpererfahrung als Theaterstück
  - Schutzauftrag §8a – wie gehen wir damit um?

## *Krise und Reorganisation von DAKITS e.V.*

*„Ich habe gemerkt, da muss jetzt was passieren, sonst leidet die Qualität.“*

Regine Bogedale im Interview

Dass sich im Innern von DAKITS allmählich eine jahrelang erfolgreiche Vereinsstruktur von hauptamtlicher Fachberaterin und ehrenamtlichem Vorstand als nicht mehr praktikabel erweist, dringt erst nach außen, als es zu einer Krise kommt: es gibt kaum noch Personen, die die Vorstandsarbeit übernehmen wollen. Wie ist es dazu gekommen?

Es ist satzungsmäßig nicht vorgesehen, dass Regine Bogedale als einzige Hauptamtliche neben ihrer Funktion als Fachberaterin für die Elterninitiativen die vielfältigen Arbeitsanforderungen von DAKITS e.V. allein bewältigen sollte. Ein ehrenamtlicher drei- bis vierköpfiger Vorstand hat die Aufgabe, die laufenden Geschäfte von DAKITS e.V. zu übernehmen und in enger Abstimmung und Kooperation mit Regine Bogedale u.a. die zahlreichen Verhandlungen mit der Stadt zu führen und die Einrichtungen als beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss zu vertreten.

Aus all den Protokollen, Briefen und Presseerklärungen kann man entnehmen, dass Regine Bogedale in der Regel durch einen engagierten Vorstand unterstützt wurde.<sup>450</sup> Aber es wird auch immer deutlicher, dass neben der inhaltlichen Arbeit und Beratungstätigkeit und neben der Vermittlung neuer gesetzlicher Vorgaben die Aufgaben für DAKITS e.V. ständig steigen. Wenn ein Verhandlungsergebnis erzielt wurde, etwa der Vertrag für die Betriebskostenzuschüsse für Gruppen für über Dreijährige und für alterserweiterte Gruppen, öffneten sich neue Felder: zunächst die Verhandlungen über eine angemessene Finanzierung von Hortplätzen, dann von Krabbelgruppen.

Zudem muss Regine Bogedale, wie sie in einem späteren Brief schreibt, „im Zusammenhang mit den Verhandlungen um neue Verträge immer wieder feststellen, dass es keine klaren Zuständigkeiten und verlässliche Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen gibt, sodass die inhaltlichen Beratungen und Entscheidungen und die personellen Verantwortlichkeiten für den Verhandlungsprozess häufig in der Luft hingen.“<sup>451</sup>

<sup>450</sup> Sie tauchen in dieser Dokumentation namentlich nur auf, wenn ihre Arbeit dokumentiert ist.

<sup>451</sup> Anlage zu einem Offenen Brief von Regine Bogedale (der Brief selbst ist nicht erhalten) vom 08.04.2008.

Wir haben gesehen, dass in den ersten 10 Jahren engagierte Väter und Mütter als Vorstandsmitglieder mit hoher Kompetenz für die Belange von DAKITS e.V. gekämpft haben. Und es waren nicht nur betroffene Väter und Mütter. So wechselte etwa der damalige Geschäftsführer der Waldorfschule, Raimund Jäger, Ende der 90er Jahre vom Rechnungsprüfer zum Vorstand, weil er das Gefühl hatte, „dass man unter den DAKITS-Einrichtungen den Staffelstab weiterreichen sollte und er nun mal dran gewesen sei“.<sup>452</sup> Doch schon zu diesem Zeitpunkt hatte er den Eindruck, dass es „schwierig war, Leute dafür zu finden, denn das Amt des Rechnungsprüfers und das des Vorstands war bei DAKITS nicht so beliebt, man konnte damit keine Lorbeeren ernten.“

2002 geht aus einem Protokoll einer Vorstandssitzung hervor, dass „Probleme von DAKITS e.V. und eventuelle Lösungsansätze diskutiert“ wurden: „DAKITS ist nicht nur für Fachberatung zuständig, sondern auch für Gremienarbeit – hierfür sind teilweise die Vorbereitungskapazitäten (z.B. für den Jugendhilfeausschuss) zu gering. Regine sieht den Dachverbandsanspruch teils nicht gegeben – es gibt zu wenig Arbeitsteilung, Koordination und Vorbereitung. Die sinnvollste Lösung – die Einrichtung einer 1/4 Stelle für die Geschäftsführung – ist finanziell nicht machbar.“<sup>453</sup> Auch Jäger ist „zunächst dagegen, eine Geschäftsführerin einzustellen, ich wollte den Einrichtungen keine weiteren Kosten zumuten.“<sup>454</sup> Bis zur Entscheidung, tatsächlich einen Geschäftsführer oder eine Geschäftsführerin einzustellen, wird es noch sechs Jahre dauern, in denen immer wieder Probleme festgestellt werden und sich die Situation krisenhaft zuspitzt.

Und so gibt es auch zwei Jahre später im Oktober 2004 wieder einen Vermerk im Vorstandsprotokoll, dass es Zeitprobleme im Vorstand von DAKITS e.V. gebe. Ein Vorstandskollege ist beruflich in Nürnberg engagiert, die anderen sind entweder wieder voll im Arbeitsleben oder in einer Ausbildung. Und so wird die ratlose Frage festgehalten: „Wer kennt Menschen, die sich eine Mitarbeit vielleicht vorstellen können. Ute fragt eine Mutter im Kinderladen.“<sup>455</sup>

---

452 Interview mit Raimund Jäger am 14.12.2015

453 Protokoll der Vorstandssitzung vom 17.06.2002 von Raimund Jäger

454 Interview mit Raimund Jäger am 14.12.2015

455 Protokoll der Vorstandssitzung vom 19.10.2004

Noch wird also versucht, das Problem auf einer persönlichen Ebene zu lösen und noch nicht auf einer strukturellen – man vertraut noch einmal auf die Engagementbereitschaft einzelner Personen.<sup>456</sup>

Man kann an dieser Stelle festhalten, dass „eine Mutter im Kinderladen“ inzwischen auch andere Lebensentwürfe und Belastungen hatte als vor 10 Jahren. Zur Berufstätigkeit kommt das Engagement in der Kindertagesstätte hinzu, wenn nicht im Vorstand, so doch – neben zeitraubenden Elternabenden – als festgeschriebene jährliche Arbeitsleistung. Ein weiteres Engagement im DAKITS-Vorstand würde nicht nur eine weitere zeitliche Belastung bedeuten, sondern auch die Notwendigkeit, sich für die Vorstandsaufgaben zu qualifizieren. Und wie Bogedale in einem späteren Brief schreibt: „Mit dem Druck zu einer professionelleren und zeitgemäßen Dachverbandsführung verebbte dann auch jegliche Bereitschaft für eine ehrenamtliche Vorstandsarbeit.“

Zwar wird 2005 noch einmal ein komplett neuer Vorstand gewählt<sup>457</sup>, doch die Situation beruhigt sich nicht langfristig. Regine Bogedale konstatiert anderthalb Jahre später im Infobrief: „Vor dem Hintergrund des Wettbewerbs mit anderen freien und öffentlichen Trägern, zurückgehender freiwilliger Mitarbeit in den eigenen Reihen bei stetig wachsender Trägerverantwortung fragen sich inzwischen einige Kolleginnen und Kollegen, Trägervertreterinnen und Trägervertreter, wie sich die Landschaft der selbstorganisierten Einrichtungen in den nächsten Jahren verändern wird.“ Deshalb fragt sie: „Welche neue Formen der Unterstützung, der Kooperation im wirtschaftlichen, organisatorischen und pädagogischen Bereich brauchen die selbstorganisierten Einrichtungen, um die Vielfalt und die Qualität der Angebote zu erhalten und auszubauen? Welche strukturellen Veränderungen braucht DAKITS, um Fachberatung und Interessensvertretung für die Zukunft zu sichern?“<sup>458</sup>

Um diesen – nun strukturell-organisatorischen – Fragen nachzugehen, wird die Projektgruppe „Neues Krisenmanagement für selbstorganisierte Kindertageseinrichtungen – Fit für die Zukunft“ eingerichtet. Beim zweiten Treffen im April

456 Als Entlastung für die Vorstände der Einrichtungen gab es zu dieser Zeit bereits das Serviceangebot an die Mitgliedseinrichtungen, Finanz- und/oder Gehaltsbuchhaltung durch einen angestellten Buchhalter bei DAKITS erledigen zu lassen, wie Raimund Jäger sagt. Er konnte zugleich Tipps für Anträge und Nachweise machen. Als diese Person für längere Zeit arbeitsunfähig wurde, sorgte Jäger dafür, dass dieses Serviceangebot an ein Steuerbüro fremdvergeben wurde. „Es gab einen Rahmenvertrag, dem jede Mitgliedseinrichtung beitreten konnte. So war das professionelle Niveau sichergestellt“, so Jäger.

457 Harald Seifert-Sossalla, Barbara Mohrmann und Guido Sengle

458 Info-Brief vom Januar 2007

2007 wird bei allen deutlich, „dass die immer höheren Anforderungen bezogen auf fachliches Wissen und auf die zeitlichen Ressourcen auf ehrenamtliche Weise nicht mehr befriedigend zu erfüllen sind. Der Wunsch, gemeinsam zeitgemäße gute Antworten und Lösungen zu erarbeiten, wurde von allen Beteiligten geteilt.“<sup>459</sup>

Und weiter heißt es in dem Brief von Bogedale: „Wir gehen davon aus, dass sich für die 33 DAKITS-Mitgliedseinrichtungen die Situation entsprechend der Vielfalt der Angebote und ihrer Organisationsstrukturen sehr unterschiedlich darstellt:

- In manchen Einrichtungen wird über die Abgabe der Trägerschaft nachgedacht, weil die Verwaltungsaufgaben auf der Basis des gemeinnützigen Vereins nicht mehr zu leisten sind.
- Andere Einrichtungen haben Lösungen gefunden, indem sie z.B. den pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Verwaltungsaufgaben übertragen haben mit entsprechend aufgestockter gruppenfreier Arbeitszeit.
- Wieder andere Einrichtungen schultern die Zunahme der Verwaltungsaufgaben gut, wünschen sich aber mehr Möglichkeiten der Delegation bzw. Unterstützung in unterschiedlicher Form.
- Wie wird sich der Dachverband weiterentwickeln? Brauchen die Einrichtungen zukünftig einen Dachverband als Interessensvertretung und wenn ja, in welcher Form? Könnte die Fachberatung unter anderer Trägerschaft weiter laufen? Auch das sind Fragen, die uns beschäftigen und für die wir Antworten finden wollen.“<sup>460</sup>

Im Juli muss Regine Bogedale den Mitgliedseinrichtungen mitteilen: „Der DAKITS e.V. hat keinen aktiven Vorstand mehr! Gestern fand unsere diesjährige Mitgliederversammlung statt, bei der die amtierenden Vorstandsmitglieder ihren Rücktrittswunsch bekundeten. Barbara Mohrmann, Guido Sengle und Harald Sossalla sind nun seit 2 Jahren im Amt, haben engagierte Arbeit geleistet und wollen aus unterschiedlichen persönlichen Gründen ihr Amt niederlegen. Leider haben wir im Vorfeld der Mitgliederversammlung und auch gestern Abend keine Kandidatinnen und Kandidaten für eine Neuwahl finden können. Im September wird eine weitere Mitgliederversammlung stattfinden. Bis dahin wollen die

---

459 Brief von R. Bogedale vom 18.6.2007 an alle Eltern, Vorstände, Kolleginnen und Kollegen zum 2. Treffen der Projektgruppe „Neues Krisenmanagement für selbstorganisierte Kindertageseinrichtungen - Fit für die Zukunft“ 460 Ebd.

Vertreterinnen und Vertreter der 15 Mitgliedseinrichtungen, die gestern Abend dabei waren, in ihren jeweiligen Einrichtungen für die DAKITS-Vorstandsarbeit werben.“<sup>461</sup>

Nach dieser Mitgliederversammlung schildert Harald Sossalla in einem Brief an die Mitgliedseinrichtungen die Situation des Dachverbandes und zeigt dessen mögliche Perspektiven auf. Ausführlich informiert er über die Aufgaben eines Vorstandes, die unter den Mitgliedseinrichtungen auch 16 Jahre nach Gründung des Koordinationsbüros offenbar nicht hinreichend bekannt sind. Und schließlich fragt er nach neuen Perspektiven für DAKITS e.V.

„Die letzte DAKITS-Mitgliederversammlung am 4.7.07 hat ein sehr unklares Bild von der Zukunft des Dachverbands hinterlassen. Einerseits waren die Anwesenden mit der Bereitschaft zur Übernahme von Vorstands-Verantwortung zögerlich, insbesondere, weil nicht klar war, was auf einen künftigen Vorstand zukommt. Andererseits war durchaus Interesse an einer „Neupositionierung“ von DAKITS zu verspüren.

Um deutlich zu machen, worum es im Zusammenhang mit der (nicht stattgefundenen) Vorstandswahl geht, hole ich etwas weiter aus:

DAKITS e.V. ist zum einen Träger der Fachberatungsstelle. (...) Die Fachberatung steht den Eltern und Fachkräften im Hinblick auf Fragen zur Organisation und Gestaltung der Prozesse in selbstorganisierten Kindertageseinrichtungen zur Verfügung. Sie organisiert den Erfahrungsaustausch, Fortbildungen und sorgt für den Informationstransfer.

Als Dachverband übernimmt DAKITS e.V. seit seiner Gründung 1993 die Vertretung der Interessen seiner Mitgliedseinrichtungen und beteiligt sich an der Gestaltung und Weiterentwicklung der Kinderbetreuungsangebote in unserer Stadt durch:

- Die Mitarbeit im Jugendhilfeausschuss der Stadt Kassel, zeitweise auch in Unterausschüssen
- Die Repräsentation der ‘DAKITS-Einrichtungen’ in Arbeitsgruppen, die trägerübergreifend besetzt, an Fragen der Gestaltung und Weiterentwicklung der Kasseler Kindertageseinrichtungen arbeiten.
- Die fachliche Zusammenarbeit mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband als einem regional und überregional im Interesse der freien selbst-

<sup>461</sup> DAKITS-Infobrief 05.07.2007

organisierten Organisationen wirkenden Fachverband.

- Verhandlungen mit der Stadt Kassel über die Verträge zur Förderung freier nichtkirchlicher Träger durch Betriebskostenzuschüsse
- Öffentlichkeitsarbeit

Diese Aufgaben im Bereich der Interessensvertretung wurden bisher vorwiegend ‚ehrenamtlich‘ von engagierten Vorstandsfrauen und -männern geleistet. Aufgabe der Fachberatung dabei ist die Koordination und Information der Beteiligten.

Die Stadt Kassel finanziert durch einen nahezu kostendeckenden Zuschuss die Arbeit der Fachberatung. Geschäftsführende Tätigkeiten und die Aufgaben der Interessensvertretung sind Tätigkeiten, die gemäß dem Vertrag mit der Stadt Kassel nicht durch den Zuschuss für die Fachberatung refinanziert werden dürfen.

Geschäftsführung und Interessensvertretung sind Aufgaben des Vorstands und müssen auch in Zukunft erfüllt werden, soll DAKITS als Dachverband weiterbestehen. Eine weitere wichtige Aufgabe des Vorstands im Rahmen seiner Geschäftsführung ist der Austausch und die fachliche Zusammenarbeit mit der Fachberatung. Die Fachberaterin ist bei der Planung und Zielsetzung und Auswertung ihrer Tätigkeiten auf Informationen über Prozesse, Themen und Probleme in den Einrichtungen angewiesen.

Elterninitiativen und andere selbstorganisierte Kindertageseinrichtungen galten traditionell in der Fachdiskussion als besonders innovativ, bedarfsgerecht und qualitätsorientiert. In den letzten ca. 5 Jahren seit PISA holen die anderen Träger, kirchliche und kommunale, unter Qualitätsgesichtspunkten enorm auf. Dies gelingt unter anderem auf der Basis einer guten Organisationsstruktur: Gemeinsam an der Verwirklichung von Zielen arbeiten, starke Interessensvertretungen. Eine bessere Organisationsstruktur unseres Dachverbands könnte dementsprechend die Basis für Prozesse sein, die die selbstorganisierten Einrichtungen auf dem Weg in eine, vom Wettbewerb der Träger untereinander und ständig neuen Herausforderungen geprägten Zukunft, optimal begleiten und unterstützen.

Im Hinblick auf die Zukunft des Dachverbands wäre deshalb im Rahmen der MV zu überlegen und zu entscheiden, ob die genannten Aufgaben zukünftig als professionelle und bezahlte Dienstleistung eines Geschäftsführers/einer Geschäftsführerin zu leisten sind. Darüber hinaus und im Zusammenhang mit einer Ausweitung der Aufgaben des Dachverbands wäre zu fragen:

Besteht Bedarf für DAKITS-Aktivitäten in Bezug auf:

- Übernahme von Trägerschaften: es zeigt sich, dass kleine Kindergärten zunehmend keine Menschen mehr finden, die in die Verantwortung von Vorstand/Geschäftsführung einsteigen. Hier könnte DAKITS Angebote der Trägerschaftsübernahme machen, die eine Einrichtungs-selbstverwaltung weitgehend möglich machen.
  - Übernahme von Verwaltung und Geschäftsführung: die Übernahme von Geschäftsführung und Verwaltung kann zu einer Entlastung des päd. Personals führen, das ja zunehmend mit solchen Aufgaben überschüttet wird. Hier wären auch Synergieeffekte denkbar, da dann nicht alle Bürokratie von jedem beherrscht werden muss.
  - Buchhaltung: auch hier wäre zu hoffen, dass Synergieeffekte möglich sind.
- Die Beantwortung dieser Fragen macht uns möglich, neue Perspektiven für DAKITS zu entwickeln.

Diese könnten sein:

- Reduzierung oder Auflösung von DAKITS - was natürlich unsere Position sehr schwächen könnte. Die Fachberatung müsste dann an einen anderen Träger übertragen werden.
- Erweiterung von DAKITS um eine Stelle, die sich der Geschäftsführung und der Betreuung der obigen Angebote widmet.

Wichtig ist, dass wir bis eine Woche vor der außerordentlichen Mitgliederversammlung eine Rückmeldung von Euch erhalten müssten, um qualifiziert nachdenken zu können. Bitte überlegt auch, ob sich ein Engagement bei DAKITS im Vorstand nicht lohnen würde, um die nötigen Veränderungen und Weiterentwicklungen auf den Weg zu bringen“<sup>462</sup>

Die schwierige Suche nach Vorstandsmitgliedern ist Ausdruck einer Entwicklung, die sich auch in den Mitgliedseinrichtungen widerspiegelt. Die basisnahe Selbstorganisation hatte schon in den Anfängen ein hohes zeitliches Engagement gefordert. Immer komplexer werdende und „explosionsartig zunehmende“ Anforderungen an die Kitas verlangen auf der Verwaltungsebene Kenntnisse und Fähigkeiten, die sich jeder neue Vorstand immer wieder aneignen muss. Und da ein Vorstand in der Regel nur in dem Zeitraum zur Verfügung steht, in dem das

<sup>462</sup> Brief von Harald Seifert-Sossalla vom 22.08.2007

eigene Kind die Kita besucht, wechseln die Verantwortlichen ca. alle zwei bis drei Jahre. Ein effektives Übergangsmanagement aber konnte dafür nie erarbeitet werden, wie manche Fachkräfte in den Interviews bedauern. Dass die selbstorganisierten Einrichtungen selbst Probleme hatten, für ihre Einrichtungen einen engagierten Vorstand zu bekommen, hatte Regine Bogedale auch im Interview geschildert: „In den letzten Jahren gab es viele Probleme mit den Verwaltungen der Kitas, das Engagement nahm aufgrund immer höherer Belastungen der Eltern ab. Sie hatten weniger Freiräume für das Ehrenamt und es gab immer höhere Anforderungen an die Kitas. Antragsgeschichten, Verwendungsnachweise, Gremienarbeit, Interessensvertretung usw., das wurde ja alles ehrenamtlich von den Eltern oder den Erzieherinnen und Erziehern gemacht. Das hat mich persönlich sehr belastet, weil ich auch keinen Ausweg wusste. Ich habe gemerkt, da muss jetzt was passieren, sonst leidet die Qualität. Es gab auch einige Einrichtungen, die nicht mehr weiterwussten, da haben sich keine Eltern mehr in den Vorstand wählen lassen.“<sup>463</sup>

Drastisch schildern Fachkräfte im Interview auch die veränderte Haltung von Eltern, die sich zu diesem Zeitpunkt schon angebahnt haben mag. „Die Eltern haben sich verändert. Jetzt hatten wir die Herzblutseite geschildert, heute sind es mehr Forderungen von den Eltern. Die meinungsbildende Diskussion findet so nicht mehr statt, heute würde kein Elternabend bis nachts um 2 Uhr dauern. Die Elternbeteiligung hat abgenommen, wir sind ein Dienstleister geworden. Bei 20 % gibt es noch eine Wertschätzung, können wir mal helfen usw. Die anderen sehen nur die Defizite. Das hat sich umgekehrt zu früher. Die Ansprüche der Eltern haben sich verändert.“<sup>464</sup>

Und Kai Boeddinghaus erinnert sich: „Die Gründungszeit war vorbei, in der alle die Ärmel hochgekrempt haben, sich nachts getroffen haben, irgendwann sagt man, das muss nicht immer sein. Regine Bogedale war ermüdet von wechselnden Vorständen, die jedes Mal was anderes erzählen und dann aber wieder verschwinden und sie mit dem Schreibtisch allein zurücklassen. Da gibt es dann eine Sehnsucht nach einem neuen anderen professionellen Vorstand. Der macht dann aber auch was anderes. Da entstehen dann eben die Zielkonflikte.“<sup>465</sup>

---

463 Regine Bogedale im Interview

464 Interview mit Fachkräften aus Mitgliedseinrichtungen am 26.05.2015. Diese Aussagen sind beinahe identisch mit denen des oben zitierten Leiters der Frankfurter Kinderschule, eine der ersten sog. repressionsfreien Kindertagesstätte.

465 Kai Boeddinghaus im Interview

Der Konflikt zwischen basisnaher Selbstorganisation und der Notwendigkeit einer stärkeren Professionalisierung muss auch auf der Ebene des Dachverbandes gelöst werden. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung wird im Oktober 2007 einberufen, auf der nur das eine Thema auf der Tagesordnung steht: „Erhalt und Neustrukturierung von DAKITS e.V. als Träger der Fachberatung und Interessensvertretung seiner Mitgliedseinrichtungen.“

Die Mitgliederversammlung erteilt ein eindeutiges Votum für den Erhalt von DAKITS e.V. Im Protokoll wird festgehalten: „Die Frage, ob Erhalt und Neustrukturierung überhaupt gebraucht und gewünscht werden, lässt sich nun mit einem klaren ‚ja‘ beantworten. Mehr als zwei Drittel der Mitgliedseinrichtungen besuchten die MV, in deren Verlauf Konzepte möglicher Reorganisationsprozesse andiskutiert und eine Arbeitsgruppe mit dem Auftrag, ein tragfähiges und überzeugendes Verfahren zur Umsetzung eines Reorganisationskonzept zu erarbeiten, gebildet wurde. Die Projektgruppe wird sich zweimal treffen und verfolgt das Ziel, noch in diesem Jahr im Rahmen einer weiteren Mitgliederversammlung über ein konkretes Konzept abzustimmen, das auf der einen Seite den Erfordernissen und Wünschen der Mitgliedseinrichtungen und auf der anderen Seite den Aufgaben und personellen Anforderungen einer Dachverbandsstruktur gerecht werden soll.“<sup>466</sup>

Bereits am 3. Oktober tritt die Projektgruppe zur Reorganisation zum ersten Mal zusammen. Man ist sich einig, dass „ein klarer Zusammenhang zwischen dem Erhalt und der Weiterentwicklung des Dachverbands und der Qualität der Arbeit der einzelnen Einrichtungen gesehen wird.“ Auch wird „die Notwendigkeit der pädagogischen und konzeptionellen Vielfalt der Angebote“ betont.<sup>467</sup>

Die Arbeitsgruppe stellt sich die Frage, „ob und wie die geschäftsführenden Aufgaben des Dachverbands professionalisiert werden können mit dem Ziel der Entlastung des ehrenamtlichen Vorstands und einer stärkeren Konturierung der Fachberatung.“<sup>468</sup> Dazu soll ein Aufgabenportfolio für die Funktionsbereiche Geschäftsführung, Vorstand und Fachberatung erstellt werden.

Tatsächlich wird bereits Ende des Jahres eine Vorlage zur Reorganisation von DAKITS e.V. mit der Einladung zur nächsten Mitgliederversammlung verschickt.

Sie enthält eine Beschlussvorlage, die auf der Mitgliederversammlung am 29. Januar 2008 abgestimmt werden soll. Im Info-Brief vom Dezember berichtet

---

<sup>466</sup> Info-Brief vom Oktober 2007

<sup>467</sup> R. Bogedale: Protokoll der 1. Sitzung der DAKITS-Projektgruppe Reorganisation am 3.10.07

<sup>468</sup> Ebd.

Regine Bogedale noch einmal, dass die Gruppe, die an dem Konzept engagiert gearbeitet habe, sich einig sei, dass die „DAKITS-Vorstandsaufgaben professionalisiert und weiterentwickelt werden müssen. Für die Aufgaben Interessensvertretung der Mitgliedseinrichtungen, Öffentlichkeitsarbeit, Entwicklung neuer Dienstleistungen für die Mitgliedseinrichtungen, Strukturierung und Vernetzung der Einrichtungen etc. sollen personelle Ressourcen geschaffen werden, die im Zusammenwirken mit der Fachberatung der Entwicklung und Absicherung einer umfassenden fachlichen Unterstützung der Mitgliedseinrichtungen auf der Basis zukunftsfähiger Konzepte dienen sollen.“<sup>469</sup>

Zwei Wochen vor der Mitgliederversammlung wird den Mitgliedseinrichtungen auf einer Info-Veranstaltung die Möglichkeit gegeben, Fragen zum Reorganisationskonzept (ROK) zu klären. Das Konzept wird in einer Powerpoint-Präsentation ausführlich dargestellt (s.u.). Fragen und Unklarheiten gibt es offenbar bei der Finanzierung der Geschäftsführung durch ein Umlageverfahren. Die Höhe der Umlage hängt davon ab, wie viele Mitgliedsgruppen sich an dem Verfahren beteiligen würden. Diskutiert wird, ob die Umlage für mehrgruppige Einrichtungen erhöht werden kann. Für kleine eingruppige Einrichtungen wären die Höhe der Umlage bei Beteiligung aller 32 Einrichtungen an der oberen Grenze, wie es weiter heißt.

Auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 29. Januar 2008 erläutert Harald Seifert-Sossalla das zu beschließende ROK noch einmal. Die Vorlage zum ROK lautet:

### **„Einleitung**

*Das Hauptziel des Dachverbandes DAKITS e.V. wird in der Satzung und Konzeption wie folgt definiert: Der Dachverband DAKITS e.V. soll durch die Unterstützung und Förderung der selbstorganisierten freien Einrichtungen zum Ausbau eines bedarfsgerechten, familien- und kindorientierten Kinderbetreuungsangebotes beitragen. Hierbei ist die gemeinsame und oberste Priorität das Wohl des Kindes und die Förderung einer gesunden seelischen und körperlichen Entwicklung. (Satzung vom 8.06.2000 und das Rahmenkonzept vom 08.02.1993).*

### **Kernaufgaben**

*Die Kernaufgaben des Dachverbandes umfassen die Bereiche:*

- *Trägerschaft einer Fachberatungsstelle und*
- *fachpolitische Interessensvertretung der Mitgliedseinrichtungen.*

---

469 Info-Brief vom Dezember 2007. Hier wird ergänzt, dass das Reorganisationskonzept (ROK) einen Vorschlag zur Finanzierung der Reorganisation enthalte. Das ROK wird als Anlage zum Info-Brief verschickt.

### **Ausgangspunkt**

*Im Rahmen der ordentlichen Mitgliederversammlung von DAKITS e.V. am 04.07.2007 hatten alle drei Vorstandsmitglieder aus unterschiedlichen Gründen ihr Vorstandsamt niedergelegt. Es stellten sich keine Kandidaten zur Vorstandswahl. Daraufhin entstand eine Diskussion um die Gründe und Folgen dieser Situation. Unter anderem wurde vorgeschlagen, ein Konzept für den Erhalt und die Neustrukturierung von DAKITS e.V. als Träger der Fachberatung und Interessensvertretung seiner Mitgliedseinrichtungen zu erarbeiten. Daraufhin wurde in der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 24.09.2007 die Gründung einer internen Projektgruppe beschlossen und die Projektgruppenmitglieder mit der Erarbeitung eines konkreten Vorschlags für die Reorganisation von DAKITS e.V. beauftragt.*

### **Hauptziele**

*Die Projektgruppe benannte folgende Hauptziele der Reorganisation von DAKITS e.V.:*

- *Die Weiterentwicklung und Professionalisierung der Angebote und Leistungen des Dachverbandes als Voraussetzung für die Unterstützung der selbstorganisierten Träger (zum größten Teil Mitgliedseinrichtungen) mit dem Ziel der Bestandssicherung, Optimierung und Weiterentwicklung ihrer Angebote und Leistungen.*
- *Die Entwicklung und Festigung einer starken Position und eines markanten, wiedererkennbaren Profils der selbstorganisierten Einrichtungen im Spektrum der Trägervielfalt sowie im Bereich der Interessensvertretung in Kassel (>>verstärkte Professionalisierung der Arbeit des Dachverbandes im Jahr 2008).*

*Die Koordination der Mitgliedseinrichtungen durch Strukturierung und Vernetzung.*

*Aufbau einer funktionierenden Netzwerkarbeit zwischen den Trägern.*

*Die Entwicklung neuer Dienstleistungen bzw. -angebote im pädagogischen Bereich, im Verwaltungsbereich, in der Organisations- und Personalentwicklung sowie in Bezug auf wirtschaftliche Fragen.*

*Diese Ziele können erreicht werden durch das Zusammenwirken der Aufgaben und Angebote der Fachberatung mit den Aufgaben und Leistungen einer Geschäftsführung, die im Auftrag der Mitgliederversammlung, bzw. des Vorstands die besonderen Interessen der Mitgliedseinrichtungen gegenüber den Institutionen der Gebietskörperschaften und in der Öffentlichkeit koordiniert und vertritt.*

*Gegenwärtig hat der DAKITS e.V. keine Geschäftsführung. Alle Belange werden bis zum heutigen Zeitpunkt in Zusammenarbeit der Stelle „Fachberatung“ mit dem ehrenamtlich agierenden Vorstand bzw. der durch ihn beauftragten so genannten Verhandlungsgruppe in Zusammenarbeit mit dem Geschäftsführer der Freien Schule verrichtet. Die Projektgruppe unterbreitet deshalb den Vorschlag, zunächst für die Dauer von einem Kalenderjahr die Stelle einer „Geschäftsführung“ einzurichten und zwar auf der Basis 50 % einer Vollzeitstelle (Halbtagsstelle). Die Geschäftsführung soll auf der operativen Ebene gleichberechtigt mit der Fachberatung stehen. Das bedeutet, dass sowohl die Dienstaufsicht und die Fachaufsicht gegenüber beiden Funktionsträgern vom Vorstand ausgeübt wird. Die GF und die FB berichten dem Vorstand laufend und unterrichten die Mitgliederversammlung während der Trägertreffen (vgl. Organigramm Anlage 1).*

*Nach einem ¾-Jahr soll diese Entscheidung vom Vorstand und der Mitgliederversammlung evaluiert werden. Auf der Basis der bis dahin gesammelten Erfahrungen und Ergebnisse soll entschieden werden, ob die Stelle der Geschäftsführung dauerhaft für den DAKITS e.V. beibehalten werden soll und in welchem Umfang diese Stelle Aufgaben für den Verband weiterhin übernehmen wird.*



### **Aufgaben Geschäftsführung:**

Die Projektgruppe sieht die Aufgaben einer Geschäftsführung in folgenden Bereichen:

- Entlastung des Vorstandes
- Die Vertretung des Dachverbandes im Innen- und Außenverhältnis in enger Abstimmung mit dem Vorstand des Dachverbandes.
- Verhandeln, Führen, Protokollieren und Dokumentieren von Vertragsverhandlungen mit den Zuwendungsgebern.
- Die Herausarbeitung der konkreten kurz-, mittel- und langfristigen Ziele des Dachverbandes und die Operationalisierung dieser Ziele in inhaltlicher Abstimmung mit der Fachberatung und dem Vorstand (>>auch auf der Basis der bereits vorliegenden Materialien).
- In Abstimmung mit dem Vorstand ist die Organisationsform des Dachverbandes weiterzuentwickeln (>>die Entscheidung trifft die Mitgliederversammlung).
- Die Zusammenarbeit zwischen der Fachberatung und Geschäftsführung bei der Erarbeitung und Durchführung neuer Fortbildung- und Seminarkonzepte (>> z.B. auch mit dem Ziel weitere finanzielle Mittel für den Dachverband zu erwirtschaften), der Beratung der Mitgliedseinrichtungen im Hinblick auf Fragen der Trägerschaft und Wirtschaftlichkeit sowie in Bezug auf die Entwicklung neuer Dienstleistungen.
- Die Erarbeitung neuer Strukturen der Vernetzung (z.B. zunächst die Auflistung bestimmter Merkmale der einzelnen Träger und seiner Angebote) und verbesserte Kommunikation zwischen der Fachberatung, Geschäftsführung, dem Vorstand sowie den Mitgliedseinrichtungen.
- Der Aufbau eines geeigneten Qualitätsmanagements für die Mitgliedseinrichtungen in inhaltlicher Abstimmung zwischen Fachberatung und Geschäftsführung.
- Die Kooperation mit der Fachberatung hinsichtlich der Interessensvertretung in politischen Gremien, Ausschüssen (z.B. der Fachausschuss Jugendhilfeplanung), in der Arbeitsgemeinschaft der freien Träger, im Paritätischen Wohlfahrtsverband sowie im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den überregionalen Verbänden.

- Die Öffentlichkeitsarbeit (auch Lobbyarbeit) und die Gestaltung eines entsprechenden Internetauftritts.
- Die direkte Interessensvertretung einzelner Einrichtungen z.B. bei Rückforderungen von Betriebskostenzuschüssen seitens des Jugendamts oder in anderen Streitfragen.

### **Kompetenzprofil für die Geschäftsführung:**

Die Projektgruppe benennt folgendes Kompetenzprofil für die Geschäftsführung:

- Erfahrungen bzw. Mitarbeit in Elterninitiativen bzw. in gemeinnützigen Organisationen,
- Kommunikationsbereitschaft und vertiefte Kenntnisse in der Gesprächsführung und Moderation von Gruppen,
- Verhandlungskompetenzen und -erfahrungen,
- hohe Kooperationsbereitschaft und Kritikfähigkeit,
- Durchsetzungsvermögen und Organisationstalent,
- Erfahrungen im Umgang mit Vereinsgremien, Vorständen und Behörden,
- praktische Erfahrungen im Umgang mit betriebswirtschaftlichen Fragestellungen sowie Methoden in der Personal- und Organisationsentwicklung,
- Erfahrungen und gute Kenntnisse in der Netzwerkarbeit sowie praktische Erfahrungen auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit.

### **Umlagefinanzierung:**

Zur Realisierung der erforderlichen Maßnahmen der Reorganisation des Dachverbandes sowie der halben Stelle einer Geschäftsführung hat die Arbeitsgruppe einen Vorschlag für eine Umlagenfinanzierung erarbeitet.

Der Vorschlag mit fünf beliebigen Szenarien ist diesem Arbeitspapier als Anlage 2 beigefügt. Dieser basiert auf einem Grundumlageverfahren für alle Mitgliedseinrichtungen und zugeordneten Hebesätzen in direkter Abhängigkeit zur Gruppenanzahl.

**Die Umlage:**

Die Umlage berechnet sich zu:

- a) Eingruppige Einrichtungen:  
 $U1 = Gm + 0 \text{ EUR}$
- b) Zweigruppige Einrichtungen:  
 $U2 = Gm + (1 \times 20 \text{ EUR})$
- c) Mehrgruppige Einrichtungen:  
 $U3 = Gm + (2 \times 20 \text{ EUR})$
- $Gm$  = monatliche Grundumlage, die sich linear aus den Quotienten der Ausgaben zu Mitgliedseinrichtungen ermittelt.

*Es wird ferner vorgeschlagen, die Stimmenverhältnisse in der Mitgliederversammlung auch vor dem Hintergrund einer differenzierten Umlage nicht zu verändern, also eine Stimme für eine Mitgliedsorganisation bei DAKITS e.V., unabhängig der Anzahl der Gruppen einer Mitgliedsorganisation. Grundsätzlich sollte jede Mitgliedsorganisation jeweils zwei Personen benennen, die jeweils in Einzelvertretung autorisiert sind, im Namen der jeweiligen Mitgliedsorganisation an Abstimmungen teilzunehmen.*

Kassel, 10.12.2007

In der ausführlichen Vorlage des Reorganisationskonzeptes ist die Beschlussvorlage für die Mitgliederversammlung enthalten:

**Beschlussvorlage:**

*Die Mitgliederversammlung möge auf dem Wege einer mündlichen Abstimmung folgendes einzeln beschließen:*

1. *Die Mitgliedsorganisationen des DAKITS e.V. unterstützen die Bestrebungen zur Reorganisation des Dachverbandes voll inhaltlich.*
2. *Die Reorganisation des DAKITS e.V. wird durch die stufenweise Umsetzung der genannten Handlungsziele verwirklicht. Wesentliche Merkmale werden innerhalb von 12 Monaten umgesetzt.*
3. *Der Vorstand wird bevollmächtigt alle die zur Reorganisation des Dachverbandes notwendigen Sachmittel mit einer Größenordnung von bis zu 3.500 EUR einmalig zu verausgaben.*

## Die Hauptziele der Reorganisation

veranschaulicht in einer Power-Point-Präsentation im Januar 2008 ...

**DAkiTS** e.V. Dachverband freier Kindertageseinrichtungen e.V.

### HAUPTZIELE DER REORGANISATION

- Entwicklung und Festigung einer starken Position und eines wieder erkennbaren Profils
- Weiterentwicklung und Professionalisierung der Angebote zur Unterstützung der Träger
- Koordinierung der Mitgliedseinrichtungen durch Strukturierung und Vernetzung
- Entwicklung neuer Dienstleistungen und Angebote
- Aufbau einer funktionierenden Netzwerkarbeit

Reorganisation – Mitglieder-Infoveranstaltung 06.05.09 06.05.09 Stand: Mai 2009, Folie 1

**DAkiTS** e.V. Dachverband freier Kindertageseinrichtungen e.V.

### ORGANIGRAMM

Mitgliedsverein X  
Z benannte Personen mit Vertretungsrecht

Mitgliedsverein Y  
Z benannte Personen mit Vertretungsrecht

Mitgliedsverein Z  
Z benannte Personen mit Vertretungsrecht

Mitgliedsverein N  
Z benannte Personen mit Vertretungsrecht

Basis

**MITGLIEDERVERSAMMLUNG**

wählt

Aufsicht

Ehrenamtlicher **VORSTAND**  
(mind. 3, max. 5 Personen)

Fach- und Dienstaufsicht

übt aus

**FACHBERATUNG**

**GESCHÄFTSFÜHRUNG**

nutzen und leiten an

Verwaltung (Bürokräft)

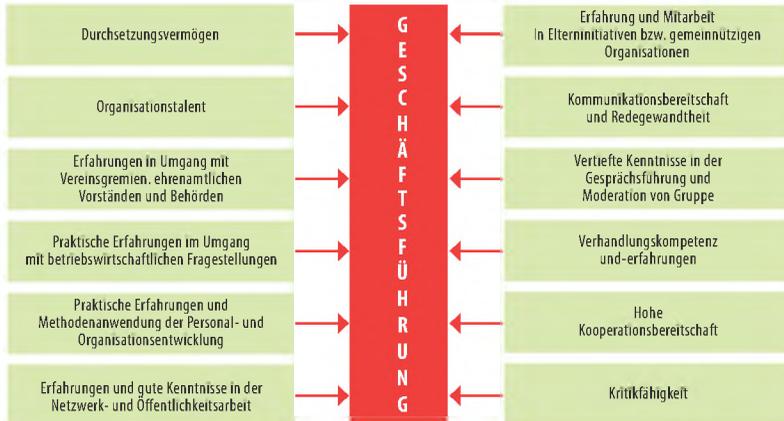
Vorort  
12 Monate

1/2  
Tagesstelle

Reorganisation – Mitglieder-Infoveranstaltung 06.05.09 06.05.09 Stand: Mai 2009, Folie 2

... sowie eine weitere zur Überprüfung der Ziele, im Juni 2009:

## KOMPETENZEN DER GESCHÄFTSFÜHRUNG



Reorganisation – Mitglieder-Infoveranstaltung 06.05.09

06.05.09 Stand: Mai 2009, Folie 3

## AUFGABEN DER GESCHÄFTSFÜHRUNG



Reorganisation – Mitglieder-Infoveranstaltung 06.05.09

06.05.09 Stand: Mai 2009, Folie 4

4. *Der Vorstand wird bevollmächtigt, vorrangig eine natürliche oder im Ausnahmefall eine juristische Person als Geschäftsführer mit der Aufgabenstellung und dem Anforderungsprofil dieser Vorlage einzustellen. Die Dauer der Einstellung wird zunächst auf 12 Monate und eine Halbtagsstelle beschränkt. Das monatliche Arbeitnehmer-Entgelt (brutto) wird mit höchstens 2.000 EUR festgeschrieben.*
5. *Die im Dachverband organisierten Mitgliedseinrichtungen verpflichten sich auf die Dauer von 12 Monaten zur Entrichtung der in der Anlage dargestellten Umlagefinanzierung. Die Umlagefinanzierung richtet sich nach der Gruppenanzahl und ist bargeldlos am letzten des Kalendermonats zu entrichten. Ungeachtet der differenzierten Umlage erhält jede Einrichtung das einfache Stimmrecht.*
6. *Jede Mitgliedseinrichtung benennt zum Beginn des Kindergartenjahres dem Vorstand des DAKITS e.V. einen bevollmächtigten Vertreter und dessen Stellvertreter. Das Stimmrecht in der Mitgliederversammlung wird auf diese Personen übertragen.“*

Die Beschlussvorlage wird nach einigen Änderungen lt. Protokoll mit 24 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 1 Gegenstimme angenommen. Die Höhe der Grundumlage zur Finanzierung einer Geschäftsführerstelle wird für 1-gruppige Einrichtungen 100 € betragen, für 2-gruppige Einrichtungen 130 € und für 3- und mehrgruppige Einrichtungen 160 €. Ein neuer Vorstand wurde gewählt.<sup>470</sup>

Auffällig am ROK ist die nun festgelegte Beziehung zwischen Vorstand und Fachberatung und Geschäftsführung als eine der Dienst- und Fachaufsicht. In der Praxis hatte es bislang so ausgesehen, dass Fachberatung, also Regine Bogedale und der jeweilige Vorstand Hand in Hand gearbeitet haben, in ihrem basisdemokratischen Verständnis sozusagen auf Augenhöhe, ohne dass eine „Aufsicht“ oder eine Weisungsbefugnis ausgesprochen worden wäre. Ob sich ein solches Modell bewährt, soll dem ROK zufolge nach einem dreiviertel Jahr überprüft werden. Deshalb wird die halbe Stelle einer Geschäftsführung zunächst nur für die Dauer eines Jahres ausgeschrieben.

Drei Monate nach der außerordentlichen Mitgliederversammlung nimmt Regine Bogedale in einem Offenen Brief zur Errichtung einer Geschäftsführung Stellung. Darin blickt sie noch einmal auf die Notwendigkeit einer Veränderung

---

470 Dr. Sabine Schäfer (Kinderhaus Jakchos), Björn Schanz (Die Knirpse), Thiemo Glomb (Die Kurzen), Ralf Bialke (Kleine Stromer), Manfred Böttcher (Kinderladen Fontanestraße)

von DAKITS e.V. zurück, kommt aber zu einem anderen Ergebnis in Bezug auf die Schaffung einer Geschäftsführungsstelle. In dem Brief wird DAKITS e.V. als basisnahe Selbstorganisation, die die zunehmenden Anforderungen durch eine qualifizierte Fachberatung und einem starken Vorstand bewältigen kann, beschworen.<sup>471</sup>

„Ein Wandlungsbedarf und die Notwendigkeit zur strukturellen Veränderung und Weiterentwicklung des Dachverbands und seiner Prozesse wird bereits seit einigen Jahren von Mario Höbel, der in den vergangenen 3 Jahren einen Teil der Geschäftsführung übernommen hatte, und mir, wahrgenommen und kommuniziert. Wir mussten im Zusammenhang mit den Verhandlungen um neue Verträge immer wieder feststellen, dass es keine klaren Zuständigkeiten und verlässliche Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen gibt, sodass die inhaltlichen Beratungen und Entscheidungen und die personellen Verantwortlichkeiten für den Verhandlungsprozess häufig in der Luft hingen.

Ein weiteres Feld, aus dem sich ein dringender Reformbedarf entwickelte, war die explosionsartige Ausweitung der administrativen Aufgaben für die Träger und Leitungen von Kindertageseinrichtungen. Angefangen bei den Anforderungen an ein Qualitätsmanagement über die Regelungen einer Biostoffverordnung bis hin zum Schutzauftrag nach § 8a etc. pp: (...) Mit dem Druck zu einer professionelleren und zeitgemäßen Dachverbandsführung verebbte dann auch jegliche Bereitschaft für eine ehrenamtliche Vorstandsarbeit. (...)

Das Aufgabenprofil für eine Geschäftsführung entwickelten wir in der Reorganisationsgruppe auf der Basis einer Auflistung aller Aufgaben und Prozesse des Dachverbands. (...) Mit der Wahl eines fünfköpfigen DAKITS-Vorstands, der differenzierten Aufgaben- und Zuständigkeitsverteilung vom 1. Vorsitzenden bis zum Finanzmanager, hat sich meines Erachtens die Ausgangssituation für die weiterhin notwendige strukturelle und personelle Reorganisation des Dachverbands verändert: DAKITS ist kein führerloses Schiff mehr. Es gibt eine professionelle Führung in der Gestalt eines Vorstands, der alle fachlichen Kompetenzen mitbringt, die sowohl zur Führung als auch zur professionellen Weiterentwicklung einer Organisation notwendig sind.“<sup>472</sup>

Damit seien aber auch zentrale Aufgaben vorstandsintern geregelt und entfallen damit für eine Geschäftsführung. Ihre Forderung ist deshalb eine andere: Statt

471 Stellungnahme zu veränderten Bedingungen und Anforderungen im DAKITS e.V.-Reorganisationsprozess von Regine Bogedale vom 08.04.2008.

472 Ebd.

einer Geschäftsführung schlägt sie die Schaffung von erweiterten Kapazitäten für eine Fachberatung vor. „Vor dem Hintergrund dieser neuen erfreulichen Entwicklung (...) kann meines Erachtens die Einrichtung einer geschäftsführenden Position auf der operativen Ebene nicht mehr legitimiert werden. Hilfreicher wäre es, den gegenwärtigen Fachpersonalbestand um die erforderlichen fachlichen Qualifikationen und die zeitlichen Ressourcen aufzustocken.“

Dass Regine Bogedale in ihrem Vorschlag auf einen so starken Vorstand und engagierte Mitgliedseinrichtungen rekurren kann, ist nach der verzweifelten Suche nach Vorstandsmitgliedern erstaunlich. In einem Interview mit einem der Vorstandsmitglieder erfahren wir aber tatsächlich, dass seiner Meinung nach alle fünf Vorstandsmitglieder ca. 20 Stunden monatlich ehrenamtliche Arbeit geleistet hätten. Es sei zunächst einmal „aufgeräumt“ worden: Das bedeutete z.B. in die einzelnen Mitgliedsorganisationen zu gehen und deren „Buchhaltung auf Vordermann“ zu bringen, einen „Investitionsstau anzuschauen“ und anzugehen. Dazu seien Fragen der Weiterbildung erörtert und bearbeitet worden, Öffentlichkeitsarbeit vorangetrieben. Der Vorstand habe viel Coaching und Supervision gehabt, ein bis zweimal im Jahr ein Treffen mit externer Moderation.

Mario Höbels Ausführungen relativieren diese Aussage und fügen noch einen weiteren Aspekt hinzu: Er erinnert sich, dass zwei der neuen Vorstandsmitglieder, die hauptamtlich in ihren Einrichtungen angestellt waren, „ca. 90 % der Arbeit an sich genommen haben.“<sup>473</sup> Er konstatiert den Unterschied zwischen kleinen Trägern und einem freien Träger, der mehrere Einrichtungen verwaltet. „Klar ist, dass in solchen Vereinen, in denen die Vorstände ehrenamtlich arbeiten, das niemand zehn oder zwanzig Jahre macht. Deswegen gibt es relativ häufig einen Wechsel. Es wird immer geguckt, wer macht es und die Verantwortung liegt bei der hauptamtlichen Person. Die größeren Einrichtungen haben damals festgestellt, dass die Leistungen von DAKITS nicht mehr dem entsprachen, was sie gern gehabt hätten. Und da war die Entscheidung, entweder sie gehen in den Vorstand und machen eine Restrukturierung, so dass DAKITS auch für ihre Arbeit passt oder sie ziehen sich da raus. Also ihr Vorstandsengagement wurde mit der Forderung nach einer Restrukturierung verknüpft.“

Er stellt fest, dass die „unter der Professionalität vollzogene Veränderung auch einen Verlust von Kultur mit sich gebracht hat, die ich nicht so passend finde für

---

<sup>473</sup> Interview mit Mario Höbel am 8.12.2014

einen Träger wie DAKITS. Das Arbeiten auf Augenhöhe war nicht mehr gegeben, die flachen Hierarchien, für die wir auch in den Einrichtungen stehen, war plötzlich nicht mehr vorhanden, sondern eine klare Trennung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer. (...) Es ging plötzlich um Kontrolle und um Misstrauen, um Leistungsanforderungen in einem Verständnis, wie ich es nicht hilfreich finde für unsere Arbeit.“

Die Professionalisierung und „Qualitätssteigerung“ wird auch von ihm wie von vielen anderen Mitgliedereinrichtungen befürwortet. „Es hätte wohl gar nicht so große Konflikte gegeben, wenn sich nicht zugleich die Führungsmentalität so deutlich verändert hätte.“

Was war geschehen? Die Vorschläge und Einwände von Regine Bogedale in Bezug auf eine Geschäftsführung werden im Vorstand offenbar nicht mehr diskutiert, sondern als Angriff und Loyalitätsentzug erfahren. In einem Brief von Bogedale an die Mitgliedereinrichtungen im März 2009 erfahren wir im Nachhinein, dass das oben zitierte Positionspapier von Regine Bogedale „bei dem Vorstand heftige persönliche Kritik und Zweifel an meiner Loyalität gegenüber dem Reorganisationspapier hervorgerufen“ hat.<sup>474</sup> Sie fährt fort: „Leider ist es im weiteren Verlauf der Entwicklung nicht gelungen, die vor diesem Hintergrund entstandenen Konflikte zu lösen und das damit infrage gestellte gegenseitige Vertrauensverhältnis zu klären. (...) Es wurde dort außerdem herausgearbeitet, dass Antje Proetel zukünftig alleine das operative Geschäft zu leiten habe und mir gegenüber eine weisungsberechtigte, arbeitgeberähnliche Funktion einnehmen solle. Dies steht, so meine ich, im Gegensatz zu den ursprünglich, von der Reorganisationsgruppe erarbeiteten und von der MV beschlossenen Planungen. Diesen ‘Kurswechsel’ wolle man gegenüber der Mitgliederversammlung vertreten.“

(...) Noch im Dezember informierte ich ein Vorstandsmitglied darüber, dass ich mir eine weitere Zusammenarbeit unter den gegebenen Bedingungen nicht mehr vorstellen könne. Meine Kündigung habe ich zu diesem Zeitpunkt bereits angekündigt.<sup>475</sup>

Regine Bogedale bezieht sich in ihrem Brief auf Antje Proetel, die am 1. August 2008 die beschlossene Geschäftsführungsstelle besetzt.<sup>476</sup> Sie ist Erzieherin und

474 Undatierter Brief von R. Bogedale für die außerordentliche Mitgliederversammlung im März 2009

475 Ebd.

476 Dass sich die Einstellung von Antje Proetel wochenlang hingezogen hat, hat vermutlich mit einem Konflikt zu tun, der in einem Interview geschildert wird: Regine Bogedale stellte sich gegen einen „betriebswirtschaftlich Dynamischen“, den der Vorstand haben möchte.

hat lange Jahre als Sozialpädagogin im stationären und ambulanten Bereich der Kinder- und Jugendhilfe gearbeitet. Sie hat zwei Kinder, ist Sozialpädagogin und hat Supervision studiert. Sie kennt die Arbeit der Kitas sowohl als Mutter als auch als Supervisorin.

In einem Interview schildert Antje Proetel ihren Beginn bei DAKITS e.V. und stellt den Eindruck, ihr Verhältnis zu Regine Bogedale sei mit einer Weisungsbefugnis ausgestattet gewesen, richtig. „Ich habe gut mit Regine Bogedale zusammengearbeitet. Wir haben geschaut, wie ergänzen wir uns, wie teilen wir das auf? Sie war ja auch dankbar, dass sie nicht mehr alles allein machen musste und jemanden hatte, mit dem sie sich austauschen konnte. Es war trotzdem wahnsinnig schwierig für sie. Sie war ja jahrelang hier und dann kommt eben eine Geschäftsführung. Auch wenn wir auf gleicher Ebene fungieren sollten, gab es von Seiten des neuen Vorstandes die Absicht, den ‘neuen Wind’ durch die Geschäftsführung reinzubringen.“<sup>477</sup>

Regine Bogedale erlebt es offenbar anders. „Ich war nicht damit einverstanden, dass dann eine Hierarchie aufgebaut wurde. Mir war 17 Jahre lang die Verantwortung für viele Bereiche übertragen worden ohne hierarchische Strukturen, wir waren auf Augenhöhe mit allen Beteiligten. Der neue Vorstand hat dann viele Sachen ohne vorherige Absprachen übernommen. Finanzen z.B., irgendwann fand ich die DAKITS-Kontoauszüge nicht mehr. Es ging um die Art und Weise, das wurde nicht kommuniziert. Es war kein schöner Übergang. Ich wollte einen professionellen Vorstand und professionelle Unterstützung im Alltag. Sie wollten eine Geschäftsführerin, ich wollte eine ebenbürtige Kollegin neben mir haben. Sie haben dann eine Geschäftsführerin eingestellt. Sie hatten mich ja gefragt, aber ich wollte nicht noch mehr Verantwortung, ich wollte die Verantwortung teilen zwischen mir als Fachberaterin und einer Geschäftsführerin. Die Geschäftsführerin war dann als Anfängerin mir gegenüber quasi weisungsberechtigt. Sie wollten dann auch haarklein wissen, was ich tue. Das war keine gute Stimmung.“<sup>478</sup> Im Februar 2009 gibt sie ihre Kündigung bekannt. Als Resümee hält Regine Bogedale fest: „Persönlich war es eine schwierige Geschichte. Historisch sehe ich, dass da was passieren musste. Es war letztendlich heilsam, es sind neue Strukturen entstanden. In den Einrichtungen gab es auch zeitweise große Vorbehalte gegen-

---

477 Interview mit Antje Proetel und Martina Engel am 11.07.2016

478 Antje Proetel hat erst 2014 eine Weisungsbefugnis gegenüber den MitarbeiterInnen der Geschäftsstelle bekommen, damit eine Struktur kontinuierlich und professionell aufrechterhalten werden kann bei einem wechselnden Vorstand. (Siehe weiter unten)

über den sog. 'Schlipsträgern', wo ich dachte, na ja, heutzutage muss man ein bisschen offener sein! Da haben sich dann zwei Formen angenähert. Ich glaube, es war zeitgemäß. Einerseits so eine Professionalisierung, andererseits hoffe ich, dass bestimmte Werte beibehalten wurden. Jetzt gibt es eine stärkere Vermischung von unterschiedlichen Einrichtungstypen. Es wäre schön, wenn die ursprüngliche Idee der Kinderladenbewegung in den Konzeptionen noch aufblitzt hin und wieder, im Menschenbild oder der Art, wie man miteinander umgeht. Das ist eine Symbiose eingegangen heute in DAKITS.<sup>479</sup>

Fünf Mitgliedseinrichtungen reagieren im Auftrag der Trägervertretungen mit einem offenen Brief auf die Kündigung von Regine Bogedale und fordern eine außerordentliche Mitgliederversammlung. In dem Brief heißt es:

*„Sehr geehrter Vorstand!*

*Mit Verwunderung und Unverständnis haben wir per E-Mail vom 20.02.09 (nicht jede Mitgliedseinrichtung verfügt über eine E-Mail-Adresse!) zur Kenntnis nehmen müssen, dass Regine ihre Kündigung als Fachberaterin des Dachverbandes eingereicht hat. Dies wird uns in ungewohnt kurzer technokratischer Form zusammen mit anderen ‚wichtigen‘ Mitteilungen wie z.B. einem Termin für den nächsten Erste-Hilfe-Kurs ohne jede Mitteilung mitgeteilt.*

*Nachdem auf der letzten MV vom 18.11.08 deutlich geworden ist, dass es im Verlauf der Umsetzung des Reorganisationskonzeptes Probleme zwischen Vorstand, Geschäftsführung und Fachberatung gibt und uns vom Vorstand gesagt wurde, dass dafür auf einem supervisionsbegleiteten Workshop Anfang Dezember ‚Lösungen gefunden werden‘, scheint nun offensichtlich, dass dies nicht gelungen ist. Auch haben wir keinerlei Rückmeldungen zu diesem Workshop bekommen.*

*Die überraschende Kündigung von Regine bewegt uns und wirft Fragen auf! Wir fordern die umgehende Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung gemäß § 14 der DAKITS-Satzung, auf der der Vorstand den Mitgliedern die Vorgänge der letzten Monate transparent darstellt und Regine die Möglichkeit erhält, selbst Stellung zu nehmen.*

*Darüber hinaus muss die Zukunft der Fachberatungsstelle bei DAKITS besprochen bzw. diskutiert werden und darüber hinaus möglicherweise schon jetzt eine erste Zwischenbewertung des Reorganisationsprozesses vorgenommen werden.*

*Liebe Grüße*

*Im Auftrag der Trägervertretungen<sup>480</sup>*

479 Interview mit Regine Bogedale am 29.01.2015

480 Brief vom 25. Februar 2009 von fünf Einrichtungen (Die Knirpse, Kleine Knilche, Kinderhaus Oberzwehren e.V.,

Im Interview mit Fachkräften aus den Mitgliedseinrichtungen ist auch nach so vielen Jahren noch eine große Betroffenheit über diesen „Bruch“ zu spüren. Folgt man ihren Aussagen, so haben alle Mitgliedseinrichtungen bis auf die Geschäftsführerin der Montessori-Schule, Christiane Schwarz, die Situation nicht als solch radikale Veränderung gesehen.

„Ich hatte gewarnt, das ist eine glatte Übernahme, ich kann eine GmbH verstehen für einzelne Einrichtungen, aber nicht für einen Verband. Da saßen so viele Eltern, mit denen der Kandidat vorher gesprochen hatte, die brav ihr Händchen gehoben haben. (...) Ich fand das ganz unwürdig und gemein, was da passiert ist, das hat Regine nicht verdient. (...) Man konnte es sehen, was geschehen würde. Aber ich war wohl zu aggressiv bei dem Treffen, wie ein HB-Männchen, deshalb habt ihr mir nicht zugehört. Ich habe gesagt, wie könnt ihr nur so blind sein und das gut heißen. Für mich war das der Bruch. Ich habe gedacht, wie kann sich eine Masse von Leuten, die sich alternativ nennen, sowas antun. Jetzt hat es sich wieder verändert.“<sup>481</sup>

Sie fährt fort, während andere Fachkräfte zustimmend nicken: „Als ich das gesehen habe, habe ich mich über mich geärgert, dass ich mich nicht anders eingesetzt habe. Regine hatte mich ja mal gefragt, ob ich in den Vorstand gehen würde. Das bereue ich ganz tief. Man konnte dann ja nur die Gruppe als Ganzes wählen. Der Supervisor hatte damals gesagt, dass wir Regine allein gelassen hätten. Das stimmt, wir waren froh, dass es sie gibt, wir hatten genug zu tun mit unserer Arbeit. Wir haben uns nie Gedanken darüber gemacht, dass sie das eigentlich nicht allein schaffen kann. Dieser Satz hat mir Schuldgefühle gemacht. Weil es stimmte. Und ich dachte, o.k., es muss jetzt jemand geben, der ihr zur Seite steht.“

Markus Grüniger von der Kindertagesstätte Nora e.V., der selbst zwei Jahre im Vorstand von DAKITS e.V. mitgearbeitet hatte, erinnert sich: „Ich habe in der Zeit des Umbruchs selbst viele Veränderungen gehabt, privat und an der Arbeit. Da habe ich also gar nichts mitgekriegt. Dann habe ich wieder mitgekriegt: Regine ist weg, das war furchtbar, ich bin einer, der für sie gekämpft hätte, aber in der Zeit hatte ich keine Energie, ich hätte sonst Magengeschwüre bekommen, wenn ich das mitgekriegt hätte.“<sup>482</sup>

Friederike Wagner von den Kleinen Knilchen arbeitete selbst zwei Jahre im

---

Orte für Kinder und Rasselbande)

481 Christiane Schwarz im Gruppeninterview am 26. Mai 2015

482 Markus Grüniger im Gruppeninterview, a.a.O.

neuen Vorstand und ist wieder aktuelles Vorstandsmitglied. Sie stellt fest: „Da hat eigentlich eine logische Entwicklung stattgefunden, es wurden mehr Einrichtungen. Und da war Regine vielleicht ganz froh, jemand gefunden zu haben, der so die wirtschaftliche Entwicklung gemacht hat, der noch einen anderen Blick hat. Dass sich das dann anders entwickelt hat, konnte ja keiner ahnen. Verstehen kann ich's. Das ist ja die eigentliche Tragödie dabei. Das ist jetzt wiederum schön mit dem jetzigen Vorstand.“

Auf die Frage, ob mit dem aktuellen Vorstand (seit 2014) DAKITS e.V. wieder ein Stück zurück zur ursprünglichen Idee gegangen sei, antwortet sie: „Ja, das hoffen wir, dass wir so auf einer Augenhöhe sind. Dass es keine Hierarchie gibt und jeder auf dem gleichen Stand ist. Auch dass wieder mehr Bewegung in der Mitgliederversammlung ist. Es muss nicht mehr alles abgewunken werden.“<sup>483</sup> Und andere ergänzen: „Wir haben das damals nicht richtig gesehen und eingeschätzt, als Regine noch da war.“ „Die Notbremse wurde zu spät gezogen.“

Kai Boeddinghaus, langjähriger Mitstreiter von DAKITS e.V., sieht die Situation im Nachhinein realistisch: „Herr Bialke war sehr kompetent, was die Verwaltung angeht. Verwendungsnachweise, Personal- und Finanzmanagement, das, was in den Einrichtungen teilweise in den Seilen hing. (...) Man muss aber auch sagen, es waren keine anderen da. Ich habe mich bewusst gegen diese Art der Professionalisierung entschieden. Aber aus den Elterninitiativen war keiner da, der Zeit hatte. Und da entsteht dann ein Konflikt: DAKITS stand an dem Punkt, wo es erfolgreicher wurde, wirksamer, und daraus ergab sich eine sachlich nachvollziehbare Notwendigkeit einer Professionalisierung, die eine Verstetigung der Strukturen ergeben muss. Da hat man das Problem, dass das eine vollständig ehrenamtliche Struktur nicht leisten kann. Dann guckt man sich um und fragt, wer kann das und dann sagt einer: hier und macht dir womöglich noch ein Konzept. Und dann sagst du, wunderbar, genau so eine Form von Verstetigung will ich. Dem liegen doch erst mal alle zu Füßen. Und die machen dann das, was alle anderen auch machen: zunächst mal die eigenen Interessen vertreten. Das sind dann oftmals nicht mehr die Interessen von freien Trägern. Das könnte man transparent machen. Die Lösung wäre, dass das Leute übernehmen, die wirtschaftlich nicht darauf angewiesen sind.“<sup>484</sup>

483 Friederike Wagner im Gruppeninterview, a.a.O. Es ist erstaunlich, dass neben dem erlebten „Bruch“ die Verdienste des 2008 gewählten Vorstandes so wenig ins Bewusstsein der Fachkräfte gedrungen sind. Möglicherweise haben sie die nachfolgende Entwicklung vor allem als Verdienst der Geschäftsführerin und der neuen Fachberaterin erlebt. (s.u.)

484 Kai Boeddinghaus im Interview, a.a.O.

Und in Bezug auf den im Jahre 2014 neu gewählten Vorstand ergänzt er: „Der Mario Höbel kann da wohl auch den richtigen Mix anbieten. Der bringt ja auch die professionelle Voraussetzung mit und er ist historisch gesehen ein Urgestein der Kinderladenbewegung, vom Typ her und ideologisch. Das ist doch schön, dass diese Verwerfungen möglicherweise jetzt aufgefangen werden können.“<sup>485</sup>

Für die neue Geschäftsführerin Antje Proetel ist es leichter, weil sie „von außen kam“. Sie kann von Anfang an eine professionelle Haltung einnehmen, die keine persönliche Solidarität abverlangt, sondern eine Loyalität gegenüber ihrem Arbeitgeber, dem Vorstand und der Institution, die ihrer Funktion als Geschäftsführerin entspringt. Dass sie in eine konfliktreiche Situation hineinkommt, wird ihr allerdings sehr schnell klar.

„Als ich begann, waren alle zerstritten, es war eine große Unruhe, da gab’s eine Flut von Dingen, die ich mir hätte aneignen sollen, von Info-Briefen bis zur Biostoff-Verordnung. Ich stand unter großem Druck. Und je mehr ich mich hier eingearbeitet habe, habe ich gemerkt, hier geht’s erst mal überhaupt nicht um eine inhaltliche Arbeit, sondern um was anderes: nämlich, einen Konflikt zu moderieren, obwohl das ja nicht meine Aufgabe war. Aber ich merkte, dass man mit inhaltlichen Dingen erst mal nichts groß machen konnte. Da gab’s eine große Unruhe bei den Mitgliedsorganisationen und deren Erwartungen, mit der neu eingerichteten Stelle, mit Regine Bogedale. Auch im Vorstand war das nicht ganz einheitlich. Von den Vorsitzenden wurde Regine kritisch gesehen, auch ein bisschen bockig, Ich habe ja zu Beginn eine Rundreise durch die Einrichtungen gemacht, und da konnte ich ja spüren, was sie beschäftigt hatte und wie sie mir gegenüber standen.“<sup>486</sup>

Acht Jahre nach ihrem Beginn konstatiert sie im Interview: „Ich erlebe im Moment auch ähnliche Bewegungen in anderen Einrichtungen, in anderen Städten. Wenn man das weiß, kann man das wegbringen von so starken Gefühlen, dann sieht man, es sind nicht immer nur die handelnden Personen, sondern es sind auch gesellschaftliche Strömungen, die auch woanders greifen. Die woanders mehr oder weniger schlecht über die Bühne gehen. Das hat immer sehr viel mit Kommunikation zu tun, auch manchmal damit, wie groß oder klein die Kontaktstellen sind. Wenn Einzelpersonen so stark im Focus stehen, dann wird das Ganze viel persönlicher als dass man sehen kann, dass da auch allgemeine Ver-

---

485 Ebd.

486 Interview, a.a.O.

änderungen vorstattgehen, die personenunabhängig sind. Das macht es auch für mich leichter, bestimmte Dinge von mir weg zu bringen und die eben nicht persönlich zu nehmen. Das ist ja eine der großen Herausforderungen in solch einem Job, dass man nicht so viel persönlich nimmt. Fettnäpfchen stehen überall rum und man muss immer versuchen, es auf eine sachliche Ebene zu bringen.“

Kehren wir zur damaligen Situation zurück. Die geforderte außerordentliche Mitgliederversammlung wird für den 25. März 2009 einberufen, Regine Bogedale auf Wunsch des Vorstandes eingeladen. Sie soll dort noch einmal Gelegenheit bekommen, wie sie schreibt, „Stellung zu nehmen zu den Gründen, die zu meiner Kündigung geführt haben.“<sup>487</sup> Sie lehnt ein Kommen ab, schreibt aber einen Brief, der auf der Mitgliederversammlung vorgelesen wird. Darin heißt es u.a.: „(...) Bitte haben Sie Verständnis, dass ich aus selbstfürsorglichen Gründen nicht persönlich an der MV teilnehme.

Die Gründe, die zu meiner Kündigung geführt haben, lassen sich in 3 Sätzen zusammenfassen:

1. „Ein zerrüttetes Vertrauensverhältnis zwischen dem Vorstand und mir.
2. Ein ‚Kurswechsel‘, der für mich der entscheidende Anlass der Kündigung war.
3. Mein gesundheitlicher Zustand seit September letzten Jahres (...).“<sup>488</sup>

Im Folgenden beschreibt sie die Reaktionen auf ihr Positionspapier zum ROK, wie sie bereits oben zitiert wurden. Sie dankt allen für die vertrauensvolle Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren und bedauert, „dass es für mich keine gute Lösung im Zusammenhang mit der, nach wie vor notwendigen, Reorganisation des Dachverbandes gegeben hat.“

Im ausführlichen Protokoll dieser außerordentlichen Mitgliederversammlung wird die kritische Position der Mitgliedseinrichtungen geschildert:

Es habe einen Kurswechsel gegeben „weg vom Mitgliederentscheid, hin dazu, dass der Vorstand entscheidet.“<sup>489</sup>

487 Undatierter Brief von Regine Bogedale an die Mitgliedseinrichtungen für die außerordentliche Mitgliederversammlung im März 2009

488 Ebd.

489 Undatiertes Protokoll der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 25.03.2009

Der Vorstand habe bei der letzten MV verschwiegen, dass es Probleme in der Zusammenarbeit zwischen Vorstand, Geschäftsführung und Fachberatung bestanden hatten. Diese Kritik wird zurückgewiesen. Insgesamt wird die Informationspolitik des Vorstandes bemängelt.

Die Form der Treffen der Mitgliedereinrichtungen wird kritisiert. In den Einladungen werden in den letzten Monaten an die Leitungen gerichtet. Da aber viele Einrichtungen bewusst ohne Leitung arbeiten, seien viele nicht gekommen. Auch für „eine veränderte Form von Treffen wünsche man sich mehr Basisdemokratie.“<sup>490</sup>

Der externe Moderator der Mitgliederversammlung sieht darin eine ambivalente Haltung bei den Einrichtungen. Er fragt, „ob sie einen aktiven und starken Vorstand möchten, oder nicht?“ Und weiter heißt es im Protokoll: „Der Vorstand weist darauf hin, dass, solange die Perspektive der Fachberatungs- und der Geschäftsführerstelle nicht geklärt ist, der Vorstand sich nicht zurückziehen könne.“<sup>491</sup>

Die Geschäftsführer-Stelle war, wie bereits erwähnt, zunächst auf ein Jahr befristet ausgeschrieben. Die Entscheidung, ob sie darüber hinaus aufrecht erhalten werden soll, wird auf die nächste Mitgliederversammlung verschoben. Am 6.5.2009 wird dazu ein Diskussionsabend anberaumt.

An diesem Abend wird das Reorganisationskonzept noch einmal als Power-Point-Präsentation vorgestellt.<sup>492</sup> Die erste Folie, die gezeigt wird, die „Hauptziele der Reorganisation“, entspricht der, die auf der MV gezeigt wurde (s.o.). Ebenso die, die das Organigramm zeigt. In dieser zweiten Fassung des Organigramms werden allerdings die Beziehungen zwischen Mitgliederversammlung und Geschäftsführung und Fachberatung als wechselseitige Beziehung eingefügt, ebenso die zwischen Vorstand und Geschäftsführung und Fachberatung. Die Begriffe „Fach- und Dienstaufsicht“ sind nicht mehr enthalten, lediglich das Wort „Aufsicht“.

Mit der Einstellung einer neuen Fachberaterin im September 2009 ist der Reorganisationsprozess auf organisatorischer Ebene zunächst einmal abgeschlossen. Marita Engel ist Erzieherin und ehemalige Leiterin von selbstverwalteten Kindertageseinrichtungen. Eine Fortbildung zur Erwachsenenpädagogin, ein Fernstu-

---

490 Ebd.

491 Ebd. In dieser Intervention wird impliziert, dass sich ein „aktiver und starker Vorstand“ mit einer basisdemo-kratischen Grundhaltung ausschließt. Faktisch scheint es so gewesen zu sein.

492 Warum diese Präsentation nötig war, ob sie etwa von den Einrichtungen gefordert wurde, ist nicht bekannt. Möglicherweise wollen die Mitgliedereinrichtungen Klarheit darüber bekommen, ob es tatsächlich einen „Kurswechsel“ gegeben habe, wie Regine Bogedale in ihrem Brief geschrieben hatte. Ein Protokoll über diesen Diskussionsabend gibt es nicht oder ist nicht erhalten.

dium in „Bildungs- und Sozialmanagement mit dem Schwerpunkt frühe Kindheit, sind ihre zusätzlichen Qualifikationen. Sie verfolge einen partizipativen Arbeitsansatz und setze auf Stärkung der Eigenverantwortung der Beteiligten, wie sie bei ihrer Vorstellung sagt. Ihr Arbeitsbeginn gestaltet sich bis auf einige persönliche Irritationen ohne Konflikte mit dem Vorstand: „Als Marita Engel reinkam, war es für sie einfacher, weil sie die Verhältnisse als gegeben sehen konnte. Es ist immer schwieriger, wenn die Menschen bleiben, wenn ganz enorme Veränderungen anstehen, die in dieser Position dann bewältigt werden sollen, mit denselben handelnden Menschen. Das ist für Neue dann einfacher.“<sup>493</sup>

Gegenüber den Einrichtungen muss sie sich allerdings erst eine Position erarbeiten: „Als ich hier anfang, Arbeitskreise eingerichtet habe usw., da hatte ich den Eindruck, noch bis vor zwei, drei Jahren, es gab einige Einrichtungen, die waren eingefleischte Regine-Anhänger. Die haben sich mir gegenüber absolut distanziert verhalten. Da gab's Vorbehalte, die haben sich vorsichtig mir gegenüber verhalten usw. Irgendwann hat es sich komplett gewendet. Ich habe das ausgehalten, habe gedacht, lass die mal mich kennenlernen, meine fachlichen Seiten. Jetzt ist alles gut. Und wir sind hier beide Stück für Stück in eine Bahn gekommen. Durch die Arbeit hat sich auch eine Profilierung auf bestimmte Themen ergeben.“<sup>494</sup> Mit der Erzieherin und Supervisorin Antje Proetel bildet sie nun das hauptamtliche Team von DAKITS e.V. Dass auch weiterhin Feinjustierungen im Verhältnis Vorstand und Hauptamtlichen nötig sein werden, zeigt, dass DAKITS e.V. in einem lebendigen Prozess bleibt.

Im Interview mit den Fachkräften wird die wichtige und entlastende Arbeit der beiden Hauptamtlichen für die Einrichtungen betont: „Ich fand es auch einen Segen, dass Marita noch mit eingestiegen ist. Da waren jetzt zwei Frauen, ich schätze beide sehr. Ich habe Regine gemocht und sehr lange getrauert. Mit Marita ist auch noch eine andere Fachkompetenz reingekommen, das ist für uns Träger großartig, da waren nicht mehr nur die Männer da. Die machen jetzt eine qualitativ tolle Arbeit. Wir haben damals das nicht richtig gesehen und eingeschätzt, als Regine noch da war.“

493 Antje Proetel im Interview, a.a.O.

494 Marita Engel im Interview, a.a.O.

In der neuen **Mindestverordnung (MVO)**, die am 1.09.2009 in Kraft tritt, heißt es u.a.:

■ **§ 1 Leitung, personelle Besetzung**

- (1) Mit der Leitung einer Tageseinrichtung für Kinder und der Leitung einer Kindergruppe sowie der Mitarbeit in einer Kindergruppe dürfen nur Fachkräfte nach § 2 Abs. 1 und 2 betraut werden.
- (2) Die personelle Besetzung beträgt in Kindergruppen, die
  1. ausschließlich Kinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr aufnehmen, mindestens 2,0 Fachkräfte,
  2. ausschließlich Kinder vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt aufnehmen, mindestens 1,75 Fachkräfte,
- 3. ausschließlich Kinder im Schulalter aufnehmen, mindestens 1,5 Fachkräfte,
- 4. Kinder unterschiedlicher Altersstufen aufnehmen, mindestens 1,75 Fachkräfte.
- In Kindertageseinrichtungen mit nur einer Gruppe beträgt die personelle Besetzung mindestens 2,0 Fachkräfte. Bei Tageseinrichtungen in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf kann eine viertel Mitarbeiterstelle je Kindergruppe zusätzlich vorgesehen werden.

■ **§ 3 Gruppen**

- (1) Die Zahl der vertraglich aufgenommenen Kinder soll in der Regel in Gruppen, die ausschließlich Kinder
  - 1. bis zum vollendeten dritten Lebensjahr aufnehmen, acht bis zehn,
  - 2. vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt aufnehmen, 15 bis 25,
  - 3. ab dem Schuleintritt aufnehmen, 15 bis 20 nicht überschreiten.

- (2) In altersübergreifenden Gruppen soll bei Aufnahme
- 1. von mindestens drei Kindern aus verschiedenen Gruppen nach Abs. 1 Nr. 1 bis 3 eine angemessene Verringerung der Gruppengröße vorgenommen werden,
- 2. von Kindern bis zum vollendeten dritten Lebensjahr die Gruppengröße 15 nicht überschritten werden.
- (3) Abweichend von Abs. 2 Nr. 2 dürfen mehr als 15, jedoch nicht mehr als 25 Kinder aufgenommen werden, wenn
- 1. bei Aufnahme von drei oder vier Kindern zwischen dem vollendeten zweiten und dritten Lebensjahr zusätzlich eine viertel Mitarbeiterstelle und
- 2. bei Aufnahme von fünf oder sechs Kindern zwischen dem vollendeten zweiten und dritten Lebensjahr zusätzlich eine halbe Mitarbeiterstelle je Gruppe vorgesehen wird.
- (4) Bei schwachem Nachmittagsbesuch kann der Träger unter Berücksichtigung eines ausreichenden Angebotes an Betreuung über Mittag mit Mittagessen sowie der Notwendigkeit einer besonderen pädagogischen Förderung im Einvernehmen mit dem Jugendamt in der Regel eine Personalanpassung vornehmen.
- (5) Ist aufgrund einer am 1. September 2009 geltenden Betriebserlaubnis für die Einrichtung abweichend von Abs. 1 und 2 eine höhere Gruppengröße zugelassen, kann die Einrichtung mit dieser Gruppengröße bis zum Ablauf dieser Betriebserlaubnis weiter betrieben werden.

## *Fortsetzung der Verhandlungen über neue Verträge*

Während sich im Innern von DAKITS e.V. teils dramatisch erlebte Umorientierungsprozesse vollziehen, müssen die Verhandlungen über Betriebskostenzuschüsse mit der Stadt weitergeführt werden. Denn die Verträge laufen 2008 aus, neue müssen vorbereitet und abgeschlossen werden. Erinnern wir uns kurz an den Stand von 2006, das Jahr, in dem die Verhandlungen über die Fortsetzung erneut beginnen.

- Auf Landesebene wird der Entwurf des ersten Hessischen Bildungs- und Erziehungsplans (BEP) veröffentlicht.
- Der Ausbau von U3-Plätzen wurde in Kassel wegen Haushaltsauflagen wieder abgebrochen. Ab Juni 2006 werden doch noch nach zähen Verhandlungen schließlich alle U3-Plätze im Rahmen eines Kontingents von 333 Plätzen höher bezuschusst und neu geschaffene U3-Plätze (nur in altersgemischten Gruppen) zum ersten Mal vertraglich abgesichert.
- Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die erste Stufe der Entgeltbefreiung in allen Kasseler Kitas ab 2007<sup>495</sup> und eine Verbesserung der Personalstandards.

Die Geschäftsführer der Kasseler Kitaverbände treffen sich Anfang 2006 parallel zu den Aktualisierungsverhandlungen mit dem Jugendamt, um Eckpunkte für neue Verträge ab 2008 zu beraten. Diese sehen u.a. einen Gruppenzuschuss statt eines Platzkostenzuschusses vor sowie die Erhöhung des Fachkraftstellenanteils auch für Regelgruppen mit Kindern von 3-6 Jahren. Nach mehr als eineinhalb Jahren erfahren wir, dass sich die Dezernentenrunde nach heftigen Auseinandersetzungen auf das künftige Modell eines Gruppenzuschusses geeinigt habe. Als Ausgleich für die städtischen Mehrausgaben werden die Mietkostenpauschalen nicht erhöht. Ein weiterer strittiger Punkt, die Festlegung eines verbindlichen Auslastungsgrades von 97 %, wird in einer Protestnote der Einrichtungen als nicht umsetzbar beschrieben. Sie wird als Anhang zum Vertrag durch die politischen Gremien geschickt mit der Aufforderung zu einer Stellungnahme. „Gut ist es, dass an diesem Punkt jetzt alle an einem Strang ziehen.“

---

<sup>495</sup> Die Beitragsfreiheit im letzten Kindergartenjahr ab 2007 war inzwischen vom Land Hessen verordnet worden. Sie wird aus Mitteln des kommunalen Finanzausgleichs bezahlt. Bei Änderung der Betriebserlaubnis tritt allerdings ab sofort die neue MVO in Kraft.

Das erhöht die Chancen für eine Lösung, mit der alle Träger gut leben können.“<sup>496</sup> Auf der Mitgliederversammlung 2008 wird der Vertragsentwurf von den Einrichtungen angenommen.<sup>497</sup>

2008 übernimmt die Stadt Kassel die Entgeltfreistellung im letzten Kindergartenjahr. Träger von Einrichtungen müssen eine Verpflichtungserklärung unterschreiben, in der sie die Beitragsfreistellung für Plätze mit täglicher 5-stündiger Betreuung im letzten Jahr gewährleisten.

Im Juli 2009 erfahren die Mitgliedseinrichtungen, dass die neue Mindestverordnung (MVO) des hessischen Ministeriums für Arbeit, Familie und Gesundheit, die die Gruppengrößen und Fachkräftestellen verbindlich vorschreibt, ab dem 1.9.09 zwar in Kraft tritt, für deren Umsetzung aber Zeit bis Ende 2012 eingeräumt wird.

Bei Änderung der Betriebserlaubnis tritt allerdings ab sofort die neue MVO in Kraft.<sup>498</sup> Die MVO hat Auswirkungen auf die Betriebskosten. In Bezug auf die Umsetzung der MVO zeige sich Anne Janz optimistisch, aber der Regierungspräsident müsse die Haushaltsmittel genehmigen, da die Haushaltsmittel definitiv nicht da seien.<sup>499</sup>

Im Oktober 2010 lässt DAKITS e.V. seine Mitgliedseinrichtungen wissen, dass die Stadt Kassel ihre Förderung im nächsten Jahr für den Platzausbau von U3-Plätzen von 50 auf 130 ausweiten will, da sie noch weit von der Zielvorgabe für 2013 weit entfernt ist. Sie bittet die freien Träger, dringend neue Plätze zu schaffen. Hinderungsgründe für die freien Träger bleiben allerdings die politischen Unwägbarkeiten und die bestehenden finanziellen Rahmenbedingungen, denn der Umfang der Gegenfinanzierung durch das Land für den angestrebten U3-Platzausbau ist noch offen. Die bestehenden Musterberechnungen seien als Grundlage für die Betriebskostenzuschüsse nicht ausreichend. Eine trägerübergreifende „AG Vertrag“ wird ab Februar 2011 mit einem Vertreter der Kämmerei über notwendige finanzielle Nachbesserungen verhandeln. Die AG erstellt ein „Papier mit Ergänzungen zum bestehenden Vertrag sowie für die Beibehaltung und den Ausbau eines zukunftsorientierten Angebotes der Kinderbetreuung in Kassel“.<sup>500</sup>

Ein knappes halbes Jahr kündigt Kämmerer Barthel an, für die Betriebskos-

496 Ebd.

497 Info-Brief vom Juli 2008. Der Regierungspräsident genehmigt in der Folge den Haushalt 2009, so dass nun tatsächlich eine Dynamisierung der Personalkosten ausgezahlt werden kann.

498 Vgl. Info-Brief vom Juli 2009

499 Bialke auf der MV am 29.01.2010

500 Protokoll der Mitgliederversammlung am 09.03.2011. Das Papier ist in den Unterlagen nicht enthalten.

tenzuschüsse 1 Million Euro weniger als gefordert in den Haushalt einzustellen.<sup>501</sup> Damit können die Kitas in freier und kirchlicher Trägerschaft, wie sie in einer Pressemitteilung erklären, ihren vom Land geforderten Standard und nötig gewordene Instandhaltungen nicht halten bzw. durchführen.<sup>502</sup> Die freien Träger fordern die gleichen finanziellen Bedingungen wie die für kommunale Kitas. Uli Hagemeyer kommentiert im Streiflicht der HNA: „Es ist sein Job, das vorhandene Geld sinnvoll einzusetzen. Doch genau an dieser Stelle schießt Barthel nach Einschätzung einiger Fachleute über das Ziel hinaus: Die Stadt muss bei der Kinderbetreuung gesetzliche Vorgaben erfüllen - und die freien Träger können das günstiger als die Kommune mit eigenen Einrichtungen. Also ist es sinnvoll, hier die Ausgabe dem Bedarf anzupassen.“<sup>503</sup>

Im Dezember 2011 kann DAKITS e.V. schließlich berichten, dass die Verhandlungen zwischen der Stadt Kassel und den freien Trägern zunächst abgeschlossen sind: Es bleibt bei pauschalierten Betriebskostenzuschüssen, sie werden ab dem 1.4.2012 um 2,5 % erhöht. Zugewinn gibt es bei der finanziellen Ausstattung der Früh- und Spätdienste. Die Pauschale wird um 60 % angehoben, nämlich um 3.000 € bzw. um 1500 €, wenn nur Früh- oder Spätdienst angeboten wird. Verhandlungen über Objekt-, Miet-, Kredit- und Sachkosten, Kosten für Verwaltung und Overheadkosten wurden zunächst vertagt. Die neue Runde startet im Januar 2012. Die Verhandlungen beziehen sich nur auf Kitas, nicht auf Horte.<sup>504</sup>

Welche Änderungen sich in den Vertragsverhandlungen angesichts des kommenden Hessischen Kinderförderungsgesetzes (HessKiföG) ergeben, erfahren wir nicht, 2012 ist die Verteilung der Ressourcen noch nicht entschieden.<sup>505</sup>

Anfang 2012 ruft eine Landesförderung erneuten Protest hervor: Wintershall bekommt, wie die HNA berichtet, 500.000 Euro Förderung vom Land für den Bau einer betriebseigenen Kita. DPWV und DAKITS e.V. protestieren. Wintershall hatte 2010 fast eine Milliarde Gewinn gemacht. „Die 2,1 Mio. Euro teure Betriebs-Kita mit 70 Plätzen entlaste die kommunalen Kitas im Stadtgebiet“, so Wirtschaftsminister Posch. Dagegen hält Antje Proetel von DAKITS e.V. „den Einsatz von Steuergeld in diesem Fall auch für fragwürdig. Ich will keine Neiddebatte. Aber ich frage mich, warum der Konzern so viel Geld vom Land bekommt. Ich bin sicher, dass

---

501 „Streit ums Geld: Freie Kitas fürchten Abbau“, HNA 30.8.2011

502 „Kitas verhandeln weiter“, HNA vom 03.11.2011

503 Streit ums Geld, a.a.O.

504 Info-Brief vom Dezember 2011.

505 Protokoll der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 12.12.2012

er vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels auch ohne Hilfe dieses Projekt realisiert hätte.' Auf der anderen Seite seien die freien Kitas bei Anschaffungen inzwischen auf Firmenspenden angewiesen."<sup>506</sup>

2013 informiert Dezernentin Janz in der AG Kita/Steuerung und Planung, dass im KiföG keine weiteren Ressourcen für die Kinderbetreuung vorgesehen seien, was für eine erfolgreiche Umsetzung des BEP jedoch nötig wäre. Sie rät den Kitas, in ihrem Konzept kenntlich zu machen, dass sie nach dem BEP, insbesondere hinsichtlich eines Sprachförderungskonzeptes arbeiten.<sup>507</sup>

Tatsächlich werden in weiteren Verhandlungen eine prozentuale Erhöhung der Betriebskostenzuschüsse und die weitere Erhöhung der Miet- und Objektkostenzuschüsse und der Nebenkostenpauschalen beschlossen.

In Bezug auf das zu erwartende KiföG bleibt unklar, insbesondere vor dem Hintergrund des Rettungsschirms, wie sich die Stadt positionieren wird."<sup>508</sup>

Antje Proetel konkretisiert den Ablauf der Verhandlungen im Interview: „Unser Vorstandsvorsitzender hat nicht berücksichtigt, dass es Gruppenformen gab, die so klein waren, dass sie organisatorisch und betriebswirtschaftlich nicht in der Lage waren, unheimlich viel hin- und her zu manövrieren und Gestaltungsräume zu haben. Das Verhandlungsergebnis war insgesamt positiv, ein Mehr als vorher, auch in einzelnen Punkten, die Steigerung bei Miet- und Sachkosten, bei Personalkosten, Früh- und Spätdiensten usw. Es wurde aber nicht berücksichtigt, dass es einzelne Einrichtungen gab, die sich im Endeffekt schlechter standen, nur durch die Tatsache, dass sie keine verschiedenen Gruppen anbieten konnten, wodurch sich die unterschiedlichen altersorientierten Betriebskostenzuschüsse wieder

506 „Kritik an Steuergeld für Konzern-Kita“, HNA vom 28.1.2012. Die HNA erklärt: „Neben dem Mercedes-Benz-Werk in Kassel, das im Jahr 2009 ebenfalls 500 000 Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung erhielt, konnte die Universität Kassel für ihre Kita von der gleichen Summe profitieren. Alle weiteren Förderprojekte liegen nicht in Nordhessen. Insgesamt ist der Fonds mit 4,7 Mio. Euro gefüllt. Seine Förderperiode läuft von 2008 bis 2014. Firmen, die Geld aus dem Fonds beantragen, dürfen in ihren Kitas bis zu 20 Prozent betriebsfremde Kinder aufnehmen“. Die Entlastung des Kommunalen Haushaltes liegt u.a. darin, dass Betriebskindergärten keine städtischen Betriebskostenzuschüsse bekommen“.

507 Info-Brief vom Mai 2013

508 Protokoll der MV am 20.03.2013. Während der Anspruch auf einen Kita-Platz per Bundesgesetz geregelt ist, sind die konkreten Rahmenbedingungen Ländersache. Das führt zu erheblichen Unterschieden in der Betreuungsqualität. Dem aktuellen „Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme“ der Bertelsmann-Stiftung zufolge haben sich innerhalb der vergangenen zwei Jahre die Betreuungsverhältnisse in fast jedem Bundesland verbessert. Derzeit kommen auf eine Vollzeitbeschäftigte Kita-Fachkraft durchschnittlich 4,4 ganztags betreute Krippenkinder oder 9,5 Kindergartenkinder. „Angesichts der konstant hohen Unterschiede zwischen den Bundesländern werden bundeseinheitliche Qualitätsstandards für Kindertagesbetreuung immer drängender“, sagte Dräger. Dort könnten neben Fachkraft-Kind-Relationen auch Zeitbudgets für Aufgaben wie Vor- und Nachbereitung der pädagogischen Arbeit sowie Standards für berufsbegleitende Beratung der pädagogischen Fachkräfte festgelegt werden. Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe: „Trotz positivem Trend: zu wenig Personal in Kitas“, am 24.08.2015 (<https://www.jugendhilfeportal.de/kindertagesbetreuung/artikel/trotz-positivem-trend-zu-wenig-personal-in-kitas/>)

ausgeglichen hätten. Die reinen Kindergartengruppen von 3-6 haben erheblich mehr bekommen. Dadurch ist ein Ungleichgewicht entstanden.

Und das kam erst hinterher raus und da haben sich die, die nicht berücksichtigt wurden, schlechter behandelt gefühlt, zu Recht, denn das ist ja auch das, was DAKITS ausmacht, dass da die Kleinen mit ihren Sonderformen sind. Und dann kam erschwerend die Veränderung des KiföG hinzu, die die Einrichtungen zwingt, eine wirtschaftliche Aufnahmepolitik zu betreiben, also genau zu gucken, wie alt ist denn dieses Kind, kann ich das noch aufnehmen, wenn das fast 3 Jahre ist, weil

***„Das Kinderförderungsgesetz (KiföG) ist ein zentraler Baustein beim Ausbau der Kindertagesbetreuung.***

*Das am 16. Dezember 2008 in Kraft getretene Gesetz soll den Ausbau eines qualitativ hochwertigen Betreuungsangebotes beschleunigen und so den Eltern echte Wahlmöglichkeiten eröffnen. Folgende wichtige Regelungen enthält das Kinderförderungsgesetz:*

- *Für die erste Phase bis 31. Juli 2013 wurden, verglichen mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG), erweiterte, objektiv rechtliche Verpflichtungen für die Bereitstellung von Plätzen eingeführt. Ziel sind vor allem die Kinder, die eine Betreuung für ihre Entwicklung besonders brauchen. Zudem sollen nicht nur berufstätige, sondern bereits auch Arbeit suchende Eltern einen gesicherten Betreuungs-*

es nicht mehr so viel Geld bringt, wenn es über 3 Jahre ist. Was natürlich ein absoluter Widerspruch ist zu dem Gedanken einer Elterninitiative, die natürlich auch das Geschwisterkind von Eltern, die in der Nähe wohnen, aufnehmen möchte. Die sind kein Wirtschaftsbetrieb. Abgesehen von der Bürokratie, die damit verbunden ist. Die Kirchen sind in einer günstigeren Situation, denn je größer Organisationen sind, desto größere Möglichkeiten haben sie, die größere Summe so zu verteilen, dass zumindest auf dem Papier diese Kinder in dieser Gruppe sind oder dass noch mal eine Gruppenform verändert wird.“ Antje Proetel wird 2014 den Einrichtungen raten, aufgrund der veränderten Bezuschussung durch die Stadt und das KiföG eine Veränderung der Gruppenformen aus wirtschaftlichen Aspekten zu überdenken. Das, was Antje Proetel im Interview schildert, wird Mario

- *platz bekommen. Damit fällt eine der letzten Hürden für Alleinerziehende weg, die oft erst einen Arbeitsplatz finden, wenn sie die Betreuung ihres Kindes gesichert haben.*
- *Seit dem 1. August 2013, nach Abschluss der Ausbauphase, gilt der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr. (...)*
- *Zugleich wurden mit dem Kinderförderungsgesetz die Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau der Kindertagesbetreuung geregelt (Investitionsprogramm Kinderbetreuungsfinanzierung)*

*Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur zusätzlichen Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege am 21. Februar 2013 (Bundesgesetzblatt I S. 250) hat der Bund zusätzliche Mittel zur Errichtung weiterer 30.000 Betreuungsplätze zur Verfügung gestellt (Investitionsprogramm Kinderbetreuungsfinanzierung 2013-2014).“ Insgesamt gibt es die Investitionsprogramme Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 - 2011, 2013 - 2014 und 2015 - 2018)(s.u.)*

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/kinder-und-jugend.did=118992.html>

*„Von den insgesamt 12 Milliarden Euro, die für den Ausbau benötigt werden, trägt der Bund mit 4 Milliarden Euro rund ein Drittel. Davon stehen bis zum Jahr 2013 insgesamt 2,15 Milliarden Euro für Investitionsmittel bereit.“*

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/kinder-und-jugend.did=133282.html>

*Erstmals wird im neuen KiföG den Eltern, die ihr Kind nicht in einer Einrichtung betreuen lassen wollen oder können, ein Betreuungsgeld gewährt.*

#### **Der entsprechende Gesetzestext lautet:**

*Dem § 16 wird folgender Absatz 4 angefügt: „(4) Ab 2013 soll für diejenigen Eltern, die ihre Kinder von ein bis drei Jahren nicht in Einrichtungen betreuen lassen wollen oder können, eine monatliche Zahlung (zum Beispiel Betreuungsgeld) eingeführt werden.“*

Höbel in den Verhandlungen mit der Stadt nachverhandeln.<sup>509</sup>

Im Interview weisen Antje Proetel und Marita Engel auf ein Problem hinsichtlich der veränderten Finanzierung hin: „Im Moment gibt es eine Mischfinanzierung durch gesetzliche Vorgaben: durch das KiföG muss ein bestimmter Fachkraft-

<sup>509</sup> Protokoll der außerordentlichen MV am 02.07.2014

schlüssel erfüllt werden, das bedeutet für manche Einrichtungen, dass sie mehr Fachkraftstunden einsetzen müssen.“ Sie seien aber durch die Stadt noch nicht gegenfinanziert. „Darüber hinaus gibt es Landeszuschüsse für die unter Dreijährigen, die aber manchmal nicht ausreichend sind, weil man jetzt mehr Fachkraftstunden braucht. Andererseits eröffnen die neuen Rahmenbetriebserlaubnisse von 2014 neue Möglichkeiten, im Kindergarten eine altersübergreifende Gruppe anzubieten, in der nachmittags auch Grundschulkindern betreut werden. „Also z.B. Orte für Kinder ist eine Hortgruppe, sie könnten, wenn der Bedarf nach Hortbetreuung zurückginge, die Gruppe mit Kindergartenkindern weiter führen, dann haben die nicht so ein Stress wegen fehlender Anmeldungen.“<sup>510</sup>

**2016 wird schließlich § 24a SGB VIII nach mehrmaligen Änderungen wie folgt gefasst**

*§ 24 SGB VIII Anspruch auf Förderung in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege*

*(1) Ein Kind, das das erste Lebensjahr noch nicht vollendet hat, ist in einer Einrichtung oder in Kindertagespflege zu fördern, wenn*

*1. diese Leistung für seine Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit geboten ist oder*

*2. die Erziehungsberechtigten*

- *a) einer Erwerbstätigkeit nachgehen, eine Erwerbstätigkeit aufnehmen oder Arbeit suchend sind,*

<sup>510</sup> Ebd.

- b) sich in einer beruflichen Bildungsmaßnahme, in der Schulausbildung oder Hochschulausbildung befinden oder
- c) Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im Sinne des Zweiten Buches erhalten.

*Lebt das Kind nur mit einem Erziehungsberechtigten zusammen, so tritt diese Person an die Stelle der Erziehungsberechtigten. Der Umfang der täglichen Förderung richtet sich nach dem individuellen Bedarf.*

*(2) Ein Kind, das das erste Lebensjahr vollendet hat, hat bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres Anspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege. Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend.*

*(3) Ein Kind, das das dritte Lebensjahr vollendet hat, hat bis zum Schuleintritt Anspruch auf Förderung in einer Tageseinrichtung. Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben darauf hinzuwirken, dass für diese Altersgruppe ein bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagsplätzen zur Verfügung steht. Das Kind kann bei besonderem Bedarf oder ergänzend auch in Kindertagespflege gefördert werden.*

*(4) Für Kinder im schulpflichtigen Alter ist ein bedarfsgerechtes Angebot in Tageseinrichtungen vorzuhalten. Absatz 1 Satz 3 und Absatz 3 Satz 3 gelten entsprechend.*

*(5) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe oder die von ihnen beauftragten Stellen sind verpflichtet, Eltern oder Elternteile, die Leistungen nach den Absätzen 1 bis 4 in Anspruch nehmen wollen, über das Platzangebot im örtlichen Einzugsbereich und die pädagogische Konzeption der Einrichtungen zu informieren und sie bei der Auswahl zu beraten. Landesrecht kann bestimmen, dass die erziehungsberechtigten Personen den zuständigen Träger der öffentlichen Jugendhilfe oder die beauftragte Stelle innerhalb einer bestimmten Frist vor der beabsichtigten Inanspruchnahme der Leistung in Kenntnis setzen.*

*(6) Weitergehendes Landesrecht bleibt unberührt.*

**Das Hessische Kinderförderungsgesetz (HessKiföG)**, das zum 1.1.2014 in Kraft tritt, gewährt nach § 32 HKJHG den Einrichtungen nach der Anzahl der betreuten Kinder zum Stichtag 1. März jeden Jahres eine jährliche Grundpauschale und weitere Pauschalen: <sup>511</sup>

Hessisches Sozialministerium 

**II. 1. Die Landesförderung der Kindertagesbetreuung (§§ 32-32e HKJGB)**  
**b) Tageseinrichtungen, § 32 HKJGB**

- Grundpauschale, § 32 Abs. 2 HKJGB**

Förderpauschalen pro Jahr - Übersicht:

Betreuungszeit in h/Woche	0-25 h	> 25-35 h	> 35 h
Grundpauschale 0 – 3 J.	2.070 €	3.100 €	4.130 €
Grundpauschale 3 J. bis Schuleintritt kommunaler Träger	330 €	440 €	580 €
Grundpauschale 3 J. bis Schuleintritt freier Träger	500 €	660 €	880 €
Grundpauschale Schulkinder kommunaler Träger	280 €	380 €	500 €
Grundpauschale Schulkinder freier Träger	420 €	570 €	750 €

Hessisches Sozialministerium 

**II. 1. Die Landesförderung der Kindertagesbetreuung (§§ 32-32e HKJGB)**  
**b) Tageseinrichtungen, § 32 HKJGB**

- Kleinkitapauschale, § 32 Abs. 6 HKJGB**

**Voraussetzung:** kleine (d.h. eingruppige) Tageseinrichtung

**Höhe:** Pauschale pro Tageseinrichtung i.H.v. bis zu 5.500 €/Jahr

<sup>511</sup> Alle Abbildungen aus: Hessisches Sozialministerium: Gesetz zur Änderung des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches und zur Änderung und Aufhebung anderer Rechtsvorschriften – Hessisches Kinderförderungsgesetz (HessKiföG) vom 23. Mai 2013 (IGVBl. S. 207)– Darstellung der wesentlichen Inhalte. Wiesbaden 2013

## II. 1. Die Landesförderung der Kindertagesbetreuung (§§ 32-32e HKJGB)

### b) Tageseinrichtungen, § 32 HKJGB

- **Pauschale zur gemeinsamen Förderung von Kindern mit und ohne Behinderung, § 32 Abs. 5 HKJGB**

#### Voraussetzung:

Bescheid des Sozialhilfeträgers über Gewährung der Maßnahmenpauschale nach oder analog der „Rahmenvereinbarung Integrationsplatz“

#### Höhe:

Pauschale **pro betreutes Kind** bis zum Schuleintritt mit **Behinderung** i.H.v. bis zu **2.340 €/Jahr**

## II. 1. Die Landesförderung der Kindertagesbetreuung (§§ 32-32e HKJGB)

### b) Tageseinrichtungen, § 32 HKJGB

- **Pauschale für Schwerpunkt-Kitas, § 32 Abs. 4 HKJGB**

#### Voraussetzung: Einrichtungen, in denen der Anteil von Kindern

- in deren Familien vorwiegend nicht deutsch gesprochen wird
- oder
- für die das **Jugendamt** ganz oder teilweise den **Kita-Beitrag** wegen eines geringen Einkommens der Eltern **übernimmt** (§ 90 Abs. 3 SGB VIII),
- **mind. bei 22%** liegt,
- **Ziele** u.a. Unterstützung der Sprachförderung, Vernetzung im Sozialraum, Förderung der interkulturellen Kompetenzen

**Höhe:** Pauschale **pro Kind der Zielgruppe** i.H.v. bis zu **390 €/Jahr**

Die Stichtagregel ist der allgemeinen Stichtagregel der Sozialstatistik angepasst und nicht einem Kindergartenjahr. Diese Stichtagregel stellt gerade für die Elterninitiativen vor ein Problem: Wenn ein Kind am Stichtag, dem 31. März, über 3 Jahre alt ist, bekommt die Einrichtung nicht mehr die höhere Pauschale. „Das ist ein neuralgischer Punkt, denn die Kinder haben den gleichen Bedarf und sie bleiben in der Regel aus pädagogischen Gründen in der Gruppe bis zum Sommer. Am 1. März müssten die raus, wenn sie über drei sind. Die Kleinen Stromer z.B. nehmen die dann raus aus der Krippe. Unsere Gruppen machen das nicht, die lassen sie bis zum 31.7., dem Ende des Kindergartenjahres und dann fehlt denen das Geld. Ein Träger, der mehrere Gruppenformen hat, kann dann die Kinder natürlich tatsächlich hin- und herschieben oder das auf dem Papier so machen.“<sup>512</sup>

Marita Engel betont, dass es die Kleinkita-Pauschale – wie auch die Qualitäts-pauschale – nur in Hessen gebe. „Hintergrund der Kleinkitapauschale ist, dass man aus politischen Gründen die kleinen Einrichtungen erhalten will. Und diesen erklärten Willen gibt es auch in der Stadt. Beim letzten Runden Tisch wurde gesagt, dass es ein Dezernenten-Beschluss sei, dass, wenn kleine Einrichtungen in Finanznöte kommen, die Stadt Kassel bei Offenlegung der Buchführung in die Bresche springen will. Das ist aber noch nicht passiert.“<sup>513</sup>

Für Antje Proetel kam die Kleinkita-Pauschale offenbar überraschend. „Andererseits haben wir immer gesagt, ihr müsst aus wirtschaftlichen Gründen zweigruppig werden und die kriegen jetzt keine Pauschale! Das ist natürlich ungerecht.“ Die Ungerechtigkeit in den Förderbedingungen von Kindertagesstätten gegenüber kleinen Trägern war, wie wir gesehen hatten, vom DPWV und der Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen e.V. angesprochen worden. Hier versucht das Land Hessen offenbar einen Ausgleich zu schaffen.

Ein weiteres Thema ist die Übernahme der Kosten für die Betreuung von Landkreiskindern in Einrichtungen in der Stadt Kassel, die Höbel im Interview anspricht. „Da gibt es ja eigentlich auch einen Rechtsanspruch drauf, dass die freien Träger das von der Stadt bekommen, die sich wiederum das vom Landkreis erstatten lässt. Da gab es ein Gerichtsurteil, das das gestatten würde. Jetzt hat die Stadt Kassel aber die Verträge so gestrickt, dass man in dem Moment, wo man Landkreiskinder aufnimmt, es mit unterschreibt, dass man die nicht bezuschusst bekommt. Das ist auch etwas, was nicht rückgekoppelt wurde! Die Waldorfeinrichtung, die

---

<sup>512</sup> Antje Proetel im Interview.

<sup>513</sup> Marita Engel im Interview

ja viele Landkreiskinder haben, überlegen, ob sie klagen. Sie sind natürlich unzufrieden, dass das nicht anders in den Verhandlungen gemacht wurde. Sie überlegen auch noch, ob sie diesen Vertrag unterschreiben, weil man damit auch unterschreibt, dass man auf alte Ansprüche verzichtet. Und da ist noch was offen für sie aus den letzten Jahren.“<sup>514</sup>

Antje Proetel bestätigt diese Regelung. Ihr zufolge dürfen Kitas immer noch keine Kinder aus dem Landkreis aufnehmen. „Die Stadt hatte Angst, dass sie den Auslastungsgrad in Bezug auf den Rechtsanspruch für U 3 nicht erfüllen könnte und fürchtete eine Klagewelle von Eltern aus der Stadt, wenn Kinder aus dem Landkreis die Plätze belegt hätten. Eltern aus dem Landkreis können ihre Kinder nicht in Kassel betreuen lassen, wenn sie z.B. in Kassel arbeiten und das Kind in der Nähe haben wollen. Oder wenn sie ein bestimmtes Betreuungskonzept wählen wollen, das es im Landkreis nicht gibt. Je jünger das Kind ist, desto stärker ist natürlich der Wunsch, das Kind in der Nähe betreut zu haben. Man ist aber mit der Vertragsunterzeichnung verpflichtet, sich von den Eltern glaubhaft zeigen zu lassen, wo die Eltern wohnen. Und nur solche Kinder aus Kassel aufzunehmen. Die Einrichtung würde sogar einen Anzug bekommen für jedes Kind aus dem Landkreis.“<sup>515</sup> Tatsächlich klagt nun der Verein für Waldorfpädagogik gegen die Stadt Kassel. „Der Waldorfverein hat alles versucht, andere Möglichkeiten auszuschöpfen, jetzt klagt er gegen die Stadt Kassel. Die Jugenddezernentin Anne Janz ist die politische Ebene, die das nicht zulässt. Die Plätze wären für die Stadt zu teuer. Sie hält die Infrastruktur für die Kitas bereit und würde nur die BKZ von der jeweiligen Kommune wiederbekommen. Wenn es nur einige Plätze in bestehenden Einrichtungen gäbe, wäre das nicht der Fall. Aber es scheint einen grundlegenden Ärger zwischen Landkreis und Stadt zu geben. Außerdem sind die Bürgermeister der einzelnen Kommunen auch nicht einheitlicher Meinung, nicht alle wollen dann einen Ausgleich schaffen. Das Studentenwerk hat eine Ausnahme, da gibt es ein paar Plätze für Landkreiskinder.“<sup>516</sup>

DAKITS e.V. selbst hatte für diese Fragestellung einen Rechtsanwalt engagiert,

514 Das betrifft vor allem auch das Studentenwerk Kassel, das für ihre Kita Kosten nur für Kinder aus der Stadt bekommt. „In der Studentenwerks-Kita am Uni-Standort Witzenhausen ist diese flexible Lösung bereits Alltag. Für Kinder aus anderen Wohnorten bekommt die Stadt Witzenhausen Ausgleichszahlungen der jeweiligen Kommunen. Auch die freien Träger in Kassel würden diese Flexibilität im Sinne der Eltern gern anbieten, sagt Antje Proetel vom Dachverband der freien Kindertageseinrichtungen in Kassel (DAKITS). Allerdings müssten die Träger in erster Linie eine solide Finanzierung sicherstellen. Wer Kinder aufnehme, die nicht aus Kassel kommen, riskiere, auf Kosten sitzen zu bleiben.“ „Kita nur für Stadtkinder“, HNA vom 06.12.2012

515 Antje Proetel im Interview

516 Ebd.

der „dieses Thema durchdrungen hat“. „Der ist auch zu dem Schluss gekommen, dass das ein Träger selbst machen müsste. Wir könnten das natürlich dann finanziell unterstützen. Und natürlich auf politischem Wege. Letztlich müssten das die Stadtverordneten entscheiden.“<sup>517</sup> Es ist zum einen nicht erklärbar, warum sich die Stadt über den Rechtsanspruch der Wahlfreiheit hinwegsetzen kann, zum anderen gibt es eine persönliche Ebene: „Für die Kinder geht das natürlich gar nicht. Das bedeutet z.B. dass in einer Straße ein Kind in eine städtische Kita geht und der Freund, der über die Straße wohnt, nach Vellmar.“

### *Fördermöglichkeiten für die Kindertagesstätten aus verschiedenen Länder- und Bundesprogrammen*<sup>518</sup>

Neben der Auseinandersetzung um Betriebskostenzuschüsse aus dem städtischen Haushalt informiert DAKITS e.V. seine Mitgliedseinrichtungen immer wieder über weitere Förderungen. 2007 stellt das Bambini-Programm, die Fortsetzung der Offensive für Kinderbetreuung, Mittel für den Ausbau, Modernisierung etc. von Plätzen für U3 zur Verfügung.<sup>519</sup> Allerdings teilt die Stadt mit, dass die Mittel aus dem Bambini-Programm nicht in voller Höhe zur Verfügung stehen. Ein konkreter Beitrag, um den die Bambini-Förderung reduziert wurde, wird nicht genannt. DAKITS e.V. empfiehlt schließlich: „Bitte senden Sie den Erhebungsbogen mit den Zahlen der Kinder unter 3 Jahren einschließlich des Votums gegen die Reduzierung der Bambini-Mittel an das Jugendamt zurück.“<sup>520</sup>

Die Verunsicherung wird schließlich durch einen Beschluss vom Regierungspräsidium aufgelöst: es lehnt nun doch alle Anträge auf Förderung ab, deren Betrag unter 10.000 € liegen. Als Begründung wird genannt, dass so viele Anträge eingegangen seien, dass man als Auswahl die formalen Fach- und Fördergrund-

---

517 Marita Engel im Interview

518 Antje Proetel und Marita Engel sagen auf die Frage nach Bundes- und Ländermitteln: „Bundesmittel gibt es nur als Bauförderungen, die kommen aber nicht so in Frage, weil die immer mit einem Eigenanteil verbunden sind. Das ist ja ein Widerspruch zu den ehrenamtlichen Vorstandsfunktionen, denn die Vorstände würden ja dafür haften. Wir empfehlen ja seit Langem eine Vermögenshaftpflichtversicherung für die Vorstände. Hessische Fördermittel werden immer über die Stadt verteilt. Einzelne Einrichtungen hätten sie beantragen müssen, spielten aber keine so große Rolle für die Elterninitiativen.“ Dennoch wird dieses Kapitel aufgenommen, weil sie zum einen immer wieder Thema in den Rundbriefen sind und weil es zum anderen zeigt, wie ein weiteres – wenn auch offenbar für die Einrichtungen nicht so effektives – Themenfeld mit all seinen Unwägbarkeiten den Dachverband in Atem hält.

519 Auf der MV am 29.01.2010 wird von einem „Erhaltungsaufwendungsstatus (50 % Land, je 25 % Kommune und eigene Mittel)“ gesprochen, „nur wenige Träger konnten berücksichtigt werden, im Sommer 2010 soll ein anderes Konzept laufen.“ (Protokoll der MV vom 29.01.2010)

520 Info-Brief vom März 2007

sätze ohne Ausnahme anwenden werde – anders als in den vergangenen Jahren, als der bereitgestellte Etat nicht ausgeschöpft worden sei.

Ob solchen Anträgen dann stattgegeben wurde, ist nicht bekannt. Aus welchen Gründen auch immer, es hat in der Vergangenheit eine Zurückhaltung der Einrichtungen in Bezug auf Investitionen gegeben, denn Ralf Bialke, Vorstandsmitglied von DAKITS e.V. ab 2008, sprach im Interview davon, dass man zu Beginn seiner Amtszeit erst einmal einen „Investitionsstau“ in den Einrichtungen habe beseitigen müssen. Ob nun dieser Stau mit Hilfe dieser Programme beseitigt werden konnte, ist nicht bekannt. Zumindest stellen das Antje Proetel und Marita Engel im Interview in Frage – mit dem Hinweis auf die ehrenamtlichen Vorstände, die in ihrer Funktion eine Vermögenshaftung hätten übernehmen müssen.

Eine weitere Förderungsmöglichkeit zeigt DAKITS e.V. seinen Mitgliedseinrichtungen auf: Im städtischen Haushalt 2007 gibt es einen Etat für die Aufstockung des Fachkräfteschlüssels um 0,25 Stellen in Kasseler Kitas. Voraussetzung für diese zusätzliche Förderung ab dem 1.8.2007 ist die nachgewiesene projektorientierte Umsetzung von Inhalten des Hessischen Bildungs- und Erziehungsplans (BEP), z.B. in den Bereichen Sprachförderung, Gestaltung des Übergangs von der Kita in die Grundschule und Gesundheitserziehung. Die Kriterien werden noch erarbeitet. Infos zum BEP bekommen die Einrichtungen in der Beratungsstelle und auf der Internetseite des Hessischen Sozialministeriums. Die Mittel werden 2008 erneut beschlossen. Für „Ärger und Verwirrung“ sorgt die „mangelnde Transparenz“ bei dem Vergabeverfahren der BEP-Mittel, dem Losverfahren.

2008 stockt die Landesregierung die Mittel zum Ausbau der U3-Betreuungsplätze auf. Aus dem Förderprogramm „Bambini“ wird „Knirps“ (s.o.), das die Mittel geringfügig aufstockt. Ob dieser „Anreiz“ zu neuen U 3-Plätzen bei den Mitgliedseinrichtungen führte, ist nicht bekannt. Aus der trägerübergreifenden AG Kita-Steuerung und Planung berichtet der DAKITS-Rundbrief im Oktober 2010: Für den U3-Ausbau stellt das Land Hessen derzeit zusätzlich Geld zur Verfügung, aber nur für die, die ab dem 1.9.10 gestartet sind.

Zwei Jahre später stellt DAKITS fest, dass der Wegfall der BEP-Mittel in 2009 in Höhe einer 0,25-Stelle zugunsten einer allgemeinen Aufstockung beim Personalschlüssel dazu führt, dass die qualifizierte Umsetzung der Inhalte des Hessischen Bildungs- und Erziehungsplans unter dieser Voraussetzung nicht zu gewährleisten sei.<sup>521</sup>

<sup>521</sup> Info-Brief vom Februar 2011

**BAMBINI-Programm (seit 2007) und BAMBINI-KNIRPS (seit 2008)**

„BAMBINI steht für: Betreuungsplätze ausbauen, Mittel bereitstellen, in Nachwuchs investieren. Das Landesprogramm wurde 2007 ins Leben gerufen und dient der Förderung der Betreuung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Tagespflege sowie der Freistellung des letzten Kindergartenjahres von Elternbeiträgen. (...)

Seit 2008 hat das Land Hessen mit dem erweiterten BAMBINI-U3-Programm „KNIRPS„ (Kleinkindern Nachhaltig Intensiv Rechtzeitig Plätze Schaffen) für die Kommunen zusätzliche finanzielle Anreize zum beschleunigten Ausbau des Platzangebotes geschaffen.

Das Förderprogramm hat maßgeblich zu der erfolgreichen Entwicklung beim U3-Platzausbau in Hessen beigetragen. Dafür wurden die zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel von 45 Mio. € im Jahr 2007 auf inzwischen 111,4 Mio. € erhöht..

Alle 33 hessischen Jugendämter erhielten 2012 eine Förderung aus BAMBINI für den Ausbau der U3-Betreuungsplätze in Kindertagespflege. Fördermittel für den U3-Platzausbau in Kindertageseinrichtungen wurden von 420 hessischen Kommunen beantragt. Alle 426 hessischen Kommunen erhielten außerdem 2010 die Landesförderung zur Freistellung des letzten Kindergartenjahres von Elternbeiträgen.

BAMBINI/KNIRPS ist überaus erfolgreich.

Der Ausbau der Plätze für Kinder unter drei Jahren in Hessen ist auf einem guten Weg. Bis zum Jahre 2013 soll schrittweise ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren aufgebaut werden und ein Versorgungsgrad von mindestens 35 Prozent erreicht werden. Anfang 2005 wurde für Kinder unter drei Jahren noch eine Versorgungsquote von 7,4 Prozent in Hessen ermittelt. Mit einem Versorgungsgrad von knapp 32 Prozent (Stand: 01.11.2012) steht in Hessen bereits jetzt für fast jedes dritte Kind unter drei Jahren ein Betreuungsplatz zur Verfügung.

Um den Ausbau der Betreuungsplätze weiter zu beschleunigen, hat das Land in den Jahren 2011 und 2012 für jeden neuen U3-Platz einen Neuplatzbonus gezahlt. Jeder in 2011 neu geschaffene U3-Platz wurde in 2011 zusätzlich mit 1.500 Euro und in 2012 nochmal mit 800 Euro gefördert.

Plätze, die in 2012 neu geschaffen werden, erhielten eine einmalige Förderung von 800 Euro im Jahr 2012. In 2012 wurde das Neuplatzbonusprogramm verlängert und auf die Kindertagespflege ausgedehnt. In den Jahren 2011 bis 2013 stehen dafür jeweils 8,1 Mio. Euro zur Verfügung. (...)

Mit einem 100-Mio. Euro Investitionsprogramm werden auch die baulichen Maßnahmen unterstützt, die zur Schaffung der benötigten Plätze erforderlich sind.

Internetseite des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration. 2016



### **„Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2008-2013**

Bund, Länder und Kommunen haben auf dem Krippengipfel im April 2007 vereinbart, bis 2013 schrittweise ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für unter Dreijährige aufzubauen. Die Förderprogramme des Bundes richten sich daher auf den Ausbau von Betreuungsplätzen im U3 Bereich. Mit dem Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2008-2013 wurde zum 1. Januar 2008 das Sondervermögen Kinderbetreuungs-ausbau eingerichtet. Damit wurden Bundesmittel in Höhe von 2,15 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Die Ausbaukosten beziehen sich dabei sowohl auf die hierfür benötigten Investitionskosten als auch auf die Kosten des laufenden Betriebs der Einrichtungen. Insoweit beteiligte sich der Bund an den bis 2013 anfallenden Ausbaukosten in Höhe von insgesamt 12 Milliarden Euro mit 4 Milliarden Euro (2,15 Milliarden Euro für Investitionskosten und 1,85 Milliarden Euro für Betriebskosten) und anschließend dauerhafte an den Betriebskosten in Höhe von 770 Millionen Euro pro Jahr.“

## **II. Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2013-2014**

Mit Inkrafttreten des „Gesetzes zur zusätzlichen Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege,“ am 21. Februar 2013 (Bundesgesetzblatt I S. 250) hat der Bund mit dem Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung,“ 2013-2014 zusätzliche Mittel zur Errichtung weiterer 30.000 Betreuungsplätze zur Verfügung gestellt. Der Bund hat damit seine finanzielle Beteiligung um weitere 580,5 Millionen Euro für Investitionen und um 18,75 Millionen Euro in 2013, 37,5 Millionen Euro in 2014 und anschließend dauerhaft jährlich 75 Millionen Euro für die Kosten des laufenden Betriebes erhöht.

## **III. Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2015-2018**

Mit dem „Gesetz zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen ab 2015 und zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung“ soll nunmehr das Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2015-2018 aufgelegt werden. Vorgesehen ist eine Erhöhung des Festbetrags an der Umsatzsteuer um jeweils 100 Millionen Euro in den Jahren 2017 und 2018 zugunsten der Länder. Damit erhöht sich zugleich der Bundesanteil an der Finanzierung der Betriebskosten. Zudem wird das bestehende Sondervermögen um 550 Millionen Euro auf eine Milliarde Euro aufgestockt, so dass den Ländern in dieser Legislaturperiode weitere Investitionsmittel zur Verfügung gestellt werden.

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/kinder-und-jugend.did=118992.html>

2008 kündigt die Bundesregierung ein 4 Mrd.-Investitionsprogramm an, womit bundesweit zwischen 2008 und 2013 für 35 % aller Kinder unter 3 Jahren Betreuungsplätze bereit gestellt werden können. Es löst die „Offensive für Kinderbetreuung“ ab.

„Die U3-Lawine rollt“, stellt die Landesarbeitsgemeinschaft der Dachverbände der Kindertagesstätten fest.<sup>522</sup> Der Fachausschuss benenne folgende kritische Punkte:

- Die Verordnung macht keine Aussagen über die Qualität der Angebote, insbesondere, was die Personalausstattung betrifft. Er fordert auf, die Qualitätsaspekte stärker in den Blick zu nehmen.
- Die neuen Regelungen bringen keine Vereinfachung der Verwaltung (unterschiedliche Förderverfahren für die Bereiche U3 und Kindergarten)
- Er bemängelt, dass die Fachberatungen der Einrichtungen nicht in den Genuss von Fördermitteln kommen können.<sup>523</sup>

Wie wir Erklärungen vom Vorstandsmitglied Bialke auf der Mitgliederversammlung 2010 entnehmen können, halbiert sich in der Folgezeit die Zusage von 4 Mrd. Euro. „Obwohl im Bundesprogramm für U3 eine Summe von 4 Mio. (es müsste heißen 4 Mrd., die Autorin) Euro versprochen war, halbierte sich diese Zusage und die Kommunen sind somit auf sich allein gestellt, d.h. dass bundesinvestive Mittel fließen, aber die Betriebskostenförderung fraglich geworden ist!“<sup>524</sup>

Im April 2010 erfahren die Einrichtung von einer Bundesförderung zur Schaffung neuer Plätze für den U3-Bereich: Demnach werden 90 % der Investitionskosten für Neubau, Erweiterungsbau, Ausbau und Umbau und Ausstattung übernommen.<sup>525</sup>

Offenbar sind diese Programme für die Belange der Elterninitiativen nicht geeignet. Die LandesArbeitsGemeinschaft Freie Kinderarbeit Hessen e.V. kritisiert in einem Rundbrief, dass es durch die Hektik des Ausbaus keine speziell auf die kleinen Initiativen gerichtete Förderung gebe. Sie werden eher durch die vorhandenen Programme benachteiligt. Ihre Forderung an die politisch Verantwortlichen lautet: Die Instrumente müssen verändert werden und auch auf die Elterninitiativen passen.<sup>526</sup>

Im Oktober 2010 teilt DAKITS e.V. seinen Mitgliedseinrichtungen mit, dass alle beantragten Maßnahmen zum Ausbau von U3-Plätzen durch den Magistrat

<sup>522</sup> Zitiert im Info-Brief vom Januar 2008. Der RB des LAG ist nicht erhalten.

<sup>523</sup> Vgl. ebd.

<sup>524</sup> Protokoll der MV vom 29.01.2010. Hier ist irrtümlich 4 Mio. statt 4 Mrd. geschrieben worden.

<sup>525</sup> DAKITS-Info-Brief vom April 2010

<sup>526</sup> Zitiert im DAKITS-Info-Brief vom April 2010

bewilligt wurden. Gleichzeitig wird deutlich, dass es in einem anderen Bereich Einschränkungen geben wird:

Der Regierungspräsident hält die Stadt dazu an, freiwillige Leistungen einzuschränken, die Maßnahmen zur intensiven Hortbetreuung betreffen.<sup>527</sup>

Nina Lucassen von der LandesArbeitsGemeinschaft Freie Kinderarbeit Hessen e.V. erstellt 2009 eine übersichtliche Zusammenstellung von Fördermöglichkeiten in Hessen für die drei Altersgruppen. (siehe Infokästen, Seite 223-225)

2013 will das Jugendamt eine neue Satzung für Kitas auf den Weg bringen, die es ermöglicht, Kleinkinder auch über die Kernzeiten hinaus betreuen zu lassen. „Eine Flexibilisierung werde vor allem durch zubuchbare Stundenkontingente erreicht. Schwierig sei es dagegen, Betreuungszeiten von aktuell 8 bis 17 Uhr auf 7 bis 18 Uhr pauschal auszuweiten, sagt Anne Janz in der HNA.<sup>528</sup> Antje Proetel von DAKITS e.V. hält dagegen, dass 37 der bei DAKITS organisierten Kitas schon vor 8 Uhr geöffnet hätten, eine sogar bereits um 6.45 Uhr. Sieben Einrichtungen betreuen auch nach 17 Uhr, eine davon bis 20 Uhr. „Der Betreuungsschlüssel und die Preise seien bei den freien Einrichtungen fast identisch mit denen der städtischen Einrichtungen. „Alles Zusätzliche wird wie überall schnell zu einer Kostenfrage“, sagt Proetel.“<sup>529</sup> 2015 legt das Bundesfamilienministerium das Modellprogramm „KitaPlus“ auf, das die erweiterten Öffnungszeiten mit einer Laufzeit von drei Jahren fördern soll. Einige Mitgliedseinrichtungen bewerben sich.

---

527 Info-Brief vom Oktober 2010

528 „Angebote werden flexibler“, HNA vom 22.08.2013.

529 Ebd.



# KINDER VON 0-3 JAHREN FÖRDERUNG IN HESSEN

## Voraussetzungen

- für „Bambini-Knirps“ und Bundes-Investitionsprogramm: Betriebserlaubnis (BE) nach § 45 SGB VIII
- für „Bambini-Knirps“: BE muss sich auf die Aufnahme von Kindern unter drei Jahren und. sofern die Einrichtung täglich sechs Stunden oder länger geöffnet ist. auf den Betrieb mit Mittagsversorgung erstrecken
- für Bundes-Investitionsprogramm: Plätze sind im Bedarfsplan gemäß § 30 HKJGB vorgesehen

Eine Betriebserlaubnis ist erforderlich. sofern die Tageseinrichtung an mehr als drei Wochentagen mit jeweils mindestens vierstündiger Öffnungszeit betrieben wird und mindestens sechs Kinder vertraglich für mehr als 15 Wochenstunden aufgenommen sind (§ 25(4) HKJGB).

## Landesförderung „Bambini-Knirps“

jährlich

pro Platz:

- € 1.200 bei bis zu 5 Stunden täglich
- € 2.400 bei 5-7 Stunden täglich
- € 3.000 bei mehr als 7 Stunden täglich vertragliche Betreuungszeit

## Antragsweg:

- Antrag auf allgemeine Betriebskostenförderung über Gemeinde bis 15. April an das Regierungspräsidium (RP) Kassel
- RP setzt Zuweisungsbetrag fest
- Auszahlung an Gemeinden erfolgt in 2 gleichen Raten bis zum 15. September
- Antrag auf ergänzende Zuweisung bis 15. Oktober möglich (Antragsweg s. o.)
- Auszahlung bis 15. November an die Gemeinde
- Zuweisung wird anteilig und zeitnah an nicht kommunale Träger weitergegeben

## Integrationsförderung für Kinder mit Behinderung

jährlich

pro Integrationsplatz

**Maßnahmenpauschale** bis zu € 16.711 zahlt der örtlichen Sozialhilfeträger an den Träger der Kindertageseinrichtung.

**Landesförderung 10 %** = € 1.671,10 erhält der örtliche Sozialhilfeträger. der diesen Betrag an den Träger der Kita weiterleitet.

**Voraussetzung:** Anmeldung der Rahmenvereinbarung: Integrationsplatz für Kinder unter drei Jahren durch den Träger der Sozialhilfe.

## Antragsweg:

- Antrag des örtlichen Trägers der Sozialhilfe bis 1. März an RB Kassel
- RP setzt Erstattungsbetrag fest, weist ihn den örtlichen Träger der sozialen Welt zu
- Auszahlung bis 15. April



## Altersgemischte Gruppen

Kinder unter drei werden in altersgemischten Gruppen gefördert wie hier beschrieben (Stichtagsregelung)

## Bundes-Investitionsprogramm

einmalig

### 2008-2013

Pauschalen pro neuem Platz:

- bis zu € 14.500 Neu- und Erweiterungsbau, Zweckbindung 25 Jahre
- bis zu € 4.000 Um- und Ausbau, bei aufwändigen Umbauten ausnahmsweise bis zu € 8.500, Zweckbindung 15 Jahre
- bis zu € 500 Ausstattung, Zweckbindung 5 Jahre

## Antragsweg:

- örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe erstellt Gesamtantrag (Prioritätenliste) an RP Kassel
- Inaussichtstellung bis 15. Februar, zweiter Gesamtantrag bis 15. Juli möglich
- Bewilligung durch RP an örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe. durch diesen an nicht-kommunale Träger

entweder



oder



## Landes-Bauförderung

einmalig

bis zu € 25.000, jedoch max. 50% der zuwendungsfähigen Ausgabe

- für Schaffung und Sicherung von Plätzen für Kinder unter drei in Krabbelstube/altersgemischte Einrichtung im Umfang von € 10.000-50.000
- Bei Bau- und Umbau und Ausstattungsvorhaben im Umfang von € 10.000-50.000

## Antragsweg

- Antrag über Gemeinde/Magistrat
- Gesamtantrag (Priorität Liste) von dort bis 1. März an RP Kassel
- RP bewilligt und zahlt an örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe
- dieser leitet weiter und zahlt an Träger.
- Zweckbindung 5 Jahre

## Gesetzliche Grundlagen in Hessen

- Richtlinie zur Förderung von Investitionen im Rahmen des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2008-2013 ?? /2008
- HKJGB §§ 25-34: Tageseinrichtungen für Kinder, Kindertagespflege XII/2006
- Verordnung über Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen für Kinder VII/2201
- Verordnung zur Neuregelung der Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen für Kinder VII/2008
- Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Landesförderung für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege. erster Teil (§§ 1 +2) VII/2007
- Rahmenvereinbarung Integrationsplatz) VI/1999
- Investitions- und Maßnahmenförderungsrichtlinie IMFR VII 2001+XII/2005

Aktuelle Gesetzestexte: [www.rp-kassel.de](http://www.rp-kassel.de)



# KINDER VON 3 JAHREN BIS ZUM SCHULANTRITT

## FÖRDERUNG IN HESSEN

### Voraussetzungen

- Betriebserlaubnis (BE) nach §45 SGB VIII für die Zweckbestimmung als Kindergarten oder altersübergreifende Einrichtung
- bei sechs oder mehr Stunden: eine BE für den Betrieb mit Mittagsversorgung und eine vertraglich vereinbarte durchgehende Betreuungszeit von sechs oder mehr Stunden zumindest an vier Wochenarbeitstagen

jährlich

### Landesförderung

an freie Träger

- € 160 pauschal pro Platz
- bis zu € 5.115 pro Gruppe von bis zu 24 Kindern bei mindestens 6 Std täglich oder
- bis zu € 7.670 pro Gruppe von bis zu 24 Kindern bei mindestens 8 Std täglich

### Antragsweg

- Träger beantragt jährlich bis 1. Juli beim Regierungspräsidium Kassel (RP)
- Antrag wird vom RP zugesandt
- Stichtag 1. März
- Abschlagszahlung 1. März
- Restzahlung im Dezember
- wichtig: ohne Kinder unter 3 Jahren

### Freistellung vom Kindergartenbeitrag

Im Jahr vor ihrer Einschulung sind Kindergartenkinder vom Beitrag freigestellt

### Voraussetzung:

Freistellung aller Kinder in der Gemeinde

### Antragsweg:

Zuweisung von € 1.200 pro Kind nach Antrag der Gemeinde an das Land

### Altersgemischte Gruppen

- Kinder im Schulalter werden hier wie Kinder im Kindergartenalter gezählt
- Kinder von 3 Jahren bis zum Schuleintritt werden gefördert wie hier beschrieben
- Kinder unter 3 Jahren werden entsprechend „Bamini-Knirps“ für Kinder unter 3 Jahren gefördert (§§ 1+2 Verordnung zur Landesförderung ... ) und nicht zur Gruppe gezählt



### Integration von Kindern mit Migrationshintergrund

jährlich

je nach Größe der Kindertageseinrichtung:

- bis zu € 5.115 bei bis zu 40 aufgenommenen Kindern
- bis zu € 7.670 bei bis zu 70 aufgenommenen Kindern
- bis zu € 10.230 bei über 70 aufgenommenen Kindern

### Voraussetzung:

- Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund beträgt mindestens 20% der Kinder im Kindergartenalter
- Zusatzkräfte für die besonderen Integrationsaufgaben müssen über den Mindestpersonalbedarf hinaus eingestellt sein
- besondere Integrationsaufgaben sind: gezielte Förderung von Kindern m. M. in ihrer Gesamtentwicklung, Vermittlung interkultureller Kompetenzen für alle Kinder, interkulturelle Elternbildung.

### Antragsweg:

- zusammen mit Landesförderung „Bambini Knirps“ (siehe links)

### Integrationsförderung für Kinder mit Behinderung

jährlich

pro Integrationsplatz

- Maßnahmenpauschale bis zu € 16.711, zahlt der örtliche Sozialhilfeträger
- Landesförderung: € 1.540

### Voraussetzung:

- Anwendung der Rahmenvereinbarung Integrationsplatz durch den örtlichen Träger der Sozialhilfe

### Antragsweg:

- Antrag an den örtlichen Sozialhilfeträger für die Maßnahmenpauschale
- Antrag an das Regierungspräsidium in Kassel für die Landesförderung

### Gesetzliche Grundlagen in Hessen

- HKJGB §§25-34: Tageseinrichtungen für Kinder, Kindertagespflege VII/2006
- Verordnung über Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen für Kinder VI 2201
- Verordnung zur Neuregelung der Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen für Kinder VII/2008
- Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Landesförderung für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege, zweiter Teil (§§ 5-8) VII/2007
- Rahmenvereinbarung Integrationsplatz VI/1999

Aktuelle Gesetzestexte: [www.rp-kassel.de](http://www.rp-kassel.de)



## Voraussetzungen

- Betriebserlaubnis (BE) nach §45 SGB VIII für die Zweckbestimmung als Hort und/ oder altersübergreifende Einrichtung.
- Teilzeitbetreuungsangebote: regelmäßig an mindestens drei Tagen pro Woche mit mindestens zwei-, höchstens vierstündiger Öffnungszeit ohne BE
- Keine gleichzeitige Inanspruchnahme anderer Landesförderungen für denselben Zweck

Eine Betriebserlaubnis ist erforderlich, sofern die Einrichtung an mehr als drei Wochentagen mit jeweils mindestens vierstündiger Öffnungszeit betrieben wird und mindestens sechs Kinder vertraglich für mehr als 15 Wochenstunden aufgenommen sind.

## keine neuen Gruppen (seit 2005)!

## Landesförderung

### „Offensive für Kinderbetreuung“

- für Schülerläden/Horte pro Platz bis zu € 300 pauschal
- für Teilzeitbetreuungsangebote mit mindestens zwei-, höchstens vierstündiger Öffnungszeit bis zu € 200 pauschal
- Bestandsschutz für Sofortprogramm-Gruppen (vor 2001)

### Antragsweg:

- Gemeinde/Jugendamt/örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe reichen Anträge bis 1. April an das Regierungspräsidium Kassel (RP) ein
- RP zahlt Landesmittel an Gemeinde bzw Landkreis aus
- Diese bewilligen weiter an Träger

## Altersgemischte Gruppen

- Kinder im Schulalter werden hier wie Kinder im Kindergartenalter gezählt
- Kinder von 3 Jahren bis zum Schuleintritt werden gefördert wie bei „Kinder von 3-6 Jahren“ beschrieben
- Kinder unter 3 Jahren werden entsprechend „Bambini-Knirps“ für Kinder unter 3 Jahren gefördert (§§1+2 Verordnung zur Landesförderung ...) und nicht zur Gruppe gezählt



## Integration von Kindern mit Migrationshintergrund

jährlich

je nach Größe der Kindertageseinrichtung:

- € 5.115 bei bis zu 40 aufgenommenen Kindern
- € 7.670 bei bis zu 70 aufgenommenen Kindern
- € 10.230 bei über 70 aufgenommenen Kindern
- € 10.230 für eine vollzeitbeschäftigte FachberaterIn (nach Ziffer 2.2.2)

### Voraussetzung:

- Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund beträgt mindestens 20% der belegten Plätze
- Zusatzkräfte für die besonderen Integrationsaufgaben müssen über den Mindestpersonalbedarf hinaus eingestellt sein
- besondere Integrationsaufgaben sind: gezielte Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund in ihrer Gesamtentwicklung, Vermittlung interkultureller Kompetenzen für alle Kinder, interkulturelle Elternbildung

### Antragsweg:

- Antrag des Trägers der Fachberatung wird bis zum 31. März beim RP eingereicht
- Stichtag 1. März
- Zuwendung wird vom RP bewilligt und ausgezahlt

## Gesetzliche Grundlagen in Hessen

- HKJGB §§25-34: Tageseinrichtungen für Kinder, Kindertagespflege VII 2006
- Verordnung über Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen für Kinder VI/2201
- Verordnung zur Neuregelung der Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen für Kinder VII/2008
- Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Landesförderung für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege, zweiter Teil (§§ 5-) VII/2007
- Fach- und Fördergrundsätze „Offensive für Kinderbetreuung“ III/2008
- Investitions- und Maßnahmenförderungsrichtlinie IMFR ??2001+ VII/2005
- Rahmenvereinbarung Integrationsplatz VI/1999
- Grundsätze zur Förderung der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund in Kinderhorten ??2007

Aktuelle Gesetzestexte: [www.rp-kassel.de](http://www.rp-kassel.de)

**2016: Bundesprogramm „KitaPlus“**

Das Bundesfamilienministerium hat das Interessenbekundungsverfahren zum neuen Bundesprogramm „KitaPlus“ gestartet. Teilnehmende Kitas und Kindertagespflegestellen sollen darüber ihre Öffnungszeiten flexibler gestalten und damit Familien in der Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch eine gute Betreuung für ihre Kinder unterstützen. Zielgruppe des Modellprogramms sind unter anderem Alleinerziehende und Schichtarbeiterinnen und Schichtarbeiter, Berufsrückkehrerinnen, Selbstständige sowie Berufsgruppen, deren Arbeitszeiten außerhalb der üblichen KiTa-Öffnungszeiten liegen.

Um eine Förderung zu erhalten, müssen interessierte Kitas und Kindertagespflegestellen den lokalen Bedarf beschreiben sowie eine allgemeine Projektkonzeption für die erweiterten Öffnungszeiten vorlegen. Ziel ist zu allen Betreuungszeiten eine gute pädagogische Qualität zu gewährleisten. Für das Programm stellt das Bundesfamilienministerium insgesamt 100 Millionen Euro zur Verfügung. Interessierte Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflegepersonen, bei denen ein lokaler Bedarf für erweiterte Öffnungszeiten besteht, sind nun aufgerufen, sich am Interessenbekundungsverfahren zu beteiligen.

Ab Januar 2016 werden im neuen Bundesprogramm „KitaPlus“ mit einer Laufzeit von drei Jahren zukunftsfähige Konzepte für bedarfsgerechte Betreuungszeiten gefördert. Dazu gehören Öffnungszeiten, vor 8:00 beziehungsweise nach 16:00 Uhr. Darüber hinaus können sie über Betreuungsmöglichkeiten am Wochenende und an Feiertagen bis hin zu einem Betreuungsangebot reichen, das auch die Nacht abdeckt. Neben Personalmitteln fördert das Bundesfamilienministerium die Ausstattung, die für die Umsetzung des erweiterten Angebots erforderlich ist. Kindertageseinrichtungen können Fördermittel bis zu 200.000 Euro im Jahr und Tagespflegepersonen bis zu 15.000 Euro jährlich erhalten.

(<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Kinder-und-Jugend/kinderbetreuung.html>)



**DAKITS** e.V.

*Dachverband freier Kindertageseinrichtungen*

## **Vielfalt schafft Chancen!**

- **Über 30 Träger unter einem Dach**
- **Für jedes Kind die passende Einrichtung**
- **Qualität in Krippe, Kindergarten und Hort**
- **Kompetente Gründungsberatung zur KITAgründung**
- **Maßgeschneiderte Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte**

[www.dakits.de](http://www.dakits.de)



## Die „neue Arbeit“ von DAKITS e.V.

Über die Veränderung des „Führungsstils“ und der innerverbandlichen Kommunikationskultur wurde oben bereits berichtet. Wie wurde die inhaltliche Arbeit fortgeführt? Im Januar 2010 gibt es auf der Mitgliederversammlung in einem Rückblick so etwas wie eine „Selbstvergewisserung“ des neuen Vorstandes und der Reorganisation von DAKITS e.V. Vorstandsmitglied Thiemo Glomb „lässt Revue passieren, dass viel erreicht wurde, viel schmerzlich erfahren wurde und die letzten zwei Jahre sehr ereignisreich verliefen.“<sup>530</sup>

Mit Marita Engel kommt eine Frau zu DAKITS e.V., die nach ihren Aussagen von ihrem Berufsamerkennungsjahr bis zu „ich baue mit meinem Träger eine große Kita“ alles durch habe, sie habe auch Höhen und Tiefen erlebt in fast 30 Jahren mit Elterninitiativen.<sup>531</sup> Antje Proetel und Marita Engel finden sofort ein Arbeitsverhältnis „auf Augenhöhe“. „Das war eine wunderbare Basis, so ein Gefühl hatte ich vorher noch nie erlebt“, berichtet Marita Engel weiter. Auf der Mitgliederversammlung wird die Arbeit der beiden Hauptamtlichen gelobt: „Akzente wurden gesetzt, fachliche Belange liefen sehr gut an, was dem operativen Geschäft als Respekt zu zollen ist. (...) Zu allen Gremien, Sitzungen und Ausschüssen werden immer eine Vertretung der operativen Ebene, d.h. Frau Proetel oder Frau Engel, und ein Vorstandsmitglied entsandt.“<sup>532</sup>

Bialke benennt „große Themen“, u.a. die Vergabe von investiven Mitteln für die U3-Betreuung, Fragen zu Betreuung von Grundschulkindern/Hort-Gruppen, Frage der Landkreiskinder, Weiterbildungs- und Fortbildungskonzept, Netzwerke in Fachverbänden, Landesgremien und Arbeitskreisen. Im Interview geht Mario Höbel auf den Rückblick ein. „Die Arbeit war auch damals sehr gut. Dass Regine Bogedale mit einer  $\frac{3}{4}$  Stelle nicht alles leisten konnte, ist doch klar. Dass da eine Qualitätssteigerung stattgefunden hat, für die Außendarstellung ja, aber im eigentlichen Geschäft nicht.“<sup>533</sup> Tatsächlich wurde die öffentliche Präsentation ins Visier genommen: Frau Dr. Schäfer (zuständig für Öffentlichkeitsarbeit, Fachtage, Fortbildungen u.a.) berichtet auf der Mitgliederversammlung 2011 über eine neu gestaltete DAKITS-Homepage und einen „verbesserten Informationsfluss innerhalb der sieben („Glorreichen“ - eigene Anmerkung der Protokollantin).“<sup>534</sup>

---

530 Protokoll der MV am 29.01.2010 von Frau Jäschke

531 Interview mit Marita Engel am 11.07.2016

532 Ebd.

533 Interview mit Mario Höbel am 29.01.2015

534 Protokoll der MV am 29.01.2010

Ebenfalls auf dieser Mitgliederversammlung geben Frau Proetel und Frau Engel erstmals ausführlich Auskunft über ihre Arbeit.

Die Inhalte und Arbeitsschwerpunkte von DAKITS e.V. der nächsten Zeit werden auf der Mitgliederversammlung als **vier Säulen** dargestellt:

1. „Beratung und Informationsservice: persönlich, per Telefon, per Mail, postalisch, z.B. Rundbrief alle 6-8 Wochen
2. Lobby-Arbeit und Interessenvertretung | Gremienarbeit,
3. Öffentlichkeitsarbeit: Flyer, Projekt, Babywatching, (...) Neue Homepage
4. Fortbildung/Qualifizierung | U3-Reihe, Evaluationsbögen, Fachtag<sup>535</sup>

Vor zwei Jahren war beschlossen worden, die halbe Geschäftsführer-Stelle für ein Jahr einzurichten. Mittlerweile ist Antje Proetel 1 ½ Jahre im Amt, da die Umlagefinanzierung für 6 Monate verlängert wurde. Zusätzlich zur Geschäftsführungstätigkeit übernimmt sie noch 10 Stunden für Fachberatung, eine Tätigkeit, für die sie als Supervisorin und aus ihrer früheren Berufserfahrung die nötige Qualifikation mitbringt. Auf der Mitgliederversammlung bitten Herr Glomb und Herr Bialke eindringlich um die Weiterführung der Stelle. Die unbefristete Fortsetzung der Geschäftsführungsstelle wird auf der Mitgliederversammlung beschlossen. Ebenso die Umlage von 100 Euro pro Einrichtung, obwohl sie „als kritisch angesehen“ wird in Bezug auf eine „Gegenleistung“. Sie muss künftig ¼-jährlich neu festgesetzt werden.

Die DAKITS-Hauptamtlichen müssen sich von Beginn an stärker als Regine Bogedale mit träger-, orts- und landesübergreifenden Themen beschäftigen. Ob es Förderprogramme sind, deren Strukturen und Voraussetzungen sie vermitteln müssen, ob es das KifÖG und die neuen Gesetze zum Kinderschutz sind, die eine eigene Ausbildung zur Kinderschutzkraft zur Folge haben, ob es der Hessische Bildungsplan mit all seinen Implikationen ist, oder ob es die Anforderungen an eine Qualitätsentwicklung sind – die Arbeitsanforderungen und fachliche Weiterqualifizierung sind gegenüber den ersten 10 Jahren gewachsen. Neben der alltäglichen Beratungspraxis müssen Veranstaltungen wie Fachtage und Fortbildungen organisiert werden, Arbeitskreise und Arbeitsgruppen ins Leben gerufen werden, die Teilnahme an trägerübergreifenden und überregionalen Arbeitskreisen und

---

535 Vgl. ebd.

Fachtagen als Erfahrungs- und Informationsaustausch gewährleistet sein.

Das spiegelt sich auch im Tätigkeitsbericht von 2011 wider, der auf der Mitgliederversammlung von Marita Engel vorgestellt wird.

**Hier werden folgende Schwerpunkte genannt:**

- Unterstützung und Begleitung des weiteren Ausbaus der U3-Betreuung im Rahmen von Gründungs- und Projektberatung und der Mitarbeit in städtischen Gremien
- Erste Module einer speziellen Fortbildungsreihe für pädagogisches Fachpersonal (siehe Titel-Bilder unten) für U3-Betreuung wurden durchgeführt
- Fachtag „Wer sich bewegt, kommt voran“ zusammen mit 10 Kooperationspartnern erfolgreich durchgeführt



- Mitwirkung am Rahmenkonzept „Ganztag an Grundschulstandorten“
- Arbeit am Organisationshandbuch für Träger weitergeführt
- Das Projekt ‚Babywatching‘ – Empathieförderung durch Babybeobachtung in der Kita – wurde initiiert und in einem Fachtag der Fachöffentlichkeit präsentiert
- Konzept „Mehr Männer in Kitas“ wurde erarbeitet
- Qualifizierung als § 8a-Fachkraft

Der Schwerpunkt im Fachberatungsbüro lag demnach beim Beratungs- und Informations-Service für die Mitglieder, deren Mittelpunkt die Telefonberatung bildet, die in der Regel von Montag bis Freitag sechs Stunden täglich zur Verfügung steht. „Mit 850 Stunden im Jahr ist dies der größte Bereich.“<sup>536</sup>



<sup>536</sup> Protokoll der MV vom 09.03.2011

Im Interview mit Antje Proetel und Marita Engel wird deutlicher als aus den Protokollen, was diese „neue Arbeit“ bei DAKITS e.V. bedeutet. Es ist vor allem das, was beide mit einer Hinführung zu Strukturen bezeichnen, die jederzeit und auch von neu beginnenden Fachkräften oder Eltern im Vorstand abgerufen werden können – eine professionelle Verlässlichkeit, die Sicherheit gibt und Orientierung.

„Bei anderen Einrichtungen, die jetzt nicht solche Konzepte haben, z.B. kommunale Einrichtungen, da ist es wichtig, Inhalte und Herzblut reinzubringen und bei uns ist es wichtig, diesen Inhalten und dem Herzblut eine Struktur zu geben.“  
„Die inhaltliche Arbeit war wirklich das Wichtigste. Wir haben in den letzten Jahren einen großen quantitativen Ausbau gehabt, wo wir auch als Vertreter der kleinen Gruppen ordentlich mitgemischt haben, dass die Stadt ihren Rechtsanspruch auf eine U3-Betreuung erfüllen konnte. Und da haben unsere Mitgliedseinrichtungen ihre Daseinsberechtigung sowieso.

Und weil Elterninitiativen, egal wie gut oder schlecht sie sind, immer was Positives sind. Sie gehen aus einer Eigeninitiative und einem echten Bedürfnis hervor und setzen da Dinge um. Die zweite positive Sache ist, dass es die verschiedenen Konzepte gibt. Dass Eltern die Gruppe finden können, die zu ihrem Kind passt. Aber auch Gruppen wie die Kleinen Stromer haben ihre Daseinsberechtigung, weil sie viele Plätze geschaffen haben und weil sie für die Stadt ein verlässlicher Verhandlungspartner waren. Die waren durch ihre professionelle Struktur mit Geschäftsführung usw. immer in der Lage, das vorzuhalten.

Ich denke, eine Schwachstelle, und die könnte auch den Fortbestand des Ganzen bedrohen, ist die Tatsache, dass Elterninitiativen oder kleine Gruppen nicht per se 'gute Einrichtungen' sind. Sie sind es in dem Moment nicht, wo sie Bestimmtes nicht abrufen können, etwa durch häufigen Vorstandswechsel. Wo das Wissen und die Erfahrung nicht kontinuierlich da sind, diese Nichtabrufbarkeit ist ein Problem. Oder wenn auch mal Mitarbeiter schlecht behandelt werden, z.B. dass sie mal kein Gehalt kriegen, weil die Vorstände nicht fit genug sind in der finanziellen Planung, oder Einrichtungen, die bestimmte Standards nicht erfüllen, weil sie entweder sie nicht kennen, oder dazu nicht in der Lage sind, sie umzusetzen. Oder weil sich pädagogische Fachkräfte nicht auf die Finger klopfen lassen.

Und das war unser Hauptinhalt in den letzten Jahren, zu schauen, was macht die aus, was ist an Gutem schon vorhanden, was und wie kann man das stabilisieren. Und das ganz individuell auf jede Einrichtung bezogen, auf jede Leitung, Teamleitung, damit die auch fortbestehen können. Wirtschaftlich und pädago-

gisch und mit all den Anforderungen, die dazu kamen. Nicht in voreilendem Gehorsam, aber auch nicht hinterherlaufen. Eine meiner Aufgaben ist zu gucken, wo gibt es unsinnige Verordnungen, auf welcher Ebene muss das dann kommuniziert werden, damit auch solche kleinen Einrichtungen weiter bestehen können.“<sup>537</sup>

Eine wesentliche Strategie der Umsetzung ist die Reflexion, wie Marita Engel betont. „Ich habe ja seit 1977 gearbeitet, und immer mit dem Gedanken, ich mache das gut. Ich orientiere mich am Kind und gucke, was so für Strömungen da sind und daraus nehme ich das, was passt. Diesen Ansatz verfolgen wir auch bei DAKITS. Wir gucken, was es so gibt, wo gibt es verpflichtende Sachen, was ist gut. Dann gucken wir, wie wir diese Vielfalt hier ansiedeln können, wer kann was davon gebrauchen? Wir gucken immer erst, was ist vorhanden bei Euch. So mache ich es in den BEP-Arbeitskreisen, wir fragen: wie beobachtet Ihr eigentlich, das ist die BEP-Lupe, wir gucken mit der BEP-Lupe. Dann sind die immer ganz überrascht, was sie alles schon machen. D.h. wir gucken erst mal nach innen. Was habt Ihr denn schon? Was könnte denn noch dazu passen? Was habt Ihr für eine Idee? Und dann gehen die nach Haus und sagen, ich habe heute mindestens zwei gute Impulse bekommen und dafür lohnt es sich, hierher zu kommen.“<sup>538</sup>

Antje Proetel sieht in dieser Haltung eine große Wertschätzung der Fachkräfte und ehrenamtlich arbeitenden Vorstände. Marita Engel stimmt dem zu. „Hilfe zur Selbsthilfe ist da so ein Begriff. Wir stärken die Stärken der Fachkräfte und die der Vorstände. Wir holen die ab, wo sie stehen und geben ihnen Impulse, keine Ratschläge. Impulse, die sie für ihre Einrichtung passgenau machen können.“<sup>539</sup>

„Und wir fördern die Kommunikation. Dass man guckt, wer sagt eigentlich was in welcher Rolle. Die Kommunikation zwischen den Fachkräften und ihren Trägern. Wir sind zwar offiziell die Vertreter der Träger, wir sind ja die Berater von den Trägern, aber unser Interesse ist ja das gute Funktionieren der Einrichtungen und da schauen wir, was die dafür brauchen. Wenn es um die Moderation eines Konfliktes geht, dann verweisen wir schon auch mal an jemand anderen, weil wir auch nicht immer so nah dran sein wollen. Weil wir dann förderlicher sein können.“<sup>540</sup>

---

537 Antje Proetel im Interview

538 Marita Engel im Interview

539 Ebd.

540 Antje Proetel im Interview

2009 hatte sich bereits ein Schwerpunktthema in der Beratung von DAKITS e.V. herauskristallisiert, wie es im Info-Brief heißt. „Die systematische intensive und individuelle Beratung von ehrenamtlichen Vorständen kleiner Einrichtungen zur Bewältigung ihrer Trägereaufgaben. DAKITS wird sich dem widmen.“<sup>541</sup> Zwei-einhalb Jahre später werden die Mitgliedseinrichtungen im Info-Brief darauf hingewiesen, dass ein neues Veranstaltungsformat entwickelt wurde: „Begleitung Ihrer Organisationsentwicklung durch Coaching.“<sup>542</sup>

Ein Element der Unterstützung von Vorständen und Fachkräften in den Einrichtungen ist der Arbeitskreis Leiten-Führen-Organisieren, der sich regelmäßig mit einem aktuellen Thema befasst. Er ist aus der Erfahrung entstanden, dass manche Fachkräfte bzw. Vorstände in Elterninitiativen als basisdemokratisch ausgerichtete Organisationen Schwierigkeiten mit dem Leitungsbegriff haben. „Es gibt noch Fachkräfte, die sich z. B. weigern, als Leitung zu unterschreiben, obwohl es das RP so vorgesehen hat. Das wird aber anders werden in den nächsten 10 Jahren“, vermutet Marita Engel im Interview. Antje Proetel wendet ein: „Unser AK heißt ja nicht Leitungs-AK, sondern Leiten, Führen, Organisieren. Es gibt auch Einrichtungen, die kriegen das auch zu zweit gut hin, gerade die kleinen Einrichtungen.“ Und Marita Engel hält dagegen: „Die meisten haben sich jetzt dahin entwickelt, dass es eine verantwortliche pädagogische Person gibt. Und das ist ein Erfolg, denn die Leitung ist das Herzstück der Einrichtung. Die Vorstände sind schon auch mal in den AK gekommen, aber die sind keine Konstante im Alltag. Es ist wichtig, dass die jemanden delegieren. Die Leitung bekommt nicht mehr Geld, die haben quasi die Ehre. Aber eine Person muss die Konstante sein und Struktur reinbringen, mit dem Team zusammen.“<sup>543</sup>

---

541 Info-Brief vom April 2009

542 Info-Brief vom Dezember 2011

543 Antje Proetel und Marita Engel im Interview. Dass in vielen Kitas kein zusätzliches Stundenkontingent für Leitungsaufgaben bewilligt wird, thematisiert die Sonderauswertung des Ländermonitors Frühkindliche Bildungssysteme der Bertelsmann Stiftung. „Wenig Zeit für Leitungsaufgaben ist nicht nur ein Problem kleiner Kitas: Über 10 Prozent der mittelgroßen Kitas (8 bis 12 pädagogische Fachkräfte) müssen ohne finanzierte Personalressourcen für die Einrichtungsleitung auskommen. Auch hier gibt es große Unterschiede zwischen den Bundesländern: In Hessen arbeiten über 21 Prozent der mittelgroßen Kitas ohne vertraglich festgelegte Leitungsressourcen, in Thüringen ist es nur 1 Prozent. Einerseits sind die Rahmenbedingungen für das Leiten deutscher Kitas von Land zu Land sehr unterschiedlich, andererseits steigen bundesweit die Anforderungen seit Jahren. „Leitungskräfte in Kitas sind verantwortlich für die pädagogische Qualität, aber auch für Personal, Budget und Öffentlichkeitsarbeit. Führung ist nötig und braucht Zeit. Kita-Leitungskräfte haben für Führungsaufgaben zu wenig Zeit“, sagt Jörg Dräger, Vorstand der Bertelsmann Stiftung. Wenn Leitungsaufgaben in der Zeit erledigt werden, die für die pädagogische Arbeit mit den Kindern vorgesehen ist, fehlt Zeit für die Betreuung.“ Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe: Zu wenig Zeit für Leitungsaufgaben in Kitas, am 09.06.2016 (<https://www.jugendhilfeportal.de/kindertagesbetreuung/artikel/zu-wenig-zeit-fuer-leitungsaufgaben-in-kitas/>)

### **Themen im AK Leiten-Führen-Organisieren**

- *Arbeits- und Gesundheitsschutz*
- *Zwischen Personalmanagement und Beziehungsarbeit.  
Die Zusammenarbeit in Elterninitiativen*
- *Von der Position zur Rolle und „Zeitmanagement –  
vom Umgang mit knappen Ressourcen“*
- *Stellenbeschreibungen für Leitungen und Fachkräfte –  
notwendige Strukturen für die tägliche KiTa-Organisation*
- *Das Mitarbeitergespräch –  
Wertschätzung und Motivation für Fachkräfte.*
- *Wie gelingt gute Zusammenarbeit von  
Vorstand-Leitung-Fachpersonal?*
- *Leistungsmodelle, Trägermerkmale, Qualitätsstandards ...  
Was passt wo zusammen? Austausch*
- *Kita-Organisationsstrukturen – wo sind Meilen-  
und Stolpersteine? Austausch*
- *Stellenbeschreibungen für MitarbeiterInnen – Inhalt,  
Ausgestaltung und Umsetzung ...*
- *Auswirkungen der Zusammenarbeit von Frauen und Männern  
in der Kita – Erfahrungsaustausch aus Träger- und Leitungssicht*
- *Bewerbungsgespräche führen – die richtigen  
Mitarbeiterinnen finden.*
- *Kinderschutz praktisch – Umgang mit Risikoeinschätzung  
und Gefährdungsbeurteilung.*
- *Partizipation und Beschwerdemanagement –  
die Grundlage guter Zusammenarbeit!*
- *Einblick und Ausblick: welche wichtigen Änderungen  
sind nach Einführung des KiföG nötig?*

Ebenfalls 2011 ruft DAKITS e.V. einen Qualitätszirkel „Selbstverpflichtung in Fortbildungen“ ins Leben, der verschiedene Modelle von Fortbildungen für die Mitgliedseinrichtungen erarbeitet und auf der Mitgliederversammlung 2012 vorstellt. Dabei wird noch einmal betont, dass DAKITS e.V. seine Fortbildungsangebote „strategisch auf die zukünftigen Erfordernisse“ (Arbeiten nach dem hessischen BEP, Bildungsdokumentation usw.) ausrichte und auch „zwischenzeitlich auf dem kurzen Weg für Fragen und mit Informationen zur Verfügung“ stehe.<sup>544</sup> Das Stimmungsbild auf der Mitgliederversammlung ergibt, „dass die Träger ihre Fachkräfte zur Fortbildung schicken. Sie möchten sich jedoch nicht verpflichten, dies bei DAKITS zu tun.“<sup>545</sup> In den folgenden Jahren wird für jeweils ein Jahr ein Fortbildungsflyer entwickelt, der sich an aktuellen Themen, aber auch an den zeitlichen Anforderungen der KiTas orientiert.

An einzelnen großen Themen, die für die Einrichtungen und DAKITS e.V. wichtig geworden sind, kann man die Art der neuen Arbeit gut nachvollziehen. Es sind vor allem der Hessische Bildungs- und Erziehungsplan, das neue Bundeskinder-schutzgesetz, Anforderungen aus dem neuen KiföG wie Partizipation und Qualitätsentwicklung, die DAKITS e.V. in zahlreichen Fortbildungsveranstaltungen und Workshops den Einrichtungen vermittelt und die den Einrichtungen eine erneute Arbeit an veränderten Konzeptionen abverlangt.

## **THEMEN VON DAKITS E.V.**

### *Der Hessische Bildungs- und Erziehungsplan*

Im März 2005 erscheint der Entwurf des hessischen Bildungs- und Erziehungsplans (BEP), mit dem Hessen in Zusammenarbeit mit Bayern eine Vorreiterrolle in Deutschland übernommen hat. Er wurde zunächst „Gegenstand einer öffentlichen Anhörung, bevor er an 120 Standorten eineinhalb Jahre systematisch erprobt wurde. Dieser Erprobung schloss sich eine Phase der Überarbeitung an, die hiermit präsentiert wird“, wie der Projektleiter Prof. Dr. Dr. Dr. Wassilios

---

<sup>544</sup> Protokoll der Mitgliederversammlung vom 12.12.2012

<sup>545</sup> Ebd.

Fthenakis in der Einleitung des BEP schreibt.<sup>546</sup> Er betont, dass damit gesichert werden konnte, „dass an der Entwicklung dieses Plans alle, die für die Kinder des Landes Verantwortung tragen, eingebunden wurden. Dabei war die Praxisperspektive eine zentrale, gleichberechtigte Perspektive am Ko-Konstruktionsprozess der Planentwicklung, die sich als außerordentlich fruchtbar erwies.“<sup>547</sup>

**Der BEP formuliert in drei Teilen seine Vorstellung eines neuen Bildungsverständnisses:**

**In Teil 1: Konsistenz in den Grundlagen** beschreibt er die Grundsätze und Prinzipien, die dem Plan zugrunde liegen. Dazu gehören u.a. die Stärkung der Basiskompetenzen des Kindes und die Wahrnehmung und Respektierung der individuellen Unterschiede und soziokulturellen Vielfalt bei den Kindern.

**In Teil 2: Konsistenz in den Bildungs- und Erziehungszielen** formuliert er fünf Visionen in Bezug auf die Bildungs- und Erziehungsziele, die als zentral für die Bildungsprozesse von Anfang an betrachtet werden können und die als ineinandergreifend verstanden werden sollten:

- starke Kinder
- kommunikationsfreudige und medienkompetente Kinder
- kreative, fantasievolle und künstlerische Kinder
- lernende, forschende und entdeckungsfreudige Kinder
- verantwortungsvoll und wertorientiert handelnde Kinder

Zu jedem Ziel formuliert der BEP in einzelnen Kapiteln sehr praxisnah Bereiche, Aktivitäten und Aufgaben, in denen das jeweilige Ziel trainiert werden kann. Beispiel: In Bezug auf das Ziel „Kommunikationsfreudige und medienkompetente Kinder“ heißt es als Impuls: „Entwicklung der Fähigkeit zum Dialog (z.B. zuhören, auf die Äußerungen von anderen eingehen, Gesprächszeiten von anderen respektieren, sprachbezogene Verhandlungs- und Konfliktlösungsstrategien entwickeln.“ (a.a.O., S. 68)

<sup>546</sup> Bildung von Anfang an. hrsg. vom Hessischen Sozialministerium und Hessischen Kultusministerium. Wiesbaden 2007. S. 11

<sup>547</sup> Ebd.

**Im Teil 3: Konsistenz im Bildungsverlauf und in der Bildungsorganisation** geht er auf die Moderation von Bildungs- und Erziehungsprozessen ein, die Moderierung und Bewältigung von Übergängen (z.B. von der Familie in die Kindertagesstätte, von der Kita in die Schule usw.), schließlich auf Formen der Kooperation und Beteiligung von Kindern, einer Erziehungspartnerschaft mit den Eltern bis zur sozialen Netzwerkarbeit bei Kindeswohlgefährdung. Am Ende betont der BEP die Relevanz fortlaufender Dokumentation und ständiger Reflexion des Beobachteten und der eigenen pädagogischen Haltung. Für die Entwicklung eines Qualitätsmanagements auf Einrichtungsebene gibt der BEP detaillierte „Checklisten“, die eine Vorstellung von den Aufgaben auf Leitungsebene, Personalführung, Konzeptionsentwicklung, Öffentlichkeitsarbeit u.a. vermitteln.

2010 erscheint eine Ergänzung zum BEP: *Kinder in den ersten drei Lebensjahren: Was können sie, was brauchen sie?* Eine Handreichung zum Hessischen Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von 0-10 Jahren, hrsg. vom Hessischen Sozialministerium. Sie gibt eine fundierte Auskunft über die verschiedenen Kompetenzen der Kinder und ihrer Bedeutung für Lernprozesse. In eigens gekennzeichneten Abschnitten werden praxisbezogene Reflexionsfragen gestellt oder einzelne Fachbegriffe auf den pädagogischen Alltag bezogen.

Bezogen sich bislang alle Bildungsaktivitäten auf die Struktur der jeweiligen Bildungsinstitution, ist nun der zentrale Fokus des BEP die Stärkung kindlicher Entwicklung und seiner Lernprozesse. Die Annahme, dass Kindertagesstätten und Grundschulen unterschiedlichen bildungstheoretischen und -philosophischen Grundsätzen folgen sollen, werde hiermit aufgegeben, wie es im Vorwort weiter heißt. Die Kontinuität in den Grundlagen werde erreicht durch die Konzentration auf die kindlichen Kompetenzen und Ressourcen auf unterschiedlichen Entwicklungsniveaus und in unterschiedlichen Lernorten. Das Kind wird von Geburt an „als ein aktives, kompetentes, seinen eigenen Lern- und Entwicklungsprozess ko-konstruierendes Kind, mit Freude am Lernen und mit individuellen Stärken und Schwächen“ gesehen. „Behutsame Übergänge im Bildungsverlauf“ sollen

ermöglicht werden.<sup>548</sup> Alle Lernfelder werden als ineinandergreifend verstanden. Als besondere Aufgabe soll die Gestaltung des Übergangs von den Institutionen, z.B. vom Kindergarten zur Schule, neu entwickelt werden.<sup>549</sup>

Marita Engel schildert, wie sie den Einrichtungen neue Themen wie die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans oder die Forderung nach Partizipation nahebringt. Am Anfang steht zunächst das Eingehen auf eine Haltung, die weit verbreitet ist in den Einrichtungen: Mit jeder neuen gesetzlichen Maßnahme oder Vorschrift erleben die Fachkräfte, dass sie eine weitere Belastung bewältigen müssen. Antje Proetel hat die Erfahrung gemacht, dass es „oft falsche Vorstellungen davon gibt, was man alles machen muss. Um ein Beispiel zu nennen, was wir häufig diskutiert haben: die Vorgaben des BEP seien jetzt was, was die Erzieher zusätzlich machen sollen. Z.B. die Angebotspädagogik, die viele machen, dass sie das andere jetzt sozusagen oben drauf machen sollen. Oder Beobachten sei jetzt etwas, was neu ist. Das ist aber nicht so. Es geht ja um eine Haltung zum Kind, das kann sogar eine Arbeitserleichterung sein.“<sup>550</sup>

Und Marita Engel erläutert: „Wir haben letztens zum BEP das Thema Beobachten bearbeitet und da kam dann die Aussage, da habe ich keine Zeit dazu! Ich mache das dann wirklich von unten aus der Praxis und dann frage ich, wir machen jetzt mal einen gedanklichen Gang durch den Alltag, womit fangen Sie morgens an? Und dann merken sie, dass sie vieles schon tun, man braucht nur ein anderes Wort, wahrnehmen oder sehen. Und dann sagen sie, stimmt, wir beobachten ja immer. Und dann sage ich, stimmt, aber die Ressource für die Dokumentation fehlt. Und da ist es dann Aufgabe der Leitung, mit ihren Fachkräften zu schauen, wo können wir Zeit abknapsen und welche Form von Dokumentation wählen wir. Das sind diese praktischen Dinge, die ich mit ihnen bearbeite. Und dann gehen sie raus und sagen, toll, so wollen wir das. Dass wir Dinge mitnehmen, die wir im Alltag umsetzen können. Z.B. habe ich gesagt, stellt Euch doch in jeden Raum ein Kästchen mit Zetteln und wenn Ihr eine Beobachtung gemacht habt, dann schreibt in drei vier Sätzen auf, was Ihr gesehen habt, mit Datum, Namen vom Kind und Eurem Kürzel. Das kann man später ggf. ausformulieren.“<sup>551</sup>

548 A.a.O., S. 12

549 Vgl. a.a.O., S. 13 ff. ([www.bep.hessen.de](http://www.bep.hessen.de); hier finden sich weitergehende und aktuelle Informationen)

550 Antje Proetel im Interview.

551 Marita Engel im Interview. Sie schildert im Interview, dass das Verfahren des Beobachtens ursprünglich von Margaret Carr in Neuseeland entwickelt wurde. Wie Aden-Grossmann weiter ausführt, griff das DJI diesen Ansatz auf und entwickelte 2004 das Projekt „Lern- und Bildungsgeschichten“, für die Verfahren und Methoden entwickelt wurden, mit denen die Selbstbildungsprozesse von Kindern beobachtet und dokumentiert werden können.

Und wenn in der Einleitung zum BEP formuliert wird, Bildung „vollzieht sich als ko-konstruktiver Prozess und ist gleichzeitig Sinn-Konstruktionsprozess, der zudem kontextuell eingebettet ist“<sup>552</sup>, dann kann man vielleicht nachvollziehen, dass zu Beginn der BEP für die Einrichtungen nicht so wichtig gewesen sei, wie Regine Bogedale noch im Interview sagte. Marita Engel sieht ihre Aufgabe darin, die Inhalte des BEP auf die Ebene der Praxis und des alltäglichen Umgangs mit den Kindern zu übersetzen, nicht nur in Informationsveranstaltungen, sondern auch in Workshops.<sup>553</sup>

„Es geht dann darum, die Interessen der Kinder wahrzunehmen, um das Lernen der Kinder zu sehen und zwar nicht in dem Sinne, ich bringe dem Kind was bei, sondern ich beobachte, welche Strategie hat das Kind, wie lernt es, was ist grade dran bei dem Kind? Was ist grade Thema? Mein Ansatz ist: Ihr habt ca. 5.000 Wahrnehmungen am Tag. Schaut doch mal, was berührt Euch bei dem Kind, was begeistert Euch. Da ist immer der ressourcenorientierte Ansatz und auch der Dialog mit dem Kind. Da müssen viele Fachkräfte noch hinkommen. Die sind oft noch defizitorientiert. Die gucken einmal vor dem Entwicklungsgespräch: was kann das Kind noch nicht. Davon wollen wir wegkommen. Alle BEPs gehen in diesen Ansatz: Ressourcen, Partizipation, Dialog ist wichtig. Und dann sagen die, ich habe das in der Schule ganz anders gelernt, du hast mir da jetzt eine Leichtigkeit gegeben. Das mit dem Herzen zu sehen oder mich begeistert zu fühlen und solche Sachen.“<sup>554</sup>

Antje Proetel fasst zusammen: „Wir haben ja ganz viele Einrichtungen, die noch mit Herzblut arbeiten. Wo die Eltern das auch wertschätzen, weil die das auch so wollen, weil sie ihre Kinder intensiver betreut sehen, liebevoller, auch mit mehr Inhalten als in anderen Einrichtungen. Aber es geht auch darum, diesen tollen Inhalten auch eine Struktur zu geben, nicht im Sinne eines Korsetts, sondern im Sinne einer Erleichterung für alle Beteiligten und im Sinne einer professionelleren Abrufbarkeit, einer Regelmäßigkeit, einer Selbstverständlichkeit.“ Und Marita Engel fügt hinzu: „In einer Art Wissensmanagement, dass das vorhanden ist und abgerufen werden kann.“

---

(vgl. W.Aden-Grossmann, a.a.O., S. 207 und Leu, H.R. u.a., Bildungs- und Lerngeschichten. Weimar/Berlin 2007)

552 Bildung von Anfang an, a.a.O., S. 9. Wer den BEP dann weiterliest, stößt auf sehr praxisnahe Impulse.

553 So heißt es im Bericht von Marita Engel auf der Mitgliederversammlung am 09.04.2014 über die Fachberatung im Jahre 2013: „Die Arbeitstreffen für pädagogische Fachkräfte und Leitungen sind gezielt zu den Themen BEP und KiföG gestaltet und durchgeführt worden. Die Beteiligung war außergewöhnlich hoch.“

554 Marita Engel im Interview

Dennoch werden solche Veranstaltungen anfangs schlecht angenommen. Ein Grund ist vermutlich der Zeitpunkt. Daraus hat DAKITS e.V. gelernt: „Wir gucken immer, wann bieten wir überhaupt was an, wir gucken im Jahresverlauf, wann ist es eine relativ günstige Zeit, also dass sie nicht in Weihnachtsvorbereitungen stecken usw. oder in den Abschiedsfeiern stecken usw. Dann machen wir kein Fortbildungsangebot mehr.“<sup>555</sup> „Trotzdem sind wir manchmal verzweifelt, dass, obwohl wir uns da solche Gedanken machen, manche immer noch nicht kommen. Was sicher auch damit zu tun hat, dass es eine Flut von Anforderungen gibt und dass dann Dinge gemacht werden, die unbedingt gemacht werden müssen.“<sup>556</sup>

Aber bereits im Oktober 2013 sind nach Mitteilung von DAKITS e.V. alle Arbeitskreise ausgebucht. „1. AK „Arbeiten mit dem Bildungs- und Erziehungsplan“ war erfolgreich, er hatte den Fachkräften neben kompakten Informationen sofort einsetzbare Praxismaterialien offeriert. 2.+3. AK sind komplett ausgebucht, 4. wird für 2014 angeboten.“<sup>557</sup>

Im Info-Brief vom Februar 2014 werden die Einrichtungen auf die Qualitätszuschale bis zu 100 Euro pro Kind und Jahr gemäß § 32 Abs. 3 HKJGB (Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch vom Mai 2013) aufmerksam gemacht. Im Rundbrief schreibt Marita Engel, dass erneut seit Oktober in der Geschäftsstelle Arbeitskreise zum BEP angeboten werden. „Mittlerweile haben, bis auf wenige Mitglieder, alle Häuser an dieser Veranstaltung teilgenommen.“<sup>558</sup> Sie schreibt weiter: „Die Mitarbeiterinnen des Dachverbandes haben eine dreitägige Fortbildung des Hess. Sozialministeriums absolviert, um die Qualifizierung zu erhalten und fühlen sich gut gerüstet, um die kontinuierliche Beratung und Begleitung durchzuführen.“<sup>559</sup>

Die Gewährung einer Qualitätszuschale von 100 Euro pro Kind wirkt zum einen motivierend, Anforderungen des BEP umzusetzen, sie ist zugleich „eine Art verpflichtender Kontext“, den DAKITS und seine Mitgliedseinrichtungen eingehen. Denn auch DAKITS bekommt pro Einrichtung und Jahr 100 Euro. „Das Land kommt dann nach zwei Jahren und will wissen, was DAKITS an Beratung schwerpunktmäßig gemacht hat. Und die Einrichtungen müssen dokumentieren, was sie

---

555 Ebd.

556 Antje Proetel im Interview

557 Info-Brief vom Oktober 2013

558 Info-Brief vom Februar 2014. Diese Informationsveranstaltungen hatte DAKITS e.V. bereits im Jahr 2007 angeboten.

559 Ebd.

gemacht haben.“<sup>560</sup> Für den Erhalt der Qualitätspauschale muss jede Einrichtung eine schriftliche Konzeption vorweisen mit einem „deutlich roten Faden des BEP“, eine Bescheinigung des Beratungsverhältnisses mit DAKITS und/oder eine Teilnahmebescheinigung an geeigneten Fortbildungen der Fachkräfte.<sup>561</sup>

So kann DAKITS im April 2014 berichten, dass „alle unsere Mitgliedseinrichtungen (...) die Vereinbarung zur kontinuierlichen Beratung und Begleitung nach dem Bildungsplan und zur Sicherung Ihrer Qualitätspauschale mit uns geschlossen (haben). Nun arbeiten wir an einem Konzept, wie die Arbeit praktisch aussehen wird. Sicher ist, dass wir zukünftig den ‘Arbeitskreis BEP’ für Leitungen und pädagogischen Fachkräfte weiterführen werden. Kontinuierliche Beratung bedeutet, dass wir uns mindestens dreimal im Jahr zu Themen aus dem Bereich BEP in Verbindung mit Konzeptionsarbeit treffen.“<sup>562</sup>

Im Dezember-Info-Brief 2014 fasst Marita Engel die Arbeit mit dem BEP zusammen. „Eingeladen hatte ich zu drei Blöcken mit je drei Terminen zur inhaltlichen Arbeit nach dem Bildungs- und Erziehungsplan. Ermutigt wurden die Fachkräfte, ihr Selbstverständnis der pädagogischen Arbeit, ihr Bild vom Kind, das Verständnis von Bildung sowie ihre Haltung in der aktuellen Arbeit zu reflektieren. Inspiriert haben sich die Teilnehmenden in den Gruppen durch ihre Beiträge aus dem Kita-Alltag und ihrer eigenen Praxis. Die Rückmeldungen der Teilnehmenden aus den Arbeitskreisen waren durchweg positiv und zeigten, dass Anregungen mit in die Kitas getragen und in den Teams über die Umsetzung diskutiert worden ist. Aus meiner Sicht: ‘Ziel erreicht’! Eine Teilnehmerquote 24 von 31 Kita-Trägern ist für das „Modellprojekt“ aus meiner Sicht eine sehr gute! (...) Die Arbeit mit dem Bildungsplan, so ist das Fazit, soll weder den Beteiligten ein Korsett anlegen noch alles Bewährte in Frage stellen. Wir filtern für die Arbeit in den Einrichtungen die bedeutsamen und sinngebenden Themen heraus und bereiten sie für den Transfer in die Praxis auf.“<sup>563</sup>

In den Sitzungen der regelmäßig tagenden Erzieherinnentreffen, die seit Juni 2010 AK pädagogische Fachkräfte heißen, nimmt das BEP einen großen Raum ein, wie man aus den Einladungen sehen kann. Zudem werden Fortbildungsver-

---

560 Marita Engel im Interview

561 Vgl. Info-Brief vom Juli 2014. Statt der Fortbildung der Fachkräfte kann auch eine Erklärung gegeben werden, dass die Einrichtung durch entsprechend qualifizierte Fachberatung kontinuierlich zum BEP geraten und begleitet wird. (vgl. Info-Brief vom Februar 2014)

562 Marita Engel im Info-Brief vom April 2014

563 Marita Engel im Info-Brief vom Dezember 2014

anstaltungen mit externen ReferentInnen angeboten. Exemplarisch sei die Aussage einer Fachkraft aus den Interviews angeführt: „Die Erziehertreffen waren für mich ganz wichtig, dieser Austausch untereinander über Fragen, die aufgetaucht waren so bei jedem. Diese regelmäßigen Erziehertreffen reihum in den Einrichtungen, wo man mal geguckt hat, wie sieht es woanders aus, wie machen die das. Dass man nicht so auf seiner kleinen Insel blieb.“<sup>564</sup>

### **Einladung zu Erzieherinnentreffen (ab Juni 2010 AK pädagogische Fachkräfte)**

- „Kooperation zwischen Kindertageseinrichtung und Grundschule.“
- Kriterien zur Vergabe zusätzlicher Personalkostenzuschüsse nach BEP
- Kritische Stellungnahme des Fachausschusses  
„Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege“  
des Landesjugendhilfeausschusses zum BEP
- zum BEP und den Qualifizierungsangeboten des Afw (Elisabethstift)  
für die Managementebene, Leitungen und Fachberatungen
- Liga-Kampagne „Entdecker voraus“, mit der sie auf die notwendigen  
Standards in den Kitas aufmerksam machen will.
- „Wie lernen Kinder sprechen? Gestörter und ungestörter  
Spracherwerb – Ursachen und Fördermöglichkeiten“,  
Referentin: Dorothea Brode
- „Weniger ist mehr - Kollegialer Austausch zum Hessischen  
Bildungsplan und seiner praktischen Umsetzung.“
- „Eingewöhnung und Bindung –  
wie Theorie und Praxis zusammenpasst“
- „Kindliche Verhaltensmuster entdecken.“
- „Elterntutorin, TalentförderIn, LebensberaterIn,  
KrisenmanagerIn – pädag. Fachkräfte in neuen Aufgabenfeldern?“

<sup>564</sup> Friederike Wagner von den Kleinen Knilchen im Interview

**Fortbildungen/Fortbildungsreihen:**

- 2-tägige Fortbildungsveranstaltung von DAKITS e.V. zur pädagogischen Arbeit mit Kindern unter 3 Jahren.
- Info-Abend zum Hessischen Bildungs- und Erziehungsplan
- „Module der DAKITS e.V.-Fortbildungsreihe U-Dreijährige“: Auftaktveranstaltung mit dem Thema: „Übergänge und Anfänge für Eltern in der Krabbelstube gestalten/Eingewöhnung der Jüngsten – wie sie gelingt.“
- „Die Körpersprache der Kleinsten verstehen/Entwicklungsbeobachtung und Dokumentation in der Krippe“ mit Brigitte Wernicke-Knatz.
- „Qualität für die Jüngsten“ – Fortbildungsreihe für pädagogisches Fachpersonal mit U-dreijährigen Kindern
- „Elterngespräche führen-Erziehungspartnerschaften gestalten“ mit Anette Springmeier
- Frühe Sprachförderung in der Kita I und II
- Elterngespräche führen – Erziehungspartnerschaften gestalten
- Einführung in die Portfolioarbeit mit Krippenkindern
- Zusammen mit dem Ife-Institut bietet DAKITS eine 3-tägige Fortbildung für Fachkräfte an, die Verbindung zwischen der ästhetischen Bildungsarbeit mit den Kindern im Kita-Alltag und der Documentakunst erleben lässt.
- Trägerübergreifender Fachtag:  
Referentin Dr. Renate Zimmer zu „Bildung und Bewegung“
- „Jungen ticken anders“
- 5-teilige Beratungsreihe: „Umgang mit schwierigen Kindern“
- Fortbildung „Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen“ mit D. Brode

## Das Bundeskinderschutzgesetz

Während der § 8a SGB VIII, der den Schutzauftrag der Jugendhilfe regelt, im Rahmen einer Novellierung des KJHG (KICK) bereits 2005 eingefügt wurde, wurde sieben Jahre später mit dem Bundeskinderschutzgesetz ein eigenes Gesetz geschaffen, das „Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen“. Es tritt am 1. Januar 2012 in Kraft. „Das Gesetz steht für umfassende Verbesserungen im Kinderschutz in Deutschland“, heißt es auf der Internetseite des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. „Es bringt Prävention und Intervention im Kinderschutz gleichermaßen voran und stärkt alle Akteure, die sich für das Wohlergehen von Kindern engagieren – angefangen bei den Eltern, über den Kinderarzt oder die Hebamme bis hin zum Jugendamt oder Familiengericht.“<sup>565</sup> Im Artikel 2 nimmt er eine Änderung des § 8a SGB VIII vor.

### Eckpfeiler des Bundeskinderschutzgesetzes sind:

- Aktiver Schutz durch Frühe Hilfen und verlässliche Netzwerke
- Aktiver Kinderschutz durch mehr Handlungs- und Rechtssicherheit
- Aktiver Schutz durch verbindliche Standards
- Aktiver Schutz durch belastbare statistische Daten<sup>566</sup>

Seit Januar 2011 bietet DAKITS e.V. seinen Mitgliedseinrichtungen eine Beratung nach dem Kinderschutzgesetz an. Marita Engel hatte inzwischen das Zertifikat ‚Kinderschutzfachkraft nach § 8a SGB VIII‘ erworben. Ab sofort steht den Einrichtungen das Beratungs-Angebot unentgeltlich zur Verfügung. Zudem werden in den nächsten Monaten für die pädagogischen Fachkräfte Arbeitstreffen zum Thema Kinderschutz angeboten. 2014 schließt auch Antje Proetel diese Weiterbildung erfolgreich ab, damit sich die DAKITS-Hauptamtlichen in der Kinderschutzberatung vertreten und gegenseitig beraten können. Im Interview betonen beide: „D.h. die können uns jederzeit anrufen aus den Einrichtungen und ihre Fragen stellen und wir schätzen das gemeinsam ein, gehen in die Häuser und sprechen mit den Teams usw. Und das nehmen sie auch langsam wahr und nehmen das auch in Anspruch.“

<sup>565</sup> <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/kinder-und-jugend,did=119832.html>

<sup>566</sup> <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung5/Pdf-Anlagen/bundeskinderschutzgesetz-in-kuerze,propertyp=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>

### **§ 8a SGB VIII – Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung (Auszug) (2005)**

(1) Werden dem Jugendamt gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen bekannt, so hat es das Gefährdungsrisiko im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte abzuschätzen. Dabei sind die Personensorgeberechtigten sowie das Kind oder der Jugendliche einzubeziehen, soweit hierdurch der wirksame Schutz des Kindes oder des Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird. Hält das Jugendamt zur Abwendung der Gefährdung die Gewährung von Hilfen für geeignet und notwendig, so hat es diese den Personensorgeberechtigten oder den Erziehungsberechtigten anzubieten.

(2) In Vereinbarungen mit den Trägern von Einrichtungen und Diensten, die Leistungen nach diesem Buch erbringen, ist sicherzustellen, dass deren Fachkräfte den Schutzauftrag nach Absatz 1 in entsprechender Weise wahrnehmen und bei der Abschätzung des Gefährdungsrisikos eine insoweit erfahrene Fachkraft hinzuziehen. Insbesondere ist die Verpflichtung aufzunehmen, dass die Fachkräfte bei den Personensorgeberechtigten oder den Erziehungsberechtigten auf die Inanspruchnahme von Hilfen hinwirken, wenn sie diese für erforderlich halten und das Jugendamt informieren, falls die angenommenen Hilfen nicht ausreichend erscheinen, um die Gefährdung abzuwenden.

### **§ 72a SGB VIII – Persönliche Eignung**

Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen hinsichtlich der persönlichen Eignung im Sinn des § 72 Abs. 1 insbesondere sicherstellen, dass sie keine Personen beschäftigen oder vermitteln, die rechtskräftig wegen einer Straftat nach den §§ 171, 174 bis 174c, 176 bis 181a, 182 bis 184e oder 225 des Strafgesetzbuches verurteilt worden sind. Zu diesem Zweck sollen sie sich bei der Einstellung und in regelmäßigen Abständen von den zu beschäftigenden Personen ein Führungszeugnis nach § 30 Abs. 5 des Bundeszentralregistergesetzes vorlegen lassen. Durch Vereinbarungen mit den Trägern von Einrichtungen und Diensten sollen die Träger der öffentlichen Jugendhilfe auch sicherstellen, dass diese keine Personen nach Satz 1 beschäftigen.

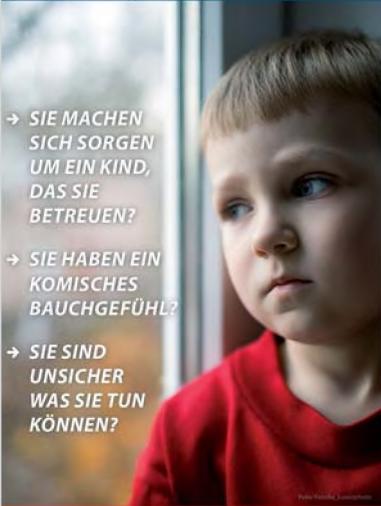
Der Landkreis Kassel schließt in der Folgezeit eine Leistungsvereinbarung in Bezug auf eine § 8a-Beratung mit DAKITS e.V. ab. „Da bekommt DAKITS die tatsächlich geleistete Beratung honoriert und eine kleine Bereitstellungspauschale. Das wird nur von Antje Proetel außerhalb ihrer Arbeitszeit gemacht, also zusätzlich.“<sup>567</sup> Zugleich gründet Marita Engel das trägerübergreifende Netzwerk Kinderschutzfachkräfte nach § 8a, das dem Austausch, der kollegialen Beratung und anonymisierter Fallbesprechungen dient. „Es hat sich inzwischen etabliert. Sie treffen sich zweimal im Jahr. Aus der Stadt werden die neuesten Entwicklungen mitgebracht. Und wir laden auch mal einen Fachmann ein, z.B. den Leiter des ASD, der hat uns dann Rede und Antwort gestanden. Das ist ein gutes Netzwerk. Davon profitieren wir alle.“<sup>568</sup>

Im Info-Brief vom Dezember 2011 berichtet Marita Engel ausführlich über das Netzwerk. DAKITS, Stadt Kassel, GFKS und Leitung der Kita Zierenbergerstraße, VertreterInnen von Caritas und AWO Nordhessen, KAFA und Diakonie nehmen inzwischen teil.<sup>569</sup>

Schnell nimmt DAKITS auf diesem Feld eine Vorreiterposition ein, wie die Mitgliedseinrichtungen weiter aus dem Info-Brief erfahren. „Ein wichtiges Thema war die Umsetzung des neuen Bundeskinderschutzgesetzes. Hier wurde deutlich, dass DAKITS mit der Vereinbarung für seine Mitglieder eine absolute Vorreiterposition eingenommen hat. Die Vereinfachung des Flussdiagramms, das angepasste Konzept und die getroffene Vereinbarung bieten Sicherheit und eine gute Übertragbarkeit in die Praxis. Unsere Konzeptidee wird in die Netzwerkarbeit der Arbeits-

## INSOWEIT ERFAHRENE FACHKRAFT – ISEF

gemäß §8a SGB VIII



- SIE MACHEN SICH SORGEN UM EIN KIND, DAS SIE BETREUEN?
- SIE HABEN EIN KOMISCHES BAUCHGEFÜHL?
- SIE SIND UNSICHER WAS SIE TUN KÖNNEN?

HOLEN SIE SICH UNTERSTÜTZUNG:



**Landkreis  
Kassel**



<sup>567</sup> Marita Engel im Interview. Ralf Bialke, Geschäftsführer der Kleinen Stromer, verlässt DAKITS mit seinen 15 Gruppen. Er nimmt aber die § 8a-Beratung von DAKITS „gegen einen kleinen Obolus“ weiterhin in Anspruch.

<sup>568</sup> Antje Proetel im Interview

<sup>569</sup> Info-Brief vom Dezember 2011

gruppe Kinderschutz Nordhessen einfließen, an der Frau Engel auf Einladung des Jugendamtes teilnimmt.“<sup>570</sup>

Hier wird der standardisierte Ablaufplan für den Fall eines Verdachts auf Kindeswohlgefährdung angesprochen, den seit 2012 jede Mitgliedseinrichtung hat. „Marita Engel hat im Rahmen ihrer Ausbildung als insoweit erfahrene Fachkraft für jede Einrichtung ein Kinderschutzkonzept und einen Ablaufplan erstellt. Das ist inzwischen Pflicht und ist Teil des Vertrages, der wiederum die Betriebskostenzuschüsse regelt. D.h. die Einrichtungen sind in der komfortablen Situation, dafür keine zusätzlichen Kosten aufwenden zu müssen.“<sup>571</sup>

DAKITS ist nicht nur mit seinen Ablaufplänen beispielgebend. „Wir sind da federführend, was das ganze Thema betrifft. Wir haben viel angestoßen, was andere Träger dann von uns übernommen haben. Und auch für die Kindertagespflegepersonen, die das bis jetzt nicht in Anspruch nehmen, da arbeiten wir dran. Und für die Ortsjugendarbeit. Für sie alle mache ich diese Kinderschutzarbeit. Und wir haben das unseren Einrichtungen sehr schmackhaft gemacht, dass es sich lohnt, weil es immer wieder neue Erkenntnisse gibt. Wir bieten unseren Einrichtungen immer wieder in 1 ½ stündigen Kursen was an, in denen sie die neuesten Entwicklungen sehen können. In Form einer freiwilligen Selbstverpflichtung: was braucht Ihr, um das vernünftig zu machen? Das machen wir viermal im Jahr. Nächstes Jahr geht’s dann um Sexualpädagogik – wie kann man ein Konzept erstellen, damit die Einrichtungen ihr sexualpädagogisches Konzept selbst erstellen können. Wir können im Grunde jede Fachkraft einmal im Jahr schulen. Machen noch nicht alle, aber viele.“<sup>572</sup>

Antje Proetel erläutert im Interview am Beispiel des Kinderschutzgesetzes, warum „Struktur“ im Sinne einer Abrufbarkeit so wichtig ist. „In der Elterninitiative arbeiten Fachkräfte, die von den Vorständen angestellt sind, die sind selbst auch Eltern. Die Träger müssen ja bei einer Beobachtung von Kindeswohlgefährdung involviert werden. Was ist aber, wenn die selbst auch beteiligt sind? Das ist ja eine Konstruktion, die es in anderen Einrichtungen, z.B. bei den kommunalen Einrichtungen, nicht gibt. Und da haben wir in unserem Ablaufschema einen extra Passus eingearbeitet, dass sich Betroffene auch an uns wenden können. Denen auch eine Möglichkeit gegeben, wo sie sich hinwenden können.“

---

570 Info-Brief vom Juni 2012. DAKITS wirkt außerdem im Präventionsrat bei der Erstellung der Broschüre zum Thema häusliche Gewalt mit. Vgl. Protokoll der MV vom 09.04.2014

571 Antje Proetel im Interview

572 Ebd.

### **Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen (Bundeskinderschutzgesetz - BKiSchG)**

*Frühe Hilfen werden zu einem Basisangebot der Kinder- und Jugendhilfe. Es soll aktiv auf (werdende) Eltern zugegangen werden, um sie über Unterstützungsangebote zu informieren. „Alle wichtigen Akteure im Kinderschutz, wie Jugendämter, Schulen, Gesundheitsämter, Krankenhäuser, Schwangerschaftsberatungsstellen, Ärztinnen u. Ärzte und Polizei, werden in einem Netzwerk Frühe Hilfen zusammengeführt, damit Hilfen für Familien rund um die Geburt eines Kindes gut aufeinander abgestimmt werden. (...)*

*Einrichtungen, in denen Kinder oder Jugendliche betreut werden, erhalten nur eine Betriebserlaubnis, wenn sichergestellt ist, dass das Personal erweiterte Führungszeugnisse vorlegt und geeignete Beteiligungs- und Beschwerdeverfahren für Kinder und Jugendliche in den Einrichtungen zur Anwendung kommen.*

*Einrichtungen haben einen Anspruch auf fachliche Begleitung in Kinderschutzfragen. Dabei geht es vor allem um Beratung zur Prävention und zu Schutzkonzepten. Aber auch bei konkreten Verdachtsfällen kann das Personal – wie alle Personen, die beruflich in Kontakt mit Kindern oder Jugendlichen stehen, die fachliche Expertise einer im Kinderschutz erfahrenen Fachkraft abrufen.*

*Das Bundeskinderschutzgesetz erhöht die Verbindlichkeit fachlicher Standards der Kinder- und Jugendhilfe. So wird eine kontinuierliche Qualitätsentwicklung und -sicherung für alle Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe gesetzlich festgeschrieben, so dass Standards wie z.B. Leitlinien zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen oder zur Prävention von Machtmissbrauch in Einrichtungen weiterentwickelt, angewendet und auch regelmäßig überprüft werden müssen.*

*Die Anforderungen im Hinblick auf die Qualitätsentwicklung und -sicherung in der Kinder- und Jugendhilfe werden mit öffentlicher Förderung und Finanzierung freier Träger verknüpft: Einrichtungen erhalten auch nur dann eine Betriebserlaubnis, wenn sie ein Konzept zur Qualitätsentwicklung und -sicherung und damit zur Einhaltung fachlicher Standards vorlegen. (...)*

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/kinder-und-jugend.did=119&32.html>

DAKITS kann anfangs „nur wenig Beratungen vorweisen“.<sup>573</sup> „Das hat natürlich damit zu tun, wie dieses Angebot kommuniziert wird und welche Haltung man dazu hat. Ob man das als etwas Defizitäres empfindet, wenn man da anrufen muss oder ob man das als Profi nach einem Ablauf macht und auch sich damit entlastet. Man kann sagen, die Beratungen nehmen in dem Maße zu, wie die pädagogischen Fachkräfte sich professionalisieren. Denn auch da geht es um Beobachten und Wahrnehmen und Dokumentieren. Es nützt ja nichts, so lange wie möglich wegzuschauen, weil es unangenehm ist, sich damit zu befassen. Und wenn ich sowieso genau beobachte, dann sehe ich auch schneller, dass da etwas nicht stimmt. Und da gibt es denn eben die Form, das erst mit der Kollegin zu besprechen, es zu dokumentieren, dann die insoweit erfahrene Fachkraft einzuschalten usw.“<sup>574</sup>

Über die Anzahl der Beratungen gibt DAKITS keine Auskunft, d.h. auch die Mitgliedseinrichtungen kennen sie nicht. „Bei den Fällen, wo ein Verdachtsmoment so stark ist, dass ein Verfahren eingeleitet wird, wird der ASD des Jugendamtes eingeleitet. Sonst wissen die nichts von der Anzahl unserer Beratungen.“<sup>575</sup>



<sup>573</sup> Vgl. Info-Brief vom Dezember 2010. In der trägerübergreifenden AG Kita - Steuerung und Planung wurden die Beratungsfälle abgefragt. Die Stadt habe zu diesem Zeitpunkt schon lange eine Psychologin gehabt, die die Beratungen durchgeführt und eine Statistik angelegt hatte. Von den freien Trägern seien eine „Handvoll“ Fälle von Kindeswohlgefährdung gemeldet worden, in der Stadt habe es 150 Fälle gegeben.

<sup>574</sup> Antje Proetel im Interview

<sup>575</sup> Ebd.

**§ 8a SGB VIII wird wie folgt geändert:**

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird das Wort „abzuschätzen“, durch das Wort „einzuschätzen“ ersetzt.

bb) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Soweit der wirksame Schutz dieses Kindes oder dieses Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird, hat das Jugendamt die Erziehungsberechtigten sowie das Kind oder den Jugendlichen in die Gefährdungseinschätzung einzubeziehen und, sofern dies nach fachlicher Einschätzung erforderlich ist, sich dabei einen unmittelbaren Eindruck von dem Kind und von seiner persönlichen Umgebung zu verschaffen.“

cc) In Satz 3 werden die Wörter „den Personenberechtigten oder“ gestrichen.

b) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 4 und wie folgt gefasst:

„(4) In Vereinbarungen mit den Trägern von Einrichtungen und Diensten, die Leistungen nach diesem Buch erbringen, ist sicherzustellen, dass

1. deren Fachkräfte bei Bekanntwerden gewichtiger Anhaltspunkte für die Gefährdung eines von ihnen betreuten Kindes oder Jugendlichen eine Gefährdungseinschätzung vornehmen,
2. bei der Gefährdungseinschätzung eine insoweit erfahrene Fachkraft beratend hinzugezogen wird sowie
3. die Erziehungsberechtigten sowie das Kind oder der Jugendliche in die Gefährdungseinschätzung einbezogen werden, soweit hierdurch der wirksame Schutz des Kindes oder Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird.

In die Vereinbarung ist neben den Kriterien für die Qualifikation der beratend hinzuzuziehenden insoweit erfahrenen Fachkraft insbesondere die Verpflichtung aufzunehmen, dass die Fachkräfte der Träger bei den Erziehungsberechtigten auf die Inanspruchnahme von Hilfen hinwirken, wenn sie diese für erforderlich halten, und das Jugendamt informieren, falls die Gefährdung nicht anders abgewendet werden kann.“

c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2 und in Satz 1 werden die Wörter „die Personensorgeberechtigten oder“ gestrichen

d) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 3 und in Satz 1 werden die Wörter „die Personensorgeberechtigten oder“ gestrichen.

e) Nach Absatz 4 wird folgender Absatz 5 angefügt:

*„(5) Werden einem örtlichen Träger gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder eines Jugendlichen bekannt, so sind dem für die Gewährung von Leistungen zuständigen örtlichen Träger die Daten mitzuteilen, deren Kenntnis zur Wahrnehmung des Schutzauftrags bei Kindeswohlgefährdung nach § 8a erforderlich ist. Die Mitteilung soll im Rahmen eines Gespräches zwischen den Fachkräften der beiden örtlichen Träger erfolgen, an dem die Personensorgeberechtigten sowie das Kind oder der Jugendliche beteiligt werden sollen, soweit hierdurch der wirksame Schutz des Kindes oder des Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird.“*

**5. Nach § 8a wird folgender § 8b eingefügt:**

*„§ 8b Fachliche Beratung und Begleitung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen*

*(1) Personen, die beruflich in Kontakt mit Kindern oder Jugendlichen stehen, haben bei der Einschätzung einer Kindeswohlgefährdung im Einzelfall gegenüber dem örtlichen Träger der Jugendhilfe Anspruch auf Beratung durch eine insoweit erfahrene Fachkraft.*

*(2) Träger von Einrichtungen, in denen sich Kinder oder Jugendliche ganztägig oder für einen Teil des Tages aufhalten oder in denen sie Unterkunft erhalten, und die zuständigen Leistungsträger, haben gegenüber dem überörtlichen Träger der Jugendhilfe Anspruch auf Beratung bei der Entwicklung und Anwendung fachlicher Handlungsleitlinien*

- 1. zur Sicherung des Kindeswohls und zum Schutz vor Gewalt sowie*
- 2. zu Verfahren der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an strukturellen Entscheidungen in der Einrichtung sowie zu Beschwerdeverfahren in persönlichen Angelegenheiten.“*

*(<http://www.buzer.de/gesetz/10033/>)*

## Neue Anforderungen an Konzeptions- und Qualitätsentwicklung

Mit den neuen Rahmenbetriebserlaubnissen müssen die Einrichtungen neue Konzeptionen vorlegen, in die der Kinderschutzaufrag und die Anforderungen des neuen KiföG eingearbeitet werden müssen. Das Bundeskinderschutzgesetz stellt an die Einrichtungen verschiedene Anforderungen nach § 45 SGB VIII, die die Neufassung der Konzeption als Voraussetzung für die Betriebserlaubnis einer Einrichtung betreffen. Sie werden den Mitgliedseinrichtungen von DAKITS e.V. im Rundbrief vom Mai 2013 mitgeteilt.

Zum einen muss eine Konzeption nun „Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung und -sicherung“ enthalten. Es sollen Methoden dargestellt werden, die in der Kindertageseinrichtung Anwendung finden. Dazu zählt DAKITS die Überarbeitung und Weiterentwicklung der Konzeption im regelmäßigen Turnus. Als Methode kann hier der Qualitätszirkel gewählt werden, in dem sich die Fachkräfte regelmäßig zu einzelnen Unterthemen (nicht nur der Konzeption) treffen. Auch ein Klausurtag oder pädagogischer Tag ist eine geeignete Methode zur Qualitätsentwicklung und -sicherung.“ DAKITS e.V. richtet in der Folgezeit die „AG Qualität“ ein.

- Zum anderen müssen „Verfahren zur Möglichkeit der Beschwerde“ Anwendung finden. Marita Engel legt den Einrichtungen nahe, Beschwerden nicht als Kritik, sondern als „Ausdruck einer nicht erfüllten Erwartung zu betrachten. Durch Offenheit für Beschwerden kann man Informationen über die wahrgenommene Betreuungsqualität erhalten. Beschwerden können also auch als Chancen verstanden werden. In die Einrichtungskonzeption gehört bspw. eine Darstellung des Ablaufs, wie in der Kita mit Beschwerden umgegangen wird, um eine Zufriedenheit der Beteiligten herzustellen. Gibt es ein bewährtes Verfahren? Wer trägt Verantwortung? Wer steht als Ansprechpartner bereit, wie kann der Elternbeirat mitwirken, was wird zur Bearbeitung der Beschwerde getan?“<sup>576</sup>
- Weiterhin müssen die „Sicherung der Rechte der Kinder und Anwendung geeigneter Beteiligungsverfahren“ (Partizipation) in die Konzeption aufgenommen werden. „Partizipation ist ein unentbehrlicher Bestandteil pädagogischer Praxis als Hinführung zur Meinungsbildung und Mitgestaltung der kindlichen Lebenswelt. In die Einrichtungskonzeption gehören demnach altersgerechte Konzepte, die Kindern ein Mitwirken und die

<sup>576</sup> Info-Brief vom Mai 2013

Beteiligung an Entscheidungen ermöglicht. Hierzu gehören bspw. Kinderkonferenzen, Gesprächskreise zur Ideenfindung, Prozessbeteiligung an Umgestaltung der Räume usw. Selbst Krippenkinder können in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Sie können altersbezogen bspw. wählen, ob sie stehend oder liegend gewickelt werden wollen. Sie können mitentscheiden, wann sie schlafen wollen usw. Unvermeidbar bei den aufgeführten Punkten sind der Dialog zwischen den Beteiligten und eine gemeinsame Haltung des Aufeinanderzugehens.<sup>577</sup>

Während es also in den Anfangsjahren von DAKITS e.V. darum ging, überhaupt eine Konzeption aufzuschreiben, geht es inzwischen darum, die Konzeption an vielen gesetzlichen Vorgaben und Bestimmungen zu orientieren und sie einzuarbeiten. „Da haben wir nochmal ganz viel Konzeptionsarbeit geleistet“, berichten die beiden Hauptamtlichen von DAKITS. Wichtig ist ihnen zu betonen, dass sie bei allen Vorgaben immer „darauf geachtet haben, dass das eigentliche Herzstück, die Eigenarten der Einrichtungen, nicht verloren gegangen ist. Also dass z.B. der kleine Kindergarten Riedwiesen, der anthroposophisch ausgerichtet ist, all die Anforderungen in seiner Konzeption hat, aber in seiner Ausrichtung so bleibt. Und da wurde auch klar gesagt, achtet darauf, dass die Konzeptionen nicht von Fachleuten gelesen werden, sondern von Verwaltungsleuten, die suchen nach Begriffen wie Beteiligung usw. Das muss zu finden sein.“<sup>578</sup>

DAKITS gibt den Mitgliedseinrichtungen im Rundbrief vom Februar 2010 eine formale Orientierungshilfe für den Aufbau einer Konzeption. „Nach dem Motto ‚alles kann, nichts muss‘ soll er dazu dienen, eine Auswahl für die einrichtungsspezifische ‚Visitenkarte‘ zu erstellen. (...) Die Konzeption ist das „Aushängeschild“ der Einrichtung und gibt den interessierten Leser/innen Auskunft über wesentliche Inhalte und Zusammenhänge der täglichen pädagogischen Arbeit in der Kindertageseinrichtung. (...)“

Die Konzeption spiegelt die Realität wider und verzichtet auf bloße Absichtserklärungen. Jede Konzeption ist individuell und trifft in ihren Besonderheiten nur für diese spezielle Einrichtung zu, um ihr Profil zu verdeutlichen und unverwechselbar mit anderen Einrichtungen zu sein. Die Aussagen der Konzeption sind für alle Mitarbeitenden verbindlich. Der folgende Leitfaden zur Konzeptionserar-

---

577 Ebd.

578 Interview mit Antje Proetel und Marita Engel

beitung soll anregend und beispielgebend sein, weil jede Kindertageseinrichtung individuell in die Ausgestaltung der Inhalte handhaben soll.

### **Mögliche Inhalte einer Konzeption können sein:**

- Vorwort
- Auftrag der Kindertageseinrichtung (nach dem Hessischen KJHG und BEP)
- Pädagogischer Ansatz und besondere Schwerpunkte
- Rahmenbedingungen (Personalschlüssel, Öffnungszeiten, Trägerschaft...)
- Geschichte der Kindertageseinrichtung (von wem gegründet, aus welchem Bedarf)
- Beispielhafter Tagesablauf
- Bedeutung und Stellenwert des Spiels
- Soziale und räumliche Besonderheiten des Einzugsgebiets
- Zugrundeliegendes Menschenbild und das Bild vom Kind
- Rechte von Kindern in der Einrichtung allgemein
- Ziele der pädagogischen Arbeit
- Person der Erzieherin
- Zusammenarbeit im Team der Erzieher/innen
- Leitung und Leitungsaufgaben
- Elternarbeit-Erziehungspartnerschaft
- Zusammenarbeit mit dem Träger
- Öffentlichkeitsarbeit
- Fort- und Weiterbildung
- Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und sozialen Diensten
- Evaluation und Qualitätssicherung
- Gerne stehen wir für Rückfragen und Literaturtipps zur Verfügung.<sup>579</sup>

Die meisten Mitgliedseinrichtungen sind dankbar, dass sie bei der Konzeptionsüberarbeitung Unterstützung von DAKITS bekommen. Marita Engel und Antje Proetel gehen in die Teams, geben konkrete Anstöße für die Konzeptions-

<sup>579</sup> Info-Brief vom Februar 2010

arbeit und stehen anschließend für schriftliche Rückmeldungen zur Verfügung. Dennoch gibt es auch Einrichtungen, die den Sinn von Konzeptionen in Frage stellen. „Die, die aus der Kinderladenbewegung stammen, haben gesagt, was wollt Ihr eigentlich? Wir machen das doch schon immer! Aber wie macht Ihr das? Da ist noch viel Unklares. Welche Person ist zuständig, was ist, wenn es Konflikte gibt usw. Deshalb ist es wichtig, dass das klar aufgeschrieben wird. Dass das benannt wird, was man schon immer macht. Dass man den roten Faden sieht.“<sup>580</sup>

In dem schriftlichen Festhalten von Abläufen, in dem Formulieren von Zuständigkeitsstrukturen und in der Abrufbarkeit festgelegter Standards sieht Antje Proetel die Professionalisierung von alternativen Strukturen. Nicht alle Einrichtungen haben standardisierte Formulare etwa für ein Beschwerdemanagement, sie „wehren sich, das zu verschriftlichen, aber sie haben es in der Konzeption stehen, wie es gelebt wird.“<sup>581</sup> Auch sehen manche Einrichtungen etwa den Sinn eines Elternbeirats nicht ein, da sie selbst eine Elterninitiative seien. „Und da sage ich dann ganz klar, wenn Ihr öffentliche Mittel bekommt, dann seid Ihr dazu verpflichtet, das zu tun! Dann reagieren sie endlich. Dann muss man noch drauf gucken, dass nicht der Vorstand gleichzeitig Elternbeirat ist. Denn der Elternbeirat ist Vermittler zwischen Fachkräften und Träger, er muss gehört werden, hat aber keine Entscheidungsbefugnis. Und das steht ganz klar im Gesetz, der muss da sein, egal, wie groß die Einrichtung ist, sie müssen mindestens eine Person haben. Das gehört ja auch zum Beschwerdemanagement.“<sup>582</sup>

Die Anforderungen werden immer wieder in Bezug auf die konkrete Praxis thematisiert. „Wie werden Beschwerden von Kindern aufgenommen? Was passiert damit? Solche Dinge werden in den Arbeitstreffen besprochen. Damit sich die neue Haltung etabliert.“<sup>583</sup> Dass all diese Fragen Teil des Bundeskinderschutzgesetzes sind, der unter dem Begriff der Qualitätsentwicklung zusammengefasst ist, muss immer wieder kommuniziert werden. Im Gesetz heißt es (s.o.):

„Das Bundeskinderschutzgesetz erhöht die Verbindlichkeit fachlicher Standards der Kinder- und Jugendhilfe. So wird eine kontinuierliche Qualitätsentwicklung und -sicherung für alle Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe gesetzlich festgeschrieben, so dass Standards wie z.B. Leitlinien zur Partizipation von Kindern

---

580 Ebd.

581 Ebd.

582 Marita Engel im Interview

583 Ebd.

und Jugendlichen oder zur Prävention von Machtmissbrauch in Einrichtungen weiterentwickelt, angewendet und auch regelmäßig überprüft werden müssen. Die Anforderungen im Hinblick auf die Qualitätsentwicklung und -sicherung in der Kinder- und Jugendhilfe werden mit öffentlicher Förderung und Finanzierung freier Träger verknüpft: Einrichtungen erhalten auch nur dann eine Betriebserlaubnis, wenn sie ein Konzept zur Qualitätsentwicklung und -sicherung und damit zur Einhaltung fachlicher Standards vorlegen.“

Marita Engel geht auf den Qualitätsbegriff in Kindertagesstätten in drei Folgen in den Info-Briefen ein:

„Aktuelles Thema: Alle sprechen von „**Qualität**“ in der **Kindertageseinrichtung**

Qualität – derzeit der wohl meistgebrauchte Begriff im Bereich der Kindertagesbetreuung. (...) Jede Einrichtung verfügt über Kernstücke guter Qualität, die als Grundlage für das Miteinander von Beteiligten (Träger, Fachkräfte, Eltern, Kinder), ausgehandelt wird. Dabei haben die verschiedenen Akteure eine unterschiedliche Sichtweise von Qualität. Wer bestimmt also die Einrichtungsqualität?

Der **Träger** einer Einrichtung möchte die pädagogische Arbeit eng an seiner weltanschaulichen Ausrichtung orientieren. Für ihn bedeutet Qualität u.a., die Umsetzung des Weltbildes durch professionelle Fachkräfte, die ressourcenorientiert und selbstständig arbeiten.

Aus Sicht der **Eltern** bedeutet Qualität z.B. bedarfsgerechte Öffnungszeiten, eine leichte Erreichbarkeit der Einrichtung, freundliche und fachkompetente Erzieher/innen, entwicklungsgerechte Bildungsangebote, dass sich ihr Kind wohl fühlt und angenommen wird, eine professionelle KiTa-Leitung, ein strukturiertes Umfeld und gesundes, frisch gekochtes Mittagessen. Auch ein gutes Beschwerdemanagement ist ein Qualitätsmerkmal aus Sicht der Eltern

**Pädagogische Fachkräfte** verstehen unter Qualität neben anderem, dass sie genügend personelle und zeitliche Ressourcen zur Verfügung haben, um den Bildungs- und Erziehungsauftrag mit dem Fokus auf die kindliche Entwicklung umsetzen zu können. Die Wertschätzung ihrer Arbeit durch Träger und Eltern, eine unterstützende professionelle Führungspersönlichkeit, Beteiligung und Mitsprache an allen (Organisations-) Prozessen der Einrichtung und ein angemessenes Gehalt sind ebenfalls Qualitätsmerkmale der Fachkräfte.

Unter den Qualitätsbegriff für **Kinder** fällt beispielsweise, dass sie sich als jemand erleben können, der dazu gehört, sich von den Erwachsenen verstanden, beschützt, akzeptiert und anerkannt fühlt. Sie möchten spannende und heraus-

fordernde Aktivitäten vorfinden, vielfältige Erfahrungen machen und sich frei entfalten können.

Das deutsche System der Kindertagesbetreuung ist noch immer weit entfernt von allgemein verbindlichen Mindeststandards und weist in den 16 Bundesländern große Unterschiede auf. Hier stellt sich die Frage: Ist es Vielfalt oder nur Beliebigkeit?<sup>584</sup>

Im nächsten Info-Brief fährt sie fort:

„Für pädagogische Fachkräfte und Träger/innen von Kindertageseinrichtungen stellt sich die Frage, wie Einrichtungs-Qualität für Eltern, Fachkräfte und Interessierte messbar und sichtbar gemacht werden kann. Qualität im Bereich der pädagogischen Arbeit ist messbar an den Strukturen, Prozessen und Ergebnissen der pädagogischen Arbeit.

Die **Strukturqualität** bildet beispielsweise alle Rahmenbedingungen für die Arbeit ab und lässt sich an folgenden Bedingungen messen:

Gruppengröße, Anzahl der Erzieherinnen pro Gruppe, Ausbildung und Qualifizierung des Personals, Vor- und Nachbereitungszeit, Möglichkeit der Fortbildung, Fachberatung und leistungsgerechte Bezahlung. Die genannten Kriterien, die es weiter zu ergänzen, zu spezifizieren und zu konkretisieren gilt, sind notwendig, um Mindeststandards als Voraussetzung für gelingende Elementarpädagogik zu bilden.

**Prozessqualität** beschreibt innerbetriebliche Abläufe und Interaktionen. Eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Familien und Kindertageseinrichtung ist zum Beispiel ein Merkmal guter Prozessqualität. So wurde eine hohe Gesamtqualität u.a. in Einrichtungen nachgewiesen, die Eltern aktive Mitwirkung ermöglichen und in denen eine gute Kommunikationskultur herrscht.<sup>585</sup> Gelingt es den Erzieher/innen und Eltern, eine positive Beziehung zueinander aufzubauen, wird auch mehr mit den Kindern gesprochen, Eingewöhnungen verlaufen unproblematischer und es finden weniger negative Interaktionen zwischen den Kindern statt.

(...) Die Gestaltung der Erziehungspartnerschaft ist als eine Bedingung für die Realisierung einer hohen Prozessqualität zu betrachten. Als Ergebnisqualität kann beispielsweise die aktive Mitwirkung und Zufriedenheit der Eltern sowie gelungene Übergänge von Familie in KiTa und von KiTa in Grundschule beschrieben werden. Auch die Überprüfung der vorher gesteckten Ziele und daran

---

584 Info-Brief vom April 2010

585 Vgl. Viernickel, S., (2006, 26) Wege zur Erziehungspartnerschaft zwischen Erzieherinnen und Eltern. In: Frühe Kindheit – die ersten sechs Jahre. Zeitschrift der Deutschen Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft e.V. Deutsche Liga für das Kind: Berlin

orientierte Veränderungsstrategien gehören zur Ergebnisqualität. Ergebnisqualität kann in regelmäßigen, jährlichen anonymen Elternbefragungen gemessen und dokumentiert werden. Auch eine interne Selbstevaluation im Team führt zu den gewünschten Ergebnissen.“<sup>56</sup>

Und schließlich erläutert sie im dritten Teil:

### **„Qualitätsbereiche**

Um eine umfassende Qualitätsentwicklung in der Bildungseinrichtung KiTa zu gewährleisten, ist das Zusammenspiel mehrerer Qualitätsbereiche notwendig, die wechselseitig aufeinander bezogen sind.

Als Grundlage dienen die Bereiche

- Strukturqualität (räumlich-materielle-personelle Ressourcen),
- Prozessqualität (realisierte Pädagogik, pädagogisches Handeln),
- Ergebnisqualität (Ziele für Kinder, Eltern, Fachkräfte),
- Management- und Organisationsqualität (Leitungsaufgaben, Maßnahmen zur Qualitätssicherung),
- Kontextqualität (Fachberatung, Fortbildung)

Im vergangenen Infobrief sind die Bereiche Struktur- Prozess- und Ergebnisqualität näher erläutert worden. Abschließend wird noch auf die Management- und Kontextqualität eingegangen:

### **Managementqualität**

Die Qualität des Einrichtungsmanagements beinhaltet unter anderem das Vorhandensein einer Leitung und hat einen wichtigen, verbindenden Einfluss auf die Merkmale der Struktur- und Prozessqualität. Die Leitung trägt u.a. für die Personalentwicklung der Fachkräfte Verantwortung und hält geeignete Instrumente dazu vor. Sie sondiert z.B. ausgewählte Fort- und Weiterbildungen und vereinbart regelmäßige Personalentwicklungsgespräche, um die Kompetenzen der Mitarbeitenden zu stärken.

## Kontextqualität

Mit dem Vorhandensein interner und externer Unterstützungssysteme wird die Kontextqualität beschrieben. Dazu gehört z.B.:

- Erreichbarkeit und Finanzierung von Fort- und Weiterbildungsangeboten für Fachkräfte, Freistellung für die Teilnahme an Fortbildungsangeboten, Auswahl, Vielfalt und Angemessenheit von Fortbildungsangeboten.
- Interne Unterstützung in konzeptioneller und inhaltlicher Hinsicht durch Fachberatung.
- Ein Netzwerk externer Unterstützung durch Institutionen, den Einrichtungsträger, ExpertInnen.
- Wir wünschen viel Erfolg bei der spannenden Arbeit an der Entwicklung und Fortschreibung Ihrer Einrichtungsqualität!<sup>587</sup>

2015 erreicht auch die Einrichtungen der Elterninitiativen ein Thema, das im Alltag längst präsent ist: Das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen. DAKITS greift das Thema im Info-Brief auf und kündigt an, dass es in den BEP-Arbeitstreffen und weiteren Zusammenhängen diskutiert werden soll.

„Kitas und Horte werden zunehmend zu Orten multikultureller Begegnung. Wissen über kulturelle Inhalte, kulturelle Bewusstheit und Haltung sowie interkulturelle Kompetenz sind Themen, die uns immer mehr beschäftigen. Der übliche Einrichtungsalltag orientiert sich in der Regel an einem kulturellen Modell, das an die westliche Mittelschicht angepasst ist. Wie kann möglicher Unsicherheit im Alltag begegnet werden und was geschieht, wenn sich Unverständnis entwickelt? Kann Andersartigkeit als Bereicherung empfunden werden? Was bedeutet gelebte Multikulturalität und wie kann das wertschätzende Miteinander der Kulturen in den Kitas gelingen? Was bedeutet kultursensibles Handeln? Wir wünschen uns darüber hinaus, zum Thema „Interkulturelle Arbeit“, dass auch das Beleuchten von Grenzen angezeigt ist und pädagogische Fachkräfte darin gestärkt werden, die kulturellen eigenen Werte zu definieren und selbstbewusst in der Arbeit zu vertreten. Mit diesen und ähnlichen Fragen zur Thematik beschäftigen wir uns in den BEP-Arbeitstreffen und in weiteren Zusammenhängen.“<sup>588</sup>

---

<sup>587</sup> Info-Brief vom Oktober 2010. Marita Engel weist hier darauf hin, dass eine ausführliche Fassung des Leitfadens bei DAKITS zu erhalten ist.

<sup>588</sup> Info-Brief vom Oktober 2015

## *Bedeutung der Horte in der Grundschulkindbetreuung*

Wie wir oben<sup>589</sup> gesehen hatten, war die Finanzierung der Betreuung von Grundschulkindern in Schulen und Horten in Verhandlungen mit der Stadt bereits seit 1997 Thema für DAKITS. In dem Jahr hatte DAKITS neben den Verhandlungen unter dem Thema „Wohin nach der Schule?“ Initiativen im Bereich der Schulkindbetreuung zu einem Treffen aufgerufen mit dem Ziel, sich untereinander zu vernetzen. 1999 ergeht eine Einladung zu einem Fachkräfteaustausch der Horte und Grundschulkind-Betreuungseinrichtungen, der sich in der Folge regelmäßig stattfindet.

Die Verhandlungen über eine angemessene Finanzierung der Grundschulkindbetreuung waren erst 2004 zu einem Abschluss gekommen. Er fußte auf einer Zusammenführung unterschiedlicher Grundschulbetreuungsangebote in eine einheitliche Form, legte die Betriebskostenzuschüsse für unterschiedliche Betreuungszeiten fest und enthielt die Zusage einer jährlichen Dynamisierung. Die Laufzeit des Vertrages wurde bis zum Ende 2005 festgelegt mit der Option einer Verlängerung um jeweils ein Jahr, wenn der Vertrag nicht vorher gekündigt wurde.

Von weiteren Verhandlungen in den dann folgenden Jahren ist nichts in den Unterlagen dokumentiert. Auf der Mitgliederversammlung im Januar 2010 thematisiert das Vorstandsmitglied Herr Schanz die unsichere Situation der Grundschulkind-/Hortbetreuung. Es werde an einem Positionspapier gearbeitet. Die regelmäßigen Treffen wurden, wie er weiter ausführt, in den letzten Jahren nur gering nachgefragt.

Marita Engel berichtet im Info-Brief vom April 2010, dass im „Konzeptprozess Ganztagssschulentwicklung der Kassel Grundschulen“ die Aktivitäten der Jugendhilfe (Horte) und Schule in einem gemeinsamen, strukturell und qualitativ aufeinander abgestimmten Rahmen neu gestaltet werden sollen.<sup>590</sup> Dazu wird im Frühjahr 2010 eine AG eingerichtet, um eine Konzeption für den „Ganzttag an Grundschulstandorten“ zu erarbeiten. „In dieser Arbeitsgruppe wirken neben Vertretern des staatlichen Schulamtes, des Schulverwaltungsamtes, des Jugendamtes, der Gebäudewirtschaft, Grundschulen, die Ganztagssschule werden wollen, freier Träger der Jugendhilfe, Vertreter des Stadtelternbeirates und die Fachberatung von DAKITS mit. Im Fokus steht hierbei der Erhalt eines qualitativ hoch-

<sup>589</sup> Siehe ausführlich Kapitel Horte für Kinder - ein neues Thema kommt um die Jahrtausendwende in das kommunale Blickfeld, das die Entwicklung bis 2005 beschreibt

<sup>590</sup> Infobrief vom April 2010

wertigen pädagogischen-integrierten Konzeptes aus der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Grundschule.“<sup>591</sup>

Als bekannt wird, dass die Nachfrage nach Hortplätzen steigt und sich der Trend zu Ganztagsplätzen an Schulen fortgesetzt hat, schreibt DAKITS: „In der trägerübergreifenden AG Qualität sind sich alle einig, dass die hohe Qualität der Hortpädagogik nicht durch ein verändertes Ganztagssystem wegfallen darf, sondern auf Augenhöhe integriert werden muss.“<sup>592</sup>

Die Intervention des Regierungspräsidenten aus dem Jahre 1996 wiederholt sich 14 Jahre später: Während Mitte 2010 alle beantragten Maßnahmen zum Ausbau von U3-Plätzen durch den Magistrat bewilligt werden, hält der RP die Stadt dazu an, freiwillige Leistungen einzuschränken, die Maßnahmen zur intensiven Hortbetreuung betreffen.<sup>593</sup>

Die Horttreffen bei DAKITS werden fortgesetzt, sie werden nun offenbar genutzt. Die Aufgabe für den AK Hort ist klar. Im Info-Brief vom Februar 2010 wird sie formuliert. „Der Arbeitskreis Hort hat sich Ende Januar ein weiteres Mal getroffen und an der Entwicklung eines Positionspapiers inklusive des Profils Horterzieher/in gearbeitet. Hintergrund ist der spürbare Umbruch in den Ganztagsangeboten für Schulkinder und die Möglichkeit, dass die ‚klassische Hortbetreuung‘, wie auch in vielen anderen Bundesländern, ausdienen könnte. Dabei besteht die Gefahr, dass es keine Wahlmöglichkeit mehr für Kinder und Eltern zwischen Grundschulbetreuungs-Angeboten in Tageseinrichtungen und Ganztagschulen gibt. Ziel der Zusammenarbeit ist die Verankerung eines integrierten Grundschulbetreuungskonzeptes, damit die gute Qualität der Arbeit in den Tageseinrichtungen erhalten bleibt.“

Auch Ämter- und Institutionen übergreifend wird an diesem Thema gearbeitet. „Mitwirkende aus Schulen, Schulamt, Schulverwaltungsamt, Jugendamt, Fördervereinen, Fachberatung arbeiten seit Februar gemeinsam an einem Konzept. (...) Ziel ist die Verknüpfung der Angebote der Schulkinderbetreuung (Hort) mit den Ganztagsangeboten der Schule. In einem kooperativen Miteinander sollen Arbeits- und Organisationsabläufe der verschiedenen Professionen geplant werden. Der Dachverband hat das Anliegen vorgebracht, die Position der Hortfachkräfte zu stärken und ein sinnvolles, integriertes Modell der Zusammenarbeit zu gestalten,

---

591 Info-Brief vom Februar 2011

592 Info-Brief vom Juni 2010

593 Info-Brief vom Oktober 2010

das die Selbstständigkeit der am Modell beteiligten Träger aufrecht erhält.“<sup>594</sup>

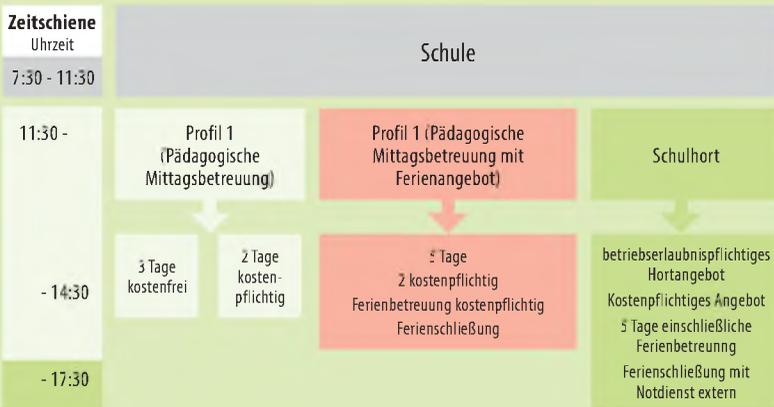
In der Folge werden in diesem Gremium drei Arbeitsgruppen eingerichtet, die schließlich ein Abschlusspapier vorlegen und es im September 2010 als Diskussionsvorlage für Mitglieder des Magistrats präsentieren. „Über den weiteren Verlauf des Prozesses informieren wir aktuell. Wir werden uns weiterhin aktiv am

### **Ganzttag an Grundschulstandorten (Stand 04.02.2013)**

*Ziel der Umstrukturierung ist der Ausgleich unterschiedlich verlaufender Bildungsverläufe und -chancen und die Unterstützung einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Eltern. Die Ganztagsgrundschule setzt auf das „kooperative Miteinander der verschiedenen Professionen einschließlich veränderter Tagesabläufe und Arbeitszeiten und auf die pädagogische Verantwortung aller Beteiligten. Sie setzt auf Bildungspartnerschaften, in denen alle am Prozess der Bildung, Erziehung und Betreuung beteiligten Akteure ihre Angebote miteinander verzahnen und zu einem konsistenten und kohärenten Gesamtsystem zusammenführen.“*

[http://www.stadt-kassel.de/imperia/md/images/cms01/02aktuelles/endfassung\\_rahmenkonzept\\_ganzttag\\_an\\_grundschulstandorten\\_stand\\_4\\_02\\_2013.pdf](http://www.stadt-kassel.de/imperia/md/images/cms01/02aktuelles/endfassung_rahmenkonzept_ganzttag_an_grundschulstandorten_stand_4_02_2013.pdf)

#### **Organisationsmodell**



<sup>594</sup> Info-Brief vom Februar 2010

Entwicklungsprozess beteiligen mit besonderem Hinweis auf die Sicherung der pädagogischen Qualität der Horterziehung.“<sup>595</sup>

Auch in der Arbeitsgemeinschaft der Fachberater/innen wird am Thema Ganztagsgrundschulentwicklung gearbeitet. Die AG entwickelt und verabschiedet im April ein Positionspapier „Qualitätsmerkmale der Hortarbeit“, das in den Konzeptprozess „Ganztagsgrundschulentwicklung“ als Arbeitsgrundlage einfließt (s.o.).<sup>596</sup>

*„In einer Schule mit Ganztagsangeboten müssen die Aktivitäten aller Akteure koordiniert werden, um die Kinder optimal zu fördern. Um diesen Prozess zu unterstützen, Konzepte zu erstellen und an der Qualität der Ganztagsangebote mitzuarbeiten, sind an elf ausgewählten Grundschulen in Kassel so genannte „SchubS“-Kräfte eingesetzt.*

**Das Projekt „SchubS – schulbezogene Sozialarbeit an Grundschulen“** der Stadt Kassel ist hessenweit einmalig. Finanziert wird es über das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundesministeriums für Arbeit. Das Projekt hat zunächst eine Laufzeit von 2011 bis Ende 2013. Neben der Aufgabe, die Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule zu unterstützen, informieren die SchubS-Kräfte das pädagogische Personal sowie die Eltern über Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabegesetz. Sie helfen bei Bedarf den Eltern, die nach dem Sozialgesetzbuch II und XII berechtigt sind, den Antrag zu stellen.

<http://www.hessen.ganztaegig-lernen.de/schubs-fuer-den-ganztag-grund-schulen>

*„Je ein SchubS-Mitarbeiter ist mit 30 oder mit 19,5 Stunden am Standort beschäftigt und bildet die Nahtstelle zwischen Schule und Hort. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind aus haushaltsrechtlichen Gründen bei der Trägergesellschaft StadtBild gGmbH angestellt, einer indirekten Tochtergesellschaft der Stadt Kassel. Die Dienst und Fachaufsicht liegt bei der Stadt.*

<sup>595</sup> Info-Brief vom April 2010: Konzeptprozess „Ganztagsgrundschulentwicklung der Kasseler Grundschulen“ (M. Engel)

<sup>596</sup> Info-Brief vom Oktober 2010

Das Konzept „Ganztag an Grundschulstandorten“ nennt Herausforderungen für die Zukunft, von denen auch die räumliche und inhaltliche Standortbestimmung der Horte betroffen sind:

- „Die Verbesserung der personellen, räumlichen und sächlichen Voraussetzungen für die Gestaltung des Ganztags bleibt eine Daueraufgabe. Insbesondere der erhöhte bzw. veränderte Raumbedarf bei der Integration der Hortgruppen am Ganztagsschulort ist an einigen Standorten noch nicht gelöst.
- Die Umsetzung des Themas Ganztagschule als inklusiver Bildungsort stellt zusätzliche Anforderungen an die Kooperationspartner.
- Die 'Kooperation zwischen Angehörigen verschiedener pädagogischer Professionen erhöht zugleich die Komplexität der Organisation und mindert tendenziell deren Autonomie.'<sup>597</sup> Das jeweilige Selbstverständnis der eigenen Organisation muss überprüft und Entscheidungsprozesse müssen neu gestaltet werden.
- Die Beteiligung von Eltern ist in vielen Ganztagskonzepten noch unbefriedigend. Insbesondere, Eltern mit niedrigem sozioökonomischen Status und Eltern mit Migrationshintergrund sind kaum oder gar nicht beteiligt.'<sup>598</sup>
- Kreative Lösungen sind gefragt, wenn es um die Schaffung von notwendigen Abstimmungszeiten zur Konzeptentwicklung zwischen Schulen und externen Einrichtungen, insbesondere den Horten geht.
- Und nicht zuletzt: Eine qualitativ hochwertige Umsetzung dieses Rahmenkonzepts am jeweiligen Standort lässt sich nicht administrativ verordnen, man muss die beteiligten Akteure gewinnen.'<sup>599</sup>

2011 hatte die Stadt das Projekt „SchubS – schulbezogene Sozialarbeit an Grundschulen“ mit einer Laufzeit bis 2013 aufgelegt: Es ist Teil des Prozesses „Ganztag an Grundschulstandorten“ und soll eine Nahtstelle zwischen Schule und Hort bilden.

<sup>597</sup> Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Ganztagschule als Hoffnungsträger für die Zukunft? Ein Reformprojekt auf dem Prüfstand. Gütersloh 2012. S.53

<sup>598</sup> A.a.O.. S. 59

<sup>599</sup> Magistrat der Stadt Kassel. Ganztag an Grundschulstandorten. a.a.O.. S. 25

*„SchubS soll die Umsetzung des kommunalen Ganztagsrahmen-konzepts unterstützen. Dazu entwickeln die Grundschulen, die Horte und die SchubS-Mitarbeiter Ganztagskonzepte vor Ort. Zu den Aufgaben gehören der Aufbau der Kommunikationsstrukturen und der organisatorischen Abläufe sowie die Konzeptarbeit. Übergeordnete Aufgaben bestehen in der Förderung des Austauschs zwischen den Schulen, der bedarfsgerechten Qualifizierung des pädagogischen Personals aus Schule und Hort durch übergreifende Arbeitskreise, Fachtage, Fortbildungen und Diskussionsformen. Die SchubS-Kräfte sind aber auch in der pädagogischen Arbeit tätig, zum Beispiel im Freizeit- und im AG-Bereich, bieten soziales Lernen an und unterstützen die Partizipation von Kindern und Eltern durch Klassenrat, Kinderkonferenzen und Elterncafés.“*

Ralf Augsburg, Hessen: Zeit/Draum Ganztagschule. 01.10.2014, in: <http://www.ganztags-schulen.org/xxx>. Zugriff am 02.08.2016

Angesichts des Ausbaus von Ganztagsangeboten stellt Mario Höbel auch 2015 im Interview noch die Frage, ob „die Horte noch eine eigenständige Bedeutung haben oder werden sie in die Strukturen der Schulen eingegliedert?“<sup>600</sup>

Diese Frage wurde auch auf der Fachtagung „Jugendhilfe und Schule – Kooperationspartner oder was?“ am 20.05.2011 in Berlin gestellt, über die Antje Proetel im Info-Brief vom August 2011 berichtet. „Auf der Fachtagung wurde das Verhältnis freier und öffentlicher Träger der Jugendhilfe in Zusammenarbeit mit Schule thematisiert. Die Kooperation von Jugendhilfe und Schule hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Zentraler Gedanke ist die Übernahme einer gemeinsamen Erziehungs- und Bildungsverantwortung, die Kinder auch in ihrer individuellen und sozialen Persönlichkeitsentwicklung unterstützt.“

Auf der Fachtagung war das Spannungsfeld zwischen den verschiedenen Anspruchshaltungen ‚Dienstleistung und Kooperation‘ ein zentrales Thema. Die durch die Ausweitung der Ganztagsangebote der Schulen an die Träger der Jugendhilfe herangetragenen Aufgaben erzeugen veränderte Rahmenbedingun-

600 Mario Höbel im Interview. Im Konzept „Ganztag an Grundschulstandorten“ wird ein Stadtverordnetenbeschluss vom November 2012 zitiert: „Mit der sukzessiven Umsetzung des Ganztags an Grundschulstandorten ist auch eine räumliche Verlagerung der Grundschulkindbetreuung aus den Kindertagesstätten an die Grundschulen immer dann vorgesehen, wenn dies räumlich, baulich und wirtschaftlich umsetzbar ist. Mit dieser Zielvorgabe wird dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 12. November 2012 zum Umbau der Betreuungslandschaft Rechnung getragen.“ (a.a.O.)

gen im Arbeitsfeld Schule. Es wurde deutlich, dass Kooperation kein Allheilmittel ist, denn gerade der Ausbau der Ganztagschule berge an vielen Schulen die Gefahr in sich, dass die Jugendhilfe hier eine reine Entlastungsfunktion für den Nachmittag gewährleistet. Den Trägervertretern im Paritätischen wurde die Aufgabe übertragen, die Mitgliedsorganisationen verstärkt bei der Gewährleistung und Weiterentwicklung der Fachlichkeit im Kooperationsgeschehen zu unterstützen.“<sup>601</sup>

Aus dem Jahresbericht 2011/2012 der Grundschulkindbetreuung geht hervor, dass die Anzahl der Betreuungsplätze für Grundschulkindbetreuung in Kassel gestiegen ist. Die Intervention des Regierungspräsidenten im Jahre 2010, alle freiwilligen Maßnahmen zur intensiven Hortbetreuung einzuschränken, hat offenbar keine Auswirkungen auf den quantitativen Ausbau von Hortplätzen im Zusammenhang mit dem Konzept „Ganztag an Grundschulstandorten“. „Zum Stichtag 01.01.2012 standen für Grundschul Kinder im Gebiet der Stadt Kassel 596 BG-Plätze, 520 BG/Hort I-Plätze und 1.504 BG/Hort II-Plätze zur Verfügung. Zum Stichtag 01.01.2012 erreichte der Versorgungsgrad der Grundschüler mit Betreuungsplätzen in Kassel 41,7 % bei einem Bezug auf 4 Jahrgänge. Der Versorgungsgrad mit Hortplätzen lag bei 32,2%.

Einrichtungen, die nicht in unmittelbarer Nähe der Grundschulen liegen und Hortplätze anbieten, werden weniger nachgefragt, insbesondere wenn Einrichtungen schulnäher vorhanden sind. Die Nachfrage nach Plätzen in der Grundschulkindbetreuung steigt parallel zum Ausbau der Schulen mit Ganztagsangeboten weiter. Eltern brauchen häufig verlässlichere und längere Betreuungszeiten, als Schulen sie anbieten können und ein Betreuungsangebot in den Ferien.

Allerdings ist eine Aufnahme in die Grundschulkindbetreuung nicht für alle Kinder möglich, da die Kriterien für die Inanspruchnahme von Plätzen – Erwerbstätigkeit oder Ausbildung der Eltern, Maßnahmen des Jobcenters, soziale oder pädagogische Gründe – erfüllt sein müssen. Insofern ist der weitere Ausbau der Ganztagsangebote an Schulen ein Schritt zu mehr Bildungsgerechtigkeit.“<sup>602</sup>

Im Konzept „Ganztag an Grundschulstandorten“ werden die verschiedenen Betreuungsformen erläutert: „Die Betreuungsform ‚Betreute Grundschulgruppe‘ (BG) bietet eine ca. dreistündige Betreuung im Zeitraum von 7:30 Uhr bis maximal 13:30 Uhr in Ergänzung zum Schulunterricht. Durch Schule und Betreuung ist der

<sup>601</sup> Info-Brief vom August 2011. An solchen Fragestellungen und Diskussionen wird deutlich, welch langen Weg es braucht, den Anspruch des BEP, Lernprozesse von Kindern konsequent aus der Sicht auf das Kind und nicht auf die jeweilige Bildungsinstitution zu gestalten, umzusetzen.

<sup>602</sup> Info-Brief vom Februar 2013. Bei DAKITS e.V. sind 7 Horte Mitglied, einer davon unterhält ca. 175 Plätze.

gesamte Zeitraum von 7:30 Uhr bis 13:30 Uhr für die Eltern verlässlich abgedeckt. Bei Bedarf wird eine ca. fünfstündige Ferienbetreuung im Zeitraum von 7:30 Uhr bis 13:30 Uhr angeboten. Die Betreuungsform BG unterliegt nicht den Anforderungen gem. §§ 45 - 48 Aechtes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII).

Für längeren Betreuungsbedarf wird die Betreuungsform BG plus Mittagsverpflegung bis 14:00 Uhr sowie BG zuzüglich Hort I von 13:00 Uhr bis 15:00 Uhr und Hort II von 13:00 Uhr bis 17:00 Uhr jeweils einschließlich Mittagsverpflegung angeboten. Für die Betreuungsformen Hort I und II gelten die Anforderungen des SGB VIII. Die Einrichtung eines Angebotes bis 19:00 Uhr ist grundsätzlich möglich, wurde aber bisher nicht in ausreichendem Maße nachgefragt, so dass eine ergänzende Betreuung über Tagesmütter erfolgt.

**Betreuungsformen im Überblick:**

Betreuungsform im Überblick	
Betreute Grundschulgruppe (BG)	Betreute Grundschule von 7.30 Uhr bis 13.30 Uhr für max. 3 Stunden plus Ferienbetreuung mit 5 Stunden: <b>54,00 €</b>
Betreute Grundschulgruppe (BG) mit Mittagessen	Betreute Grundschule von 7.30 Uhr bis 14.00 Uhr für max. 3 Stunden und 30 Minuten (einschl. Mittagessen) plus Ferienbetreuung mit 6 Stunden: <b>71.50 €</b>
Betreute Grundschulgruppe (BG) / Hort I	BG plus Hortangebot von 13.00 Uhr bis 15.00 Uhr einschl. Mittagessen und Ferienbetreuung: <b>89.00 €</b>
Betreute Grundschulgruppe (BG) / Hort II	BG plus Hortangebot von 13.00 Uhr bis 17.00 Uhr einschl. Mittagessen und Ferienbetreuung: <b>134.00 €</b>
Betreute Grundschulgruppe (BG) / Hort III	BG plus Hortangebot von 13.00 Uhr bis 19.00 Uhr einschl. Mittagessen und Ferienbetreuung <i>(zur Zeit nicht eingerichtet)</i>

Die Gruppengröße liegt grundsätzlich bei 25 Kindern in den BG-Gruppen am Vormittag und bei 20 Kindern in den Hortgruppen am Nachmittag. Eine Aufstockung auf 25 Hortplätze ist mit einer entsprechenden Betriebserlaubnis möglich. Die Betreuungsformen werden gemeinsam und in verschiedenen Kombinationen nachfrageabhängig angeboten. Sie werden immer in zeitlicher Abstimmung mit der jeweiligen Grundschule angeboten, sodass keine Betreuung in der Kernschulzeit erfolgt.

Die Plätze in der Grundschulkindebetreuung werden gemäß der Betreuungs- und Tarifordnung für die Inanspruchnahme von Angeboten der Kindertagesbetreuung der Stadt Kassel (BTO) bei Erwerbstätigkeit oder Ausbildung der Eltern

bzw. Sorgeberechtigten, Beschäftigungssuche mit einer Bescheinigung des Jobcenters Stadt Kassel bzw. der Bundesagentur für Arbeit oder aus sozialen oder pädagogischen Gründen mit einer anspruchsbegründeten Stellungnahme des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) vergeben.“<sup>603</sup>

Im Juli 2014 ruft die hessische Landesregierung das Pilotprojekt „Pakt für den Nachmittag“ (PfdN) ins Leben. Neben Frankfurt, Darmstadt und zwei Landkreisen beteiligt sich auch Kassel an diesem Projekt. Kassels Schulen erhalten 145 zusätzliche Stellen, „um ein ‘passgenaues und freiwilliges Ganztagsangebot für Bildung und Betreuung’ zu schaffen, wie es das Kultusministerium erklärte.“<sup>604</sup>

Mit diesem Modell soll auf freiwilliger Basis ein verlässliches Bildungs- und Betreuungsangebot an Grundschulen von 7:30 bis 17:00 Uhr geschaffen werden sowie in den Ferien weitere Angebotszeiten sichergestellt werden.<sup>605</sup> „Wir brauchen die Verzahnung von Vor- und Nachmittag, einen pädagogischen Rahmen, der sich gut für die gemeinsame Arbeit von Schule und Jugendhilfe nutzen lässt“, sagt Anne Janz auf dem Landeskongress „Zeit(t)räume Ganztagschule. Zeiten planen – Räume gestalten – Beziehungen pflegen“ am 25. und 26. September 2014. „Wir müssen diese Systeme neu denken, denn die Ganztagschule lohnt sich nicht nur für die Kinder, sondern auch für die Pädagoginnen und Pädagogen. Die Schule wird in der Schule gemacht, wir als Stadt geben nur den Rahmen vor. Die Erfahrungen in Kassel sind bisher jedenfalls sehr positiv.“<sup>606</sup>

Referatsleiter Wolf Schwarz, der sich im hessischen Kultusministerium seit 20 Jahren für Ganztagschulen engagiert, ist überzeugt, an einer „Zeitenwende“ zu stehen: „Als ich mit meiner Aufgabe begann, gab es 120 Ganztagschulen im Land, zumeist Förderschulen. Die Stellen dafür waren gedeckelt, der Bedarf war sozusagen von oben vorgegeben.“ Und in dem Bericht heißt es weiter: „Im Schuljahr 2013/2014 verfügten in Hessen insgesamt 917 Schulen über ein Ganztagsangebot. Ziel für die nächsten fünf Jahre sei es, 90 Prozent aller Grundschulen zu Ganztagschulen weiterzuentwickeln. Dann gäbe es 1.700 Ganztagschulen in Hessen. ‚Für diese Aufgabe benötigen wir ein neues Lehrerbild‘, führte Schwarz aus. ‚Es gibt noch viele Lehrerinnen und Lehrer, die dem ganzen Ganztagsschul-

603 Magistrat der Stadt Kassel, Ganztage an Grundschulstandorten, a.a.O., S. 11

604 Ralf Augsburg, Hessen: Zeit(t)raum Ganztagschule, 01.10.2014, in: <http://www.ganztagschulen.org/> Zugriff am 02.08.2016

605 Vgl. ebd. Damit antwortet das Kultusministerium auf einen „Nachholbedarf“: „Im Jahr 2013 unterbreiteten rund drei Viertel aller Kasseler Grundschulen Ganztagsangebote, während im Landkreis Kassel gerade mal zwei von 50 Grundschulen Ganztagschulen waren.“

606 Ebd.

angebot skeptisch gegenüber stehen, weil sie ihre Ausbildung unter anderer Prämisse, auch hinsichtlich ihrer Arbeitszeiten, antraten. Wir werden die Verpflichtung zu Aus- und Weiterbildung in die Verträge mit den Schulträgern aufnehmen. An der Akademie für Lehrerbildung soll dem in Zukunft Rechnung getragen werden, indem Lehrer für Ganztagsbildung fortgebildet werden.“<sup>607</sup>

Was bedeutet diese Entwicklung für die Horte? 2015 befasst sich die trägerübergreifende AG Qualität mit diesem Thema, d.h. der Prozess ist offenbar immer noch nicht abgeschlossen. Hier wird die Formulierung von einheitlichen Standards in der Hort- und Schulhortbetreuung beschlossen.<sup>608</sup>

Zwei Monate später berichtet die Jugendamtsleiterin Frau Osterbrink in der AG Qualität über die Entwicklung und den derzeitigen Stand des „Pakt für den Nachmittag“ (PfdN). Hier erfahren die Mitglieder, dass keine Neugründungen von Horten bzw. Hortplätzen gefördert werden, es aber einen Bestandsschutz für bestehende Horte gibt.

„Es gibt bei DAKITS ja nur 5 Horte,“ hatte Mario Höbel im Interview gesagt. Es sind allerdings 5 Horte und 2 Kindertagesstätten mit einer Hortgruppe. Insgesamt

*DAKITS lädt neben den regelmäßig stattfindenden Netzwerktreffen Hortleitungen und Trägertreffen Horte ab 2009 zu **Horttreffen** unter verschiedenen Themen ein, darunter:*

- *Erfahrungsaustausch, Standortbestimmung und Formulierung der anstehenden Schwerpunktthemen.*
- *Treffen der Hortleitungen zum Thema: Leitfaden zur Hausaufgabenhilfe*
- *Profilerstellung des Horterziehers/der Horterzieherin*
- *Vorstellen und Diskussion des Positionspapiers „Integrierte Grundschulkindbetreuung aus Sicht des Dachverbandes“*
- *Thema „Ganztag an Grundschulstandorten“. Das Rahmenkonzept liegt mittlerweile den an der Entwicklung Beteiligten vor und wurde als Grundlage zur Formulierung von offenen Fragen genommen*

<sup>607</sup> Ebd.

<sup>608</sup> Vgl. Info-Brief vom Februar 2015

samt sind 2016 19 Hortgruppen bei DAKITS e.V. organisiert. Höbel erinnert sich: „Bevor Kai Boeddinghaus angefangen hat, gab es nicht mal ein Viertel von dem, was es heute gibt an Zuschüssen für die Horte. Das war schon auch mit sein Verdienst.“<sup>609</sup>

### *Initiativen von DAKITS e.V. in der trägerübergreifenden und überregionalen Zusammenarbeit*

Lassen wir noch einmal kurz Revue passieren:

- Für gemeinsame Protestaktionen hatten sich schon früh trägerübergreifende Bündnisse gebildet, etwa 1994 für den Aktionstag im Rathaus. Später kommen Kooperationen in Bezug auf die Verhandlungen mit der Stadt über Betriebskostenzuschüsse zustande. 1995 treten freie und kirchliche Träger zum ersten Mal gemeinsam vor die Presse und lehnen die Verträge, die die Stadt vorgeschlagen hat, ab. Sie nehmen gemeinsam Vertragsverhandlungen mit der Stadt auf.
- 2002 wird mit der DAKITS-Konferenz „Bildung im Kindergarten“ eine trägerübergreifende fachliche Zusammenarbeit von Fachberaterinnen gegründet. „Wir haben gemerkt, wir haben gemeinsame Interessen. (...) Die inhaltlichen Fragen, die Bildungsthemen, die sind erst mit dieser Veranstaltung entstanden. Ein wunderbares Gremium mit dem Ziel, regelmäßig für die pädagogische Öffentlichkeit in Kassel solche Veranstaltungen zu machen. Das haben wir auch ein paar Mal hingekriegt.“<sup>610</sup>
- 4 Jahre später spricht Bogedale davon, dass beim „Frühstücksbesuch“ der Kasseler Kitas im Januar 2006 im Rathaus zudem ein „Bündnis auf Fachkräftebene in Gang gesetzt“ wurde.  
Fachberaterinnen aller Trägerverbände erarbeiten 2006 im Auftrag des Jugendamtes Qualitätsstandards für Kassels Kindertageseinrichtungen,

<sup>609</sup> Mario Höbel im Interview.

<sup>610</sup> Regine Bogedale im Interview

die zukünftig auf der Basis von freiwilligen Selbstverpflichtungen eingehalten werden sollen.<sup>611</sup>

- Um für die Fortsetzung der Verträge mit der Stadt ab 2008 eine gemeinsame Position zu erarbeiten, treffen sich trägerübergreifend geschäftsführende MitarbeiterInnen und FachberaterInnen der verschiedenen Kita-Trägerverbände: die evangelische Kirche, Caritas, AKGG und die Diakonie.

Antje Proetel und Marita Engel setzen mit unterschiedlichen Schwerpunkten die trägerübergreifende Arbeit fort. Schnell wird deutlich, dass sie nicht nur inhaltlich eine gefragte „Instanz“ werden, sondern auch dann eine Vorreiterfunktion einnehmen, wenn es um die Initiierung von neuen Aufgaben oder Herausforderungen geht. „Wir werden oft angerufen oder unsere Homepage wird imitiert, oder die Stadt ruft an und hat fachlichen Informationsbedarf. Oder von Impuls gab es Anrufe. Die Stadt hat zu jemandem gesagt, ruf doch mal bei DAKITS an, die wissen das bestimmt.“

Marita Engel hat, wie wir gesehen haben, das Netzwerk Kinderschutzkraft ins Leben gerufen. Daneben nimmt sie am Netzwerk des Gesundheitsamtes Region Kassel, „Willkommen von Anfang an - gesunde Kinder in Kassel“<sup>612</sup> teil und wirkt im Präventionsrat bei der Erstellung der Broschüre zum Thema häusliche Gewalt mit.

Der Arbeitskreis Männer in Kitas ist ebenfalls auf Initiative von DAKITS entstanden, ein AK, der Themen von großer Aktualität aufgegriffen hat. Ihm ging die Erarbeitung eines detaillierten Konzepts für das ESF- Modellprojekt „Mehr Männer in KiTas“<sup>613</sup> voraus. Der Arbeitskreis soll von Mitarbeitern der Universität Kassel

611 Vgl. Info-Brief vom März 2006

612 Es ist Teil des Netzwerkes „Frühe Hilfen“, das im Jugendamt angesiedelt ist. „Wir arbeiten eng zusammen mit den Beratungs- und Unterstützungsangeboten der freien Träger, mit den Professionen des Gesundheitswesens und den anderen Ämtern der Stadt und Landkreisverwaltung.“ (<http://www.gesundheitsamt.kassel.de/miniwebs/gesundheitsamt/21862/index.html>)

613 „Das Modellprogramm hat am 1. Januar 2011 an 18 Standorten in 13 Bundesländern begonnen. 16 unterschiedliche Träger und Trägerverbände von Kindertagesstätten werden bis Ende 2013 praxistaugliche Konzepte und Strategien finden, mehr männliche Fachkräfte für Kitas zu gewinnen. Info-Busse, Schüler-Praktika, Schnuppertage, Freiwilligendienste und Mentoringprogramme, aber auch aktive Väterarbeit sowie die Auseinandersetzung mit dem Thema „Geschlecht“ im Kita-Team sollen dazu beitragen, das Interesse von Jungen und Männern am Beruf des Erziehers zu wecken und Männer bei der Entscheidung zu unterstützen, den Erzieherberuf zu wählen. Durch die Erprobung innovativer Modellprojekte kann das Programm mittel- und langfristig dazu beitragen, den Anteil männlicher Erzieher in Kitas wesentlich zu erhöhen. Das Modellprogramm wird vom Europäischen Sozialfonds und vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.“ (<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/gleichstellung,did%3D150142.html>, 20.07.2010) Die Bundesinitiative stellt sich auf der ersten Kita-Messe von DAKITS 2012 vor. Ausgewählt wurden schließlich drei Standorte der BAGE, die ein gemeinsames Konzept entwickelt hatten: Berlin, Augsburg und Hannover.

bezüglich Ursachenforschung und Evaluation unterstützt werden, heißt es im Info-Brief vom Dezember 2010. Er startet am im Februar 2011 mit dem Thema: Welche Chancen und Stolpersteine bestehen in der Zusammenarbeit von männlichen und weiblichen pädagogischen Fachkräften? Im August widmet sich der AK mit dem Thema „Generalverdacht des sexuellen Missbrauchs“. „Eine Erzieherinnengruppe soll zu den relevanten Themen Stellung nehmen und das der Stellungnahme der Männer gegenüberstellen. Die Uni Kassel ist mit von der Partie. In einem weiteren geschlechtsgemischten Treffen soll ein weiterer Fortbildungsbedarf entwickelt werden.“<sup>614</sup> Zweimal im Jahr wird er in Ermangelung eines männlichen Mitarbeiters in der Geschäftsstelle von DAKITS von Antje Proetel durchgeführt.

Ein weiteres Projekt initiiert DAKITS mit „Babywatching“- Empathieförderung durch Babybeobachtung in der KiTa“ und präsentiert es mit einem Fachtag der Fachöffentlichkeit. Es wird in anderen Städten in einigen Kitas bereits regelmäßig eingesetzt, wie die HNA schreibt.<sup>615</sup>

„35 Erzieher und Multiplikatoren verschiedener Kasseler Kinder-Tageseinrichtungen haben jetzt an einer eintägigen Ausbildung zum Thema Babywatching (Engl. für Babys beobachten) teilgenommen, die Brisch leitete. Der Verein Dakits, der Dachverband freier Kindertageseinrichtungen, und der Paritätische Wohlfahrtsverband haben das Projekt organisiert. „Schon durch die bloße Anwesenheit von Babys werden Kinder ruhiger, Aggressionen nehmen ab“, sagt Antje Proetel, Dakits-Geschäftsführerin.“<sup>616</sup>

Antje Proetel absolviert 2011 eine zweitägige Ausbildung zur B.A.S.G.-Babywatching-Gruppenleiterin und Moderatorin. In der Folgezeit arbeiten einige Einrichtungen mit diesem Modell.

Beim trägerübergreifender Fachtag im Rathaus Kassel mit dem Thema „Wer sich bewegt, kommt voran“ wurde DAKITS nach und nach federführend und gab dem Fachtag eine Struktur. „Wir übernehmen oft etwas, bei dem die anderen sagen, sie hätten keine zeitlichen Ressourcen.“ Etwa bei der gemeinsamen Präsentation der freien Träger im Jugendhilfeausschuss. Unter der Überschrift „Vielfalt in Kassels Kindertagesbetreuung der freien Träger“ stellten sich freie Trägergruppen Vertreterinnen und Vertretern des Jugendhilfeausschusses vor.<sup>617</sup>

614 Info-Brief vom August 2011

615 „Babys machen Kinder zahm“, HNA vom 29.03.2010

616 Ebd.

617 „5515 Kinder (davon 2200 Plätze in DAKITS- Einrichtungen) im Alter von 0-10 Jahren werden von Einrichtungen der freien Trägern im Stadtgebiet mit unterschiedlichsten Konzepten betreut.“ Info-Brief vom Juli 205

„Bei den DAKITS-Einrichtungen wurde insbesondere die Ressource von ehrenamtlich Tätigen für die Stadt-Gesellschaft hervorgehoben. An die dort anwesenden Politiker erging der Appell, sich z.B. durch auskömmliche Finanzierung für den Erhalt dieser besonderen Betreuungsformen- und Konzepte einzusetzen.“<sup>618</sup>

Die Bereitschaft zur Präsentation war unter den Trägern u.a. wegen fehlender zeitlicher Ressourcen anfangs etwas zögerlich. „Wir fangen denn eben einfach mal an. Wir stellen eine Präsentation zusammen, die ganz einfach ist. Und dann können die anderen einsteigen. Z.B. bei der Vorstellung im Jugendhilfeausschuss. Wir haben das eingepackt, ein bisschen moderiert und die anderen haben dann ihre Aufgaben gemacht. Das ist einfach unsere Haltung. Geht nicht gibt's nicht. Wir gucken immer, was kann man jetzt machen, auch nicht mit so einem riesigen Anspruch, der einen erschlägt.“<sup>619</sup>

„Das ist ja auch die Haltung, mit der wir in Arbeitstreffen gehen. Dass wir sagen, wir gucken jetzt nicht in Projekte da oben, wir gucken auf die Basis, wir gucken auf das, was ihr tut! Mit wenig Aufwand viel schaffen.“<sup>620</sup>

„Am Thema ‚Quick‘ kann man das ganz gut verfolgen, wie das so läuft. Das ist ein Dokumentationsverfahren, das seit August vorgeschrieben ist. Man muss mit diesem Verfahren arbeiten, sonst bekommt man keine Förderung mehr für die Arbeit mit behinderten Kindern. Dazu muss man eine bestimmte Fortbildung machen. Am besten eine Leitung, die nicht nach einem halben Jahr weg ist, die das dann implementiert. (...) DAKITS hat einen Referenten organisiert, damit die Einrichtungen und auch noch einige katholische Einrichtungen diese Fortbildung bis August machen können. Das wäre so ein Beispiel für unsere Haltung, wenn wir etwas toll finden.“<sup>621</sup> Beide Hauptamtlichen sind sich einig: „Das kommt auch den Kindern zugute. So eine Fachkraft mit einer professionellen Haltung. Die bekommen auch ein besseres Selbstwertgefühl.“ „Und ein Stück Sicherheit, das ist nicht mehr so beliebig. Wir zeigen einen Weg, wo aber immer noch genügend Spielraum ist, um es passend in die Einrichtung zu integrieren.“<sup>622</sup>

In ihrer Funktion als Geschäftsführerin lernt Antje Proetel bei wichtigen überregionalen Themen beide Positionen kennen: die der FachberaterInnen etwa in der AG Qualität Kita und die der Träger in einer anderen Gruppe. „Die haben nicht

---

618 Ebd.

619 Antje Proetel und Marita Engel im Interview

620 Ebd.

621 Marita Engel im Interview

622 Antje Proetel und Marita Engel im Interview

immer die gleichen Interessen wie die AG, in der überwiegend die FachberaterInnen sind. Ich nehme an beiden Gruppen teil. Das ist eine Chance, wenn man mit dem pädagogischen Blick und mit dem Blick auf Zahlen auf die Themen schaut.“<sup>623</sup>

2013 führt DAKITS ein neues Veranstaltungsformat ein – den Kita-Jour-Fixe. Eingeladen werden Bildungspolitische Sprecher der Fraktionen im Kasseler Rathaus, die Stadträtin, Vertreter des Hessischen Sozialministeriums, der Vorstand, die Fachberatung und Geschäftsführung von DAKITS. Der Jour Fixe verfolgt das Ziel, einen pädagogischen Input über politisch relevante Themen zu Bildung und Erziehung zu liefern für bildungspolitische Entscheider und dabei die Kontaktpflege zu Vertretern der Parteien zu intensivieren. 2013 findet er unter dem Thema „Was ist Qualität in der Kita für U-Dreijährige?“ statt. Mit einer Filmsequenz soll in das Thema eingeführt werden. Die Teilnehmer erhalten eine Tischvorlage, im Anschluss gibt es Gelegenheit zur Diskussion und danach bei einer kleinen Erfrischung miteinander ins Gespräch zu kommen. 2014 findet er unter dem Thema „Die inklusive Kita – viel Förderung trotz knapper Ressourcen“ statt mit Impulsvortrag von Dr. Karl Gebauer (Pädagoge, Gründer und Leiter der Göttinger Bildungskongresse) und einem Erfahrungsbericht von Birgit Jaeschke über Praxiserfahrungen.

Antje Proetel und Marita Engel setzen die überregionale Vernetzung von DAKITS fort. Ob es Tagungen und Treffen der Landesarbeitsgemeinschaft freie Kinderarbeit Hessen e.V. (LAGE), der Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen e.V. (BAGE) oder der AK Kitas des DPWV sind oder die Teilnahme an überregionalen Tagungen – immer wird dabei deutlich, dass die Elterninitiativen auch 20 Jahre nach der Gründung von DAKITS e.V. ein ernst zu nehmendes und richtungsweisendes Modell für Kindertagesstätten sind.

„Antje Proetel ist im erweiterten Vorstand der BAGE, weil es wichtig ist, bestimmte Sachen auf der Bundesebene zu transportieren und auch da ein Netzwerk zu haben, um sich auszutauschen. So sieht man, wie gehen die anderen damit um. Da haben wir eine Vorreiterfunktion, denn in Frankfurt gibt es ähnliche Entwicklungen, da sind wir von allen gefragt in Bezug auf unsere Bewältigung der Veränderungsprozesse durch die Reorganisation. In der BAGE gibt es auch inzwischen eine andere Professionalisierung, da hat sich viel verändert.“<sup>624</sup>

623 Ebd. Die AG Qualität Kita ist eine gesetzlich vorgeschriebene Untergruppe der AG 78 von der Stadt, die ca. 4 bis 5 mal im Jahr tagt. Antje Proetel und Marita Engel nehmen daran teil. „Da sitzen die Fachberater. Die Kitaaufsicht lädt ein und hat die Themenstellung bzw. wir bringen aktuelle Themen mit.“

624 Marita Engel im Interview

2014 beschreibt Antje Proetel im Info-Brief eine ihrer überregionalen Tätigkeiten. Als Vertreterin der nordhessischen Region und für einen „Verband mit besonderen Einrichtungen“ war sie zu einer Teilnahme am Runden Tisch Kinderbetreuung eingeladen, der am 9. Juli 2014 in der Hessischen Staatskanzlei stattgefunden hatte. „Zielsetzung war der Austausch über die weitere Kinderbetreuung in Hessen sowie die erste Evaluierung des Hessischen Kinderförderungsgesetzes. Das Treffen ist in einer konstruktiven und fachlich anregenden Atmosphäre verlaufen. Es wurden die Themenkomplexe U3 Ausbau, Hessisches Kinderförderungsgesetz, Bildungs- und Erziehungsplan, Tagespflege und Fachkräftebedarf angesprochen.“<sup>625</sup>

Antje Proetel und Marita Engel beziehen auch die Darstellung der Mitglieds-einrichtungen in ihre trägerübergreifende Arbeit ein. Sie nehmen am stets gut besuchten „Tag der Erde“ in Kassel teil. Sie initiieren 2012 ein weiteres neues Veranstaltungsformat mit der Kita-Messe. Die erste Kita-Messe findet unter dem Thema „Vielfalt schafft Chancen“ statt und wird mit einem Fachvortrag „Wie Lernen gelingt“ (Dr. Karl Gebauer) und einer Podiumsdiskussion „Was ist Kindeswohl?“ begleitet. Auch stellte sich die Bundes-Initiative „Mehr Männer in Kitas“ vor.<sup>626</sup>

„Ziel sollte die Darstellung der unterschiedlichen Konzepte der Mitgliedsorganisationen unter einem Dach sein. Da jedes Kind individuelle Förderung braucht, bieten die unterschiedlichen Konzepte im Gesamtüberblick dafür die optimale Auswahlmöglichkeit für Eltern. (...) Roll ups wurden entworfen, Mitmachaktionen analog der individuellen Konzepte gemeinsam entwickelt und ein umfangreiches Rahmenprogramm mit Vorlesepaten der Kinder- und Jugendbücherei, einem Büchertisch durch die Buchhandlung mit einem Referenten zum Thema, wie Lernen gelingt und einer Podiumsdiskussion zum Thema Kindeswohl gestaltet. Neben Speisen und Getränken gab es außerdem eine musikalische Darbietung,“ berichtet die Geschäftsführerin auf der Mitgliederversammlung 2013.<sup>627</sup>

Die Vielfalt der angebotenen Themen spiegelt sich in den Fachvorträgen auf den Kita-Messen oder den Fachtagen: 2009 hatte ein Fachtag stattgefunden mit dem Thema „Nicht Fässer füllen, sondern Feuer entfachen – wie Lernen gelingt“ mit dem Hamburger Journalisten und Filmautoren Reinhard Kahl. 2010 folgen die Fachtage zu Babywatching (s.o.) und „Bildung und Bewegung“. 2011 ist das Thema des Fachtages „Was macht Kinder wirklich klug? Neurobiologie und die Auswir-

---

625 Info-Brief vom Juli 2014.

626 „Familiäre Gruppenarbeit“, HNA vom 19.09.2012

627 Protokoll der MV vom 20.03.2013

kung auf kindliches Lernen“ mit Dr. Karl Gebauer und Silvia Bender. 2013 findet die Kita-Messe statt mit dem Fachvortrag von Dr. Gabriele Haug-Schnabel zum Thema „Wie Kinder in KiTas gefördert werden können“ und anschließender Podiumsdiskussion darüber, wie wertvoll frühkindliche Bildung in Institutionen sei. Am Nachmittag findet ein Elternforum statt, an dem Eltern Fragen an Experten richten können. Die dritte Kita-Messe widmet sich 2014 dem Thema „Was brauchen große Kinder im Hort?“. Die Kinder- und Jugendpsychologin Oggi Enderlein führt in das Thema ein, anschließend finden Workshops statt.

Und 2015 findet schließlich statt einer Kita-Messe ein Fachtag zum Thema Gesundheit statt, an dem Fachkräfte und Träger teilnehmen können und damit die inhaltliche Diskussion für interessierte Fachkräfte öffnet.



**KITA  
messe**

auf dem  
weltkindertag!

Eintritt frei!

**3. KASSELER KITAMESSE**  
**SA. 20. SEPT. 2014**  
NORDSTADTPARK | 14:00 - 17:00 UHR  
MOMBACHSTR. 2 | 34127 KASSEL

### PROGRAMM:



- AB 14:00 UHR** → **INFOSTÄNDE:**  
Hier stellen Kitas ihre pädagogischen Konzepte und Schwerpunkte vor.
- 14:00 - 17:00 UHR** → **SPIEL + SPASS FÜR GROSS + KLEIN:**  
Basteln, Experimentieren, Klettergarten, Wellblech backen, Torwandschießen, Musik machen und vieles mehr ...
- 14:00 - 17:00 UHR** → **KOSTENLOSE KINDERBETREUUNG!**
- 14:00 - 15:00 UHR** → **VORTRAG:**  
**Ort: Elisabeth-Knipping-Schule, Mombachstr. 14, 34127 Kassel**  
Was brauchen „Große Kinder“ im Hort?  
Referent: Oggi Enderlein,  
Kinder- und Jugendpsychologin
- 15:15 - 16:45 UHR** → **WORKSHOPS:**  
**Ort: Elisabeth-Knipping-Schule**
- WORKSHOP 1** → **für KINDER**  
Das wünschen sich Kinder im Hort!
- WORKSHOP 2** → **für ELTERN**  
Das wünschen sich Eltern für ihre Kinder im Hort!
- WORKSHOP 3** → **für LEHRKRÄFTE + HORTPÄDAGOG\*innen**  
Kooperation in Schule und Hort.  
Ja, aber wie?

## *Nach der Reorganisation*

Eins der Hauptziele der Reorganisation von DAKITS e.V. war eine stringente Professionalisierung der Arbeit des Dachverbandes. Dass dieses Ziel mit der engagierten Arbeit der Geschäftsführerin und der Fachberaterin und ihrer guten Kooperation erreicht ist, kann man an den einzelnen Themen nachvollziehen. „Der Schritt in eine andere Professionalität ist gelungen, wo man sich aber immer noch wiederfindet, eine Struktur geschaffen hat für uns und für die Mitglieder.“<sup>628</sup>

Dadurch ist auch ein Professionalisierungsschub in den Einrichtungen angestoßen worden. Immer schon haben Fachkräfte in den Elterninitiativen gearbeitet, eine Basisprofessionalisierung war also vorhanden. Auch bestand in den meisten Fällen eine Haltung zum Kind, die dessen Autonomie, Selbstwirksamkeit und Kreativität in die pädagogische Praxis mit einbezogen hat. Die Weiterentwicklung hat sich vor allem in der Schaffung von verlässlichen Strukturen vollzogen, die auch für neue MitarbeiterInnen, Eltern und Kinder „abrufbar“ geworden sind. Das ist offenbar mit einem neuen Bewusstseinsprozess bei den Fachkräften über das eigene pädagogische Handeln einher gegangen, folgt man den Berichten der Fachberaterin Marita Engel aus den Arbeitskreisen und Fortbildungen. Seinen schriftlichen Ausdruck fand diese Entwicklung in der Arbeit an den erweiterten Konzeptionen.

Die Fachkräfte, die diesen Prozess in ihrer langjährigen Berufstätigkeit in den Elterninitiativen begleitet haben, erleben die (gesetzlichen) Anforderungen an eine weitere Professionalisierung allerdings als ambivalent: „Wir werden viel mehr gegängelt, alles wird in eine Passform gebracht, alles muss einordenbar sein, das Denken wird einem abgenommen, die Verwaltung wird mehr, Förderung der Kinder ist ein höherer Anspruch, wir haben weniger Freiheit.“<sup>629</sup> Und andere Fachkräfte ergänzen: „Die Werte haben sich verändert vom Denken zur Dokumentation. Die Eltern haben sich verändert. Jetzt hatten wir die Herzblutseite geschildert, heute sind es mehr Forderungen von den Eltern. Die meinungsbildende Diskussion findet so nicht mehr statt, heute würde kein Elternabend bis nachts um zwei Uhr dauern.“ „Die Elternbeteiligung hat abgenommen, wir sind ein Dienstleister geworden. Bei 20 % gibt es noch eine Wertschätzung, die anderen sehen nur die Defizite. Das hat sich umgekehrt zu früher. Die Ansprüche der Eltern haben sich verändert.“ Die Erzieherinnen führen die veränderte Haltung

---

628 Marita Engel im Interview

629 Einige Stimmen aus dem Interview mit Fachkräften

nicht auf die Professionalisierung, sondern auf die Angst der Eltern zurück: „Der Faktor Angst spielt auch eine Rolle: mein Kind muss gedeihen, es muss bestehen. Der Leistungsanspruch hat enorm zugenommen, Daseinsängste, manche Eltern wären in einer städtischen Einrichtung besser aufgehoben. Aber wir sind auch gezwungen, Eltern aufzunehmen wegen der Förderung.“ Doch immer noch unterscheidet sich die Elternschaft dieser Initiativen von der in städtischen Einrichtungen: „Wir ziehen aber auch die positiven Eltern ab, Eltern, die sich für ihre Kinder interessieren, sie nicht nur abgeben, die sich mit engagieren und sich beteiligen. Dieses engagierte Elternklientel fehlt dann in den anderen Einrichtungen.“

Die Fachkräfte sind sich einig, dass sich auch im Prozess einer stärkeren Strukturierung und durch erhöhte Anforderungen die Arbeit in Elterninitiativen von der Arbeit in städtischen Kitas unterscheidet: „Es ist immer noch eine andere Zusammenarbeit als in den städtischen Kindergärten, wir haben immer noch ein offenes Ohr.“ „Man muss ein gewisses Herzblut mitbringen, wenn man bei uns arbeiten will, es geht nicht nur um Dienst nach Vorschrift. Z.B. mal den Flur fegen.“ „Wir erleben einen höheren Grad an Selbstbestimmung und Sinnhaftigkeit in der Arbeit.“ „Wir praktizieren eine flache Hierarchie. Die funktioniert nicht immer, aber genau so gut wie die staatlich verordnete Hierarchie. Wir haben immer noch verstärkt eine kollegiale Leitung.“ „Ich erwarte auch von meinen Mitarbeiterinnen mehr, ich erwarte Engagement.“ „Und der Krankenstand in öffentlichen Einrichtungen ist höher.“

Und der leitende Pädagoge der Kindergruppe Nora, Markus Grüniger, fasst zusammen: „Pädagogisch ist uns das Familiäre wichtig, wir machen das Alltagsleben gemeinsam, ein bisschen Kinderladenwurzeln ist noch vorhanden. Es gibt aber durchaus einen Wochenplan. Es gibt viele Projektangebote inzwischen: Kochen, Kinderbauernhof, Werkgruppe, Aquariumgruppe, Schwimmen, musikalische Frühförderung. Jetzt haben wir gesagt, es reicht, als eine Mutter auch noch Englischlernen einführen wollte. Früher war noch mehr Chaos. Wir haben uns auch als Erzieher etabliert, die Zeiten, wo Eltern als Vorstand unbedingt eine Spur hinterlassen wollten, sind auch vorbei. Die Konzeption steht. Das erleichtert auch viel. Als ich angefangen habe, war ich der Jüngste und jetzt gibt es nur noch einen Elternteil, der älter ist als ich.“ Und er fügt hinzu: „Wir verstehen uns auch als Dienstleister. Ich habe grade die Homepage umgebaut, da wird gesagt, was das kostet, aber dafür bieten wir auch das und das und das ...“

Diese Charakterisierung bestätigt Stefanie Bredemeier von der Kindergruppe Oase: „Ja, auch die Elterninitiativen sind inzwischen Dienstleister, das war früher nicht das Hauptmerkmal. Wir haben ja immer noch im Namen: Verein zur Förderung kollektiver Kindererziehung, das waren wir damals. Gemeinsam das Beste für unsere Kinder. Klar wollen die Eltern immer noch das Beste für ihre Kinder, aber jetzt geht es ganz klar um eine Dienstleistung. Was bekommen wir für unser Geld und was brauchen wir? Und die Eltern brauchen heute andere Sachen als früher. Und auch bei uns ist die Frage, wie behalten wir unsere Qualität und wie bleiben wir konkurrenzfähig.“

„Fatal ist das schon“, ergänzt Friederike Wagner, „dass wir auf unsere Wirtschaftlichkeit gucken müssen, denn so können wir z.B. ab einem bestimmten Stichtag keine Kinder mehr aufnehmen, weil dann die Zuschüsse nicht kommen. Damit habe ich schon meine Probleme.“ Und Christiane Schwarz vom Verein für Montessori-Pädagogik stimmt zu: „Das war auch der Tenor bei diesem Platzabsprechen. Das ist eine Fehlentwicklung.“

Hier wird also ausschnitthaft deutlich, dass sich die Perspektiven von kleinen Trägern bzw. derjenigen, die die pädagogische und z.T. administrative Arbeit bewältigen müssen, von der des Dachverbandes unterscheidet. Während die Fachberaterinnen auf eine für die Elterninitiativen optimale Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben schauen müssen, erleben die Fachkräfte an der Basis Veränderungen, die nicht nur im pädagogischen Alltag, sondern auch im Verhältnis zu den Eltern und den Vorständen bewältigt werden müssen. Dabei klafft in vielen Fällen eine Lücke zwischen Ansprüchen und Möglichkeiten der Verwirklichung.

„Wir haben auch tolle Eltern, die wollen auch was machen, aber ich habe den Eindruck, die schaffen's gar nicht mehr. Das ist inzwischen so komplex. Die Anträge mache ich mittlerweile, wir haben unsere Finanzen ausgegliedert bei einem ehemaligen Vater, der das eine ganze Zeit ehrenamtlich gemacht hat und jetzt kriegt er einen kleinen Obolus, der macht das toll. Wir haben 12 Elternämter, um die sich auch gekümmert wird. Elternabende werden nicht mehr in riesigem Umfang gemacht, ist auch nicht so der Bedarf. Früher war der Vorstand der Träger, der hat die Elternabende gemacht, heute fragen sie, was wird gemacht, was müssen wir besprechen? Das hat sich geändert, nicht, weil die Eltern doof sind, sondern weil sie auch ganz klar an ihre Grenzen kommen. Auch wo jetzt das neue KiföG kam, wer hat denn da von uns durchgeblickt? Wir hatten Gott sei Dank grade eine Richterin im Vorstand, die Gesetze lesen konnte. Mein neuer Vorstand sind Ärzte, die

sind auch nicht blöd. Aber es ist nötig, es zu verstehen. Und da gibt es wenig, die sich da so engagieren, dass sie sich reinfuchsen, obwohl sie wollen.“<sup>630</sup>

Friederike Wagner bestätigt diese Entwicklung: „Als ich ganz jung angefangen habe, da war ja jeder aus der Elternschaft kompetent und hat mitgeredet über die Erziehung. Das hat sich geändert, jetzt sagen sie: ihr seid das pädagogische Fachpersonal, die Kompetenzen liegen bei Euch.“ „Das kann ich für uns auch unterstreichen. Am Anfang sollte es ja bewusst nicht fachlich sein, aber da wurden viele Erzieher verschlissen, die Eltern hatten die Kompetenzen und die mussten tun, was die gesagt haben. Die Arbeitswelt hat sich aber auch verändert, die Eltern haben nicht mehr so viel Zeit. Früher kamen die ersten vielleicht um 9 Uhr, um halb zwölf waren alle da, heute ist das anders, die Kinder bleiben auch bis 16:30 oder 17:30 Uhr, auch die 1 ½-Jährigen. Wir haben ab 7:30 Uhr geöffnet. Was sich auch verändert hat: die Überlegung, konkurrenzfähig zu bleiben. Vielleicht bieten wir für einen Extrabeitrag noch bis 18:00 Uhr an, damit wir konkurrenzfähig bleiben. Es werden in Zukunft auch viele Einrichtungen wegbrechen in Kassel, weil es zu viele gibt. Das wird sich mit den geburtenschwachen Jahrgängen noch verstärken.“<sup>631</sup>

Dennoch versuchen die Einrichtungen, ursprüngliche Elemente der Elternbeteiligung aufrechtzuerhalten: in einigen Einrichtungen kochen die Eltern einmal in der Woche, und die Fachkräfte kochen einmal die Woche mit den Kindern, einmal die Woche bekommen die Kinder ihr Lunchpaket mit für einen Ausflug. „Das gehört zur Profilschärfung, wir wollen die Abwechslung.“

Markus Grüniger spricht, wie auch andere Fachkräfte, ein Thema an, mit dem sich DAKITS wieder verstärkt auseinandersetzt: den Wechsel von Vorstandsmitgliedern in Elterninitiativen. „Heute sind wir weiter von einer Elterninitiative weg, aber die Eltern finden es gut. Das Hautthema sind die Finanzen. Der Vorstand ist Ansprechpartner und wir wählen auch nur noch Vorstände, von denen wir wissen, die bleiben uns mindestens drei Jahre erhalten. Der letzte war sechs Jahre dabei wegen Geschwisterkindern. Statistik, Gelder beantragen, das mach ich, die müssen natürlich unterschreiben. Jetzt kommt der nächste Vorstandswechsel. Früher gab es viele Bewerbungen für den Vorstand, heute klappt das eigentlich immer,

630 Stefanie Bredemeier, a.a.O.

631 Markus Grüniger, a.a.O. Bei Nora e.V. muss sich der Vorstand nicht an den Eltern-Pflichtstunden, die für Alleinerziehende 20 Stunden und für Eltern 25 Stunden im Jahr betragen, beteiligen. „Der Vorstand macht natürlich viel mehr, er muss in den nächsten Jahren gar nichts mehr machen. Das ist alles nach außen transparent, weil es dokumentiert wird.“

dass sich Freiwillige finden. Früher fing der Vorstand immer bei null an, jetzt bleiben eben zwei noch drin, wenn neue Vorstandsmitglieder kommen. Der Vorstand hat ewig viel zu tun. Jetzt mach ich erst mal alles, damit ich es kennenlerne, dann wollen wir es zusammentragen, damit es der Vorstand auch weiß. Und ich arbeite schon perspektivisch daraufhin, was passiert, wenn wir keinen Vorstand mehr finden? Es war auch schon die Überlegung, ob ich neben einem Elternteil auch Vorstand bin. Es wäre eine konzeptionelle Idee. Geschäftsführung kommt nicht in Frage.“

„Ich glaube“, bestätigt Stefanie Bredemeier, „so funktionieren Elterninitiativen, wo die Leitung viel übernimmt, das bringt Ruhe rein, das entlastet. Das ist bei uns auch so. Problematisch wird es, wenn die Leitung wechselt, ich werde nächstes Jahr aufhören. Wie gibt man das Wissen weiter, und im Vorstand, wie macht man das mit dem Team und da ist es problematisch mit Elterninitiativen.“

Es bleibt also nach wie vor ein starker Unterstützungsbedarf für die kleinen Träger, deren Vorstände durch ihre Konzeption als Elterninitiative häufig wechseln. Anfang 2015 gründet DAKITS u.a. den AK „Kleine Träger“, in dem sich TrägervertreterInnen und für Trägeraufgaben autorisierte Fachkräfte zu einem Brainstorming über die besonderen Bedarfe von ein- und zweigruppigen Kindertageseinrichtungen treffen. Leitfragen sollen sein: Welches sind die besonderen Erfordernisse in der Organisation und wie kann DAKITS dabei unterstützen?<sup>632</sup> „Es hat ein bisschen gedauert, aber jetzt ist der AK gut besucht. Die gehen auch immer ganz zufrieden raus. Haben auch Halbtage-Fortbildungen gemacht, auch für Gesamtteams. Wo wollen wir hin, wo stehen wir grade, Strukturentwicklung usw.“<sup>633</sup>

Und auch 20 Jahre nach Gründung von DAKITS müssen die kleinen Einrichtungen die Probleme von häufigen Vorstandswechseln bewältigen, wie wir gesehen haben. Eltern, deren Kinder die Kita verlassen, stehen in der Regel nicht mehr für eine Vorstandsfunktion zur Verfügung. Zwar gibt es inzwischen Broschüren wie etwa „Betrifft: Vorstandsarbeit“ von Eltern helfen Eltern e.V.<sup>634</sup>, aber immer noch kein Übergangs- bzw. Übergabemanagement für die Vorstände, das den einzelnen Einrichtungen angepasst wäre. In Fortbildungen und im AK „Kleine Träger“

---

632 Vgl. Info-Brief vom Februar 2015

633 Marita Engel im Interview

634 Eltern helfen Eltern e.V., Paritätisches Zentrum, Dahlweg 1121,48153 Münster: „Betrifft: Vorstandsarbeit“, 2016 (12. überarbeitete und ergänzte Auflage). „Und eine ziemlich gute Mappe vom Paritätischen in Baden Württemberg, sowas brauchen wir in Klein, also das ist noch ein Traum, sowas zu machen, bevor ich aufhöre. Alle relevanten Adressen und die Einrichtungen machen das Drumherum.“ Marita Engel im Interview

widmet sich DAKITS dieser Aufgabe. DAKITS kann nach wie vor Reibungsverluste bei Vorstandswechsel auffangen, indem er die die Konstante ist. „Sie wenden sich dann häufig an uns. Wir konservieren das Wissen. Wir haben einen gemeinsamen Server, wichtige Papiere, Vertragsmuster usw. Und wenn wir fragen, brauchen Sie das und das, dann schicken wir ihnen das zu. Das ist unser Service. Das legen wir auf unserer Plattform ab.“<sup>635</sup>

In den einzelnen Einrichtungen hängt es immer noch stark von den Vorständen ab, ob er für die Nachfolger Handlungsorientierungen hinterlässt. „Auch die Fachkräfte vermitteln nicht wirklich, was die Vorstandsarbeit bedeutet, oder sagen, dass sie viel übernehmen würden, damit das überhaupt jemand übernimmt. Die Vorstände haben meistens keine Zeit. Manche delegieren die Finanzen, oder sie wurschteln sich durch. DAKITS sagt immer, sie sollen einen Finanzplan übers Jahr machen, das gelingt auch nicht immer. Dann bekommen manchmal Fachkräfte nicht rechtzeitig ihr Geld, weil sie nicht liquide sind. Oder sie kaufen zu viele Fachkräfte ein. Im Frühherbst wird es ein Seminar geben mit dem Titel: Und plötzlich Vorstand. Dass die so ein Grundwissen bekommen. Mit der Bitte an die Fachkräfte, das an den Vorstand weiterzugeben.“<sup>636</sup>

Und selbst wenn viele Leitungsaufgaben an Fachkräfte delegiert werden, haben Vorstände „immer noch genug zu tun. Die Finanzen, Einstellungen, das machen sie meistens mit den pädagogischen Leitungen zusammen, wenn sie eine haben. Dazu kommt die Arbeitgeberfürsorge. Den neuen Vorständen ist oft gar nicht bewusst, dass sie in einer Arbeitgeberposition sind. Die kommen oft wie die Jungfrau zu ihrem Kinde in ihrem Job.“<sup>637</sup>

Zwar hat die Professionalisierung auch Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen Vorstand und Fachkräften. DAKITS muss aber auch heute noch in einigen Einrichtungen zwischen dem Vorstand und den pädagogischen Fachkräften vermitteln. „Ein Problem ist noch, dass die Vorstände oft in die pädagogische Arbeit eingreifen. Solche Übergriffe sind immer noch Thema. Oder dass sie sagen, dass Fortbildungen unnötig seien für Fachkräfte. Und wenn dann die Leute weglaufen, dann geht DAKITS mit dem Vorstand ins Gespräch. Oder DAKITS gibt einem Vorstand Impulse, wenn er eine neue Leitung einstellen will. Das wird gern in Anspruch genommen. Daraus entwickelt sich auch eine Arbeitgeberhaltung. Denn es liegt

---

635 Ebd.

636 Ebd.

637 Ebd.

oft nicht an der Person, sondern an einem Machtvakuum, dass der Arbeitgeber seine Funktion nicht ausfüllt. Und sich dann die alt eingesessenen Fachkräfte diese Funktion nehmen. Dass sie von einer lange vorhandenen Situation nicht abrücken wollen, es ist dann eben immer schon so gewesen.“<sup>636</sup> Allerdings berät DAKITS bzw. Marita Engel einzelne Fachkräfte nicht in einer Konfliktsituation.

„Wenn jemand einen Konflikt mit dem Träger hat, dann sagt Antje Proetel ihnen optional, wohin sie sich wenden können. Denn ich bin zu nah dran an ihnen.“<sup>639</sup>

Zwei weitere Ziele waren mit dem Reorganisationsprozess angestrebt: die „Entwicklung und Festigung einer starken Position und eines markanten, wiedererkennbaren Profils der selbstorganisierten Einrichtungen im Spektrum der Trägervielfalt sowie im Bereich der Interessensvertretung in Kassel“ und eine gute Vernetzung mit anderen Trägern und der Einrichtungen untereinander. Auch sie kann man, betrachtet man die Arbeit in den letzten Jahren, als erreicht betrachten.

So kann DAKITS e.V. 20 Jahre nach seiner Gründung sagen: „Was damals als exotisch galt, ist heute Normalität.“<sup>640</sup> Nicht nur bei der Betreuung der unter Dreijährigen ist die Pionierrolle von DAKITS in die Kasseler Kita-Geschichte eingegangen.

## Pioniere bei der Betreuung der unter Dreijährigen

Kasseler Dachverband der freien Kindertagesstätten wird 20 Jahre alt – 35 freie Träger sind im Dakits organisiert HNA 27.12.2013

KASSEL. Was improvisierte Elterninitiativen in den 90er-Jahren auf die Beine stellten, ist zu einer wichtigen Säule der Kinderbetreuung geworden. In den Kindertagesstätten freier Träger wurden schon damals Kinder unter drei Jahren betreut. „20 Jahre bevor der Bundestag einen Rechtsanspruch darauf beschlossen hat“, sagt Antje Proetel, Geschäftsführerin des Dachver-

bands der freien Kindertagesstätten in Kassel (Dakits). Ihr Verband ist in diesem Jahr 20 Jahre alt geworden.

Proetel kann sich noch an die 80er-Jahre erinnern, als Frauen gezwungen waren, sich zwischen Beruf und Kindererziehung zu entscheiden. Viele Arbeitgeber seien nicht bereit gewesen, den Arbeitsplatz junger Mütter freizuhalten, bis diese zurückkehren



Antje Proetel

konnten. Aus dieser Situation heraus hätten sich Eltern zusammengeschan, um selbst eine Betreuung zu organisieren. Neue Konzepte wurden ausprobiert, die Eltern erhielten Mitspracherechte bei der Kita-Betreuung.

Was damals als exotisch galt, ist heute Normalität. Neben 31 städtischen und 13 kirchlichen Kitas gibt es etwa 50 freie Träger in der Stadt Kassel. 35 davon sind im Dakits organisiert und unterhalten 51 Kitas.

Ein aktuell diskutiertes Thema in den Kitas sei die stärkere Einbindung männlicher Erzieher, sagt Proetel. Studien hätten ergeben, dass die Mi-

schung weiblicher und männlicher Rollenvorbilder dazu beiträgt, dass Kinder sich besser entwickeln können. Inzwischen verfolgten die freien Kitas ganz vielfältige Konzepte. Neben kleinen, eingruppierten Kitas mit familiärer Atmosphäre hätten sich größere Einrichtungen mit besonderen Schwerpunkten und längeren Betreuungszeiten etabliert. (bal)

Auch im Kampf um die Anerkennung und finanziellen Ausstattung von Elterninitiativen als Organisationsform kleiner Träger ist DAKITS erfolgreich gewesen. Dass die Finanzierung von DAKITS im kommunalen Haushalt immer noch eine freiwillige Leistung ist, die in den vergangenen 18 Jahren auf gleichem Niveau geblieben ist, wird 2013 von der Geschäftsführerin Antje Proetel in einem Brief an die Jugendamtsleiterin angesprochen. Darin führt sie aus, dass die inhaltliche Beratungsarbeit durch viele Neubestimmungen und Verordnungen auf Landes-

636: Antje Proetel im Interview

639: Marita Engel im Interview

640: „Pioniere bei der Betreuung der unter Dreijährigen“. HNA vom 27.12.2013

und Bundesebene herausgefordert und quantitativ erheblich ausgeweitet wurde. „Aktuell sind 35 freie Kita-Träger mit über 100 Gruppen an 51 Standorten im Stadtgebiet unter dem Dach von DAKITS e.V. organisiert. Diese bieten Plätze für über 2.000 Kasseler Kinder. DAKITS trägt damit auch in erheblichem Umfang zur Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Krippen- und Kitaplätze bei. Seit 1998 (dem ersten Vertrag mit der Stadt Kassel, R.B.) hat sich die Anzahl der von DAKITS betreuten Kitaplätze mehr als vervierfacht.“<sup>641</sup> In einer Aufstellung vergleicht sie die Zahlen von 1998 und 2013 und hält die prozentualen Erhöhungen fest:<sup>642</sup>

	2013	1998
<b>Zuwendung der Stadt Kassel für Personal- und Sachkosten</b>	<b>€ 70.759,94</b>	<b>€ 55.730 (109.000 DM)</b>
Betreuungsplätze	2.000	500
Träger	35	22
Gruppen	100	25
Pädagogische Fachkräfte	400	80
Arbeitskreise	4	2
Fortbildungsangebote (Konzeption, Organisation und Durchführung)	7 pro Jahr	2 pro Jahr
Gründungsberatungen	nicht gestiegen	
Erhaltungsberatungen	150 %	100 %
Fachberatung von Eltern, Erzieherinnen, Teams und Gruppen	400 %	100 %
Organisation und Durchführung von Diskussionsreihen, Seminaren, Fortbildungsveranstaltungen	400 %	100 %
Vermittlung von Betreuungsplätzen	200 %	100 %
Vernetzung der Einrichtungen	400 %	100 %
Beratung durch gesetzlich vorgegebene Themen (Kinderschutz, Konzeptionsberatungen zu Partizipation, Beschwerdemanagement, BEP)	„vervierfacht durch Anzahl + 100 %“	

„Die Durchführung der Tätigkeiten auf diesem hohen Niveau in den vergangenen Jahren ist der finanziellen Beteiligung der Mitglieder, jedoch vor allem dem besonderen Engagement der Mitarbeiterinnen und dem ehrenamtlichen Einsatz von einem Vorstandsmitglied zu verdanken“, heißt es in der Aufstellung weiter. „Dieses ist jedoch in dieser Form nicht länger zu leisten, ohne gesundheitliche

641 Brief an Frau Osterbrink, Jugendamtsleiterin vom 17.10.2013

642 Papier „Vertrag mit der Stadt“, undatiert, ohne Autorenangabe (aus dem Inhalt kann man schließen, dass es von Antje Proetel und aus dem Jahr 2013 ist), vermutlich als Anhang zum Brief an die Jugendamtsleiterin

Grenzen dauerhaft zu überschreiten. Geplant ist die Einrichtung eines Arbeitsplatzes und Personalkosten für eine halbe Verwaltungsstelle, Stundenaufstockung der Mitarbeiterinnen, Verlagerung der Verantwortlichkeit von Vorstand auf Geschäftsführung, Erweiterung der Raumkapazitäten.<sup>643</sup>

Mit dem Brief hatte Antje Proetel um ein Gespräch gebeten, um die Modalitäten des Vertrages, der noch aus dem Jahre 1998 stammt und in der lediglich eine Dynamisierung der jährlichen Zuwendung festgehalten ist, zu besprechen. „Wir haben nur den Status quo erhalten, wir bekommen das Gleiche wie vor 18 Jahren, natürlich eine Dynamisierung. Aber wir beraten ja sehr viel mehr Einrichtungen, Fachkräfte usw. Das ist ja ca. das Vierfache. Und die Vorstände als Ehrenamtliche haben ja erheblich weniger Zeit als vor 18 oder 20 Jahren.“<sup>644</sup>

Die Stadt Kassel lehnt 2014 eine Erhöhung der Zuwendung ab. „Sie haben den Vertrag angeschaut und gesagt, das alles wollen wir ja auch nicht mehr. Und sie hätten den Eindruck, DAKITS sei ein Fortbildungsinstitut. Wir haben dann eine Ergänzung zum alten Vertrag gemacht, haben Sachen aus dem alten Vertrag gestrichen und neue im Anhang aufgenommen.“<sup>645</sup>

Die „Erläuterungen zum Vertrag vom 01.01.1998 über die Durchführung der Fachberatung für die Träger freier Kindertageseinrichtungen“ lauten:

„Die in § 1 genannten Ziele des Dachverbandes werden im Folgenden differenziert erläutert:

- Fachberatung von Eltern, Erzieherinnen, Teams und Gruppen
- Erläuterung: Hauptziel ist die Gesamtheit aller Akteure einer Kinderbetreuungseinrichtung und damit auch die ehrenamtlichen Vorstände, welche die Verantwortung für den Betrieb und die Entwicklung der Einrichtung tragen. Die Beratung der Vorstände ist dabei von zentraler Bedeutung, um die strukturell bedingten Nachteile fehlender personeller Kontinuität der Vorstände auszugleichen sowie deren Leitungskompetenz zu erweitern. Des Weiteren soll die Vielfalt der pädagogischen Konzepte und die Unterschiedlichkeit der Träger in ihrer Organisationsform beibehalten werden.

---

643 Undatierter Brief, a.a.O.

644 Antje Proetel im Interview

645 Ebd.

Weitere Ziele sind:

Gründungsberatung nach den Richtlinien für Kitas, Finanzierbarkeit, Konzeption, Organisation und Verwaltung

- Erläuterung: Um dauerhaft und erfolgreich den Betrieb einer Kindertageseinrichtung zu gewährleisten, ist es erforderlich, bei Bedarf die Gründungsberatung als begleitende Erhaltungsberatung mit dem Ziel der Bestandssicherung und der Optimierung der Aufbau- und Ablaufstrukturen fortzuführen.
- Vermittlung von Kontakten zu Behörden, Institutionen und Dienstleistungsanbieter
- Erläuterung: Das meist im Zusammenhang mit der Erfüllung bzw. Änderung gesetzlicher Rahmenbedingungen (z.B. Unfallkasse, Brandschutz, Rahmenbetriebserlaubnisse, Kinderschutz etc.) stattfindende Vermittlungsangebot schließt die damit einhergehende Koordination und Beratung mit ein. Dabei ist das Jugendamt wichtiger Kooperationspartner. Organisation und Durchführung von Diskussionsreihen, Seminaren und Fortbildungsveranstaltungen

Erläuterung: Durch diese und andere Formen der Wissensvermittlung werden Kindertageseinrichtungen bei der Weiterentwicklung ihrer Organisationsformen und ihrer pädagogischen Konzepte unterstützt. Praxisberatung zur Verbesserung der Betriebsführung und Erweiterung der administrativen Kompetenz stehen dabei im Vordergrund.

- Vernetzung der Einrichtungen und Organisation von Erfahrungsaustausch
- Erläuterung: keiner weiß so viel wie alle zusammen. Vernetzung und die Möglichkeit, von anderen zu lernen, unterstützt die Kindertageseinrichtungen bei der Erfüllung ihres pädagogischen Auftrags und der gesetzlichen Anforderungen wie z.B. der Weiterentwicklung der Konzeptionen und der Qualitätssicherung und –entwicklung. Die darüber hinaus erforderliche trägerübergreifende Vernetzung wird über die Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII gewährleistet.<sup>646</sup>

In der Folge gestaltet DAKITS den Tätigkeitsbericht so, dass „klar wird, wir beschränken uns auf das, was gesetzlich vorgeschrieben ist. Für alles darüber

<sup>646</sup> Diese Erweiterung zum Vertrag vom 01.01.1998 wurde am 08.04.2014 von Judith Osterbrink vom Jugendamt der Stadt Kassel und Antje Proetel sowie einem Vorstandsmitglied (unleserliche Unterschrift) unterschrieben.

hinaus hätte die Stadt keine Veranlassung zu zahlen.“ „Wir haben ganz genau geschaut, welche Paragraphen kommen in Frage für die Beratungstätigkeit. Wo steht was von Weiterbildung, usw. Wir wollten damit ganz deutlich machen, was ist unsere Aufgabe, eine breitere Staffellung. Denn wir bekommen ja auch Gelder vom Land, z. B. für BEP.“<sup>647</sup>

So können Antje Proetel und Marita Engel durch zusätzliche Landesmittel für BEP-Beratung ihre Stellen um je fünf Wochenstunden aufstocken. Eine dringend benötigte halbe Stelle für eine Verwaltungskraft wird ebenfalls aus den zusätzlichen Landesmitteln für Beratung nach dem hessischen Erziehungs- und Bildungsplan und aus Organisationsbeiträgen, bzw. dem, was DAKITS zusätzlich (etwa für bestimmte Fortbildungen) bekommt, bestritten. „Das ist aber mehr als knapp und auf Dauer ohne zusätzliche Mittel in Zukunft schwer zu finanzieren.“

Im Vergleich zwischen den früheren Tätigkeitsberichten kann man die Erweiterungen der Arbeit von DAKITS e.V. gut erkennen:

### **Tätigkeitsbericht 2015**

*Der Dachverband der freien Kindertageseinrichtungen Kassel – DAKITS e.V. – berät und unterstützt seine 35 Mitgliedsorganisationen mit derzeit 45 Standorten im Stadtgebiet insbesondere bei Fragestellungen zu den nachfolgenden Paragraphen des Sozialgesetzbuchs VIII und des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuchs:*

- *§ 8b Fachliche Beratung und Begleitung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen*
- *§ 22-22a Grundsätze der Förderung/ Förderung in Kindertageseinrichtungen für Kinder*
- *§ 24,2-5 Beratung über das Platzangebot und die pädagogische Konzeption*
- *§ 25 Unterstützung selbst organisierter Förderung von Kindern*
- *§ 45 Erlaubnis für den Betrieb einer Einrichtung*
- *§ 47 Meldepflichten*
- *§ 72,3 Sicherstellung von Praxisberatung und Fortbildung*
- *§§ 25, 26, 27, 32 des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches (Regelung der Mindeststandards für Einrichtungen, Aufgaben, Zusammenarbeit mit Eltern, Landesförderung)*

<sup>647</sup> Ebd. „Seit 2014 haben wir im Fokus, dass unsere Tätigkeitsbereiche trennschärfer geworden sind. Dass Antje in die Trägerberatung reingehet und ich in die Praxisberatung mit den Fachkräften. Das ist auch dieser Verhandlungssituation geschuldet, dass wir genau geschaut haben, wie wir uns aufstellen.“

*Mit dem regelmäßig evaluierten, weiterentwickelten und an die Bedarfe angepassten Beratungsangebot richtet sich die Fachberatung in erster Linie an die meistens ehrenamtlichen Trägervertretungen der Einrichtungen. Durch die Angebote der Fachberatung soll sichergestellt sein, dass der Prozess der Qualitätsentwicklung weitergeführt und die Eigenverantwortung und Handlungskompetenzen der Trägerverantwortlichen gestärkt wird.*

*Darüber hinaus erhalten die pädagogischen Führungs- und Fachkräfte Unterstützung und Beratung für die alltägliche praktische Arbeit in den Kitas. Praxistransfer und direkte Anwendungsmöglichkeiten stehen in diesen Beratungsangeboten immer im Vordergrund.*

*Für Leitungspersonal steht zusätzlich seit Ende 2015 ein regelmäßig stattfindendes Leitungs-Arbeitstreffen auf der Managementebene statt. Hier wird der Blick besonders auf die Zusammenarbeit der Führungskräfte mit den ehrenamtlichen Vorständen gerichtet. Leitung als Konstante rückt in den Mittelpunkt und unterstützt die wechselnden Vorstände nachhaltig.*

*DAKITS e.V. verfolgt das Ziel, auch in Zukunft die Vielfalt der Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft von Elterninitiativen, Vereinsinitiativen oder gGmbH im Stadtgebiet Kassel als festen Bestandteil zu etablieren und deren individuelle Qualitätsentwicklung zu unterstützen. Eltern wird weiterhin eine Wahlmöglichkeit aus unterschiedlichen pädagogischen Konzepten, wie Sport- und Bewegung, Montessoripädagogik, Waldorfpädagogik, Schwerpunkte in der Wald- oder Musikpädagogik uvm. geboten.*

*Damit die Einrichtungen immer zeitnah auf gesetzliche Anforderungen reagieren können, richtet sich das Augenmerk auf die Entwicklung im bildungspolitischen Bereich.*

*Der Dachverband deckt mit seinem Beratungsangebot zudem diese verschiedenen Säulen ab: Beratungs- und Infoservice, Fortbildung und Qualifikation, Vernetzung und Koordination, Lobbyarbeit, Interessensvertretung und Öffentlichkeitsarbeit. Details sind im Verlauf des Tätigkeitsberichtes zu finden.*

*Schwerpunkte der Fachberatung im Jahr 2015: Das Jahr 2015 stand weiterhin im Fokus der Einführung des Hessischen Kinderförderungsgesetzes und den damit verbundenen Änderungen und Verpflichtungen für Einrichtungen und Fachberatung.*

*Die Konzeptionsberatung hat einen großen Umfang eingenommen, da viele Einrichtungen eine neue Rahmenkonzeption beantragt haben. Erforderliche Ergänzungen und/oder Änderungen, in den Themen Qualitätssicherung – und Entwicklung,*

Beschwerdeverfahren für Kinder und Eltern, Kinderschutz sowie Beteiligungsverfahren für Kinder und Eltern sind immer individuell an die jeweilige Einrichtung mit ihren Alleinstellungsmerkmalen angepasst worden.

Grundlage und Leitfaden für die pädagogische Umsetzung waren die Inhalte des Hessischen Bildungs- und Erziehungsplans.

Das Qualitätsziel im Managementbereich ist darauf gerichtet, dass in allen Einrichtungen eine Leitung benannt und mit den nötigen Kompetenzen und Ressourcen ausgestattet wird.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt war die Arbeitsgesundheit von pädagogischen Fachkräften. Die Inhalte wurden im diesjährigen Fachtag thematisiert und vertieft. Die Kinderschutzberatung nach § 8b ist von den Einrichtungen aktiv in Anspruch genommen worden.

#### **Weitere Themenbereiche im Jahr 2015 waren zum Beispiel:**

- DAKITS hat aktiv den Ausbau von Betreuungsplätzen im Rahmen von Gründungs- und Projektberatung und der Mitarbeit in städtischen Gremien und Arbeitsgruppen unterstützt und begleitet
- Überlegungen zu Qualitätsstandards im Hort
- Die geplante Fortbildungsreihe 2015 ist durchgeführt worden
- Die Gestaltung der Fortbildungs- und Beratungsangebote für das Kalenderjahr 2016 orientiert sich an den aktuellen Bedarfen der TrägervertreterInnen besonders bzgl. KiföG und der pädagogischen Führungs- und Fachkräfte unter der Anwendung des HBEP
- Das trägerübergreifende Netzwerk für Kinderschutzfachkräfte im Stadtgebiet Kassel hat sich 2015 zweimal zum fachlichen Austausch und der kollegialen Beratung getroffen
- Das jährliche Trägertreffen für Mitglieder ist zum Thema „Fragen zum Arbeitsrecht“ durchgeführt worden
- Regelmäßige Arbeitstreffen für Leitungen und Fachkräfte zum Hessischen Bildungs- und Erziehungsplan sind durchgeführt worden
- Vertiefung zu den Fragestellungen aus dem Hess. Kinderförderungsgesetz ist erfolgt
- Pflege der eigenen Datenbank, bzw. des Adressenpools
- Suche und Vermittlung von Springkräften, Zusammenarbeit mit einer Personalagentur

- *Erweiterung und Pflege der Kontakte zu BeraterInnen, DozentInnen und FortbildnerInnen*
- *Erstellen und Weiterentwicklung des DAKITS-Jahreskalenders mit wichtigen Terminen für Einrichtungsträger und Fachkräfte*
- *Erweiterung, Pflege und Aktualisierung der DAKITS-Homepage*
- *Erstellen und Ergänzen von Info- und Beratungsmaterial zu aktuellen Themen*

*Übersicht über die Angebote in den einzelnen Beratungs-Säulen:*

### **Beratungs- und Info- Service**

*Die telefonische Beratung ist ein unmittelbares und niedrigschwelliges Angebot für Mitglieder (TrägervertreterInnen, Eltern aus den Mitgliedseinrichtungen, Fachkräfte). Das Beratungsangebot bietet schnelle, konkrete Hilfe und Antworten bei der Suche nach Informationen.*

*Die Anfragen umfassen ein weites thematisches Spektrum rund um Administration, Organisation und Pädagogik in Einrichtungen der freien Träger - von „A“, wie Aufsichtspflicht bis „Z“, wie Zuschüsse und öffentliche Mittel.*

*Im Einzelnen sind telefonische Beratungen im Jahr 2015 auch häufig zu folgenden Themen durchgeführt worden:*

*Berechnung der Gruppenzuschüsse nach KiföG, Umsetzung von Integration und Inklusion, Hess. Bildungs- und Erziehungsplan, Vertragsfragen zu KiTa-Verträgen, Unterbringung von Gastkindern und Flüchtlingskindern, Kooperationen bei Ferienschlusszeiten, Rahmenbetriebserlaubnis, Eingruppierung und Tarife des TVöD, Praktikanteneinstellung, Gehaltsabrechnung, Personalführung, Berechnung von Fachkraftstunden, Aufgabenverteilung Leitung – Träger, Arbeitsvertragsbedingungen, Öffnungszeiten, Dienstplangestaltung, Arbeitsschutz, Medizinischer Dienst, Nahrungsmittelhygiene in der Kita, Aufsichtspflicht, Kinderschutz, Versicherung für Vorstandsmitglieder, Elternberatung bei der Suche nach einem geeigneten Platz, Landesförderung, Kontaktvermittlung zu anderen Einrichtungen, Anfrage zu Vertretungskräften, Delegation und Einsatz von Eltern und damit einhergehender Versicherungsschutz, Aufnahmekriterien für die KiTa, Infektionsschutzgesetz, Gefährdungsbeurteilung, Leitungsrolle, Finanzberatung, Aufnahme auswärtiger Kinder, Berechnung von Fehlzeiten, Arbeitszeitkonten, Geschäftsführung in der KiTa und vieles mehr.*

*Auch im Jahr 2015 wurden wöchentlich ungefähr 45 telefonische Beratungsanfragen, oft mit umfangreichen Recherchen und schriftlicher Bereitstellung von Info-*

material durch eMail, bearbeitet. Die eMail – Beratung ist ein zusätzliches Angebot im Anschluss an die Telefonberatung. Per Mail werden konkrete Fragestellungen ausführlich schriftlich beantwortet.

Kinderschutzberatungen wurden im Jahr 2015 wieder aktiv in Anspruch genommen. In ihrer Funktion als Insofern erfahrene Fachkraft hat die Fachberatung 14 ausführliche Beratungsprozesse und telefonische Kurzberatungen zu Kindeswohlgefährdungen durchgeführt. Der zeitliche Aufwand hat inklusive Beratung vor Ort in den Einrichtungen, anschließender Dokumentation sowie Nachbesprechung haben ca. 28 Stunden betragen. Für die Mitglieder von großem Vorteil sind die gegenseitige unterstützende Fallberatung und der Austausch der beiden Kinderschutzfachkräfte des DAKITS. Darüber hinaus vertreten sie sich in Abwesenheit. So ist jederzeit eine Ansprechperson in Kinderschutzangelegenheiten vor Ort.

Individuelle Beratungen sind von Einzelpersonen, Teams und Gruppen in Anspruch genommen worden. Themen waren z.B. interne Organisationsentwicklungsprozesse, Vorstandswechsel, Konflikte und Krisen, häufig ging es um Finanzplanung. Die Beratungen haben teils in der Beratungsstelle und gelegentlich in den Einrichtungen stattgefunden.

Im Berichtszeitraum fanden mehrere ausführliche Beratungen zum Erhalt von Einrichtungen statt. Diesbezüglich hat die Fachberatung intensiv mit der Kitaaufsicht zusammengearbeitet. Die Gründungsberatung dient der Information und prozessorientierten Unterstützung von Personen und Gruppen, die eine selbst organisierte Einrichtung planen und aufbauen wollen. In 2015 haben vier ausführliche Gründungsberatungen stattgefunden.

Der DAKITS-Infobrief ist 2015 Jahr fünfmal an die Mitglieder gesandt worden. Im Infobrief werden zeitnah gestellte Beratungsfragen aufgegriffen und aktuelle Informationen für Träger und Fachpersonal kompakt und gebündelt zur Verfügung gestellt.<sup>648</sup> Der speziell entwickelte DAKITS-Kalender wird den Einrichtungen als Planungshilfe Ozur Verfügung gestellt, um eine Jahresübersicht aller Angebote des DAKITS zu bieten.

---

648 Die Info-Briefe enthalten seit 2011 regelmäßige Rubriken wie „Neues aus Pädagogien- einem unbekanntem Land“; ausführliche Infos zu Rechtsfragen wie: Was passiert, wenn mein Kind abhanden kommt? Wie verhalten Sie sich bei kindlichen Doktorspielen? Sicherheit bei Eis und Schnee, Hygiene bei Speisen, Sorgerecht, Aufsichtspflicht und Haftung bei Ausflügen, Versteuerung von Mittagsverpflegung für die Fachkräfte, Eingruppierung der MitarbeiterInnen, Eintragungsfähigkeit von Elterninitiativen, mein Kind darf allein nach Hause gehen, das A und O der Vorstands-Versicherungen, beachten Sie den Unterschied bei E-Mails von cc und bcc, vom Umgang mit Bewerbungsunterlagen, ausführliche Infos zum Thema Finanzen wie Steuerfreibeträge, KVG-Jobtickets, Spendenbescheinigungen, Finanzverantwortung in Kitas, Urlaubsgeld

## **Fortbildung und Qualifikation**

Die Fortbildungsangebote und Informationsveranstaltungen des Dachverbands orientieren sich an den Bedarfen der Trägervertretungen und Fachkräfte und dienen der Wissensvermittlung. Sie greifen aktuelle Themen, gesetzliche Vorgaben sowie Fragestellungen aus den betrieblichen und pädagogischen Abläufen auf. Das wichtigste Leitziel ist bei der Planung die Berücksichtigung von Transfer und Umsetzung der erworbenen Kenntnisse in den Alltag. Zudem haben alle Informations- und Fortbildungsveranstaltungen einen Bezug zu den Inhalten des Hessischen Bildungs- und Erziehungsplans (HBEP).

2015 war ein besonderer Seminar-Schwerpunkt die Arbeit mit (traumatisierten) Flüchtlingskindern und deren Familien sowie die praktische Umsetzung der Brandschutz- und Evakuierungsordnung. Zu diesen Themen hat DAKITS mit externen Experten als Seminarleitung zusammengearbeitet. DAKITS konzipiert Arbeitstreffen für Träger und Fachkräfte, organisiert und koordiniert Seminare und Fachtagungen.

Folgende **DAKITS-Veranstaltungen** sind 2015 geplant und durchgeführt worden:

- Neun Arbeitstreffen zum Hessischen Bildungs- und Erziehungsplan für Leitungen und Fachpersonal
- Ein Fachtag „Gesundheit für päd. Fachkräfte“
- Ein Leitungsarbeitstreffen (neu eingeführt)
- Vier Netzwerktreffen für Hortleitungen
- Zwei trägerübergreifende Arbeitskreise für Männer
- Zwei Brandschutz- und Evakuierungsseminare
- Zwei DAKITS-Trägertreffen
- Drei ganztägige Fortbildungsseminare (eins dreitägig)
- Eine dreiteilige Seminarreihe zum Thema Marte Meo
- Eine fünfteilige Beratungsreihe zum Thema Praxisanleitung
- Zwei trägerübergreifende Netzwerktreffen Kinderschutzfachkräfte Stadtgebiet Kassel

## **Vernetzung und Koordination**

„Keiner weiß so viel, wie alle zusammen.“ Um den selbstorganisierten Kindertageseinrichtungen zeitnah und regelmäßig einen fachlichen Informationstransfer für die nachhaltige Qualitätsentwicklung zu bieten, legt DAKITS großen Wert auf eine gut

*funktionierende Vernetzung und Koordination und arbeitet eng mit dem Jugendamt zusammen.*

*Fachthemen, Entwicklungen und Ereignisse auf der kommunalen und überregionalen Ebene werden durch schriftliche Informationen weitergeleitet. Durch regelmäßig stattfindende Arbeitstreffen und Trägerkonferenzen bietet DAKITS seinen Mitgliedseinrichtungen auf verschiedenen Ebenen eine wichtige Vernetzungsplattform.*

*Im Jahr 2015 fanden Kooperationen, Arbeitstreffen und Zusammenarbeit in Gremien, Arbeitsgruppen und Fachausschüssen sowie die Organisation von Arbeitsgruppen und Netzwerktreffen statt mit:*

- *Landesarbeitsgemeinschaft freie Kinderarbeit Hessen – LAG*
- *Der Paritätische - Fachgremien des Paritätischen Landesverbands*
- *Bundesarbeitsgemeinschaft der Elterninitiativen – BAGE e.V.*
- *AG Qualität; Arbeitstreffen der Fachberatungen aller Träger in Kassel*
- *Jugendhilfeausschuss, AG-Kita-Steuerung*
- *Besprechungen mit Seminarleitungen zur Gestaltung der DAKITS-Fortbildungen*
- *Austausch zwischen Fachberatungen anderer Träger und DAKITS zur weiteren perspektivischen Zusammenarbeit*
- *Mitwirkung im Sozialbeirat der Elisabeth-Knipping-Fachschule*
- *Fachlicher Austausch mit Fachlehrern des Fröbelseminars*

*Darüber hinaus pflegt DAKITS die Zusammenarbeit mit folgenden Partnern:*

- *Kasseler Familienberatungszentrum*
- *Familienberatungsstellen der Diakonie und der Caritas*
- *Universität Kassel*
- *Jugendamt des Landkreises Kassel*

### **Öffentlichkeitsarbeit**

*DAKITS e.V. übernimmt nach wie vor eine zentrale Vermittlungsfunktion zwischen den Mitgliedern und den EntscheidungsträgerInnen aus Politik und Verwaltung. Fragestellungen und Berichterstattung zur Umsetzung und Weiterentwicklung des KiföG und mit seiner Fördersystematik, Weitergabe von Pressemitteilungen des Regierungspräsi-*

diums Kassel zu relevanten Themen, Zusammenarbeit und Austausch in verschiedenen Fach- Gremien seien hier als Beispiele genannt.

In der lokalen Presse hat sich DAKITS e.V. in 2015 z.B. zu den Themen „Eingewöhnung von U-Dreijährigen“; sowie zu „Arbeitsgesundheit von pädagogischen Fachkräften“ geäußert.

### **Vorstand**

Der ehrenamtliche Vorstand von DAKITS e.V. bestehend aus vier Personen ist verantwortlich für die Führung des Dachverbandes. Auch in 2015 fand eine intensive Zusammenarbeit mit den Hauptamtlichen statt. Er stand ihnen in verschiedenen Sachfragen beratend und flankierend zur Seite. Die Vorstände nahmen persönlich an zwei Sitzungen der AG Kita- Steuerung- und Planung und an je einem Gespräch mit der Dezernentin und der Jugendamtsleitung teil.

### **Anlagen**

- DAKITS Infobrief
- Einladung Arbeitstreffen für Leitungen
- Einladung Arbeitstreffen Bildungsplan
- Flyer DAKITS Fortbildungsreihe 2016
- Flyer DAKITS Fachtag „Gesundheit“
- „DAKITS-Kalender 2016“ in DIN A 4 Format

Kassel, im März 2016

## ***Erneuter Wechsel mit neuem Vorstand – zurück zu den Wurzeln?***

2013 kündigen vier der fünf Vorstandsmitglieder an, dass sie nach sechs Jahren aus beruflichen und privaten Gründen bei der nächsten Wahl im kommenden Jahr nicht mehr antreten werden. Sie schlagen deshalb u.a. vor, „Veränderungen in Bezug auf haftungsrechtliche Vorgänge“ zu erarbeiten.<sup>649</sup> Konkret bedeutet das, der Geschäftsführerin Antje Proetel eine erweiterte Unterschriftsberechtigung zu erteilen und dies in der Satzung zu verankern. Nachdem die Satzungsänderung angenommen wurde, kann sich die Geschäftsführerin nun „frei im verabschiedeten Haushalt bewegen.“ Um das Haftungsrisiko für sie zu minimieren, wird eine Haftpflichtversicherung abgeschlossen.

<sup>649</sup>Vgl. Protokoll der außerordentlichen MV am 26.06.2013

Die erweiterten Kompetenzen der Geschäftsführerin werden mit der Notwendigkeit einer kontinuierlichen professionellen Struktur innerhalb des Dachverbandes und dem Wunsch nach einer Entlastung des kommenden Vorstandes begründet. Denn ähnlich wie in den Mitgliedseinrichtungen wird auch bei DAKITS immer wieder ein Wechsel der Vorstandsmitglieder stattfinden. „Ich bin nun im Registergericht eingetragen mit dem Vorstand zusammen, bin zeichnungsberechtigt mit einem Vorstandsmitglied zusammen, bin besondere Bevollmächtigte. Das wurde alles öffentlich gemacht und in die Satzung eingetragen. Das hat auch beinhaltet, dass ich weisungsbefugt bin gegenüber den Mitarbeiterinnen in der Geschäftsstelle. Das war vorher nicht.“<sup>650</sup>

In der neu konzipierten Struktur ist vorgesehen, dass der Vorstand die Arbeit der Geschäftsführerin und der Fachberaterin „flankierend begleitet“. „Wir wollen ihn so wenig wie möglich in Anspruch nehmen, aber natürlich gibt es einen Informationsaustausch.“ Der Vorstand ist weiterhin weisungsbefugt gegenüber der Geschäftsführerin. „Ich will ja auch inhaltlich nicht machen, was ich will. Da soll der Vorstand schon die grobe Richtung vorgeben und ein Gegenüber sein.“<sup>651</sup>

Eine weitere Satzungsänderung wird ebenfalls 2013 beschlossen: DAKITS wird einen Beirat einrichten, in den auch externe Mitglieder gewählt werden können. Er soll mit seinen Kompetenzen die Arbeit von DAKITS unterstützen und begleiten.<sup>652</sup>

Auf der Mitgliederversammlung im April 2014 blickt der Vorstandsvorsitzende Ralf Bialke „auf sechs Jahre Vorstandsarbeit im DAKITS zurück. Nach dem umfangreichen und abgeschlossenen Reorganisationsprozess hat sich DAKITS, seiner Meinung nach, zu einem konsensfähigen und ernstzunehmenden Partner, besonders als Vertretung der Mitglieder in Gremien, entwickelt. Hr. Bialek wird auch nach seinem Ausscheiden als Vorstand dem Dachverband mit seinem Wissen zur Verfügung stehen.“<sup>653</sup> Auch Herr Glomb verabschiedet sich und weist darauf hin, dass er ein wichtiges Thema in der Erhaltung und Entwicklung der freien Horte für DAKITS sieht.

Wie haben Antje Proetel und Marita Engel den Abschied von Ralf Bialke erlebt? Sie sehen zum einen, dass Ralf Bialke zur Überzeugung gelangt war, „dass es wohl besser wäre, wenn mal wieder die Basis dran käme.“ „Er hatte das lange genug

---

650 Antje Proetel im Interview

651 Ebd.

652 In den ersten Beirat werden Harold Becker (ehemaliger Regionalgeschäftsführer des DPWW Hessen) und Thiemo Nolle von der Universität Kassel gewählt.

653 Protokoll der MV vom 10.04.2014

gemacht, er wollte kürzer treten.“ „Er selbst war mit den Kleinen Stromern inzwischen auch groß genug, dass er bestimmte Funktionen, die er über DAKITS abdecken konnte und auch um in den Gremien zu sitzen, die nun auch allein machen konnte oder wollte.“ Zum anderen sehen sie auch Gründe für sein Ausscheiden in seiner Position innerhalb der Mitgliedseinrichtungen. „Er hatte nicht nur Befürworter. Und das ist ja gut zu verstehen, wenn man Widerstände bis hin zu Anfeindungen bekommt und man macht diese ehrenamtliche Arbeit, das würde ich mir auch überlegen, das weiter zu machen.“<sup>654</sup> Zugespitzt hatten sich diese Vorbehalte offenbar an dem letzten Vertragsabschluss mit der Stadt, durch die einige Einrichtungen finanziell schlechter gestellt wurden, ein Ergebnis, das gegenüber den Einrichtungen nicht offen kommuniziert wurde (s.o.). „Und dadurch, dass das so im Dunklen blieb, ist unheimlich viel Schlechtes jetzt auf den alten Vorstand geworfen, was man ihm vielleicht gar nicht vorhalten konnte.“<sup>655</sup>

Im Rückblick sehen Antje Proetel und Marita Engel, dass der bisherige Vorstand, vor allem das herausragende Engagement von Ralf Bialke, zu einer positiven Entwicklung beigetragen hat. „Ralf Bialke hat unsere Arbeit mit strukturiert, er hat Kompetenzbeschreibungen, Stellenbeschreibungen gefordert, was wir aber beide als Bereicherung erlebt haben. Wir haben den Dachverband in eine Konzeption gebracht und wir entwickeln uns daran entlang immer weiter. Wir wissen, welches Spektrum wir abbilden. Wenn man so unsere Weiterbildungsprofile sieht, dann bieten wir eine ganze Menge an.“ „Was Bialke inhaltlich machte, war aus meiner Sicht für die Weiterentwicklung von DAKITS gut, abgesehen davon, wie er es kommunizierte. In der Art der Professionalisierung, bei der wir immer geschaut haben, wie können wir das für die Einrichtungen umsetzen, da hatten wir Gestaltungsmöglichkeiten. Also dass wir den Einrichtungen nichts aufgestülpt haben, sondern das in eine gute partizipative Form gebracht haben.“<sup>656</sup>

Das Verhältnis vom Vorstand zu den Einrichtungen sei von Interesse geprägt gewesen, selbst wenn das für die Einrichtungen im kommunikativen Klima nicht wirklich erkennbar gewesen sei. „Es war denen auch ganz wichtig, aus den Einrichtungen zu hören. Die waren sehr daran interessiert zu hören, welche Stimmung in den Einrichtungen herrschte, welche Probleme da waren usw. Die haben mich schon viel gefragt, was sie da machen können und was nicht. Sie haben

654 Antje Proetel im Interview

655 Alle Zitate von Antje Proetel und Marita Engel im Interview

656 Ebd.

z.B. auch sehr willig aufgenommen, dass es nicht so gut kommt, wenn man bei einer DAKITS-Mitgliederversammlung mit Schlips und Anzug da sitzt. Gleichzeitig musste ich natürlich auch Rapport geben über meine Arbeit, über Entscheidungen, die anstanden usw. Es war also manchmal nicht ganz leicht, hin- und herzuswitchen.“<sup>657</sup>

Die wachsenden Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb ihrer Arbeit als Fachberaterin und Geschäftsführerin sind zum einen eine Folge ihrer klaren Stellenbeschreibungen und Kompetenzzuschreibungen. „Wir haben aber auch in unserer beider Funktionen eine Entwicklung gemacht. Wir haben eine ganz klare Stellenbeschreibung gemacht. Und eine klare Kompetenzbeschreibung: was kannst Du, was darfst Du ohne zu fragen – das habe ich so noch nie gehabt. Das können wir jetzt neuen Vorständen zeigen und sagen, das sind die Anlagen zu unseren Arbeitsverträgen.“ Sie sind zum anderen eine Folge ihrer guten Zusammenarbeit als Hauptamtliche. Während Regine Bogedale als „Einzelkämpferin“ aufgerieben wurde in einem ständigen Auseinandersetzungsprozess um Anerkennung und angemessene Finanzierung der Kita-Arbeit von Elterninitiativen, können sich Antje Proetel und Marita Engel auf der Grundlage einer grundsätzlichen Anerkennung und eines soliden Finanzierungssystems den inhaltlichen Aspekten der Kita-Arbeit und deren Vielfältigkeit verstärkt widmen.

Zu der Gestaltung gehört auch, darüber nachzudenken, wer ihre Nachfolge antreten wird. „Das gehört auch dazu, dass man den Stab weiterreicht und dass die Neuen das Rad nicht mehr neu erfinden müssen. Sachen, die wichtig sind, haben wir festgehalten.“<sup>658</sup> Der bevorstehende Vorstandswechsel löst also keine Ratlosigkeit oder gar Krise aus, wie es in früheren Jahren immer mal wieder der Fall war. Die Geschäftsführung und die Mitgliedseinrichtungen sind gut vorbereitet. Für die nächste Vorstandswahl werden mögliche BewerberInnen gebeten, einen „Steckbrief“ zu verfassen: „Wo er oder sie herkommt, warum er oder sie diese Arbeit machen will usw.“

Auf der Mitgliederversammlung am 9. April 2014 werden Mario Höbel (Hort Kind und Kegel der Freien Schule, 1. Vorsitzender), Jochen Henn (Freie Waldorfschule) Andrea Löher (Kindergarten Kunterbunt) und Friederike Wagner (Kleine Nilche, stellvertretende Vorsitzende), die bereits dem alten Vorstand angehörte,

---

657 Antje Proetel

658 Ebd.

gewählt.<sup>659</sup> Es sind Fachkräfte, die seit Langem in ihren Einrichtungen arbeiten und die Entwicklung von DAKITS mit verfolgen konnten.

Nach dem ersten Klausurtreffen des neuen Vorstandes und der Geschäftsführung, das traditionell seit Jahren durchgeführt wird, um die bisherige Arbeit zu reflektieren, resümiert Andrea Löher: „In der ersten Runde haben wir festgestellt, dass unser Wunsch nach Gleichberechtigung im Miteinander, offenem Austausch und Transparenz gegenüber unseren Mitgliedseinrichtungen und auch in der engen Zusammenarbeit mit Antje Proetel und Marita Engel weiterhin gültig ist und die Arbeit durchzieht. Ich freue mich besonders über diesen partnerschaftlichen Ansatz, der meiner Meinung nach die Zusammenarbeit im Trägerverband nach der gelungenen organisatorischen und strukturgebenden Arbeit der vergangenen Jahre neu prägen kann.“<sup>660</sup>

Um auch für die künftige Vorstandsarbeit eine klare Struktur festzulegen, wird DAKITS in naher Zukunft eine Geschäftsordnung für den Vorstand entwickeln.

Das Vorstandsmitglied Friederike Wagner erlebt die Wahl des neuen Vorstandes als eine Rückkehr zu früheren Kommunikationsformen. „Das ist schön mit dem jetzigen Vorstand. Wir hoffen, dass wir jetzt wieder auf einer Augenhöhe sind. Dass es keine Hierarchie gibt und jeder auf dem gleichen Stand ist. Auch dass wieder mehr Bewegung in der Mitgliederversammlung ist. Es muss nicht mehr alles abgewunken werden.“<sup>661</sup> Und Kai Boeddinghaus kommentiert die Wahl von Mario Höbel: „Der Mario kann da wohl auch den richtigen Mix anbieten. Der bringt die professionelle Voraussetzung mit und er ist historisch gesehen ein Urgestein der Kinderladenbewegung, vom Typ her und ideologisch. Das ist doch schön, dass diese Verwerfungen möglicherweise jetzt aufgefangen werden können.“<sup>662</sup>

Mario Höbel selbst sieht eine Veränderung hin zu den ursprünglichen Ideen des Dachverbandes, sieht aber auch, dass sich auf breiter Basis gesellschaftliche Veränderungen vollzogen haben. „Es ist sicher keine völlige Rückkehr zum Anfang, das ist ja auch in den Einrichtungen nicht mehr so. Das ist auch eine gesellschaftliche Entwicklung. Wir bedauern auch, dass es keine breiten inhaltlichen Diskussionen in der Elternschaft mehr gibt. Da wird die Dienstleistung benötigt und nicht so sehr ein ideologisches Feld, in dem man sich auch noch ehrenamtlich engagiert.“<sup>663</sup>

659 Vgl. Protokoll der MV vom 10.04.2014 und Info-Brief vom April 2014

660 Info-Brief vom Dezember 2014

661 Friederike Wagner im Interview mit Fachkräften

662 Kai Boeddinghaus im Interview

663 Mario Höbel im Interview. Er spricht hier über die Freie Schule.

Die stärkere Hinwendung zur ursprünglichen Idee, eine Interessensvertretung und Fachberatung für Elterninitiativen und andere kleinen Träger zu sein, ist, wie bereits oben beschrieben, nach dem Weggang des großen Trägers Kleine Stromer wieder gewachsen. Diese klare Positionierung drückt sich nun auch im neuen Vorstand aus. Zurück zu den Wurzeln hieße demnach, „dass man mehr darauf guckt, was die kleinen Einrichtungen brauchen, was die Besonderheiten der Konzepte und der Organisationsformen sind und sie darin zu unterstützen. Und sie basismäßig wieder stärker mit einzubeziehen.“<sup>664</sup>

Folgt man den Aussagen der Fachkräfte aus Mitgliedereinrichtungen, dann hat DAKITS nach wie vor eine enorme Bedeutung für die kleinen Träger in „diesem Wirrwarr“ von Anforderungen.<sup>665</sup> „Für mich hat DAKITS immer noch diese politische Bedeutung neben allem Pädagogischen, bei diesen ganzen Umstellungen und neuen Rahmenverhandlungen, die wir machen mussten, da war DAKITS eine verlässliche Größe. Wir sind schon noch zu Sitzungen gegangen mit der Stadt, aber es war immer klar, wir haben DAKITS, das ist nach wie vor und mehr denn je ein Sprachrohr für uns, in die Stadt hinein und in politische Gremien hinein. Und die pädagogischen Belange, der Hessische Bildungs- und Erziehungsplan, da kommen ja permanent neue Sachen, die wir erfüllen müssen. Die Fortbildungsangebote, aber auch die Partnerschaften, die wir mit ihnen machen, Vereinbarungen, die wir nicht selbst abdecken müssen. Z.B. brauchen wir die Schutzkraft nicht selbst zu stellen. Ich erfülle dadurch ganz viele Sachen in diesem Wirrwarr, allein dadurch, dass ich Mitglied bei DAKITS bin und die mir das anbieten. Das hat total zugenommen. Das möchte ich nicht missen. Auch informiert zu sein durch sie, die greifen ja auch Themen auf, die man selbst nicht so im Blick hat. Die gucken und informieren uns.“<sup>666</sup>

„Das kann ich alles unterschreiben“, ergänzt Markus Grüniger. „Früher habe ich noch gedacht, wie kriegst du das raus, damit kann ich doch nicht auch noch die Regine belasten. Das ist heute schon serviceorientiert im positiven Sinne. Heute denke ich, rufste mal bei DAKITS an, wir zahlen ja auch dafür, da musste dich jetzt nicht selbst durchwuseln. Und wenn das mal über eine normale Beratungsleistung hinausgeht, dann sagt der Vorstand, machen wir einen Deal für eine Sonderleistung bzw. -bezahlung. Da wäre ich früher nicht drauf gekommen. Früher

---

664 Antje Proetel und Marita Engel im Interview

665 Siehe auch Kapitel „DAKITS wird gebraucht“, S. 71

666 Stefanie Bredemeier im Gruppeninterview mit Fachkräften

musste ich alles selbst rauskriegen.“<sup>667</sup> Christiane Schwarz vom Verein für Montessori-Pädagogik sieht die Vorteile für sie als Träger, aber auch die Bedeutung für die Erzieher, die regelmäßig an den Erzieherinnentreffen und anderen Fortbildungsangeboten teilnehmen können. Ganz allgemein findet sie: „DAKITS gibt Sicherheit, da wird gut für uns gesorgt.“ Stefanie Bredemeier stimmt ihr zu. „Da kommt ja auch ganz viel von DAKITS, diese Ermutigungen, die Professionalität, die wir haben. Auch in Bezug auf unsere Qualität, wo sie immer sagen, ihr macht das, ihr müsst das nur nach außen tragen.“ „Wir haben mehr Selbstvertrauen bekommen. Und wir können bewahren, wo wir herkommen.“<sup>668</sup>

Trotz hoher Anforderungen an den Kita-Alltag sehen die Fachkräfte, dass sie „immer noch viel mehr Freiheit haben. Ich habe Freundinnen, die in städtischen Einrichtungen arbeiten, da wird ganz viel zentral gesteuert und nicht geguckt, was haben die für Kinder, was brauchen die usw. Wir haben auch noch die Freiheit auszusuchen, wer kommt zu uns.“ „Die Eltern auswählen – das ist das Wichtigste!“

Am Ende der Interviews drücken alle Fachkräfte noch einmal ihre Dankbarkeit gegenüber DAKITS aus. „Wenn Du Regine siehst, sag ihr noch mal ein großes Dankeschön. Weil ohne DAKITS weiß ich nicht, ob ich noch mehr und noch mehr hätte aufbauen können. Das ist schon ein großes Geschenk. Wenn man sich anguckt, was die zwei machen, das wäre allein gar nicht leistbar.“ „Das geht an die Regine, aber auch an die beiden jetzt. Die machen eine saubere Arbeit, die uns als Träger entlastet. Ich bin da sehr dankbar. Ich fühle mich nicht so, als hätte ich einen Träger hinter mir, aber DAKITS habe ich da. Und ich weiß, das ist so eine verlässliche Größe, das ist großartig.“<sup>669</sup>

667 Markus Grüniger im Gruppeninterview mit Fachkräften

668 Weitere Stimmen aus dem Gruppeninterview mit Fachkräften

669 Stellvertretend für andere Stimmen im Gruppeninterview



Kitamesse 2013 in der freien Waldorfschule.



ESF- Projekt: Mehr Männer in Kitas.



Männerquot nicht erfüllt.



Kinder lieben Bilderbücher:  
Kitamesse 2013.

# DAS HABEN WIR IN...

den letzten 20 Jahren  
**gemeinsam**  
erlebt und bewegt!



Kinderschminken  
Kitamesse 2014 im



Tiger von:  
Jule 4 Jahre



Guilio bezwingt Strohballen



Kitamesse 2013 in der freien Waldorfschule.



Kreativer Stand vom Kinderhaus,  
Kitamesse 2013.



... im DAKITS-Büro noch



Workshop bei Kitamesse 2012.



B.A.S.E. Babywatching Ausbildung 2010.



... bei verregneten Nordstadtpark.



Kleiner Gärtner:  
Gulio.



Stand des Drachengartens bei  
Kitamesse 2014.



DAKITS-Weihnachtsempfang 2014.



Ben mit Hund, oder Hund mit Ben?



Mama, Papa, Anna, 3 Jahre

**DAKITS** e.v.

Dachverband freier Kindertageseinrichtungen

## ANHANG



Dachverband freier Kindertageseinrichtungen e. V.  
Motzstraße 4, 34117 Kassel  
Fon: 0561 71 93 78 | [info@dakits.de](mailto:info@dakits.de) | [www.dakits.de](http://www.dakits.de)

## Satzung (April 2014)

### § 1 Name, Sitz, und Geschäftsjahr

Der Verein führt den Namen DAKITS e.V. Dachverband freier Kindertageseinrichtungen für Kindergärten, Krippen, Krabbelgruppen, Kinderläden, Horte und Spielkreise.

Er hat seinen Sitz in Kassel und ist in das Vereinsregister des Amtsgerichts Kassel mit der VRN 85 VR 2464 eingetragen. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

### § 2 Zweck des Vereins

Der Zweck des Vereins ist: Förderung der Freien Träger für Kinderarbeit, welche zum Wohle des Kindes im Sinne des KJHG beitragen, und deren Vertretung gegenüber den Gebietskörperschaften zu verbessern. Zielsetzung ist dabei insbesondere die Bedingungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland zu verbessern.

### § 3 Gemeinnützigkeit, Mittelverwendung

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Im Sinne der Abgabenordnung verfolgt der Verein die Zwecke der Förderung der Erziehung, der Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe. Der Verein fördert mit seinen Tätigkeiten auch den Zweck der Förderung des Wohlfahrtswesens.

Die Förderung soll insbesondere durch:

- Bildungs- und Informationsveranstaltungen,
- Arbeitskreise, Fort- und Weiterbildungen, insbesondere für pädagogische Fachkräfte,
- die fachliche Unterstützung von Initiativen im Bereich der freien Kinderarbeit,
- den regelmäßigen Erfahrungsaustausch und

- die Information der interessierten Allgemeinheit (Öffentlichkeitsarbeit) verwirklicht werden.

Der Verein ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwandt werden. Die Mitglieder erhalten in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütung begünstigt werden. Die in § 58 Abgabenordnung als „Steuerlich unschädliche Betätigungen“ genannten Sachverhalte, einschließlich der Bildung von Rücklagen unter Beachtung der gemeinnützigkeitsrechtlichen Vorgaben, sind zulässig.

### § 4 Begründung der Mitgliedschaft

Der Verein setzt sich zusammen aus:

1. Ordentlichen Mitgliedern
2. Fördernden Mitgliedern

Der Wohnsitz eines Mitgliedes hat keine Bedeutung für die Form der Mitgliedschaft. Ordentliche Mitglieder sind aktive Mitglieder, fördernde Mitglieder sind nicht ordentlich.

Ordentliche Mitglieder können juristische Personen und Personalvereinigungen werden, die die Arbeit des Vereins unterstützen wollen. Sie benennen jeweils eine DAKITS-Kontaktperson, die die juristische Person im Sinne von §§ 13 und 14 vertritt.

Fördernde Mitglieder (nicht ordentliche Mitglieder) können natürliche Personen ab dem vollendeten 18. Lebensjahr oder juristische Personen und Vereinigungen werden, die die Arbeit des Vereins durch einen materiellen Beitrag unterstützen, im Übrigen aber von den Rechten und Pflichten eines ordentlichen Mitglieds

weitgehend frei sein wollen. Die Anzahl der natürlichen Personen darf nicht 20 % der ordentlichen Mitglieder übersteigen. Die Aufnahme von ordentlichen und fördernden Mitgliedern erfolgt nach Antrag beim Vorstand. Bei ordentlichen und fördernden Mitgliedern entscheidet der Vorstand vorläufig, die Mitgliederversammlung endgültig über die Mitgliedschaft mit einer Mehrheit von  $\frac{2}{3}$  der abgegebenen Stimmen.

### § 5 Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft erlischt:

1. durch Austritt. Der Austritt ist dem Vorstand schriftlich mitzuteilen. Der Austritt kann jederzeit erfolgen;
2. durch Ausschließung, wenn ein Mitglied schwer gegen die Vereinsinteressen verstoßen hat. Der Ausschluss wird vom Vorstand vorläufig ausgesprochen. Innerhalb von 2 Wochen kann gegen den Ausschluss Widerspruch eingelegt werden, der dann von einer Mitgliederversammlung innerhalb zwei weiterer Wochen entschieden werden muss;
3. automatisch, wenn ein Mitglied trotz Zahlungsaufforderung mit der Zahlung der Mitgliedsbeiträge mehr als ein Jahr im Rückstand ist;
4. durch Tod.

Im Falle des Ausscheidens eines Mitglieds oder der Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall der steuerbegünstigten Zwecke, haben die Mitglieder keinen Anspruch an das Vereinsvermögen und können geleistete Beiträge und sonstige Zuwendungen nicht zurückfordern.

### § 6 Rechte der Mitglieder

Alle Mitglieder haben das Recht, in der Mitgliederversammlung Anträge zu stellen und zu vertreten. Ordentliche Mitglieder haben Stimmrecht und aktives Wahlrecht. Passives Wahlrecht haben nur ordentliche Mitglieder.

Hauptamtliche für den Verein tätige Mitglieder dürfen dem Vorstand nicht angehören. Wird eine hauptamtliche Mitarbeiterin / ein hauptamtlicher Mitarbeiter in den Vorstand gewählt, darf die Wahl von dieser/diesem erst zu dem Zeitpunkt angenommen werden, in dem ihr/sein Arbeitsverhältnis mit dem Verein endet.

### § 7 Beiträge

Die Mitgliederversammlung beschließt mit der Mehrheit von zwei Drittel der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder eine nach § 4 Ziffern 1 und 2 differenzierte Mitgliedsbeitragsordnung. Fälligkeit der Mitgliedsbeiträge ist jeweils der letzte Tag im ersten Monat des Geschäftsjahres.

### § 8 Organe des Vereins

Die Organe des Vereins sind:

1. der Vorstand (§ 26 BGB),
2. die Geschäftsführung (§ 30 BGB),
3. die Mitgliederversammlung (§ 32 BGB),
4. der Beirat.

### § 9 Zusammensetzung und Wahl des Vorstandes

Der Vorstand besteht aus mindestens 3, maximal 5 Personen. Die Mitglieder des Vorstands müssen ordentliche Mitglieder des Vereins sein.

Angestrebt wird eine Besetzung des Vorstandes mit Personen, über die eine möglichst hohe Repräsentanz der unterschiedlichen Arbeits- und Organisationsbereiche des Vereins gewährleistet wird. Ferner sollte eine geschlechtliche Parität angestrebt werden.

Die Mitglieder des Vorstandes werden einzeln und in geheimer oder offener Wahl von der ordentlichen Mitgliederversammlung für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Es gilt einfache Stimmenmehrheit. Wiederwahl ist möglich.

Der Vorstand kann in einer Mitgliederversammlung durch Misstrauensantrag vorzeitig abgewählt werden. Die Versammlung muss unter Ankündigung des Misstrauensantrages ordnungsgemäß einberufen werden. Der Antrag gilt als angenommen, wenn mehr als zwei Drittel der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder die Abwahl befürworten.

Der alte Vorstand bleibt so lange im Amt, bis ein neuer gewählt ist.

### § 10 Aufgaben des Vorstands

Die Aufgaben des Vorstands sind:

1. Er gibt sich eine Geschäftsordnung.
2. Den Verein gerichtlich und außergerichtlich für die ihm nach der Satzung zugewiesenen Aufgaben zu vertreten sowie die Pflichten, die sich für den Verein aus der Eintragung in das amtliche Register ergeben, zu erfüllen.
3. Die Geschäftsführung in der Ausführung der Aufgaben, die ihr nach der Satzung zugewiesen sind, zu überwachen,
4. Der Vorstand entscheidet unter Beachtung von § 12 der Satzung:
  - a) über den Abschluss/Beendigung von Dauerschuldverhältnissen, die eine monatliche Verpflichtung von mehr als EUR 500,00 im Einzelfall und in der Summe höchstens EUR 1.000,00 monatlich, begründen,
  - b) über die Aufnahme von Darlehen mit einem Betrag von mehr als EUR 5.000,00,
  - c) über die Einräumung von Sicherheiten zugunsten Dritter, f) über die Verfahrensweise bei den Verein betreffende Rechtsstreitigkeiten
5. Der Vorstand vertritt den Verein auch in allen Belangen gegenüber der Geschäftsführung. Er entscheidet über die Berufung und Abberufung der Geschäftsführung, die Entlastung sowie über die Gewährung einer angemessenen Vergütung und den Abschluss eines entsprechenden Dienstvertrages mit der Geschäftsführung. Ist eine Geschäftsführung vom Vorstand nicht berufen oder längerfristig in der Wahrnehmung der ihr nach der Satzung zugewiesenen Aufgaben verhindert, hat der Vorstand die der Geschäftsführung zugewiesenen Aufgaben vorübergehend unmittelbar selbst zu erfüllen.

6. Die ordentlichen und außerordentlichen Mitgliederversammlungen einzuberufen und eine Tagesordnung zu erstellen. Die Einzelheiten hierzu sind in den §§ 14 und 15 festgelegt.
7. Für die Ausführungen der Beschlüsse der Mitgliederversammlung zu sorgen. Jedes Vorstandsmitglied ist verpflichtet, Willenserklärungen gegenüber dem Verein entgegenzunehmen und den Mitgliedern bekanntzugeben.
8. Aufnahmeanträge und Austrittserklärungen gemäß den §§ 4 und 5 zu bearbeiten.
9. Die Mitglieder des Vorstands sind grundsätzlich ehrenamtlich tätig. Sie erhalten lediglich ihre notwendigen Auslagen oder pauschalierten Auslagenersatz entsprechend den steuerrechtlichen Grundlagen, z.B. für Reisekosten, zurück. Abweichend hiervon kann die Mitgliederversammlung jedoch auch eine angemessene Vergütung für den Vorstand beschließen.

### § 11 Beschlussfassung des Vorstands

Vorstandssitzungen sind vereinsöffentlich, sofern nicht Personalfragen besprochen werden. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Vorstandsmitglieder anwesend sind.

Der Vorstand fasst Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. Vorstandsbeschlüsse können auch schriftlich dadurch herbeigeführt werden, dass alle Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung erteilen.

Über die Sitzung des Vorstands ist eine Niederschrift zu führen, die in der folgenden

Sitzung bestätigt wird. Weitere Einzelheiten der Geschäftsordnung regelt der Vorstand selbst.

### **§ 12 Vertretungsberechtigung des Vorstands**

Die Vertretungsberechtigung des Vorstands gegenüber Dritten ist nicht eingeschränkt. Bei dem Kauf von Immobilien bedarf es der Zustimmung der Mitgliederversammlung. Jeweils zwei der in § 9 genannten Vorstandsmitglieder sind gemeinsam vertretungsberechtigt. Urkunden, durch die der Verein verpflichtet wird, sollen in der Weise vollzogen werden, dass zwei Mitglieder des Vorstands ihre eigenhändige Unterschrift unter die Worte „Der Vorstand des Vereins DAKITS e.V.“ setzen.

### **§ 13 Geschäftsführung**

Die Geschäftsführung erledigt alle laufenden Geschäfte des Vereins. Der/die zur Geschäftsführung durch den Vorstand Berufenen haben hierbei die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Kaufmanns zu beachten.

Zu den Aufgaben der Geschäftsführung gehören insbesondere die ordnungsgemäße Erfüllung vertraglich eingegangener Verpflichtungen, die ordnungsgemäße Verwendung erhaltener Zuwendungen und die Erstellung entsprechender Verwendungsnachweise gegenüber den Zuwendungsgebern. Bei der Verwendung von Geldmitteln hat die Geschäftsführung auf die Einhaltung der in § 3 genannten Verpflichtungen zu achten und über alle Einnahmen und Ausgaben ordnungsgemäß Rechnung zu führen. Die Geschäftsführung ist Dienstvorgesetzte aller Mitarbeitenden.

Sie hat für die ihr nach der Satzung zugewiesenen Aufgaben gemeinschaftlich mit dem Vorstandsvorsitzenden, oder im Falle der nicht nur kurzfristigen Verhinderung des Vorstandsvorsitzenden mit dem stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden, Vertre-

tungsmacht Die Geschäftsführung wird im Vereinsregister eingetragen.

Für die Vornahme der in § 10.4 a) bis h) genannten Rechtsgeschäfte oder Rechtshandlungen, hat die Geschäftsführung in jedem Fall die vorherige Zustimmung des Vorstands einzuholen. Darüber hinaus kann der Vorstand über eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführung im Innenverhältnis weitere zustimmungsbedürftige Rechtsgeschäfte festlegen.

Die Geschäftsführung ist hauptamtlich tätig. Für diese Tätigkeit wird eine angemessene Vergütung gewährt. Näheres regelt der mit der Geschäftsführung abzuschließende Dienstvertrag. Darüber hinaus werden notwendige Auslagen erstattet oder pauschalierter Auslagenersatz entsprechend den steuerrechtlichen Grundlagen, z.B. für Reisekosten, gewährt.

### **§ 14 Einberufung von ordentlicher Mitgliederversammlung und deren Aufgaben**

Der Vorstand ist verpflichtet, nach vorhergehendem Vorstandsbeschluss im ersten Halbjahr eines Geschäftsjahres eine Mitgliederversammlung einzuberufen. Die Einladung ist von dem Vorstandsmitglied zu unterzeichnen, das die Mitgliederversammlung leitet. Die Versammlung muss vom Vorstand mindestens zwei Wochen vorher durch schriftliche Einladung an jedes Mitglied unter Bekanntgabe der Tagesordnung einberufen werden. Die Mitgliederversammlung hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Beschließt die Tagesordnung
2. Entgegennahme der Berichte des Vorstands und besonderer Beauftragter
3. Entgegennahme des Berichtes der Rechnungsprüfer
4. Entlastung des Vorstands
5. Wahl/Abberufung des Vorstands
6. Beschlussfassung über den Vereinshaushalt

7. Beschlussfassung über Satzungsänderungen und über die Auflösung des Vereins
8. Genehmigung aller Geschäftsordnungen für den Vereinsbereich
9. Beschlussfassung zur Beitragsordnung.

### **§ 15 Außerordentliche Mitgliederversammlung**

Der Vorstand muss eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen, wenn es das Vereinsinteresse erfordert.

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung muss einberufen werden, wenn mehr als zwei Vorstandsmitglieder vorzeitig aus dem Amt scheiden oder wenn mindestens ein Zehntel der ordentlichen Vereinsmitglieder es unter Angabe des Grundes verlangen und durch ihre Unterschrift bekundet haben. Für die Form der Einberufung der außerordentlichen Mitgliederversammlung siehe § 14.

### **§ 16 Beschlussfassung der Mitgliederversammlung**

Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens  $\frac{1}{3}$  der ordentlichen Mitglieder erschienen ist. Bei Beschlussunfähigkeit ist der Vorstand verpflichtet, binnen vier Wochen mit gleicher Tagesordnung eine zweite Versammlung einzuberufen.

Diese ist in jedem Fall beschlussfähig, worauf in der zweiten Einladung hinzuweisen ist. Zur Gültigkeit eines Beschlusses ist es erforderlich, dass der Gegenstand bei der Einberufung der Versammlung bezeichnet worden ist.

Hiervon abweichende Regelungen müssen mit  $\frac{2}{3}$  Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder beschlossen werden. Stimm- und Wahlrecht wird in § 6 der Satzung geregelt. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder gefasst. Bei Stimmgleichheit wird zu dem zu entscheidenden Antrag innerhalb von

zwei Wochen eine neue Mitgliederversammlung einberufen.

Beschlüsse über Satzungsänderungen bedürfen einer Mehrheit von  $\frac{3}{4}$  der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder. Satzungsänderungen sollen auf der vom Vorstand vorgeschlagenen Tagesordnung stehen.

Über die Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift zu führen, die von der Versammlungsleiterin / dem Versammlungsleiter und von der Protokollführerin / dem Protokollführer zu unterzeichnen ist. Die Niederschrift gilt als genehmigt, wenn in der auf die Veröffentlichung folgenden Mitgliederversammlung kein Einspruch gegen sie erhoben wird.

### **§ 17 Beirat**

Der Beirat ist grundsätzlich ehrenamtlich tätig. Er berät den Vorstand und die Geschäftsführung. Die Mitglieder des Beirates erhalten lediglich ihre notwendigen Auslagen oder pauschalierten Auslagenersatz entsprechend den steuerrechtlichen Grundlagen, z.B. für Reisekosten, zurück. Abweichend hiervon kann die Mitgliederversammlung auch eine angemessene Vergütung beschließen.

### **§ 18 Rechnungsprüfer**

Der Jahresabschluss sowie Kassen- und Buchführung des Vereins muss von zwei Rechnungsprüfern geprüft werden, die der Mitgliederversammlung berichten. Die Rechnungsprüfer werden von der ordentlichen Mitgliederversammlung für das laufende Geschäftsjahr gewählt.

Vorstandsmitglieder dürfen für die Rechnungsprüfung nicht bestimmt werden.

### **§ 19 Auflösung des Vereins**

Über die Auflösung des Vereins kann nur eine eigens zu diesem Zweck einberufene Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von  $\frac{3}{4}$  der in der satzungsgemäß einberufenen Mitgliederversammlung anwesenden Stimmberechtigten Vereinsmitglieder entscheiden.

Ist die Auflösung beschlossen, wird der Verein liquidiert. Die mit der Auflösung Beauftragten werden von der Mitgliederversammlung bestellt.

Bei der Aufhebung oder Auflösung des Vereins oder bei Wegfall seiner steuerbegünstigten Zwecke fällt das Vermögen, an den steuerbegünstigten Verein „Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband Landesverband Hessen

e.V.“, Frankfurt/Main, Regionalgeschäftsstelle Kassel, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat.

Die Satzung ist nach Beschluss der ordentlichen Mitgliederversammlung am 09. April 2014 geändert worden.

Kassel, im April 2014

## MITGLIEDSEINRICHTUNGEN (2016)

### *Krippen 0-3 Jahre*



- **KRABELGRUPPE OASE e.V.**  
Motzstr. 3 | 34117 Kassel | Tel. 771825
- **KLEINE ENTDECKER gGmbH**  
Dalwigkstr. 15A | 34130 Kassel | Tel. 9794781
- **KLEINE ENTDECKER gGmbH**  
Goethestr. 96 | 34119 Kassel | Tel. 20210983
- **KINDERSTUBE DRUSEL e.V.**  
Brabanter Straße 49 | 34131 Kassel | Tel. 3164133
- **RAPPELKISTE e.V.**  
Luisenstr. 5b | 34119 Kassel | Tel. 2029620
- **DIE ROTZNASEN e.V.**  
Am Försterhof 7 | 34123 Kassel | Tel. 572149
- **KILA LÖWENZAHN e.V.**  
Bremelbachstr. 18 | 34131 Kassel | Tel. 315160
- **DIE KLEINEN RÄUBER e.V.**  
Frankfurter Str. 126 | 34121 Kassel | Tel. 9796992
- **DIE KLEINEN RÄUBER e.V.**  
Altmarkt 1 | 34125 Kassel | Tel. 9796992
- **DIE KLEINEN RÄUBER e.V.**  
Sandershäuser Str. 124 | 34123 Kassel | Tel. 9796992
- **DIE KLEINEN RÄUBER e.V.**  
Sandershäuser Str. 141 | 34123 Kassel | Tel. 9791419



- **KINDERGRUPPE NORA e.V.**  
Nora-Platiel-Str. 3 | 34127 Kassel | Tel. 8043496
- **KLEINE KNILCHE e.V.**  
Sternbergstr. 11 | 34121 Kassel | Tel. 281182
- **KIGA REGENBOGEN e.V.**  
Steinhöfer Str. 8 | 34131 Kassel | Tel. 3160041
- **KILA FONTANESTR. e.V.**  
Lönsstr. 7 | 34125 Kassel | Tel. 878539
- **KIGA AM LINDENHOF e.V.**  
Am Lindenhof 2 | 34132 Kassel | Tel. 473482
- **RASSELBANDE e.V.**  
Brandenburger Str. 5 | 34131 Kassel | Tel. 311490
- **SPORTKITA KASSEL gGmbH**  
Goethestr. 29 | 34119 Kassel | Tel. 7393831
- **WALDORFKIGA GOETHEANLAGE**  
Goethestr. 87 | 34119 Kassel | Tel. 313340
- **KITA KUNTERBUNT e.V.**  
Schellingstr. 8 | 34121 Kassel | Tel. 25756
- **KITA OASE E.V. |**  
Querallee 11 | 34119 Kassel | Tel. 710823
- **KINDERGRUPPE FLOHZIRKUS e.V.**  
Brunnenstr. 23 | 34130 Kassel | Tel. 62653
- **RIEDWIESEN KINDERGARTEN**  
Zum Berggarten 46 | 34130 Kassel | Tel. 69656
- **KLEINE STROLCHE e.V.**  
Mönchebergstr. 19a | 34125 Kassel | Tel. 0172-2174118

- **KILA DRACHENGARTEN e.V.**  
 Olebachweg 43 | 34123 Kassel | Tel. 575000
- **DIE KURZEN e.V.**  
 Querallee 38 | 34119 Kassel | Tel. 771585
- **KINDERHAUS e.V.**  
 Altenbaunaer Str. 140 | 34132 Kassel | Tel. 44041
- **KINDERGARTEN DÖNCHE e.V.**  
 Hermann-Mattern-Str. 65 | 34134 Kassel | Tel. 942875
- **STUDENTENWERK HOPLA-KH |**  
 Universitätsplatz 3 | 34127 Kassel | Tel. 8047210
- **DIE KNIRPSE e.V.**  
 Kunoldstr. 36 | 34131 Kassel | Tel. 33249
- **IAKCHOS KINDERHAUS**  
 Wilhelmine Halberstadt-Str. 6 | 34131 Kassel | Tel. 39385
- **IAKCHOS KINDERHAUS**  
 Ludwig-Erhard-Str. 34 | 34131 Kasse | Tel. 39385
- **KITA FREIE WALDORFSCHULE**  
 Brabanter Str. 47 | 34131 Kassel | Tel. 9351334
- **ORTE FÜR KINDER e.V.**  
 Friedrich-Ebertstr. 171 | 34119 Kassel | Tel. 13042
- **KITA MÖNCHEBERGSTRASSE**  
 Mönchebergstr. 50 | 34125 Kasse | Tel. 9804045
- **MONTESSORI KH ZITA**  
 Korbacher Str. 215 | 34132 Kassel | Tel. 51092667
- **MONTESSORI KH ELFENWIESE**  
 Konrad-Adenauerstr. 143 | 34132 Kassel | Tel. 408702

## *Kitas, Kigas, altersgemischte Gruppen, U3 bis Schuleintritt*



- **MONTESSORI KH ARCHE**  
Rasentallee 83 | 34128 Kassel | Tel. 6026415
- **MONTESSORI KH SONNENSCHN**  
Tischbeinstr. 18 | 34121 Kassel | Tel. 283083

## *Kitas mit Hortgruppen*



- **HORT ORTE FÜR KINDER**  
Friedrich-Ebert-Straße 171 | 34119 Kassel | Tel. 13042
- **HORT KITA OASE e.V.**  
Querallee 11 | 34119 Kassel | Tel. 710823

## *Horte*



- **BOSSEBANDE e.V.**  
Rotdornweg 31 | 34125 Kassel | Tel. 8160422
- **HORT A. D. HUPFELDSCHULE e.V.**  
Hansteinstraße 5B | 34121 Kassel | Tel. 3163569
- **KINDERHORT KIRCHDITMOLD e.V.**  
Mergellstraße 41 | 34130 Kassel | Tel. 6025989
- **HORT KIND UND KEGELE.V.**  
Brandenburger Str. 5 | 34131 Kassel | Tel. 34706
- **HORT WALDORFSCHULE e.V.**  
Brabanter Str. 45 | 34131 Kassel | Tel. 9351333

## LITERATUR

*Aden-Grossmann, Wilma:* Der Kindergarten: Geschichte - Entwicklung - Konzepte, Weinheim und Basel 2011

*Augsburg, Ralf:* Hessen: Zeit(t)raum Ganztagschule, 01.10.2014, in: <http://www.ganztagschulen.org/xxx>. Zugriff am 02.08.2016

*Bertelsmann Stiftung (Hrsg.),* Ganztagschule als Hoffnungsträger für die Zukunft? Ein Reformprojekt auf dem Prüfstand, Gütersloh 2012

*Bundesministerium für Familie und Senioren (Hrsg.),* Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland - Zukunft des Humanvermögens. 5. Familienbericht, Drucksache 12/7560, Bonn 1994

*Bundesministerium für Jugend, Frauen, Familie und Gesundheit:* Achter Jugendbericht. Bericht über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe, Bonn 1990, Drucksache 11/6576

*Bundesministerium Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.),* Bundeskinderschutzgesetz - Der Inhalt in Kürze, 2012 (ohne Ortsangabe) (<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung5/Pdf-Anlagen/bundeskinderschutzgesetz-in-kuerze,property=pdf,be-reich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>)

*BMFSFJ (Hrsg.):* Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin Juni 2009

*Deutsches Jugendinstitut,* „Modellprojekt Tagesmütter“, ein Bericht auf der Seite des DJI ([www.dji.de](http://www.dji.de)) (die schriftliche Version der Auswertung ist leider vergriffen, wie hier gesagt wird).

*Deutscher Paritätischer Gesamtverband:* Elterninitiativen und Elternvereine als kleine Träger von Kindertageseinrichtungen, 2011

*Eltern helfen Eltern e.V., Paritätisches Zentrum,* Dahlweg 1121,48153 Münster: „Betrifft: Vorstandsarbeit“, 2016 (12. überarbeitete und ergänzte Auflage)

*Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe:* Zu wenig Zeit für Leitungsaufgaben in Kitas, am 09.06.2016 (<https://www.jugendhilfeportal.de/kindertagesbetreuung/artikel/zu-wenig-zeit-fuer-leitungsaufgaben-in-kitas/>)

*Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe:* „Trotz positivem Trend: zu wenig Personal in Kitas“, am 24.08.2015 (<https://www.jugendhilfeportal.de/kindertagesbetreuung/artikel/trotz-positivem-trend-zu-wenig-personal-in-kitas/>)

*Freiling, Th.:* „Qualitätsentwicklung in selbstorganisierenden Systemen – Ein Beitrag zur Entwicklung der Organisationsqualität in Kinderbetreuungseinrichtungen (Elterninitiativen)“, Kassel 2003

*Gerzer-Sass, A./Pettinger, R.:* Kinderbetreuung in Selbsthilfe, in: Handbuch der Kinder- und Jugendbetreuung, hrsg. von I. Becker-Textor und M. Textor, Neuwied, Kriftel, Berlin 1993

*Hessische Landesregierung,* „Offensive für Kinder“ – ein Förderprogramm des Landes Hessen 2001, im Staatsanzeiger für das Land Hessen, 13.08.2001, S. 2891

*Hessische Landesregierung,* Leitlinien für Kindertageseinrichtungen in Frankfurt am Main vom 25.07.05

*Hessisches Sozialministerium, Ressort für Familie, Gesundheit, Frauen, Soziales und Arbeit (Silke Lautenschläger),* Leitfaden für Elterninitiativen, 2002 (3. Auflage)

*Hessisches Sozialministerium*, 4. Familienbericht, Wiesbaden, November 2005

*Hessisches Sozialministerium und Hessisches Kultusministerium (Hrsg.)*. Bildung von Anfang an, Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von 0 bis 10 Jahren in Hessen, Leitung des Projektes: Prof. Dr.Dt.Dr. W.E.Fthenakis, Wiesbaden

*Hessisches Sozialministerium (Hrsg.)*, Kinder in den ersten drei Lebensjahren: Was können sie, was brauchen sie? Handreichung zum Hessischen Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von 0-10 Jahren, Wiesbaden 2010

*Keller, Matthias, Haustein, Thomas*: Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ergebnisse des Mikrozensus 2013

*Leu, Hans Rudolf u.a.*, *Bildungs- und Lerngeschichten*. Bildungsprozesse in früher Kindheit beobachten, dokumentieren und unterstützen. Weimar/Berlin 2007)

*Magistrat der Stadt Kassel, Jugendamt*, Materialien Tagesbetreuung für Kasseler Kleinkinder, Oktober 1990

*Magistrat der Stadt Kassel, Stadt Jugendamt*: Bericht zur quantitativen Kindertagesstätten-situation in Kassel, Mai 1991

*Magistrat der Stadt Kassel, Dezernat -V- Jugend, Schule, Frauen, Gesundheit*: Ganzttag an Grundschulstandorten, Rahmenkonzept für die Zusammenarbeit der ganztätig arbeitenden Grundschulen in Kassel mit dem Schul- und Jugendhilfeträger und außerschulischen Kooperationspartnern, Stand 2013, ([www.stadt-kassel.de/imperia/md/images/cms01/02aktuelles/ endfassung\\_rahmenkonzept\\_ganzttag\\_an\\_ grundschulstandorten\\_stand\\_4\\_02\\_2013.pdf](http://www.stadt-kassel.de/imperia/md/images/cms01/02aktuelles/ endfassung_rahmenkonzept_ganzttag_an_ grundschulstandorten_stand_4_02_2013.pdf))

*Magistrat der Stadt Kassel, Stadt Jugendamt*, Kasseler Kindertagesstättenprogramm, Eckpunkte, Projekte und Vorhaben,

Pädagogische Zielsetzungen, Kassel, Dezember 1991

*Silvester, Karen*: Die besseren Eltern? Oder - Die Entdeckung der Kinderläden. Eltern-Kind-Initiativen im zeitgeschichtlichen Vergleich 1967-2004. Dissertation der Katholischen Universität Eichstätt 2009, <http://www.opus-bayern.de/ku-eichstaett/volltexte/2009/66>

*Sommerkorn, I.N.*: Die erwerbstätige Mutter in der Bundesrepublik: Einstellungs- und Problemveränderungen, in: Nave-Herz, R. (Hrsg.): Wandel und Kontinuität in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1988, S. 115-144

*Spieß, C. Katharina, Pia Schober, Georg Camehl und Juliane Stahl* „Höhere Qualität und geringere Kosten von Kindertageseinrichtungen – zufriedener Eltern?“, DIW Wochenbericht, 46 /2015, S. 1105-1113.

*Statistisches Bundesamt*, Kindertagesbetreuung in Deutschland 2012, Wiesbaden 2012

*Statistisches Bundesamt*: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Statistik der rechtskräftigen Beschlüsse in Eheauflösungssachen (Scheidungsstatistik), Fachserie 1, Reihe 1.4, Wiesbaden 2013

*Tietze, W.*: Zur Betreuungssituation von Kindern im Vorschulalter in der Bundesrepublik Deutschland. Westfälische Wilhelms-Universität. Münster (hektografiert) 1990

*Verein Sozialpädagogische Praxis e.V., Jochen Helling*: 30 Jahre Freie Kinderschule, Frankfurt a.M., 1999

*Viernickel, S.*, (2006, 26) Wege zur Erziehungspartnerschaft zwischen Erzieherinnen und Eltern. In: Frühe Kindheit – die ersten sechs Jahre. Zeitschrift der Deutschen Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft e.V. Deutsche Liga für das Kind: Berlin

von Werder, L.: Was kommt nach den Kinderläden? Berlin, Wagenbach 1977 (digitale Ausgabe)

Wieners, Tanja: Familientypen und Formen außerfamiliärer Kinderbetreuung heute: Vielfalt als Notwendigkeit und Chance von Tanja Wieners, Wiesbaden 1999

### **(Unveröffentlichte) Dokumente der Stadt Kassel:**

*Jugendamt der Stadt Kassel:* Vorschlag zur Neuberechnung des Zuschusses für die nicht-kirchlichen freien Träger von Kindertagesstätten, 18.05.1992

*Brief von Georg Lewandowski* vom CDU Kreisverband Kassel Stadt an Dakits vom 29. Juni 1993

*Brief der Jugenddezernentin Frau Schmarsow* an Dakits vom 28. September 1993

*Dokument von -IV/-51- :* Beantwortung der Anfrage der Fraktion „DIE GRÜNEN“ – Vorlage-Nr. 103 0013 0000 5000 vom 12.11.1993 am 30.03.1994

*Vertrag über die Förderung von Tagesbetreuungseinrichtungen* (Kindertagesstätten) freier Träger durch die Stadt Kassel mit Platzkostenzuschüssen, 08.08.1996

*Protokoll der Vorbereitung für eine Workshopveranstaltung* „Tagesbetreuung von Kindern in Kooperation von Jugendhilfe, Schule und Jugendarbeit“ am 16.06.1998 von V. Strutwolf, Jugendamtsleiter

*Einladung zur Vorbereitung eines Workshops* „Tagesbetreuung von Kindern in Kooperation von Jugendhilfe, Schule und Jugendarbeit“ von V. Strutwolf, Jugendamt der Stadt Kassel vom 14.05.1998

„Förderung von Kindertagesstätten durch die Stadt“, Brief von Helge Ludwig, Jugendamt, an den Vorstand der Vereinigung zur Förderung der Schülerinnen und Schüler der Hupfeldschule Kassel e.V. vom 05.08.1998

*Jugendamt der Stadt Kassel:* Kriterien für die Vergabe von Ganztagsplätzen und Dreivierteltagsplätzen in Kasseler Kindertagesstätten, 15.09.1998

*Jugendamt Kassel:* Informationen - zur Entwicklung von Ganztagsplätzen und Entgeltübernahmen, - Bericht über die Kindertagesstättensituation in Kassel, Kassel, März 1999

*Jugendamt der Stadt Kassel:* Vertrag (Entwurf vom 03.11.2000) über die Förderung von Tagesbetreuungseinrichtungen (Kindertagesstätten) freier Träger durch die Stadt Kassel mit Platzkostenzuschüssen bzw. Betriebskostenzuschüssen

*Jugendamt der Stadt Kassel* vom 03.05.2002: Berechnung der Betriebskostenzuschüsse für die Grundschulkinderbetreuung

*Jugendamt, Schulverwaltungsamt:* „Zwischenbilanz über die Entwicklung eines Konzeptes zur Betreuung von Grundschulkindern in 11 Kasseler Grundschulbezirken“, Kassel Mai 2002

*Protokoll der AG* Betreuungsformen der Sitzung vom 21.6.2004

*Beschlussvorlage des Jugendamts/Arbeitsgruppe* „Betreuung für unter Dreijährige“ vom 09.07.2004.

### **Andere unveröffentlichte Dokumente:**

Entwurf der Richtlinie „Offensive für Kinder“ vom 27.11.2000

*Brief von Evelin Schönhut Keil und Bettina Schreiber* an die Stadtfractionen und Kreitagsfractionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN am 26.09.2002

*Thomas Freiling:* Kurzauswertung für die Eltern und ErzieherInnen in den Kasseler Elterninitiativen, 2003

*Prof. Dr. habil. Werner Thole* u.a.: „Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern unter

drei Jahren in Kassel, U<sup>3</sup> Bedarfsfeststellung - Auswertung, 2004

**(Unveröffentlichte) Dokumente von DAKITS e.V.:**

- Protokolle von Vorstandssitzungen
- Protokolle der Mitgliederversammlungen von DAKITS e.V.
- DAKITS-Info-Briefe von 1992 bis 2015
- Tätigkeitsberichte

„Zur Situation von Krabbelgruppen (Betreuung von Kindern im Vorkindergartenalter) in Kassel“; Pressemitteilung von Vertreter/-innen der Initiative der Erzieher/-innen Vorstände aller Krabbelgruppen in Kassel vom 20.06.1990

*Presseinformation von Regine Bogedale* vom Koordinationsbüro für Kinderarbeit freier Träger vom 16.12.1991

*Protokoll des Gesprächs über die Erhöhung von Betriebskostenzuschüsse für kleine Träger und Elterninitiativen* am 26.05.1992 im Rathaus der Stadt Kassel von R. Bogedale vom Koordinationsbüro

*Pressemitteilung des Koordinationsbüros für Kinderarbeit Freier Träger zur Neuregelung des städtischen Betriebskostenzuschußverfahrens an Elterninitiativen und kleine freie Träger* vom 15.12.1992

*Pressemitteilung: Richtlinienentwurf für Kindertagesstätten*, von Regine Bogedale für DAKITS e.V. vom 21.07.1993

*Brief von Dakits e.V. an das Jugendamt z.Hdn. Frau Schmarsow* vom 15.09.1993

*Pressemitteilung von DAKITS Regine Bogedale* vom 06.01.1994

„Verträge für freie nichtkirchliche Kindertagesstättenträger“; Pressemitteilung von DAKITS e.V. vom 10.09.1996

*Pressemitteilung: Kämmerer gefährdet Kitaprogramm*, vom 22.10.1993

*Regine Bogedale, „Stellungnahme für den Erhalt der Fachberatungsstelle bei DAKITS e.V.“*, 09.03.1998

*Brief und Einladung von R. Bogedale an Eltern und ErzieherInnen* vom März 1998

*Brief an Eltern und ErzieherInnen zur Vorbereitung eines Workshops „Tagesbetreuung von Kindern in Kooperation von Jugendhilfe, Schule und Jugendarbeit“* vom 27.07.1998

*Brief und Protokoll an Eltern und ErzieherInnen von DAKITS „Neue Wege in der Schulkinderbetreuung“* vom 08.10.1998

*Brief der Elterninitiative Fuldataalbande, Förderverein der Fuldataalschule e.V. an Ministerpräsidenten Koch* am 17.07.1999

„Vertrag über Betriebskostenzuschüsse ab 2001 für freie Kita-Träger“, DAKITS-Presseerklärung vom 11.01.2000

„Vertrag über Betriebskostenzuschüsse ab 2001 für freie Kita-Träger, Brief von DAKITS an alle Rauthaus-Fraktionen, den OB, das Jugendamt und die Evangelische Kirche, vom 14.01.2000

*Brief von R. Bogedale an Herrn Ingo Groß, Dezernent für Jugend*, vom 07.08.2000

*Pressemitteilung: Neuer Vertrag über Platzkostenzuschüsse der Stadt Kassel an freie nichtkirchliche Träger* vom 16.02.2001

*Pressemitteilung von DAKITS e.V.: Freie Träger von Hort- und Schulkinderbetreuungseinrichtungen befürchten unzureichende zukünftige Förderung durch die Stadt Kassel*, vom 26.11.2001

*Einladung von Dakits* am 05.03.2002 zum „Austausch über den Stand der Entwicklung im Schulkinderbetreuungsbereich insbesondere über das nun veröffentlichte Finanzierungsmodell für den Hortbereich“

*DAKITS-Presseerklärung* vom 03.05.2002

**PRESSEARTIKEL**

(HNA: Hessisch-Niedersächsische Allgemeine)

„Günstiger Verlauf“. Bericht über das Dreijährige Modellprojekt Tagesmütter. im SPIEGEL 51/1978

„Merkzettel‘ für Bremeier“, vom 18.4.1991

„Bisher keine Probleme wegen sachlicher Zuständigkeiten“. HNA vom 24.4.1991

„CDU: Befriedigt nur grüne Klientel“. HNA vom 25.04.1991

„Notstand in den Kitas“. HNA vom 23.05.1991

„Bis 1995 ein Platz für alle Kinder“. HNA vom 29.08.1991

„Rote Rüben wachsen gemeinsam“. HNA vom 10.09.1991

„Studie: Häufiger krank“. HNA vom 30.10.1991

Regine Bogedale: Sofortprogramm für Elterninitiativen. in der Stadtzeitung vom Januar 1992

„Gegen Kahlschlag bei ABM-Stellen“. HNA vom 12.05.1992

„Ein ‚Regenbogen‘ von Elternhand“. HNA vom 06.10.1992

„Realität überflügelt die Pläne“. HNA vom 26.11.1992

„Stadt übernimmt Kita-Defizite“. HNA vom 21.12.1992

„Freie Träger gründen Dachverband“. HNA vom 27.5.1993

„Wo Eltern den Kindern helfen. Ideen umzusetzen“. Frankfurter Rundschau vom 22.06.1993

„Dramatischer Mangel an Kindergartenplätzen“. HNA vom 07.07.1993

„Kinder als Opfer der Bürokratie?“. HNA vom 07.07.1993

„Debatte über die Qualität“. Frankfurter Rundschau vom 9.07.1993

„Auch Kommunen lehnen geplante Richtlinien ab“. HNA vom 16.07.1993

„Millionen für Kindergarten-Plätze“. HNA vom 30.07.1993

„DAKITS: Existenzbedrohung an der Tagesordnung“. HNA vom 27.09.1993

„Finanzspritze vom Land“. HNA vom 27.09.1993

„Anspruch auf Kindergartenplatz nicht bezahlbar“. HNA vom 03.10.1993

„Städtische Förderung in der Kritik“. HNA vom 27.10.1993

„Kindergärten fordern mehr Geld“. HNA vom 27.10.1993

„Der lange Weg der kleinen Knirpse“. HNA vom 11.11.1993

„Für jedes vierte Kind fehlt Platz“. HNA vom 19.11.1993

„Stadt ‚von Entwicklung überrollt‘“. HNA vom 24.12.1993

„Protest gegen höhere Gebühren“. HNA vom 31.12.1993

„500 Kitaplätze durch Sparpläne in Gefahr“. HNA vom 5.1.1994

„Künftig Beiträge bis zu 400 DM?“. HNA vom 4.3.1994

„OB: Einsparung durch Aufstockung“. HNA vom 4.3.1994

„Kindergarten soll im Mai eröffnen“. HNA vom 08.03.1994

„Erhöhung überfällig“. HNA vom 25.03.1994

„Wir stehen jetzt in der Kreide“. HNA vom 21.04.1994

„Kein Geld in den Semesterferien“. HNA vom 10.5.1994

„Hoffnung für freie Träger“. HNA vom 15.06.1994

„Zuschuß für Tagespflege soll doch wieder fließen“, HNA vom 5.07.1994

„Mehr Platz für Kunterbunt-Kinder“, HNA vom 05.07.1994

„Geld für Betreuung von Kleinkindern“, HNA vom 27.07.1994

„Gleiches Recht für alle“, HNA vom 21.9.1994

„Kindergärten beklagen Geldmangel“, HNA vom 3.12.94

„Gebucht wird nach Familienbedarf“, HNA vom 26.02.1995

„Müssen uns heftig anstrengen“, HNA vom 08.03.1995

„Es muss mehr Geld für Kinder her“, HNA vom 07.06.1995

„Kleine Träger pochten auf Vertrag“, HNA vom 21.08.1995

„Freie Träger forderten Freigabe“, HNA vom 10.10.1995

„Schmarsow verwundert über Kirche“, HNA vom 16.11.1995

„Endlich Verträge für die Freien“, HNA vom 24.11.1995

„Kleine freie Kita-Träger befürchten den Konkurs“, HNA vom 27.01.1996

„Freie Kitaträger verklagen Stadt“, HNA vom 09.03.1996

„Anteilige Zuschüsse oder Festbetrag?“, HNA vom 15.03.1996

„Schmarsow: Wurden total überrollt“, HNA vom 20.3.1996

„Anne Janz: Dürfen nicht kampflos aufgeben“, HNA vom 22.03.1996

„Dachverband hat Konkurs abgewendet“, HNA vom 24.4.1996

„Betreuung für Schulkinder“, HNA vom 29.07.1996

„Platz für alle Dreijährigen“, HNA vom 30.07.1996

„Spende für gebeutelte Kindertagesstätte“, HNA vom 06.08.1996

„Das ist eine Frage des politischen Willens“, HNA vom 07.08.1996

„Eltern bangen um ABM-Bewilligung“, HNA vom 17.09.1996

„Platz für 'Wilde Kerle'“, HNA vom 20.09.1996

„Können beruhigt in die Zukunft blicken“, HNA vom 25.09.1996

„Land will Zuschüsse sparen“, HNA vom 02.06.1997

„Endlich auch finanzieller Spielraum“, HNA vom 05.07.1997

„Immer noch kein Geld von der Stadt“, HNA vom 10.10.1997

„Neuer Spielraum zum Lernen und Entdecken“, HNA vom 13.10.1997

„Schmerzhafte Schritte nicht tabu“, HNA vom 22.10.1997

„Verlässliche Betreuung in der Mergellschule“, HNA vom 09.03.1998

„Neuer Service für die kleinen freien KiTa-Träger“, HNA vom 05.06.1998

„Fachberatung ist jetzt finanziell abgesichert“, HNA vom 22.09.1998

„Nicht locker lassen bringt den Erfolg“, HNA vom 17.11.1998

„Strutwolf: Gleiche Kriterien für alle“, HNA vom 25.11.1998

„Längst überfälliger Ausbau des Angebots“, HNA vom 16.01.1999

„Hessenfördert keine Betriebskosten mehr“, HNA vom 02.09.1999

„Unklar, wohin die Reise geht“, HNA vom 24.09.1999

„Stadt gehen vier Millionen verloren“, HNA vom 24.09.1999

„Grüne: Angebot der Schulen auf Umfeld abstimmen“, HNA vom 29.10.1999

- „Groß missbraucht kleine Träger als Sparschwein“, HNA vom 19.01.2000
- „Angriff auf Groß' einseitige Klientelpolitik“, HNA vom 20.01.2000
- „Beitragskürzung grenzt an Herrscherwillkür“, HNA vom 22.01.2000
- „18 Schulen bieten Betreuung an“, HNA vom 04.09.2000
- „In Wilhelmshöhe fehlen Plätze“, HNA vom 03.11.2000
- „Stadtelternbeirat fordert: Dachverein gründen“, HNA vom 13.11.2000
- „Freie Träger geraten in Gefahr“, HNA vom 12.01.2001
- „Vertrag sichert Zuschüsse für freie Träger bis 2005“, HNA vom 17.2.01
- „100 neue Hortplätze, aber immer noch hoher Bedarf“, HNA vom 27.03.2001
- „Gruppen sollen nicht größer werden“, HNA vom Mai 2001
- „Betreuung von Schülern ausbauen“, HNA vom 20.06.2001
- „Grüne fordern Aufklärung“, HNA vom 10.10.2001
- „Städtische Planung sorgt im Vorfeld für Wirbel“, HNA vom 27.11.2001
- „Forderung nach Aufschub abgelehnt“, HNA vom 04.04.2002
- „Ingo Groß: Priorität hat Grundschulbetreuung“, HNA vom 19.06.2002
- „Dakits: Krabbelplätze finanziell fördern“, HNA vom 20.06.2002
- „Wir brauchen eine professionelle Pädagogik“, HNA vom 06.11.2002
- „Wie lange rappelt es noch in der Kiste?“, HNA vom 16.06.2003
- „Dakits: Warten auf Zuschuss“, HNA vom 27.06.2003
- „Dakits: Streit um Finanzierung beenden“, HNA vom 01.12.2003
- „Kassel spart an Kindern 1,8 Mio“, Extra Tip vom 22.02.2004
- „Viel geht da nicht mehr“, HNA vom 10.03.2004
- „Die Eier legende Wollmilchsau“, HNA vom 20.01.2005
- „Kita-Beschluss auf der Kippe“, HNA vom 02.06.2005
- „Zu wenig Plätze für Kinder“, HNA vom 17.01.2006
- „Dakits: Positive Bilanz nach Rathaus-Aktion“, HNA vom 23.01.2006
- „Kita: mehr Geld für freie Träger“, HNA vom 30.08.2006
- „Wünsche, nicht nur am Baum“, HNA vom 22.09.2008
- „In den Kitas regt sich Protest“, HNA vom 24.10.2008
- „Babys machen Kinder zahm“, HNA vom 29.03.2010
- „Streit ums Geld: Freie Kitas fürchten Abbau“, HNA 30.8.2011
- „Kitas verhandeln weiter“, HNA vom 03.11.2011
- „Kritik an Steuergeld für Konzern-Kita“, HNA vom 28.1.2012
- „Familiäre Gruppenarbeit“, HNA vom 19.09.2012
- „Kita nur für Stadtkinder“, HNA vom 06.12.2012
- „Angebote werden flexibler“, HNA vom 22.08.2013

#### Internetadressen

[www.bep.hessen.de](http://www.bep.hessen.de)  
(Hessischer Bildungsplan)  
[www.dji.de](http://www.dji.de)

## DIE PERSONEN HINTER DAKITS e.V.



### VORSTAND



Jochen Henn  
1. Vorsitzender



Friederike Wagner  
Vorstand



Sven Lindner  
Vorstand

### BEIRAT



Harold Becker  
Beirat



Dr. Timo Nolle  
Beirat

### GESCHÄFTSFÜHRUNG



Antje Proetel  
Geschäftsführung



Marita Engel  
Fachberatung

### FACHBERATUNG

### BERATUNG KINDER MIT FLUCHTHINTERGRUND



Andrea Löher  
Fachberaterin der  
Service- u. Beratungs-  
stelle für Kinder mit  
Fluchthintergrund



Heidi Göbel-Leiß,  
Verwaltungskraft

### VERWALTUNG

**Herausgeber**

DAKITS e.V. · Motzstraße 4 · 34117 Kassel  
Fon 0561 719378 · [info@dakits.de](mailto:info@dakits.de)  
[www.dakits.de](http://www.dakits.de)

**Vorstand:**

Jochen Henn, 1. Vorsitzender  
Friederike Wagner  
Sven Lindner

Vereinsregister-Nr. &#x2116; VR 2464

**Autorin**

Rosemarie Bohle  
[www.schreibmeisterei.de](http://www.schreibmeisterei.de)

**Buch-Gestaltung**

IWH-DESIGN, I. Wilhelm-Hirr  
[kontakt@iwh-design.de](mailto:kontakt@iwh-design.de)

**Infografik**

Ulrike Dreyer  
[u\\_dreyer@t-online.de](mailto:u_dreyer@t-online.de)

**Titelfoto**

Lothar Koch,  
erschienen in der HNA  
(Hessisch-Niedersächsische Allgemeine)  
am 19.01.2006

**Druckherstellung**

©2018, kassel university press GmbH, Kassel  
[www.upress.uni-kassel.de](http://www.upress.uni-kassel.de)

**Bibliografische Information der**

Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet

diese Publikation in der Deutschen

Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische

Daten sind im Internet über <http://dnb.de> abrufbar

DOI: <http://dx.medra.org/10.19211/KUP97837605731>

URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0002-405738>

ISBN: 978-3-7376-0572-4 (print)

ISBN: 978-3-7376-0573-1 (e-book)

1. Auflage 2018

© Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie die Verbreitung durch Film, Funk, Fernsehen und Internet, durch fotomechanische Wiedergabe, Tonträger und Datenverarbeitungssysteme nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.





**DIE AUTORIN** // ROSEMARIE BOHLE hat in München Soziologie, Sozialpsychologie und Philosophie studiert. Neben ihrer soziologischen und einer künstlerischen Tätigkeit hat sie u.a. das Buch „Heimvorteil – Vom Freundeskreis für Familienkinderheime zum Verbund sozialpädagogischer Kleingruppen. 50 Jahre Erziehungshilfe in Deutschland“ verfasst.

SCHREIBMEISTEREI / [www.schreibmeisterei.de](http://www.schreibmeisterei.de) / Kassel

**DIE GESTALTERIN** // IRIS WILHELM-HIRR gibt DAKITS seit 2014, mit Leidenschaft für gutes Design und Liebe zum Detail, ein Gesicht. Die Dipl.-Grafikdesignerin schafft hochwertige Kommunikationslösungen, die ausgezeichnet wurden.

IWH-DESIGN / [www.iwh-design.de](http://www.iwh-design.de) / Northeim



**DAKiTS** e.V.

Dachverband freier Kindertageseinrichtungen

„Familien und Kinder haben keine Lobby,  
sie dürfen bestenfalls in Zeiten der Prosperität  
auf Berücksichtigung hoffen.“ 5. Familienbericht, S. 271

*Das mussten wir ändern.  
Bewegte Zeiten beschreibt die vorliegende Chronik.*



**DAKITS e. V.** | Motzstraße 4 | 34117 Kassel  
0561 719378 | [info@dakits.de](mailto:info@dakits.de) | [www.dakits.de](http://www.dakits.de)

ISBN: 978-3-7376-0572-4



9 783737 605724 >

„Familien und Kinder haben keine Lobby,  
sie dürfen bestenfalls in Zeiten der Prosperität  
auf Berücksichtigung hoffen.“ 5. Familienbericht, S. 271

*Das mussten wir ändern.  
Bewegte Zeiten beschreibt die vorliegende Chronik.*



**DAKITS e. V.** | Motzstraße 4 | 34117 Kassel  
0561 719378 | [info@dakits.de](mailto:info@dakits.de) | [www.dakits.de](http://www.dakits.de)

ISBN: 978-3-7376-0572-4



9 783737 605724 >